

II. Die amerikanische Deutschlandkonzeption und -politik 1918-1919

10. Amerikanische Friedensziele. Neue Weltordnung und globale Sicherheit

10. 1. Kollektive Sicherheit statt Kräftegleichgewicht. Präsident Wilson und die amerikanischen Friedensziele in der Phase der Neutralität

Die Vereinigten Staaten traten am 6. April 1917 unter Präsident Thomas Woodrow Wilson in den Ersten Weltkrieg ein. Wilson, bis 1910 Professor und Präsident der Princeton-Universität, danach Gouverneur im Staat New Jersey, war 1912 als demokratischer Kandidat zum US-Präsidenten gewählt worden.¹ Rhetorisch hochbegabt, legte er während des Krieges mit Idealismus und Sendungsbewußtsein die Grundlagen für eine führende Rolle der USA in der Weltpolitik, schuf die politische und ideologische Voraussetzung für das "amerikanische Jahrhundert".² In seinen Reden der Jahre 1916 und 1917 und in den sogenannten Fourteen Points, Four Principles und Five Particulars des Jahres 1918 entwarf Wilson sein Friedensziel einer freiheitlichen Friedensordnung globaler Reichweite.

Wilsons Friedensplan bildete formal und inhaltlich die Grundlage und den Maßstab für die Anrufung der USA durch die deutsche Regierung am 3. Oktober 1918, mit Abstrichen auch für die Friedensziele der Ententemächte sowie schließlich für die letzte Note der US-Regierung an Deutschland vom 5. November 1918. Diese nach dem amerikanischen Außenminister benannte Lansing-Note, häufig als Vorwaffenstillstandsabkommen ("pre-Armistice-agreement") bezeichnet, bahnte den Weg zum Waffenstillstand am 11. November 1918.

Der amerikanische Präsident befand sich bis zum Kriegseintritt der USA als Staatsoberhaupt der mächtigsten neutralen Macht weitgehend in der Position eines Schiedsrichters zwischen Alliierten und Mittelmächten, auch wenn seine Sympathien eher aufseiten Großbritanniens und Frankreichs lagen, die Washington mit Finanzhilfen unterstützte.³ Aus seiner Position der Neutralität und Unabhängigkeit heraus entwickelte der Präsident die Grundzüge einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, signalisierte unmißverständlich den Anspruch seines Landes, eine solche Weltordnung führend zu gestalten. Die Vereinigten Staaten schienen endgültig auch politisch ihren Part

¹Vgl. K. Schwabe, Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus, Göttingen, 1971, S. 13-27; A. S. Link, Woodrow Wilson, Vol. II. The New Freedom, Princeton 1956, S. 55 ff. Zum Kriegsende vgl. Schulz, Revolutionen, S. 123 ff.

²J. Lukacs, Die Geschichte geht weiter, München 1992, S. 327; L. E. Ambrosius, Imperialism and Revolution: Wilsonian Dilemmas, in: Confrontation and Cooperation, ed. by H.-J. Schröder, Providence 1993, S. 338.

³Schiedler, Europa, S. 168, meint, die Sympathien Wilsons und der Amerikaner hätten insbesondere aufseiten Londons gelegen. Unter formeller Wahrung der Neutralität hätten die USA als "Arsenal der Alliierten" gedient (dies übrigens ein Anklang an die spätere Formulierung Roosevelts!). Ähnlich G.-H. Soutou, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich, in: W. Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg, München 1994, S. 43. Fowler, S. 8, hält die "Anglo-American Cooperation in the First World War" für "an embrace of necessity". Während diese Einwände nicht zu vernachlässigen sind, sollte man Wilsons grundlegend neuen Politikansatz doch herausheben. Zum Schiedsrichter ("arbiter", "mediator") R. Saunders, In Search of Woodrow Wilson. Beliefs and Behavior, Westport, 1998, S. 67 ff; vgl. auch Ambrosius, Wilson, S. 15-33.

auf der Weltbühne spielen zu wollen.⁴ Begonnen hatte der Aufstieg der USA als wirtschaftliche Weltmacht im späten 19. Jahrhundert. 1917 zählten das Industriepotential Amerikas und der Anteil der Vereinigten Staaten an der Weltproduktion bereits das zweieinhalbfache des deutschen. Trotz einer bereits aktiven Diplomatie der Präsidenten William McKinley und Theodore Roosevelt hatten die USA vor 1914 "nicht zum System der großen Mächte" gehört.⁵

Wilson übermittelte in seiner selbsternannten Führungsposition für eine freiheitliche, freihändlerische Welt- und Friedensordnung am 18. Dezember 1916 eine Note an die kriegführenden Mächte und veranlaßte sie zur Klarstellung ihrer Kriegsziele, nachdem Deutschland und Österreich-Ungarn am 12. Dezember ein erstes offizielles Angebot zu Friedensverhandlungen unterbreitet hatten.⁶ Aus seinem Blickwinkel jenseits des Atlantik unterstellte Wilson den kriegführenden Parteien grundsätzlich gleiche Ziele. Wie der Präsident privat notierte, bedrohe nicht nur der deutsche Militarismus den Frieden der Welt, sondern auch die britische Kontrolle der Meere.⁷ Öffentlich betonte er, Amerika sei an einem künftigen Frieden ebenso vital interessiert wie die Europäer. Wilson präsentierte die USA als die Schutzmacht der neutralen Staaten und schwachen Völker, erhob sich selbstbewußt zu einem Anwalt der Menschheit.

Während die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn dem Präsidenten im Dezember 1916 nur unscharf antworteten - obwohl die Reichsregierung hinter den Kulissen Washingtons Bemühungen zu unterstützen schien -, legte sich die Entente am 10. Januar 1917 präziser auf ihre Bedingungen für einen Friedensschluß fest.⁸ Doch Wilsons Hoffnungen, eine Friedenskonferenz herbeizuführen, waren enttäuscht worden. In einer Rede an den Senat unternahm der Präsident dann am 22. Januar 1917 eine weitere Anstrengung, die den Einfluß der USA bei der Schaffung des künftigen Friedens sichern sollte.⁹ Wilson verortete die amerikanischen Friedensziele nicht auf einer politisch-strategischen, sondern auf einer moralisch-prinzipiellen Ebene: "Mankind is now looking for freedom of life, not for equiposes of power".¹⁰ Wilson, mit großer Distanz auf Europa blickend, verurteilte die Machtpolitik des alten Kontinents, die in seinen Augen eine tabula rasa hinterlassen hatte. Obwohl er die "vital interests" der Vereinigten Staaten bedroht sah, rückte er das nationale Interesse seines Landes rhetorisch

⁴Wiseman über ein Gespräch mit Wilson, 13. 7. 1917, abgedruckt in Fowler, S. 243-246, hier S. 246.

⁵Kennedy, Aufstieg, S. 368 ff., 410 f., 417 f., Zit. 377; vgl. Kissinger, Vernunft, S. 31-45. R. Fiebig-von Hase, The United States and Germany in the World Arena, in: Schröder (Ed.), Confrontation, S. 33-68, bes. S. 35-36, sieht die USA - ebenso wie Deutschland - bereits 1900 als Weltmacht mit globalen Interessen an.

⁶"Note to the Belligerent Governments", unterzeichnet von Lansing, 18. 12. 1916, PP IV, S. 402-405; LWP, S. 53-56. Soutou, Kriegsziele, S. 32, hält das Angebot der Mittelmächte vom 12. 12. 1916 für "ernsthafter als gemeinhin angenommen"; vgl. Soutou, L'Or, S. 383; Hildebrand, Reich, S. 353; Steglich, Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916; Göttingen 1958; dagegen: Fischer: Griff, S. 369-397; R. R. Doerries, Imperial Challenge. Ambassador Count Bernstorff and German-American Relations, 1908-1917, Chapel Hill 1989, S. 192-210.

⁷"An Unpublished Prolegomenon to a Peace Note", ca. 25. 11. 1916, PW 40, S. 69-70.

⁸Der US-Botschafter in Frankreich, Sharp, an Außenminister, 10. 1. 1917, FRUS, 1917, suppl. 1, S. 6-8. Vgl. zu diesem Komplex Soutou, Kriegsziele, S. 28-53, und ausführlicher Soutou, L'Or; Ambrosius, Wilson, S. 26-28. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 1.

⁹Saunders, S. 85-87.

¹⁰Rede Wilsons vom 22. 1. 1917, PW 40, S. 536. Vgl. auch Kissinger, Vernunft, S. 45. Zur Gleichgewichtspolitik aus amerikanischer Sicht siehe Campbell, Balance, S. 58-65; auch E. H. Buehrig, Woodrow Wilson and the Balance of Power, Gloucester 1968.

nicht in den Vordergrund. Wilson entwickelte seinen weltweiten Missionsgedanken im behaupteten Interesse der "liberals and friends of humanity in every nation and of every program of liberty", "for the silent mass of mankind everywhere".¹¹ Nicht zuletzt dürfte er dabei auf die öffentliche Meinung in den Ländern der Alliierten gezielt haben.

Gegen das Gleichgewicht der Mächte ("balance of power", "equipoises of power") als Methode zwischenstaatlichen Interessenausgleichs stellte Wilson sein Konzept einer kooperativen Friedenssicherung. Nach mehrfachen Anregungen seitens der britischen Regierung hatte Wilson in enger Zusammenarbeit mit seinem Berater Colonel House 1915 und 1916 das Konzept einer kollektiven Sicherheit in Form eines Völkerbundes entwickelt, ohne indessen Einzelheiten auszuarbeiten.¹²

Solle der Frieden dauerhaft sein und die Zustimmung der Menschheit finden, erklärte der Präsident im Januar 1917 öffentlich, dürfe er nicht den "several interests and immediate aims of the nations engaged" dienen, sondern er müsse gesichert werden "by the organized major force of mankind". Wer eigentlich der Repräsentant der Menschheit war - ob die kriegführenden Mächte beispielsweise dazu gehörten - und worauf die projektierte organisierte Macht dieser Menschheit genau beruhen sollte, führte Wilson nicht näher aus. Doch forderte er wiederholt, auf den Friedensschluß müsse "some definite concert of power", ein "international concert" folgen, welches eine Katastrophe wie den Weltkrieg zuverlässig verhindere.

Daß dieses Mächtekoncert nach anderen Regeln spielen werde als nach denen des überkommenen Kräftegleichgewichts, stand für den Präsidenten außer Frage. Wenn es lediglich zu einem Ringen um ein neues Gleichgewicht der Kräfte komme, wer werde und könne denn dann, fragte Wilson eindringlich, ein "stable equilibrium of the new arrangement" garantieren? Der Präsident kam in seinem Interesse an einem stabilen Europa zu einem eindeutigen Schluß: "There must be, not a balance of power, but a community of power; not organized rivalries, but an organized common peace". Die Voraussetzung für diese Entwicklung sei, wie der Präsident in eine griffige Formel faßte, "a peace without victory".¹³

Abgesehen davon, daß er eine Politik des Kräftegleichgewichts ablehnte, warf Wilson in seiner Rede die wichtige Frage auf, wer eigentlich die Garantiemacht der Neuordnung Europas und der Welt sein konnte. Großbritannien schien mit seiner Politik, das Kräftegleichgewicht durch immer neue Eingriffe von außen zu garantieren, zunehmend überfordert zu sein; London war eher zu einem Teil der europäischen Machtkämpfe, wie Wilson sie sah, geworden. Pikanterweise waren es nun die Vereinigten Staaten, die in einer Richterstellung, ja in der Position eines Balancehalters verharrten und theoretisch ihre Macht in diese oder jene Schale werfen konnten. Wilson zog Anfang 1917 nicht die Konsequenz, in klassischem Sinne in den Krieg einzugreifen, um ein Gleichgewicht in größerem, weltweiten Maßstab herzustellen; er tat dies auch nicht - oder zumindest nicht bewußt - nach dem amerikanischen Kriegseintritt im Frühjahr. Vielmehr suchte Wilson nach anderen Wegen der Friedenssicherung; und er sagte deutlich, daß

¹¹"An Address to the Senate", 22. 1. 1917, PW 40, S. 533-539, Zit. S. 538, 534; vgl. PP IV, S. 407-414.

¹²Siehe z. B. House an Wilson, 10. 11. 1915, IP II, S. 92 und ff.; und Ambrosius, Wilson, S. 1-25. Vgl. als Überblick zur kollektiven Sicherheit Stromberg, Collective Security, S. 124-133.

¹³Rede Wilsons vom 22. 1. 1917, PW 40, S. 535, 534, 536.

die USA nur unter klar definierten Bedingungen zu einer Garantiemacht einer neuen Friedensordnung werden würden.

Wilson's liberal-aufklärerische, christlich inspirierte Politik, die sich gleichermaßen gegen Nationalismus und Imperialismus der Mittelmächte wie der Entente zu richten schien, die später auch eine Alternative zum russischen Bolschewismus bot, erhob ganz offenkundig den Anspruch, ein Ende traditioneller Politik und Geschichte einzuleiten.¹⁴ In Wilson's Verständnis war es die historische Mission der Vereinigten Staaten, die "alte Diplomatie"¹⁵ abzulösen und die überkommenen Ordnungsprinzipien der alten Welt durch neue zu ersetzen.

Das Problem dabei war, wie dies aus einer Position der Neutralität heraus geschehen konnte. Hier schien sich das Konzept eines Völkerbundes zu eignen; es erweiterte die amerikanische Außenpolitik um internationalistische Elemente, ohne daß gleichzeitig die Tradition des Isolationismus - die Neutralität - aufgegeben werden mußte. Gleichzeitig bot sich das Prinzip der kollektiven Sicherheit als Begründung dafür an, die Position der Neutralität zu verlassen, als der amerikanische Kriegseintritt im April 1917 bevorstand. Nunmehr ging es um die komplizierte Aufgabe, die alte Welt von ihrem Übel zu erlösen, ohne die Vereinigten Staaten in deren Händel hineinziehen zu lassen. Der Völkerbund bot sich dafür ebenso als Ziel an wie als Ausweg aus dem Dilemma zwischen Isolationismus und Universalismus.¹⁶ Woodrow Wilson gelang, wie Henry Kissinger hervorgehoben hat, die historische Leistung, die Amerikaner mit einer moralisierenden Rhetorik und einer "Kreuzzugs-Ideologie" aus einem langen außenpolitischen "Winterschlaf" zu wecken, sie an den Krieg heranzuführen. Wilson's Rivale, der frühere Präsident Theodore Roosevelt, habe die US-Bürger hingegen nicht davon überzeugen können, daß eine Gleichgewichtspolitik in europäischer Tradition für Amerika die Außenpolitik der Wahl sei.¹⁷

So warf Wilson auf die Warnung der Präsidenten Washington und Jefferson vor "entangling alliances", vor Bündnissen in der als unheilvoll verstandenen europäischen Tradition ein neues Licht.¹⁸ Die USA konnten in seiner Sicht auf die europäische Machtpolitik nicht mehr reagieren, indem sie lediglich die amerikanische Hemisphäre mittels der Monroe-Doktrin abriegelten.¹⁹ Im Gegenteil sollte nun eine - zunächst mo-

¹⁴Den von Wilson erstrebten Mittelweg zwischen reaktionärem Imperialismus und radikaler Revolution und seinen "modernist impulse" hebt Ambrosius, *Imperialism*, hervor (S. 339, 341, 345). Vgl. auch Klucke, *Selbstbestimmung*, S. 65 f.. Zu Wilson's Ansicht, Amerika sei eine "Christian civilization", siehe seinen Artikel von 1923, "The Road away from Revolution", PP II, S. 536-539.

¹⁵N. G. Levin (Ed.), *Woodrow Wilson and the Paris Peace Conference*, Lexington 1972 (Introduction); ders., *Woodrow Wilson and World Politics*, New York 1968, S. 128, 168 ff. Vgl. Ambrosius, *Imperialism*, S. 346. Das Ringen zwischen neuer und alter Ordnung bzw. Diplomatie, zwischen Licht und Dunkel, propagandistisch vereinfacht bei Baker, *WWS I*, S. 23-46, 97-115; ähnlich H. Hoover, *The Ordeal of Woodrow Wilson*, London 1958, S. 72, 81, 94, 264, 300. Nicolson, S. 191, sah diesen Gegensatz als unwirklich an.

¹⁶Dies eine der zentralen Thesen von Ambrosius, *Wilson*, passim, v. a. S. 1-50 und bes. S. 9-15, 19, 24, 32.

¹⁷Kissinger, *Vernunft*, S. 42 (Zit.), 44-52.

¹⁸Vgl. Wilson's Rede in New York, 27. 9. 1918, *PW 51*, S. 131. Vgl. dazu auch W. F. Kimball, *Alliances, Coalitions and Ententes*, in: De Conde (Ed.), *Encyclopedia*, I, S. 1-15.

¹⁹Zur Monroe-Doktrin von 1823 siehe R. Van Alstyne, *The Monroe-Doctrine*, in: De Conde (Ed.), *Encyclopedia*, II, S. 584-596. Vgl. H.-U. Wehler, *Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik 1750-1900*, Frankfurt 1983, S. 99-110, der neben dem "Non-Colonization-, No-Transfer- und Non-Intervention-

ralische - Intervention die alte Welt aus ihren Verstrickungen befreien, sollte das abseits von Europa, aber auch in Auseinandersetzung mit ihm entwickelte amerikanische Wert- und Weltverständnis auf Europa zurückwirken. Das panamerikanische Prinzip der Monroe-Doktrin sollte, wie Wilson auf der Friedenskonferenz mehrfach betonte, auf die ganze Welt übertragen werden. Dies bedeutete, das alles, was auf der Welt geschah, die Vereinigten Staaten von nun an auch interessierte. In dieser Identifikation amerikanischer Interessen mit denen der ganzen Staatenwelt stellte sich durchaus das Problem eines amerikanischen Unilateralismus.²⁰

10. 2. Demokratie, Recht und Selbstbestimmung: Wilson und das Projekt der liberalen Friedensordnung

Präsident Wilson präsentierte den Kriegseintritt der USA im Licht seines liberalen, progressiven Internationalismus, der allen Völkern Demokratie, Frieden und Selbstbestimmung bringen werde. Eine der berühmtesten Formel für die neue Weltordnung lautete: "The world must be made safe for democracy."²¹ Interessant an dieser Formel war, daß sie die Schaffung von Sicherheit als Voraussetzung einer Demokratisierung der Welt nahezulegen schien. Andererseits verstand Wilson in seinem politischen Denken das demokratische System selbst bereits als sicherheits- und friedensfördernd. Auch an dieser Stelle erweist sich das Verständnis der amerikanischen Führung von der Vorbildfunktion des eigenen politischen Systems. Aus dem Selbstbewußtsein einer langjährigen, stabilen Demokratie schöpfend, hielt Präsident Wilson die Übertragung des amerikanischen Modells auf die Welt für den Königsweg zum Frieden. Die Vereinigten Staaten führten den Kreuzzug für Gerechtigkeit und Menschenrechte an.²²

Mit Blick auf einen Friedensschluß warnte Wilson vor den Intrigen einer ausschließlichen Kabinettsdiplomatie wie zu Zeiten des Wiener Kongresses 1815 und sagte: "We cannot have general peace for the asking, or by the mere arrangements of a peace conference".²³ Den Frieden dauerhaft zu sichern, stand für Wilson im Vordergrund aller politischen Bemühungen. Eine stabile Friedensordnung erforderte seiner Einschätzung zu

Prinzip" in der Doktrin einen "Hegemonialanspruch des amerikanischen Expansionismus" sieht (S. 99, 100). Nach G.-H. Soutou, *German Economic War Aims Reconsidered*, in: Schröder (Ed.), *Confrontation*, S. 315-321, praktizierte Washington zunächst eine Art ökonomischer Monroe-Doktrin, die nach 1916 - im Zuge einer wachsenden Sorge über die deutsche Handelspolitik und die wirtschaftlichen deutschen Kriegsziele -, zugunsten einer Politik des wirtschaftlichen Multilateralismus und der Offenen Tür aufgegeben worden sei.

²⁰Ambrosius, Wilson, S. 51, 53.

²¹"War Message to Congress", Rede Wilsons vom 2. 4. 1917, PW 41, S. 525; vgl. PP V, S. 14. Vgl. Levin, *Wilson and World Politics*, S. 126; zum "liberal peace program" Link, Wilson, II, S. 91-125. Wie sehr der Krieg an ihm zehrte, zeigt Wilsons Ausruf in Gegenwart des Journalisten William Bullitt nach seiner Kongreßbotschaft am 4. 12. 1917: "I hate this war! I hate all war, and the only thing I care about on earth is the peace I am going to make at the end of it." Zit. in S. Freud/W. Bullitt, *Thomas Woodrow Wilson. Twenty-eighth President of the United States. A Psychological Study*, London 1967, S. 173.

²²An Annual Message on the State of Union, 4. 12. 1917, PW 45, S. 194-202, v. a. S. 196, 201-202. Wilson sagte vor dem Plenum der Pariser Friedenskonferenz am 25. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 181: Die Amerikaner seien in den Krieg eingetreten "as crusaders, not merely to win the war, but to win a cause ... and I, like them, must be a crusader for these things".

²³"An Address to a Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 321; PP V, S. 177-184. Ebenso in der Annual Message on the State of Union, 4. 12. 1917, PW 45, S. 194 ff.; W. Lammasch, *Wilson's Friedensplan*, in: Wilson, Woodrow: *Das staatsmännische Werk des Präsidenten in seinen Reden*, hg. v. G. Ahrens, Berlin 1919, S. 87.

folge den Preis unparteiischer Gerechtigkeit in jeder einzelnen Vertragsbestimmung. "We are fighting, as I understand it, for justice to everybody", ließ Wilson die internationale Presse wissen.²⁴ Auch die Alliierten mußten daher auf einen an lediglich nationalen Interessen orientierten Friedensschluß verzichten.²⁵ Dabei stellte sich natürlich die Frage, was eigentlich unter Gerechtigkeit zu verstehen sei; denn fraglos hatten auch Großbritannien und Frankreich ihre eigene Konzeption von dem, was gerecht war.

In seiner Rede vor dem US-Kongreß am 8. Januar 1918 gliederte der US-Regierungschef seine Friedenskonzeption in Vierzehn Punkte.²⁶ Wilson bezog sich in der Rede direkt auf die bisher bekannten Friedensvorstellungen der Mittelmächte und die von Lloyd George am 5. Januar 1918 verkündeten Friedensziele, indirekt nur auf die Forderungen der russischen Bolschewisten, die Ende 1917 in einem Sechs-Punkte-Plan niedergelegt worden waren. Dieser bolschewistische Plan hatte das Selbstbestimmungsrecht der Völker und einen Frieden ohne "Annexionen und Kontributionen" propagiert. Die Vierzehn Punkte, nach Arthur S. Link "democracy's answer in its first full-dress-debate with international communism"²⁷, sollten dem Bolschewismus und seinen Anhängern liberale, nicht revolutionär-sozialistische Kriegs- und Friedensanstrengungen entgegensetzen.²⁸ Darüber hinaus erhoffte sich Wilson eine neue Kriegszielerklärung der Deutschen, die dabei waren, in Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten einzutreten.²⁹

Von den Vierzehn Punkten, die auch Aussagen zu einer Reihe von Territorialfragen enthielten (Punkte 6-11) sah Wilson die Punkte 1 bis 5 und 14 als vorrangig an³⁰: die Transparenz der Verträge und der Diplomatie, die Freiheit der Meere, die Freiheit der Weltwirtschaft, Garantien für eine allgemeine Abrüstung, eine offene Regelung der kolonialen Ansprüche und schließlich die Gründung eines Völkerbundes. Dieser sollte zur zentralen Regulierungs- und Überwachungsinstanz für die freiheitliche, freihändlerische Weltordnung werden: "A general association of nations must be formed under specific covenants for the purpose of affording mutual guarantees of political independence and territorial integrity to great and small states alike."³¹

²⁴Rede vor den Auslandskorrespondenten, 8. 4. 1918; PW 47, S. 286; vgl. J. Tumulty, Woodrow Wilson as I know him, Garden City 1921, S. 274.

²⁵"Address in the Metropolitan Opera House, New York", 27. 9. 1918, PW 51, S. 127 ff., PP V, S. 253-261.

²⁶"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 534-539; PP V, S. 155-162; LWP, 87-92. Zu House's Rolle vgl. die Tagebuchauszüge in IP III, S. 324-359.

²⁷Link, Wilson, II, S. 104.

²⁸Levin, Wilson and World Politics, S. 70; A. J. Mayer, Wilson versus Lenin. Political Origins of the New Diplomacy, 1917-1918, Cleveland 1963, bes. S. 293 ff.

²⁹L. C. Gardner, The United States, the German Peril and a Revolutionary World: The Inconsistencies of World Order and National Self Determination; in: Schröder (Ed.), Confrontation, S. 276.

³⁰Später bezeichnete Wilson nur die Punkte 1 bis 3 und 14 als genuin amerikanische Kriegsziele: an House, 31. 10. 1918, Baker, Woodrow Wilson, Life and Letters, Vol. VII, S. 537; PW 51, S. 533.

³¹"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 538. Zur Wirkung der Rede auf die öffentliche Meinung in Amerika siehe das Schreiben des britischen Botschafters in Washington, Spring-Rice, an Balfour, 11. 1. 1918, BDFA, WW 3, Doc. 193, S. 304-305. Ein interessanter Hinweis auf Wilsons geistige Antriebsfedern ist der biographisch-religiöse Ursprung der Völkerbundsidee bei den Presbyterianern aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Wilson wies darauf im September 1919 hin, als er für den Völkerbund kämpfte: "My ancestors were troublesome Scotchmen, and among them were some of that famous group that were known as the Covenanters. Very well, here is the Covenant of the League of Nations. I am a Covenanter." Rede in Kansas-City, Convention Hall, 6. 9. 1919, PW 63, S. 75; ferner am

Die mannigfachen europäischen Territorialfragen, die nach dem Krieg zu klären waren, ordnete Präsident Wilson seinen globalen Friedenszielen unmißverständlich unter.³² Die Lösung dieser "vexed questions of territory"³³, wie er im Januar 1917 gesagt hatte, sollte sich nicht an europäischer Gepflogenheit von Erberung und Unterwerfung, sondern an der demokratischen Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung - einer Spielart des Selbstbestimmungsrechts - ausrichten. Die Formel der Bolschewisten von einem "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" variierend, forderte der Präsident am 11. Februar 1918: "There shall be no annexations, no contributions, no punitive damages."³⁴ Hier waren bereits Konflikte mit den Alliierten vorprogrammiert.

Dementsprechend erklärte der Präsident kurz vor dem Kriegsende seinem Sekretär Tumulty, die Welt müsse davon überzeugt werden, daß die Vereinigten Staaten ihren eigenen Plan für ein "world settlement" verfolgten, "a plan which does not contain the germs of another war. What I greatly fear, ... is that we shall go back to the old days of alliances and competing armaments and land-grabbing. We must see to it, therefore, that there is not another Alsace-Lorraine, and that when peace finally comes, it shall be ... a lasting peace. Zu diesem Zweck, so bekräftigte Wilson, müßten die USA sich "brutally frank with friends and foes alike" verhalten.³⁵ In diesem letzten Satz klang wieder die Position eines Richters, ja Gleichgewichtshalters über Verbündeten und Gegnern an, aber auch eine öffentlich bislang nicht verlautete machtpolitische Härte. Es wurde deutlich, daß die besondere machtpolitische Position der USA genutzt werden könnte, um die inhaltlichen amerikanischen Ziele durchzusetzen.

Die kürzeste Formel für das Fundament der neuen Weltordnung prägte Wilson dann in einer Rede in Mount Vernon am 4. Juli 1918, der sogenannten Vier-Punkte-Rede: "What we seek is the reign of law, based upon the consent of the governed and sustained by the organized opinion of mankind."³⁶ Wilson verstand diesen Satz ausdrücklich als eine Zusammenfassung seines Friedensplanes. Alle drei Säulen seines politischen Konzeptes waren aufgeführt: erstens die Orientierung an Recht und Gerechtigkeit allgemein, zweitens das Selbstbestimmungsprinzip in der Formulierung "consent of the governed"³⁷ und drittens das Prinzip gemeinsamer Sicherheit in Gestalt des Völkerbun-

28. 12. 1918 in der Rede im Mansion House, England, PW 53, S. 534; PP V, S. 356; vgl. Schwabe, Wilson, S. 8.

³²Nur die Punkte 1 bis 5, 7 und 14 waren Soll-Ziele, die übrigen 7 Punkte stellten Kann-Ziele dar; die Modalverben zeigten dabei die Priorität: "must" ("Belgium, the whole world will agree, must be evacuated and restored") gegenüber "should" in den übrigen Punkten 8-13: Befreiung Frankreichs, Wiederherstellung der besetzten Gebiete und Rückgabe Elsaß-Lothringens; Stellungnahmen zu Italien, Österreich-Ungarn, dem Balkan, der Türkei, Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem, sicherem Zugang zum Meer. Siehe dazu v. a. Schwabe, *Revolution*, S. 50 f.; Link, *Wilson*, II, S. 103; Saunders, S. 105, der hier den pragmatischen im Gegensatz zum ideologischen Ansatz in Wilsons Diplomatie hervorhebt.

³³"An Address to the Senate", 22. 1. 1917, PW 40, S. 536.

³⁴"An Address to the Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 321; PP V, S. 180.

³⁵Wilson zu seinem Sekretär Tumulty vor seiner Rede in der Metropolitan Opera am 27. 9. 1918, Tumulty, S. 301 f.

³⁶Rede Wilsons vor dem diplomatischen Korps in Mount Vernon, 4. 7. 1918, PW 48, S. 517. Birdsall, S. 119, hält dieses "reign of law" für eine spezifisch angelsächsische Tradition; es habe sich herausgebildet durch individuelle Freizügigkeit und Rechtssicherheit infolge der Abwesenheit einer steten militärischen Bedrohung.

³⁷Diese Formulierung, die sich an die von Jefferson entworfene amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 anlehnte, war für Wilsons Verständnis des Selbstbestimmungsrechts typisch. Bereits in seiner

Friedensnote vom Dezember 1916 gebrauchte er diese Formulierung (Scott, S. 250). Wilson ging es zuvorderst darum, daß die Regierung und die Institutionen, die für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe maßgeblich waren, auch die Zustimmung dieser Bevölkerung fanden. In der Entwicklung seiner politischen Gedankenwelt stößt man häufig auf das Wort "Self-Government" (Woodrow Wilson, *Constitutional Government*, PW 18, S. 103 f.). Um es zuzuspitzen: das Selbstbestimmungsrecht in der Form einer demokratischen Mitbestimmung stand für Wilson im Vordergrund gegenüber dem nationalen Selbstbestimmungsrecht oder gar dem Nationalitätenprinzip (welches ja gegen das Selbstbestimmungsrecht verstoßen kann). Wilson beabsichtigte nicht, auch nicht in seinen Vierzehn Punkten, daß jede Volksgruppe auch in einem eigenen Staat leben müsse. Wie Unterberger, S. 640, meint, sei Selbstbestimmung für Wilson beinahe ein anderes Wort für Volkssouveränität ("popular sovereignty") gewesen; die Idealisierung der Demokratie habe einen essentiellen Teil seiner Idologie gebildet.

Wie R. Lansing, *The Peace Negotiations. A Personal Narrative*, Boston 1921, S. 96, schreibt, hätten die Begriffe "consent of the governed" und "self-determination" "substantially the same thing" bedeutet. Vor Beginn der Friedenskonferenz sei ihm allerdings nicht klar gewesen, welche Einheit Wilson im Sinn gehabt habe, wenn er von "self-determination" gesprochen habe: "Does he mean a race, a territorial area, or a community?" Lansing selbst hielt die Umsetzung des Prinzips für "dangerous to peace and stability", wenn man auf eine "definite unit" verzichte (Vermerk 20. 12. 1918, PW 45, S. 97). Unterberger, S. 639 ff., weist darauf hin, daß Wilson von den Bolschewisten herausgefordert wurde, die sich für "an entire and complete recognition of the principle of self determination for all peoples and in all states" aussprachen (Rede Trotzki an die Völker und Regierungen der alliierten Länder vom 29. 12. 1917, in D. Francis an Lansing, 31. 12., ebda., S. 411-414, Zit. S. 413; Kluge, *Selbstbestimmung*, S. 71, nennt diesen Appell ein "Schlüsseldokument der weltgeschichtlichen Entwicklung"). Andererseits habe der Präsident unter dem Einfluß Außenminister Lansings gestanden, der sich gegen die Konsequenz einer radikalen Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts aussprach: nämlich die Auflösung von Reichen und Staaten. Er befürchtete eine Zerstörung der internationalen Ordnung. Lansing an Wilson, 2. 1. 1918, PW 45, S. 427-430. Siehe auch den äußerst skeptischen Vermerk Lansings über den Begriff Selbstbestimmung: "The phrase is simply loaded with dynamite. It will raise hopes which can never be realized. It will, I fear, cost thousands of lives." 30. 12. 1918, Lansing, *Peace Negotiations*, S. 97-98. Lansing befürchtete also, daß das Schlagwort Selbstbestimmung dem Nationalismus vieler Völker Auftrieb gebe; er hielt Selbstbestimmung für weitgehend gleichbedeutend mit dem Nationalitätenprinzip. Kurzum, Lansing betrachtete das Selbstbestimmungsrecht, obwohl abstrakt vielleicht für wünschbar, letztlich nicht als universell umsetzbar, sondern als eine Quelle politischer und sozialer Instabilität. Vgl. zum Selbstbestimmungsbegriff der Bolschewisten und Wilsons Reaktionen auch Heater, S. 32-45.

Wie Wilson dem britischen Botschafter in Washington, Spring Rice, am 4. 1. 1918 erklärte, solle der Krieg nicht auf der Basis von Eroberungen zu Ende geführt werden. Eine "proper basis" sei die "satisfaction of legitimate desires of the separate peoples who had a right to satisfy those desires. They should be allowed to live their own lives according to their own will and under their own laws." Dies war zweifellose eine Umschreibung der Selbstbestimmung einzelner Völkerschaften ("peoples"). Laut Aufzeichnung von Spring Rice fuhr Wilson fort: "In point of logic, of pure logic, this principle which was good in itself would lead to the complete independence of various small nationalities now forming part of various Empires. Pushed to its extreme this principle would mean the disrupting of existing governments, to an undefinable extent". Spring Rice an Balfour, 4. 1. 1918, PW 45, S. 456. Wilson sah also sehr deutlich, daß eine strenge Umsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts zur einer vollständigen Veränderung bestehender staatlichen Strukturen führen könne. Auch Kluge, *Selbstbestimmung*, S. 68, meint, Wilson sei sich "der Problematik, die einer verallgemeinernden Anwendung des Prinzips [der Selbstbestimmung] auf die Ordnung aller Weltverhältnisse innewohnte, wohlbewußt" gewesen. Wohl deswegen vermied Wilson es auch weitgehend, in seinen Vierzehn Punkten von einer Unabhängigkeit einzelner Völkerschaften zu sprechen. Lediglich auf die Errichtung eines unabhängigen Polen verpflichtete er sich; mit Blick auf die Völker Österreich-Ungarns sprach er in Punkt 10 nur von der "freest opportunity for autonomous development" ("An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 537). Aber grundsätzlich akzeptierte er die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts auch für Völkerschaften, nicht allein für Individuen, auch wenn eben verschiedene Modelle denkbar waren, wie dieses Recht auszuüben sei. Die wichtigste Grundlage mußte in Wilsons Augen die demokratische Selbstregierung sein. Die These Schmidts, S. 137, die Vierzehn Punkte beinhalteten "das Postulat der Selbstbestimmung" *nicht*, ist hingegen fragwürdig. Heater, S. 43 f., räumt ein, Wilson habe in den Vierzehn Punkten keine "wholehearted exposition of the principle of national self-determination" geboten, doch könne kaum ein Zweifel bestehen, daß Wilson diesem Prinzip innerlich tief verpflichtet gewesen sei. Man kann sagen, daß Wilson seit Januar 1918 immer weniger Zurückhaltung mit Blick auf die nationale Selbstbestimmung gezeigt hat. Die Ansicht Rabls, S. 59, Wilson habe das Nationalitätenprinzip mit dem Grundsatz der demokratischen Legitimierung von Herrschaft verbunden, ist schon in Teil 1, Kap. 1. 1. zitiert worden.

des. Wilson erklärte, der Völkerbund werde sich als ein Organ kollektiver Sicherheit am Selbstbestimmungsrecht orientieren, Rechtsverletzungen verhüten und territoriale Streitigkeiten im Falle einer nicht möglichen friedlichen Einigung der betroffenen Völker durch seine Sanktionsmacht schieflich beilegen.³⁸ Die kollektive Sicherheit war dabei gedacht als das Gegenteil einer Sicherheit durch Militärallianzen herkömmlichen Zuschnitts; Allianzen, die auf dem Gleichgewicht der Kräfte fußten, das von Wilson vehement abgelehnt wurde.

Nach dem Ende des Krieges betonte Wilson im Gespräch mit seinen Beratern, der Völkerbund bedeute politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität sowie die Möglichkeit des friedlichen Wandels. Nur mit einem Völkerbund könne es in einer Friedensregelung sowohl Elastizität als auch Sicherheit geben. Das Gegenteil davon sei die Idee der Großmächte und des Gleichgewichts der Kräfte, die immer nur Aggression, Selbstsüchtigkeit und Krieg produziert habe.³⁹

Die Herrschaft des Rechts, so Wilson vor dem amerikanischen Kongreß, beruhe auf der Befreiung der Völker von autokratischer Herrschaft. "Self determination" sei keine bloße Phrase; sondern es solle der Regelung aller politischen und wirtschaftlichen Fragen zugrundeliegen, "that peoples and provinces are not to be battered about from sovereignty to sovereignty as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now forever discredited, of the balance of power".⁴⁰ Diese Worte hämmerten den Zuhörern des Präsidenten - ob im US-Kongreß, ob Politikern in Europa - die von Wilson erstrebte Umgestaltung der internationalen Ordnung förmlich ein.

Wie der britische Diplomat Harold Nicolson hervorgehoben hat, war es eine einmalige historische Koinzidenz, daß ein Staatsmann sich mit seinem Friedensprogramm zum Sprecher der Menschheit erhob, gleichzeitig Regierungschef der bereits wirtschaftlich und zunehmend auch politisch dominierenden Weltmacht war und auch noch die Gelegenheit vorfand, seine Prinzipien in die Tat umzusetzen.⁴¹ Für die spätere Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten, für den Umgang mit dem besiegten Deutschland war es ausschlaggebend, ob sich die Alliierten auf ein so umfassendes, anspruchsvolles Programm verpflichten ließen, ob sie sich dem amerikanischen Absolutheitsanspruch beugen würden, sei es freiwillig oder unter Druck. Es ging um Grundsatfragen von Macht und Politik. Die Alliierten, die Wilson mit Mißtrauen sah, hatten durchaus selbst Grund zur Skepsis. Wie sollte denn die kollektive Sicherheit überhaupt organisiert werden? Konnte sie tatsächlich einen angemessenen Ersatz bieten für das Kräftegleichgewicht, konnte sie wirklich Sicherheit vor Deutschland gewähren? Was würde, so mochte man in Paris denken, dem geschundenen Frankreich die angebliche Gemeinsamkeit der Völker im Ernstfall nützen?⁴²

³⁸Rede Wilsons in Mount Vernon, 4. 7. 1918; PW 48, S. 516-517.

³⁹Memorandum Bowmans über eine Unterredung mit Wilson an Bord der George Washington, 10. 12. 1918, PW 53, S. 353.

⁴⁰"An Address to a Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 322-323; PP V, 180, 183. Diese explizite Formulierung des Selbstbestimmungsrechts hatte Wilson fast wörtlich bereits in seiner Rede am 22. 1. 1917 gewählt, siehe PW 40, S. 537. Interessant ist die Ähnlichkeit zu einer Formulierung J. J. Rousseaus: "It is making fools of people to tell them seriously that one can at one's pleasure transfer peoples from master to master, like herds of a cattle, without consulting their interests or their wishes", zit. b. Heater, S. 2, vgl. auch S. 31.

⁴¹Nicolson, S. 191-192; Keynes, Consequences, S. 24; Tillman, S. 405.

⁴²Vgl. Kap. 7. 1. 2.

In solchen Überlegungen lagen die Wurzeln späterer Mißverständnisse, Unvereinbarkeiten und Kompromisse zwischen den Siegermächten. Denn der US-Präsident sah im Selbstbestimmungsrecht eine bereits hinreichende, nicht nur eine notwendige Bedingung zukünftigen Friedens: "This war had its roots in the disregard of the rights of small nations and of nationalities which lacked the union and the force to make good their claim to determine their own allegiances and their own forms of political life. Covenants must now be entered into which will render such things impossible for the future".⁴³ Aus der Sicht erfahrener europäischer Staatsmänner - etwa des 78-jährigen französischen Ministerpräsidenten Clemenceau - konnte dies nur ein sehr vereinfachtes Verständnis von den Ursachen des Weltkrieges sein.

Der Präsident wollte die von ihm behauptete Uneigennützigkeit der USA den angeblichen gemeinsamen Interessen der Völker dienstbar machen. Daß hingegen Staaten und Regierungen Interessen verfolgten, konnte oder wollte Wilson hingegen nicht akzeptieren. Er erklärte die von ihm so wahrgenommene jahrhundertealte Interessenpolitik europäischen Zuschnitts kurzerhand für beendet. So erläuterte Wilson bei seinem Besuch in Großbritannien im Dezember 1918 sein Verständnis internationaler Beziehungen in Phase der Weltgeschichte, die seiner Meinung nach angebrochen sei: "Interests do not bind men together. Interest separates men ... There is only one thing that can bind peoples together, and that is a common devotion to right."⁴⁴ Wilson äußerte dabei durchaus Zweifel, ob die bevorstehende Friedensregelung in jeder Hinsicht befriedigend sein könne. Umso wichtiger sei es, daß der in Aussicht genommene Völkerbund eine "machinery of readjustment" liefere, "in order that we may have a machinery of good will and of friendship".

Skeptische Europäer mochten sich nach diesen Ausführungen fragen, wie eine Maschinerie des guten Willens und der Freundschaft eigentlich aussehen sollte. Wie sollte die Ablösung der Interessenpolitik durch eine neue Vertragspolitik konkret umgesetzt werden? Wilsons ebenso apodiktischer wie idealistischer Maßstab internationaler Beziehungen war das Gegenstück zu einem Verständnis von Politik, das im 19. Jahrhundert der britische Regierungschef Lord Palmerston in klassischen Worten ausgedrückt hatte, daß nämlich für Großbritannien die Wahrnehmung der eigenen Interessen der einzige Maßstab außenpolitischen Handelns sein könne.⁴⁵

Dabei war die Frage noch gar nicht beantwortet, ob nicht die Vereinigten Staaten ebenso Interessen hatten und verfolgten wie andere Länder auch, zum Beispiel wirtschaftliche Interessen, zu deren Verfolgung das internationale Umfeld friedlich und berechenbar sein mußte, aber auch politische Interessen.⁴⁶ Auch wer ehrlich von der Notwendigkeit

⁴³"An Address to a Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 321, PP V; 181; ebenso in Wilsons Rede in Helena, Montana, 11. 9. 1919, PW 63, S. 185-187.

⁴⁴"An Address in Free Trade Hall", Manchester, 30. 12. 1918, PW 53, S. 550. Wilson fügte mit Blick auf die jahrhundertelange Distanz der USA zu den europäischen Angelegenheiten hinzu, auch gegenwärtig seien die Vereinigten Staaten nicht an europäischer Politik interessiert. "But she is interested in the partnership of right between America and Europe. If the future had nothing for us but a new attempt to keep the world at a right poise by a balance of power, the United States would take no interest, because she will join no combination which is not a combination of all of us. She is not interested merely in the peace of Europe, but in the peace of the world." Vgl. Kissinger, Vernunft, S. 251.

⁴⁵Palmerston an Clarendon, 20. 7. 1856, zit. in H. Temperley/L. Penson, Foundations of British Foreign Policy from Pitt (1792) to Salisbury (1902), Cambridge 1938, S. 88; vgl. Kissinger, Vernunft, S. 98.

⁴⁶Siehe z. B. Saunders, S. 86, 105, 119, der Wilsons wirtschaftliche Ziele und Grundannahmen aber für implizit und unbenannt hält (S. 135).

größter Anstrengungen für Frieden und Fortschritt überzeugt war, konnte zu Recht fragen, ob der Regierungschef der potentiell größten Macht der Erde eine weitreichende Umgestaltung internationaler Beziehungen überhaupt uneigennützig fordern konnte, oder ob nicht die USA unter der Flagge von Frieden, Freiheit und Demokratie ihren neuen Führungs-, ja Hegemonialanspruch durchsetzen wollten.⁴⁷

In der Tat gibt es genügend Belege dafür, daß die Vereinigten Staaten bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, ausgehend von wirtschaftlichen Interessen und der Politik der Offenen Tür⁴⁸, eine zunehmende Mitsprache in der Weltpolitik forderten und an einer Verbreitung ihres eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems interessiert waren. Woodrow Wilson hat sich von dieser Entwicklung nicht abgekoppelt, sondern er hat sie auf seine besondere Weise vorangetrieben, in dem Glauben, amerikanische Institutionen seien ein Vorbild für andere Länder. In diesem Licht hielt Wilsons sein Eintreten für amerikanische Werte für vereinbar mit dem Prinzip der Selbstbestimmung.⁴⁹ Ohne Zweifel bot sich die moralistische, idealistische Rhetorik des Präsidenten auch an, eigene Interessen mit dem Schleier der Uneigennützigkeit zu bemänteln und als Sachwalter angeblicher Menschheitsinteressen aufzutreten. Ein maximaler Einfluß der USA auf der Friedenskonferenz und in der Nachkriegsordnung, politisch und wirtschaftlich, schien so garantiert zu sein.⁵⁰

Hier bietet sich ein interessanter Gedanke an: ob nicht die von Wilson eingenommene und auch nach Kriegseintritt nicht ganz aufgegebene Position eines Schiedsrichters für den Frieden einige Ähnlichkeiten mit der traditionell britischen Politik des 18. und 19. Jahrhunderts aufwies, in kontinentaleuropäische Angelegenheiten als Schiedsrichter, als Halter der Gleichgewichts einzugreifen und die eigene Sonderstellung zur See und im Handel zu bewahren. Fast ketzerisch könnte man hier fragen, ob Wilson am Ende eine Gleichgewichtspolitik in globalem Maßstab betrieb, mit dem Ziel, Konkurrenten wie Großbritannien, Deutschland und auch Japan machtpolitisch auszutarieren und den USA eine maximale Handlungsfreiheit zu bewahren. Woodrow Wilson selbst hätte eine solche Interpretation seiner Ziele oder seiner Politik und Diplomatie sicher empört zurückgewiesen.

⁴⁷Dazu sehr zugespitzt H.-J. Schröder, Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung, in: Michalka (Hg.), Weltkrieg, z. B. S. 171, 174. Er meint, Wilson hätte "gefliessenlich übersehen", daß die von ihm konzipierte neue Weltordnung "letztlich in eine Hegemoniestellung der USA" gemündet hätte. Wilson, so ebenfalls kritisch Ambrosius, Imperialism, S. 339-344, sei von Amerikas Exzeptionalismus überzeugt gewesen und habe ihn nicht als Imperialismus bzw. Hegemonie verstanden. Der Autor weist darauf hin, daß Wilsons Konzept - in ganz anderer Weise als der Bolschewismus - die alte Weltordnung auch in revolutionärer Weise bedroht habe (S. 344). Vgl. L. E. Ambrosius, Wilsonian Statecraft. Theory and Practice of Liberal Internationalism during World War I, Wilmington 1991. Saunders, S. 184 f., sieht das Ziel, die USA in eine Hegemonialstellung zu bringen, als Grundlage für Wilsons Entscheidungen auf der Friedenskonferenz; keine Macht sollte den Frieden oder die Interessen der USA bedrohen. Nach Ansicht Gardners lag ein Dilemma für Wilson darin, die neue Weltordnung mit dem Prinzip der Selbstbestimmung in Übereinstimmung zu bringen, Gardner, United States, S. 274-278. Die neue Weltordnung jedoch automatisch mit amerikanischer Hegemonie gleichzusetzen, ist sicher ein verkürzter Ansatz.

⁴⁸Siehe dazu R. Van Alstyne, The Open Door Policy, in: De Conde (Ed.), Encyclopedia, II, S. 711-721.

⁴⁹Ambrosius, Imperialism, S. 339.

⁵⁰Saunders, S. 103, 105-106, 132. Sehr hart geht der Autor mit einer Rhetorik ins Gericht, die letztlich unverbindlich geblieben sei und die Verfolgung nationaler Interessen verschleierte habe (S. 186-187, 194).

Auch wenn man von den amerikanischen Interessen absieht, stellt sich die Frage, ob Wilsons politisches Denken eine zutreffende Analyse politischer Konflikte und praktikable Lösungen bieten konnte. Wilson sah innen- und außenpolitische Harmonie, staatliches Wohlverhalten und Frieden weitgehend garantiert durch die Bindung der Staatsführungen an das Selbstbestimmungsrecht, an das Regieren mit Zustimmung der Regierten, an die Ermöglichung demokratischer Teilhabe und die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung. Die Ursache von Kriegen erblickte Wilson zuvorderst in militärischen Bündnissen und in wirtschaftlichen Rivalitäten.⁵¹ Dabei berücksichtigte er nicht, daß diese ja oftmals ein Ausdruck von Interessengegensätzen waren, die sich nicht einfach aus der Welt schaffen ließen. Der amerikanische Publizist Walter Lippman hielt Wilsons Vorbehalte gegenüber Bündnissen für ein Vorurteil und urteilte bündig: "When the prejudice against alliances encountered the desire to abolish war, the result was the Wilsonian conception of collective security."⁵² Doch mit diesem Resultat war noch kein Frieden geschaffen.

Eines der gravierendsten Probleme der Friedenskonzeption Wilsons dürfte darin zu sehen sein, daß er dem eine zu geringe Bedeutung beimmaß, was Nipperdey in anderem Zusammenhang "’autonome..’ Machtrelationen, Situationszwänge.." genannt hat.⁵³ In den Worten Kissingers übersah der Präsident, daß es "in der Geschichte auch andere Motive gab, die mindestens ebensooft Konflikte ausgelöst hatten, etwa den Wunsch nach territorialer Ausdehnung oder einfach Überspanntheiten eines Herrschers oder einer herrschenden Klasse. Wilson blieb zeit seines Lebens der festen Überzeugung, daß die Einführung der Demokratie und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts ... jegliche Konfliktsituation entschärfen und ihrer zentralen Motive berauben würde."⁵⁴

10.3. Integration oder Isolierung? Deutschland im Geflecht der liberalen Friedensordnung

Bald nach dem Ausbruch des europäischen Krieges im August 1914 hatte sich Wilson die Ansicht seines politischen Beraters Colonel House zu eigen gemacht, ein deutscher Sieg werde die Entwicklung der amerikanischen Zivilisation ändern und aus Amerika eine militärische Nation machen. House stellte fest, Wilson verdamme den Anteil Deutschlands im Krieg sogar noch stärker als er selbst, und dabei beziehe er auch das deutsche Volk als ganzes ein statt nur dessen politische Führung. Wilson hielt Deutschlands "philosophy" für "essentially selfish and lacking in spirituality". Besonders erbost zeigte er sich über die Deutschlands Verletzung seiner vertraglichen Ver-

⁵¹Zuletzt in seiner Rede in der Metropolitan Opera am 27. 9. 1918, PW 51, S. S. 127 ff.; PP V, 253 ff.

⁵²W. Lippmann, *United States Foreign Policy: Shield of the Republic*, Ausz. in: N. G. Levin (Ed.): *Wilson and the Paris Peace Conference*, S. 207.

⁵³T. Nipperdey, *Wehlers Kaiserreich. Eine kritische Auseinandersetzung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/1975, S. 549.

⁵⁴Kissinger, *Vernunft*, S. 243, 251; Saunders, S. 105. Ein Gegenstück dieser idealistischen Sicherheitskonzeption, so der Autor, sei in der politischen Auffassung des Ex-Präsidenten Theodore Roosevelt zu sehen. Nach Keynes, *Consequences*, S. 27, war Wilson über europäische Politik und tiefere Kriegsursachen nur schlecht informiert. Kritisch auch Lippmann, *United States Foreign Policy*, S. 208 f.: der Hauptfehler der amerikanischen Politik sei gewesen, Sicherheit nicht durch ein "constructive development" der Kriegsallianz als dem Kern gemeinsamer Sicherheit zu schaffen.

pflichtungen wie der Verträge zur belgischen Neutralität.⁵⁵ Der Präsident sah also sehr früh und lange bevor Amerika in den Krieg eintrat, daß die politischen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen Berlins mit amerikanischen Interessen unvereinbar waren und sich auf keinen Fall durchsetzen durften.

Bereits seit der Jahrhundertwende hatte es Anzeichen einer wachsenden deutsch-amerikanischen Rivalität gegeben, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber auch die militärische Flankierung der deutschen Weltpolitik durch die Schlachtflotte löste in Washington wiederholt Sorge aus.⁵⁶ Die Mitteleuropa-Pläne der Reichregierung, die im Krieg einen erheblichen Auftrieb gewannen, bedrohten die wirtschaftliche Interessen der Vereinigten Staaten.⁵⁷ Mit einer Mischung aus Bewunderung und Sorge erklärte Wilson im November 1917 vor der American Federation of Labor, Deutschland habe in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht bereits eine beneidenswerte Stellung in der Welt, einen "place in the sun" eingenommen. Die Frage, warum Deutschland mit dieser Position nicht zufriedengewesen sei, beantwortete Wilson in zweierlei Hinsicht: das von massivem Protektionismus flankierte Streben des deutschen Staates nach wirtschaftlicher und politischer Weltherrschaft - als ein hervorstechendes Beispiel nannte Wilson den Bau der Bagdad-Bahn. Insofern sei Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gewesen. Mit seinen Bemerkungen machte Wilson deutlich, daß die deutsche Wirtschaftspolitik und der "Pan-Germanism" auch für Amerika eine Bedrohung darstellte. Andererseits legte er nahe und hoffte, im Zuge wirklichen Freihandels könne der "spirit of freedom" auch die Deutschen ergreifen.⁵⁸

In der von Wilson skizzierten liberalen Friedensordnung war demnach ein Platz für Deutschland nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Diese Perspektive galt bis zum amerikanischen Kriegseintritt im April 1917 und mit mit Abstrichen auch darüber hinaus. Denn eine Verwirklichung der Kriegsziele der Entente - etwa die Festschreibung der britischen Vorherrschaft zur See oder die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz im Juni 1916⁵⁹ - verhiß in Wilsons Sicht ebenfalls keine internationale Stabilität. Wilson schien den kaiserlichen deutschen Imperialismus im wesentlichen als die Inkarnation des europäischen imperialistischen Militarismus anzusehen, für dessen Kennzeichen er Militärbündnisse, Wettrüsten und Geheimabsprachen hielt.⁶⁰ Die deutsche Aggression bot gleichsam den Anlaß, die langfristigen amerikanischen Friedensziele um- und durchzusetzen.

Deshalb trug Wilson im Januar 1917 sein Leitmotiv eines Friedens ohne Sieg ("peace without victory") mit folgenden Worten vor: "Victory would mean peace forced upon the loser, a victor's terms forced upon the vanquished. It would be accepted in humiliation, under duress, at an intolerable sacrifice, and would leave a sting, a resentment, a

⁵⁵House Diary, 30. 8. 1914, PW 30, S. 462; vgl. Link, Woodrow Wilson, Vol. III: The Struggle for Neutrality, 1914-1915, Princeton 1960, S. 51.

⁵⁶Zum deutsch-amerikanischen Antagonismus seit 1900 Fiebig-von Hase, United States, S. 37-68, bes. S. 47 f..

⁵⁷"A Flag Day Address", 14. 6. 1917, PW 42, S. 498-504, bes. S. 500-501.

⁵⁸"An Address in Buffalo to the American Federation of Labor", 12. 11. 1917, PW 45, S. 12-14; zur Bedrohung Amerikas durch die protektionistischen Mitteleuropapläne der Reichsregierung und vgl. ferner R. Fiebig-von Hase, Der Anfang vom Ende des Krieges: Deutschland, die USA und die Hintergründe des amerikanischen Kriegseintritts am 6. April 1917, in: Michalka, Weltkrieg, S. 144-152; Soutou, War Aims, S. 315-321; Schröder, Demokratie, S. 166-167.

⁵⁹Vgl. Teil 1, Kap. 6. 1.

⁶⁰Levin, Wilson and World Politics, S. 126 f., 178.

bitter memory upon which terms of peace would rest, not permanently, but only as upon quicksand. Only a peace between equals can last. Only a peace the very principle of which is equality and a common participation in a common benefit."⁶¹

Diese Forderung richtete Wilson ebenso an die Berliner Adresse wie an die der Alliierten. Der Präsident war überzeugt, ein Siegfrieden - egal von welcher Seite diktiert - werde nur eine neue Runde in der europäischen Machtpolitik einleiten und nicht zu einer dauerhaften, mit amerikanischen Interessen vereinbaren Friedensregelung führen. Auch nach dem amerikanischen Kriegseintritt distanzierte sich Wilson nicht vollständig von seinem ebenso beredsam wie apodiktisch vorgetragenen, unparteiischen Appell. Die einmal eingenommene Schiedsrichterposition zwischen Alliierten und Mittelmächten sollte für die weitere Behandlung Deutschlands keine unwesentliche Rolle spielen.

Nachdem diplomatische Kontakte zwischen dem Präsidentenberater Colonel House und dem deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, gescheitert waren, hatte Wilson sich trotz Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Kriegs durch Deutschland am 1. Februar 1917 nicht zum Kriegseintritt entschließen können, sondern nur zum Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Berlin.⁶² Wilson fürchtete nicht zuletzt einen raschen Sieg der Alliierten mit der Folge eines Diktatfriedens.⁶³ Doch nach dem Bekanntwerden des Zimmermann-Telegramms vom 19. Februar, in dem Mexiko militärische Unterstützung gegen die USA angeboten wurde, änderte sich Mitte März die Einschätzung der Lage im Weißen Haus. Der Präsident akzeptierte auf Drängen von Colonel House und Außenminister Lansing widerwillig, daß die Reichsregierung den USA keine andere Wahl ließ, als in den Krieg einzutreten.⁶⁴ Wilsons Politik der - bewaffneten - Neutralität war gescheitert. Hinzu kam, daß nach den frustrierten Friedensappellen und -anstrengungen nur ein amerikanischer Kriegseintritt versprach, die Ziele der Vereinigten Staaten auf einer Friedenskonferenz aktiv zu verwirklichen.⁶⁵ Am 2. April ersuchte Wilson den Kongreß um die Kriegserklärung an Deutschland. Doch in der Charakterisierung der USA nicht als alliierte, sondern assoziierte Macht blieb die Distanzierung von den Mächten der Entente bestehen. Zum britischen Verbindungsmann Wiseman sagte Wilson, die USA seien bereit, ihre Rolle als Weltmacht zu spielen, aber die Stimmung im Lande sei deutlich gegen eine Allianz mit einer fremden Macht.⁶⁶ Das hieß zugespitzt, daß die amerikanische Führung ihre Vorstellungen eigentlich nur einseitig durchsetzen konnte.⁶⁷

⁶¹"An Address to the Senate", 22. 1. 1917, PW 40, S. 536.

⁶²"Address to a Joint Session of Congress", 3. 2. 1917, PW 41, S. 107-112; vgl. Ambrosius, Wilson, S. 26-31; Saunders, S. 85-89.

⁶³Dazu (Wilson gegenüber Frank Cobb) und für das Folg. Schwabe, Wilson, S. 60-67. Ferner Kennedy, Aufstieg, S. 410.

⁶⁴Lansing an House, 19. 3. 1917, House an Lansing, 20. 3. 1917, FRUS, Lansing Papers, I, S. 628-630.

⁶⁵Saunders, S. 90-91, betont vor allem letzteren Punkt und weist darauf hin, es habe keine spezifischen Auslöser für den Kriegseintritt gegeben. Doch hatten die Deutschen erneut amerikanische Handelsschiffe versenkt. Zu den Hintergründen des Kriegseintritts und dem Antagonismus zwischen Berlin und Washington vor 1914 Fiebig-von Hase, Anfang, S. 125-158, und dies., United States, S. 33-68. Vgl. L. Garcés, The German Challenge to the Monroe Doctrine in Mexico, in: H.-J. Schröder (Ed.), Confrontation, S. 281-313. Für das Folg. auch Schwabe, Revolution, S. 44-75.

⁶⁶Wiseman über ein Gespräch mit Wilson, 13. 7. 1917, abgedruckt in Fowler, S. 243-246, hier S. 246.

⁶⁷Darauf weist Ambrosius, Wilson, S. 34, wiederholt hin.

Nach dem Kriegseintritt, mit dem das "weltpolitische.. Entscheidungsjahr.. 1917"⁶⁸ an Kontur gewann, modifizierte Wilson seine Haltung gegenüber Deutschland in zweierlei Hinsicht: zum einen traf er eine Unterscheidung zwischen der deutschen Reichsregierung und dem deutschem Volk. Auf diese Weise konnte er den Krieg rechtfertigen als "effort to achieve representative government".⁶⁹ Zum anderen trat die Formel vom "Frieden ohne Sieg" in Wilsons Reden in den Hintergrund, ohne daß der Präsident dabei die Substanz der von ihm erstrebten Friedensordnung aufgegeben hätte.⁷⁰

In seiner Kriegsbotschaft an den Kongreß vom 2. April 1917 bekundete der Präsident, "We have no quarrel with the German people." Wilson versuchte, die deutsche Bevölkerung, für die die Amerikaner "sympathy and friendship" empfänden, und die autokratische preußisch-deutsche Regierung gegeneinander auszuspielen.⁷¹ Trotz der Negierung des Rechts auf Einmischung kam dies einer Intervention durch die Hintertür gleich. Der Präsident appellierte indirekt an die deutsche demokratische Linke, die auf einen Kompromißfrieden und eine demokratische Staatengemeinschaft mit einer antibolschewistischen Ausrichtung hoffte.⁷² Die deutschen Verhältnisse ließen das demokratische Prinzip, "that governments derive all their just powers from the consent of the governed", in der Tat als besonders notwendig erscheinen.⁷³ Denn wäre ein sich selbst regierendes, demokratisches Deutschland nicht ein friedlicher Mitspieler im internationalen System geblieben? Die USA bekämpften die kaiserliche deutsche Regierung, die eine "assured security for the democratic governments of the world" unmöglich mache und geneigt sei, die Völker mittels Geheimdiplomatie und Vertragspolitik hinter das Licht zu führen.⁷⁴ Wilson animierte das deutsche Volk also zu einem Regierungswech-

⁶⁸Hildebrand, Reich, S. 356, Kap. Wilson und Lenin. Zum "Doppelereignis" des Jahres 1917, "dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und dem Ausbruch der russischen Revolution" H. Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1, 1953, S. 6; vgl. auch Angermann, 1917 Reconsidered, in: H.-J. Schröder, Confrontation, S. 423-435. Wilson hielt, Colonel House bezeugt, schon im August 1914 die spätere weltpolitische Konstellation für möglich: daß es am Ende nur zwei große Nationen in der Welt geben werde: Rußland und Amerika. House rechnete mit drei Ländern: "China, dominating Asia, Russia dominating Europe, and a part of Asia, and America dominating the Western World and perhaps the English speaking colonies". House Diary, 30. 8. 1914, PW 30, S. 462 f.

⁶⁹Saunders, S. 104.

⁷⁰Noch im Dezember 1918 hob Wilsons die Bedeutung des "peace without victory" hervor; Aufzeichnung von Privatsekretär Swem, zit. n. Hoover, S. 193 f. "Our present and immediate task is to win the war, and nothing shall turn us aside from it until it is accomplished." "An Annual Message to the State of Union", 4. 12. 1917, PW 45, S. 196. Vgl. G. F. Kennan, American Diplomacy 1900-1950, Chicago 1951, S. 55-73, bes. S. 61 f., Kluge, Selbstbestimmung, S. 66.

⁷¹"War Message to Congress", 2. 4. 1917, PW 41, S. 523. House notierte am gleichen Tag, er habe sowohl die britische Führung wie auch den Präsidenten mehrfach dazu zu bewegen versucht, "to differentiate between the German Government and the German people"; House Diary, 2. 4. 1917, ebda., S. 528-529.

⁷²Levin, Wilson and World Politics, S. 124. Vgl. das Memorandum Wisemans, The Attitude of the United States and of President Wilson towards the Peace Conference, ca. 20. 10. 1918, abgedruckt bei Fowler, S. 295: Wilson neige dazu, die Verantwortlichkeit für den Krieg und seine Führung dem Kaiser und der deutschen Militärpartei anzulasten. Stürze Deutschland den Kaiser und werde Republik, könne man die Deutschen wie einen Verlorenen Sohn wiederaufnehmen. Daher fürchtete Wiseman, "idealistic America and a beaten Germany might be willing to try all sorts of extravagant experiments".

⁷³"An Address to the Senate", 22. 1. 1917, PW 40, S. 537.

⁷⁴"War Message to Congress", 2. 4. 1917, PW 41, S. 525.

sel gemäß der Selbstbestimmung. Privat äußerte er unerbittliche Opposition gegen den deutschen Kaiser, die Art seiner Regierung, den Militarismus allgemein.⁷⁵

Sollten die Deutschen aber auch nach dem Krieg unter ambitionierten, intriganten, den Weltfrieden störenden Herrschern leben, so drohte Wilson im Dezember 1917 öffentlich, werde eine Einbeziehung Berlins in die neue Weltordnung nicht möglich sein: "it might be impossible to admit them to the partnership of nations which must henceforth guarantee the world's peace". Ebenso drohte der Präsident wirtschaftliche Strafmaßnahmen an: es könne unmöglich werden, "to admit Germany to the free economic intercourse which must inevitably spring out of the other partnerships of a real peace".⁷⁶

Die Unvereinbarkeit der Wertesysteme des autokratischen Deutschland und des demokratischen Amerika hatte Wilson nun mehrfach klargestellt.⁷⁷ Erst der Sieg über den Gegner und seine Abrüstung konnten die Reduktion jeder friedensstörenden "arbitrary power" zu "virtual impotence" garantieren.⁷⁸ Eine Schwächung Deutschlands war bis zu dem Punkt unerlässlich, an dem die Herrschaft des Rechts nicht mehr bedroht war. Verstöße gegen das Völkerrecht mußten geahndet werden, Deutschland würde für die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs Wiedergutmachung leisten müssen. Was dies im einzelnen bedeutete, blieb zunächst offen.

Da Wilson allerdings nur den Völkerbund ermächtigt sehen wollte, wirtschaftliche Strafbestimmungen zu verhängen⁷⁹, waren einer möglichen wirtschaftlichen Bestrafung Deutschlands gewisse Grenzen gesetzt: die Welt werde es nicht dulden, so Wilson, gegen die Mittelmächte ähnliches Unrecht zu begehen. Über Sir Wiseman ließ er den britischen Premierminister Lloyd George vor einer Politik warnen, die eine Zerstörung des deutschen Handels im Sinne habe.⁸⁰ Auch wenn er damit zum Teil taktische Ziele verfolgte, um die deutschen Liberalen nicht zusätzlich zu schwächen: an seiner Forderung hielt der Präsident noch kurz vor Kriegsende fest, wie ein privater Brief zeigt: "Weapons of economic discipline and punishment should be left to the joint action of all nations for the purpose of punishing those who will not submit to a general program of justice and equality."⁸¹ Erfüllten die Deutschen die ihnen gestellten Bedingungen, so erklärte der Präsident am 4. Dezember 1917 vor dem US-Kongreß, solle ihnen die Herrschaft des Rechts zuteil werden:

"We intend no wrong against the German Empire, no interference with he internal affairs. We should deem either the one or the other absolutely unjustifiable, absolutely contrary to the principles we have professed to live by and to hold most sacred throughout our life as a nation." Wilson stellte auch klar, die Vereinigten Staaten hätten

⁷⁵Wiseman, Memorandum on Anglo-American Relations, August 1917, abgedruckt in Fowler, S. 246-254, hier S. 247.

⁷⁶An Annual Message to the State of Union, 4. 12. 1917, PW 45, S. 198. Zu den wirtschaftlichen Sanktionen auch Soutou, War Aims, S. 319-321.

⁷⁷"War Message to Congress", 2. 4. 1917, PW 41, S. 519-527.

⁷⁸Rede Wilsons vor dem diplomatischen Korps in Mount Vernon, 4. 7. 1918, PW 48, S. 516.

⁷⁹"Address in the Metropolitan Opera House, New York", 27. 9. 1918, PW 51, S. 130.

⁸⁰Wiseman an Reading, 20. 8. 1918, PW 49, S. 300; vgl. Fowler, S. 212-213. Wilson bezog sich auf eine Rede Lloyd Georges vom 31. 7. 1918.

⁸¹Wilson an Simmons, 28. 10. 1918, PW 51, S. 476, Baker, LW VII, 524.

"Germany's success by skill, by industry, by knowledge, by enterprise" nicht mißgönnt, sondern viel eher bewundert.⁸²

In seiner Vierzehn Punkte-Rede im Januar 1918 bekräftigte Wilson diese Einstellung gegenüber Deutschland, während er gleichwohl abermals sein deutliches Mißfallen gegenüber der deutschen Regierung und den militärischen Führern des Landes bekundete: "We have no jealousy of German greatness, and there is nothing in this program that impairs it. We grudge her no achievement or distinction of learning or of pacific enterprise such as have made her record very bright and enviable. We do not wish to injure her or to block in any way her legitimate influence or power. We do not wish to fight her either with arms or with hostile arrangements of trade if she is willing to associate herself with us and the other peace-loving nations of the world in covenants of justice and law and fair dealings. We wish her only to accept a place of equality among the peoples of the world, - the new world in which we now live, - instead of a place of mastery."⁸³

Dies waren sehr deutliche Worte, die einem innen- und außenpolitisch gewandelten Deutschland, das die amerikanischen Grundsätze akzeptierte, eine klare Perspektive in der neuen Ordnung des Rechts und der Sicherheit boten. Deutschland solle sich von seinen hegemonialen Bestrebungen verabschieden, dann könne es ein gleichberechtigter Teilhaber, ein politischer und wirtschaftlicher Gestalter in der neuen Weltordnung sein. Gleichzeitig signalisierte die Dringlichkeit im zuletzt zitierten Satz den Deutschen eine letzte Chance.

Daher war es folgerichtig, daß der Präsident seinen Ton verschärfte, als die deutsche Reichsregierung keine Anstalten unternahm, auf sein Angebot zu reagieren. Wilson machte Berlin am 11. Februar 1918 ausdrücklich für die "sufferings and indignities" des Krieges verantwortlich. Er warf den "military masters of Germany" vor, sie beabsichtigten in einer an den Wiener Kongreß erinnernden Weise, eine neue Weltordnung nach dem Willen der Völker zu verhindern.⁸⁴ Und in der Tat: "Bevor Wilsons Friedensprogramm schließlich zum Rettungsanker Ludendorffs werden sollte, als er, von Tor-schlußpanik übermannt, nach einem umgehenden Waffenstillstand verlangte, triumphierte auf deutscher Seite, ohne Bindung und Moral, die Machtpolitik".⁸⁵

Nach dem Bekanntwerden des nahezu karthagischen Friedens von Brest-Litowsk, den Deutschland im März 1918 der Sowjetunion diktierte⁸⁶, verlor Wilson jede Hoffnung, mit der kaiserlichen Führung zu einer Übereinkunft gelangen zu können. Seine Haltung gegenüber dem vermeintlich unverbesserlich imperialistischen Reich wurde seit dem Frühjahr 1918 "wesentlich unnachgiebiger".⁸⁷ Vor der internationalen Presse sagte der Präsident Anfang April, die USA seien bereit, eine Regelung mit Gewalt herbeizufüh-

⁸²"An Annual Message to the State of Union", 4. 12. 1917, PW 45, S. 197. Diese Aussagen deckten sich mit Wilsons oben behandelte Rede vor der American Federation of Labor am 12. 11. 1917. Zur Ebene der Bestrafung Deutschlands vgl. Kap. 4. 3. und 5. 3.

⁸³"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 538; PP V, 161 f. Die Passage erscheint wie eine Kurzformel für Wilsons Deutschlandpolitik zu dieser Zeit; Link, Wilson, II, S. 103, sieht dies als impliziten 15. Punkt an.

⁸⁴"An Address to a Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 321, 320.

⁸⁵Hildebrand, Reich, S. 373.

⁸⁶Vgl. W. Baumgart, Brest-Litowsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse, in: K. Bosl (Hg.): Versailles-St. Germain-Trianon, S. 49-76; Hildebrand, Reich, 364-368; J. W. Wheeler-Bennett, Brest-Litovsk: The Forgotten Peace. March 1918; London 1956.

⁸⁷Soutou, Kriegsziele, S. 47.

ren, doch wenn die Deutschen signalisierten, daß sie eine Regelung "by justice" anstrebten, werde er gerne auf diese Zeichen reagieren. (So sollte es im Oktober 1918 kommen). Er, so Wilson, sei jedenfalls nicht erpicht darauf, "triumphantly into Berlin" einzumarschieren, ein Hinweis, daß er nicht auf einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bestand.⁸⁸ Gerechtigkeit, Frieden und Völkerverständigung bildeten auch für Wilsons Deutschlandpolitik weiterhin einen wichtigen Maßstab, wie in den Reden des Präsidenten bis zum Kriegsende, aber auch in manchen seiner privaten Äußerungen deutlich wurde. In das Koordinatensystem der neuen Weltordnung, mit den Achsen der liberalen Friedensordnung und der Herrschaft des (Selbstbestimmungs-) Rechts, sollte Deutschland unter den mehrfach genannten Bedingungen weiterhin einbezogen werden. Doch die Selbsteinbindung Deutschlands war dazu unerläßlich.

Trotz dieser verheißungsvollen Perspektive ist es gleichwohl fraglich, ob Wilson alle praktischen Einzelprobleme bedachte, die eine Integration des Gegners in die Nachkriegsordnung zu lösen hatte. So ist der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan in seiner Studie zur amerikanischen Außenpolitik der Meinung, Wilsons habe mit seinem grandiosen Friedensentwurf zwar die Kriegführung innenpolitisch rechtfertigen können, habe aber die Beschäftigung mit praktischen Problemen, die aus dem Gang der Feindseligkeiten erwachsen, vermieden. Aufgrund dieser Diskrepanz habe er seine tragische, historische Niederlage erlitten.⁸⁹ In jedem Fall sollte festgehalten werden, daß Wilson seine integrative Konzeption weniger in einer nüchternen, pragmatischen Weise formulierte als vielmehr abstrakt und ideologisch getönt, rhetorisch aufgeladen. Darin lag eine Unschärfe, die sich nicht zuletzt auf die deutsche Zulassung zum Völkerbund, auf seinen Umgang mit der Verantwortlichkeit für den Krieg und auf Wilsons spätere Haltung zu einer Vertragsrevision auswirken sollte.⁹⁰

11. Die Vierzehn Punkte und der Waffenstillstand. Die amerikanischen Friedensziele und die Sicherheit vor Deutschland

11. 1. Verständigungsfrieden oder Sieg? Wilsons Vierzehn Punkte und der Weg zum Waffenstillstand mit Deutschland

Als der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte seit dem Sommer 1918 unaufhaltsam nahte, versuchte die deutsche Oberste Heeresleitung mit einer ultimativen Aufforderung an die Reichsregierung, um einen Waffenstillstand zu ersuchen, möglichst viel von der militärischen Position Deutschlands und seiner Verbündeten zu wahren. Dies bildete den Hintergrund für die deutsche Initiative, einen diplomatischen Kontakt zur Regierung in Washington aufzunehmen.⁹¹ Am 3. Oktober 1918 wandte sich die neue deutsche Reichsregierung unter dem liberalen Kanzler Prinz Max von Baden in einer Note an den US-Präsidenten. Die deutsche Bitte an Wilson lautete, "die Herstel-

⁸⁸Rede vor den Auslandskorrespondenten, 8. 4. 1918; PW 47, S. 287.

⁸⁹Kennan, *Diplomacy*, S. 67 f.

⁹⁰Vgl. Kap. 4. 3., 5. 3. und 9.

⁹¹Dazu Schwabe, *Revolution*, S. 88-105, Schulz, S. 123 ff., Craig, *Geschichte Europas 1815-1980. Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart*; 3. Aufl. München 1989, S. 23 ff.; Hildebrand, *Reich*, S. 375 f..

lung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen". Die Note kam gleich zu Sache und teilte mit, auf welchem Hintergrund sie sich eine Beendigung der Feindseligkeiten vorstellen konnte: "Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ... in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung den sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen."⁹²

Die deutsche Initiative, in letzter Minute vor der drohenden Niederlage, verfolgte nicht zuletzt das Ziel, Präsident Wilsons Position als Schiedsrichter, ja Balancehalter zwischen der Entente und den Mittelmächten wiederherzustellen, eine Position, an der Wilson vor dem Kriegseintritt der USA ja interessiert gewesen war. Auch wenn Wilson auf dieses Ansinnen der deutschen Regierung nicht direkt einging, ließ er sich auf einen Notenaustausch ein. Damit kalkulierte er ein, daß auf seiten der Ententemächte, die immerhin seit 1914 Krieg mit Deutschland führten, und mit denen die USA seit 1917 verbündet waren, ein beträchtliches Mißtrauen über die amerikanischen Absichten entstand.

Die Berliner Regierung ließ dem State Department in Washington über das Außenministerium der Schweiz vier Noten übermitteln; dreimal antwortete US-Außenminister Lansing im Auftrag des Präsidenten den Deutschen, über den Schweizer Chargé in Washington als Mittelsmann. Nachdem Wilson am 23. Oktober 1918 Großbritannien und Frankreich seine Korrespondenz mit den Deutschen übermittelt hatte, ließ er die vierte und letzte amerikanische Note, die sogenannte Lansing-Note vom 5. November 1918, zuvor mit den europäischen Verbündeten absprechen und direkt an das Außenministerium in Bern übersenden.

Wilson berücksichtigte dabei einige Forderungen der Alliierten, die auf den deutsch-amerikanischen Notenwechsel tatsächlich äußerst mißtraulich reagierten und im Rahmen eigener Beratungen in Paris eine freie Hand bei der Festlegung der Waffenstillstandsbedingungen verlangten.⁹³ Diese zunächst inoffiziell geäußerte Kritik und der

⁹²Die deutschen Noten vom 3. 10. 1918, 12. 10. 1918, 20. 10. 1918 und 27. 10. 1918 sind abgedruckt in WS 1918/19, S. 11-18. Der englische Text (jeweils in Swiss Chargé (Oederlin) to Secretary of State) in FRUS, 1918, WW, I, S. 337-338, S. 357-358, S. 379-381, S. 395-396. Die US-Noten, die drei ersten überschrieben mit "Secretary of State to Swiss Chargé (Oederlin)", finden sich in: FRUS, 1918, WW, I, S. 343 (8. 10. 1918); S. 358-359 (14. 10. 1918); S. 381-383 (23. 10. 1918), und "Secretary of State to Swiss Minister (Sulzer)", 5. 11. 1918, ebda., S. 468-469. Text der US-Noten ferner in PP V, S. 274-292; deutsche Fassung in WS 1918/19, S. 11-19. Wilsons Entwürfe zur ersten Antwortnote an Deutschland vom 7. 10. und 8. 10. in PW 51, S. 255, 263-265; der Entwurf zur zweiten Note vom 14. 10. in PW 51, S. 333-334. Kaum zu überschätzen bei der Abfassung der ersten beiden Noten ist die Rolle von Colonel House, vgl. House Diary, 6. 10., 9. 10., 15. 10., PW 51, S. 254, 276, 340-341. Lansings Entwürfe zur dritten Note vom 21.-23. 10. in PW 51, S. 400-402, 416-418; Kriegsminister Bakers Entwurf zur dritten Note vom 23. 10. in PW 51, S. 413. Zur Wirkung des ersten Notenwechsels in der öffentlichen Meinung der USA Barclay an Balfour, 16. 10. 1918, BDFA, WW 4, Doc. 50, S. 71-72. Vgl. Pershing, II, S. 335-349; Grew Diary, 18. 10. 1918, Era, I, S. 331-338. Siehe die Tagebuchnotizen von J. Daniels, 8. 10., 14. 10., 16. 10., 21.-24. 10. 1918, The Cabinet Diaries of Josephus Daniels, ed. by D. Cronon; Lincoln, Nebr. 1963, S. 339-344. Ferner Renouvin, L'Armistice, S. 93-177; Schwabe, Revolution, S. 75-226.

⁹³Siehe z. B. die Berichte des amerikanischen Vertreters beim Obersten Kriegsrat, General Bliss, über Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten, an Kriegsminister Baker und March, 7. 10., 8. 10. und 9.

Druck der Alliierten belasteten Wilson, wie sein Berater Colonel Edward House beobachtete.⁹⁴ Der Präsident versicherte dem französischen Botschafter in Washington, Jusserand, am 11. Oktober auf Nachfrage, auch er sei an einem "definitive victory" interessiert, und allein die Militärbefehlshaber der Verbündeten seien berufen, die Waffenstillstandsbedingungen festzulegen.⁹⁵ Diese Entscheidung wurde auch der Regierung in Berlin am 5. November 1918 mitgeteilt.

Darüber hinaus behandelte der Präsident in den Noten eine Frage, die vor allem ihm selbst dringlich schien und die in seinen Kriegsreden zunehmend in der Vordergrund getreten war: eine deutsche Verfassungsreform.⁹⁶ Dies war ein Punkt, der in London intern auf herbe Kritik stieß. Wilson nahm dabei den zunehmenden Haß der amerikanischen Öffentlichkeit auf Kaiser Wilhelm II. und die deutsche Militärpartei zur Kenntnis, aber er plädierte im Kriegskabinet für Gerechtigkeit gegenüber den Deutschen und kritisierte den "American Prussianism". In der US-Note vom 23. Oktober 1918 wurde bezweifelt, daß der deutsche Verfassungswechsel⁹⁷ unumkehrbar sei; es sei "evident that the German people have no means of commanding the acquiescence of the military authorities of the Empire in the popular will, that the power of the king of Prussia to control the policy of the Empire is unimpaired". Für den Fall, daß die USA es weiterhin mit den "military masters and the monarchical autocrats of Germany now" zu tun haben sollten, "or if it is likely to have to deal with them later in regard of the international obligations of the German Empire, it [die USA] must demand, not peace negotiations, but surrender."⁹⁸

Dies war das erste Mal, daß die Formel, welche im Zweiten Weltkrieg eine so entscheidende Bedeutung erlangte - "unconditional surrender" - in diesem Krieg auf Regierungsebene eine Rolle spielte.⁹⁹ Washington erklärte in dieser Passage ganz offen, daß die Frage >Friedensverhandlungen bzw. Waffenstillstand oder Kapitulation< und damit die Entscheidung über eine eventuelle Gleichberechtigung Berlins bei der Beendigung des Krieges abhängig war von einer dauerhaften innenpolitischen Reform in Deutsch-

10. 1918, PW 51, S. 261-262, 272-275, 428-430, die in Washington für einige Unruhe sorgten; Wiseman an Reading, 9. 10. 1918 (2x), ebda., S. 290-292. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 1.

⁹⁴House Diary, 15. 10. 1918, IP IV, S. 83; PW 51, S. 340-341. Vgl. Walworth, Moment, S. 23-25.

⁹⁵Jusserand an Barclay, den britischen Botschafter in Paris, 11. 10. 1918, PW 51, S. 307-309.

⁹⁶Siehe z. B. Daniels Diary, 8. 10. 1918, Daniels, S. 339; PW 51, S. 275. Wilson wurde offenbar auch durch eine Analyse der amerikanischen öffentlichen Meinung beeinflusst, die ihm D. Lawrence zukommen ließ, 13. 10. 1918, PW 51, S. 320-324. Darin wurde der Haß auf den deutschen Kaiser und die "militarists" betont. Siehe auch Daniels Diary, 21. 10. 1918, Daniels, S. 343: "Public sentiment here wants blood or to put Kaiser on St. Helena", was Wilson für lächerlich hielt. Vgl. Floto, S. 39.

⁹⁷Zum Ende der deutschen Monarchie und der Verfassung vom 22. 10. 1918 vgl. E.-W. Böckenförde, Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: K.-D. Bracher et al. (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933; 2. Aufl. Bonn 1988, S. 17 ff.; E. Kolb, Die Weimarer Republik, 3. Aufl. München 1993, S. 1-23.

⁹⁸"Secretary of State to Swiss Chargé (Oederlin)", 23. 10. 1918; FRUS, 1918, WW, I, S. 382-383; PP V, S. 285. K. Schwabe, Die Vereinigten Staaten und die Weimarer Republik. Das Scheitern einer besonderen Beziehung, in: F. Tommler (Hg.), Amerika und die Deutschen, Opladen 1986, S. 368, meint, der Notenwechsel habe indirekt gezeigt, daß Wilson eine republikanische Regierung nicht als Vorbedingung für die Friedensverhandlungen ansah (wohl im Gegensatz zur einer parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung).

⁹⁹Dazu auch Hankey, Politics, S. 37. Hingegen schien die amerikanische Öffentlichkeit, wie House festhielt, mittlerweile auf eine bedingungslose Kapitulation fixiert zu sein. House Diary, 9. 10. 1918, PW 51, S. 278. Vgl. Teil 4, Kap. 2. 1.

land. Etwas abstrakter gefaßt, bedeutete dies: die US-Regierung würde nicht einen Waffenstillstand mit Deutschland schließen, weil es machtpolitisch geschwächt war bzw. darniederlag, und weil sich so die militärischen Ziele der Verbündeten realisieren ließen, mit anderen Worten, weil sich eine außenpolitische Gelegenheit bot, sondern sie würde diesen Schritt deshalb tun, weil Deutschland seine Verfassung änderte. Ob man eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands verlangte, würde nicht vom militärischen Kräfteverhältnis, von den außenpolitischen Zielen der Verbündeten abhängen, sondern von einer moralischen Position. Es war dies wohl ein sehr amerikanisches Denken, das von den Regierungen in Europa nicht geteilt wurde. Dort befürchtete man eher, diese zusätzliche Bedingung einer innenpolitischen Reform werde der deutschen Regierung die Zustimmung zu einem Waffenstillstand unmöglich machen.

Die deutsche Reichsregierung versicherte allerdings in ihrer Antwort auf die US-Noten, die eingeleiteten Verfassungsänderungen seien dauerhaft, die Regierung sei dem Parlament voll verantwortlich. Daraufhin erklärte Präsident Wilson sich vorbehaltlich "extraordinary safeguards" bereit, die Alliierten um einen Waffenstillstand zu ersuchen, fügte aber hinzu, dessen Bedingungen müßten eine Wiederaufnahme des Krieges durch Deutschland zuverlässig vereiteln. In dieser verhärteten Haltung spiegelte sich auch das Drängen vor allem Großbritanniens wider, ein Waffenstillstand müsse den Verbündeten maximale Handlungsfreiheit belassen. So wiederholte die US-Note vom 5. November auch den Wortlaut der Note vom 23. Oktober, den Alliierten und Assoziierten Mächten müsse eine "unrestricted power to safeguard and enforce the details of the peace to which the German Government has agreed" verbleiben.¹⁰⁰ Die deutsche Regierung akzeptierte in ihrer Antwort all diese Vorbehalte und verlieh ihrer Erwartung Ausdruck, ein "Frieden der Gerechtigkeit" werde den Weltkrieg beenden.¹⁰¹

Nach diesem nicht unbedeutenden diplomatischen Erfolg legte der Präsident offenkundig nur begrenzten Wert darauf, die politische Initiative in der Hand zu behalten. Bevor er den Deutschen am 5. November 1918 seine positive Antwort übermitteln ließ, berieten die Verbündeten auf den ausdrücklichen Wunsch der Alliierten über den Waffenstillstand sowie über die Grundlagen des zukünftigen Friedens.¹⁰² Zu diesem Zweck sandte Wilson seinen Intimus und Chefunterhändler Colonel House nach Paris.

Edward Mandell House war ein einflußreicher liberaler Demokrat aus Texas und ein leidenschaftlicher, erfolgreicher Politikberater. Für seine Dienste hatte er ehrenhalber den Titel eines "Colonel" erhalten. Die Domäne des unauffälligen Texaners war die vertrauliche Diplomatie unter vier Augen. Wilson und er kannten sich seit 1911. House bewunderte den Präsidenten für seine Rolle als Führer der liberalen Demokratie in Amerika und auf der Welt; gleichzeitig hatte House selbst die Position, in die Wilson

¹⁰⁰"Secretary of State to Swiss Minister (Sulzer)", 5. 11. 1918; FRUS, 1918, WW, I, S. 468; "Secretary of State to Swiss Chargé (Oederlin)", 23. 10. 1918, S. 382; PP V, S. 284.

¹⁰¹Diese Formel findet sich in der deutschen Note vom 20. 10. 1918 wie auch in der Note vom 27. 10. 1918; siehe WS 1918/19, S. 14, 18.

¹⁰²"The Diplomatic Liaison Officer with the Supreme War Council (Frazier) to the Secretary of State", 9. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 353; ferner "Frazier an Secretary of State", 9. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 353-354.

hineingewachsen war, nicht unwesentlich mit vorbereitet.¹⁰³ House war, so Lloyd C. Gardner sicher zu Recht, der erste, noch informelle, amerikanische nationale Sicherheitsberater.¹⁰⁴

Der Präsident, der seinem Berater nahezu blind vertraute, erklärte House vor seiner Reise nach Paris am 15. Oktober 1918: "I have not given you any instructions because I feel you will know what to do." Der Colonel war bereits während des Krieges mehrfach als Emissär des Präsidenten in Europa gewesen und hatte vertrauliche Kontakte zu Regierungspolitikern in London und Paris geknüpft.¹⁰⁵ House notierte, ebenso geschmeichelt wie verwundert, in seinem Tagebuch: "I am going on one of the most important missions anyone undertook, and yet there is no word of direction, advice or discussion between us." Wilson wisse, "that our minds run.. parallel, and he also knows that where they diverge, I will follow his bent rather than my own".¹⁰⁶ House fügte hinzu, Wilson übertrage ihm größtmögliche Vollmachten, und er nehme in Europa faktisch die Rolle des amerikanischen Regierungschefs ein. Wilson sagte dem britischen Diplomaten Wiseman einen Tag später über sein Verhältnis zu House: "He knows my mind entirely".¹⁰⁷

Es war in der Tat ein bemerkenswerter Vorgang: die Grundlagen der weiteren Behandlung Deutschlands sollten in Paris gelegt werden, ohne daß es in Washington einen rationalen Austausch eines politischen Planungsstabes gegeben hatte. Der amerikanische Beitrag bei der Ausarbeitung des Waffenstillstandes und der Festlegung der politischen Grundlagen für die Friedenskonferenz beruhte auf dem scheinbar blinden Miteinander des Präsidenten und seines Freundes und Sonderberaters, der kein offizielles Amt bekleidete, sondern der so etwas wie die graue Eminenz der amerikanischen Politik war.¹⁰⁸

Wie der britische Historiker Carr - 1919 ein Mitarbeiter des Foreign Office - betont hat, sei es "a regular characteristic of this ambiguous figure that he holds no official position ..., bears no responsibility, but is known to be in the confidence of his chief. He provides a two-way channel through which opinions can be filtered without the handicap of formal commitment on either side." Die Zweideutigkeiten und Versuchungen einer solchen Position, so Carr treffend, seien notorisch. Carr gibt zu bedenken, der häufig gemachte Vorwurf der Disloyalität des Colonels beruhe auf einem Mißverständnis dieser

¹⁰³Am Tag des Waffenstillstands schrieb House an Wilson: "Autocracy is dead. Long live democracy and its immortal leader. In this great hour my heart goes out to you in pride, admiration, and love." IP IV, S. 145, PW 54, S. 34. Baker, WWS I, S. 304 f., sieht in House einige der Eigenschaften gegeben, die Wilson gefehlt hätten: "a genius for understanding human beings, a love of personal contacts, a spirit of friendly compromise", und meint: "One cannot resist Colonel House!" Houses fundamentale Schwäche sei es gewesen, zu verkennen, daß vitale Interessendivergenzen nicht einfach ausgebügelt werden könnten.

¹⁰⁴Gardner, United States, S. 265.

¹⁰⁵Über sein politisches Leben führte Colonel House ein voluminöses Tagebuch, das in Auszügen veröffentlicht ist. Zu den Missionen nach Europa Anfang 1915, im Winter 1915/16 und Ende 1917 siehe IP I, S. 359 ff., IP II, S. 112 ff., und IP III, S. 210 ff.

¹⁰⁶House Diary, 15. 10. 1918, PW 51, S. 342, IP IV, S. 88.

¹⁰⁷Memorandum Wiseman über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 351; vgl. auch Snell, S. 369. Über House's Verständnis für die Europäer sagte der britische Kreditgeber J. Morgan am 8. 11. 1918 zu Wiseman, "the Colonel ... understands that a just peace does not mean justice to Germany, which involves injustice to the Allies"; Fowler, S. 233.

¹⁰⁸E. H. Carr, Colonel House, in: ders., From Napoleon to Stalin and other Essays, London 1980, S. 139-147, hier S. 140.

besonderen Position. Hätte sich House damit begnügt, die Positionen des unflexiblen Präsidenten lediglich zu wiederholen, hätte er keine sinnvolle Aufgabe erfüllen können. Im Gegenteil sei es seine Rolle gewesen - kraft Position und eigener Neigungen - Lösungen herbeizuführen, Verständigung zu ermöglichen, freilich ohne den Kontakt mit seinem Chef zu verlieren.¹⁰⁹

Ob Wilson dieses Verständnis von House's Rolle als eines "fixer, ..manipulator, ..go-between"¹¹⁰ auch hatte bzw. ungebrochen beibehielt, wird sich zeigen. In jedem Fall war der Präsident ja entscheidend dafür verantwortlich, daß House seine informell-mächtige Position bekleidete; der Colonel wurde für Wilson nahezu unentbehrlich. Am 16. Oktober 1918 sagte Wilson zu Wiseman in erstaunlicher Offenheit, es sei schwer für ihn, auf House zu verzichten: "On many problems he is the only person I can consult."¹¹¹

Es wäre fast ein Wunder gewesen, hätten sich unter dieser Konstellation nicht Interessenunterschiede, verdeckte oder offene Konflikte zwischen Wilson und House entwickelt, die auch für die amerikanische Deutschlandpolitik äußerst wichtig werden sollten. Denn es war naheliegend, daß sich die Abhängigkeit des Präsidenten von seinem Berater in einer Lage verstärken würde, in der der tägliche diplomatische Umgang mit unterschiedlichsten Persönlichkeiten aus aller Welt gefordert war: auf einer Friedenskonferenz, die es in ihrer Größe wie in Paris 1919 noch niemals zuvor gegeben hatte. In der Tat nahm auch die Freundschaft zwischen Wilson und House während der mittleren Phase Friedenskonferenz irreparablen Schaden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß das Herz des liberalen texanischen Politikberaters House an kaum etwas anderem so sehr hing wie an den Vierzehn Punkten, an deren Entstehung er selbst nicht unbeteiligt gewesen war.¹¹² So hatte House dem Präsidenten am 3. September 1918 vorgeschlagen: "Could not a plan be thought out by which the Entente would be committed to certain things for which we stand and which are so essential, from our point of view, to the reconstruction of the world?"¹¹³

Vor diesem Hintergrund verfolgte die Mission von Colonel House nach Europa zwei Ziele: erstens die Erörterung der Waffenstillstandsbedingungen und zweitens und wichtiger, die offizielle Verpflichtung der Alliierten auf die Vierzehn Punkte. Diese Zweiteilung der Aufgabe lag natürlich auch in der deutschen Anfrage vom 3. Oktober 1918 begründet, doch wird Wilson die von Berlin so betonte Rolle der Vierzehn Punkte fraglos entgegengekommen sein. Denn auf diese Weise schien die Möglichkeit gegeben zu sein, den zukünftigen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen die amerikanische Handschrift aufzuprägen.¹¹⁴

¹⁰⁹Carr, Colonel House, S. 140-141. Carrs Einschätzung sollte bedacht werden bei der Lektüre von Flotos "Colonel House in Paris", die sich vorwiegend mit der Disloyalität House's beschäftigt.

¹¹⁰Carr, Colonel House, S. 141.

¹¹¹Memorandum Wiseman über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 351. Wiseman zeigte sich im August 1918 überrascht, wie Wilson, der wenig von den Einzelheiten der kontinentalen Politik zu verstehen scheine, sich hier auf Houses Rat verlasse; Wiseman an Murray, 30. 8. 1918, abgedruckt bei Fowler, S. 282.

¹¹²Siehe z. B. House Diary, 9. 1. 1918, PW 45, S. 550-559; House an Wilson, 9. 1. 1918 (Glückwunsch zur Vierzehn Punkte-Rede), ebda., S. 564.

¹¹³House an Wilson, 3. 9. 1918, IP IV, S. 65.

¹¹⁴Renouvin, L'Armistice, S. 136-137, meint, in diesem Stadium der diplomatischen Verhandlungen habe Wilsons seine Position als Schiedrichter durchgesetzt.

11. 2. Washington und die Sicherheit der Alliierten. Präsident Wilson, Colonel House und der Charakter des Waffenstillstands

Präsident Wilson wollte den Waffenstillstand, wie gesehen, zwar mit einem geschwächten Gegner abschließen, um die erneute Aufnahme von Kampfhandlungen zu vermeiden. Doch abgesehen davon plädierte der Präsident in einem von House arrangierten Gespräch mit dem britischen Mittelsmann Wiseman für moderate Waffenstillstandsbedingungen: "The heads of the governments will probably have to modify the terms because the soldiers and and sailors will make them too severe. We must not make them impossible, or even humiliating."¹¹⁵ House notierte die Überlegungen der US-Führung: Wäre Deutschland besiegt, würde es jegliche Bedingungen annehmen; wäre es nicht besiegt, wolle man nicht mit Berlin verhandeln. "At the same time, neither the President nor I desired to make a vengeful peace".¹¹⁶ Eine Verwüstung Deutschlands durch alliierte Truppen, so wie Deutschland die besetzten Gebiete verwüstet habe, sei nicht anzustreben. Deutschland sollte weder zerschlagen noch revolutioniert werden.¹¹⁷

Wilson hatte für seine Haltung mehrere Gründe, zuallererst natürlich sein Interesse an einem liberalen Friedensprojekt. Zum zweiten beobachtete Wilson aufmerksam die innenpolitische Lage in Deutschland und nahm eine gewisse Rücksicht auf die in Berlin neu entstandene politische Konstellation. Um die deutschen Militärs gegenüber einer seit kurzem parlamentarisch verantwortlichen Regierung nicht wieder zu stärken, sollten in Wilsons Augen die Waffenstillstandsbedingungen nicht zu erniedrigend ausfallen. Wilson wies aus diesem Grund die Forderung des Generals Pershing, dem Oberbefehlshaber der US-Truppen in Europa, zurück. Pershing hatte am 26. Oktober 1918 über eine Konferenz der Oberbefehlshaber unter Vorsitz Marschall Fochs vom Vortag berichtet und für "strict conditions regarding an armistice" plädiert. Der von Deutschland durch den Krieg verursachte Schaden sei so groß, wiederholte der US-General, "that there should be no tendency toward leniency with Germany and her allies in fixing the terms of an armistice". Ferner sei die gegenwärtige militärische Lage so günstig für die Alliierten, daß "the terms we demand should not be light".

Im einzelnen empfahl Pershing die Evakuierung Frankreichs und Belgiens und aller anderen besetzten Gebiete innerhalb von 30 Tagen, zweitens den Rückzug Deutschlands aus Elsaß-Lothringen und dessen Besetzung durch die Alliierten, drittens den Rückzug der deutschen Armee bis an das Ostufer des Rheins und die alliierte Besetzung nicht näher bezeichneter Brückenköpfe. In Punkt 6 verlangte der Oberbefehlshaber die Übergabe aller deutschen U-Boote und U-Boot-Basen; ein Punkt, den weder der britische Marschall Haig noch der französische General Pershing mangels Kompetenzen unter-

¹¹⁵Memorandum Wiseman über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918; PW 51, S. 348; vgl. Snell, S. 367. Vgl. Geddes an Lloyd George über ein Gespräch mit Wilson, 13. 10. 1918, PW 51, S. 325-326; Lloyd George, WM VI, S. 3290.

¹¹⁶House Diary, 15. 10. 1918, IP IV, S. 83; PW 51, S. 340. Diese Passage gab Wilson fast wörtlich im Gespräch mit Wiseman wieder, 16. 10. 1918, ebda., S. 348.

¹¹⁷Schwabe, Revolution, S. 222 ff., für das Folg..

stützten. Die größte Differenz zwischen Pershings und Haigs Ansicht lag darin, daß der britische Oberbefehlshaber die Besetzung deutschen Bodens ablehnte.¹¹⁸

In einem Antworttelegramm von Kriegsminister Newton D. Baker an Pershing am 27. Oktober wurde demgegenüber die Position des Präsidenten mit folgenden Worten beschrieben: "In general, the President feels the terms of the armistice should be rigid enough to secure us against renewal of hostilities by Germany but not humiliating beyond that necessity, as such terms would throw the advantage to the military party in Germany."¹¹⁹ Um allerdings dabei keinen pro-deutschen Eindruck zu erwecken, erkannte Wilson die deutsche Regierung zunächst nicht diplomatisch an.¹²⁰

Wilson verlangte in der Anweisung an Pershing vom 27. Oktober im einzelnen, die von deutschen Truppen zu räumenden Gebiete genau aufzuzählen, und Elsaß-Lothringen zwar zu räumen, aber nicht von den Alliierten zu besetzen. Wilson war der Ansicht, östlich des Rheins sollten keine alliierten Truppen stationiert werden; ein solches Vorgehen bedeute "practically an invasion of German soil under armistice".¹²¹ Mit Blick auf die maritimen Bestimmungen heißt es in der Instruktion, eine Kontrolle deutscher U-Boot-Basen sei ebenfalls eine unerwünschte Besetzung deutschen Bodens; es genüge, so gab Kriegsminister Baker die Position Wilsons weiter, deutsche U-Boote in neutralen Gewässern zu internieren.¹²² Auch der stellvertretende Leiter der Militäroperationen zur See, William Pratt, hielt die im Allied Naval Council in Paris empfohlenen Bedingungen zur See¹²³ für zu drastisch, während der Unterstaatssekretär im Marineministerium, der spätere US-Präsident Franklin D. Roosevelt, in einem Memorandum an Wilson die Ansicht vertrat, "the naval terms must to a large extent follow the *tenor* of the army terms". Auch werde es Deutschland, so Roosevelt, leichter fallen, "to accept harsh naval terms than harsh army terms".¹²⁴

In einer Instruktion Wilsons an Colonel House klang auch ein drittes Motiv für den Abschluß eines moderaten Waffenstillstands an: der Präsident betrachtete das machtpolitische Gewicht der europäischen Alliierten mit Skepsis. Am 28. Oktober telegraphierte Wilson: "My deliberate judgement is that our whole weight should be thrown for an armistice which will prevent a renewal of hostilities by Germany but which will be as moderate and reasonable as possible within those limits because it is certain that too much success or security on the part of the Allies will make a genuine peace settlement exceedingly difficult if not impossible." Auch wenn Wilson dies nicht im Sinn gehabt hatte: was er hier anstrebte, war nichts anderes als eine amerikanische Gleichgewichtspolitik, aus der Position eines Balancehalters heraus.

¹¹⁸Siehe Pershing an Baker für Wilson, 26. 10. 1918, Wilson, PW 51, S. 454-455. Vgl. über die Konferenz der Oberbefehlshaber Pershing, II, S. 359-363; Foch, Kriegserinnerungen, S. 449-450. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 2.

¹¹⁹Baker an Pershing, im Auftrag Wilsons, 27. 10. 1918, PW 51, S. 472, für das Folg. Marston, S. 21.

¹²⁰Schwabe, *Revolution*, S. 243.

¹²¹Baker an Pershing, im Auftrag Wilsons, 27. 10. 1918, PW 51, S. 472; Baker, LW VII, S. 520-522.

¹²²Vgl. den von Wilson gebilligten Vorschlag über "Naval Terms of an Armistice" von William Sims, Vorsitzender des Joint Water Power Committee und US-Vertreter im Allied Naval Council in London, 28. 10. 1918, der House und Admiral Benson am gleichen Tag nach Paris übermittelt wurde, PW 51, S. 474-475; Absatz 8 betrifft die deutschen U-Boote. Über das endgültige Schicksal der feindlichen Flotte sollte die Friedenskonferenz entscheiden. Vgl. Trask, *Captains*, S. 329-331.

¹²³Vgl. Teil 1, Kap. 2. 2.

¹²⁴Memorandum Roosevelts an Wilson, 29. 10. 1918, mit der Anlage des Memorandums von Pratt, PW 51, S. 486-487; Hervorh. im Original.

Wilson schloß mit den Worten, die ihm von Pershing am 26. Oktober übermittelte Position der Generäle Haig und Milner (Großbritannien) und Petain (Frankreich) sei mit Blick auf den Waffenstillstand "therefore safer than Foch's" (und, unausgesprochen, als die von Pershing selbst).¹²⁵ Colonel House erhielt dieses Telegramm zwar in teilweise sinnentstellter Form.¹²⁶ Doch wurde in Wilsons Funktelegramm darauf verwiesen - und auch korrekt übermittelt -, House solle das Telegramm von Baker an Pershing beachten. Daher mußte House die Position Wilsons bekannt sein.

Wilson war, das wird in seinen Zeilen deutlich, offenbar bestrebt, soviel wie möglich von seiner ursprünglichen Schiedsrichterrolle zu erhalten oder von neuem in die diplomatischen Verhandlungen einzubringen.¹²⁷ In einem Privatbrief sprach er von einem "absolutely and rigorously *impartial peace*".¹²⁸ Wie tief sein Mißtrauen gegenüber den Alliierten reichte, offenbart eine Äußerung im Kabinett aus dem April 1918: "Fear I will come out of the war hating English".¹²⁹ Am 22. Oktober erklärte Wilson im Kabinett, die europäischen Verbündeten "needed to be coerced, that they were getting to the point where they were reaching out for more than they should have in justice".¹³⁰ Erneut pochte er auf Gerechtigkeit, die ebenso als Maßstab für die Behandlung des besiegten Deutschland diene wie für den Umgang mit den Alliierten. So kam es dem Präsidenten in gewissen Grenzen gelegen, etwas von dem machtpolitischen Gewicht Deutschlands für die Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich wahren zu können. Ebendies warf der republikanische Senator Cabot Lodge dem Präsidenten vor; dieser wolle ein Gegengewicht zu den Alliierten bilden und seinen eigenen Einfluß auf der Friedenskonferenz erhöhen.¹³¹

Die Vorstellungen der US-Militärs, in wichtigen Fragen zu Wilsons Plänen konträr, trugen allerdings nicht dazu bei, die Verhandlungsposition des Präsidenten und seines Unterhändlers gegenüber den Europäern zu stärken. Dies galt nicht nur für General Pershing, der weiterhin und sogar offen eigenmächtig für eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands eintrat, mindestens aber für rigideste Waffenstillstandsbedingungen und für einen Diktatfrieden. Pershing argumentierte, jeder Waffenstillstand, der nicht einer Kapitulation entspreche, verzögere oder verunmögliche die Auferlegung befriedigender Friedensbedingungen.¹³² Auch General Tasker Bliss, der US-Vertreter im Obersten Kriegsrat, verfolgte eigene Pläne. Bliss hielt das, was er den "*European militarism*" nannte, für den größten Fluch der Zeit; den preußischen Militarismus sah er nur als des-

¹²⁵Wilson an House, 28. 10. 1918; PW 51, S. 473; Baker, LW VII, S. 523.

¹²⁶So lautete der decodierte Text "too much severity on the part of the Allies" und, wichtiger noch, die Position der drei Generäle sei "subordinate to Foch". Der Text des Telegramms ist aus den House Papers abgedruckt in PW 51, S. 473. Fehler bei der Übermittlung per Kabel mit nachfolgender Decodierung traten häufiger auf, vgl. dazu etwa House an Wilson, 27. 10. 1918, ebda., S. 462-463; siehe auch Arthur S. Link in der Einleitung zu den Wilson-Papers, Bd. 53, S. IX-X. Siehe auch Schwabe, *Revolution*, S. 184 f., 187, Anm. 51.

¹²⁷So auch Floto, S. 42.

¹²⁸Wilson an E. P. Davis, 26. 10. 1918, PW 51, S. 453, Hervorh. von mir.

¹²⁹Daniels Diary, 15. 4. 1918, Daniels, S. 299.

¹³⁰Brief F. K. Lane, in A. W. Lane und L. H. Wall, *Letters of Franklin K. Lane*, S. 295, hier zit. n. Trask, *Captains*, S. 328.

¹³¹Dazu Ambrosius, *Wilson*, S. 49.

¹³²Siehe das Memorandum von Pershing, das der Oberbefehlshaber ohne Rücksprache mit House oder Wilson am 30. 10. 1918 dem Obersten Kriegsrat vorlegte, House an Außenminister für Wilson, 31. 10. 1918, PW 51, S. 524-525. Dazu Pershing Diary, 30. 10. 1918, Pershing, II, S. 363; Walworth, *Moment*, S. 43-44.

sen Auswuchs an. Bliss, in dieser Ansicht von Wilson nicht weit entfernt, sah die Chance, die allgemeine Abrüstung entsprechend Punkt 4 der Vierzehn Punkte rasch voranzutreiben und einen "radical change in existing world conditions" herbeizuführen.¹³³ Deswegen, und weil er die spätere Friedenskonferenz nicht mit militärischen Detailfragen belasten wollte, verlangte Bliss die vollständige Entwaffnung und Demobilisierung Deutschlands zu Lande und zur See im Rahmen des Waffenstillstandes. Dies bedeutete in seinen Augen zwar eine Kapitulation. Doch wandte sich Bliss entschieden gegen eine unnötige Erniedrigung des Feindes, die seiner Meinung darin bestand, wenn der Waffenstillstand bereits politische Ziele vorwegnahm. Als ein solches deutete er den Rückzug der deutschen Truppen auf das rechte Rheinufer und die Besetzung von Brückenköpfen.¹³⁴

Aber auch die inneramerikanische Opposition gegen die Vierzehn Punkte und gegen einen moderaten Waffenstillstand stärkte nicht die Position des Präsidenten, um so mehr, als am 5. November Wahlen zum Kongreß bevorstanden. Führende Vertreter der Republikaner in den USA, wie Ex-Präsident Roosevelt und Senator Henry Cabot Lodge, traten für eine bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") ein. Roosevelt schäumte in einem Brief an Cabot Lodge vom 24. Oktober, der am gleichen Tag veröffentlicht wurde, ein Frieden auf der Basis der Vierzehn Punkte führe nicht zu einem "unconditional surrender of Germany", sondern zu einem "unconditional surrender of the United States". Er forderte, den Frieden mit Waffen zu diktieren und ihn nicht im Geklingel von Schreibmaschinen herbeizureden - eine böse Anspielung auf Wilsons Notenwechsel mit Berlin. Roosevelt drängte auf eine Entschließung des Kongresses, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zum amerikanischen Kriegsziel zu erheben. Der ehemalige Präsident kritisierte vehement Wilsons Praxis, die USA als assoziierte Macht zu bezeichnen, statt sich unmißverständlich an die Seite der Alliierten zu stellen. Erst wenn die Deutschen die Herrschaft der Hohenzollern überworfen hätten, so Roosevelt kategorisch, könne man zwischen dem Volk und seinen Herrschern unterscheiden.¹³⁵

Colonel House war unterdessen in Paris angekommen, wo er am 26. Oktober von Clemenceau unter größter Geheimhaltung die Waffenstillstandsbedingungen erhielt, die Marschall Foch am Vortag ausgearbeitet hatte.¹³⁶ House übermittelte sie nach Washington.¹³⁷ Wichtig für den weiteren Verlauf der Gespräch in Paris wie auch später auf der Friedenskonferenz war, daß House einen äußerst positiven Eindruck von Clemenceau gewann, und die Sympathie scheint beiderseitig gewesen zu sein. Clemenceau be-

¹³³Bliss an Baker, 9. 10. 1918, in Baker an Wilson, 24. 10. 1918, PW 51, S. 431-432; Hervorh. im Orig.

¹³⁴Bliss an Baker, 23. 10. 1918, in Baker an Wilson, 24. 10. 1918, PW 51, S. 434-436; Bliss-Memorandum on Armistice Terms, 28. 10. 1918, IP IV, S. 148-150; auch in Bliss' Bericht an Lansing über die USA im Obersten Kriegsrat, 6. 2. 1920, FRUS, Lansing Papers, II, S. 294. Vgl. House Diary, 26. 10. 1918, IP IV, S. 94; Bliss, Armistices, S. 517-521; Comment of General Bliss on Armistice Terms, 14. 6. 1928, IP IV, S. 151; Vgl. Schwabe, Revolution, S. 186, und Walworth, Moment, S. 45-46.

¹³⁵Roosevelt an Cabot Lodge, 24. 10. 1918, Text in PW 51, S. 455-456 (Anm.). Kritisch über Roosevelt und Cabot Lodge: House Diary, 15. 10. 1918, PW 51, S. 341. Zu Cabot Lodge auch Ambrosius, Wilson, S. 47-50.

¹³⁶Foch an Clemenceau, 26. 10. 1918, vollständig abgedruckt in Tardieu, S. 69-71; auch in IP IV, S. 145-148; vgl. House Diary, 26. 10. 1918, ebda., S. 93; Foch, Kriegserinnerungen, S. 447; Grew Diary, 26. 10. 1918, Grew, I, S. 341-342; Bericht Bliss' für Lansing, 6. 2. 1920, FRUS, Lansing Papers, II, S. 296; Marston, S. 23 f.

¹³⁷House an Wilson, 27. 10. 1918 (Nr. 2), PW 51, S. 463-464.

klagte sich auch über Lloyd George, über die Briten allgemein.¹³⁸ Der Ministerpräsident schien als Gegengewicht eine enge französisch-amerikanische Zusammenarbeit etablieren zu wollen, und House dürfte diesem Ansinnen bereits zu diesem Zeitpunkt nicht abgeneigt gewesen sein.¹³⁹

Aus seinen ersten Gesprächen in Paris gewann House den Eindruck, daß die britischen Militärfachleute wie Marschall Haig und Kriegsminister Milner eine ausgesprochen vernünftige Haltung einnahmen. Bei Lloyd George, so informierte der Colonel den Präsidenten, scheine das nicht der Fall zu sein; Clemenceau neige selbst wohl zur Vernunft, stehe aber offenbar unter dem Einfluß Fochs, der Deutschland für absolut geschlagen halte. House schrieb dazu, "Haig and Bliss disagree with me on this point and advise a reasonable armistice".¹⁴⁰ Positiv vermerkte House in seinem Tagebuch, Haig halte eine vollständige Kapitulation der Deutschen nicht für möglich und sinnvoll.¹⁴¹ Lord Milner blickte auch besorgt auf die Gefahr einer bolschewistischen Machtergreifung in Deutschland.

House scheint demnach bei seiner Ankunft Fochs Position kritisch gesehen zu haben und der von ihm für vernünftig gehaltenen Position der britischen Generäle zugeneigt zu haben, die bekanntlich im Rahmen des Waffenstillstands keinen deutschen Boden besetzen wollten. Diese Position vertrat auch Wilson, der House, wie oben gesehen, am 28. Oktober dahingehend informierte. Was die Position des eigenmächtig agierenden Pershing anbelangte, hielt House sie für indiskutabel.¹⁴² Die Position von Bliss scheint House zunächst durchaus für bedenkenswert gehalten zu haben¹⁴³; doch er informierte Bliss, daß die alliierten Premiers Marschall Fochs Ansicht teilten, die Deutschen würden eine vollständige Entwaffnung, die Bliss verlangte, nicht akzeptieren.¹⁴⁴

House, der, wie in seinem Tagebuch vom 15. Oktober erwähnt, selbst weder einen zu milden noch einen zu harten Waffenstillstand favorisierte¹⁴⁵, beschritt in den folgenden Tagen einen anderen Weg als Wilson ihn wünschte. Er kam den alliierten Regierungschefs - vor allem Clemenceau - entgegen und akzeptierte die im Vergleich zu Wilsons, aber auch zu seiner bisherigen eigenen Position drastischeren Bedingungen Fochs. Wie Clemenceau in einer Besprechung mit House und Lloyd George am 30. Oktober erklärte, könne er sich in der französischen Deputiertenkammer nicht halten, wenn auf die Besetzung des rechten Rheinufer verzichtet werde; er gab aber sein Ehrenwort, die

¹³⁸House Diary, 26. 10. und 29. 11. 1918, siehe Walworth, Moment, S. 41, 42; vgl. Grew Diary, 26. 10. 1918, Grew, I, S. 342.

¹³⁹Dieser Aspekt ist für die Waffenstillstandsverhandlungen in der Forschung unterbelichtet worden. House sagte zu seinem Begleiter Grew, wenn Clemenceau so mit ihm zusammenarbeite wie beim letzten Mal, werde alles gut gehen, Grew Diary, confid., undat., Okt. 1918, Grew, I, S. 339.

¹⁴⁰House an Wilson, 27. 10. 1918 (Nr. 1), PW 51, S. 462; in der Anm. die Version von House. Wilsons Version weicht an einigen Stellen aufgrund von Übermittlungsfehlern ab.

¹⁴¹House Diary, 26. 10. 1918, IP IV, S. 93; zum Tagebucheintrag vom 27. 10., mit gleichem Tenor, siehe Floto, S. 280, Anm. 134. Vgl. Grew Diary, 26. 10. 1918, Grew, I, S. 340-341.

¹⁴²House an Wilson, 31. 10. 1918, mit Pershings Memorandum vom 30. 10., PW 51, S. 523-525; vgl. Walworth, Moment, S. 43-44.

¹⁴³Grew Diary, 28. 10. 1918, Grew, I, S. 345.

¹⁴⁴Darüber Bliss an Seymour, 14. 6. 1918, IP IV, S. 118-119. House selbst hatte den Eindruck, die Deutschen seien "finished" und würden die Bedingungen der Verbündeten akzeptieren müssen, Grew Diary, confid., undat., Grew, I, S. 339.

¹⁴⁵Grew gegenüber verwendete House sogar das Wort "magnanimous", Grew Diary, 28. 10. 1918, Grew, I, S. 344.

Truppen würden abgezogen, wenn die Friedensbedingungen erfüllt seien. House kommentierte in seinem Funktelegramm: "I am inclined to sympathize with position taken by Clemenceau."¹⁴⁶

Offenbar hatte Clemenceau bereits in einem privaten Treffen mit House kurz zuvor dessen Zustimmung zu den französischen Waffenstillstandsbedingungen gewonnen.¹⁴⁷ Am 1. November erklärte House im Obersten Kriegsrat, "he was not disposed to take from Germany more than was absolutely necessary, but he was disposed to leave the matter in Marshal Foch's hands". Der Colonel unterstützte nun nicht die Skepsis des britischen Premiers mit Blick auf die Besetzung der Rheinprovinzen.¹⁴⁸ House notierte am 4. November in seinem Tagebuch, er habe Sir Geddes erklärt, daß er sich Lloyd George bei den Bedingungen zu See angeschlossen habe, ebenso wie er Foch bei den Bedingungen zu Lande gefolgt sei - eine Äußerung, die vermutlich taktische Hintergründe hat, aber wohl auch einen wahren Kern enthielt - hinsichtlich der militärischen übrigens stärker als mit Blick auf die maritimen Bedingungen.¹⁴⁹

Ein entscheidender Grund für House, die Beratungen an dieser Stelle nicht zu komplizieren, sondern rasch zu einem Waffenstillstand zu gelangen, war wohl nicht nur das Bedürfnis nach Einigkeit der Verbündeten in der Endphase des Krieges¹⁵⁰, nicht nur das Verständnis für die französischen Bedürfnisse, sondern offenkundig auch der alliierte Widerstand gegen die Vierzehn Punkte.¹⁵¹ Da House diesem Programm ohnehin die größere Bedeutung beimaß als dem Waffenstillstand, verfolgte der Colonel die Taktik eines "quid pro quo" zwischen dem Waffenstillstand und den Vierzehn Punkten, in der Weise, daß er die alliierten Bedingungen weitgehend billigte und im Gegenzug hoffte, die europäischen Premiers auf die Vierzehn Punkte verpflichten zu können.¹⁵² House's Priorität wird auch darin deutlich, daß er in seinen mehrmals täglich angefertigten Berichten für Wilson vor allem die Diskussionen über die Vierzehn Punkte behandelte und die eigentlichen Verhandlungen über die Waffenstillstandsbedingungen knapper und auf der formalen Ebene thematisierte. Da der Colonel annehmen konnte, daß auch für Wilson die Vierzehn Punkte im Zweifelsfall vorrangig waren, hat House sich zu seinem Schritt wohl autorisiert gesehen, trotz Wilsons klarem Plädoyer für einen maßvollen Waffenstillstand. Hatte im übrigen Wilson nicht vor seiner Abreise gesagt, er glaube, House wisse, was zu tun sei?

Nun soll noch auf die Ansicht eingegangen werden, House's Verhandlungsposition mit Blick auf den Waffenstillstand sei angesichts der fehlenden Einigkeit Großbritanniens

¹⁴⁶House an Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 12), PW 51, S. 516.

¹⁴⁷Das berichtet jedenfalls General Mordacq, *Le ministère Clemenceau*, II, S. 297-298, und Mordacq, *La vérité sur L'armistice*, Paris 1929, S. 166-167. Vgl. Floto, S. 53-54.

¹⁴⁸House Diary, 26. 10. 1918, IP IV, S. 93; Sitzungsprotokoll des Obersten Kriegsrats, 1. 11. 1918, ebda., S. 121-127, Zit. S. 123; im französischen Protokoll bei Launay, S. 116 ff., nur die Nachmittagssitzung.

¹⁴⁹House Diary, 4. 11. 1918, IP IV, S. 138.

¹⁵⁰So hielt House die dritte Note Wilsons an die deutsche Regierung für einen Fehler, der ihn die Führungskraft bei den Friedensverhandlungen kosten könne, da die Deutschen möglicherweise getrennt an die Ententemächte herantreten würden, Diary 24. 10. 1918, Floto, S. 40; Haig Diary, vermutl. 26. 10. 1918, zit. n. Walworth, *Moment*, S. 35. House meinte zu Grew, Wilson hätte die Alliierten vermehrt konsultieren sollen, Grew, I, S. 339.

¹⁵¹Vgl. Teil 1, Kap. 1. 3.

¹⁵²Siehe z. B. House Diary, 28. 10. 1918, IP IV, S. 155; Schwabe, *Revolution*, S. 185 ff.. Die französische Regierung war ursprünglich noch weniger geneigt gewesen als die britische, den Vierzehn Punkten zuzustimmen.

und Frankreichs gar nicht unvorteilhaft gewesen. Der Colonel habe, so der Vorwurf, bei seinem Kampf für die Vierzehn Punkte die politischen Aspekte des Waffenstillstands aus dem Auge verloren, was einen Dualismus zwischen Waffenstillstand und Vorwaffenstillstandsabkommen (der Lansing-Note) ermöglicht habe, der die amerikanische Position geschwächt habe.¹⁵³ Dagegen ist zu sagen, daß die Möglichkeit, in Zukunft politischen Druck auf die Alliierten auszuüben, wenn die US-Führung dies nur wollte, natürlich keineswegs erschöpft waren. Im übrigen hatte House kein Interesse daran, die Beziehungen zwischen den USA und den Alliierten, die immerhin vier Jahre gegen Deutschland gekämpft hatten, von vornherein so zu belasten, daß die Einheit der Sieger ernsthaft in Frage gestellt war. Obwohl das machtpolitische Gewicht der USA seit dem Kriegseintritt beständig zugenommen hatte, war Washington weder in der Lage noch bereit, eine Friedensregelung gegen Deutschland und gegen die Alliierten durchzusetzen.

Die Vereinigten Staaten akzeptierten schließlich einen Waffenstillstand, der zu Lande in erster Linie die Interessen Frankreichs widerspiegelte.¹⁵⁴ Mit der Besetzung der linksrheinischen Gebiete und der Brückenköpfe kam es zu der "Invasion" deutschen Bodens im Rahmen des Waffenstillstandes, den Wilson zunächst hatte verhindern wollen.

Mit Blick auf den Waffenstillstand zur See hatte Wilson, wie oben dargelegt, weniger drastische Bestimmungen vorgesehen als die der britischen Marineführung. Colonel House teilte diese Ansicht¹⁵⁵, entschied sich aber während auch an diesem Punkt anders. In der Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und den britischen Admirälen auf der einen und zwischen Lloyd George und Marschall Foch auf der anderen Seite schloß House sich dem Vorschlag des Premierministers an, die deutsche Hochseeflotte in neutralen Häfen zu internieren und deren endgültiges Schicksal auf der Friedenskonferenz zu klären.¹⁵⁶

US-Admiral Benson hatte sich, noch bevor Wilsons Instruktionen für die maritimen Bedingungen in Paris eingetroffen waren, den Vorschlägen der britischen und französischen Vertreter im Allied Naval Council angeschlossen; und er plädierte dafür, die Bestimmungen beizubehalten: nicht Internierung, sondern Auslieferung von 160 deutschen U-Booten, von 50 modernen Zerstörern und einer geringeren Anzahl von Schlachtschiffen und Panzerkreuzern.¹⁵⁷ Damit hatte sich auch Benson konträr zu den moderaten Plänen des Präsidenten gestellt.¹⁵⁸ Wilson ließ Benson am 3. November warnen, es sei "quite possible to go.. too far in demanding excessive security".¹⁵⁹ Benson unterstützte schließlich Lloyd Georges Kompromißvorschlag über eine Internierung der deutschen Hochseeflotte, in der Vorstellung, die Schiffe würden den Deutschen

¹⁵³Floto, S. 47.

¹⁵⁴House übermittelte die Waffenstillstandsbedingungen am 4. 11. 1918 nach Washington: FRUS, 1918, WW, I, S. 463-466; die endgültige Fassung in House an Außenminister, 11. 11. 1918, ebda., S. 495.

¹⁵⁵House Diary, 29. 10. 1918, IP IV, S. 120.

¹⁵⁶Oberster Kriegsrat, 2. 11. 1918, Launay, S. 131-132; und 3. 11. 1918, Auszüge in IP IV, S. 133; House an Wilson, 3. 11. 1918, PW 53, S. 568. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 2.

¹⁵⁷Benson an Staatssekretär der Marine, undat., vermutlich 29. 10. 1918, Anhang II in Roosevelt an Wilson, ca. 29. 10., PW 51, S. 488-492. Vgl. Trask, Captains, S. 331-336.

¹⁵⁸Trask, Captains, S. 332.

¹⁵⁹Daniels an Sims, 3. 11. 1918, Daniels, S. 345; vgl. Trask, Captains, S. 346.

nach dem Friedensschluß nicht zurückgegeben. Am 4. November forcierte House dann im Obersten Kriegsrat eine Entscheidung auf der Basis des Lloyd George-Plans.¹⁶⁰

So mußten die Deutschen laut den maritimen Waffenstillstandsbedingungen ihre U-Boote binnen 14 Tagen ausliefern (Punkt 22), schwere Kriegsschiffe abrüsten und in neutralen Häfen internieren und weitere Kriegsschiffe in deutschen Häfen bewachen lassen (Punkt 23).¹⁶¹

Colonel House hatte bei den Bestimmungen zur See eine mittlere Linie vertreten und - anders als bei den Bedingungen zu Lande - auch einen Erfolg verzeichnen können.¹⁶² US-Admiral Sims schrieb in einer Korrespondenz, ein Waffenstillstand dieser Art sei "only another name for practically unconditional surrender".¹⁶³ House kabelte dem Präsidenten bereits am 31. Oktober: "You will have as free a hand after the Armistice is signed as you now have."¹⁶⁴ Der Colonel war sich zwar durchaus darüber im klaren, daß der Waffenstillstand "einer bedingungslosen Kapitulation gleichwertig" sei.¹⁶⁵ Doch vermutlich glaubte House, man könne die noch offenen militärischen Fragen wie Abrüstung auf der Friedenskonferenz schnell erledigen und auf der Grundlage der Vierzehn Punkte über die politischen Themen verhandeln.

Die Bestimmung im Waffenstillstandsvertrag, die Wirtschaftsblockade gegen Deutschland bestehen zu lassen und Deutschland "während der Dauer des Waffenstillstands ... in dem als notwendig erachteten Maß mit Lebensmitteln zu versorgen", sorgte in den folgenden Monaten für einen nicht unerheblichen Streit unter den Siegermächten.¹⁶⁶ Erst ab März 1919 gelang es dem Koordinator der amerikanischen Lebensmittelhilfe, Herbert Hoover, die diesbezüglichen alliierten Widerstände zu überwinden und die von Deutschland dringend benötigten Lieferungen beginnen zu lassen.¹⁶⁷

11. 3. Eine amerikanische Friedensordnung? Colonel House und die Pariser Verhandlungen über die Vierzehn Punkte

Die während der Verhandlungen in Paris vorgetragene Kritik der Alliierten an den Vierzehn Punkten schien Colonel House ganz unvorbereitet zu treffen. Am 28. Oktober

¹⁶⁰Oberster Kriegsrat, 4. 11. 1918 (vormittags), Launay, S. 139-140; und 4. 11. (nachmittags), ebda., S. 150-152. Vgl. Benson an House, 2. 11. 1918, IP IV, S. 134; Trask, Captains, S. 343 ff.

¹⁶¹"Conditions of an Armistice with Germany (E.)", House an Außenminister für Wilson, 4. 11. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 464-468, für die endgültige Fassung House an Außenminister, 11. 11. 1918, ebda., S. 497. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 2.

¹⁶²Trask, Captains, S. 349, spricht von einem "considerable victory" für House.

¹⁶³Sims an Captain Cone, 5. 11. 1918, zit. in Trask, Captains, S. 352.

¹⁶⁴House an Wilson, 31. 10. 1918, PW 51, S. 534; IP IV, S. 180. Der französische und deutsche Text der Waffenstillstandsbedingungen samt den deutschen Vorbehalten und Fochs Entgegnung findet sich in WS 1918/19, S. 23-58 bzw. S. 74-89; der englische Text in House an Wilson, 4. bzw. 11. 11. 1918, FRUS 1918, I, S. 463-68 und S. 494-98 (Ergänzung). Wilson verlas die Bedingungen am 11. 11. 1918 vor beiden Häusern des Kongresses, PW 53, S. 35-43. Er betonte, die Willkürherrschaft der Militärkaste in Deutschland sei diskreditiert und zerstört.

¹⁶⁵House an McAdoo, 18. 12. 1918, zit. n. Schwabe, Revolution, S. 190. Am 2. Jahrestag des Waffenstillstands schrieb House im Philadelphia Public Ledger: "The outstanding problem was to have the terms cover what must be practically unconditional surrender without imperiling peace itself." 11. 11. 1920, zit. in Walworth, Moment, S. 53.

¹⁶⁶Waffenstillstandsbedingungen, Artikel XXVI, WS 1918/19, S. 49; House an Außenminister, 11. 11. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 497.

¹⁶⁷Dies lag zum Teil an einer Umorientierung des Produktionssektors hin zur Rüstungsindustrie. Vgl. Kennedy, Aufstieg, S. 409.

1918, einen Tag vor dem Beginn der Pariser Beratungen, erfuhr House von Sir Wiseman, im britischen Kabinett werde heftig über die Freiheit der Meere diskutiert, Punkt 2 der Vierzehn Punkte.¹⁶⁸ In der Tat richtete sich ja auch die Forderung des US-Präsidenten gegen die britische Praxis, Schiffe zu Blockadezwecken abzufangen, zu kontrollieren bzw. deren Fracht zu beschlagnahmen. Lloyd George informierte House einen Tag später über seine Vorbehalte.¹⁶⁹

House beauftragte daraufhin seine Mitarbeiter Frank Cobb, den liberalen Herausgeber der New Yorker Zeitung "World", und Walter Lippmann, den Sekretär der "Inquiry", rasch eine Erläuterung der Vierzehn Punkte anzufertigen.¹⁷⁰ House betrachtete es nunmehr als "the utmost importance", die französischen und britischen Alliierten auf Wilsons Vierzehn Punkte zu verpflichten.¹⁷¹ House versuchte, den Präsidenten von Paris aus zu beruhigen: "If you will give me free hand in dealing with these immediate negotiations assure you that nothing will be done to embarrass you or to compromise any of your peace principles."¹⁷²

Wilson, der alle endgültigen Regelungen der Friedenskonferenz vorbehalten wollte, kommentierte die von Cobb und Lippman angefertigte Erläuterung seiner Vierzehn Punkte nur vage. Er telegraphierte an House, die Analyse sei eine befriedigende Interpretation, aber die Einzelheiten der Anwendung sollten nur als "illustrative suggestions" angesehen und der Friedenskonferenz vorbehalten werden.¹⁷³

Gleich am ersten Konferenztage, dem 29. Oktober 1918, zeigte sich, daß die Alliierten die Vierzehn Punkte bislang nicht für verbindlich hielten. Auf Lloyd Georges Frage, ob die deutsche Regierung mit einem Waffenstillstand auf der Basis der Vierzehn Punkte rechnen und ob die Alliierten mit dem Waffenstillstand auch den Vierzehn Punkten zustimmten, antwortete House, "this was undoubtedly the case".¹⁷⁴

Als Clemenceau und Lloyd George in der anschließenden Diskussion erörterten, inwieweit ihre Regierungen durch die Vierzehn Punkte gebunden seien und ob sie ihnen zustimmen könnten, warnte Colonel House davor, der Präsident könne sich im Falle einer fehlenden Übereinstimmung zwischen der Alliierten und den USA zu separaten Verhandlungen mit Berlin gezwungen sehen. An diesem Punkt war House offensichtlich bereit, das ganze Gewicht der Vereinigten Staaten in die Waagschale zu werfen.¹⁷⁵

¹⁶⁸House Diary, 28. 10. 1918, IP IV, S. 164 f.; vgl. Floto, S. 47; für das Folg. auch Walworth, Moment, S. 54-73.

¹⁶⁹House an Lansing für Wilson, 30. 10. 1918 (verfaßt am 29. 10.), FRUS, 1918, WW, I, S. 421-422.

¹⁷⁰House an Lansing für Wilson, 29. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 405-413; PW 51, S. 495-504; vgl. IP IV, S. 198-209. Die Vorlage für Cobb und Lippman war das Memorandum der Inquiry "The Present Situation: The War Aims and Peace Terms it Suggests", 22. 12. 1917, Text in FRUS, PPC I, S. 41-53.

¹⁷¹House Diary, 28. 10. 1918, IP IV, S. 155.

¹⁷²House an Wilson, 31. 10. 1918, PW 51, S. 534; IP IV, S. 180.

¹⁷³Wilson an House, 30. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 421; PW 51, S. 511.

¹⁷⁴Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918, britische Notizen (Hankey), Auszüge bei Lloyd George, MC I, S. 40, IP IV, S. 166 ff.; Protokoll Bonsal, House's Dolmetscher, Bonsal, Unfinished Business, New York 1944, S. 1. Das französische Protokoll (Mantoux) an diesem Punkt weniger ausführlich, Launay, S. 89.

¹⁷⁵Interessant ist die unterschiedliche Wahrnehmung der Drohung des Colonels. Hankey hatte den Eindruck, House, der kein guter Debattierer sein und lieber im Hintergrund arbeite, habe an diesem Punkt seine "self-control" verloren (Hankey, Command, II, S. 860), und habe seinen "big bluff" ausgepielt. Nach dieser Deutung wäre Houses Drohung nicht ernstgemeint gewesen. Aldrovandi notierte demgegenüber, House sei während seiner Erklärung "völlig ruhig" gewesen: "Er scheint ein Mann ohne Nerven zu sein, weder seine eher tiefe Stimme, noch sein ruhiger Gesichtsausdruck verändern sich. In seiner Ruhe und Höflichkeit erscheint er nicht einmal kalt." (L. Aldrovandi-Marescotti, Krieg der Diplomaten, München 1936, S. 222.)

Auch House verfolgte eine Diplomatie, die formal die Methode der Gleichgewichtspolitik wählte, um inhaltlich nach beiden Seiten voranzukommen. Ein Separatfrieden hing nach Houses Worten von den Bedingungen ab, die die Alliierten aufstellen würden. Bevor dies nicht geschehen sei, sei es nutzlos, über einen Waffenstillstand zu sprechen.¹⁷⁶ House erklärte auch, die Friedensbedingungen Wilsons seien nicht auf die Vierzehn Punkte beschränkt, sondern seine späteren Reden seien einzubeziehen - also die sogenannten "Four Points" und die "Five Particulars".¹⁷⁷

House erklärte dem britischen, französischen und italienischen Regierungschef einige der Vierzehn Punkte gemäß der Cobb-Lippmann-Interpretation.¹⁷⁸ Als der Unterhändler Wilsons sich dem Widerstand seiner Verhandlungspartner gegen die Freiheit der Meere und die undeutliche Formulierung bezüglich der Reparationen in Punkt 7 und 8 ausgesetzt sah, stellte er laut britischem Protokoll klar, der Präsident habe "insisted on Germany's accepting all his speeches, and from these you could establish almost any point that anyone wished against Germany".¹⁷⁹ Laut italienischem Protokoll sagte House, die Bedingungen des US-Präsidenten seien "in weiten und allgemeinen Grenzen gehalten".¹⁸⁰ Für eine solche Interpretation hatte House freilich von Wilson kein Mandat erhalten. In jedem Fall dürfte House bei seinen europäischen Verhandlungspartnern den Eindruck erweckt haben, die Vierzehn Punkte seien ein recht dehnbare Friedensprogramm, ein Eindruck, der einen Teil der späteren Kontroversen auf der Pariser Friedenskonferenz erklären könnte.¹⁸¹

Auf der anderen Seite war House keineswegs bereit, dem Widerstand nachzugeben. Nachdem er festgestellt hatte, daß seine Drohung mit einem Separatfrieden wenig bewirkt hatte, war er zu der Ankündigung bereit, Wilson werde den Widerstand der Europäer öffentlich machen.¹⁸² In diesem Sinne informiert House Wilson am 30. Oktober. Einen Tag später machte House seine Drohung auch wahr, und er hatte den Eindruck, daß sie den gewünschten Effekt erzielte: Clemenceau habe in einem Gespräch mit Lloyd George und ihm darauf verzichtet, eigene schriftliche Vorbehalte gegen die Vierzehn Punkte vorzulegen und habe sich dem Entwurf Lloyd Georges über einige Vorbehalte angeschlossen.¹⁸³

¹⁷⁶Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918, französisches Protokoll (Mantoux), Launay, S. 91; italienisches Protokoll, Aldrovandi, S. 222; Grew Diary, 29. 10. 1918, Grew, I, S. 346-347. Vgl. House an Lansing für Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 8, verfaßt am 29. 10.), FRUS, 1918, WW, I, S. 421-423, hier S. 422; auch in PW 51, S. 511-513; House an Lansing für Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 9), FRUS, 1918, WW, I, S. 423-424 und PW 51, S. 514; IP IV, S. 167. Siehe auch Hankey Diary, 29. 10. 1918, Roskill, Hankey, I, S. 623; Bonsal, S. 2-4. Zu den Protokollen auch Floto, S. 282, Anm. 175.

¹⁷⁷Vgl. Kap. 1. 2.-1. 3.

¹⁷⁸Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918; IP IV, S. 152-209. Die entsprechende Passage ist im französischen Protokoll recht kurz, Launay, S. 90-93.

¹⁷⁹Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918, Lloyd George, MC I, S. 43. Die französischen Protokolle von Mantoux, nach Schwabe, *Revolution*, S. 179. Er betont, Wilson habe House zu diesem Zugeständnis nicht autorisiert (Anm. 14). Vgl. Nelson, S. 79. Zum US-Protokoll Floto, S. 284, Anm. 196.

¹⁸⁰Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918, Aldrovandi, S. 223.

¹⁸¹So vergewisserte sich Lloyd George am Ende der Beratungen des 29. 10, Houses Hinweis aufnehmend, daß "toutes les propositions du Président Wilson sont assez élastiques pour que nous puissions les accepter", Launay, S. 93.

¹⁸²House Diary, 30. 10. 1918, IP IV, S. 174.

¹⁸³Oberster Kriegsrat, 30. 10. 1918, Bonsal-Protokoll, Bonsal, S. 2, italienisches Protokoll, Aldrovandi, S. 225; House an Lansing, für Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 9), PW 51, S. 514; FRUS, 1918, WW, I, S. 423-424; House an Lansing, für Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 12), ebda., S. 425. Vgl. Grew Diary, 30. 10. 1918 und 6. 2. 1929 (im Rückblick über Houses Drohung), Grew, I, S. 349.

Bereits mißtrauisch geworden, warnte Wilson seinen Unterhändler am 30. Oktober, nachdem er dessen Bericht über die Beratungen am 29. erhalten hatte: "Can be no real difficulty about peace terms and interpretation of fourteen points if the Entente statesmen will be perfectly frank with us and have no selfish aims of their own which would in any case alienate us from them altogether. It is the fourteen points that Germany has accepted."¹⁸⁴ An dieser Stelle wird deutlich, wie Wilson seinen eigenen Friedensplan verabsolutierte, indem er eigene politische Vorstellungen der Europäer als selbstsüchtig denunzierte.¹⁸⁵ Der Präsident erwog zumindest rhetorisch, das machtpolitische Gewicht der USA zum Tragen zu bringen, als er in dem Telegramm fortfuhr, England könne in der Zukunft nicht auf die amerikanische Freundschaft verzichten, und die übrigen Alliierten könnten ihre Rechte gegenüber England nicht ohne die Unterstützung aus Washington wahren.

Wilson verlieh seinem beträchtlichen Mißtrauen Ausdruck und drohte damit, sich an die Öffentlichkeit zu wenden: "If it is the purpose of the Allied statesmen to nullify my influence ... let me speak of it to all the world as I shall... I am ready to repudiate any selfish programme openly". Doch glaube er nicht, schloß Wilson, daß die Mächte der Entente die gegenwärtigen Verhandlungen in eine Friedenskonferenz ohne ihn umwandeln könnten.¹⁸⁶

In einem weiteren Funktelegramm bekräftigte der Präsident den globalen Ansatz seines Friedensprojektes: "I feel it my solemn duty to authorize you to say that I cannot consent to take part in the negotiation of a peace which does not include freedom of the seas because we are pledged to fight not only to do away with Prussian militarism but with militarism everywhere. Neither could I participate in a settlement which did not include league of nations because peace would be without any guarantee except armament which would be intolerable." Es zeigte sich, daß Wilson bereits selbst darüber nachdachte, mit einer solchen Entscheidung an die Öffentlichkeit zu gehen.¹⁸⁷

Dieses Telegramm war ein sehr deutlicher Hinweis darauf, daß Wilson die Freiheit der Meere auch als ein Problem der amerikanisch-britischen Beziehungen ansah und seine Vorbehalte gegenüber der - zumindest noch in maritimer Hinsicht - führenden Macht der alten Welt fortbestanden. Am 16. Oktober hatte der Präsident in einer Unterredung mit Sir Wiseman zwar eingeräumt, London habe seine Macht in der Vergangenheit nicht mißbraucht und angedeutet, die Briten über ihre Macht selbst befinden zu lassen. Doch hatte er auch, seinem Selbstverständnis entsprechend, auf Irritationen und Neid in anderen Ländern hingewiesen und dies auch, bemerkenswert genug, ausdrücklich auf Deutschland vor 1914 bezogen. Vage eine Lösung signalisierend, sprach Wilson hier von seiner Idee, London könne seine Flotte möglicherweise in Verbindung mit dem

¹⁸⁴Wilson an House, dat. 29. 10. 1918 (sicher aber 30. 10., da Antwort auf Houses Nr. 8, s. o.), PW 51, S. 504-505; Baker, LW VII, S. 529; vgl. Floto, S. 285, Anm. 206.

¹⁸⁵Vgl. auch Schröder, Demokratie, S. 159-177.

¹⁸⁶Wilson an House, dat. 29. 10. 1918, aber 30. 10., PW 51, S. 505; Baker, LW VII, S. 529.

¹⁸⁷Wilson an House, 30. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 423; PW 51, S. 513; Baker, LW VII, S. 533. Wilson hatte Mitte Oktober 1918, offensichtlich auf die Alliierten, aber auch auf die innenpolitische Stimmung in Amerika gemünzt, seinem Sekretär Josephus Daniels gesagt, "we must face such intolerant hatred of Germans I may have to become their advocate for justice & against American Prussianism", und sich tags darauf bei einem Gespräch über die britische Politik grimmig entschlossen gezeigt: "I want to go into the Peace Conference armed with as many weapons as my pockets will hold so as to compel justice." Daniels Diary, 16. und 17. 10. 1918, auch 5. 11., Daniels, S. 341-342, 346; und PW 51, S. 347, 372 bzw. 604.

Völkerbund einsetzen.¹⁸⁸ Es ist kaum zu bestreiten, daß Wilson mit diesen versöhnlich klingenden Bemerkungen seiner eigenen späteren Drohung den Wind aus den Segeln genommen hatte, denn warum sollte die britische Regierung seine Äußerung gegenüber Wiseman nicht für bare Münze genommen haben? Jedenfalls war die Verhandlungsposition von House in diesem Punkt keineswegs erleichtert worden.

Am 31. Oktober 1919 bekundete Wilson House gegenüber zwar ein gewisses Verständnis für die britische Nutzung der See zur militärischen Verteidigung des Empire. Doch wies er seinen Unterhändler mit Blick auf die Vierzehn Punkte noch einmal an, "I depend on your discretion to insist at the right time and in the right way on terms one, two, three, and fourteen as essentially American terms in the program and I cannot change what our troops are fighting for or consent to end with only European arrangements of peace." Einen Hinweis darauf, daß der Präsident House weiterhin voll zu vertrauen schien, liefert sein Nachsatz in diesem Telegramm: "I am proud of the way you are handling situation."¹⁸⁹ Wilson autorisierte House auch, Lloyd George die Drohung zu überbringen, daß die USA nicht zögern würden, selbst ein großes Flottenbauprogramm aufzulegen.¹⁹⁰

House gelang es trotz massiven diplomatischen Drucks jedoch nicht, eine britische Zustimmung zum Prinzip der Freiheit der Meere zu erlangen. Wiederholt setzte der Colonel in Hintergrundgesprächen mit den Briten die Dominanz Großbritanniens auf den Weltmeeren mit der Vorherrschaft Deutschlands auf dem Kontinent gleich.¹⁹¹ Dies ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, daß das amerikanische Friedensprogramm sehr viel weiter reichte als bis zur Ausschaltung der deutschen Bedrohung; es zeigt aber auch, in welcher erstaunlicher Weise die USA, die ja immerhin gegen Deutschland und nicht gegen Großbritannien Krieg geführt hatten, einen raschen Waffenstillstand mit Deutschland beinahe dem Ziel unterordneten, den engsten Verbündeten Großbritannien unter Druck auf die eigenen Ziele zu verpflichten. Es mag immerhin bezweifelt werden, ob in einem solchen Vorgehen diplomatische Klugheit lag.

Wilson willigte erst in Lloyd Georges Vorbehalte im Hinblick auf die Freiheit der Meere ein, als sich der britische Regierungschef am 3. November 1918 dazu bereit erklärte, die strittige Frage auf der Friedenskonferenz "in the light of the new conditions which have arisen in the course of the present war" und in Form der "freest debate and the most liberal exchange of views" zu klären.¹⁹² Auf der Pariser Friedenskonferenz sollte es weitere Diskussionen mit London über die Perspektive eines maritimen Rüstungswettlaufs zwischen Washington und London geben.

¹⁸⁸Memorandum Wiseman über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 349.

¹⁸⁹Wilson an House, 31. 10. 1918, PW 51, S. 533; und Baker, LW VII, S. 537 f.; leicht gekürzt in FRUS, 1918, WW, I, S. 428. Vgl. Lloyd George, MC I, S. 46; Marston, S. 26.

¹⁹⁰Wilson an House, 4. 11. 1918, PW 51, S. 575. Siehe dazu auch ein Memorandum von Sir Geddes (London), 7. 11. 1918, ebd., S. 633-634. Vgl. Daniels Diary, 3. 11. 1918, Daniels, S. 346.

¹⁹¹House Diary, 28. 10. und 2. 11. 1918, zit. in Trask, Captains, S. 333, 340-341, House an Außenminister für Wilson, 3. 11. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 448; House Diary, 3. 11. 1918, in Floto, S. 286-287; Grew Diary, 3. 11. 1918, Grew, I, S. 353-354; vgl. Walworth, Moment, S. 59-61. House hatte bereits 1915 - während seiner Vermittlungsbemühungen zwischen Deutschland und England, auf ein Ende des deutschen "militarism" wie des britischen "navalism" gehofft, siehe Ambrosius, Wilson, S. 19.

¹⁹²House an Außenminister, 3. 11. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 456, mit dem Schreiben Lloyd Georges an House vom 3. 11. 1918, auch in PW 51, S. 569-570. Dazu die knappe Zustimmung Wilsons: an House, 4. 11. 1918, PW 51, S. 575; Baker, LW VII, S. 550. Vgl. House Diary, 4. 11. 1918, zit. in Trask, Captains, S. 341; Daniels Diary, 4. 11. 1918, Daniels, S. 346.

Doch offenkundig entschärfte Wilson nach seiner Ankunft in Europa das Thema Freiheit der Meere, um zu einer Arbeitsgrundlage mit Großbritannien für die Friedenskonferenz zu gelangen und die britische Zustimmung zum Völkerbund sicherzustellen. Colonel House versuchte daher, trotz seines Kampfes für die Freiheit der Meere den Präsidenten von der Notwendigkeit einer Übereinkunft mit den Briten zu überzeugen.¹⁹³ So signalisierte Wilson im Gespräch mit dem britischen Botschafter in Paris, Lord Derby, London und Washington sollten sich die Aufgabe eines "marine policing of the world" teilen und ihre Flottenstärken durch eine bilaterale Übereinkunft regeln.¹⁹⁴ Falls nicht nur eine taktische Einlassung, hatte Wilson einen bemerkenswerten Gedanken ins Spiel gebracht, der gar nicht zum Konzept der kollektiven Sicherheit zu passen schien: eine anglo-amerikanische Dominanz auf den Weltmeeren zur Durchsetzung maritimer Sicherheit. Von den Rechten Neutraler, die Wilson so eifersüchtig gesichert haben wollte, war keine Rede mehr, als Amerika selbst Großmachtinteressen verfolgte.

Zurück zu den Pariser Verhandlungen: was die Frage der Reparationen anbelangte, erklärte sich House mit der britischen Interpretation des von Wilson gebrauchten Terminus der Wiederherstellung besetzter Gebiete einverstanden. House übermittelte dem Präsidenten ohne weitere Erklärungen den Entwurf eines entsprechenden "memorandum of observations", das Lloyd George ihm gegeben hatte.¹⁹⁵ House sagte den alliierten Premiers am 29. Oktober im Obersten Kriegsrat, "[r]eparation for Belgium and France, which had been alluded to, was certainly implied in clauses 7 and 8 ... The same principle applied to illegal sinkings at sea and to the sinking of neutrals".¹⁹⁶ House sprach sich allerdings am 3. November indirekt gegen die Einbeziehung indirekter Kriegsschäden aus; andernfalls würden die Deutschen sagen: "These people are not only going to annihilate us, they are going to prevent us from making a living."¹⁹⁷ Am 4. November 1918 wurde zu beiden Ergänzungen Lloyd Georges Übereinstimmung erzielt; dabei wurde die Passage über die "compensation", die Deutschland zu leisten habe, noch durch die Hinzufügung "by the aggression of Germany" verschärft.¹⁹⁸ Das ganze auf britische Initiative zustandegekommene "memorandum of observations" der Alliierten wurde dann in die Lansing-Note vom 5. November 1918 übernommen, in der die Wilson-Regierung den Deutschen die endgültige Antwort auf deren Waffenstillstandsgesuch unterbreitete.

¹⁹³House Diary, 27. 12. und 31. 12. 1918, PW 53, S. 525, 576-577.

¹⁹⁴Derby an Balfour, über eine Unterredung mit Wilson, 22. 12. 1918, PW 53, S. 471; Logan an Hurley, 23. 12. 1918, ebda., S. 483; Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinett über eine Unterredung mit Wilson, 30. 12. 1918, ebda., S. 559; vgl. Ambrosius, Wilson, S. 52-53.

¹⁹⁵House an Lansing, für Wilson, 30. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 425; PW 51, S. 515-517; IP IV, S. 176. Vgl. Teil 1, Kap. 2. 3.

¹⁹⁶Oberster Kriegsrat, 29. 10. 1918, Lloyd George, MC I, S. 43, nicht im französischen Protokoll, Launay, S. 90-93. Siehe die Punkte 7 und 8 der vierzehn Punkte: "Belgium... must be... restored"; "All French territory should be freed and the invaded portions restored", PW 45, S. 537; PP V, S. 160.

¹⁹⁷Oberster Kriegsrat, 3. 11. 1918, US-Notizen, Burnett, I, Doc. 32, S. 403-404; vgl. IP IV, S. 176-177.

¹⁹⁸House an Außenminister, 4. 11. 1918 (Nr. 42), FRUS, 1918, WW, I, S. 460-462, Zit. S. 461; auch in PW 51, S. 580-582. Vgl. Lloyd George, MC I, S. 46. Im französischen Protokoll vom 4. 11. 1918 findet sich kein Hinweis über eine diesbezügliche Entscheidung im Obersten Kriegsrat, Launay, S. 135-141 und 142-153.

Allerdings wurden auch die Waffenstillstandsbedingungen Passagen eingefügt, die sich auf die Reparationen bezogen. Clemenceau wünschte, in den Text, der den Deutschen vorgelegt würde, die Formel "réparation des dommages" einzubeziehen, worunter auch Restititionen fallen sollten. Zunächst lehnte House, unterstützt von Lloyd George, diesen Vorschlag ab. Er wies darauf hin, die Verpflichtung zur Wiedergutmachung sei Teil der Vierzehn Punkte, die Deutschland bereits akzeptiert habe; die Beratungen über die Reparationen gehörten auf die Friedenskonferenz.¹⁹⁹ Einen Tag später gab auch House dem Drängen Clemenceaus nach, der in einer burllesken Szene von den belgischen, serbischen und italienischen Vertretern unterstützt wurde.²⁰⁰

Eine potentielle Ausweitung der Vierzehn Punkte bzw. des von Lloyd George vorgelegten Memorandums war allerdings erst in einer Formulierung enthalten, die auf Wunsch des französischen Finanzministers Klotz als Überschrift über die finanzielle Sektion gebilligt wurde: der Vorbehalt nämlich, daß jegliche zukünftige Forderungen und Ansprüche unberührt blieben.²⁰¹ Als der belgische Außenminister Hymans immer noch nicht zufriedengestellt war, erklärte House am 3. November, das von Lloyd George vorgelegte Memorandum über die Reichweite des Wortes Wiederherstellung sei "subject to our own interpretation".²⁰² Dies konnte je nach Standpunkt enger oder weiter ausgelegt werden.

Die Note, die die Regierung in Washington den Deutschen am 5. November 1918 als Resultat der Pariser Beratungen übermittelte, die sogenannte Lansing-Note -, war eine einseitige Erklärung der Vereinigten Staaten mit Billigung der Alliierten.²⁰³ Indem die Deutschen der in der Note ausgesprochenen Einladung, um Waffenstillstandsbedingungen zu ersuchen, sofort nachkamen, akzeptierten sie die in der Lansing-Note dargelegten Bedingungen. Formalrechtlich betrachtet, läßt sich das diplomatische Schriftstück daher durchaus als ein Vorwaffenstillstandsabkommen ("pre-armistice-agreement") interpretieren, als ein völkerrechtlich gültiger Vertrag (pactum de contrahendo).²⁰⁴ Diese Argumentation vertrat jedenfalls später dezidiert die amerikanische Delegation auf der Friedenskonferenz, allen voran John Foster Dulles.²⁰⁵ In der Tat war trotz aller späteren

¹⁹⁹Oberster Kriegsrat, 1. 11. 1918, französisches Protokoll, Launay, S. 120; britische Notizen (französische Fassung), Mermeix, Negotiations, S. 232; Burnett, I, Doc. 29, S. 398-399; Klotz, S. 95.

²⁰⁰Oberster Kriegsrat, 2. 11. 1918, französisches Protokoll, Launay, S. 129; britische Notizen (französische Fassung), Mermeix, Negotiations, S. 241-242; Burnett, I, Doc. 30, S. 399-400; Klotz, S. 95-96. Vgl. die Waffenstillstandsbedingungen, Finanzielle Bestimmungen, Art. XIX, WS 1918/19, S. 43.

²⁰¹Die Formulierung von Klotz im Original: "Sous réserve de toutes revendications et réclamations ultérieures de la part des Alliés et des Etats Unis", Oberster Kriegsrat, 2. 11. 1918, britische Notizen (französische Fassung), Mermeix, Negotiations, S. 250; auch in Burnett, I, Doc. 30, S. 401; Klotz, S. 97; Bonsal Diary, 8. 11. 1918, Bonsal, S. 5. Wie Seymour (IP IV, S. 128) zu Recht bemerkt, gründeten die Franzosen später auf diesen scheinbar unschuldigen Satz ihren Anspruch, durch die Lansing-Note nicht gebunden zu sein; vgl. dazu Kap. 6. 2. und Teil 1, Kap. 6. 3.

²⁰²Oberster Kriegsrat, 3. 11. 1918, US-Notizen, zit. b. Burnett, I, Doc. 32, S. 404.

²⁰³Text der "Lansing-Note": Lansing an den Schweizer Minister Sulzer, für die deutsche Regierung, 5. 11. 1918, FRUS, WW, I, S. 468-469; vgl. Walworth, Moment, S. 73.

²⁰⁴Dies meint auch Sontag, S. 256, 261, der, wie in der amerikanischen Literatur üblich, den Terminus "pre-armistice-agreement" verwendet; vgl. bereits Seymour: IP IV, S. 193; Walworth, Moment, S. 70. Aus britischer Sicht siehe Temperley I, S. 382.

²⁰⁵Vgl. Kap. 6. 2.

Versuche, die Vierzehn Punkte zu desavouieren, das liberale Friedensprogramm Wilsons grundsätzlich gebilligt worden.²⁰⁶

Colonel House telegraphierte Präsident Wilson, er habe in Paris einen "great diplomatic victory" errungen. Der US-Unterhändler notierte diese Formulierung auch in seinem Tagebuch, was dafür spricht, daß er auch selbst von seiner Leistung überzeugt war - nimmt man nicht an, das Tagebuch sei vorwiegend für die Nachwelt geschrieben worden; auch sein Dolmetscher Bonsal bestätigt die Meinung des Colonel.²⁰⁷ Seine Überzeugung traf allerdings nicht vorbehaltlos zu; die House-Mission nach Europa konnte für Präsident Wilson allenfalls ein begrenzter Erfolg sein.²⁰⁸ Das verbale Bekenntnis der Alliierten zu den Vierzehn Punkten schien zwar zunächst positiv zu sein. Doch es waren bedeutsame Ausnahmen gemacht worden; die Interessengegensätze der Sieger hatten sich abgezeichnet. House selbst hatte keine Illusionen darüber, daß man von den Entente-Politikern, die die Vierzehn Punkte ablehnten, noch hören werde.²⁰⁹

House, der den Waffenstillstand unbedingt rasch abschließen wollte, hatte bei den Bestimmungen des Waffenstillstands, vor allem der Besetzung deutschen Bodens, in der Reparationsfrage und - was für den Frieden mit Deutschland weniger wichtig war - bei der Freiheit der Meere zweifelsohne Terrain preisgegeben. Er hatte die französische Rhein- und Reparationspolitik - teilweise gegen britische Bedenken -, unterstützt, in der Annahme, Clemenceau habe im Gegenzug die Vierzehn Punkte akzeptiert.²¹⁰ Daneben hatte House im Waffenstillstand und in den erfolglosen Verhandlungen um die Freiheit der Meere der britischen Vorherrschaft zur See kaum etwas entgegensetzen können. Nun lag es an Präsident Wilson, auf der Friedenskonferenz die amerikanische Interpretation mit Blick auf die territorialen, militärischen und finanziellen Bestimmungen für

²⁰⁶Mit dieser Argumentation Erdmann, Paix, S. 185, 187; Birdsall, S. 24 f.; Marston, S. 27.

²⁰⁷House an Wilson, 5. 11. 1918; PW 51, S. 594; IP IV, S. 194. House Diary, 3. 11. 1918, spricht von einem "distinct victory", zit. bei Floto, S. 286, Anm. 247; ferner House Diary, 4. 11. 1918, zit. in Walworth, Moment, S. 72; Bonsal Diary, 8. 11. 1918, Bonsal, S. 5.

²⁰⁸So zu Recht Schwabe, Revolution, S. 191. Demgegenüber meint Trask, Captains, S. 354-355, House habe Übereinkünfte durchsetzen können, "that met the basic desires of the President". Die Alliierten hätten 13 der Vierzehn Punkte akzeptiert, und auch wenn die militärischen und maritimen Bestimmungen strenger als notwendig gewesen seien, um Wilsons Minimalforderungen zu erfüllen, seien sie innerhalb "tolerable limits" gewesen. Positiv auch D. Trask, The United States in the Supreme War Council. American War Aims and Inter-Allied Strategy, 1917-1918, Middletown, 1961, S. 171 f. Davon zu sprechen, daß House "seems to have failed miserably", ist sicher eine weit übertriebene Analyse: Floto, S. 60. Auch H. Nelson, S. 84, meint, House habe eine schwere Niederlage erlitten. Für zweideutig hält Renouvin, L'Armistice, S. 219, den amerikanischen Erfolg, da einige wichtige Fragen im Dunkeln belassen worden seien: die Grenzen Elsaß-Lothringens, die Dauer der Rheinland-Besetzung, auch der Zugang Polens zum Meer. Walworth, Moment, S. 73, sieht das Ergebnis der Pariser Beratungen eher in einem ersten Schritt der beteiligten Regierungen hin zur letztlich notwendigen Abstimmung ihrer konfliktträchtigen nationalen Ziele. Zu diesem Zweck sei es wichtig gewesen, daß Colonel House mit den Regierungschefs Beziehungen habe aufbauen können. Diese erwiesen sich, wie man hinzufügen sollte, vor allem mit Blick auf Clemenceau als tragfähig, was allerdings auf der Friedenskonferenz dazu führte, daß House seine politischen Initiativen zunehmend auf die französische Regierung ausrichtete und weniger mit Wilson abstimme. Während House die Grundlage für ein späteres reibungsloses Zusammenwirken mit dem britischen Außenminister Balfour gelegt hatte, blieben seine politischen Beziehungen zu Premier Lloyd George von gegenseitigem Mißtrauen geprägt.

²⁰⁹Bonsal Diary, 8. 11. 1918, Bonsal, S. 5.

²¹⁰House an Lansing für Wilson, 30. 10. 1918, FRUS, 1918, WW, I, S. 426; House Diary, 30. 10. 1918, IP IV, S. 176. Vgl. die Äußerung Clemenceaus am 3. 11. 1918 im Obersten Kriegsrat: "it was desirable to suggest as few changes or reservations as possible to the Fourteen Points", britische Notizen (Hankey), Burnett, I, Doc. 31, S. 402.

Deutschland durchzusetzen. Die amerikanische Führung konnte sicher sein, daß dies kein leichtes Unterfangen werden würde.

Doch sollte man, wenn man die Verhandlungsführung des Colonels in Paris leichthin als eine diplomatische Niederlage wertet, folgendes bedenken: der Löwenanteil der Verluste an Menschenleben und Gütern lag auf alliierter, nicht auf amerikanischer Seite. Überdies hatte die amerikanische Armee ihre volle Kraft noch längst nicht entfaltet, war weiterhin im Aufbau begriffen, während die deutschen Truppen zurückwichen. Auch wenn es unwahrscheinlich schien - war es tatsächlich ausgeschlossen, daß die alliierten Truppen auch bei einem amerikanischen Ausscheiden aus dem Krieg den Sieg oder eine bessere Ausgangsstellung als im Oktober-November 1918 erreichen würden?²¹¹ Lloyd George hatte damit gedroht, die Alliierten würden den Krieg auch allein fortsetzen, und dies bekräftigte er am 5. November 1918 im Kriegskabinett.²¹²

Alles in allem war war keineswegs selbstverständlich, daß die vom Krieg geschwächten Regierungen Frankreichs und Großbritanniens, vom geschundenen Belgien ganz zu schweigen, sich ohne weiteres den Vierzehn Punkten, die Anfang des Jahres 1918 veröffentlicht worden waren, anschließen sollten. Es spricht nichts dafür, daß die britische und französische Regierung, die dem US-Präsidenten mißtrauten, ihm konzilianter entgegengetreten wären, hätte er selbst statt House in Paris verhandelt. Colonel House wußte selbst wohl am besten, daß seine Aufgabe - London und Paris auf den amerikanischen Führungsanspruch zu verpflichten - äußerst schwierig war. House war der Meinung, Wilson habe trotz seines entgegenlautenden Rates zu lange gezögert, die Alliierten auf sein Friedensprogramm zu verpflichten.²¹³

Blickt man dessenungeachtet auf die amerikanische diplomatische Position, ist es nicht von der Hand zu weisen, daß ein maßvollerer Waffenstillstand und der Erhalt eines "gewissen machtpolitischen Gewichtes beim deutschen Gegner"²¹⁴ Wilsons Position für die Friedensverhandlungen noch hätten stärken können. Der Präsident hätte effektiver auf einen liberalen Frieden drängen und manche der alliierten Forderungen abbremsen können. Einige militärische und politische faits accomplis des Waffenstillstandes, die Wilson letztlich auf Houses Drängen hin akzeptierte, verringerten seine Möglichkeit, diplomatischen Druck auszuüben.²¹⁵ Wilson fuhr am Ende des Jahres 1918 weniger als Schiedsrichter denn als Sieger unter Siegern nach Paris, auch wenn er sich während seiner Reise nach Europa wiederholt unparteiisch äußerte.²¹⁶

Auch innenpolitisch gesehen, verschlechterte sich die Ausgangsposition des Präsidenten. Seine Partei, die Demokraten, verloren am 5. November 1918 die Zwischenwahlen zum Kongreß. Die Mehrheit im Senat stellten nun die Republikaner, die eine harte Behandlung Deutschlands forderten.²¹⁷ Senator Cabot Lodge, der designierte Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses im Senat, und Ex-Präsident Roosevelt informierten

²¹¹Renouvin, L'Armistice, S. 219, hält dies für unrealistisch.

²¹²Dazu Walworth, Moment, S. 61.

²¹³Siehe dazu die Tagebucheinträge des House-Mitarbeiters Grew, confid., undat., und 27. 10. und 29. 10. 1918, Grew, I, S. 339, 343, 347. House hatte Wilson am 3. 9. 1918 geraten, die Alliierten auf einige der amerikanischen Ziele zu verpflichten, House an Wilson, IP IV, S. 65.

²¹⁴Schwabe, Revolution, S. 194; ähnlich Erdmann, Adenauer, S. 16.

²¹⁵Vgl. Link, S. 123. Am 21. 7. 1917 hatte Wilson House noch bedeutet, nach dem Krieg könnten die USA die europäischen Alliierten zur amerikanischen Denkweise über den Friedens zwingen (Baker, LW VII, S. 180).

²¹⁶Das meint auch Kluge, Selbstbestimmung, S. 82.

²¹⁷Walworth, Moment, S. 110 ff.; Schwabe, Revolution, S. 191.

den britischen Außenminister Balfour, sie unterstützten die Politik Wilsons nicht. Roosevelt und Cabot Lodge traten zwar für eine Allianz mit den Alliierten ein, lehnten aber den Völkerbund als einen Freibrief für weltweiten Interventionismus ab.²¹⁸ Sarkastisch äußerte Theodore Roosevelt seine Hoffnung, der Senat werde Wilsons "fourteen scraps of paper" zurückweisen.²¹⁹ Der ehemalige Präsident bestritt, die Vierzehn Punkte hätten "any shadow of right to be accepted as expressive of the will of the American people".²²⁰ Präsident Wilsons Handlungsspielraum war daher nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch eingeengt worden. Erstaunlicherweise schien er dieser Konstellation zunächst keine rechte Bedeutung beizumessen. So sagte Wilson dem französischen Botschafter in Washington verächtlich, "the Senate must take its medicine".²²¹ Wilson, stoisch entschlossen, sein Friedensprogramm durchzufechten, fuhr in dem Glauben nach Europa, mit einer beträchtlichen Verhandlungsmacht ausgestattet zu sein.²²² Er sprach von seinem Vertrauen in die göttliche Vorsehung²²³, erklärte die Vereinigten Staaten selbstbewußt zum Führer des liberalen Gedankens in der Welt und verlangte, keiner solle diese "leadership" in Frage stellen.²²⁴

12. Amerika, das Konferenzverfahren und die militärische Sicherheit vor Deutschland

12. 1. Die Vereinigten Staaten und die Verfahrensfragen für die Friedenskonferenz

In Teil I, Kap. 3. 1., ist bereits ausgeführt worden, welche Möglichkeiten es für das Verfahren des Friedensschließens mit der besiegten Macht nach dem Waffenstillstand gab: oktroyierte und/oder verhandelte Friedenspräliminarien ("preliminary peace terms") und/oder endgültige Friedensbedingungen ("final peace terms").

Es war die französische Regierung, die nach dem Waffenstillstand als einzige der verbündeten Mächte detaillierte Vorschläge zu einem raschen Präliminarfrieden sowie zum Procedere der Friedensverhandlungen unterbreitete. Colonel House erhielt Mitte November 1918 einen Entwurf dieses Plans und übermittelte ihn, versehen mit eigenen Kommentaren, an Präsident Wilson.²²⁵ Wichtig war die Unterscheidung eines "Settlement of the War" mit seinen politischen und militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten von Beratungen über allgemeine Völkerrechtsfragen. Unter letzteren Punkt fielen alle die Punkte, die Wilson an der Friedensregelung eigentlich am wichtigsten waren: der Völkerbund, die Freiheit der Meere, internationale Handelsbeziehun-

²¹⁸Fowler, S. 229 ff.; Walworth, Moment, S. 126 f.

²¹⁹Walworth, Moment, S. 112.

²²⁰Walworth, Woodrow Wilson II, 216 f.

²²¹Walworth, Moment, S. 113, 127, Zit. 125.

²²²Saunders, S. 122.

²²³Wilson an Thomas F. Logan, 8. 11. 1918, PW 51, S. 640.

²²⁴Wilson an Senator Key Pittman, 7. 11. 1918, PW 51, S. 620.

²²⁵House an Außenminister, 15. 11. 1918, FRUS, PPC I, S. 344-352; ohne Bemerkungen von House auch in DCP II, Doc. 5, S. 17-25.

gen, Öffentlichkeit der Verträge, Rüstungsbegrenzung.²²⁶ House selbst nahm zu dieser vorgeschlagenen Trennung keine Stellung; doch gemessen an Wilsons integraler Friedenskonzeption mußte dieser Vorschlag dem Präsidenten ein Dorn im Auge sein. Zu einer weiteren Fassung des französischen Plans vom 21. November verfaßte der amerikanische Rechtsberater David H. Miller eine umfangreiche Kritik.²²⁷ Während Miller sich dem Vorschlag, eine Vorkonferenz der Sieger vor dem eigentlichen Friedenskongreß zu halten, anschloß, bestand er darauf, daß die Vierzehn Punkte die Grundlage der Verhandlungen bilden müßten.

Wilson erhielt am 29. November 1918 die letzte Fassung des französischen Plans offiziell aus der Hand des französischen Botschafters in Washington, Jules Jusserand.²²⁸ Informelle Vorab-Konsultationen der vier Siegermächte, die zu einem den Deutschen zu diktierenden Präliminarvertrag führen sollten, wurden von einem späteren Friedenskongreß mit den Besiegten unterschieden. Hier lehnte sich der Plan an europäische Friedensschlüsse aus dem 19. Jahrhundert an - erwähnt wurden die Kongresse von Wien im Jahre 1815, Paris 1856 und Berlin 1878. Der Plan wurde ergänzt von einem Arbeitsprogramm und dem Vorschlag, alle bereits abgeschlossenen Geheimverträge zu annullieren. Nach wie vor getrennt wurden die Beendigung des Krieges von der, wie es hieß, "Organization of the Society of Nations".²²⁹ Der US-Territorialexperte Seymour und der britische Diplomat Nicolson hielten den französischen Plan für den besten Organisationsvorschlag.²³⁰ Doch für Wilson muß dessen nüchterne Feststellung ein Affront gewesen sein, seine eigenen Prinzipien - also die Vierzehn Punkte - seien nicht "sufficiently defined in their character to be taken as a basis for a concrete settlement of the war", vielmehr würden sie ihre volle Stärke entfalten bei der Regelung des zukünftigen Völkerrechts.²³¹

Wilson ging auf den französischen Plan nicht weiter ein, unterbreitete aber in den Tagen nach dem Waffenstillstand auch keine eigenen Vorschläge zum Verfahren des Friedensschließens.²³² Ihn beschäftigte in dieser Zeit vor allem die Frage seiner eigenen Konferenzteilnahme. House berichtete dem Präsidenten am 14. November aus Paris, der französische Ministerpräsident Clemenceau hoffe, er, Wilson, werde nicht am Konferenztisch Platz nehmen. Die ebenso formale wie fadenscheinige Begründung, es sollten auf der Friedenskonferenz keine Staatsoberhäupter verhandeln, verdeckte nur un-

²²⁶Punkte IV a) und b) des französischen Plans, House an Außenminister, 15. 11. 1918, FRUS, PPC I, S. 351-352.

²²⁷Memorandum Millers (22. 11. 1918) zum revidierten französischen Vorschlag vom 21. 11. 1918, DCP II, Doc. 7, S. 28-42; und in FRUS, PPC I, S. 354-365. Der französische Plan "Note sur le Congrès de la Paix", in DCP II, Doc. 4, S. 4-16. Die Änderungen zum Entwurf vom 15. 11. übersandte House am 21. 11. 1918 nach Washington: FRUS, PPC I, S. 352-354.

²²⁸Jusserand an Außenminister, 29. 11. 1918, im Anhang die englische Übersetzung des französischen Plans, FRUS, PPC I, S. 365-371.

²²⁹Jusserand an Außenminister, 29. 11. 1918, FRUS, PPC I, S. 368-369. Sehr viel konkreter wurde die französische Regierung in einem "Projet de Préliminaires de Paix avec l'Allemagne", das sie der britischen Regierung etwa zeitgleich vorlegte, und von dem Washington nur auf Umwegen erfuhr; siehe das Schreiben des Chargé in Großbritannien, Laughlin, an den amtierenden Außenminister, 10. 12. 1918, in Anlage 2 der französische Plan, FRUS, PPC I, S. 371-378.

²³⁰Seymour in IP IV, S. 282; Nicolson, S. 102.

²³¹Jusserand an Außenminister, 29. 11. 1918, FRUS, PPC I, S. 368.

²³²Marston, S. 31, meint, Wilson habe mit diesem diplomatischen Versagen die große Chance vertan, die Vierzehn Punkte zur Basis eines Präliminarvertrags zu machen. Kritisch auch Nicolson, S. 102-103, 113. Vgl. Walworth, Moment, S. 96 f.

schwer die französische Skepsis, in Gegenwart des idealistischen Präsidenten sei nach den Erfahrungen des Notenwechsels nur schwer ein Frieden mit Deutschland zu schließen, der die französischen Interessen gebührend berücksichtige. House ließ von einer solchen Vermutung nichts hören, sondern gab noch weitere Stimmen wieder: britische Diplomaten sähen eine Konferenzteilnahme Wilsons ebenfalls mit Skepsis. Zuallererst bezog House sich jedoch auf "Americans here whose opinions are of value", die nahezu einstimmig befürchteten, Wilsons Konferenzteilnahme werde seine Würde und Führungskraft beeinträchtigen. Hingegen sei Wilsons Teilnahme an den "preliminary conferences" ausdrücklich erwünscht.²³³

Auf eine prägnante Formulierung brachte diese Vorbehalte Frank I. Cobb, Mitarbeiter von Colonel House und ein erklärter Anhänger Wilsons: "The moment President Wilson sits at the council table with these Prime Ministers and Foreign Secretaries he has lost all the power that comes from distance and detachment. Instead of remaining the great arbiter of human freedom he becomes merely a negotiator dealing with other negotiators. ...They would miss no opportunity to harass and wear him down. They would seek to play him off one against the other, a game in which they are marvellously adroit, since it has been the game of European diplomacy, since the days of Metternich and Talleyrand."²³⁴

Diese Einschätzung ist ein markantes Beispiel für die ideologische Interpretation der Begebenheiten auf der Pariser Friedenskonferenz in den Vereinigten Staaten in den 1920er Jahren: der für Frieden und Humanität kämpfende amerikanische Präsident, der von den trickreichen, verlogenen Europäern mit Methoden der "old diplomacy" über den Tisch gezogen wurde.²³⁵ Ähnlich kritisch über Wilsons Konferenzteilnahme, aber mit einer anderen Stoßrichtung, äußert sich in seinen Erinnerungen von 1938 übrigens Lloyd George. Er schrieb über den US-Regierungschef, "the moment he appeared at our councils, he was there on equal terms with the rest of us". Doch Wilson, so die unfreundliche Unterstellung des früheren Premiers, sei es nicht gewohnt gewesen, unter Gleichen zu verhandeln.²³⁶

Wilson's dringender Wunsch, an der Friedenskonferenz in eigener Person teilzunehmen, lag neben eigenem Stolz und Sendungsbewußtsein nicht zuletzt in seinem erheblichen Mißtrauen gegenüber den europäischen Alliierten begründet, ein Mißtrauen, das wiederum in seinem Charakter, seinen Erfahrungen wurzelte.²³⁷ Wie erwähnt, befürchtete Wilson ja, die europäischen Regierungschefs wollten seinen Einfluß bereits während der Waffenstillstandsverhandlungen minimieren.²³⁸ Nun nahm er den Bericht von Colonel House alarmiert auf: war sein Unterhändler bereits den Alliierten auf den Leim gegangen, hatte er seine unabhängige Urteilskraft eingeübt? Wilson teilte House seine

²³³House an Wilson, 14. 11. 1918, PW 53, S. 71-72. Zur Diskussion darüber IP IV, S. 215-226; Walworth, Moment, S. 114-120.

²³⁴"Frank I. Cobb, Confidential Memorandum for Colonel House", 4. 11. 1918, PW 590; IP IV, S. 219 ff.

²³⁵Klassisch ist diese Schwarz-Weiß-Malerei in der auch historiographisch einflußreichen, dokumentierten Darstellung der Politik Wilsons in Paris, aus der Feder seines Presseberaters R. S. Baker, Woodrow Wilson and the World Settlement; in Teil 1 und 2 die Unterscheidung von sog. alter Geheim- und neuer offener Diplomatie, WWS, I, S. 1-209.

²³⁶Lloyd George, MC I, S. 149 f.

²³⁷Saunders, S. 128-129.

²³⁸Wilson an House, 29. 10. 1918, PW 51, S. 505; Baker, LW VII, S. 529.

Vermutung mit, die französische und englische Führung wolle ihn deswegen von der Konferenz ausschließen, weil sie befürchteten, er könne die schwächeren Nationen gegen sie anführen.²³⁹ Hier erschien - in der Negation - wieder das Selbstverständnis des Präsidenten als eines Schiedsrichters, eines Anführers der wehrlosen Länder, der Menschen, die sich nach Frieden sehnten, ihre Wünsche aber nur unzureichend artikulieren konnten, und als eines Politikers, der ein Gegengewicht gegen die machtbewußten Europäer bilden konnte.

Nachdem House Wilsons Vermutung, die Regierungschefs aus Frankreich und Großbritannien wollten ihn hereinlegen, erhalten hatte, beeilte er sich, Wilson zu beschwichtigen.²⁴⁰ Obwohl House versicherte, er habe eine Teilnahme Wilsons an der Friedenskonferenz immer befürwortet, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß der Colonel in seiner Rolle während der Pariser Verhandlungen auf den Geschmack gekommen war und gerne selbst auf höchster Ebene weiterverhandelt hätte. Mit anderen Worten: hier taten sich möglicherweise Risse im Verhältnis des Präsidenten und seines Beraters auf, eine beginnende Konkurrenz, die auch für die Behandlung Deutschlands bedeutsam sein konnte.

Nachdem Wilson sich entschieden hatte, die US-Delegation auf der Friedenskonferenz persönlich zu leiten, war indirekt die Entscheidung gefallen, daß Verhandlungen über einen Präliminarfrieden nicht unmittelbar nach dem Waffenstillstand beginnen konnten. Der unterdessen in Paris und London entwickelte Plan einer formalen interalliierten Vorkonferenz, auf der eine gemeinsame Strategie für die Friedensverhandlungen abgesteckt sei, stieß bei Präsident Wilson auf wenig Gegenliebe.²⁴¹ Er vertrat die Meinung, der Friedenskongreß mit Deutschland sollte nach lediglich informellen Besprechungen der Verbündeten abgehalten werden. Noch im Oktober 1918 hatte Wilson in einem Gespräch mit Wiseman gemeint, wären die deutschen Machthaber "respectable people, I should be obliged to meet them in a conference".²⁴² Am 11. Februar 1918 hatte er öffentlich gefordert, über den Frieden müßten alle Kriegsparteien verhandeln, denn der Frieden müsse auch von allen Staaten erhalten werden. Es war die gleiche Rede, in der der Präsident sagte, ein allgemeiner Friede könne nicht durch die bloßen Arrangements einer Friedenskonferenz geschaffen werden.²⁴³ Ende November 1918 nannte Wilson als eine Voraussetzung, mit den Deutschen zu verhandeln, eine aus einer verfassungsgebenden Versammlung hervorgegangene Regierung. In einer solchen Ankündigung sah der Präsident nicht zuletzt ein Mittel, angesichts der Revolutionsgefahr innenpolitische Klarheit in Deutschland zu schaffen.²⁴⁴

Wilson konnte sich von Washington aus mit seinem Plan, lediglich informelle Vorbesprechungen der Sieger abzuhalten, nicht durchsetzen. Die Alliierten einigten sich An-

²³⁹Wilson an House, 16. 11. 1918, PW 53, S. 96-97.

²⁴⁰House an Wilson, 16. 11. 1918 (Nr. 16), PW 53, S. 101.

²⁴¹House an Wilson, 13. 11. 1918 (Nr. 101) und 23. 11. 1918 (Nr. 152), PW 53, S. 69, 181-182; IP IV, S. 216; vgl. Walworth, Moment, S. 104. Marston, S. 28, 41 f., 49 f., begründet die US-Position mit den Schwierigkeiten, einen Präliminarvertrag im Senat zu ratifizieren. Doch es scheint, daß Wilson diese Schwierigkeiten erst Anfang März 1919 bewußt geworden sind.

²⁴²Memorandum Wisemans über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918; PW 51, S. 347; vgl. Snell, S. 366, 369.

²⁴³"An Address to a Joint Session of Congress", 11. 2. 1918; PW 46, S. 321 und PP V, S. 180.

²⁴⁴Wilson an Lansing, mit einer Botschaft für House, 25. 11. 1918, PW 53, S. 194-195.

fang Dezember 1918 während ihrer Beratungen in London, an denen Colonel House nicht teilnahm, auf den Plan, eine formale Vorkonferenz der Sieger abzuhalten. House informierte Wilson, "British, France and Italian Governments agree that before preliminaries of peace shall be signed an inter-Allied Conference be held in Paris or Versailles the date thereof to be set after the arrival of the President".²⁴⁵ Am 4. Dezember telegraphierte House aus London, Außenminister Balfour habe den 16. Dezember für den Beginn der Interalliierten Konferenz ins Auge gefaßt und vorgeschlagen, einige Tage informeller Beratungen vorzuschalten.²⁴⁶ Daraufhin ließ Wilson House den Vorschlag übermitteln, alle Vorbereitungen für die "Inter-Allied Conference" zu verschieben, bis vorbereitende *informelle Beratungen* erweisen würden, welches Verfahren sich am besten eigne.²⁴⁷ Im Gespräch mit der britischen Führung Ende Dezember bestand Wilson auf lediglich informellen Besprechungen der Sieger, erklärte sich aber bereit, deren Ergebnisse der deutschen Delegation auf der Friedenskonferenz vorzulegen.²⁴⁸

Zwischen Wilsons Ankunft in Europa Mitte Dezember und dem Beginn der Friedenskonferenz verstrich dann wegen Terminproblemen noch ein Monat.²⁴⁹ Am 9. Januar 1919 erhielt der US-Friedenskommissar White ein Memorandum des Quai d'Orsay zu den geplanten formalen Vorbesprechungen der Alliierten. Immerhin akzeptierte das Papier mittlerweile ausdrücklich die Vierzehn Punkte als Grundlage der Besprechungen.²⁵⁰ Noch zu Beginn der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 hatte es jedoch über die Verfahrensfrage keine Einigung gegeben²⁵¹; und auch Wilson rechnete bei Eröffnung der Konferenz damit, sie sei nicht der eigentliche Friedenskongreß. Jedenfalls war die Gelegenheit zu einem raschen Präliminarfrieden, an dem auch die Deutschen interessiert waren, nicht zuletzt wegen der Entwicklungen in Washington ungenutzt verstrichen.

Nach Beginn der nunmehr doch formalen interalliierten Pariser Konferenz gewann die monatlich anstehende Verlängerung des Waffenstillstandes mit Deutschland eine große Bedeutung mit Blick auf das Verfahren des Friedensschließens. Die sich abzeichnende Tendenz der französischen Delegation, die Verlängerungen des Waffenstillstands durch zusätzliche Bedingungen zu verschärfen, wurde auf amerikanischer Seite kritisch gesehen. Wie Außenminister Lansing anmerkte, diene die französische Politik dem Ziel, die eigene strategische Position gegenüber Deutschland stetig zu verbessern und auf diese Weise *faits accomplis* für den Friedensschluß wie für die Nachkriegszeit zu schaffen.²⁵² Der US-Vertreter im Obersten Kriegsrat, General Bliss, äußerte in diesem Zusammen-

²⁴⁵House an Wilson, 6. [5.] 12. 1918, PW 53, S. 325; vgl. Marston, S. 46; Floto, S. 76-82; Walworth, Moment, S. 104.

²⁴⁶House an Wilson, 4. 12. 1918, PW 53, S. 316.

²⁴⁷Wilson an Lansing, 7. 12. 1918, PW 53, S. 334, und Lansing an Polk für House, 7. 12. 1918, FRUS, PPC I, S. 127; Hervorh. von mir, im Orig.: "preliminary informal discussions". Vgl. Lansing an House, 8. 12. 1918, ebda., S. 343.

²⁴⁸Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinet, 30. 12. 1918, Lloyd George, MC I, S. 119; auch in PW 53, S. 564.

²⁴⁹Zur Verschiebung der Konferenz siehe House an Wilson, 9. 12. 1918, PW 53, S. 344-345.

²⁵⁰"Plan of the Preliminary Conversations between the Allied Ministers", 5. 1. 1919, in Bliss an White, 9. 1. 1919, FRUS, PPC I, S. 385-396.

²⁵¹Siehe Nicolson, S. 95-100, über die von ihm als Teilnehmer empfundene organisatorische Schwäche der Friedenskonferenz.

²⁵²Privatbrief Lansings an Polk, 11. 2. 1919, zit. n. Schwabe, Revolution, S. 382.

hang seine Besorgnis vor einer französischen Hegemonie, und auch Colonel House, Frankreich eigentlich gewogen, zeigte sich beunruhigt.²⁵³

Als US-Vertreter in einem Ausschuß, der am 24. Januar vom Obersten Kriegsrat eingesetzt wurde und die Demobilisierung der deutschen Armee und die Stärke der westlichen Armeen zu untersuchen hatte, wandte sich Bliss in einem Sondervotum gegen das Vorhaben, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen auszuweiten.²⁵⁴ Dieses Vorgehen, mit der Drohung, das westfälische Kohlebecken und das rechte Rheinufer zu besetzen, käme einem Bruch des Waffenstillstandsabkommens durch die Alliierten gleich.²⁵⁵ Bliss war an einer Beendigung des Kriegszustandes zum frühestmöglichen Zeitpunkt interessiert.²⁵⁶

Auch Wilson kritisierte die von der französischen Delegation, vor allem aber von Marschall Foch ausgehenden Bestrebungen. Er warnte am 8. Februar im Obersten Kriegsrat, "continual aggravations of the armistice put the Allies into a moral disadvantage". Mit Blick auf die Sicherheit könne man den Deutschen die Waffen belassen, die sie gegenwärtig noch besäßen. Entscheidend sei, daß die Deutschen geschlagen wären und ihr "spirit" gebrochen sei.²⁵⁷ Wilson schlug vor, in einem Sonderausschuß von Militär- und Wirtschaftsberatern (Economic and Military Committee) zu klären, welchen Druck man auf Deutschland ausüben könne, um die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen zu erzwingen, ohne den Krieg wiederaufzunehmen; der Gebrauch von Gewalt bedeute dabei automatisch die Neuauflage des Kriegszustandes.²⁵⁸

Im Rahmen dieses Gremiums setzte sich General Bliss dafür ein, die militärischen und maritimen Friedensbedingungen sobald wie möglich und damit bereits vor der Abfassung des Friedensvertrages gesondert festzulegen. Bliss konnte den britischen Außenminister Balfour von dem Vorzug dieses Vorgehens überzeugen.²⁵⁹ Im Ausschußbericht vom 12. Februar hieß es, um die Schwierigkeiten hinsichtlich der Verlängerung des Waffenstillstandes zu beseitigen, seien "the members of the Committee.. of the opinion that Naval and Military terms of peace should be drawn up immediately by a Commission appointed for the purpose, and shall be imposed on the enemy".²⁶⁰ Bliss war überzeugt, eine Politik der Nadelstiche bei der Waffenstillstandsverlängerung stärke entweder radikale linke oder rechte Kräfte in Deutschland.²⁶¹

²⁵³Schwabe, *Revolution*, S. 400-403.

²⁵⁴Oberster Kriegsrat, 24. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 713.

²⁵⁵Memorandum Bliss, undat., ca. 8. 2. 1919, Anhang 3 zum undat. Bericht des Sonderausschusses, FRUS, PPC III, S. 921. Vgl. Bliss an Lansing, 7. 2. 1919, PW 54, S. 522-525; Bliss, *Armistices*, S. 521-522. Bliss trat bereits Ende November 1918 gegen eine Ausweitung des Waffenstillstands ein, und befürwortete, wie Miller ihn verstand, ein "final" und nicht ein "preliminary peace agreement", Miller Diary, 30. 11. 1918, DCP I, S. 21.

²⁵⁶General Bliss on the Armistice, 1. 12. 1918, Memorandum entworfen von Miller, DCP II, S. 161, vgl. Miller Diary, 1. 12. 1918, DCP I, S. 22.

²⁵⁷Oberster Kriegsrat, 13. Sitzung, 2. Treffen, 8. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 931.

²⁵⁸Oberster Kriegsrat, 13. Sitzung, 3. Treffen, 10. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 952.

²⁵⁹Vgl. Teil 1, Kap. 3. 1.

²⁶⁰"Conclusions of Committee Assembled in Accordance with the Decision of Supreme War Council on 10th February, 1919", 12. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 980-986. Ferner Tardieu, S. 145. Besonders die Admiräle waren besorgt über die rasche Demobilisierung zur See. Vgl. Oberster Kriegsrat, 2. Treffen, 8. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 933; Marston, S. 128 f. Zum Obersten Kriegsrat vom 12. 2. 1919 FRUS, PPC III, S. 970-979.

²⁶¹Bliss, *Armistices*, S. 521-522; House Diary, 5. 2. 1919, IP IV, S. 334 f. Vgl. auch Schwabe, *Revolution*, S. 379, 387, 402.

Der US-Präsident, der die Verlängerung des Waffenstillstandes und die Beratungen über die Friedensbedingungen streng auseinanderhielt, wollte die Militärs nur bei der Festlegung der "military and naval [peace] terms" einbeziehen. Über die sonstigen Bestimmungen, so die Position Wilsons, hätten die Politiker allein zu entscheiden. In seinen Augen überschritt Marschall Foch mit seiner Politik politischer faits accomplis im Rahmen der Waffenstillstandsbedingungen bei weitem die Grenzen seiner Kompetenz - auch bei der Festschreibung einer deutsch-polnischen Waffenstillstandslinie und damit vorläufigen Grenzziehung zwischen Danzig und Thorn.²⁶² Der Präsident wollte die Regelung aller Territorialfragen unter allen Umständen der Friedenskonferenz vorbehalten.²⁶³

Wilson war an einer raschen Entwaffnung Deutschlands auch aus Gründen einer in seiner Sicht bald anstehenden amerikanischen Demobilisierung interessiert. Er nannte den Vorschlag Balfours im Obersten Kriegsrat am 12. Februar, die Waffenstillstandsbedingungen möglichst nicht zu verschärfen, eine "satisfactory solution" und wollte die endgültigen Bestimmungen bald ausarbeiten lassen. Er selbst, so Wilson, sei "perfectly prepared", den Krieg gegen Deutschland wiederaufzunehmen und die amerikanische Stärke für die Durchsetzung der Gesamtheit der Friedensbedingungen einzusetzen, aber nicht, um die Erfüllung einzelner Waffenstillstandsbedingungen durchzusetzen. Damit provozierte Wilsons eine zornige Antwort Clemenceaus.²⁶⁴

In der Nachmittagssitzung des 12. Februar suchte Wilson einen Kompromiß mit der französischen Delegation. Mit der fortschreitenden Demobilisierung der britischen und amerikanischen Truppen, gab Wilson zu bedenken, könnten die Deutschen im Rahmen der monatlichen Waffenstillstandsverlängerungen an Selbstbewußtsein gewinnen. Nach einem Exkurs über sein allgemeines Abrüstungsprogramm bejahte der Präsident die Frage, ob man die militärischen Bestimmungen von den übrigen Friedensbedingungen isoliert übergeben könne. Solange die Entwicklung in Deutschland unklar bleibe, habe die Welt "a moral right to disarm Germany, and to subject her to a generation of thoughtfulness". Er halte es daher für möglich, "to frame the terms of Germany's disarmament before settling the terms of peace". Alles, was man regeln müsse, sei "the amount of armed forces required by Germany to maintain internal order and to keep down Bolshevism".²⁶⁵

Wilson meinte, die Militärberater könnten eine Entscheidung über die militärischen Friedensbedingungen umgehend vorbereiten, auch wenn die Regierungen für ihre nachfolgende Entscheidung mehr Zeit benötigten. Er schlug vor, den Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit zu verlängern und den Deutschen die Auferlegung der militärischen Bedingungen anzukündigen, mit denen der Waffenstillstand dann enden werde.²⁶⁶ Er sei bereit, die Regelung der Einzelheiten während seiner Abwesenheit von Paris seinen Mitarbeitern zu überlassen. Wilsons Position wurde von Balfour aufgegriffen, dessen

²⁶²Schwabe, *Revolution*, S. 456; vgl. auch Wilson im Rat der Zehn, 8. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 934.

²⁶³Das galt auch für die Gebiete Osteuropas; vgl. Wilsons Resolution vom 24. 1. 1919 im Rat der Zehn, FRUS, PPC III, S. 715.

²⁶⁴Oberster Kriegsrat, 12. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 972-974. Vgl. Grayson Diary, 12. 2., PW 55, S. 94.

²⁶⁵Oberster Kriegsrat, 12. 2. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC III, S. 1001-1002.

²⁶⁶Im Protokoll heißt es: "The Armistice would then be ended by the formulation of definitive terms of peace on military conditions." Wilson im Obersten Kriegsrat, 12. 2. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC III, S. 1005.

Entschießung der Oberste Kriegsrat billigte.²⁶⁷ Damit war, wie Schwabe zu Recht betont, "die Zuständigkeit der Friedenskonferenz auch für den militärischen Teil des Friedensvertrages.. gegen die Ansprüche Fochs durchgesetzt".²⁶⁸

Wilson hatte in dieser Sitzung zwar von einem "preliminary peace" gesprochen und schien damit nur die militärischen Friedensbedingungen zu meinen.²⁶⁹ Doch ist es nicht sicher, ob der Präsident sich zu diesem Zeitpunkt darüber im klaren war, auf welche Weise er den Deutschen die militärischen "terms" vorlegen wollte: offenbar weder im Rahmen des Waffenstillstands noch im Rahmen eines umfassenden Präliminarfriedens. Sah Wilson also einen separaten, völkerrechtlich gültigen Vertrag lediglich über die militärischen Bedingungen vor?²⁷⁰ Während diese Frage nicht beantwortet werden kann, trat Wilson dann schließlich im März 1919 für das Verfahren einer Militärkonvention im Rahmen des Waffenstillstands ein.²⁷¹

In jedem Fall war deutlich geworden, daß der Charakter präliminarer Regelungen, die auf die militärischen Aspekte beschränkt waren, sich sich in amerikanischer Sicht grundlegend von der französischen Planung unterschied. Frankreich strebte militärische Vorentscheidungen im Rahmen der Waffenstillstandsverlängerungen an, gedacht als ein Schritt auf dem Weg zur Suprematie über den deutschen Nachbarn. Präsident Wilson sah in seiner Initiative eine Voraussetzung dafür, einen liberalen Frieden in einer ruhigeren Atmosphäre und schließlich auch mit Deutschland verhandeln zu können.

12. 2. Präsident Wilson, Colonel House und die Frage eines Präliminarfriedens

Bis zur Fertigstellung der Vorlage des Militärausschusses über die militärischen Bedingungen für Deutschland verging sehr viel mehr Zeit, als Präsident Wilson veranschlagte hatte. Unterdessen befürwortete der britische Außenminister Balfour die parallele Erörterung der übrigen Friedensbedingungen - territorialer und finanzieller, ökonomischer und rechtlicher Fragen. Colonel House, der den Präsidenten während dessen Abwesenheit im Obersten Rat vertrat, unterstützte Balfours Anliegen. House bemerkte in der

²⁶⁷Oberster Kriegsrat, 12. 2. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC III, S. 1002-1005. Vgl. Teil 1, Kap. 3. 1.

²⁶⁸Schwabe, *Revolution*, S. 388. Warum Clemenceau annehmen sollte, er habe mit Wilsons stillschweigender Zustimmung eine freie Hand bei der Regelung der militärischen, territorialen und finanziellen Fragen, im Gegenzug für die Zustimmung zur Völkerbundsatzung, wie Saunders, S. 154, 162, meint, ist völlig unklar.

²⁶⁹Wilson im Obersten Kriegsrat, 12. 2. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC III, S. 1004. Das Protokoll ist an dieser Stelle allerdings nicht eindeutig, denn Wilson sagte einmal, in seiner Abwesenheit solle die wichtige Frage eines "preliminary peace" nicht aufgehoben werden; wenig später fügte er hinzu, auch die Beratungen über territoriale und finanzielle Fragen ("questions") solle nicht verzögert werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Wilson auch die übrigen Bedingungen im Rahmen eines weiteren Präliminarvertrages überreichen wollte - nach seiner Rückkehr aus Washington. Im Obersten Kriegsrat am 8. 2. 1919 hatte Wilson von einem Zeitraum zwischen der Verlängerung des Waffenstillstandes und den "preliminaries of Peace" gesprochen, der 6 Monate nicht überschreiten solle (FRUS, PPC III, S. 929).

²⁷⁰Marston, S. 132 f., der diese letzte Möglichkeit als unpraktikabel ausschließt, meint in Anlehnung an US-Rechtsberater Miller, in Paris habe eine vollständige Konfusion bezüglich des *Procedere* bestanden (S. 138 f.). Miller meinte, aus praktischen Erwägungen hätten die militärischen Bedingungen nur im Rahmen des Waffenstillstands übergeben werden können. Aber über Wilsons Intention ist damit noch nichts gesagt. Bliss verstand die Entscheidung des Obersten Rates so, daß den Deutschen ein "preliminary treaty" übergeben werden solle, Bliss, *Armistices*, S. 522.

²⁷¹Siehe Kap. 3. 3.

Ratssitzung vom 22. Februar 1919, eine verzögerte Ausarbeitung der Friedensbedingungen "could only be favourable to Germany".²⁷²

Wilson selbst hatte zwar im Obersten Kriegsrat am 12. Februar ausdrücklich erklärt, in seiner Abwesenheit sollten die Fragen der Grenzen und der Wiedergutmachung erörtert werden, aber es war ihm nicht recht, daß die Konferenz in dieser Zeit auch rasche Übereinkünfte in den betreffenden Fragen traf.²⁷³ Auf die Bemerkung von House vor Wilsons Abreise in die USA am 14. Februar 1919, "we could button up everything during the next four weeks", regierte der Präsident sehr zurückhaltend.²⁷⁴

House notierte über dieses 20minütige Gespräch, Wilson "seemed startled and even alarmed at this statement", und versuchte den Präsidenten damit zu beruhigen, daß er die Entscheidungen, die Wilson nach seiner Rückkehr zu treffen hätte, nur vorbereiten wolle. Einer der Hauptpunkte, so House, sei die Feststellung eines Programms zur Vorbereitung eines Präliminarfriedens mit Deutschland. Dies war ein deutlicher Hinweis darauf, daß der Stufenplan - Vorkonferenz der Siegermächte, Präliminarfrieden, Friedenskongreß - nicht aufgegeben war. Als Bestandteile eines solchen Präliminarfriedens nannte der Colonel den Rüstungsabbau, eine Demarkierung der deutschen Grenzen einschließlich der Abtretung der deutschen Kolonien, die Festlegung eines Reparationsbetrages und eines Zahlungszeitraumes sowie eine Einigung über die wirtschaftliche Behandlung Deutschlands. House berichtet weiter, "I asked him [Wilson] to bear in mind while he was gone that it was sometimes necessary to compromise in order to get things through. Not a compromise of principle but a compromise of detail, and I called his attention to the fact that he had made many since he had been here. I did not wish him to leave expecting the impossible in all things."²⁷⁵

In dieser kurzen Passage kam der Unterschied zwischen der Diplomatie Wilsons und der seines Unterhändlers treffend zum Ausdruck. House hatte zwar schärfer als Wilson erkannt, daß Abstriche am amerikanischen Maximalprogramm unausweichlich waren, aber die Frage war natürlich, was ein "Kompromiß im Detail" genau bedeutete. House neigte mit seiner Leidenschaft für diplomatische Kompromisse dazu, die Interessen des Präsidenten nur ungenügend zu berücksichtigen, ja sie zu durchkreuzen, auch wenn er von seinem Chef keine klaren Instruktionen erhalten hatte. House hatte ein alles überragendes Interesse an einem reibungslosen, raschen Ablauf der Besprechungen. Nicht zuletzt dürfte ihn sein gutes Verhältnis zum französischen Ministerpräsidenten in diesem Vorgehen bestärkt haben.

Subjektiv war der eifrige Texaner zwar stets davon überzeugt, das bestmögliche für Wilsons Friedensziele zu unternehmen. Doch unterbelichtete er dabei gelegentlich die

²⁷²Rat der Zehn, 22. 2. 1919, FRUS, PPC IV, S. 85-87. Baker, WWS I, S. 298-303, unterstellte in seiner pro-Wilson-Schrift, Balfours Resolution sei der Auftakt gewesen, Wilsons Intentionen zu untergraben. Seymour, IP IV, S. 347-353, widerlegt diese These überzeugend. Er veröffentlicht (S. 374-391) ein auf Initiative Balfours recherchiertes Memorandum des britischen Foreign Office von 1922 sowie zwei Briefe Balfours an House vom Juli 1922 und vom Juli 1927. Baker, WWS I, S. 303-304, erklärt Houses Unterstützung des Balfour-Plans damit, der Colonel sei zuvor mit den Beratungen im Obersten Rat nicht vertraut gewesen und von Wilson nicht ausführlich instruiert worden.

²⁷³Wilson am 12. 2. 1919 im Obersten Kriegsrat, FRUS, PPC III, S. 1004. Vgl. Wilsons Funktelegramm an House vom 20. 2. 1919, IP IV, 343.

²⁷⁴Rat der Zehn, 22. 2. 1919, FRUS, PPC IV, S. 87.

²⁷⁵House Diary, 14. 2. 1919, PW 55, S. 193; etwas gekürzt in IP IV, S. 341. Auch Außenminister Lansing schrieb später, er habe "the speedy negotiation of a short and simple preliminary treaty" vorgezogen, sowie eine Gründung des Völkerbundes nur per Deklaration, Lansing, Peace Negotiations, 170.

inhaltliche Seite von Übereinkünften. Aufschlußreich ist es jedenfalls, daß House in einem Schreiben an Seymour vom 9. April 1928 die Meinung vertrat, ein Präliminarfrieden im Anschluß an den Waffenstillstand wäre in den USA ratifiziert worden und hätte Wilson einen strapaziösen Kampf erspart. Ein solcher Präliminarfrieden hätte, so der ehemalige Vertraute des 1928 längst verstorbenen Wilson, zu einer politischen Normalisierung in Europa geführt und die Verhandlungen in Paris erleichtern können.²⁷⁶

Nachdem Colonel House in der Sitzung des Zehnerrates am 22. Februar 1919 Balfours Plan unterstützt hatte, meinte er, die Deutschen würden die militärischen Bedingungen, die vermutlich "very severe" ausfielen, leichter akzeptieren, "if, at the same time, the whole Peace Terms were made known to them". Die Deutschen wüßten dann genau, was auf sie zukäme.²⁷⁷ Die vage Formulierung "made known to them" konnte dabei zweierlei bedeuten: erstens, daß die Deutschen beim Abschluß des militärischen Präliminarfriedens über die weiteren Friedensbedingungen lediglich informiert würden oder zweitens, daß die Verbündeten einen umfassenden Präliminarfrieden mit Deutschland abschließen würden, der vom Ergebnis her ein endgültiger Frieden wäre. House präzierte seine Formulierung allerdings nicht.

In jedem Fall zeigt der Vorschlag des US-Verhandlungsführers, die territorialen, ökonomisch-finanziellen und rechtlichen Friedensbedingungen rasch auszuarbeiten, daß House im Gegensatz zu Balfour auch einem taktischen Kalkül folgte. Die entscheidende Frage bleibt dabei allerdings unklar: was House zu der Annahme veranlaßte, die übrigen Friedensbedingungen würden weniger hart ausfallen als die militärischen.

Bereits wenige Tage nach seiner Abreise in die USA erfuhr der Präsident per Funktelegramm von House, daß die französische Delegation dafür eintrat, die Arbeit der Konferenz zu beschleunigen, und daß Marschall Foch den Deutschen rasch einen Präliminarfrieden diktieren wollte, unter Festlegung der deutschen Rüstungsstärke, der Grenzen und der Kriegsentschädigung.²⁷⁸ Daraufhin telegraphierte Wilson zurück, "I know I can trust you and our colleagues to withstand such a programme immovably, except that I am of course willing to have the strictly military and naval terms promptly decided and presented to the Germans."

Der Präsident wiederholte seine zuletzt in Paris vertretene Position unmißverständlich mit den Worten, "I am not willing to have anything beyond the military and naval terms decided and believe that the Conference of Ten would be going very much beyond its powers to attempt anything of the sort. The determination of the geographic boundaries of Germany involves the fortunes and interests of many other peoples and we should not risk to be hurried into a solution arrived at solely from the French point of view. I beg that you will hold things steady with regard to everything but the strictly naval and military terms until I return. Marshal Foch is acting in this matter I am sure under exte-

²⁷⁶House an Seymour, IP IV, 212 f.; House, Peace, in: House/Seymour (Ed.), Paris, S. 426.

²⁷⁷Rat der Zehn, 22. 2. 1919, FRUS, PPC IV, S. 87.

²⁷⁸Zwei Funktelegramme von House an Wilson, darin ein Memorandum des britischen Generalstabschefs Wilson über ein Gespräch mit Marschall Foch, 19. 2. 1919, PW 55, S. 212-214; IP IV, S. 343 f. Vgl. Rat der Zehn, 22. 2. 1919, FRUS, PPC IV, 86. Vgl. auch House an Wilson (über Clemenceaus Interessen), 23. 2. 1919, PW 55, S. 233-234.

rior guidance of the unsafest kind."²⁷⁹ Unschwer liest man in dieser Passage nicht nur eine Skepsis gegenüber den Franzosen, sondern auch mit Blick auf House selbst. Es war eindeutig, daß Wilson einen umfassenden Präliminarfrieden während seiner Abwesenheit ablehnte; unklar war allerdings, ob er zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch mit einem solchen rechnete.

House selbst versuchte offenkundig, die Kluft zwischen seinem eigenen Interesse, die Friedensbedingungen raschestmöglich fertigzustellen, und Wilsons Veto gegen eine Entscheidung über andere als militärische Bestimmungen dadurch zu überbrücken, daß Entwürfe der Friedensbedingungen in einzelnen Fragen ausgearbeitet werden sollten, denen Wilson bei seiner Ankunft idealerweise nur noch zustimmen müßte. Bereits in seiner Nachricht vom 19. Februar, auf die Wilson so mißtrauisch reagierte, signalisierte House nicht nur sein Interesse an einem allgemeinen "speeding up" der Konferenzarbeit, sondern sein Bestreben, daß bei Wilsons Rückkehr "terms of preliminary peace will be ready for your consideration".²⁸⁰

Am 4. März - einem Tag intensiver Verhandlungen - bestätigte House dieses Vorgehen in einem Funktelegramm an den Präsidenten, doch mit einer signifikanten Änderung der Wortwahl: "Everything has been speeded up and I feel confident that by the time of your arrival all questions will be ready for your approval."²⁸¹ House sagte nicht mehr "consideration", sondern "approval": auf diese Weise oblag zwar Wilson formell die letzte Entscheidung über die einzelnen Bestimmungen, aber die inhaltlichen Vorentscheidungen wären unter Houses Verhandlungsführung getroffen worden! In Kap. 6. und 7. 1. wird gezeigt, daß House tatsächlich nach diesem Prinzip handelte und dabei seinen Verhandlungsspielraum maximal ausschöpfte bzw. in einigen Fragen zweifellos überschritt.

Am 4. März notierte House, er hoffe, innerhalb von 10 Tagen - also am Tag von Wilsons Rückkehr - alle ausstehenden Fragen geklärt zu haben, und Wilsons Zustimmung innerhalb weniger Tage - bis zum 20. März - sichern zu können.²⁸² Mit anderen Worten, House gab sich der Hoffnung hin, Wilson die Initiative weitgehend aus der Hand nehmen zu können. Offenbar hatte House seine Vorstellung von einem Zeitplan bereits Marschall Foch gegenüber durchblicken lassen, denn Foch sprach diese Zielsetzung in der Sitzung des Obersten Kriegsrates vom 3. März an, und Balfour erklärte, ein solcher Termin sei ihm völlig neu. Balfour legte ausdrücklich Wert darauf, Präsident Wilson nach seiner Rückkehr genügend Zeit zu lassen, um allein die militärischen Bedingungen prüfen zu können.²⁸³

Ebenso wichtig war aber ein weiterer Tagebucheintrag des Colonels: er habe Clemenceau und Balfour in der Besprechung vorgeschlagen, die deutsche Friedensdelegation unmittelbar nach dem 20. März nach Versailles einzuladen. Nach der Fertigstellung der Bedingungen solle eine Delegation der Friedenskonferenz den Deutschen den Vertrag

²⁷⁹Wilson an House, ca. 23. 2. 1919, PW 55, S. 230; unvollständig in IP IV, S. 368, Anm. 2. House erhielt das Kabel in einigen Passagen entstellt (PW 55, S. 230), aber die Absicht des Präsidenten war klar verständlich. Vgl. Marston, S. 139.

²⁸⁰House an Wilson, 19. 2. 1919, PW 55, S. 214.

²⁸¹House an Wilson, 19. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 511; PW 55, S. 213; House an Wilson, 4. 3. 1919, ebda., S. 423, FRUS, PPC XI, S. 521.

²⁸²House Diary, 4. 3. 1919, Floto, S. 152, nicht in IP IV, S. 366.

²⁸³Balfour im Obersten Kriegsrat, 3. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 184-186.

überreichen, die ihn in Berlin mit der deutschen Regierung beraten sollten. Im Anschluß daran sah House ein weiteres Treffen der Delegationen mit dem Zweck der sofortigen Unterzeichnung des Vertrages vor. House machte die für ihn nach wie vor gültige Unterscheidung zwischen interalliiertem Konferenz und dem späteren Friedenskongreß unter Beteiligung der Deutschen ganz deutlich: "we are not holding a Peace Conference at present, but merely a conference between the Allies and ourselves for the purpose of agreeing upon terms to offer Germany at the Peace Conference to be held later".²⁸⁴ Aber eine mündliche Verhandlung über die präliminären Friedensbedingungen sah House - ebenso wie Balfour bereits im Februar - nicht vor; diese sollten den Deutschen ohne Diskussion auferlegt werden.

Zusammengefaßt, vertrat Präsident Wilson bei den Beratungen um die von ihm allein gewünschten militärischen Präliminarien im ganzen liberale Friedensziele, auch wenn seine zwiespältige Sicht Deutschlands schonende und bestrafende Ansätze aufwies. Colonel House schwächte die Position des Präsidenten auf formaler wie inhaltlicher Ebene durch sein Interesse an umfassenden Friedenspräliminarien und sein konsensorientiertes Taktieren, vor allem was die französische Strategie der Schwächung Deutschlands anbetraf.

Es fügte sich schließlich, daß der Bericht der Militärausschusses über die militärischen Friedenspräliminarien erst am 17. März 1919 im Obersten Rat abschließend erörtert wurde - nach Wilsons Rückkehr aus Washington.²⁸⁵ In dieser Sitzung zeichnete sich der Grund dafür ab, warum später nicht einmal mehr die militärischen Bestimmungen den Deutschen in Form präliminärer Bedingungen übergeben werden sollten: das Problem lag in den rechtlichen Verfahrensfragen. Bei der Beratung der militärischen Friedensbedingungen im Obersten Kriegsrat am 17. März erkundigte sich der französische Vertreter im Redaktionsausschuß, Fromageot, nach deren rechtlichem Charakter. Würden die militärischen Bestimmungen nur als ein "set of military clauses for immediate execution by the Germans" betrachtet, nicht aber als ein "Treaty of Peace", könnten die Deutschen später eine Neuverhandlung fordern, mit dem Hinweis, es habe sich nicht um "Peace conditions" gehandelt. Für den Fall aber, daß die militärischen Bedingungen den Deutschen als "final Peace conditions" übergeben werden sollten, müßten sie auch von der Legislative der beteiligten Länder verabschiedet werden.²⁸⁶

Wie Wilsons Bemerkung im Anschluß an diesen Hinweis erkennen läßt, ging der Präsident nun davon aus, den Deutschen die militärischen Bedingungen in Form einer präliminären Konvention aufzuerlegen, die juristisch im Rahmen des Waffenstillstandes anzusiedeln und nicht als ein Präliminarfrieden zu verstehen sei.²⁸⁷ Er habe angenommen, so erklärte Wilson, diese "preliminary Convention would only be temporary until the complete Treaty was prepared, and that it would have the character of a sort of exalted Armistice, the terms being reincluded in the Formal Treaty". Wilson hatte vermutlich

²⁸⁴House Diary, 4. 3. 1919, IP IV, S. 366.

²⁸⁵Die Meinung Marstons (S. 146 ff.), im Februar habe keine reale Möglichkeit bestanden, zu Präliminarien zu gelangen, trifft nicht den Kern des Problems. Die Intention des Obersten Rates hierzu ist unverkennbar.

²⁸⁶Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 374.

²⁸⁷Da der Präsident im Februar 1919 von einem "preliminary peace" gesprochen und damit offenkundig die militärischen Bedingungen gemeint hatte (siehe oben), muß er seine Position im Zusammenhang mit dem USA-Aufenthalt und der Opposition des Senats geändert haben.

das etwas ungewöhnliche Verfahren einer präliminaren Militärkonvention deswegen gewählt, weil er glaubte, sie nicht dem Senat unterbreiten zu müssen. Verunsichert durch die zur Debatte stehende Frage, erklärte der Präsident: "If this Preliminary Convention had to be submitted to the Senate for a general discussion there, he knew from the usual slow processes of legislatures that it would be several months before it could be ratified."²⁸⁸ Er erklärte, sich mit den US-Rechtsexperten beraten zu müssen.

Außenminister Lansing bestätigte laut seinen Notizen dem Präsidenten in der Sitzung am 17. März, jegliches Dokument, das den Übergang von einem Kriegszustand in einen Friedenszustand regelte, müsse vom US-Senat verabschiedet werden, egal wie man es nenne. Lansing schien den Präsidenten zwar insofern falsch zu verstehen, als dieser aktuell nicht an einem Präliminarfrieden, sondern an der Militärkonvention interessiert war.²⁸⁹ Doch in einem Memorandum vom 18. März erklärten die Rechtsberater der US-Delegation, Miller und Scott, ein "preliminary agreement", das sich auf den Übergang vom Kriegs- in den Friedenszustand beziehe, müsse vom Senat ratifiziert werden.²⁹⁰

Die Aussicht, daß der Senat in Washington dieser Aufgabe bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen rasch nachkommen würde, erschien jedoch gering. Auch wenn Wilson, wie sein Funktelegramm an House nach dem 20. Februar gezeigt hatte²⁹¹, zu diesem Zeitpunkt gar nicht an einem umfassenden Präliminarfrieden interessiert war, war jedenfalls in den Augen seiner Kollegen im Obersten Rat, vor allem Balfours, jeder Anreiz verlorengegangen, überhaupt noch einen solchen Präliminarfrieden abzuschließen. Lansing hielt es am 30. März für ausgemacht, daß es nicht mehr dazu kommen werde.²⁹²

Präsident Wilson rückte von seinem Konzept einer Militärkonvention wieder ab. Überdies gab es einen für ihn entscheidenden Punkt, um den er nach seiner Ankunft in Paris erneut kämpfen mußte: die Einheit von Friedensvertrag und Völkerbundakte. Diese Einheit war während Wilsons Abwesenheit von französischer Seite abgelehnt worden; und Colonel House hatte seine Unterstützung für die Haltung der Pariser Regierung signalisiert. Damit aber war Wilsons gesamte Friedenskonzeption bedroht.²⁹³ Die Absicht des Präsidenten, die Völkerbundakte in jeden wie auch immer gearteten völkerrechtlich

²⁸⁸Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 374; vgl. Lansing, *Peace Negotiations*, S. 174 f.; Birdsall, S. 156 f.; Schwabe, *Revolution*, S. 408 f.

²⁸⁹Memorandum Lansing, 19. 3. 1919, PW 56, S. 97. Vgl. Miller Diary, 17. 3. 1919, DCP I, S. 175-176; PW 56, S. 58-59; Grayson Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 61. Vgl. auch die Anm. der Herausgeber der Wilson-Papers, ebda., S. 59, Anm. 4. Vgl. das Meeting der US-Friedenskommissare, 18. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 121 - daß ein Präliminarfrieden vom Senat gebilligt werden mußte, dürfte Wilson, anders als Lansing es verstanden hatte, gewußt haben! Vgl. zu diesem Komplex auch Schwabe, *Revolution*, S. 406-409, allerdings ohne eindeutige Differenzierung zwischen der Militärkonvention und einem Präliminarfrieden mit Blick auf Wilsons Position. Lansing hatte bereits am 27. 2. 1919 festgestellt, die Art der zu dem Zeitpunkt diskutierten militärischen Bedingungen mache eine Ratifizierung durch den US-Senat notwendig (Meeting der US-Friedenskommissare, 27. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 80-81); vgl. dazu seine Äußerungen im Obersten Kriegsrat, 12. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 340-341.

²⁹⁰"Opinion respecting Senate and Preliminary Peace Treaty", Memorandum Miller und Scott, 18. 3. 1919, DCP VI, Doc. 526, S. 434-436; PW 56, S. 67-69.

²⁹¹Wilson an House, c. 23. 2. 1919, PW 55, S. 230.

²⁹²Rat der Vier, 25. 3. 1919, Mantoux I, S. 14-15. Memorandum Lansing, 30. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 547-548; Lansing, *Peace Negotiations*, S. 175 f.; dt.: *Die Friedensverhandlungen*, S. 156 f.; vgl. Birdsall, S. 158.

²⁹³Siehe dazu Baker Diary, 15. 3. 1919, PW 56, S. 531; Grayson Diary, 15. 3. 1919, ebda.: nachdem Wilson mit seiner Delegation Klartext gesprochen hätte, sei von einem "preliminary treaty" keine Rede mehr gewesen. Vgl. dazu Kap. 4. 1.

wirksamen präliminaren Friedensvertrag (wenn auch nicht in eine Militärkonvention) einzubeziehen, machte den Abschluß eines raschen Präliminarfriedens ohnehin unmöglich - was Lansing klar gesehen und bedauert hat.²⁹⁴

Nicht nur mußte Wilson die Versicherung der Alliierten erlangen, den Völkerbund als Teil des Friedensvertrages zu betrachten - was ihm schließlich am 25. März gelang.²⁹⁵ Auch die Völkerbundsatzung selbst bereitete alte und neue Schwierigkeiten: erstens mußten die französischen Ergänzungswünsche verhandelt werden und zweitens mußte Wilson aus innenpolitischen Rücksichten daran interessiert sein, die Monroe-Doktrin in der Satzung zu verankern. Die französische und britische Delegation konnten und wollten dieses Interesse weidlich für amerikanische Konzessionen ausnutzen, so daß die Verhandlungen darüber sich parallel zu den übrigen inhaltlichen Konferenzfragen bis Mitte April hinzogen.

Auch wenn Wilson am 25. März und noch am 13. April von Friedenspräliminarien mit Deutschland sprach, war es aus all den genannten Gründen deutlich, daß der zu übergebende Friedensvertrag nicht noch einmal neu verhandelt werden und durch einen dann endgültigen Friedensvertrag abgelöst werden würde, sondern diesen bereits konstituierte.²⁹⁶

Die am 17. März im Obersten Kriegsrat gebilligten, 56 Artikel langen militärischen Friedensbedingungen gingen dann später in den endgültigen Friedensvertrag ein, gemeinsam mit den territorialen, finanziellen und anderen Bestimmungen.²⁹⁷ Dieses Vorgehen hatte übrigens auch General Bliss in einem Memorandum für Wilson vom 14. März 1919 vorgeschlagen, in der Sorge, Deutschland werde die drastischen militärischen Bedingungen sonst nicht annehmen.²⁹⁸

12. 3. Sicherheit durch Entmachtung und Kontrolle Deutschlands? Amerika und die militärischen Bestimmungen

Mit seiner Erklärung am 12. Februar, die Welt habe ein moralisches Recht, Deutschland zu entwaffnen und das Land zu einer Generation des Nachdenkens zu zwingen, machte Präsident Wilson deutlich, daß er eine Bestrafung des Gegners und eine Probezeit bis zur gleichberechtigten Einbeziehung in die internationale Neuordnung durchaus in Betracht zog.²⁹⁹ Damit war zwar noch keine Aussage über die Stärke der deutschen Armee gemacht worden, aber der politische Rahmen für die Abrüstung Deutschlands war abgesteckt. Außenminister Lansing, der eine militärische Entmachtung Deutschlands ebenfalls befürwortete, wies in einer Besprechung mit General Bliss treffend darauf hin,

²⁹⁴Siehe das Memorandum Lansings vom 30. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 547-548: "The President's obsession as to a League of Nations blinds him to everything else. An immediate peace is nothing to him compared to the adoption of the Covenant. The whole world wants peace. The President wants his League. I think that the world will have to wait." Vgl. Lansing, Peace Negotiations, 172 f.

²⁹⁵Rat der Vier, 25. 3. 1919, Mantoux I, S. 14-15.

²⁹⁶Rat der Vier, 25. 3. 1919, Mantoux I, S. 14, und 13. 4. 1919, ebda., S. 245.

²⁹⁷"Naval, Military and Air Conditions of Peace", 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 385-403, mit der Ergänzung auf S. 377-379; Versailler Vertrag, Teil V, Artikel 159-210, S. 83-103. Vgl. Bliss, Armistices, S. 522; Marston, S. 54 f.

²⁹⁸Bliss an Wilson, 14. 3. 1919, PW 55, S. 511.

²⁹⁹Oberster Kriegsrat, 12. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 1002. Diese Position vertrat Wilson auch mit Blick auf die deutsche Zulassung zum Völkerbund (vgl. Kap. 4. 3.).

das Kernproblem sei Frankreichs unglückliche geographische Lage vis-à-vis Deutschlands, die man nicht ändern könne.³⁰⁰

Mit Blick auf die zukünftig erlaubte Stärke der deutschen Armee zeigten sich die US-Militärs zunächst recht großzügig. General Bliss vertrat die Position der USA in mehreren Gremien - unter anderem dem Ausschuß der Militär- und Wirtschaftsberater und dem Ausschuß zur Abrüstung Deutschlands, die am 10. bzw. am 12. Februar vom Obersten Kriegsrat nominiert wurden.³⁰¹ Bliss ließ sich in seiner Politik, wie schon Schwabe herausgestellt hat, von mehreren Erwägungen leiten: ein erneuter Angriff Deutschlands gegen Frankreich und andere Staaten sollte in der Zukunft ausgeschlossen sein; dazu war eine sehr weitgehende Abrüstung unerläßlich. Zum anderen mußte Deutschland die Möglichkeit belassen werden, sich nach innen und außen gegen bolschewistische Herausforderungen zu schützen.³⁰² Bliss war nicht einverstanden mit der von ihm beschriebenen französischen Absicht, "to reduce the German army to absolutely nothing at all".³⁰³ Eine vollständige Entmilitarisierung Deutschlands sah der General demnach nicht vor; seine Pläne für die Größe der deutschen Armee liefen auf eine Zahl von 450.000 Mann und 15. 300 Offizieren hinaus. Allerdings war Bliss ebenso wie General Pershing bereit, den Wünschen Großbritanniens und Frankreichs nach einer deutlich niedrigeren Mannschaftsstärke der deutschen Armee (ca. 200.000) entgegenzukommen, da er aus innenpolitischen Gründen keine Möglichkeit sah, die USA an einer permanenten Kontrolle des deutschen Rüstungsstandes zu beteiligen. Allenfalls für eine begrenzte Zeit sei dies denkbar.³⁰⁴

Lloyd Georges Kritik an der vorgesehenen Berufsarmee wurde bei der Beratung der militärischen Friedensbedingungen am 7. März im Obersten Kriegsrat von House und Lansing gebilligt.³⁰⁵ Mit amerikanischem Einverständnis einigte sich der Militärausschuß daraufhin auf eine deutsche Berufsarmee von nur 140.000 Mann und maximal 14 Divisionen. Zu der von Marschall Foch gewünschten weiteren Reduktion des deutschen Heeres auf 100.000 Mann erklärte Bliss am 10. März, er halte eine solche Stärke kaum für vereinbar mit dem Aufrechterhalten der inneren Ordnung in Deutschland, auch wenn die effektive Heeresstärke infolge des Rotationsverfahrens bei der Ausbildung bei 160.000 läge. Doch House und Lansing akzeptierten Fochs Wunsch, der von Clemenceau und Lloyd George unterstützt wurde.³⁰⁶

Bei der Diskussion des Großteils der übrigen militärischen Bedingungen - Berufsarmee, Rüstungsbeschränkung, Produktionsverbot für Rüstungsgüter, Entmilitarisierung des Rheinlandes - hielten sich die US-Politiker sehr zurück und billigten den vorgelegten Entwurf bzw. die Änderungsvorschläge der britischen und französischen Delegationen.³⁰⁷ House stimmte Balfour allerdings darin zu, der Vertrag dürfe nicht zu viele De-

³⁰⁰Meeting der US-Friedenskommissare, 7. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 100.

³⁰¹Oberster Kriegsrat, 10. 2. 1919, FRUS, PPC III, S. 952; 12. 2. 1919, ebda., S. 1009.

³⁰²Schwabe, *Revolution*, S. 400-404, unter Einbeziehung der Bliss-Tagebücher, auch für das Folg.

³⁰³Meeting der US-Friedenskommissare, 15. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 38. Vgl. bereits Bliss an Kriegsminister Baker, 4. 1. 1919, PW 53, S. 610, mit der Warnung vor der französischen Politik, Deutschland zu ruinieren, sowie dem Bolschewismus.

³⁰⁴Meeting der US-Friedenskommissare, 27. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 81; 7. 3. 1919, ebda., S. 100.

³⁰⁵Oberster Kriegsrat, 6. 3. und 7. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 216-220, 263-264. Siehe House an Wilson, 7. 3. 1919, PW 55, S. 459. Vgl. Teil 1, Kap. 3. 2.

³⁰⁶Oberster Kriegsrat, 10. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 296; "Draft Regulations Concerning a Definite Military Status of Germany", S. 305-313.

³⁰⁷Oberster Kriegsrat, 10. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 298-301.

tailfragen regeln, und Lansing opponierte gegen eine Formulierung, nach der die Möglichkeit einer "subdivision of Germany into several States" nicht ausgeschlossen sei. An dieser Stelle hatte die französische Delegation offenbar ihre Rheinpolitik verankern wollen.³⁰⁸ Auch behielt sich Lansing die amerikanische Zustimmung zu dem gesamten Kapitel 5 des Militärstatus vor.

Nachdem die militärischen Bedingungen zu Lande im Obersten Kriegsrat zum großen Teil gebilligt worden waren, trat General Bliss bei Wilsons Rückkehr mit großen Bedenken an den Präsidenten heran. Wie er am 14. März schrieb, könnten viele der Detailbestimmungen in den militärischen Bedingungen nur mit einer "perpetually continuing military control of Germany" überwacht werden. Bliss empfahl demgegenüber, mehr Vertrauen in das seiner Ansicht nach "growing democratic feeling" in Deutschland zu setzen sowie in den Völkerbund, der einen besseren Schutz für Frankreich und das übrige Europa mit sich bringe. In seiner Ablehnung, die USA an einer dauerhaften militärischen Kontrolle zu beteiligen, sei er, fuhr Bliss fort, von den anderen US-Friedenskommissaren unterstützt worden.³⁰⁹

Aber nicht nur das: eine dauerhaft in Deutschland agierende interalliierte Kontrollkommission sei per se eine "provision for war and not for peace" und führe zu permanenten Friktionen. Er habe, so Bliss, lediglich einer Überprüfungscommission für die Dauer von drei Monaten nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zugestimmt; die endgültige Formulierung des Artikel liege aber noch nicht vor.³¹⁰ Bliss' Bestreben war es, die Selbstbestimmung des besiegten Deutschland nicht über Gebühr zu beschneiden und Berlin nicht auf Dauer zu einem Objekt der Weltpolitik herabzustufen - eine Politik, die er bei Foch und den französischen Delegierten vermutete. Daneben war auch eine isolationistisch getönte Befürchtung des Generals erkennbar, von einzelnen europäischen Ländern leicht in einen Krieg hineingezogen zu werden, wenn die Bindungen der USA an diese zu eng würden.

Nach der Rückkehr Wilsons wurden die überarbeiteten militärischen Friedensbedingungen zu Lande, zur Luft und zur See im Obersten Kriegsrat erörtert.³¹¹ Im folgenden geht es um die Punkte, bei denen der Präsident Abänderungen wünschte, sei es, weil sie ohnehin strittig waren oder weil der Präsident mit bereits gebilligten Bestimmungen nicht einverstanden war.

Wilson akzeptierte die Festlegung der deutschen Armeestärke auf 100.000 Mann und nunmehr 10 Divisionen erst, nachdem er sich ausdrücklich erkundigt hatte, ob genügend bedacht worden sei, daß Deutschland an seiner Ostgrenze, zum Beispiel im entlegenen Ostpreußen, möglicherweise gegen den Bolschewismus kämpfen müsse. Er gab sich mit entsprechenden Versicherungen von Marschall Foch zufrieden.³¹²

³⁰⁸Lansing bezog sich auf Kap. 5, Artikel 1 des Militärstatuts, FRUS, PPC IV, S. 302-303, 311.

³⁰⁹Bliss an Wilson, mit einer Zusammenfassung des geplanten Militärstatuts in der Anlage, 14. 3. 1919, PW 55, S. 511 (hier die Zit.), 512-513. Vgl. das Meeting der US-Friedenskommissare, 7. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 99.

³¹⁰Memorandum Bliss, für Wilson, 14. 3. 1919, PW 55, S. 513-514. Vgl. Bliss an Wilson, 17. 3. 1919, PW 56, S. 6-9.

³¹¹Dazu ausführlicher Teil 1, Kap. 3. 2.

³¹²Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 356-357; im Anhang A die "Naval, Military and Air Conditions of Peace", hier S. 385.

Ganz auf der Linie, die Bliss ihm empfohlen hatte, legte der Präsident sein Veto gegen allzu rigide Kontrollmaßnahmen ein. Er sei einverstanden damit, für die begrenzte Zeit der Entwaffnung eine interalliierte Kontrollkommission zu berufen. Doch niemals könne er einer unbegrenzten Einsetzung solcher Kommissionen unter dem alliierten Oberkommando zustimmen: auf diese Weise erreiche man "not peace, but Allied armed domination". Wilsons Widerstand galt einer Bestimmung, nach der Deutschland über jede Bestellung von Rüstungsgütern Rechenschaft abzulegen hätte. In seiner Kritik an einer solchen "instrumentality permanently limiting the sovereignty of Germany" wurde Wilson von Lloyd George unterstützt; die strittige Klausel fiel fort.³¹³

Wilson brachte auch einen Einwand gegen Artikel 12 der militärischen Bestimmungen vor, der den Import von Rüstungsgütern nach Deutschland und deutschen Rüstungsexport verbot. Derartige Bestimmungen seien schwer zu überwachen, und die Völkerbundsatzung verpflichte die Mitglieder nur, ihren Besitz an Rüstungsgütern offenzulegen. Wilson zog seinen Einwand zurück, als Lloyd George erklärte, jedes Mitglied des Völkerbunds, das Deutschland Rüstung liefere, mache sich bereits des Vertragsbruchs schuldig, da die Rüstungsproduktion bei den jeweiligen Staaten zu verbleiben hätte. Diese Sanktionsmechanismen reichten Wilson aus.³¹⁴

Mit Blick auf den letzten Artikel der militärischen Bestimmungen zeigte sich Wilson einverstanden mit der Entmilitarisierung des Rheinlandes bis zu einer Linie 50 Kilometer östlich des Rheins, gab aber zu bedenken, "that Germany's ambitions had always lent toward the South and the East". Er fragte, ob genügend Sicherheitsvorkehrungen getroffen seien gegen eine deutsche Aggression in diese Räume, in denen Berlin es nunmehr mit schwächeren Mächten zu tun habe: Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, ein verändertes Serbien und eine zersplitterte Türkei. Hier zeigte sich die alte Sorge des Präsidenten vor einer deutschen Dominanz in Mittel- und Südosteuropa. Wilson erklärte sich zufrieden mit der Information, im Osten und Süden habe Deutschland nur zwei Festungen, die über 50 Kilometer von den Grenzen entfernt seien.

Doch abgesehen davon zeigt die Bemerkung des Präsidenten, daß er durchaus einen Blick für gleichgewichtspolitische Erwägungen besaß. Zu Recht konstatierte Wilson mit dem Zusammenbruch Rußlands und der Auflösung Österreich-Ungarns ein Mächteungleichgewicht im Osten Deutschlands. Er zog in dieser Diskussion und auch sonst nicht automatisch die Konsequenz, Polen maximal auf Kosten Deutschlands zu stärken, wie Frankreich es beabsichtigte. Über das Schicksal Deutsch-Österreichs ließ er sich auch nicht aus. Doch Wilsons kurze Bemerkung offenbarte eine der Hauptschwierigkeiten, die die Pariser Friedenskonferenz - gewollt oder ungewollt - der Nachkriegszeit überließ: die Schaffung neuer, schwacher Staaten im Osten Deutschlands und Europas, von denen einige sich sogar noch im Krieg miteinander befanden - wie Polen und die Ukraine. Angesichts dieser geostrategischen Lage war es natürlich nur ein schwacher Trost, daß Deutschland kaum Festungen an seinen Ostgrenzen hatte. Die Frage, welche Rolle die Beziehung Deutschlands zu diesen neuen Staaten in der Zukunft spielen sollte, war damit unbeantwortet, doch war dies eine kardinale Frage der Nachkriegszeit - und zwar unter den Aspekten des Gleichgewichts, der Selbstbestimmung und der wirtschaftlichen Entwicklung.

³¹³Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 357-358, 387.

³¹⁴Ebda., S. 361, 388.

Alle Einwände Wilsons gegenüber den militärischen Friedensbedingungen zu Lande hatten den Hintergrund, Deutschlands Souveränität nur so weit zu beschränken wie es ihm im Interesse der Sicherheit unbedingt notwendig erschien. Wilson hatte dabei die Kritik von General Bliss an den Kontrollmaßnahmen übernommen. Wilson strebte, um die schon mehrfach verwendete Formel in Erinnerung zu rufen, keine absolute, also mit allen auch einseitigen Mitteln herzustellende Sicherheit vor Deutschland an, sondern eine relative Sicherheit insofern, als Deutschland bei den geplanten Bestimmungen mitarbeiten sollte und sich in diesem Rahmen zu einer gemeinsamen Grundlage der Nachkriegsordnung bereithalten würde. Galt dieser Ansatz des Präsidenten auch für die militärischen Bedingungen zu See?

Bereits am 4. März hatte Admiral Benson Wilson über die Zwischenergebnisse des Ausschusses informiert, der die maritimen Friedensbedingungen entwarf.³¹⁵ In einem aktualisierten Papier vom 14. März äußerte Benson - ähnlich wie Bliss hinsichtlich der Bedingungen zu Lande - eine Reihe von Vorbehalten, die er mit der Rücksicht auf die Souveränität Deutschlands innerhalb der eigenen Grenzen begründete. So war der Admiral nicht damit einverstanden, im Anschluß an eine auch von ihm gewünschte Abrüstung Deutschlands zur See die deutsche Flotte, die Besatzung und Bewaffnung der Schiffe und die Rekrutierung des Personals dauerhaft zu begrenzen, wie es im Entwurf vorgesehen war, es sei denn, der Völkerbund lege entsprechende Obergrenzen für die Rüstung fest.³¹⁶

Benson wählte in seinem Schreiben deutliche Worte: "It was not conceivable to me that a nation of 75 million people would submit through the years to come to a permanent curtailment of its sovereignty, to a souzerainty that would in effect make it a vassal State." Benson warnte den Präsidenten davor, die USA durch die Unterschrift unter unveränderte militärische und maritime Bestimmungen zum Mitglied eines "perpetual Treaty of Alliance against Germany" zu machen. Der Admiral ging in seiner isolationistisch getönten Kritik so weit, die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Überwachung der Bestimmungen im Rahmen der geplanten Kontrollkommission abzulehnen.³¹⁷

Der Präsident folgte seinem Militärberater jedoch in den meisten Punkten nicht. Gegen die dauerhafte Begrenzung der deutschen Flotte auf 6 Kriegsschiffe, 6 leichte Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote hatte Wilson ebensowenig einzuwenden wie gegen die Limitierung der militärischen Besatzung und gegen das Verbot, mit maritimen Rüstungsgütern zu handeln.³¹⁸ Mit der vollständigen Zerstörung der deutschen U-Boot-Flotte war Benson ohnehin einverstanden gewesen. Wilson hielt, anders als Benson, die Beschneidung der deutschen Souveränität hinsichtlich einer drastischen permanenten

³¹⁵Memorandum Benson, Anhang I in J. Daniels an Wilson, 4. 3. 1919, PW 55, S. 424-432; im Anhang II ein weiteres Memorandum Bensons mit ausführlicher Stellungnahme, S. 432-436.

³¹⁶Siehe Benson an Wilson, 14. 3. 1919, PW 55, S. 522-524. Bensons gleichlautende Kritik bezog sich vor allem auf die Artikel 21 und 23 (Begrenzung der Flotte bzw. ihrer Besatzung), Art. 30 (Bau neuer Kriegsschiffe), Art. 32 (Bewaffnung der Schiffe, Handel mit Rüstungsgütern), Art. 34 (Rekrutierung des Personals nur aus Freiwilligen), Art. 35 (Zerstörung des Hafens auf Helgoland).

³¹⁷Benson an Wilson, mit Anlage, 14. 3. 1919, PW 55, S. 522-524, Zit. S. 522. Vgl. die Änderungsvorschläge Bensons (ebda., S. 523-524) zu den am 17. 3. 1919 im Obersten Kriegsrat festgelegten "Naval Clauses" der "Naval, Military, and Air Conditions of Peace", FRUS, PPC IV, S. 392-402 mit den Ergänzungen auf S. 378-379.

³¹⁸Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 364-365, 392-395.

Abrüstung für unabdingbar im Interesse der Sicherheit. Hier unterschied er nicht zwischen den militärischen Bedingungen zu Lande und zur See; sahen erstere bereits mit Zustimmung von Bliss eine einschneidende und dauerhafte Rüstungsbegrenzung vor, war es ungünstig, letztere liberaler zu fassen. Wilson mochte zu Recht denken, ein einmaliger Akt der Abrüstung zur See habe wenig Sinn, wenn Deutschland danach wieder aufrüsten könne.

Umso entschiedener opponierte der Präsident hingegen in einem anderen Punkt: er lehnte die in Artikel 35 vorgesehene Zerstörung der Hafenanlagen auf Helgoland mit Rücksicht auf die Nutzbarkeit für kommerzielle Zwecke ab. Wilson ließ sich auch nicht überzeugen, als er von Briten und Franzosen informiert wurde, die Fischereihäfen sollten auf Helgoland belassen werden. Wilsons Argumentation war hier ähnlich wie der Standpunkt seines Außenministers bei den Beratungen über die aeronautischen Bedingungen.³¹⁹ Die Auseinandersetzung über diese Bestimmung, die in britischen Augen unerlässlich war, sollte sich noch bis in zum 15. April fortsetzen, als Wilson Balfour zögernd nachgab.³²⁰

Mit einer Internationalisierung des Kieler Kanals, gefordert von der französischen und britischen Delegation, aber abgelehnt von Benson, war der Präsident im Grundsatz einverstanden, wünschte aber eine ausdrückliche Formulierung in dem betreffenden Artikel, die Schifffahrt im Kanal solle ähnliches wie im Suez-Kanal geregelt sein. Einer Beratung dieser Frage durch die "Commission on International Ports, Waterways and Railways" stimmte Wilson zu.³²¹

Was die aeronautischen Bestimmungen ("Air Terms") anbelangte, hatte Lansing am 12. März moniert, das Verbot jeglicher Luftlandeplätze ("aviation grounds") für Deutschland unterscheide nicht zwischen militärischen und zivilen Flughäfen. Er stimmte mit dem Grundsatz der vollständigen Abrüstung der deutschen Luftwaffe überein, wollte den Deutschen aber die Luftfahrt zu kommerziellen Zwecken nicht beschneiden. Auf Lansings Vorschlag hin, der von Balfour unterstützt wurde, überprüfte ein Sonderausschuß die Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Luftfahrt.³²² Mit allen übrigen Bestimmungen - Verbot der Rüstungsproduktion, Kontrollrechte für die Alliierten, Abrüstung der für die militärische Luftfahrt benötigten Geräte - zeigte sich Lansing einverstanden, auch wenn er wiederholt kritisierte, man müsse dabei den Eindruck des Beutemachens vermeiden. Lansings Interesse, den Deutschen alles zu belassen, was kommerziell nutzbar sei, machte deutlich, daß er - im Gegensatz zur französischen Delegation - das Gebot militärischer Sicherheit vor Deutschland nicht extensiv, sondern eher restriktiv angewendet wissen wollte.³²³

Bei der Diskussion der Bestimmungen zur Luftfahrt am 17. März schloß sich Wilson dem Votum der US-Luftwaffengeneräle an, die in der "Aeronautical Commission" dagegen gestimmt hatten, Deutschland nach Unterzeichnung des Friedensvertrages generell die Produktion von Flugzeugen zu verbieten. Wilson fragte, wie zuvor Lansing, ob man deswegen die Produktion von Zügen und Schiffen einschränken würde, weil diese

³¹⁹Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 365-366, 396.

³²⁰Rat der Vier, 15. 4. 1919, Mantoux I, S. 251-255.

³²¹Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 367-370.

³²²Oberster Kriegsrat, 12. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 335-338, 344, im Anhang die "Air Terms of Peace", S. 346-349.

³²³Oberster Kriegsrat, 12. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 339-344.

zum Transport militärischen Materials verwendet werden könnten? Bei dieser Debatte über eine deutsche zivile Luftfahrt ging es letztlich um das weitreichende Problem der Deindustrialisierung einer Industriemacht zum Zweck einer Entmilitarisierung. Doch der Präsident zog eine klare Grenze und setzte sich auch durch.³²⁴ Eine industrielle Entmilitarisierung Deutschlands stand für ihn außer Frage.

Am Ende der Beratungen des 17. März wurde Präsident Wilsons Vorschlag angenommen, die geplante interalliierte Kontrollkommission nur für eine begrenzte Zeit von etwa drei Monaten einzusetzen, bis die Abrüstungsmaßnahmen abgeschlossen seien. Damit hatte Wilson eine wesentliche Abwandlung erreicht.

Die drastisch erscheinende Behandlung Deutschlands in militärischer Hinsicht war für den Präsidenten kein Selbstzweck. Diese Haltung bestätigte er später ausdrücklich, als er am 26. April 1919 im Obersten Rat vorschlug, "it would make the Naval, Military, and Air Terms more acceptable to the enemy if they were presented as preparing the way for a general limitation of armaments for all nations".³²⁵ Ein allgemeiner Rüstungsabbau sollten nach Wilsons Plan als übergeordnetes Ziel in der Völkerbundsatzung verankert werden. Die deutsche Abrüstung würde gleichsam den Auftakt zu einer weltweiten Rüstungsbegrenzung bilden. Hier traf sich Wilson doch noch mit der Position seines Admirals Benson, der ja eine permanente Rüstungsbegrenzung Deutschlands nur mit Zustimmung des Völkerbundes akzeptieren wollte. Der Präsident trat zwar für eine notfalls ultimative Auferlegung der militärischen Bedingungen ein, doch wollte er entgegen den französischen Absichten - eine militärische Übermacht der Sieger nicht auf Dauer festschreiben. Die Abrüstung des besiegten Deutschland sollte die zukünftige Rüstungskontrolle und die kollektive Friedenssicherung beschleunigen; darin war Wilson sich weitgehend einig mit der britischen Regierung.

13. Präsident Wilson, der Völkerbund und die Frage der Einbeziehung Deutschlands

13. 1. Der Schlüssel zum Frieden. Präsident Wilson und die Einheit von Völkerbund und Friedensvertrag

Bei verschiedenen Gelegenheiten gegen Ende des Jahres 1918 und bei Konferenzbeginn wählte Präsident Wilson eindringliche Bilder, die die Bedeutung des Völkerbundes für die Friedensordnung symbolisieren sollten. Wilson sprach vom Schlüssel des Friedens³²⁶, bezeichnete den Völkerbund als "the very centre of the Peace agreement.. [t]he pillars upon which the house will stand"³²⁷, als den "keystone" der neuen politischen Architektur.³²⁸ Seiner Konzeption einer kollektiven Sicherheit entsprechend, bestand Wilsons Hauptinteresse darin, Völkerbundsatzung und Friedensvertrag als ein Gesamt-

³²⁴Oberster Kriegsrat, 17. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 370-372, 399.

³²⁵Rat der Vier, 26. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 299; die Passage fehlt bei Mantoux I.

³²⁶"An Address at Guildhall", London, 28. 12. 1918, PW 53, S. 532; vgl. Baker, WWS I, S. 235.

³²⁷Memorandum Wisemans über ein Interview mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 351; vgl. Snell, S. 369; vgl. das Memorandum Wisemans vom 20. 10. 1918, Fowler, S. 295.

³²⁸So Wilson dreimal in seiner Rede vor dem 2. Konferenzplenium am 25. 1. 1919: der Völkerbund sei der "keystone" "of the whole programme", "of the whole fabric", "of the arch"; FRUS, PPC III, S. 180, 181.

werk zu ratifizieren. Bereits im September 1918 hatte Wilson klargestellt, "the constitution of that League of Nations and the clear definition of its objects must be a part, in a sense the most essential part of the peace settlement itself".³²⁹

Wie der Präsident im Plenum der Friedenskonferenz am 25. Januar 1919 betonte, lag für ihn eine der zentralen Funktionen des Völkerbundes darin, im Laufe der Zeit friedliche Veränderungen an einer Friedensregelung zu ermöglichen, die notwendigerweise noch unvollkommen bleiben würde. Das bedeutete im Klartext, daß der Völkerbund Revisionen des Friedensvertrages ermöglichen sollte. In der dann verabschiedeten amerikanischen Resolution hieß es: "This League should be created as an integral part of the general Treaty of Peace, and it should be open to every civilized nation which can be relied on to promote its objects."³³⁰ Wilson übernahm persönlich den Vorsitz in der Völkerbundkommission, in der die Satzung des "Covenant" ausgearbeitet werden sollte. Für seine Strategie hatte der Präsident nicht zuletzt innenpolitische Gründe. Er glaubte, der US-Senat könne sich nicht gegen einen Friedensvertrag aussprechen, in dem die Völkerbundsatzung enthalten war. Doch damit hatte er sich getäuscht: unter der Führung von Cabot Lodge, dem designierten Vorsitzenden des Foreign Relations Committee im Kongreß, machten 39 republikanische Senatoren am 4. März deutlich, daß sie den Völkerbund in seinem aktuellen Entwurf ablehnten. Sie forderten stattdessen, rasch Frieden mit Deutschland zu schließen und den Völkerbundentwurf sorgfältig im Anschluß zu beraten, mit anderen Worten, den Friedensvertrag und den Völkerbund nicht als eine Einheit zu behandeln.³³¹ Auch wenn sie nicht für die Mehrheit der Amerikaner sprachen und ein Republikaner wie Ex-Präsident Taft ein Anhänger der Völkerbundsatzung war³³²: Die republikanischen Senatoren hatten unmißverständlich ihren Anspruch erhoben, an Frieden und Friedensvertrag beteiligt zu werden, und den Alliierten konnte dies nicht verborgen bleiben.³³³ Es genügte bekanntlich ein Drittel der Senatoren, um einen Vertrag scheitern zu lassen, ob es der Friedensvertrag war oder die Völkerbundsatzung oder beides in einem. Der Präsident und die oppositionellen Republikaner differierten offen in der Frage, wie die Nachkriegsordnung zu gestalten sei. Das hieß nicht, daß die Republikaner sämtlich Isolationisten waren; der einflußreiche Cabot Lodge beispielweise bevorzugte im Gegensatz zur kollektiven Sicherheit das Kräftegleichgewicht

³²⁹"Address in the Metropolitan Opera House, New York", 27. 9. 1918, Wilson, PW 51, S. 129; PP V, 256; vgl. Baker, WWS I, S. 235-249; IP IV, S. 400, 406. Ein negatives Urteil trifft Lansing, The Big Four and others at the Paris Peace Conference, Boston 1921, S. 76, und ders., Friedensverhandlungen, S. 82 ff.: diese Regelung habe den Abschluß eines Präliminarfriedens verhindert. Nach Birdsall, S. 41, bot mit Blick auf die Spaltung in Internationalisten und Isolationisten nur die Gründung des Völkerbundes einen hinreichenden Grund für die USA, sich in Europa einzumischen.

³³⁰Rede Wilsons in der 2. Plenarsitzung, 25. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 178-181; die "Draft Resolution to the League of Nations" in Anhang I, S. 201.

³³¹Siehe Congressional Record, 65th Congress, 3d session, 2. 3. 1919, S. 4974; Grayson Diary, 3. 3. 1919, PW 55, S. 387-389; T. A. Bailey, Woodrow Wilson and the Lost Peace (1944). Chicago 1963, S. 205-208; Ambrosius, Wilson, S. 80-106. Zur Diplomatie um die Völkerbundsatzung auch Floto, S. 131-150; Walworth, Wilson, S. 181-197.

³³²Am 13. 3. 1919 telegraphierte Wilsons Sekretär Joseph Tumulty dem Präsidenten aus Washington: "Country greatly disturbed over stories appearing Paris and elsewhere under Associated Press head that League of Nations is not to be included in peace treaty." (PW 55, S. 493). Zu Taft Walworth, Wilson, S. 184, 186.

³³³Cabot Lodge hatte die Alliierten schon im Dezember 1918 über die Position der Republikaner informiert, siehe Walworth, Moment, S. 249-250, vgl. S. 183. Vgl. auch W. C. Widenor, Henry Cabot Lodge and the Search for an American Foreign Policy, Berkeley 1980, S. 296-298; Floto, S. 146-149.

als Methode der Friedenssicherung.³³⁴ Er war der Ansicht, die Allianz der Sieger konstituiere bereits eine "league of nations".³³⁵ Wilson jedoch, an die Adresse seiner Kritiker gewandt, warb in New York, am Vorabend seiner Rückkehr nach Paris, eindringlich für sein Projekt: Man könne den Völkerbund nicht vom Friedensvertrag trennen, ohne die gesamte Struktur des Friedens zu zerstören.³³⁶

Colonel House hatte im Dezember 1918 auch die Meinung vertreten, zuallererst müsse auf der Friedenskonferenz Klarheit über den Völkerbund geschaffen werden, da von ihm alles abhängen.³³⁷ Schon während des Krieges, Anfang September 1918, zeigte sich House beeindruckt von einem Vorschlag des Foreign Office-Beamten Tyrrell, den Völkerbund umgehend ins Leben zu rufen. House schrieb an Wilson: "To agree with France, England, Italy and Japan upon the Covenant for a League of Nations would not prevent its incorporation in the peace treaty. It would rather make it more certain."³³⁸ Ende Februar 1919 schlug Wilson House erneut vor, den Völkerbund in provisorischer Form, per Deklaration, sofort ins Leben zu rufen, mit der Perspektive des schrittweisen Ausbaus. House blickte hier vermutlich mit Sorge auf die amerikanische Opposition. Wilson aber hielt den Vorschlag für ungünstig - ebenfalls unter Verweis auf die Innenpolitik.³³⁹

Während Wilsons Abwesenheit von Europa zwischen dem 15. Februar und dem 14. März wurde die Einheit von Völkerbundakte und Friedensvertrag auch von der französischen Delegation in Zweifel gezogen. Colonel House hatte, als er sich am 22. Februar Balfours Resolution, die Ausarbeitung der präliminaren Friedensbedingungen zu beschleunigen, nicht auf der Einbeziehung des Völkerbundes bestanden, um "interminable discussion" mit den Franzosen zu vermeiden; er hatte aber diese Möglichkeit durch die Einfügung einer Klausel offengehalten.³⁴⁰ House trug so möglicherweise dazu bei, daß mit Blick auf den Völkerbund Mißverständnisse entstanden - vor allem auf französischer Seite.³⁴¹ Andererseits hatte es bislang keine klare Entscheidung der Konferenz gegeben bzw. keine dokumentierte Intention Wilsons, die Völkerbundakte auch in einen Präliminarfrieden mit Deutschland - der ja noch nicht ad acta gelegt worden war - einzubeziehen. Dies ist ein weiteres Beispiel für die problematische Organisationsstruktur der Konferenz.³⁴²

³³⁴Ambrosius, Wilson, S. 7, 47. Vgl. M. Jonas, Isolationism, in: A. De Conde, Encyclopedia, I, S. 496-505.

³³⁵Rede Lodges im US-Senat, 21. 12. 1918, Congressional Record, XVII, part 1, S. 724-728; vgl. Walworth, Moment, S. 249-250.

³³⁶An Address at the Metropolitan Opera House, 4. 3. 1919, PW 55, S. 418; PP V, S. 451. Vgl. Graml, Europa, S. 26-32, bes. S. 29. Später, bei seinem Kampf um den Völkerbund in Amerika, erklärte Wilson in Helena, Montana: "This treaty [der Friedensvertrag] cannot be carried out without the League of Nations." PW 63, S. 185.

³³⁷Miller Diary über eine Unterredung mit House, 9. 12. 1918, DCP I, S. 38; House Diary, 27. 12. 1918, PW 53, S. 525.

³³⁸House an Wilson, 3. 9. 1918, IP IV, S. 65-66.

³³⁹House an Wilson, 27. 2. 1919, PW 55, S. 304-305; Miller Diary, 28. 2. 1919, DCP I, S. 142-144; Wilson an House, 3. 4. 1919, ebda., S. 392; vgl. Steed, II, S. 289.

³⁴⁰Rat der Zehn, 22. 2. 1919, FRUS, PPC IV, S. 96; House Diary, 22. 2. 1919, zit. b. Floto, S. 137. Vgl. Teil 1, Kap. 3. 1.

³⁴¹Floto, S. 137.

³⁴²Jedenfalls hatte Wilson einen solchen Anschluß nicht in den Ratssitzungen vorgetragen, in der Resolution vom 25. 1. 1919 (s. o.) war nur von "Peace Treaty" die Rede. Insofern ist die Kritik Flotos fragwürdig, House habe in der Ratssitzung am 22. 2. 1919 nicht darauf bestanden, die Beziehung zwischen

House hat dann aber Anfang März - in einer Phase, als er den Konferenzernfolg sehr pessimistisch einschätzte - erwogen, den Völkerbund in einen separaten Vertrag zu fassen, um dem US-Senat entgegenzukommen.³⁴³ Allerdings wird in Millers maßgeblicher Quelle nicht deutlich, ob ein solcher Vertrag nur separat von einem Präliminarfrieden oder auch von dem endgültigen Friedensvertrag niedergelegt werden sollte. Miller hielt jedenfalls die Überlegung als solche für sehr problematisch; wie er meinte, wäre ein Friedensvertrag, dessen Bestandteil der Völkerbund sei, in seinem Charakter ein "very different peace" - Miller nahm wohl an, ein härterer Frieden. Millers Argument legte nahe, die USA müßten, wenn sie einer Trennung von Völkerbundakte und Friedensvertrag zustimmten - was gleichbedeutend sei mit einer fortgesetzten Isolationspolitik -, einen Frieden akzeptieren, der den europäischen Interessen stärker Rechnung trüge.³⁴⁴ Colonel House suchte ganz offenkundig nach Wegen, sowohl die amerikanische Beteiligung am Friedensvertrag wie auch am Völkerbund retten, und die späteren Ereignisse scheinen ihm im Nachhinein nicht unrecht zu geben.³⁴⁵ Jedenfalls hat Wilson bei seiner Rückkehr am 14. März offenbar den Eindruck gewonnen, House habe der Abkopplung des Völkerbundes vom Friedensvertrag zugestimmt.³⁴⁶ Er kritisierte die US-Delegierten, den Völkerbund vernachlässigt zu haben.³⁴⁷ Der Colonel selbst notierte am 14. März: "The Präsident comes back very militant and determined to put the League of Nations into the Peace Treaty".³⁴⁸ Vermutlich meinte House hier den präliminaren Vertrag. Ein indirekter Hinweis dafür findet sich in den Memoiren des britischen Journalisten Steed, der während der Konferenz in engem Kontakt mit House stand: House habe Wilson entschlossen gefunden, "to put the whole Covenant into the text of the Treaty [vermutlich den präliminaren Vertrag] before any Peace [wohl der endgültige Friede] were concluded", und über den Wunsch des Präsidenten, erst die notwendigen Zusätze zur Satzung zu sichern, bevor andere Fragen geklärt würden.³⁴⁹ House scheint daher befürchtet zu haben, der ihm dringend scheinende Frieden mit Deutschland müsse noch einmal auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Wilson entschied sich auch wegen entsprechender Presseberichte schließlich, seinen Pressechef Baker die Konferenzresolution vom 25. Januar bestätigen zu lassen, daß der Völkerbund ein integraler Bestandteil des Friedensvertrages sei.³⁵⁰ Daraufhin erklärte der französische Außenminister

Präliminarfrieden und Völkerbundakte zu definieren (Floto, S. 143). Miller war der Ansicht, die Verhandlungsführer seien sich über die rechtliche Bedeutung eines wirklichen Präliminarfriedensvertrages gar nicht im klaren gewesen (Miller, Drafting, I, S. 99).

³⁴³Miller Diary über ein Gespräch mit Auchincloss, 6. 3. 1919, DCP I, S. 154; vgl. Miller, Drafting, I, S. 99; Floto, S. 140.

³⁴⁴Memorandum Miller für Auchincloss, 6. 3. 1919, DCP VI, Doc. 461, S. 267-268, auch in Miller, Drafting, I, S. 100.

³⁴⁵Dies ist ein Aspekt, den Floto, S. 137-146, in ihrer Kritik völlig übersieht. Walworth, S. 155, weist mit Recht auf die historische Entscheidungssituation hin, die die USA vor die Wahl der politischen Bindung oder der Isolation stellte.

³⁴⁶Grayson Diary, 15. 3. 1919, PW 55, S. 529. Bakers richtete später - sicher zu Unrecht - seine Vorwürfe an die Adresse Balfours; Baker, WWS I, S. 295 ff. Vgl. dagegen Miller, Drafting, I, S. 92-99. Floto meint im Anschluß an Baker, diese Erkenntnis auf seiten Wilsons habe zum Bruch zwischen ihm und seinem Berater geführt (Floto, S. 146).

³⁴⁷Grayson Diary, 14. 3. 1919, PW 55, S. 498.

³⁴⁸House Diary, 14. 3. 1919, PW 55, S. 499.

³⁴⁹Steed, II, S. 291, vgl. S. 289, 293-294; vgl. Floto, S. 143-146. Walworth, Wilson, S. 181 ff., behandelt diese Frage nicht.

³⁵⁰Der Text vom 15. 3. 1919 bei Baker, WWS I, S. 311. Vgl. Baker Diary, 15. 3. 1919, PW 55, S. 531.

Pichon dem Präsidenten, er habe die Völkerbundsatzung niemals vom präliminaren Friedensvertrag ausschließen wollen.³⁵¹

House drängte Wilson dann mit Blick auf die amerikanische Opposition, eine Reihe von Zusätzen zur Völkerbundsatzung zu akzeptieren. Verärgert über Wilsons "stubbornness", notierte House am 16. März, auch der britische Vertreter in der Völkerbundsatzungskommission, Lord Cecil, teile seine Meinung.³⁵² Cecil war über Wilsons Weigerung, den republikanischen Senatoren entgegenzukommen, sehr besorgt.³⁵³ House und Cecil lagen nicht falsch mit ihrer Befürchtung, Wilson riskiere ein erfolgreiches Ratifikationsverfahren in Washington. Dennoch fügte der Präsident sich in das Unvermeidliche; am 18. März beriet er mit Cecil und House über Satzungsergänzungen.³⁵⁴

13. 2. Ein Mandatssystem für die deutschen Kolonien? Die Weltorganisation und die ersten Bewährungsproben aus amerikanischer Sicht

Noch bevor Wilson sein Völkerbundprojekt überhaupt im Konferenzplenum vorgestellt hatte - am 25. Januar 1919³⁵⁵ - hatte er bereits eine wichtige Bewährungsprobe zu bestehen: bei der Entscheidung über die Zukunft der deutschen Kolonien in Afrika und im Pazifik. Welchen Stellenwert der Präsident dem Völkerbund zumaß, wird in dieser Frage sehr deutlich, die eine Woche nach Eröffnung der Friedenskonferenz diskutiert wurde und die Einheit der Siegermächte gefährdete.

Bereits im Oktober 1918 hatte Wilsons Meinung festgestanden, daß Deutschland die Kolonien nicht zurückgegeben werden dürften. Er erwog, diese dem britischen Empire zur Verwaltung zu übertragen, schien aber im Gespräch mit Wiseman eine Administration im Rahmen einer Treuhänderschaft zu bevorzugen.³⁵⁶ Ende Oktober erfuhr der Präsident über House von dem Wunsch Lloyd Georges, die USA möchten Deutsch-Ostafrika treuhänderisch übernehmen.³⁵⁷ Dies hielt der Präsident jedoch für undenkbar, und auf seiner Reise nach Europa im Dezember sagte er den Experten der Inquiry, "that the German Colonies should be declared the common property of the League of Nations and administered by small nations".³⁵⁸ Während seines Besuches in London Ende Dezember kam Wilson mit Lloyd George überein, Deutschland die Kolonien nicht wieder zu überlassen.³⁵⁹ Wilson fand das Konzept der Mandate, welches er nun eindeutig befürwortete, auch in dem Völkerbundsatzungsentwurf von Jan Smuts wieder, den er in diesen Tagen erhielt; allerdings hatte Smuts Mandate nur für die Territorien Österreich-

³⁵¹Grayson Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 59.

³⁵²House Diary, 16. 3. 1919, PW 55, S. 538. Vgl. auch Floto, S. 170-172.

³⁵³Cecil Diary, 16. 3. 1919, PW 55, S. 539.

³⁵⁴Miller Diary, 18. 3. 1919, DCP I, S. 176-188; House Diary, 18. 3., PW 56, S. 82; Cecil Diary, 18. 3., ebda., S. 181-182.

³⁵⁵2. Plenarsitzung der Friedenskonferenz, FRUS, PPC III, S. 177-181.

³⁵⁶Memorandum Wisemans über ein Gespräch mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 350.

³⁵⁷House an Wilson, 30. 10. 1918 (Nr. 10), PW 51, S. 514. Lloyd George sagte im Kriegskabinet, der Vorschlag stamme von Balfour; er selbst halte es für gefährlich; Bericht Lloyd Georges, 30. 12., PW 53, S. 562, nicht in dem sonst nahezu vollständigen Protokoll in MC I, S. 118! Hankey schrieb am 23. 12. aber in sein Tagebuch, Lloyd George wolle Wilson in Deutsch-Ostafrika haben, um ihm nicht Palästina zu geben! Roskill, Hankey, II, S. 38.

³⁵⁸Memorandum Bowmans, 10. 12. 1918, PW 53, S. 355; ebenso Bullitt Diary, 10. 12. 1918, ebda., S. 351.

³⁵⁹Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinet über eine Unterredung mit Wilson (27. 12. 1918), 30. 12. 1918, Lloyd George, MC I, S. 118; auch in PW 53, S. 562. Vgl. Teil I, Kap. 4. 3.

Ungarns und des Osmanischen Reichs vorgesehen.³⁶⁰ Wilson war die Vorstellung allerdings unsympathisch, dem britischen Empire einen Teil der deutschen Kolonien zu überlassen, und sei es im Rahmen des Völkerbundes - doch mußte er dabei die britische Zustimmung zum Völkerbundprojekt überhaupt im Hinterkopf behalten.³⁶¹

Zu Beginn der Friedenskonferenz sah sich der Präsident dem Wunsch der britischen Delegation gegenüber, die Verteilung der deutschen Kolonien rasch zu regeln. Wilson, der die Regelung der europäischen Territorialprobleme für vorrangig hielt³⁶², ließ sich nur zögernd auf Lloyd Georges Vorschlag ein und sah sich zwischen dem 24. und 28. Januar mit den Forderungen erst der Dominions Australien, Neuseeland und Südafrika konfrontiert, dann mit den Ansprüchen Japans und Frankreichs. Wilsons Pressechef Baker hat darin einen Komplott vermutet: mit einer Verteilung der Kriegsbeute sollte Wilsons Programm gleich bei Beginn der Konferenz ausgehebelt werden, noch bevor der Völkerbund überhaupt ins Leben gerufen wurde.³⁶³

Auch wenn diese Verschwörungstheorie vereinfacht ist - die kolonialen Ansprüche der Dominions, aber auch der anderen Mächte drohten Wilsons liberale Prinzipien, die auch auf die deutschen Kolonien angewendet werden sollten, gleich bei Konferenzbeginn zu desavouieren. Der Umgang mit den Einwohnern der deutschen Kolonien war in den Augen des US-Präsidenten tatsächlich der erste praktische Test für die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts, das er universal auslegte. Nachdrücklich wandte sich der Präsident, einmal mehr in der - nun eher defensiven - Rolle des Sprechers der Menschheit, gegen eine bloße Verteilung der Kriegsbeute.³⁶⁴ Eine Annexion der deutschen Kolonien lehnte er vehement ab. Eine Übernahme der deutschen Pazifikinseln nördlich des Äquators durch Japan, die Baron Makino unverblümt verlangte, sah der Präsident wegen der dann gestärkten japanischen Position im Pazifik mit Sorge, ein Beispiel dafür, daß er auch machtpolitische, sogar gleichgewichtspolitische Überlegungen anstellte.³⁶⁵ In der Ratssitzung am 27. Januar erklärte Wilson den übrigen Regierungschefs sein Konzept einer treuhänderischen Verwaltung im Rahmen des Völkerbundes. Er signalisierte zwar, ein australisches Mandat für Neuguinea zu akzeptieren; aber das Prinzip mußte gewahrt bleiben, daß der Völkerbund ein Land zu einer solchen Verwaltung ermächtigte.³⁶⁶

Am 28. Januar 1919 war eine kritische Lage erreicht. Wilson warnte im Obersten Rat, "The world would say that the Great Powers first portioned out the helpless parts of the world, and then formed a League of Nations." Ein solches Vorgehen aber werde den Völkerbund unmöglich machen. In diesem Fall werde es ein weiteres Wettrüsten geben, auch die USA würden massiv aufrüsten, drohte Wilson; die Sicherheit auf der Welt sei

³⁶⁰"The League of Nations, a Practical Suggestion" 16. 12. 1918; Miller, Drafting, II, S. 23-60; die Wilsonsche Abschrift des Smuts-Planes in Baker, WWS III, Doc. 11, S. 94-99; vgl. WWS I, S. 224-227; Curry, S. 976-977.

³⁶¹Derby an Balfour über eine Unterredung mit Wilson 22. 12. 1918, PW 53, S. 470-471; vgl. Ambrosius, Wilson, S. 52-54.

³⁶²Rat der Zehn, 23. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 700.

³⁶³Baker, WWS I, S. 250-275; vgl. Teil 1, Kap. 4. 3.

³⁶⁴Rat der Zehn, 27. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 742-743.

³⁶⁵Zu Wilsons Mißtrauen gegenüber Japan siehe Miller Diary, 30. 1. 1919, DCP I, S. 99-100, PW 54, S. 379. Vgl. Walworth, Wilson, S. 75, 77.

³⁶⁶Rat der Zehn, 27. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 740-743.

in Gefahr.³⁶⁷ Innerhalb weniger Tage hatte die Auseinandersetzung über die Zukunft der deutschen Kolonien den Rat der Zehn in ein Forum verwandelt, in dem die Siegermächte um Machtpositionen in allen Regionen der Welt rangen. Für die US-Delegation waren die Diskussionen deshalb auch ein Testfall für den amerikanischen Führungsanspruch in der Welt, den Wilson ja vor allem in der Weise markieren wollte, daß er die moralische Führung in den Vordergrund rückte.

In der kritischen Situation der Konferenz rückte Colonel House kurzfristig in das Zentrum der Verhandlungen. Er erhielt am 29. Januar von General Smuts ein Konzept, das Lord Cecil und Smuts ausgearbeitet hatten und das Lloyd George im dem Wunsch, Wilson entgegenzukommen, gebilligt hatte.³⁶⁸ Colonel House akzeptierte den Plan dreier verschiedener Mandatsklassen unter Aufsicht des Völkerbundes als einen "fair compromise", wie er dem Präsidenten mitteilte. Allerdings nutzte House den ihm gebotenen Spielraum sofort und gab Lloyd George seine Zustimmung, bevor Wilson zugesagt hatte.³⁶⁹ Wilson zeigte sich mit dem Vorschlag für den Fall einverstanden, daß General Smuts ihn ihm erläutere.³⁷⁰

Der 30. Januar brachte die Entscheidung, nicht ohne daß noch einige Wortgefechte ausgetragen wurden. Wohl erbittert über die in den letzten drei Tagen sich abzeichnende Gefahr eines Bruchs der Konferenz fragte Wilson nachmittags, ob der australische Premier Hughes, über den er schäumte, und dessen neuseeländischer Amtskollege Massey die Konferenz vor ein Ultimatum stellen wollten - ein Ausbruch des Präsidenten, den House für einen Fehler hielt.³⁷¹ In der Vormittagssitzung hatte er, von Colonel House ermuntert, gedroht, mit der US-Position an die Öffentlichkeit zu treten, da sich der Rat der Zehn mit Blick auf die Information der Presse als undicht erwiesen hatte.³⁷² Doch hatte er gleichzeitig den von Lloyd George eingebrachten Entwurf als ein "very gratifying paper" bezeichnet.³⁷³ Wäre es nach Wilson gegangen, hätte die Konferenz den Entwurf gebilligt und die Ausarbeitungen im Detail wie die Verteilung der Mandate dem Völkerbund überlassen - ein Vorgehen, das für Lloyd George nicht akzeptabel war.³⁷⁴ Nun war am 30. Januar dank einer britisch-amerikanischen Initiative die Konferenz doch noch gerettet worden, und auch dem Völkerbund, noch in statu nascendi, blieb ein Geburtsfehler erspart.³⁷⁵

³⁶⁷Rat der Zehn, 28. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 765-766.

³⁶⁸Vgl. Teil 1, Kap. 4. 3.

³⁶⁹House Diary, 29. 1. 1919, PW 54, S. 347-348; die Nachricht für Wilson notierte House auf eine Kopie des Smuts-Entwurfs, ebda., S. 347, Anm. 2, und IP IV, S. 310, Anm. 1.

³⁷⁰Wilson an House, 29. 1. 1919, PW 54, S. 347, Anm. 2.

³⁷¹Rat der Zehn, 30. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 799; House Diary, 30. 1. 1919, PW 54, S. 386, IP IV, S. 310. Vgl. Walworth, Wilson, S. 79.

³⁷²Rat der Zehn, 30. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 786-787; House an Wilson, 28. 1. 1919, PW 54, S. 333, IP IV, S. 308. House Diary, 28. 1. 1919, ebda., S. 308-309, und PW 54, S. 333-334.

³⁷³Rat der Zehn, 30. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 787, im Anhang die "Draft Resolutions in Reference to Madatories", S. 795-796.

³⁷⁴Lloyd George über eine Unterredung mit Wilson am 28. 1. 1919, 5. Sitzung der British Empire Delegation, 28. 1. 1919, BDFÄ, PPC 3, Doc. 47, S. 343. Rat der Zehn, 30. 1. 1919, S. 786-789. Vgl. Grayson Diary, 28. 1. 1919, PW 54, S. 308; House Diary, 28. 1. 1919, ebda., S. 333, IP IV, S. 309-310.

³⁷⁵Vgl. Grayson Diary, 30. 1. 1919, PW 54, S. 348, House Diary, 30. 1. 1919, ebda., S. 348, IP IV, S. 310.

13. 3. Integration Deutschlands in die neue Weltordnung? Wilson und der deutsche Beitritt zum Völkerbund

Das oben dargestellte, von Wilson verlangte Junktim zwischen Friedensvertrag und Völkerbundsatzung hatte einen erheblichen Einfluß auf das deutsche Verhältnis zum Völkerbund. Die Unterzeichnung der Völkerbundsatzung zusammen mit dem Vertrag, zu der es am 28. Juni 1919 kam, wäre bei einem sofortigem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund unproblematisch gewesen. Doch Wilson verfolgte mit Blick auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund keine einheitliche Strategie und änderte seine diesbezügliche Position mehrmals, zum Teil in Reaktion auf aktuelle Umstände.³⁷⁶ Wie in der Kriegsschuldfrage³⁷⁷ zeigt sich hier neben dem integrativen Seite ein bestrafendes Element der Deutschlandpolitik Wilsons.³⁷⁸ Die entscheidende Frage dabei lautet, in welchem Verhältnis beide Elemente zueinander standen.

Wilson verfolgte seinen Ansatz, den Kriegsgegner Deutschland auch in den Völkerbund - das Symbol der neuen Weltordnung - einzubeziehen, grundsätzlich bis zum Ende des Krieges, auch wenn er bereits ein halbes Jahr nach dem amerikanischen Kriegseintritt einige Skepsis anklingen ließ. So erklärte er im Dezember 1917, wenn die Deutschen auch nach dem Krieg fortführen, "to be obliged to live under ambitious and intriguing masters interested to disturb the peace of the world, it might be impossible to admit them to the partnership of nations".³⁷⁹ In seiner Vierzehn Punkte-Rede im Januar 1918 schloß der Präsident einen deutschen Beitritt zu der neuen supranationalen Institution nicht aus.

Im Sommer 1918, als eine Demokratisierung Deutschlands noch in weiter Ferne schien, nannte der Präsident im Gespräch mit Sir Wiseman als eine Bedingung des deutschen Beitritts lediglich das außenpolitische Wohlverhalten Deutschlands, nicht einmal eine demokratische Verfassungsreform: "Germany should be invited to join the family of nations, providing she will behave according to the rules of the Society."³⁸⁰ Es bestand sogar die Aussicht, Deutschland durch eine Integration in den Völkerbund politisch-diplomatisch kontrollieren zu können.³⁸¹ Der Präsident lehnte es auch ab, Entwürfe für eine Völkerbundsatzung mit Großbritannien oder gar öffentlich vor der Friedenskonferenz zu diskutieren, weil man andernfalls "a sort of Holy Alliance against Germany" konstruiere.³⁸² Auch hier war der Rückbezug auf die von Wilson verschmähten, gleichgewichtspolitischen Methoden der Kabinettsdiplomatie zu Anfang des 19. Jahrhunderts aufschlußreich. Der Präsident war zu diesem Zeitpunkt offenkundig nicht bereit, Deutschland von den moralischen Grundlagen der neuen Friedensordnung auszuschließen.

³⁷⁶Für das Folg. auch K. Schwabe, Woodrow Wilson and Germany's Membership in the League of Nations, 1918-19, *Central European History* 8, (1975), S. 3-22.

³⁷⁷Vgl. Kap. 5. 3.

³⁷⁸Beide Seiten sieht auch Levin, *Wilson and World Politics*, S. 123-168. Die US-Friedenskommissare Robert Lansing, Tasker Bliss, Henry White und der Koordinator der Lebensmittelhilfe, Herbert Hoover, befürworteten die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund.

³⁷⁹"An Annual Message to the State of Union", 4. 12. 1917, *PW* 45, S. 198.

³⁸⁰Wiseman an Reading, nach einer Unterredung mit House, 16. 8. 1918, *PW* 49, S. 273-274; vgl. Fowler, S. 279.

³⁸¹Schwabe, *Membership*, S. 9 f., bezeichnet dies als die zweite Wendung in Wilsons Einstellung zu deutschen Mitgliedschaft.

³⁸²Wiseman an Reading, 16. 8. 1918, *PW* 49, S. 273-274; vgl. Fowler, S. 279, 216; ähnlich noch Wilson in einer Rede am 27. 9. 1918, *PW* 51, S. 129.

ben. In einer Unterredung mit Wiseman bekräftigte Wilson dann am 16. Oktober: "Germany ought to be present when the League of Nations is constituted".³⁸³

Doch schien sich in diesen Herbsttagen bereits eine Wandlung in den Überlegungen des Präsidenten anzudeuten. Ende September erklärte er, ohne die Instrumente des Völkerbundes ruhe der Frieden zu einem Teil "upon the word of outlaws". Ein "outlaw" war gleichsam selbst dafür verantwortlich, daß er sich außerhalb der Staatenwelt stellte, und mußte Nachweise erbringen, daß er die Gesetze respektierte. Worum es Wilson ging, wurde in seinen Worten deutlich, "Germany will have to redeem her character, not by what happens at the peace table, but by what follows".³⁸⁴ Die religiöse Wortwahl "to redeem her character" fügte sich zwar reibungslos in Wilsons idealistisches, machmal priesterliches Vokabular ein. Sie war aber insofern erstaunlich, als eine ohnehin schwer objektivierbare Charakteränderung - noch dazu eines Landes oder Volkes, nicht eines Individuums -, zur Voraussetzung einer vollen diplomatischen Anerkennung, einer Integration Deutschlands in die Staatenwelt gemacht wurde. Letztlich dürfte die vage Formulierung des Präsidenten sich auf die Akzeptanz demokratischer Verfahrenweisen in Deutschland - innenpolitisch und außenpolitisch - bezogen haben. Ein Hinweis auf Wilsons moralisch verhärtete Haltung ist auch ein Gespräch mit dem Ersten Lord der britischen Admiralität, Sir Geddes, in dem er Deutschland erneut als "outlaw" bezeichnete.³⁸⁵

In den Tagen nach dem Waffenstillstand mit Deutschland wurde deutlich, daß Wilson seine Position definitiv zum Nachteil Deutschlands geändert hatte; seine bestrafende, isolierende Seite trat nun hervor. In einem Gespräch mit dem Schweizer Repräsentanten in Washington, Rappard, sagte Wilson am 20. November 1918, der Völkerbund werde auf der Friedenskonferenz zunächst von den kriegführenden Alliierten gegründet und sei hernach offen für neutrale Länder. Ein reformiertes Deutschland könne später zugelassen werden.³⁸⁶ Möglicherweise hatte Wilson ein Brief des emeritierten Harvard-Präsidenten Charles Eliot beeinflußt, der Wilson am 5. November 1918 seine Meinung über einen künftigen Völkerbund mitgeteilt hatte: vor Beginn der Friedensverhandlungen sollten Belgien, Großbritannien, die USA, Frankreich, Italien und Japan eine "preliminary league" gründen, "from which Germany must be of course excluded because she is faithless", während andere Nationen rasch zugelassen werden sollten.³⁸⁷

Es ist bemerkenswert, daß der bereits in Europa weilende Colonel House zu dieser Zeit noch von der Notwendigkeit überzeugt war, Deutschland in den Völkerbund einzubeziehen. House sagte zu seinem Dolmetscher Bonsal, belasse man Deutschland außerhalb des Völkerbundes, gebe man ihm freie Hand. Es folgte der entscheidende Satz: "We must bring her [Germany] into the new world order and we must hold her to it not

³⁸³Memorandum Wiseman über ein Interview mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 352; vgl. J. M. Snell, Wilson on Germany and the 14 Points, *Journal of Modern History* 26 (1954), S. 369; Ambrosius, Wilson, S. 37.

³⁸⁴"Address in the Metropolitan Opera", 27. 9. 1918, PW 51, S. 129; PP V; 256.

³⁸⁵House Diary über eine Unterredung Wilson-Geddes, 13. 10. 1918, PW 51, S. 315.

³⁸⁶Brief Rappard an Wilson, 26. 11. 1918, PW 53, S. 210. Die Äußerungen des Präsidenten gibt Rappard hier nur wieder, doch stimmen sie überein mit Wilsons Erklärungen im Dezember 1918 (s. u.).

³⁸⁷Siehe Eliot an Wilson, 5. 11. 1918, PW 51, S. 599. Diesen Einfluß Eliots auf Wilson an dieser Stelle hielt zuerst Schwabe, *Membership*, S. 13, für wahrscheinlich. Zu Eliots Sympathie für die Alliierten und seiner Ablehnung einer amerikanischen Mittlerrolle siehe Ambrosius, Wilson, S. 22.

by chains ... but by her appreciation of where her advantage would lie".³⁸⁸ Colonel House, der bei allem Sinn für politische Kompromisse ein großes Gespür für Realitäten und politische Erfordernisse besaß, schien fest davon überzeugt zu sein, daß eine Nicht-Zulassung Deutschlands zum Völkerbund einen Ausschluß Berlins aus der konzipierten neuen Weltordnung bedeutete - eine Lage, die sich prekär auf den Frieden in Europa, ja in der Welt auswirken konnte.

Wilson hingegen, auf seiner Reise nach Europa, erläuterte Anfang Dezember 1918 einigen Journalisten seine neue Position: "Germany's present chaotic state would make it necessary to put her on probation, as it were, until she showed herself fit for reception into the League".³⁸⁹ Nahezu die gleiche Formulierung wählte der Präsident in einer Unterredung mit Inquiry-Experten zwei Tage später. Laut Aufzeichnung von Charles Swem erklärte Wilson zunächst, die Gründungsmitglieder des Völkerbund seien vermutlich Großbritannien, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten und Japan. Die übrigen Staaten träten ein "to preserve their interests". Zu Deutschland hingegen sagte Wilson: "Germany's present chaotic state will undoubtedly make it necessary to put her on probation until she can qualify in the estimation of the other powers for entrance."³⁹⁰ Wie William Bullitt, ein Beamter des State Department und Verbindungsmann zur Inquiry, über die gleiche Unterredung notierte, erklärte der Präsident, er halte diese "probationary period" für notwendig, "because it must still be proved that the German people have a responsible, decent government".³⁹¹ Offenbar sollte Deutschland seine demokratische Gesinnung unter Beweis stellen; das Adjektiv "responsible" konnte sich sowohl auf eine parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung wie auf den Charakter der Außenpolitik beziehen; das Wort "decent" dürfte ebenfalls auf eine innen- wie außenpolitische Mäßigung angespielt haben.

Den Regierungswechsel, die Verfassungsänderung und die Novemberrevolution in Deutschland nahm Wilson als eine Zeit von Instabilität und Chaos wahr. Der Präsident lehnte es nunmehr ab, Deutschland einen Vertrauensvorschuß zu gewähren; der Wunsch der gemäßigten deutschen Linken nach einer gleichberechtigten Teilnahme am Völkerbund beeindruckte ihn anscheinend nicht mehr, auch wenn der sozialdemokratische Politiker und Reichspräsident Ebert in der Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung im Januar 1919 forderte: "Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben."³⁹² Noch im März 1919 maß Wilson dem Systemwechsel keine große Bedeutung bei; im Rat der Vier auf der Pariser Konferenz urteilte er: "Le gouvernement de Weimar est sans crédit."³⁹³

Auch die französische Opposition gegen eine deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund scheint eine wichtige - im Lichte der obigen Ausführungen wohl nur verstärkende - Rolle in Wilsons Entschlossenheit gespielt zu haben, Deutschland zunächst vom Völ-

³⁸⁸Bonsal Diary, 5. 12. 1918, zit. b. Walworth, Moment, S. 89.

³⁸⁹Grayson Diary über ein Gespräch Wilsons mit Korrespondenten, 8. 12. 1919, PW 53, S. 338.

³⁹⁰Notizen von Swem über ein Gespräch Wilsons mit Experten der Inquiry an Bord der George Washington, 10. 12. 1918, zit. n. Schwabe, Membership, S. 12.

³⁹¹Bullitt Diary, 9. [10]. 12. 1918, PW 53, S. 352. In dem Memorandum Bowmans über die Besprechung findet sich kein Hinweis auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, ebda., S. 353-356.

³⁹²Deutscher Geschichtskalender, Hg. F. Purlitz. Vom Waffenstillstand zum Friedensvertrag von Versailles, Oktober 1918 - Juni 1919, Leipzig 1919, S. 491.

³⁹³Rat der Vier, 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 28. Nur wenige US-Experten hielten die Novemberrevolution und den Verfassungswechsel in Deutschland wirklich für einen Einschnitt, der Beachtung verdiente (Schwabe, Revolution, S. 445 f.).

kerbund auszuschließen. Das war jedenfalls der Eindruck des britischen Diplomaten Wiseman, der am 15. Dezember 1918 nach einem Gespräch mit Colonel House an das Foreign Office schrieb, Wilson glaube, beinahe alle der komplizierten Fragen könnten nur auf der Grundlage eines Völkerbundes befriedigend gelöst werden. Wilson sei "even willing to agree", so Wiseman weiter, "to the French proposal that the Germans should be excluded from the League for a time".³⁹⁴ Auf diese Weise hoffte Wilson offenbar, die Einheit von Völkerbund und Friedensvertrag, die den Franzosen ohnehin mißfiel, zu wahren. In einer Unterredung mit dem britischen König erklärte Wilson dann Ende Dezember 1918, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund werde später von seinem Verhalten abhängen.³⁹⁵ Wie Lloyd George dem Kriegskabinet berichtete, habe er mit Wilson über die Frage der deutschen Zulassung nicht gesprochen, doch scheine dem Präsidenten die Frage nicht dringlich zu sein.³⁹⁶

Es ist auch argumentiert worden, Wilsons Einwilligung in den französischen Wunsch nach Vorverhandlungen der Sieger habe bedeutet, daß Deutschland an der Ausarbeitung der Völkerbundakte bei Konferenzbeginn nicht mehr habe mitwirken und daher schon vom Verfahren her nicht zu den Gründungsmitgliedern habe zählen können. Allerdings ist diese an sich richtige Beobachtung wohl etwas formal, denn bei einer deutschen Zulassung zum frühestmöglichen Zeitpunkt hätte sich die Bedeutung, ob Deutschland Gründungsmitglied war oder nicht, wohl erübrigt.³⁹⁷

Als Hürde für den Beitritt eines Staates zum Völkerbund sah Wilsons Satzungsentwurf vom 10. Januar 1919 eine demokratische Regierungsform jedes Bewerbers und die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder vor.³⁹⁸ Dieser Passus wurde auch in den Artikel I der Völkerbundakte übernommen.³⁹⁹ Wilsons Versuch in letzter Minute, nur eine einfache Mehrheit der Völkerbundsmitglieder für die Zulassung neuer Staaten in die Satzung zu schreiben, scheiterte am französischen Veto. Der französische Vertreter in der Völkerbundkommission, Bourgeois, konnte sich dabei Wilsons Wunsch zunutze machen, die Monroe-Doktrin in der Satzung zu verankern.⁴⁰⁰

In der 3. Sitzung der Völkerbundkommission am 5. Februar schlug Wilson vor, "only self-governing States" kämen als Bewerber für eine Zulassung in Frage.⁴⁰¹ In der 4. Sitzung betonte der Präsident, für den Zeitraum des europäischen Wiederaufbaus werde Deutschland definitiv kein Mitglied des Völkerbundes sein.⁴⁰² In diesen Tagen betonte er auch im Obersten Kriegsrat, angesichts der unklaren Entwicklung in Deutschland ha-

³⁹⁴Wiseman an Foreign Office, 15. 12. 1918, PW 53, S. 394-395. Wiseman nannte als "difficult questions" die Kolonien, die Freiheit der Meere, den Balkan, Rußland und die Abrüstung. Vgl. dazu Fowler, S. 234. Schon Ende Oktober 1918 hatte sich Clemenceau klar gegen eine deutsche Mitgliedschaft ausgesprochen: "je ne suis pas prêt à faire demain une Sté [Société] des Nations avec les Allemands sur la foi de leur signature"; Oberster Kriegsrat, 29. 11. 1918, Launay, S. 92.

³⁹⁵Auchincloss Diary, 27. 12. 1918, siehe Walworth, Moment, S. 269.

³⁹⁶Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinet, 30. 12. 1918, MC I, S. 115; auch in PW 53, S. 559.

³⁹⁷Siehe Schwabe, Membership, S. 12-15.

³⁹⁸Wilson's Entwurf (Nr. 2) ist abgedruckt in PW 53, S. 678-686; Baker, WWS III, Doc. 10, S. 88-93; Miller, Covenant, II, S. 65 ff. Außenminister Lansing hatte schon im April 1918 eine Mitgliedschaft nur für demokratische Länder vorgesehen, an Wilson, 8. 4. 1918, FRUS, Lansing Papers, II, S. 118-120.

³⁹⁹Versailler Vertrag, S. 7.

⁴⁰⁰Baker, WWS I, S. 314-339.

⁴⁰¹3. Sitzung der Völkerbundkommission, 5. 2. 1919, Miller, Drafting, I, S. 164.

⁴⁰²7. Sitzung der Völkerbundkommission, 10. 2. 1919, Miller, Drafting, I, S. 197.

be die Welt das Recht, Deutschland eine Generation lang zum Nachdenken zu zwingen; daher komme gegenwärtig die Bereitstellung eines deutschen Truppenkontingents für den Völkerbund nicht in Betracht.⁴⁰³ Zurück in Washington, erklärte Wilson den außenpolitischen Experten des Kongresses am 26. Februar, keines der Mitglieder in der Völkerbundkommission sei der Meinung, "that Germany had any immediate right to a place in the League", erst recht nicht im "Executive Council". Auf die Anmerkung eines republikanischen Senators, in diesem Fall könne der Völkerbund nicht einen Teil des Friedensvertrages bilden, ist eine Antwort Wilsons nicht überliefert.⁴⁰⁴

Die Zurückhaltung des US-Präsidenten wirkte nach seiner Rückkehr aus Washington nur noch fester. Als Lord Cecil dem Präsidenten am 18. März zu bedenken gab, er halte die Mitgliedschaft der Großmächte im "Executive Council" des Völkerbundes für wichtig, und denke dabei sowohl an Rußland als auch an Deutschland, wenn dieses eine "really great Power" sein sollte, zeigte sich Wilson mit dem Vorschlag nicht einverstanden, auch wenn er einräumte, "Germany would be a great power after a few years except in a military sense".⁴⁰⁵

Einige Tage später von Clemenceau darauf angesprochen, wie man die Völkerbundsatzung im Friedensvertrag verankern könne, wenn Deutschland nicht zum Völkerbund zugelassen werde, antwortete Wilson: der Völkerbund werde in mehr als einer Vertragsklausel erwähnt und diene auch dazu, einige der Bestimmungen, die Deutschland akzeptieren müsse, durchzusetzen.⁴⁰⁶ Hatte der Präsident im Sommer 1918 dem Völkerbund diese Aufgabe noch bei einer Einbeziehung Deutschlands zgedacht, schien er nunmehr nahe daran zu sein, den Völkerbund doch zu einer Organisation mit anti-deutscher Ausrichtung zu erklären! Verleitete ihn dazu nur seine Not, die französische Zustimmung zum Völkerbund überhaupt sicherstellen zu müssen, was ihm an diesem 25. März auch gelang?

Warum setzte sich Wilson nicht für den deutschen Beitritt zum Völkerbund ein? Weshalb war er, was die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für Deutschland in territorialer Hinsicht anbetraf, insgesamt weniger kompromißbereit⁴⁰⁷, obwohl eigentlich der Völkerbund den Kern seines Friedensprogramms bildete? War die Ankündigung, Deutschland in die neue Weltordnung einzubeziehen, nicht nur Rhetorik und keine Kriegslist, wie die Deutschen Wilson später vorwarfen, bleiben drei Möglichkeiten der Erklärung: entweder hat Wilson die Aufnahme in den Völkerbund nicht als entscheidend für die Integration Deutschlands in die Nachkriegsordnung angesehen, oder er Präsident hat das Problem nicht genügend bedacht, oder seine ambivalente Einstellung Deutschland gegenüber behinderte ihn letztlich derart, daß er nicht bereit war, einer deutschen Zulassung, die ja auch von der britischen Delegation befürwortet wurde⁴⁰⁸, zuzustimmen.

⁴⁰³Oberster Kriegsrat, 12. 2. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC III, S. 1002.

⁴⁰⁴Bericht der New York Times über ein Abendessen Wilsons mit außenpolitischen Experten, 27. 2. 1919, in PW 55, S. 276.

⁴⁰⁵Miller Diary über eine Unterredung Wilsons mit Cecil, House und Miller, 18. 3. 1919, PW 56, S. 76; gleichlautend in Miller, Drafting, I, S. 285.

⁴⁰⁶Rat der Vier, 25. 3. 1919, Mantoux I, S. 14.

⁴⁰⁷Vgl. Kap. 7. und 8.

⁴⁰⁸Vgl. Teil 1, Kap. 4. 2.

Für die erste Überlegung spricht, daß Wilson trotz seiner integrativen Rhetorik kein einziges Mal öffentlich, sondern nur intern gesagt hatte, Deutschland solle bald Mitglied des Völkerbundes werden, auch nicht zu der Zeit, als er es offenkundig noch beabsichtigte. Für die anderen beiden Annahme sprechen die beschriebenen Positionswechsel des Präsidenten. Die letzte Deutung - Wilsons Zwiespältigkeit gegenüber Deutschland - wird dadurch untermauert, daß Wilson die Gleichsetzung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung seit dem Sommer 1918 sowie seine Skepsis bezüglich substantieller Reformen in Deutschland doch so ernstnahm, daß er die Quarantänezeit für Deutschland mit Blick auf die Zulassung zum Völkerbund auch moralisch-prinzipiell begründete.

Es ist argumentiert worden, der Völkerbund habe als ein "vehicle of power" - so Wilsons Worte in der dritten Plenarsitzung der Friedenskonferenz⁴⁰⁹ - beide Seiten der Deutschlandpolitik des Präsidenten - erst die Kontrolle und Bestrafung, dann die Integration - nacheinander ausführen und auf einer höheren Ebene wiederaufheben sollen.⁴¹⁰ Doch gegen einen Verein der Sieger hatte Wilson sich mehr als einmal, auch noch auf der Konferenz, ausgesprochen. Auch eine Form der antideutschen Gleichgewichtspolitik, derzufolge die Sieger zunächst ihr Bündnis gegen Deutschland fortgesetzt hätten, um es einzudämmen, beabsichtigte Wilson eigentlich nicht - als er dann der Beistandsgarantie für Frankreich zustimmte, wurde sie gerade nicht im Rahmen der Weltorganisation ausgesprochen.⁴¹¹ Daß der Völkerbund aber zu einem Verein der Sieger wurde, und zwar in Wilsons Vorstellung auf unabsehbare Zeit, liegt wohl weniger an der Strategie des Präsidenten, als an den Widersprüchen in seiner Deutschlandpolitik, die ihm möglicherweise so deutlich nicht waren, die aber den Hintergrund seiner pragmatischen Kompromißpolitik bildeten.⁴¹²

Wilson's integrative und bestrafende Seite gegenüber Deutschland standen offenkundig eher in einem prinzipiellen als in einem zeitlichen Verhältnis zueinander. Sein puritanischer religiöser Hintergrund mag den Präsidenten dabei beeinflußt haben. Wilsons mehrfache Schwenkungen in der Völkerbundsfrage waren eher ein Ausdruck der Probleme als ein Beitrag zu deren Lösung. Denn mit der Entkoppelung des Junktims zwischen Friedensvertrag und Völkerbund im Fall Deutschlands war die Position der besiegten Macht in der liberalen Friedensordnung an einem entscheidenden Punkt in Frage gestellt. Auch in zeitlicher Hinsicht ließ sich dieses Dilemma schlecht auflösen, nicht zuletzt wegen der Möglichkeit des französischen Vetos.⁴¹³ Zudem unternahm Wilson,

⁴⁰⁹Wilson bezeichnete den Völkerbund in der 3. Plenarsitzung am 14. 2. 1919 als "a vehicle of power, but a vehicle in which power may be varied at the discretion of those who exercise it and in accordance with the changing circumstances of the time". FRUS, PPC III, S. 212; vgl. PP V, S. 426.

⁴¹⁰Levin, *Wilson and World Politics*, S. 168-182.

⁴¹¹In Wilsons Kriegszielreden findet sich für die Konzeption eines Vereins der Siegermächte kein Anhaltspunkt. Levin, *Wilson and World Politics*, S. 168 ff., 177 ff., meint, um den Eindruck eines solchen Siegerclubs abzuschwächen, habe Wilson den Völkerbund nicht mit einer Armee ausrüsten wollen. Siehe auch Lansing, *Friedenverhandlungen*, S. 58-69. Vgl. Kap. 7. 1. 3.

⁴¹²Schwabe, *Membership*, erklärt alle "Purzelbäume" Wilsons pragmatisch. Doch wenn dem so wäre, läßt es sich kaum erklären, daß Wilson den Vertrag nur in jenen Punkten revidieren wollte, in denen es ihm unzweifelhaft gerecht erschien.

⁴¹³Anders als es Schwabe, *Revolution*, S. 655, nahelegt. In Ergänzung zu Levin meint er, neben der mittelfristigen Bestrafung Deutschlands sei die langfristige Integration in die internationale Ordnung beabsichtigt gewesen.

im Gegensatz zur britischen Delegation, keine Anstalten, den Zeitpunkt und die Umstände eines deutschen Beitritts zum Völkerbund präziser zu erwägen.

Ein Eindruck aus den Kriegszielreden des Präsidenten bestätigt sich hier: Wilson dachte den Prozeß einer Reintegration des Kriegsgegners in das liberale System nur in einem ersten Schritt an; er durchdachte ihn nicht konkret - falls es ihm mit der Absichtsbekundung bis zum Ende des Krieges überhaupt ernst gewesen ist oder falls diese nicht nur ein propagandistischer Versuch der Einflußnahme auf die deutsche Regierung gewesen sein sollte.⁴¹⁴ Gegen letztere Annahme scheint aber doch die Stringenz seines, wenn auch abstrakten, politischen Konzeptes zu sprechen. Jedenfalls überließ der Präsident die Entscheidung über die deutsche Zulassung zum Völkerbund tendenziell anderen - in diesem Fall der französischen Delegation-, während er in den territorialen Fragen weit aus energischer auftrat. Infolgedessen wurde aber die Sicherheits- und Europakonzeption des Präsidenten zusehends von Unstimmigkeiten geprägt. Die Folge von allem war einer der größten Widersprüche im Versailler Friedensvertrag.

Für Wilsons prinzipielle Vorbehalte gegenüber Deutschland bzw. einer zügigen deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund spricht auch seine Haltung nach der Überreichung der deutschen Gegenvorschläge. Die deutsche Reaktion auf den Ausschluß vom Völkerbund hätte ihm zeigen müssen, daß er seine integrative Position, sein Verlangen nach unteilbarer Gerechtigkeit preisgegeben hatte. Diesen wunden Punkt rationalisierte der Präsident jedoch fort: die Deutschen - als Sünder - verdienten tatsächlich eine harte Behandlung. Edward House notierte im Juni 1919 in seinem Tagebuch seinen Eindruck von einem großen Deutschenhaß des Präsidenten.⁴¹⁵

Was die Beistandsgarantie für Frankreich anbelangte, verstieß sie ja nicht nur gegen die Warnung George Washingtons vor "entangling alliances", die Wilson noch im September 1918 öffentlich unterstützt hatte⁴¹⁶, sondern auch gegen die Konzeption des Präsidenten von einer allianzfreien internationalen Ordnung, die der Völkerbund aufrechterhalten sollte. Wilsons Versuch, unlösbare Probleme auf die lange Bank zu schieben und dies damit zu rationalisieren, daß der Völkerbund gleichsam als "Mädchen für alles" zur Verfügung stand, grenzte an Selbstbetrug.⁴¹⁷

Schließlich wirft das Problem der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsweise und die Struktur der Pariser Konferenz. Teilerfolge in einzelnen Fragen wurden mit Kompromissen in anderen Detailfragen erkaufte. Dieser kompromißtechnisch und diplomatisch nicht unverständliche Vorgang verhinderte jedoch, daß ein in sich schlüssiges Vertragswerk abgefaßt werden konnte. Frankreich, vorrangig an konkreten Absprachen und Einzelheiten interessiert, konnte Wilsons Interesse an einer Gesamtkonzeption, die manchen Detailproblemen jedoch eine gerin-

⁴¹⁴Vgl. hier M. Trachtenberg, Versailles after 60 Years. *Journal of Contemporary History* 17 (1982), S. 487 ff., der die bestrafende Seite des Wilsonianismus betont und einen dem idealistischen Konzept inhärenten Konflikt zwischen den liberalen Idealen der Gerechtigkeit und der Versöhnung ausmacht; so habe das Prinzip der Gerechtigkeit durchaus eine Politik der Bestrafung bedeuten können und auch bedeutet (S. 497).

⁴¹⁵House Diary, 23. 11. 1923, zit. b. Schwabe, *Revolution*, S. 656. Wilsons extreme Widersprüchlichkeit betonen House, *Diary* 10. 6. 1919, IP IV, S. 495 (nach dem Bruch mit Wilson), und Lloyd George, *MC I*, S. 145. Vgl. Kap. 9.

⁴¹⁶"An Address in the Metropolitan Opera, New York", 27. 9. 1918, *PW* 51, S. 131; *PP V*, S. 258.

⁴¹⁷Der Artikel 19 der Völkerbundsatzung bot grundsätzlich die Möglichkeit der Revision von Verträgen und internationalen Bedingungen, deren Beibehaltung den Frieden der Welt gefährde. Siehe dazu Versailler Vertrag, Teil I (Völkerbundsatzung), *FRUS*, *PPC XIII*, S. 92; vgl. Nicolson, S. 55, 91-92.

gere Aufmerksamkeit widmete⁴¹⁸, geschickt ausnutzen und somit in der Friedensregelung wichtige Akzente setzen.

14. Die Vereinigten Staaten und die deutsche Verantwortung für den Krieg

14. 1. Keine Strafe ohne Gesetz. Außenminister Lansing und die amerikanische Position in der Verantwortlichkeitskommission

An den Vorentscheidungen der Alliierten vom Dezember 1918, den im holländischen Exil lebenden, ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm II. wegen der Verantwortlichkeit am Kriege zu belangen, war Präsident Wilson nicht beteiligt gewesen. Dessenungeachtet hatte Wilson bereits während des Krieges eine deutliche Abneigung gegenüber den deutschen Machthabern verspürt. Der Präsident war davon überzeugt, daß der deutsche Generalstab, aber auch Wilhelm II. wesentlich für den Krieg verantwortlich waren. Der britische Diplomat Wiseman bemerkte in einer Denkschrift etwa drei Wochen vor Kriegsende lakonisch, Wilsons "personal hatred of the Kaiser, whom he has never seen, is almost amusing".⁴¹⁹ Andererseits bezeichnete es Wilson die auch in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten aufkommende Forderung als lächerlich, den Kaiser mit der Todesstrafe zu belegen oder ihn nach St. Helena zu verbannen.⁴²⁰

Die Frage der Verantwortung des Kaisers Wilhelm II. für den Krieg sah Wilson zunächst recht differenziert. Während seiner Reise nach Europa im Dezember 1918 bejahte der Präsident im Gespräch mit Journalisten einerseits die Frage, ob er eine persönliche Schuld des deutschen Kaisers annehme. Wilson sagte aber auch: "I am not wholly convinced that the Kaiser himself was entirely responsible for the war and the results of it." Es gebe eine ganze Reihe von Hinweisen, daß Wilhelm II. zu bestimmten Handlungen gezwungen worden sei, und daß der Krieg in Wirklichkeit das Ergebnis des Systems des großen deutschen Generalstabs gewesen sei, der den Kaiser umgeben und dominiert habe.⁴²¹ Einige Tage zuvor hatte er von House erfahren, daß die Alliierten sich in London auf eine Anklage gegen den Kaiser verständigt hatten.⁴²²

Wilson äußerte zu Beginn der Friedenskonferenz keine Einwände gegen die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit der Verantwortung für den Krieg, den Kriegsverbrechen und der Einberufung eines Tribunals beschäftigen sollte.⁴²³ Den Vorsitz in der Verantwortlichkeitskommission übernahm dann auf britischen Vorschlag US-Außenminister Lansing, von House aus Jurist.⁴²⁴ Im Verlauf der Beratungen der drei Unterausschüsse⁴²⁵ wurde allerdings bald deutlich, daß das Rechtsverständnis und auch

⁴¹⁸Vgl. den Eindruck des britischen Territorialexperten Headlam-Morley in einem Gespräch mit Wilson, 16. 4. 1919, Headlam-Morley, A Memoir, S. 78.

⁴¹⁹Brief Wisemans an A. Murray, 30. 8. 1918, abgedruckt bei Fowler, S. 283.

⁴²⁰Daniels Diary, 21. 10. 1918, PW 51, S. 403.

⁴²¹Grayson Diary, 11. 12. 1918, PW 53, S. 364.

⁴²²House an Wilson, 6. [5.] 12. 1918, PW 53, S. 324; vgl. Miller an House, 3. 12. 1918, DCP I, S. 26-27.

⁴²³"Commission on the Responsibility of the Authors of the War and on Enforcement of Penalties", BDFa, PPC 4, Doc. 40, S. 237-238.

⁴²⁴1. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 3. 2. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 41, S. 239-242.

⁴²⁵Vgl. Teil 1, Kap. 5. 2.

die politischen Interessen der amerikanischen Delegation sich zum Teil grundlegend von den Auffassungen insbesondere der französischen und britischen Delegation unterschieden.

Die Basis für die Ausschußberatungen war in amerikanischer Sicht sehr klar. Zu untersuchen war, ob Deutschland und Österreich bzw. deren Staatsoberhäupter eine legale oder moralische Verantwortung für den Krieg hatten, ob die Kriegshandlungen der Mittelmächte Verletzungen derjenigen Gesetze und Bräuche des Krieges darstellten, die bei Ausbruch des Krieges 1914 galten.⁴²⁶

Die Unterscheidung zwischen einer rechtlichen und einer moralischen Verantwortung verwies bereits auf den Kern des amerikanischen Rechtsverständnisses, wie es den Beratungen der Verantwortlichkeitskommission und ihrer Unterausschüsse zugrunde lag - übrigens auch denen des Reparationsausschusses.⁴²⁷ Mit Blick auf die von den europäischen Verbündeten eingebrachten Tatbestände - die Verantwortung für den Kriegsausbruch im August 1914, für den deutschen Einmarsch in das neutrale Belgien und Luxemburg und nach Frankreich sowie für materielle Handlungen im Sinne von Kriegsverbrechen - legten die US-Rechtsexperten folgende Meßlatte an: ob es bereits bei Kriegsausbruch ein geschriebenes Völkerrecht gab, ob Gesetze existierten, die diese Handlungen als illegal und damit strafbar erscheinen ließen oder nicht. Die Berücksichtigung ungeschriebenen Rechts lehnten Lansing und sein Berater James Brown Scott ebenso ab wie auch David Hunter Miller, der kein Mitglied in der Kommission war, aber bereits im Januar an einer Denkschrift zum Gegenstand der Ausschußberatungen mitarbeitete.⁴²⁸ Der Standpunkt der Amerikaner war also ein entschiedener Rechtspositivismus, demzufolge keine Strafe ohne Gesetz ausgesprochen werden konnte. Der französische Vertreter in der Kommission, Larnaude, hat in der 7. Vollsitzung bemängelt, daß die Amerikaner dem Grundsatz "nulla poene sine lege" wie einem absoluten Prinzip folgten.⁴²⁹

Aus diesem Grund sprachen sich die US-Vertreter auch dagegen aus, die Gesetze der Menschlichkeit ("laws of humanity") als eine Grundlage für die Untersuchungen der Kommission bzw. für die Ermittlungen eines Tribunals anzusehen. Lansing argumentierte, jede Kriegshandlung sei bereits eine Verletzung der Humanität; willkürliche, sinnlose Handlungen ohne militärische Notwendigkeit fielen unter "laws and customs of war", die, wie es später im US-Sondervotum hieß, ein akzeptierter Standard seien, während die "laws and principles of humanity" individuell unterschiedlich gehandhabt würden.⁴³⁰

Die schlichte Tatsache, daß ein Krieg mit dem damals geltenden Völkerrecht nicht unvereinbar war⁴³¹, machte den amerikanischen Juristen manche Entscheidungen zweifellos leichter als den anderen Delegierten, die sich auf unbetretenem Gelände versuch-

⁴²⁶Memorandum der US-Delegation, 10. 2. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 43, Annex V, S. 270-271.

⁴²⁷Vgl. Kap. 6. 2. und 6. 5.

⁴²⁸Denkschrift der US-Rechtsexperten Miller und Scott, undat., DCP III, Doc. 212, S. 456-457, vgl. Miller Diary, 21. 1. 1919, DCP I, S. 86. Siehe die klare Analyse bei Dickmann, S. 25-27, für das Folgende auch ebda., S. 27-37.

⁴²⁹7. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 17. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 48, S. 305; vgl. auch Dickmann, S. 26.

⁴³⁰8. und 9. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 24. und 25. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 49 u. 50, S. 316, 331, US-Sondervotum, 29. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Zit. S. 364, 370.

⁴³¹Dazu Memorandum Dulles, 4. 2. 1919, DCP V, Doc. 340, S. 147-148; Burnett, I, Doc. 100, S. 522-523.

ten. Es war bezeichnend, daß die kluge Frage des französischen Völkerrechtsexperten Larnaude, ob eigentlich auch vorsätzlich begonnene Kriege mit dem Völkerrecht vereinbar seien, von amerikanischer Seite nur ausweichend bedacht wurde.⁴³²

Entsprechend ihrer restriktiven Auslegung des Rechts und der Unterscheidung moralisch und juristisch verurteilbarer Handlungen hatten die US-Delegierten keine wesentlichen Schwierigkeiten mit den Schlußfolgerungen der Unterausschüsse 1 und 2. Die Feststellung des ersten Berichts, daß der Krieg von den Mittelmächten vorsätzlich begonnen und die Neutralität Belgiens und Luxemburgs absichtlich verletzt worden sei, daß er überdies mit barbarischen und illegitimen Methoden geführt worden sei, unter Verletzung der etablierten "laws and customs of war"⁴³³, trugen die Amerikaner ebenso mit wie den Bericht des zweiten Unterausschusses, daß die unmittelbar kriegsverursachenden Handlungen - anders als die Kriegsverbrechen - nicht strafrechtlich verfolgt werden sollten.⁴³⁴ Letztere Empfehlung stammte von der britischen Delegation.⁴³⁵ Die Billigung dieser beiden Berichte in der 3. Plenarsitzung der Kommission am 12. März 1919 ging daher auch problemlos vonstatten.

Stein des Anstoßes für die Amerikaner war jedoch der Bericht des Unterausschusses 3, der in mehreren Sitzungen eingehend erörtert wurde, über den aber keine Einigkeit erzielt werden konnte. Lansing erhob Einspruch gegen den Teil IV des Berichts, der sich mit einem internationalen Tribunal für die Aburteilung aufgelisteter Verbrechen und Rechtsverletzungen befaßte.⁴³⁶ Lansing akzeptierte zwei Empfehlungen nicht: erstens, daß ein Staatsoberhaupt vor ein internationales Tribunal zitiert werden könne, zweitens, daß Personen auch dafür haften müßten, bestimmte Handlungen unterlassen zu haben, z. B. Kriegsverbrechen nicht verboten oder gegen sie Einspruch erhoben zu haben. Ein Staatsoberhaupt, erklärte Lansing, unterliege allein der Souveränität seines Landes und könne rechtlich nicht von anderen Nationen belangt, wohl aber moralisch verurteilt werden.

Auch David H. Miller, der die Verletzung der belgischen Neutralität und den deutschen U-Boot-Krieg als einen Bruch des Völkerrechts eingestuft hatte, war gemeinsam mit James Brown Scott bereits der Ansicht gewesen, man könne Wilhelm II. wegen der zur Debatte stehenden Verbrechen nicht belangen, da das Völkerrecht zum damaligen Zeitpunkt keine Verantwortlichkeit eines Staatsoberhauptes, sondern nur die eines Staates kannte.⁴³⁷

Deshalb schlugen die US-Delegierten als Alternative eine Erklärung der Konferenz vor, die in den Anhang des Friedensvertrages aufgenommen werden sollte: Darin sollte der Angriffskrieg von 1914 moralisch auf das schärfste verurteilt werden, als ein "moral

⁴³²9. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 25. 3. 1919, BDFA, PPC 4, Doc. 50, S. 333-334.

⁴³³"Report of Sub-Commission I on Criminal Acts", Anhang I zur 3. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 12. 3. 1919, BDFA, PPC 4, S. 276-282, Zit. S. 278.

⁴³⁴"Report of Sub-Commission II on the Responsibility of the Authors of the War", Anhang II zur 3. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 12. 3. 1919, BDFA, PPC 4, S. 282-286.

⁴³⁵Vgl. Teil 1, Kap. 5. 2.

⁴³⁶"Report of Sub-Commission III on the Violation of the Laws and Customs of War", Anhang III zur 3. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 12. 3. 1919, BDFA, PPC 4, S. 287, Teil IV S. 289-290; vgl. Grew Diary über ein Gespräch mit Scott, 10. 3. 1919, Grew, I, S. 380.

⁴³⁷Memorandum Miller und Scott, undat., DCP III, Doc. 212, S. 456-457; in der Anlage das voluminöse "Memorandum Regarding the Responsibility of the Authors of the War and for the Crimes Committed in the War" (Autor G. Finch, Mitarbeiter Millers), ebda., Doc. 213, S. 458-524. Vgl. Dickmann, S. 25 ff., 34.

crime against mankind". Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen sollten "in the name of humanity, of righteousness and of civilisation" als infam verdammt werden; ausdrücklich genant wurde Wilhelm II., ehemaliger deutscher Herrscher und König von Preußen. Zum zweiten sollte der Kommissionsbericht deutlich machen, daß ein Tribunal gegen den Ex-Kaiser mit Blick auf die Immunität der Staatsoberhäupter im Landes- und Völkerrecht zwar ausgeschlossen sei, daß aber eine Untersuchungskommission eingesetzt werden sollte, die die Verantwortung des Ex-Regenten prüfen werde, unter politischen, rechtlichen und moralischen Gesichtspunkten und unter Verwendung deutscher Archive.⁴³⁸

Außerdem machten die US-Vertreter eine Reihe von Bedingungen geltend, damit bestimmte Handlungen als Kriegsverbrechen angesehen werden könnten: Grausamkeit sei eine Frage des Maßes, müsse möglichst zurückhaltend und im Verhältnis zu militärischen Notwendigkeiten interpretiert werden, Willkür und die Bösartigkeit bestimmter Handlungen müßten definitiv nachgewiesen werden.⁴³⁹

In den Verhandlungen zwischen dem 12. und 17. März zeigte sich, daß die anderen Delegationen, vor allem Briten und Franzosen, die Vorschläge ihrer US-Kollegen ablehnten. Auch ein amerikanischer Kompromißvorschlag, die US-Richter dann vom Tribunal zurückzuziehen, wenn die Verantwortung der Staatsoberhäupter zur Debatte stünde, fiel durch.⁴⁴⁰ Daher nahm Lansing alle bislang vorgeschlagenen Ergänzungen zurück und stellte ein Sondervotum seiner Delegation in Aussicht.⁴⁴¹ Ein einstimmiger Bericht der Verantwortlichkeitskommission war wegen der rechtlichen, aber auch politischen Gegensätze gescheitert. Denn die Amerikaner opponierten wohl nicht nur aus juristischen Gründen gegen eine Siegerjustiz. Lansing wollte vermeiden, daß die Sieger die rechtlichen und moralischen Grundlagen der Friedensordnung dadurch in Zweifel zögen, indem sie von anerkanntem Völkerrecht abwichen und sich auf zweifelhaftes Terrain begaben.

Dabei schloß Lansing eine Weiterentwicklung des Völkerrechts keineswegs aus. Nur wollte er die - auch zu seinem Bedauern bestehende - Lücke zwischen verurteilungswürdigen Handlungen und einem anwendbaren Recht überbrücken, indem er auf die moralische Verurteilung auswich. Es ist gleichermaßen kennzeichnend für die Prinzipienfestigkeit wie für die Hilflosigkeit der Amerikaner, daß sie sowohl in der Kriegsschuldfrage wie bei der Reparationsfrage das Hilfsmittel der moralischen Verdammung wählten, diese so scharf wie möglich, schärfer noch als Briten und Franzosen, fassen wollten und ihrerseits eine moralische Inferiorität der Besiegten zumindest suggerierten. So sollten die Verbrechen und die dafür Verantwortlichen der Verdammung der Menschheit ausgesetzt werden - eine Formulierung, die Präsident Wilson später aufgreifen sollte.⁴⁴²

⁴³⁸US-Entwurf einer Deklaration und einer Untersuchungskommission, 3. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 12. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 44, S. 274-275.

⁴³⁹"Memorandum on the Principles which should Determine Inhuman and Improper Acts of War", vorgelegt von der US-Delegation, 26. 2. 1919, BDFa, PPC 4, Anhang A zum Bericht des Unterausschusses 3, S. 291-292.

⁴⁴⁰3.-7. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 12.-17. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 44-48, bes. S. 274-276, S. 296-297, S. 299-300, S. 302-303, S. 305-307.

⁴⁴¹7. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission, 17. 3. 1919, BDFa, PPC 4, Doc. 48, S. S. 306-307.

⁴⁴²Siehe den letzten Satz in Teil I des amerikanischen Sondervotums, BDFa, PPC 4, Doc. 53, S. 364.

Der amerikanische Minderheitsbericht, am 4. April vorgelegt, faßte die die wesentlichen Bedenken noch einmal zusammen: das positive, in Gesetzesform kodifizierte Recht als Grundlage jeglicher Ermittlungen, die Unterscheidung einer rechtlichen von einer moralischen Verantwortung, den Verzicht auf die zu verschiedenen interpretierten Gesetze der Menschlichkeit. Das Memorandum kritisierte verhalten, aber nicht zu Unrecht, die übrigen Delegationsmitglieder hätten es darauf abgesehen, Wilhelm II. in jedem Fall vor Gericht zu bringen. Es machte auf die Inkonsistenz aufmerksam, daß der Ex-Kaiser zwar nicht wegen seiner Verantwortung für den Krieg, aber wegen indirekter Verantwortlichkeit für Verletzung der Kriegsgesetze angeklagt werden solle. An dieser Stelle wird deutlich, daß die Amerikaner die politischen Interessen der britischen und französischen Delegation registriert hatten, auch in dem Hinweis, bei dem Thema der Kommission müsse eine Beeinflussung durch "sentiment or popular indignation" ausgeschlossen bleiben.⁴⁴³

Schließlich erneuerten die US-Juristen ihren Vorschlag, die Kriegsverbrechen, die sie ja keineswegs bestritten, grundsätzlich von nationalen Militärgerichten aburteilen zu lassen, und nur für den Fall, daß Staatsbürger mehrerer Länder betroffen seien, auch ein internationales Militärtribunal einzurichten. Für die weiteren Beratungen auf der Ebene der Regierungschefs war der US-Vorschlag im Sondervotum wichtig, eine moralische Verdammung über den Kriegsbeginn, die Verletzungen der Neutralitätsverträge und gegenüber dem deutschen Ex-Kaiser auszusprechen.⁴⁴⁴

14. 2. Zwischen Recht, Moral und Gerechtigkeit. Wilsons Entscheidungen in der Verantwortlichkeitsfrage

Im Rat der Vier sah sich Präsident Wilson am 2. April 1919 der Initiative des britischen Premierministers gegenüber, rasch eine Entscheidung in der Frage der Kriegsschuld zu treffen. Es war auffallend, daß Wilson nicht dazu kam, eine Argumentation aufzubauen, da Lloyd George wiederholt vorpreschte.⁴⁴⁵ Auch wurde der Präsident von dem Premier bei einem Thema bedrängt, das mit Recht und Moral zu tun hatte und eine Domäne des Präsidenten hätte sein können. Der Waliser versuchte Wilson sogar mit dessen eigenen Waffen zu schlagen, indem er auf den Erfolg des Völkerbundes anspielte, für den ein Tribunal und die Bestrafung der Verbrecher wichtig wären.

Der Präsident sagte zunächst zurückhaltend, es sei gegenwärtig schwierig, die Verantwortung des Kaisers festzulegen. Vermutlich sei sie sehr groß, doch gebe es Hinweise, daß Wilhelm II. manche Befehlsvorlagen seiner Berater nur zögernd abgezeichnet habe.⁴⁴⁶ Danach äußerte Wilson Bedenken, ein Tribunal nur aus Vertretern der Siegermächte zu konstituieren, und ließ sich damit bereits auf den Gedanken eines solchen Tribunals ein, was Lansing abgelehnt hatte. Wilson trug das Argument seiner Rechtsexperten vor, man dürfe keinen Präzedenzfall schaffen und rückwirkend dort eine individuelle Verantwortung postulieren, wo bislang ausschließlich eine kollektive Verantwortlichkeit existiert habe. Man könne nicht einem solchen Grundsatz gemäß vorgehen,

⁴⁴³"Memorandum of Reservations presented by the Representatives of the United States to the Report of the Commission on Responsibilities", 29. 3. 1919, BDFA, PPC 4, Doc. 54, S. 361-373, hier S. 361-362, 364, 372. Der Bericht auch in *American Journal of International Law* XIV (1920), S. 95 ff.

⁴⁴⁴"Memorandum of Reservations", BDFA, PPC 4, Doc. 54, S. 364, 367, 371-372.

⁴⁴⁵Vgl. Teil 1, Kap. 5. 3.

⁴⁴⁶Rat der Vier, 2. 4. 1919, Mantoux I, S. 121.

bevor dieser anerkannt worden sei.⁴⁴⁷ Das war die klassische Auffassung der "nulla poene sine lege".

Nach einem recht fahrigem Diskussionsbeginn hatte Wilson, wie es schien, nun eine Position eingenommen, die er mit genügender Prinzipienfestigkeit vertreten konnte, wenn auch aus der Defensive heraus, in die Lloyd George ihn drängte. Bezeichnend war, daß der Präsident nun ähnlich wie Lansing Zuflucht zur einer moralischen Verdammung Deutschlands nahm und dabei die drastischen Formulierungen aus dem Minderheitsbericht der US-Rechtsexperten verwendete. Wilson erklärte, er wolle den Historikern jegliche Sympathie für Deutschland nehmen, Deutschland dem Fluch der Geschichte aussetzen. Gleichzeitig wolle er aber nichts tun, wovon man sagen könne, die Sieger seien über ihr Recht in einer gerechten Sache hinaus gegangen.⁴⁴⁸

Die hier vertretene Gerechtigkeitskonzeption besagte, daß der Bösewicht Deutschland verwünscht werden müsse, ein eindringlicher Beweis für die bestrafende Seite des Präsidenten in seiner Sicht Deutschlands. Andererseits maß Wilson der Orientierung am geltenden Völkerrecht eine so hohe Bedeutung bei, daß er aus der moralischen Verdammungswürdigkeit des Kriegsgegners keine Möglichkeit abzuleiten vermochte, diesen dort juristisch zu belangen, wo das geschriebene Völkerrecht es nicht vorsah. Der Präsident akzeptierte die Grenzen des existierenden Völkerrechts auch für die Behandlung des Gegners und befand sich hier im Einklang mit dem in seinen Reden von 1917 und 1918 gesetzten Maßstab.

Die Ratssitzung am 2. April endete nicht mit einer Entscheidung in der Verantwortlichkeitsfrage, sondern in einer bemerkenswerten Auseinandersetzung der Staatsmänner der Siegermächte über Recht und Moral, Emotio und Ratio bei dem schwierigen Geschäft des Friedensschließens. Präsident Wilson räumte ein, bei der Schilderung der Grausamkeiten des Krieges stets in Wallung geraten zu sein. Doch erklärte er Lloyd George und Clemenceau bestimmt, er wolle sich in der Angelegenheit nicht von Gefühlen leiten lassen, sondern ausschließlich von der Vernunft: ein Rückbezug Wilsons auf seine Absicht bei Kriegsende, den Frieden nur in einer solchen Stimmungslage zu schließen, die nicht von Rachbedürfnissen geprägt war. Wilsons Haltung war umso bemerkenswerter, als seine Abneigung gegen den Kaiser nicht neu war.

Doch der Präsident unternahm einen erneuten Versuch, mit dem Verweis auf eine ungeteilte Gerechtigkeit ("impartial justice") eine nach allen Seiten vertretbare Konzeption des Friedens zum Maßstab zu machen. Gleichzeitig erhob Wilson sich damit nicht zum ersten Mal über die europäischen Regierungschefs, deren Länder einen weitaus höheren Blutzoll entrichtet hatten als Amerika. Gerade darauf wies Clemenceau immer wieder grimmig hin. Gesättigt mit 78 Jahren Lebenserfahrung, warf er die knappe Bemerkung in die Runde, nichts werde ohne Emotionen getan.⁴⁴⁹

In der Ratssitzung am 8. April, der ersten, an der Wilson nach seiner zwischenzeitlichen Erkrankung wieder teilnahm, orientierte er sich zunächst noch an seiner Argumentationslinie vom 2. April. Er griff den Vorschlag Lansings aus dem US-Minderheitsvotum auf, nationale oder internationale Militärgerichte über die Kriegsverbrechen urteilen zu

⁴⁴⁷Ebda., S. 122-123.

⁴⁴⁸Ebda., S. 123.

⁴⁴⁹Ebda., S. 124.

lassen.⁴⁵⁰ Wilson äußerte auch Bedenken, ob man die wirklich Verantwortlichen überhaupt belangen könne, da die Befehlsketten leicht zu verwischen seien.⁴⁵¹ Hinsichtlich der Verantwortlichkeit des ehemaligen Kaisers beharrte der Präsident weiter darauf, es gebe keinen Präzedenzfall, um diesen abzuurteilen, obwohl er mit Lloyd George und Clemenceau übereinstimmte, Wilhelm II. habe mit seinem Einmarsch in Belgien ein Verbrechen begangen. Die Sieger, so Wilson äußerst scharf, dürften sich nicht auf das Niveau der Kriminellen begeben, indem sie Rechtsgrundsätze über Bord werfen! Im übrigen solle man den Schuldigen nicht dadurch erhöhen, daß man ihn vor das höchste denkbare Tribunal bringe. Die schlimmste Bestrafung sei jene der öffentliche Meinung, eine für Wilson bezeichnende Bemerkung.⁴⁵²

Doch drang der Präsident mit keinem seiner Argumente bei Lloyd George und Clemenceau durch. Nachdem der britische Premier nochmals eindringlich sagte, die Sieger müßten den Königen und allen, die Regierungsverantwortung trügen, eine Lektion erteilen, schwenkte Wilson auf eine Frageposition ein. Er erkundigte sich nach den Vorschlägen Lloyd Georges, der sich diese Gelegenheit nicht entgehen ließ: er würde den Kaiser allein wegen der Verletzung des Vertrages von 1839 vor Gericht stellen. Daraufhin diskutierte Wilson über die mögliche Zusammensetzung eines solchen Tribunals und den Abstimmungsmodus. Ganz offensichtlich hatte Wilson eingelenkt und sagte, man habe die Frage in groben Zügen geklärt.⁴⁵³

Allerdings kann die Tragweite seines Zurückweichens an einer entscheidenden Stelle relativiert werden: dem Präsidenten mag Lloyd Georges Vorschlag, das Tribunal solle sich nur mit der Verletzung der belgischen Neutralität beschäftigen, als eine milde Variante einer Anklage erschienen sein. Denn die deutsche Verantwortung für den Kriegsausbruch war sehr eng gefaßt; von einer Verantwortung des ehemaligen Regenten für sämtliche von Deutschen verübten Kriegsverbrechen war keine Rede mehr. Der Präsident mag es sogar für sinnvoll gehalten haben, die Verletzung eines völkerrechtlich wirksamen Vertrages zu ahnden, auch wenn man sich damit in einen juristischen Grenzbereich begab, auf unerschlossenes Gelände, wie Wilson selbst sagte. Immerhin versprach die Anklage wegen einer Vertragsverletzung die Autorität des Völkerbundes zu stärken und die internationale Sicherheit zu stärken. Stellt man diese Erwägungen in Rechnung, war das Einlenken des Präsidenten weniger gravierend, als es den Anschein haben mochte.⁴⁵⁴

Wilson blieb auch bei seiner Zustimmung zu dem Plan Lloyd Georges, nachdem der italienische Ministerpräsident Orlando, ein Jurist, sich persönlich Wilsons Kritik angeschlossen hatte, obwohl der römische Regierungschef zusagte, den Empfehlungen seiner Rechtsexperten folgen zu wollen, die den Mehrheitsbericht unterschrieben hatten. In der Angst, Orlandos Bemerkungen könnten Wilsons Bedenken wieder verstärken, warf

⁴⁵⁰Lansing hatte Wilson, abgesehen von dem ausführlichen US-Minderheitsvotum, noch eine kürzere Fassung der US-Position zukommen lassen, die nur dessen Vorwort und Kapitel 1 enthielt. Angefügt war die Erklärung über die moralische Verurteilung Wilhelms II., die Lansing bereits in der 3. Sitzung der Verantwortlichkeitskommission am 12. 3. 1919 vorgelegt hatte, die aber nicht in dem ausführlichen Bericht enthalten war; BDFÄ, PPC 4, Doc. 44, S. 274; "Memorandum of Reservations", ebda., Doc. 54, S. 361-364; Memorandum für Wilson, PW 56, S. 611-617.

⁴⁵¹Rat der Vier, 8. 4. 1919, Mantoux I, S. 184-185.

⁴⁵²Ebda., S. 186-187.

⁴⁵³Ebda., S. 188-189.

⁴⁵⁴Für weitreichend hält Wilsons Kompromiß hingegen Dickmann, S. 39-40, ebenso Weinstein (s. u.).

der sonst schweigsame Clemenceau sein Wort in die Waagschale und lehnte vehement eine Amnestie für Kriegsverbrecher ab. Schließlich erklärte Wilson, vor einer abschließenden Entscheidung noch die Meinung seines Außenministers einholen zu wollen.⁴⁵⁵

Vermutlich beauftragte Wilson Lansing im Anschluß an diese Sitzung, die Frage zu prüfen, "to bring the ex-Kaiser to some sort of trial for violation of the neutrality of Belgium". Lansing übergab Wilson noch am 8. April ein Memorandum, das diese Formulierung als Arbeitsauftrag erwähnte.⁴⁵⁶ Dabei ist die Formulierung "some sort of trial" aufschlußreich: sie war so unbestimmt, daß darunter ein juristischer als auch ein politischer Prozeß verstanden werden konnte. Leider bietet die Ratssitzung am 8. April keinen sicheren Hinweis darauf, ob Wilson, als er seine Einwilligung in den Vorschlag Lloyd Georges signalisierte, damit auch einen von Lloyd George offensichtlich gewünschten juristischen Prozeß meinte. Die ist denkbar, es könnte aber auch sein, daß Wilson die Entscheidung genau darüber noch offenlassen wollte und daß die vage Formulierung im Auftrag an Lansing dies ausdrückte. Da in diesem Punkt - Einwilligung in einen juristischen oder Beschränkung auf einen politischen Prozeß - keine letzte Klarheit besteht, ist das Ausmaß der Konzession Wilsons nur unzureichend zu fassen. Diese wäre naturgemäß größer gewesen, wenn Wilson sich einem Strafrechtsprozeß angeschlossen hätte. Lansing jedenfalls kam in seinem Memorandum zu dem Schluß, der Tatbestand der Verletzung der belgischen Neutralität könne nicht als ein Vergehen gegen das Strafrecht gewertet, daher auch nicht von einem Strafgericht verfolgt werden. Gleichwohl sei der Angriff "so utterly violative of international morality and the sancticity of treaties", daß es eine "wise policy" sein könne, über die Schuld des Kaisers ein "extraordinary tribunal" richten zu lassen, welches eine angemessene Strafe als abschreckendes Beispiel für die Zukunft festlegen könne.

Als einen Ausweg aus dem Dilemma, keinen Strafprozeß einleiten zu können, aber dennoch einen Weg der Verurteilung des Kaisers zu finden, schlug Lansing nun vor, das zur Debatte stehende Vergehen solle ausdrücklich nicht als ein rechtliches, sondern als ein politisches bewertet werden und das Sondertribunal müsse politischen Ursprungs sein, auch wenn es ähnlich vorgehe wie ein Strafgericht. Ebenso müsse jede gewählte Bestrafung eindeutig politischen Charakter tragen. Lansing erwähnte den Umgang mit Napoleon im Jahre 1815 als einen Präzedenzfall; der Unterschied sei nur, daß nunmehr ein Tribunal als Zwischenschritt fungiere, das das Ausmaß der Schuld feststellte. Der politische Prozeß hatte nach Meinung Lansings die Funktion, die nachfolgende politische Strafe exakt begründen zu können. Möglicherweise wollte Lansing auf diese Weise auch eine pauschale Verhängung der Todesstrafe ausschließen.

Der Außenminister äußerte am Ende seine persönliche Hoffnung, die Konferenz werde von dem vorgeschlagenen Vorgehen absehen und sich auf eine öffentliche Verurteilung des ehemaligen Kaisers beschränken; doch er hielt den von ihm angebotenen Ausweg für einen geeigneten Kompromiß. Tatsächlich war der von Lansing vorgezeichnete Weg nicht ungeschickt; bedeutete er doch keinen bedingungslosen Rückzug der US-Delegation. Lansing selbst hatte den möglichen Ausweg schon vorgezeichnet, als er in

⁴⁵⁵Rat der Vier, 8. 4. 1919, Mantoux I, S. 189-192; vgl. Hankey, Control, S. 116.

⁴⁵⁶Lansing an Wilson, 8. 4. 1919, PW 57, S. 131. Vgl. Schwabe, Revolution, S. 512-513: laut Lansings Desk Diary vom 8. 4. 1919 sagte Wilson dem Außenminister, Lloyd George bestehe nur noch auf einem Prozeß wegen Verletzung des Vertrags von 1839.

der Verantwortlichkeitskommission eine scharfe moralische Verurteilung Wilhelms II. empfohlen hatte, er entwickelte seine Position nur noch etwas weiter.

Die Amerikaner konnten, so kalkulierte der Jurist Lansing, ihre rechtliche Position weiterhin bewahren. Das auch von Lansing und seinem Rechtsberater Brown Scott verfolgte Ziel einer klaren Verurteilung Wilhelms würde vermutlich am Ende stehen, möglicherweise um politische Strafmaßnahmen ergänzt. Die zweifellos präzedenzlose Institution eines einmaligen Sondergerichts war dabei als Kompromiß in Kauf zu nehmen. Die Gefahr, daß es sich um Siegerjustiz handelte, schien dadurch gebannt, daß es um lediglich politische Maßnahmen der Sieger ging, die einen unbestreibaren Vorläufer in der Exilierung Napoleons besaßen, welche mit dem Recht der Sieger nach dem 2. Pariser Frieden beschlossen worden war. Schließlich war zu bedenken, daß das politische Sondergericht sich allein mit der Verletzung der belgischen Neutralität zu beschäftigen hatte und sämtliche anderen Anklagepunkte fortfielen. Damit hatte sich Lloyd George schon weit in die amerikanische Richtung bewegt - was auch Wilson erkannt hatte.

Präsident Wilson scheint von dem Vorschlag seines Außenministers ohne weiteres überzeugt worden zu sein. Das gilt auch für den Fall, daß Wilson sich schon in der Sitzung am 8. April entschieden haben sollte, doch einem juristischen Prozeß zuzustimmen - in diesem Fall hätte Lansing ihn gebremst. Wilson las den von ihm ausformulierten Vorschlag Lansings am 9. April im Rat der Vier vor.⁴⁵⁷ Danach sollte der ehemalige Kaiser vor ein besonderes Tribunal aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italien, der USA und Japans gestellt werden. Die Anklage gegen Wilhelm habe nicht juristische Straftatbestände zur Grundlage, sondern vielmehr ein "attentat suprême contre la moralité internationale et la foi des traités".⁴⁵⁸ Der ins Auge genommene Gerichtshof, der von den höchsten Prinzipien internationaler Politik geleitet sein müßte, solle die Strafe bestimmen. Holland solle gebeten werden, den ex-Kaiser auszuliefern.

Der übrige Teil des Vorschlags bezog sich auf die Verhandlung von Kriegsverbrechen im engeren Sinne vor nationalen, in besonderen Fällen auch internationalen Militärgerichten. Nachdem Wilson sein Papier vorgelesen hatte, stimmten die alliierten Premiers ohne längere Diskussion zu. Über die Verantwortlichkeitsfrage war eine weitgehende Einigung erzielt worden.

Dabei ist es als ein amerikanischer Erfolg zu werten, die Kriegsverbrechen, die den allergrößten Teil der Prozesse ausmachen würden, nicht vor einem neuzugründenden internationalen Gerichtshof zu verhandeln, sondern so weit wie möglich auf die im Völkerrecht bewährten nationalen Militärgerichte zurückzugreifen. Die Einberufung eines politischen Sondergerichts ist zweifellos als eine Konzession zu werten; aber immerhin war der amerikanische Rechtsstandpunkt dabei gewahrt, wenn auch auf eine eher formaljuristische Weise. Sicher ist die Einschätzung Dickmanns, Wilsons Schritt am 9. April sei eine deutliche "Preisgabe der Rechtsprinzipien" durch Wilson gewesen, eine "Desavouierung seiner Vertreter in der Kriegsschuldkommission", zu hart geurteilt und teilweise unzutreffend, da Lansing selbst an dem Kompromiß beteiligt gewesen ist.⁴⁵⁹

⁴⁵⁷Memorandum Wilsons, "Outline suggested with Regard to Responsibility and Punishment", 9. 4. 1919, PW 57, S. 631. Vgl. Wilson an Lansing, 9. 4. 1919, ebda., S. 149.

⁴⁵⁸Rat der Vier, 9. 4. 1919, Mantoux I, S. 195. Vgl. Schwabe, *Revolution*, S. 513 f.

⁴⁵⁹Dickmann, S. 40. Das Memorandum Lansing ist dem Autor nicht bekannt gewesen.

Ob es der wesentliche Grund für den Kompromiß gewesen ist, daß die Amerikaner die Verantwortlichkeitsfrage letztlich als zweitrangig eingeschätzt haben, ist ebenfalls fraglich.⁴⁶⁰ Hätte Lansing selbst dies so gesehen, hätte er zuvor wohl kaum so nachdrücklich auf dem amerikanischen Sondervotum in der Kommission beharrt. Auch sollte der Brief, in dem Lansings den Präsidenten am 10. April zu dem erreichten Ergebnis beglückwünschte, nicht zu hoch bewertet werden.⁴⁶¹ Denn das Schreiben läßt sich auch psychologisch erklären: als Lansings Freude darüber, daß der Präsident, der ihn sonst weitgehend mied, ihn ausgerechnet hier nochmals konsultierte und seinen Kompromißvorschlag umsetzte.

Es ist auch eher unwahrscheinlich, daß Wilson selbst die Frage der deutschen Verantwortung für den Krieg und der Kriegsverbrechen für sekundär gehalten hat - im Gegenteil: Hier ging es um Fragen von Recht und Moral, denen Wilson stets ein besonderes Interesse entgegenbrachte. Es war ja keineswegs so, daß Wilson auch in anderen Fragen immer nach unmittelbaren amerikanischen Interessen entschieden hätte. Die Prinzipien der Behandlung des Besiegten konnten ihm kaum gleichgültig sein. Entscheidend für seine Haltung dürfte vielmehr sein charakteristischer moralischer und moralisierender Zug gewesen sein, der sich unter Druck, wie er in den ersten Apriltagen ja massiv herrschte, und, wie zu prüfen sein wird, unter Krankheitsbedingungen nur noch verstärkte.

Denn es sollte nicht übersehen werden, daß durch die von den US-Vertretern in der Verantwortlichkeitskommission befürwortete moralische Verurteilung des Ex-Kaisers, die in dieser Schärfe von den Alliierten gar nicht vorgesehen worden war, bereits eine Brücke gebaut worden war zu dem schließlichen Kompromiß. Wilson, der bereits in seinen Kriegsreden keinen Zweifel an seiner Abneigung gegenüber den deutschen Machthabern gelassen hatte, hat in der Ratssitzung am 2. April eine solche Verurteilung Wilhelms II. ausdrücklich begrüßt. Er hat sie jedoch, was sehr wichtig ist, an einem zentralen Punkt sogar ausgedehnt: er wollte nicht nur Wilhelm II., sondern *ganz Deutschland* dem Abscheu der Geschichte überantworten.⁴⁶² Die bereits bekannte bestrafende Seite der Deutschlandpolitik des Präsidenten dominierte an dieser Stelle eindeutig.⁴⁶³

Während Wilson am 2. April und zu Beginn der Sitzung des 8. April Bedenken gegen ein juristisches Tribunal wohl in erster Linie nicht deshalb vorgebracht hatte, um Milde gegenüber Deutschland zu demonstrieren, sondern um den für ihn gültigen Grundsatz des Völkerrechts nicht zu mißachten, kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß ihm die vorgeschlagene Form eines politischen Prozesses durchaus in sein Konzept einer moralischen Verdammung des ehemaligen deutschen Regenten und des kaiserlichen Deutschland paßte. Ja noch mehr: eine solche massive moralische Verdammung, gleichsam wie das Urteil eines Jüngsten Gerichts, mochte als eine psychische Strategie der Rationalisierung Kompromisse, die Wilson Anfang und Mitte April zum Nachteil Deutschlands schloß und die seine vierzehn Punkte in Frage stellten, um so eher legi-

⁴⁶⁰Diesen Punkt sieht Schwabe, *Revolution*, S. 515, im Vordergrund.

⁴⁶¹Wie bei Schwabe, *Revolution*, S. 515, über Lansings an Wilson, 10. 4. 1919.

⁴⁶²Wilson im Rat der Vier, 2. 4. 1919, Mantoux I, S. 123: "Ce que je veut éviter, c'est de laisser aux historiens und sympathie quelconque pour l'Allemagne. Je veut vouer l'Allemagne à l'exécration de l'histoire".

⁴⁶³Vgl. Kap. 1. 3. und 4. 3.

timieren. Gleichzeitig war seine zwiespältige Sicht gegenüber Deutschland auf die Spitze getrieben.

War Wilson sich der Wirkung eines so unmißverständlichen moralischen Urteils auf das Nachkriegsdeutschland bewußt, das sich immerhin anschickte, erste demokratische und republikanische Gehversuche zu unternehmen? Wie konnte unter einem solchen Verdikt die Einbeziehung in die Nachkriegsordnung gelingen, die Wilson ja nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bei mehreren Gelegenheiten sogar begrüßt hatte? Wilsons widersprüchliche Haltung gegenüber Deutschland ist bereits in der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund deutlich geworden. Ein schlüssige Deutschlandpolitik war unter diesen Bedingungen unmöglich geworden. Deutschland und sein kaiserlicher Regent wurden in dieser Perspektive nicht in die Schranken gewiesen, weil sie das Gleichgewicht gestört und die nationalen Interessen der USA bedroht hatten, sondern weil sie moralisch minderwertig waren und sich außerhalb der Staatenordnung gestellt hatten. Diese moralische Inferiorität würde durch einen Schuldspruch gleichsam verewigt werden.

Ein wesentlicher Teil des Wilsonschen Entwurfs vom 9. April 1919 zur Frage der Verantwortlichkeit wurde schließlich in die Strafbestimmungen des Versailler Vertrages übernommen. Darin hieß es, die Sieger würden Wilhelm II. "wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge" anklagen, ihn vor einen Gerichtshof aus Vertretern der Fünf zitieren, der auf der "Grundlage der erhabensten Grundsätze internationaler Politik" urteilen solle. Die holländische Regierung werde um die Auslieferung des Kaisers gebeten.⁴⁶⁴

Die engültige Fassung erhielt der Vertragsartikel über die Anklage gegen Wilhelm II. erst am 1. Mai 1919. Wie bereits in Teil 1, Kap. 5. 3. ausgeführt, plädierte Lloyd George dafür, den Halbsatz wegzulassen, daß Wilhelm II. nicht wegen eines Vergehens gegen das Strafrecht belangt werde. Wilson stimmte diesem folgenschweren Schritt ohne Diskussion zu. Hat der zur Begründung vorgebrachte Hinweis Lloyd Georges auf die Meinung der britischen Kronjuristen den US-Präsidenten überzeugt? Diese hatten argumentiert, bei Belassung der fraglichen Passage werde der Anschein erweckt, der Kaiser habe keinerlei Verstöße gegen das Strafrecht begangen. Doch auch wenn Lloyd George nicht die Intention verfolgt haben sollte, Wilson zu überrumpeln, war es offenkundig, daß durch die erfolgte Änderung der ohnehin nur formaljuristisch bewahrte amerikanische Rechtsstandpunkt nicht mehr sichtbar war. Zwar hieß es im Vertragstext nicht, der ex-Kaiser werde vor einem Strafgericht angeklagt werden, aber es war nun nicht mehr ohne weiteres klar, daß das geplante Sondergericht einen rein politischen Charakter haben sollte. Es ist überaus erstaunlich, daß der Präsident auf der Klarstellung, auf die Lansing und er am 8. und 9. April so bedacht gewesen sind, nicht mehr bestand.

⁴⁶⁴Rat der Vier, 1. 5. 1919, FRUS, PPC V, S. 389 f. (fehlt bei Mantoux). Vgl. die Artikel 227-229 des Versailler Vertrages, Teil VII; S. 106-108.

14. 3. Die moralische Ächtung Deutschlands. Wilsons Krankheit und die Frage der deutschen Kriegsschuld

Im folgenden sollen noch weitere Argumente geprüft werden, die für Wilsons Persönlichkeit, für seine Position in der Kriegsschuldfrage und auch bei anderen Fragen eine Bedeutung haben könnten. Es geht um die Frage, ob Wilson aus medizinischen Gründen Veränderungen in seiner Persönlichkeit erlitten hat, die für bestimmte Aspekte seiner Politik verantwortlich sein könnten.

Es ist hinreichend bekannt, daß Wilson am Abend des 3. April 1919 mit Husten, Fieber und gastrointestinalen Problemen erkrankte. Die Krankheit schwächte ihn vier Tage lang erheblich und band ihn an das Krankenbett, bis er am Nachmittag des 8. April erstmals wieder an einer Sitzung des Obersten Rats teilnehmen konnte, die ihn jedoch noch sehr anstrengte.⁴⁶⁵

Der amerikanische Neurologe Edwin Weinstein hat, aufbauend auf Dr. Graysons Diagnose einer Grippeerkrankung, 1981 als erster Autor die These vertreten, diese Grippe sei mit einer cerebralen (Hirn-) Beteiligung einhergegangen, zurückzuführen auf das Influenza-Virus selbst oder das mit diesem häufig assoziierte "Encephalitis lethargica"-Virus. Letzteres Virus, so Weinstein, könne Persönlichkeitsveränderungen verursachen, vergleichbar mit der Wirkung einer Elektroschock-Therapie. Die Symptome von Wilsons Persönlichkeitsveränderung, verschärft durch seine vorbestehende Gefäßkrankung - eine schwere arterielle Hypertonie -, hätten in Euphorie und Irritabilität, Mißtrauen und Paranoia bestanden. Als Konsequenz, folgert Weinstein, habe Wilson seine Gewissensprobleme infolge seiner Kompromißpolitik verloren: "His reversal of attitude toward Germany's responsibility for the war relieved him of the moral guilt which he probably felt because he had not vindicated all of the Fourteen Points." Früher, so Weinstein, habe Wilson gehofft, die Vierzehn Punkte könnten umgesetzt werden; nun habe er geglaubt, die sei tatsächlich der Fall gewesen.⁴⁶⁶ Mit Blick auf diese Hypothese soll hier nur festgehalten werden, daß Weinstein dabei von der Grundlage ausgeht, daß Wilson seine Position in der Kriegsschuldfrage signifikant wechselte. Dieses Argument kann, wie in den obigen Passagen erklärt, durchaus relativiert werden.

Während die Grippediagnose Dr. Graysons und Weinsteins darauf aufbauende These einer "Encephalitis lethargica"-Infektion von mehreren amerikanischen Medizinern im Jahre 1986 bezweifelt worden sind⁴⁶⁷, meint der amerikanische Neurologe Bert Park in

⁴⁶⁵Zum detaillierten Bericht über Wilsons Krankheit siehe das Tagebuch seines Arztes Grayson, 3. 4. 1919, PW 56, S. 556-557; 4. 4., ebda., S. 584-585; 5. 4., PW 57, S. 3-4; 6. 4., ebda., S. 50-52; 7. 4., ebda., S. 62, 67; 8. 4., ebda., S. 98, 101; 9. 4., ebda., S. 145-147.

⁴⁶⁶E. Weinstein, *Woodrow Wilson. A Medical and Psychological Biography*, Princeton 1981, S. 336-48; Zit. S. 345. Weinsteins Interpretation stützt sich auf die sorgfältige Auswertung des lange Zeit unveröffentlichten, mittlerweile aber in den Wilson-Papers zugänglichen Tagebuches von Wilsons Arzt Dr. Grayson. Wilson habe seinen ersten großen Schlaganfall bereits mit 39 Jahren in Princeton erlitten, als dessen Folge er auf dem linken Auge teilweise erblindet sei. Der massive Schlaganfall vom 2. 10. 1919, mitten in seinem Kampf um die Ratifikation des Friedensvertrages, setzte den Präsidenten schließlich völlig außer Gefecht (ebda., S. 141-180; S. 349-378). Weinstein führt das Scheitern des Versailler Vertrages im amerikanischen Senat letztlich auf Wilsons cerebrale Dysfunktion nach dem Anfall zurück (ebda., S. 363).

⁴⁶⁷Vgl. dazu die Anmerkungen der Herausgeber der Wilson-Papers (A. S. Link u. a.) in PW 56, S. 557, Anm. 2 und PW 57, S. 147, Anm. 4. Sie konsultierten als Experten drei amerikanische Infektiologen, von denen zwei, vor allem A. Stanley Link, aber auch Samuel Pegram, eine von Wilsons Arzt Grayson diagnostizierte Influenza für weitgehend ausgeschlossen und Wilsons Erkrankung für eine selbstlimitierende

einer umfangreichen Abhandlung von 1988 über Wilsons Krankheit vor allem mit Blick auf die Jahre 1918 und 1919, eine Infektion Wilsons mit dem Influenza-Virus sei keineswegs als unwahrscheinlich anzusehen. Park ergänzt seine recht überzeugende These aber um einige sehr wichtige Beobachtungen.⁴⁶⁸ Erstens, so der Neurologe, seien Prodromal- (=Vorläufer-) Symptome bei Wilson bereits Ende März 1919 auszumachen.⁴⁶⁹ Zweitens sei die Grippeerkrankung mit großer Sicherheit tatsächlich mit einer cerebralen Beteiligung einhergegangen, wenn auch nicht in Form des "Encephalitis lethargica"-Virus.

Viel wahrscheinlicher sei, daß Wilson im Rahmen seiner Grippe und auf dem Boden seiner schweren, unbehandelten Hochdruckkrankheit sowohl vorübergehende als auch bleibende psychische Veränderungen erlitten habe. So habe der Präsident im Vorfeld und während der Infektion Symptome eines Delirs entwickelt, mit dem wichtigsten Kennzeichen einer vorübergehenden Verwirrtheit, welches ebenso wie die Grippeinfektion selbst das Fortschreiten der Hirnveränderungen im Rahmen der Hochdruckkrankheit in negativer Weise beeinflusst habe.⁴⁷⁰ Drittens, so Park, könnten psychische Veränderungen durch die Hochdruckkrankheit, auf dem Wege der Veränderung von vorwiegend kleinen Hirngefäßen, mindestens bis in das Jahr 1918 zurückverfolgt werden. Wilson habe bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts unter einem arteriellen Bluthochdruck gelitten, der im Laufe der Jahrzehnte zu mehreren lakunären Hirninfarkten geführt habe, mit der Folge der langsamen Herausbildung einer sogenannten Multi-Infarkt-Demenz.

Park hält anhand einer Reihe von Beispielen frühe dementielle Veränderungen bei Wilson seit Ende 1918 für sehr wahrscheinlich. Diese hätten in den ersten Monaten des Jahres 1919 zugenommen und seien durch die Infektionskrankheit aggraviert worden. Alle klinischen Merkmale dieser cerebralen Veränderungen sieht Park als gegeben an: kognitive Einbußen, Einschränkungen der Merkfähigkeit, behinderte Urteilsfähigkeit, Persönlichkeitsveränderungen, dabei keine Bewußtseinsveränderung, schließlich die Annahme einer zugrundeliegenden Ursache (Bluthochdruck).⁴⁷¹

Park ist allerdings - im Gegensatz zu einer Publikation aus seiner Feder von 1986 - sehr zurückhaltend in der Frage, ob Wilsons kombiniertes Krankheitsbild bereits im April 1919 in einer relevanten Einschränkung seiner Führungs- und Verhandlungsfähigkeit resultiert habe, obwohl mehrere Zeitzeugen recht abrupte Änderungen in Wilsons Verhalten, Stimmung und emotionalen Reaktionen wahrgenommen hätten.⁴⁷² Wilsons Elastizität und Flexibilität seien in verschiedenen Fragen noch erhalten gewesen - vor allem der Einbeziehung der Pensionen in die Reparationsrechnung.⁴⁷³ Eine bedeutsame Einschränkung seiner Fähigkeiten als politischer Führer sei jedoch spätestens Mitte Mai 1919 offensichtlich geworden; Wilson habe eine zunehmende Rigidität, Intransigenz

Viruserkrankung der Atemwege halten, während Richard Marx einen atypischen Influenza-Verlauf nicht ausschließt. Was allerdings keiner der Mediziner in Zweifel zieht, ist eine Phase längerer postinfektöser Müdigkeit.

⁴⁶⁸B. E. Park, *The Impact of Wilson's Neurologic Disease during the Paris Peace Conference*, PW 58, S. 611-630, hier S. 615-617.

⁴⁶⁹Ebda., S. 619-620

⁴⁷⁰Ebda., S. 617-618, 621-622.

⁴⁷¹Ebda., S. 612-615.

⁴⁷²Ebda., S. 617-625. Vgl. B. E. Park, *The Impact of Illness on World Leaders*, Philadelphia 1986.

⁴⁷³Vgl. Kap. 6. 5.

und Ungeduld aufgewiesen, typisch für die Inflexibilität bei einer fortschreitenden cerebrovaskulären Demenz; auch habe er die Arbeit der Konferenz maximal beschleunigen wollen.⁴⁷⁴

Der Neurologe Edwin Weinstein stimmt in einem Artikel von 1988 mit Park hinsichtlich der Diagnose einer fortschreitenden Hochdruckkrankheit mit cerebraler Beteiligung im Sinne einer Multi-Infarkt-Demenz überein, hält auch die Verstärkung dieser Krankheit durch die Infektionserkrankung Anfang April 1919 für relevant. Seit 1918 habe es bei Wilson zunehmende Hinweise auf Müdigkeit, sozialer Rückzug, Mißtrauen, Egozentrik, Geheimniskrämerei gegeben; auch sei er brüsk im Umgang mit Andersdenkenden bzw. politischen Gegnern geworden.⁴⁷⁵ Weinstein, der bereits in einem Brief an die Herausgeber der Wilson-Papers von 1986 seine frühere Diagnose "Encephalitis lethargica" selbst bezweifelte⁴⁷⁶, hält allerdings im Gegensatz zu Park den Einfluß der Hochdruckkrankheit und der Infektion Anfang April auf Wilsons politische Entscheidungen bereits in jenen Tagen für gegeben.⁴⁷⁷

Der verblüffendste Wechsel in Wilsons politischem Verhalten, dies ist für unser Thema bedeutsam, zeigte sich nach Weinsteins Ansicht in Wilsons Haltung zu den Deutschen, wobei diese Veränderung nicht nur neurologische, sondern auch psychische Hintergründe habe.⁴⁷⁸ So sei Wilsons Zustimmung zur Anklage gegen den ex-Kaiser eine ebenso signifikante Verhärtung seiner Position gegenüber den Deutschen wie seine spätere Einwilligung am 1. Mai, die Erwähnung fortzulassen, daß das Sondergericht keinen Strafprozeß beabsichtige. Überdies habe Wilson eine merkliche Animosität gegenüber den deutschen Delegierten an den Tag gelegt, die Anfang Mai nach Versailles kamen. Weinstein hält dabei seine frühere psychologische These aufrecht, Wilson habe seine Schuldgefühle, daß die Friedensregelung nicht mit den Vierzehn Punkten übereinstimmte, verdrängt. Abgesehen davon sei seit Mai 1919 eine zunehmende Realitätsverleugnung des Präsidenten aufgrund seiner Hirnschädigung nachweisbar, ferner emotionale Veränderungen wie Empathieverlust, und Projektion seiner Probleme auf andere.⁴⁷⁹

Um das Bild zu vervollständigen, soll abschließend auf ein Ereignis Ende April 1919 eingegangen werden, welches weniger von Park und Weinstein, sondern vor allem von dem amerikanischen Mediziner James F. Toole und von den Herausgebern der Wilson-Papers hervorgehoben wird. Sie beziehen sich auf zeitgenössische Quellen, darunter ei-

⁴⁷⁴Park, Impact of Wilson's Neurologic Disease, S. 622, 625-630. Das letzte Argument scheint dabei auf eher schwachen Füßen zu ruhen- es könnte ebensogut sein, daß Wilson, der zum zweiten Mal wochenlang nicht in Washington war, die zähen Verhandlungen endlich zu Ende bringen wollte.

⁴⁷⁵E. Weinstein, Woodrow Wilson's Neuropsychological Impairment and the Paris Peace Conference, PW 58, S. 630-635, hier S. 630-632.

⁴⁷⁶Weinstein an die Herausgeber der Wilson-Papers, 1. 3. 1986, PW 56, S. 558.

⁴⁷⁷Weinstein, Woodrow Wilson's Neuropsychological Impairment, S. 632: "Wilson's attack of viral illness in early April had both transient and enduring effects on his behavior."

⁴⁷⁸Weinstein, S. 633-634. "Wilson's hard line policy towards the Germans took place in a setting of increasing memory loss and cognitive difficulties." (S. 634).

⁴⁷⁹Weinstein, S. 634-635. "The combination, however, of memory loss and other cognitive impairment, emotional disturbances, and a denial syndrome, along with Wilson's hypertension and retinal pathology, lead to a clinical diagnosis of multi-infarct-dementia". (S. 635).

ne medizinische. Nach diesen Quellen ist es hochwahrscheinlich, daß Woodrow Wilson am 28. April 1919 einen weiteren Schlaganfall erlitten hat.⁴⁸⁰

Unter Berücksichtigung dieser wichtigen medizinischen und psychologischen Beobachtungen und Kontroversen soll - bei aller nötigen Vorsicht mit Blick auf eine ex-post-Beurteilung gerade in der Medizin - abschließend Wilsons Position in der Frage der deutschen Verantwortlichkeit und Kriegsschuld gewichtet werden.

Zunächst ist hervorzuheben, daß der Positionswechsel Wilsons, einer Gerichtsverhandlung gegen Wilhelm II zuzustimmen, nur ein relativer gewesen ist, wie oben bereits erläutert. Er könnte begünstigt worden sein durch eine starke Müdigkeit, die Dr. Grayson nach der Ratssitzung am Nachmittag des 8. April bei Wilson feststellte.⁴⁸¹ Aber auch wenn Wilson nun zustimmte, den Kaiser vor ein Gericht zu bringen, auch wenn es nur ein politisches Sondergericht sein sollte, kann man diesen Schritt durchaus als eine Radikalisierung der moralischen Position des Präsidenten verstehen: die moralische Verdammung Deutschlands, die der Präsident ja schon am 2. April gefordert hat, erhielt durch ein Tribunal wegen des Überfalls auf Belgien eine Verstärkung. Mit anderen Worten, es kann von einer weitgehenden Kontinuität Wilsons in zwei Punkten ausgegangen werden: einmal der Kontinuität in der Bewahrung der amerikanischen Rechtsposition, zum anderen der Kontinuität einer moralischen Verurteilung der Deutschen, letzteres zumindest, was Wilsons Äußerungen zwischen dem 2. und dem 8. April anbelangt.

Viel interessanter als der zwar nicht in Abrede zu stellende, aber im Lichte des Gesagten eher mäßige Positionswechsel Wilsons in der Frage des Tribunals scheint seine Haltung moralischen Abscheus nicht nur gegenüber Wilhelm II., sondern ausnahmslos gegenüber Deutschland als ganzem zu sein, wie es bereits in der Sitzung am 2. April zum Ausdruck kam. An dieser Stelle ist es in der Tat lohnenswert, die medizinischen Beobachtungen anzuführen, obgleich die genannten Autoren sich dieser Sitzung nicht speziell widmen.

Denn auch wenn die Frage der Beeinträchtigung Wilsons in seinen politischen Entscheidungen durch ein zunehmendes hirnorganisches Syndrom Ende März und Anfang April nicht mit letzter Sicherheit geklärt werden kann, erscheint die Annahme nicht unplausibel, daß Wilson durch seine Krankheit und die ohnehin bestehende psychophysische Erschöpfung im Sinne einer Radikalisierung seiner moralischen Position beeinträchtigt gewesen sein mag. Die sich in den Monaten seit Kriegsende verstärkende, aber am 2. April überaus deutliche moralische Rigidität gegenüber Deutschland könnte - bei aller gebotenen Zurückhaltung - als ein Hinweis für das Fortschreiten des Krankheits-

⁴⁸⁰J. F. Toole, *Some Observations on Wilson's Neurologic Illness*, PW 58, S. 635-638. Toole bezieht sich dabei auf eine Arbeit des US-Mediziners W. Alvarez über Schlaganfälle von 1966, in dem dieser sich auf den bekannten Neuropsychiater Dr. Thewlis stützt, der Wilson am 28. 4. 1919 besuchte; ferner auf die Information des Wilson-Biographen Gene Smith, dem Grayson seine Kenntnis von mehreren Schlaganfällen Wilsons bereits vor der Pariser Friedenskonferenz mitteilte. Toole stützt im übrigen die Diagnose Parks und Weinstens einer Multi-Infarkt-Demenz mit einem Status lacunaris. Die Indizien, die auf einen Schlaganfall hindeuten - plötzliche Schwäche der rechten Hand, Schriftveränderungen, von Zeitzeugen wahrgenommene emotionale Veränderungen (verstärktes Mißtrauen, Paranoia) können hier nicht ausgeführt werden. Siehe z. B. Grayson Diary, 1. 5. 1919, PW 58, S. 275-276; Abdruck von Schriftproben Wilsons, ebda., S. 608-609; Park, *Impact of Wilson's Neurologic Disease*, ebda., S. 627; ferner die Anmerkungen der Herausgeber der Wilson-Papers, ebda., S. VIII, X, S. 638-640.

⁴⁸¹Grayson Diary, 8. 4. 1919, PW 57, S. 101.

bildes gewertet werden. Aufgrund seiner doppelten Beanspruchung durch den krisenhaften Konferenzverlauf seit Ende März, der eine Teilursache der Erkrankung gewesen sein könnte, sowie durch die Infektionskrankheit selbst, mag Wilson seiner Neigung, die Dinge in Gut und Böse, richtig und falsch einzuteilen, stärker als sonst nachgegeben haben, so daß Deutschland dem Präsidenten zum alleinigen Bösewicht wurde. Denn im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich ist festzuhalten, daß Wilson bei einer so massiven Verurteilung des ex-Kaisers keinerlei nationale Interessen geltend machen konnte.

Sehr wahrscheinlich hat die Krankheit des Präsidenten noch ein weiteres Mal eine Rolle in der Kriegsschuldfrage gespielt, diesmal wohl eine entscheidende. Es geht um die Abänderung an dem schon entworfenen Vertragsartikel über die Anklage des ehemaligen Kaisers, die Lloyd George im Rat der Vier am 1. Mai erwirkte.⁴⁸² Dieser weitreichenden Änderung des Artikel hatte Wilson ohne weitere Diskussion zugestimmt, ohne daß ein Grund dafür ersichtlich war. Es spricht viel dafür, daß hier der Schlaganfall, den Wilson offenbar am 28. April erlitten hatte, ihn an dieser Stelle gleichsam außer Gefecht gesetzt haben könnte. Es könnte auch die krankheitsrelevante zunehmende Rigidität und Inflexibilität Wilsons in Verbindung mit seinem Wunsch, rasch zu einem Ende der Konferenz zu kommen, eine Rolle gespielt haben.

Die Reaktionen Wilsons auf die Konfrontation mit den Deutschen wenige Tage später, auf die später eingegangen wird⁴⁸³, ließe sich auch durch die rapide fortschreitende cerebrovaskuläre Krankheit erklären. Ferner wird in den nächsten Kapiteln an den entsprechenden Stellen geprüft, inwieweit Wilsons Erkrankung als eine Teilursache für seine politisch-diplomatischen Schritte gewertet werden kann.

15. Die wirtschaftliche und finanzielle Behandlung Deutschlands in amerikanischer Sicht

15. 1. Freihandel, wirtschaftliche Integration Deutschlands und Wiedergutmachung. Die amerikanische Meinungsbildung vor der Friedenskonferenz

Präsident Wilson hatte sich in seinen Reden während des Krieges auf einige Grundprinzipien der globalen Neuordnung konzentriert: die Ablehnung des Kräftegleichgewichts, die Herrschaft des Rechts, das Selbstbestimmungsrecht und die kooperative Sicherheit. In einigen Reden nahm er jedoch auch Stellung zu Fragen der wirtschaftlichen Ordnung und der Frage von Reparationen.

So erklärte der Präsident in einer Rede vom 22. Mai 1917, die an die russische provisorische Regierung gerichtet war: "No indemnities must be insisted upon except those that constitute payment for manifest wrongs done".⁴⁸⁴ In dieser Formulierung war bereits angedeutet, daß nach amerikanischem Verständnis Reparationen nur für die Schäden verlangt werden könnten, die aus Verletzungen des Völkerrechts resultierten. Die Punkte 7 und 8 der Vierzehn Punkte bezogen sich auf die Wiederherstellung der zer-

⁴⁸²Vgl. Teil 1, Kap. 5. 3.

⁴⁸³Vgl. Kap. 9.

⁴⁸⁴"Declaration to the Russian Provisional Government", Lansing im Auftrag Wilsons, 22. 5. 1917, FRUS 1917, suppl. 2, I, S. 73, PW 42, S. 367.

störten Gebiete in Belgien und Frankreich; von Reparationen oder Kriegsentschädigungen war nicht die Rede.⁴⁸⁵ Diese Auffassung fügte sich problemlos in die moralische Position des Präsidenten in den Fragen von Krieg und Frieden ein. In seiner Rede am 11. Februar 1918 verwendete der Präsident dann die zusammenfassende Formel: "There shall be no annexations, no contributions, no punitive damages."⁴⁸⁶ Das Wort Kontribution hatte eine vergleichbare Bedeutung wie "indemnity", also Kriegsentschädigung. Während diese Passagen der Reparationsfrage galten, trug Wilson dem Kongreß in seiner Rede zu den Vierzehn Punkten allgemeine wirtschaftliche Zielsetzungen vor. In Punkt 3 forderte Wilson "[t]he removal, so far as possible, of all economic barriers and the establishment of an equality of trade conditions among all the nations consenting to the peace and associating themselves for its maintenance".⁴⁸⁷ Mit diesen Worten benannte der Präsident das wirtschaftliche Regulationsprinzip der Nachkriegsordnung: die Politik der offenen Tür ("Open-door-Policy"), die der amerikanischen Tradition des Freihandels entsprach.⁴⁸⁸ Sie ermöglichte in Washingtoner Sicht einen langfristigen wirtschaftlichen Aufschwung und eine wechselseitige Handelsverflechtung, die dem Ziel internationaler Stabilität diene, nicht zuletzt aber auch amerikanischen Interessen. Freihandel benötigte Frieden und eine verlässliche Rechtsordnung. Kurzerhand erklärte der Präsident jegliche "special, selfish economic combinations" im Rahmen des Völkerbundes für unzulässig.⁴⁸⁹

Bedeutsam war die Frage, welche Rolle Deutschland in der hier entworfenen Weltwirtschaftsordnung zukommen würde. Grundsätzlich hatte Wilson in seinen Reden von 1917 und 1918 Deutschland eine wichtige Rolle in der Welt in Aussicht gestellt, einen fairen Anteil am Welthandel eingeschlossen. Ähnlich wie in der Frage der deutschen Zulassung zum Völkerbund machte der Präsident allerdings eine Einschränkung. Für den Fall, daß die Deutschen auch nach dem Krieg noch unter der alten Führung stünden, so warnte er in seiner Rede zur Lage der Nation im Dezember 1917, "it might be impossible to admit Germany to the free economic intercourse which must inevitably spring out of the other partnerships of a real peace". Wilson fügte allerdings hinzu, diese Begrenzung der deutschen Teilnahme am freien Welthandel sei nicht als "aggression" gemeint und werde "in the very nature of things" vorübergehend sein.⁴⁹⁰

Auch die oben zitierte Passage zum Freihandel in Punkt 3 der Vierzehn Punkte - der Abbau von Handelsbarrieren - konnte so gedeutet werden, daß Deutschland zunächst nicht in den Genuß wirtschaftlicher Gleichberechtigung kommen würde, sondern daß es, ähnlich wie bei der Zulassung zum Völkerbund, eine Zeit der Bewährung durchlau-

⁴⁸⁵"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 537. US-Sachverständige bemühten sich schon im Sommer 1918, die Bedeutung der Vierzehn Punkte Wilsons für die Wiederherstellung Belgiens und Frankreichs (Punkte 7 und 8) zu klären. Der Begriff "indemnity" wurde dabei zwar verwendet, aber klar definiert: "The American Program and International Law", Memorandum Millers, 31. 7. 1918, DCP II, Doc. 85, S. 323-475, zur Wiederherstellung Belgiens und Frankreichs S. 391-409; diese Passagen auch in Burnett, I, Doc. 13, S. 364-377.

⁴⁸⁶"An Address to the Joint Session of Congress", 11. 2. 1918, PW 46, S. 321; FRUS, 1918, WW, I, S. 110.

⁴⁸⁷"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 537.

⁴⁸⁸Vgl. zu den historischen Hintergründen Van Alstyne, Open Door Policy, S. 711-721.

⁴⁸⁹"Address in the Metropolitan Opera House, New York", 27. 9. 1918, PW 51, S. 130. Vgl. Young, Settlement, S. 312-313.

⁴⁹⁰"An Annual Message to the State of Union", 4. 12. 1917, PW 45, S. 198.

fen würde.⁴⁹¹ Das bedeutete auf der anderen Seite nicht, daß Wilson ein Programm wie den Clémentel-Plan gebilligt hätte. Der französische Handelsminister Clémentel baute auf die amerikanische Teilnahme an einer langfristigen wirtschaftlichen Kooperation der Alliierten, in deren Zentrum eine Kontrolle der Rohstoffe und der Handelsschifffahrt stehen sollte. Dieses System war gleichbedeutend mit einem alliierten Wirtschaftsblock, abgesichert durch Präferenzzölle. Die Voraussetzung dafür bildete eine staatlich kontrollierte, zentralisierte Ökonomie. Für die französische Regierung erschien eine Fortsetzung der alliierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit weit über das Kriegsende hinaus als ein zentrales nationales Interesse, weil nur so eine Aussicht bestand, Deutschlands wirtschaftliche Vormachtstellung in Europa zu brechen. Deutschland sollte in das System der Wirtschaftskontrollen durchaus eingebunden werden, aber dies mußte zu alliierten Bedingungen geschehen.⁴⁹²

Diese Wirtschaftspolitik, deren Planung in Paris im Jahre 1918 eine immer ausgefeiltere Gestalt annahm, stieß in Washington kaum auf Gegenliebe. Auch wenn Wilson den Kongreß ersuchen wollte, die amerikanischen Rohstoffexporte für einige Jahre nach dem Krieg zu kontrollieren, um nötigenfalls eine gute Waffe auf der Friedenskonferenz zu haben - auch gegen Deutschland⁴⁹³: für ihn bildete unbestritten der Freihandel das wirtschaftliche Fundament der Nachkriegsordnung. Ob die freie Marktwirtschaft auch wirklich das Patentrezept für alle wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit war, ist hier nicht das Thema. Jedenfalls war die Regierung in Washington und mehr noch der Kongreß nicht bereit, sich an einer kartellähnlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Siegermächte unter Einschluß von Rohstoffkontrollen zu beteiligen, auch nicht im Rahmen des Völkerbundes.⁴⁹⁴ Andererseits appellierte Wilson an den Kongreß, gegebenenfalls Exportpräferenzen und Unterstützungen für die verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens zu ermöglichen - was sich auf die Vierzehn Punkte zurückführen ließ.⁴⁹⁵

Mißtrauisch blickte der Präsident im Spätsommer 1918 auch auf die britische Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland. Wie Wiseman im August und September 1918 nach London berichtete, habe der Präsident fälschlicherweise den Eindruck gewonnen, die Alliierten und besonders England wollten nach dem Krieg eine "economic alliance against Germany" formieren und Deutschlands Handel für immer zerstören. Wilson wolle sich an einer solchen Politik keinesfalls beteiligen, schließe aber wirtschaftlichen Druck nicht aus, um Deutschland nötigenfalls zur Erfüllung des Friedensvertrages zu

⁴⁹¹"Probation" war der Begriff, den Wilson in der Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund wählte, siehe Kap. 4. 3. Vgl. dazu auch Trachtenberg, *Reparation*, S. 51-52, und zur Frage der Wirtschaftsordnung und der wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland ebda., S. 20-27.

⁴⁹²Zu den französischen Plänen und den amerikanischen Reaktionen Trachtenberg, *Reparation*, S. 3-27, unter Auswertung der Schrift E. Clémentels, *La France et la Politique Économique Interalliée*. Vgl. Miller an House, über ein Gespräch von Norman Davis mit Jean Monnet, einem Assistenten Clémentels, 3. 12. 1918, DCP I, S. 26.

⁴⁹³Wiseman an Reading, 20. 8. 1918, PW 49, S. 301.

⁴⁹⁴Hinsichtlich wirtschaftlicher Abmachungen im Rahmen des Völkerbundes stand Wilson unter dem Druck des Kongresses, Rat der Zehn, 27. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 731. Walworth, Moment, S. 244, nennt keinen Nachweis für seine Behauptung, Wilson habe auf der Reise nach Europa gesagt, an wirtschaftlichen Fragen wenig interessiert zu sein; die Memoranden über die Unterredung am 10. 12. 1918 von Day, Bullitt, Bowman und Seymour geben hier keinen Aufschluß (PW 53, S. 348-357).

⁴⁹⁵"An Annual Message on the State of Union", 2. 12. 1918, PW 53, S. 281; vgl. Daniels Diary über die Kabinettsitzung am 20. 11. 1918, Daniels, S. 350; PW 53, S. 150.

zwingen.⁴⁹⁶ Im September stellte Wilson klar, daß allenfalls der Völkerbund "economic penalty by exclusion from the markets of the world" verhängen dürfe⁴⁹⁷, eine Position, die er zwei Wochen später im Gespräch mit Wiseman bekräftigte.⁴⁹⁸ Bemerkenswert feindselig und mißtrauisch, vor allem gegenüber London, und sich politischer Druckmittel wohlbewußt, erwiderte Wilson im Kriegskabinet auf Baruchs Hinweis, die Franzosen wünschten Stahl und die Briten "many things": "I wish no ships & nothing done till peace. I intend to carry as many weapons to the peace table as I can conceal". Dies klang beinahe nach einem Überraschungsangriff. Er für seinen Teil, schloß Wilson, werde "cold and firm" sein; Großbritannien sei selbstsüchtig.⁴⁹⁹

So war es nur folgerichtig, daß die USA bald nach dem Waffenstillstand staatliche Kontrollmaßnahmen ihrer Wirtschaft rasch beendeten. Der War Industries Board unter Baruchs Leitung, der im nationalen Rahmen Kontrollen der Rohstoffe und der Industrieproduktion ausgeübt hatte, wurde aufgelöst. Mit diesem Schritt war die wirtschaftliche Kooperation der Kriegszeit mit den Alliierten beendet; jeglichen Konzepten einer - besonders von Frankreich gewünschten - international gelenkten Wirtschaft in der Nachkriegszeit erteilte Washington, hierin durchaus geleitet von nationaler Interessenpolitik, eine klare Absage. Das deutete Wilson auch am 2. Dezember vor dem Kongreß an.⁵⁰⁰ Herbert Hoover, nach dem Kriegsende amerikanischer Organisator der Lebensmittellieferungen nach Deutschland⁵⁰¹, wurde intern noch viel deutlicher: "This government will not agree to any programme that even looks like inter-Allied control of our economic resources after peace."⁵⁰²

Auch wenn der Kriegsgegner Deutschland eventuell für eine begrenzte Zeit aus der wirtschaftlichen Neuordnung ausgeschlossen bleiben würde, plante Washington keine langfristigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen. Deutschland sollte sein fairer Anteil am Welthandel nicht genommen werden.⁵⁰³ In diesen Zusammenhang gehört auch das amerikanische Interesse an einer baldigen Aufhebung, zumindest Abschwächung der Handelsblockade gegen die gegnerischen Staaten, auch gegen Deutschland, sowie den Beginn von Lebensmittellieferungen ("relief"), der im November 1918 nicht nur von

⁴⁹⁶Wiseman an Murray, 14. 9. 1918, PW 51, S. 8; vgl. Wiseman an Reading, 20. 8. 1918, PW 49, S. 300-301.

⁴⁹⁷"Address in the Metropolitan Opera House, New York", 27. 9. 1918, PW 51, S. 130. Trachtenbergs Einschätzung, "no form of economic cooperation was ever a vital feature of Wilson's plans for a >new world order<, ist zuzustimmen (Reparation, S. 22). House unterließ es während der Pariser Beratungen im November 1918, den Alliierten den Punkt 3 der Vierzehn Punkte zu definieren, Walworth, Moment, S. 67, 234. Über die Versorgungsprobleme siehe auch Tardieu an House mit einer Bemerkung von House für Wilson, 24. 12. 1918, PW 53, S. 497.

⁴⁹⁸Memorandum Wiseman, 16. 10. 1918, PW 51, S. 350.

⁴⁹⁹Daniels Diary, 6. 11. 1918, Daniels, S. 347, auch in PW 51, S. 615.

⁵⁰⁰Wilson's "Annual Message on the State of Union", 2. 12. 1918, PW 53, S. 278-281. Vgl. Trachtenberg, Reparation, S. 32 f.; Walworth, Moment, S. 231-248.

⁵⁰¹Der Punkt kann hier nicht ausgeführt werden; siehe z. B. Memorandum und Statement von H. Hoover und J. W. Davis, 10. 12. 1918, PW 53, S. 360-364; sowie die Dokumentationen von S. L. Bane/R. H. Lutz (Eds.): The Blockade of Germany after the Armistice, 1918-1919, Stanford 1942; und The Organization of American Relief in Europe, 1918-1919, Stanford 1943; H. Hoover, The Memoirs of Herbert Hoover, I: Years of Adventure 1874-1920, New York 1951, S. 278 ff.; Mayer, Politics, S. 262-268; ferner Walworth, Moment, S. 210-230.

⁵⁰²Hoover an Cotton, in Lansing an House, 8. 11. 1918, FRUS, 1918, I, 1, S. 616.

⁵⁰³Wiseman an Reading über eine Unterredung mit Wilson, 20. 8. 1918, PW 49, S. 301.

House befürwortet wurde.⁵⁰⁴ Letzteres war auch im Interesse eines Bollwerks gegen den Bolschewismus dringend vonnöten, und Wilson schrieb am 10. Januar 1919: "Food relief is now the key to the whole European situation and to the solutions of peace."⁵⁰⁵

Diese Ziele des Präsidenten wurden von den amerikanischen Wirtschafts- und Finanzexperten geteilt: Herbert Hoover, Bernard M. Baruch, Vance McCormick, Thomas W. Lamont und Norman H. Davis. Diese Sachverständigen, die langjährige Erfahrungen in der Privatwirtschaft hatten, unterstützten Wilsons Konzeption einer Nachkriegsordnung auf dem Boden einer liberalen Marktwirtschaft vorbehaltlos. Eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands, vor dem Krieg die führende kontinentaleuropäische Wirtschaftsmacht, war in ihren Augen eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Prosperität des Kontinents.

Ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Deutschlands war auch mit Blick auf Reparationen vonnöten. Denn wie konnte ein Deutschland, das man von den Weltmärkten ausschloß und dessen Handel man durch vielerlei Sanktionen behinderte, Reparationen zahlen? Charakteristisch für diese Einstellung war ein Memorandum des amerikanischen Bankiers und Finanzexperten der US-Delegation in Paris, Norman Davis. Obwohl erst im Juni 1919 in Reaktion auf die deutschen Gegenvorschläge zu den Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages verfaßt, kann es die ökonomische Perspektive der Amerikaner für Gesamteuropa bereits hier beispielhaft verdeutlichen. In ihr spielte Deutschland eine entscheidende Rolle: "The German situation and its treatment", schrieb Davis, sei der Schlüssel zur gesamten finanziellen Lage in Europa. "If Germany is not at work and consequently is in a chaotic situation and unprosperous, it is impossible for the rest of Europe to get to work and to be prosperous. It is most essential for the future stability of Europe that confidence and credit be restored at the earliest possible moment, and these can never be restored as long as any large nation in Europe is struggling under a financial burden which the investors of the world think she cannot carry". In dieser Sicht konnte die Unterscheidung der europäischen Länder in Sieger und Besiegte nicht lange aufrechterhalten werden: "The solution of the problem of our friends in Europe is bound up with a practical treatment of the reparation problem in respect to Germany."⁵⁰⁶

Davis unterstrich den psychologischen Faktor einer Stabilisierung, der in finanziellen Angelegenheiten eine große Rolle spiele. Gewinne Deutschland den Eindruck, es könne die ihm auferlegte Bürde nicht schultern, werde in Wirtschaftskreisen kein Vertrauen entstehen. Eine Rekonvaleszenz der krisengeschüttelten europäischen Wirtschaft werde dann ausbleiben. Deutschland müsse in die Reparationsregelung einbezogen werden, damit es selbst aktiv an der Erfüllung mitarbeiten könne. Aufgrund dieser Gefahren, so Davis weiter, sei es erforderlich, im Friedensvertrag eine feste Reparationssumme zu vereinbaren sowie das notwendige deutsche Arbeitskapital und einen Teil der deutschen Handelsflotte zu erhalten.

⁵⁰⁴Siehe dazu die Dokumente in FRUS, PPC II, zu "The Blockade and Regulation of Trade", S. 729-795; vgl. Walworth, Moment, S. 212-213, 237.

⁵⁰⁵Wilson an Tumulty, 10. 1. 1919, PW 53, S. 709, ähnlich Wilson an Lansing, 10. 1., ebda: "The real thing with which to stop Bolshevism is food."

⁵⁰⁶"Personal and Confidential Observations of Mr. Norman H. Davis to the President, on the Subject of the German Reply to the Allied Conditions of Peace, with Particular Reference to the Reparation Clauses", 1. 6. 1919, PW 60, S. 4-7, hier S. 6-7; auch in Burnett, II, Doc. 377-A, Zit. S. 103-104.

Davis berichtete im November 1918 nach einem Gespräch mit dem britischen Finanzexperten Keynes, Großbritannien wolle als Kriegsentschädigung lediglich den Verlust der zerstörten Schiffsfracht geltend machen und bei den Reparationen sehr zurückhaltend sein.⁵⁰⁷ Auch Miller gewann diesen Eindruck aus einem Gespräch mit dem Foreign Office-Beamten Tyrrell; die britischen Ansprüche würden aber voraussichtlich höher liegen als die deutsche Zahlungsfähigkeit.⁵⁰⁸ Daß dieser Eindruck nicht ganz zutraf, konnten zu diesem Zeitpunkt weder Keynes und Tyrrell noch Davis und Miller wissen.⁵⁰⁹ Mit Blick auf Frankreich äußerte Davis in seinem Memorandum den Verdacht, Frankreich wolle seine zunehmende Staatsverschuldung - aufgetürmt durch eine nicht steuer-, sondern kreditfinanzierte Kriegführung - über jährliche Reparationszahlungen aus Deutschland abbauen. Auch von seiten britischer Foreign Office-Beamter erhielten die US-Sachverständigen den Eindruck, die Hauptschwierigkeiten seien mit Frankreich zu erwarten.⁵¹⁰ Keynes nährte in einer Unterredung mit Miller und dem US-Finanzexperten Cravath den Verdacht, die finanzielle und territoriale Deutschlandpolitik der Pariser Regierung bildeten zwei Seiten einer Medaille: der "French demand for huge indemnity" sei "the basis for continued occupation and ultimate acquisition of the Rhine Provinces".⁵¹¹

Aus amerikanischer Sicht war es eine wichtige Frage, welchen Einfluß Washington bei der wirtschaftlich-finanziellen Behandlung Deutschlands gegenüber den europäischen Verbündeten ausüben konnte. In Kap. 2. 3. ist dargelegt worden, welche Schwierigkeiten Colonel House bei den Pariser Verhandlungen im November 1918 damit hatte, Großbritannien und Frankreich auf die amerikanischen Vorstellungen von Reparationen festzulegen. Mit der Bedeutungserweiterung des Begriffes "restoration", die auf eine britische Initiative zurückging, mußte Washington bereits einen Kompromiß akzeptieren, der den Deutschen in Form der Note Lansings vom 5. November 1918 zur Kenntnis gegeben wurde.

Damit die Amerikaner angesichts der erwarteten "enormous claims" der französischen und belgischen Regierung gewappnet wären, empfahl House Wilson am 10. November, US-Experten eine Schadensabschätzung vornehmen zu lassen, und leitete auch entsprechende Schritte ein.⁵¹² In einem gewissen Widerspruch dazu stand Houses Bericht an Wilson vom 9. November, Clemenceau sei überzeugt, nur die USA und Frankreich seien zu einer selbstlosen Friedensregelung entschlossen.⁵¹³ Möglicherweise war dies ein erstes Anzeichen dafür, daß die Pariser Regierung auf der Friedenskonferenz gemäßigte Reparationsansprüche vortragen würde - eine Intention, die den Amerikanern allerdings erst im März 1919 deutlich wurde. Ein Hinweis darauf, daß Clemenceau große Hoff-

⁵⁰⁷Memorandum von Davis für Auchincloss, undat., Miller am 29. 11. 1918 übergeben, DCP II, Doc. 23, S. 135-136.

⁵⁰⁸Miller an House, 4. 12. 1918, DCP I, S. 30; FRUS, PPC I, S. 338.

⁵⁰⁹Vgl. Teil 1, Kap. 6. 2.

⁵¹⁰Miller an House, 4. 12. 1918 (Nr. 3), über ein Gespräch von H. Nicolson (Foreign Office) mit P. Cravath, DCP I, S. 30-31; FRUS, PPC II, S. 582.

⁵¹¹Miller an House, 6. 12. 1918 (Nr. 3), DCP I, S. 36; FRUS, PPC II, S. 582.

⁵¹²House an Wilson, 10. 11. 1918, FRUS, PPC II, S. 575; verantwortlich für Untersuchungen vor Ort war der Brigadegeneral McKinstry: siehe McKinstry an House, 24. 11. 1918, ebda., S. 576-580; House an McKinstry, 4. 12. 1918, ebda., S. 581. Siehe auch das Memorandum von McKinstry für die US-Delegation: "War Damages, France and Belgium", 1. 1. 1919, Burnett, I, Doc. 72, S. 477-481.

⁵¹³House an Wilson, 9. 11. 1918, FRUS, PPC I, S. 344.

nungen auf eine enge Zusammenarbeit mit den USA bei der Behandlung Deutschlands setzte, war seine von House weitergegebene Bemerkung in jedem Fall; und es lag nahe, daß House selbst dabei eine entscheidende Rolle zukommen würde.

Colonel House bemühte sich nach dem Waffenstillstand, zu vermeiden, daß die Alliierten den Begriff "indemnity" (Kriegsentschädigung) etablierten. Auf der alliierten Konferenz in London im Dezember 1918, an der House nicht teilnahm, wurde allerdings bei der ersten Besprechung am 2. Dezember eine Resolution verabschiedet, in der die Einrichtung einer Reparationskommission vorgesehen war, "to examine and report on amount enemy countries are able to pay for reparation and indemnity". House empfahl Wilson in seinem Bericht über die Ergebnisse der Konferenz, der Resolution bei einer Eliminierung des Wortes "indemnity" zuzustimmen.⁵¹⁴

Wilson, nach Empfang der Nachricht alles andere als erfreut⁵¹⁵, ließ House mitteilen, alle Resolutionen vom 2. Dezember sollten bis zu seiner Ankunft in Paris zurückgestellt werden.⁵¹⁶ Wilson sagte im privaten Kreis mißtrauisch, die europäischen Politiker seien "determined to get anything out of Germany that they can. They know Germany is down and out". Er sei, so Wilson, "absolutely opposed to this", und begründete seine Entschlossenheit damit, seine frühere Formel eines "peace without victory" gelte immer noch; Gerechtigkeit alleine müsse der bestimmende Faktor des Friedens sein.⁵¹⁷ In einer Besprechung mit den Abteilungsleitern der "Inquiry" am nächsten Tag erklärte der Präsident, "he would oppose any indemnity except for the damage actually done by Germany". Er wollte diesen Schaden sogar "scientifically" taxieren lassen; erst danach solle ein Versuch unternommen werden, ihn zu begleichen.⁵¹⁸ Presseberichte, daß die britischen Reparationsforderungen sich auf 40 Milliarden Dollar beliefen und die französischen noch höher liegen könnten, nannte Wilson "absurd".⁵¹⁹

Bei Wilsons Besuch in London im Dezember 1918 zeigte sich deutlich, wie die Standpunkte Washingtons und Londons voneinander abwichen, ja entgegengesetzt waren.⁵²⁰ Wilson, nach Lloyd Georges Eindruck in der Reparationsfrage "stiffer than on any other question", wolle allein "pure reparations" akzeptieren, und darunter auch nur die, welche auf Rechtsverletzungen zurückzuführen waren. Er sei allenfalls nach der Festset-

⁵¹⁴House an Wilson, 5. 12. 1918, PW 53, S. 324-325; auch in FRUS, PPC I, S. 340-342; vgl. House, IP IV, S. 249.

⁵¹⁵Edith Benham, Sekretärin von Wilsons Ehefrau, notierte in ihrem Tagebuch, Wilson habe zu dem Bericht über hohe Reparationsforderungen in England geäußert: "Not if I can prevent it", 8. 12. 1918, PW 53, S. 341.

⁵¹⁶Lansing an House, 8. 12. 1918, PW 53, S. 341.

⁵¹⁷Grayson Diary, 8. 12. 1918, PW 336-337. Gerechtigkeit ("justice") war natürlich nicht das gleiche wie Versöhnung ("reconciliation"), doch diese Quelle spricht klar gegen Trachtenbergs Ansicht, der Gedanke eines Friedens ohne Sieg sei nach dem amerikanischen Kriegseintritt vollständig verschwunden (S. 50). Trachtenbergs Argument, Wilsons Ansatz eines gerechten Friedens habe deutliche Elemente der Bestrafung enthalten, verdient große Aufmerksamkeit (Trachtenberg, Reparation, vgl. S. 52 und ders., Versailles, S. 489 ff.; ders., Reparation at the Paris Peace Conference, S. 24 ff.), doch er kann in dem Zusammenhang nicht erklären, warum das "ideal of reconciliation ... of course desirable as an end in itself" gewesen sein soll (S. 51). Überdies stellt der Autor die Veränderung der moralischen Position Wilsons und seiner Gerechtigkeitskonzeption während der Konferenz nicht in Rechnung.

⁵¹⁸Bullitt Diary, 9. [10.] 12. 1918, PW 53, S. 351.

⁵¹⁹Grayson Diary über ein Gespräch Wilsons mit Korrespondenten, 8. 12. 1918, PW 53, S. 340.

⁵²⁰Birdsall, S. 238-263; Schulz, Revolutionen, S. 210-216.

zung der Reparationen bereit, auch "other claims" zu erörtern.⁵²¹ Konflikte auf der Pariser Konferenz waren vorprogrammiert.

Ende Dezember 1918 schlug der Leiter der wirtschaftlichen Abteilung der US- Delegation, Young, eine Definition der Reichweite der Begriffe "indemnity" und "restoration" vor. Er argumentierte, die von Deutschland zu beanspruchende Wiedergutmachung dürfe allein dem Ersatz erlittener Verluste dienen. "These losses", folgerte Young, "are not merely the *basis* of the indemnity; they also define its *purpose*." Dies müsse sowohl für Sach- wie für Personenschäden gelten.⁵²² Auf der Basis dieser Definition wurde im Mitarbeiterstab der US-Delegation eine längere Denkschrift ausgearbeitet.⁵²³

In einer Bestandsaufnahme vor Beginn der Friedenskonferenz kam Colonel House zu dem Schluß, nur die Festsetzung einer fixen, von Deutschland zu zahlenden Reparationssumme könne die Schwierigkeiten lösen, die sich zwischen den europäischen Alliierten auf der einen und den USA auf der anderen Seite abzeichneten. House hielt es für undenkbar, daß die Deutschen zu einer "indefinite obligation" bereit wären. Auch für die USA wäre ein solcher Zustand unbefriedigend. House erwog auch, das Schuldenproblem der Alliierten "generously" zu berücksichtigen.⁵²⁴ House informierte den britischen Diplomaten Wiseman am 19. Januar über seine Präferenz für eine feste Summe, "dependent on Germany's position", die unter den Alliierten verteilt werden könne. In dem Zusammenhang war es House nunmehr einerlei, ob die Summe "indemnity" oder "reparation" genannt werde.⁵²⁵

15. 2. Wiedergutmachung zwischen Recht und Moral. Die Prinzipien der Reparationsregelung aus amerikanischer Sicht

Präsident Wilson versuchte bald nach Konferenzbeginn den Forderungen der Alliierten einen Riegel vorzuschieben, als er die zur Debatte stehende Formel der Londoner Konferenz - "reparation and indemnity" - zurückwies. Um seiner Haltung zusätzliche Legitimität zu verleihen, schlüpfte er wieder in die Rolle des Sprechers der Menschheit: "Bodies of working people all over the world had protested against indemnities, and he thought the expression "reparations" would be sufficiently inclusive". Nach dem von Lloyd George geäußerten Vorbehalt, den Terminus Reparationen weitestmöglich auszudehnen, wurde Wilsons Vorschlag gebilligt.⁵²⁶ Zwei Tage später, als Clemenceau die Einsetzung eines Wirtschaftsausschusses vorschlug, machte der Präsident klar, daß die Zahlung von Reparationen im Zusammenhang mit der ökonomischen Leistungskraft und damit der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands durch die Alliierten zu sehen

⁵²¹Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinet, 30. 12. 1918, Lloyd George, MC I, S. 119; PW 53, S. 563.

⁵²²"A Suggestion for American Policy with Regard to Indemnities", Memorandum Youngs, 28. 12. 1918, DCP III, Doc. 128; Burnett, I, Doc. 69, S. 474-475, Hervorh. im Orig.. Zu den Bedeutungen von "indemnity" und "reparation" auch Trachtenberg, Reparation, S. 43.

⁵²³"A Preliminary Memorandum upon Indemnities" (Autor F. L. Warrin), 3. 1. 1919, DCP III, Doc. 122, S. 100-112; Burnett, I, Doc. 75, S. 484-494.

⁵²⁴House Diary, 6. 1. 1919, Burnett, I, Doc. 77, S. 494-495; vgl. IP IV, S. 268-269.

⁵²⁵Wiseman Diary, 19. 1. 1919, PW 54, S. 151.

⁵²⁶Oberster Kriegsrat, 22. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 682.

war: "Unless German industries were reconstituted", sagte Wilson, sei es klar, "that Germany could not pay".⁵²⁷

Der Jurist John Foster Dulles, US-Sprecher im Reparationsausschuß, steckte in einem Memorandum vom 7. Februar 1919 die amerikanische Argumentation ab. Er orientierte sich streng am Völkerrecht als der Rahmenbedingung für die zulässigen alliierten Ansprüche, allerdings mit einer für die Verhandlungsposition seiner Delegation wichtigen Einschränkung: Reparationsforderungen auf der Basis der Vierzehn Punkte bildeten lediglich eine Teilmenge derjenigen Reparationsansprüche, die aufgrund existierenden internationalen Rechts gestellt werden könnten. Dulles führte ein Beispiel an: die Enteignung amerikanischen Besitzes in den Ländern der Mittelmächte erlaube, völkerrechtlich betrachtet, eindeutig den Anspruch auf Schadensersatz; die Vierzehn Punkte jedoch schlossen eine solche Möglichkeit aus.⁵²⁸

Als wiedergutmachungspflichtige Schäden sah Dulles vor: alle Schäden, die direkt auf völkerrechtswidrige Kriegshandlungen der Feinde zurückzuführen seien (Punkt 1); die Wiederherstellung Belgiens und der besetzten Gebiete in Frankreich und anderen Ländern (Punkt 2); Beschädigung von Privateigentum (Punkt 3) und Personenschäden wie Verletzung, Tod und Invalidisierung von Zivilpersonen (Punkt 4).⁵²⁹ Dulles befand sich in Übereinstimmung mit der Position Wilsons, der eine überarbeitete Fassung des Planes am 8. Februar billigte.⁵³⁰

Vor der 5. Plenarsitzung des Reparationsausschusses am 13. Februar, als er die von Wilson gebilligten "Principles of Reparation" vorstellte, machte Dulles die Vierzehn Punkte und die Lansing-Note - das sogenannte "Pre-Armistice-Agreement" - an die deutsche Reichsregierung als Rahmen für die Regelung der Reparationen geltend.⁵³¹ Dulles sagte, er teile die Position der anderen Mächte, daß Deutschlands Verbrechen enorm seien, doch die Forderungen der Sieger seien infolge der getroffenen Vereinbarungen klar begrenzt. Auch wenn man überzeugt sei, daß die im November 1918 vorgesehenen Reparationen weniger seien als der Feind eigentlich zu zahlen habe, müsse man die Entscheidung der damals Verantwortlichen akzeptieren, die den Krieg nicht fortgesetzt hätten, um ein "theoretical right to full reparation" durchzusetzen.⁵³²

⁵²⁷Rat der Zehn, 27. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 731, ebenso Wilson im Obersten Kriegsrat, 7. 2. 1919, ebda., S. 901.

⁵²⁸"Principles of Reparation", Memorandum von Dulles, 7. 2. 1919, Doc. 358, DCP V, S. 199-208; Burnett, I, Doc. 105, S. 536-543. Vgl. auch das Memorandum Millers, DCP V, Doc. 332, S. 123-128, und Miller Diary, 7. 2. 1919, DCP I, S. 113.

⁵²⁹"Principles of Reparation", Memorandum von Dulles, 7. 2. 1919, DCP V, Doc. 358, S. 199-208; Burnett, I, Doc. 105, S. 536-543, siehe Dulles' undat. früheren Entwurf der Punkte 1-4, DCP V, Doc. 346, S. 154, sowie Dulles' Kommentar zu dem am 3. 2. 1919 vorgelegten französischen Reparationsplan, 4. 2. 1919, DCP V, Doc. 340, S. 147-148, und Burnett, I, Doc. 100, S. 522-523. Der französische Plan in Recueil, IV, B, 3, S. 7-8; Burnett, II, Doc. 451, S. 283-284.

⁵³⁰"Principles of Reparation", 8. 2. 1919, mit Ergänzung vom 14. 2., in Burnett, II, Doc. 545, S. 302-307; Recueil, IV, B, 3, S. 28-32; und in PW 55, S. 29-34; vgl. Miller Diary, 8. 2. 1919, DCP I, S. 114. Vgl. das Meeting der US-Friedenskommissare, auf dem v. a. Wirtschaftsexperte McCormick entschieden dafür eintrat, die amerikanische Interpretation der Vierzehn Punkte in der Reparationsfrage durchzufechten, 11. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 29-32.

⁵³¹Vgl. Kap. 1. 1. und 1. 3.

⁵³²Dulles' Rede in der 5. Plenarsitzung des Reparationsausschusses, 13. 2. 1919, US-Notizen, in direkter Rede bei Baruch, Reparation, S. 289-296, Zit. S. 294. Vgl. die Notizen in Burnett, II, Doc. 455, S. 309-311; und in Recueil, IV, B, 3, S. 34-35; vgl. auch Klotz, S. 135-136.

Abgesehen von dieser Begrenzung beharrte Dulles auf einer weiteren Einschränkung: nur streng illegale und nicht lediglich ungerechte oder grausame Handlungen des Feindes berechtigten zu Reparationen. Nach diesem Maßstab, so Dulles, umfaßten die möglichen Reparationsforderungen zunächst den Wiederaufbau zerstörter Gebiete, zweitens die Wiedergutmachung der Schäden an den Zivilpersonen, welche die Folge deutscher Militäroperationen in Westeuropa und auf See waren. Hinzu kämen diejenigen Schäden an Zivilpersonen, die als Folge von Völkerrechtsverbrechen, Deportationen und der Versenkung von Schiffen anzusehen seien. Die Schäden an Privatbesitz, niedergelegt in seinem schriftlichen Entwurf, erwähnte Dulles nicht eigens. Zusammengefaßt: Strafschädigungen und die Erstattung der gesamten Kriegskosten waren der US-Rechtsposition zufolge juristisch ausgeschlossen.

Nachdem die US-Delegation in der 5. Vollsitzung des Reparationsausschusses am 13. Februar 1919 mit dem Widerstand der Briten - Lord Sumner hatte gesprochen⁵³³ - konfrontiert worden war, erläuterte Dulles seine Position noch ausführlicher. Zunächst widerlegte er Sumners These, das Völkerrecht ("international law") ermächtige einen Sieger prinzipiell dazu, von der besiegten Macht "ipso facto" die Erstattung von Kriegskosten zu verlangen. Das grundsätzliche Recht auf Bezahlung der Kriegskosten, so räumte Dulles allerdings ein, sei durch das Völkerrecht gedeckt. Der Sieger habe dieses Recht jedoch nur so lange, wie er nicht darauf verzichte. Dulles' weitere Darlegungen liefen nun auf den Schluß zu, daß die Sieger im November 1919 auf ein solches Recht verzichtet hätten.⁵³⁴ Die Vierzehn Punkte seien nicht, wie Sumner behauptet habe, lediglich eine "basis for discussion", sondern seien regelrechte "terms of peace" gewesen, besiegelt im Notenaustausch mit der deutschen Regierung.

Der für die anderen Mächte schwierige Ansatz der in sich konsistenten legalistischen Position Dulles' war, den Siegern das Recht auf die Erstattung der Kriegskosten prinzipiell zuzugestehen, diese aber durch die Kraft geschaffener juristischer Fakten für unzulässig zu erklären. Politisch gesehen, war dies ein Schwachpunkt in seiner Argumentation, denn Dulles gab zu, daß den Alliierten, völkerrechtlich betrachtet, mehr zustand. Der Experte verzichtete auch darauf, zusätzliche Argumente, politische oder wirtschaftliche, ins Feld zu führen, mit denen die US-Delegation die Forderung nach Kriegskosten hätte ablehnen können. Dadurch verlor Dulles der amerikanischen Position nicht die Durchschlagskraft, die sie benötigt hätte. Denn nun brauchten die anderen Mächte lediglich nach juristischen Argumenten zu suchen, um zumindest einen Teil ihrer Forderungen noch durchsetzen zu können.

Die Vertreter der anderen Mächte im Reparationsausschuß versuchten auch an diesem Punkt anzusetzen, vor allem der französische Finanzminister Klotz, gleichzeitig Ausschußvorsitzender, und der britische Vertreter Hughes. So forderte Klotz am 17. Februar die Annahme eines Vorschlags, das Recht der Siegermächte auf Reparationen sei "all-inclusive".⁵³⁵ Klotz untermauerte seine Position mit dem Hinweis auf den Artikel 19 der finanziellen Klauseln des Waffenstillstandes, zustandegekommen auf sein Be-

⁵³³Vgl. Teil 1, Kap. 6. 3.

⁵³⁴Rede Dulles' vor der 6. Plenarsitzung des Reparationsausschusses, 14. 2. 1919, US-Notizen, Burnett, I, Doc. 115, S. 570-575, Vgl. die Notizen in Burnett, II, Doc. 456, S. 318-319; und in Recueil, IV, B, 3, S. 43-44.

⁵³⁵8. Plenarsitzung des Reparationsausschusses, 17. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 458, S. 332; Recueil, IV, B, 3, S. 56; vgl. Klotz, S. 136-137.

treiben: "With reservation that any future claims and demands of the Allies and the United States of America remain unaffected, the following financial conditions are required: Reparation for damage done, etc."⁵³⁶

Dulles stellte am 19. Februar noch einmal klar, daß es sich bei der US-Note vom 5. November 1918 um ein rechtswirksame Übereinkunft handele. Das gelte auch für die Waffenstillstandsbedingungen, die sich jedoch auf die militärischen Angelegenheiten beschränkten, was wiederum von Klotz bestritten wurde. Da es deutlich wurde, daß Dulles sich mit seiner Interpretation und Position nicht durchsetzen konnte, wurde die Angelegenheit auf seinen Vorschlag hin an die Regierungschefs zurückverwiesen.⁵³⁷

Die Frage ist, ob Dulles den Teil seiner Argumentation, grundsätzlich sei die Forderung nach Kriegskosten möglich und auch gerecht, als ein partielles, dabei ideelles Zugeständnis an die Alliierten verstand, um ihnen eine Zustimmung zu geringeren Beträgen zu ermöglichen.⁵³⁸ Sollte dies seine Absicht gewesen sein, erwies sie sich als ein folgenschwerer Schritt. Denn angesichts der Differenzen mit den Alliierten in der Reparationsfrage erblickte Dulles die Feststellung einer moralischen Haftung Deutschlands für den Krieg als ein Terrain, auf das er ausweichen konnte, um den Alliierten einen Verzicht auf die Kriegskosten zu erleichtern.

In seinem Entwurf zur Reparationsregelung vom 21. Februar 1919 - zwei Tage nach dem erreichten Stillstand im Reparationsausschuß - wählte Dulles in Artikel 1 erstmals eine Formulierung, welche die deutsche Verpflichtung zur Wiedergutmachung in direkten Zusammenhang stellte mit der deutschen Aggression gegen die Alliierten: "The German Government undertakes to make *full and complete reparation...* for damage... done by the aggression of Germany and/or its allies to the territories and populations of the nations with which the German Government has been at war".⁵³⁹ Durch die Ablei-

⁵³⁶7. Plenarsitzung des Reparationsausschusses, 15. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 457, S. 328; Recueil, IV, B, 3, S. 51-52. Vgl. Kap. 2. 3. und Teil 1, Kap. 2. 3. Übrigens hatte auch Rechtsberater Miller in seinem "Memorandum upon the Basis of the German Indemnity" den Waffenstillstand als eine Rechtsgrundlage aufgeführt, 7. 2. 1919, DCP V, S. 123; dem hatte sich Dulles indes nicht angeschlossen. Trachtenberg, Reparation, S. 40 ff., gibt zwar zu bedenken, daß Klotz im Vergleich zu Loucheur, der für moderate Reparationen eintrat, eine untergeordnete Rolle spielte - doch beachtet er zuwenig die Auswirkungen, die Klotz' Forderung nach maximalen Reparationen auf die US-Vertreter haben mußte. Abgesehen davon ist es durchaus fraglich, ob die französische Delegation - sofern sie überhaupt einheitlich handelte - in den ersten Wochen der Konferenz einen "large theoretical reparation claim" nur vorbrachte, um amerikanische Konzessionen in der Frage einer alliierten Wirtschaftskooperation zu erlangen (S. 40-41, auch S. 46). Erst als die Amerikaner sich in der letzteren Frage unnahbar gaben, so Trachtenberg, seien die Franzosen auf die US-Position einer mäßigen fixen Summe eingegangen. Den wahrscheinlicheren Zusammenhang der Reparationsfrage mit der Rheinlandpolitik läßt Trachtenberg dabei ganz unterbelichtet (vgl. hier z. B. K. Schwabe, Comment on Trachtenberg and McDougall, Journal of Modern History 51, Nr. 1 (1979), S. 69). Aber auch die Anfang März von Loucheur vertretene Politik war nicht nur eine Moderation per se, denn eine Beschränkung auf die Reparationen für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens hätte den Briten so gut wie keinen Anteil an den Reparationen gegeben; und Loucheur wollte mindestens 55 %, lieber 58% aller Reparationen für sein Land und Großbritannien maximal 25 % zugestehen (Rat der Vier, 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 37-40).

⁵³⁷9. Plenarsitzung des Reparationsausschusses, 19. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 459, S. 335-338; Recueil, IV, B, 3, S. 59-62; 10. Plenarsitzung, 24. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 460, S. 339-34; Recueil, IV, B, 3, S. 64.

⁵³⁸Miller notierte am 24. 2. 1919 in seinem Tagebuch, Dulles habe seinen Entwurf als Weg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten angesehen, DCP I, S. 136. Miller selbst sah einige Probleme, die sich aber scheinbar nicht auf Artikel 1 bezogen.

⁵³⁹First Dulles Draft, 21. 2. 1919, Burnett, I, Doc. 133, S. 600, siehe auch besonders Absatz IV auf S. 604, Hervorh. von mir; auch in Schwabe (Hg.), Quellen, Doc. 41, S. 119-120 ("Urform des Kriegsschuldartikels"). Vgl. Dulles' Entwurf vom 22. 2. 1919, Burnett, I, Doc. 134, S. 604-609; vgl. Birdsall, S.

tung des moralischen Anspruchs auf vollständige Reparationen - eine Umschreibung für Kriegskosten - von der deutschen Urheberschaft am Weltkrieg, ein Anspruch, der auf der materiellen Ebene aufgrund der amerikanischen Rechtsauslegung gar nicht einlösbar war, wurde die berüchtigte Kriegsschuldthese auch von amerikanischer Seite ins Gespräch gebracht.

Denn die Formulierung "*by the aggression of Germany*" hatten ja die europäischen Alliierten bereits im Oktober 1918 in ihrem Schreiben an Präsident Wilson verwendet. Das Wort "aggression" statt, wie es zuerst geheißen hatte, "invasion", war weniger dazu gedacht gewesen, eine Kriegskostenerstattung einzufordern, sondern es diente vor allem dazu, daß auch Großbritannien einen Teil der Wiedergutmachung erhielt.⁵⁴⁰ Dulles verwendete die Formulierung nun in dem Zusammenhang, daß Deutschland "full and complete reparation" wegen seiner "aggression" zu leisten hatte, und er baute die Formulierung später aus. Am 26. Februar hieß es: "The German Government recognizes complete legal and moral responsibility for all damage and loss...".⁵⁴¹

Ein schlechtes Gewissen angesichts der Verluste bei den Alliierten wie auch das Verständnis für ihre innenpolitische Lage mag in der US-Delegation eine Rolle dabei gespielt haben, dieses Vorgehen zu billigen. Andererseits wollte Washington das Prestige der Vierzehn Punkte nicht aufs Spiel setzen und blickte auch mit einem Auge auf die eigenen Exportinteressen. Die US-Experten trugen also mit ihrem zwiespältigen Verhalten zur schließlichen Formulierung der Reparationsbedingungen bei.⁵⁴² Die Frage lautete ja, ob es sinnvoll sein konnte, den juristisch eigentlich gegebenen, aber durch das Vorwaffenstillstandsabkommen limitierten Anspruch auf vollständige Wiedergutmachung gleichsam in einen moralischen Anspruch zu verwandeln, der nicht einzulösen war und daher in der Luft hängen blieb.

Auch in materieller Hinsicht bemühte sich John F. Dulles, Kompromisse auszuloten. In seinen Entwürfen zur Reparationsfrage schlug er die Einsetzung einer sog. Claims Commission und einer Finance Commission vor, die im Anschluß an den Friedensvertrag das komplizierte Thema der Reparationen in Ruhe erörtern sollten, unter Einbeziehung eines deutschen Vertreters mit beratender Funktion.⁵⁴³ Auch näherte sich Dulles insofern der britischen Position, als er intern einen Entwurf zur Einbeziehung von Pensionen, nicht jedoch von Trennungentschädigungen in die Reparationssumme ausarbeitete.⁵⁴⁴

242; Schwabe, *Revolution*, S. 29 f., auch für das Folg. Während Dulles' Memoranden von Anfang Februar der Positionsfindung in der US-Delegation dienten, waren die Entwürfe seit dem 21. 2. bereits Vorlagen für mögliche Vertragsartikel.

⁵⁴⁰Burnett, I, S. 6; Dickmann, S. 46, vgl. S. 4 ff., 43-59; Fisch, S. 205-224. Vgl. Teil 1, Kap. 6.

⁵⁴¹Fifth Dulles Draft, 26. 2. 1919, DCP VI, Doc. 444, S. 56; Burnett, I, Doc. 145, S. 628.

⁵⁴²Dazu sehr differenziert Schwabe, *Revolution*, S. 433.

⁵⁴³Siehe die sieben Entwürfe von Dulles zwischen dem 21. 2. und 12. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 133 (S. 600-604); Doc. 134 (S. 604-609); Doc. 145 (S. 628-631); Doc. 166 (S. 662-666); Doc. 172 (S. 671-676). Vgl. Dulles' Statement vor dem Reparationsausschuß, 3. 3. 1919, ebda., Doc. 158, S. 650-651.

⁵⁴⁴"Suggestion of Mr. Dulles", undat., DCP VI, Doc. 456, S. 259; Burnett, I, Doc. 161, S. 655-656. Vgl. auch Dulles' "Analysis of Debate on Principles Governing Reparation", 24. 2. 1919, DCP VI, Doc. 434, S. 30-33; Burnett, I, Doc. 138, S. 614-617. Dulles nahm dazu ein Memorandum seines Mitarbeiters F. L. Warrin als Grundlage, der am 22. 2. 1919 die Debatte im Reparationsausschuß zusammengefaßt hatte, DCP VI, Doc. 429, S. 13-15; Burnett, I, Doc. 136, S. 611-613.

Präsident Wilson, auf dem Weg nach Washington, erfuhr von dem Stillstand der Verhandlungen in einem Funktelegramm vom 19. Februar.⁵⁴⁵ Die US-Delegierten wiesen auf die Rolle der öffentlichen Meinung in den europäischen Ländern hin und darauf, daß deren Regierungschefs zwar zugäben, Deutschland könne keine Kriegskosten bezahlen, aber auf der Zustimmung zu diesem Prinzip bestehen würden. Hier zeichnete sich ein denkbarer Ausweg ab, den Dulles ja in seinen späteren Entwürfen ausformulierte: die Akzeptanz des Prinzips, daß die Besiegten die Kriegskosten bezahlen müßten, aber ein Kompromiß bei dem Betrag.

Wilson's Antwort fiel allerdings eindeutig ablehnend aus: "I feel we are bound in honor to decline to agree to the inclusion of war costs in the reparation demanded." Diese Frage, so Wilson, hätte bedacht werden müssen, bevor man dem Feind die Friedensbedingungen mitgeteilt hätte. Der Präsident sprach mit Blick auf seine Vierzehn Punkte tatsächlich von "conditions of peace" und nicht von einer Diskussionsbasis.

Wilson akzeptierte auch das Argument nicht, bei der fehlenden Erwähnung der Kriegskosten in der Formel über die Reparationsansprüche vom 5. November 1918 handele es sich um eine inhärente Ungerechtigkeit. Sein Maßstab war es, nicht mehr abzuändern, woran man sich zu halten angekündigt hatte. Das war für den Präsidenten eine Frage der Ehre. Die Forderung der Alliierten sollten die USA notfalls öffentlich ablehnen, "on the ground that it is clearly inconsistent with what we deliberately led the enemy to expect and can not now honorably alter simply because we have the power".⁵⁴⁶ Wilson vertrat nach wie vor die Position, daß die Begrenzung der eigenen Macht durch Moral die Grundlage der künftigen Friedensordnung zu bilden hatte.

Colonel House, der in Abwesenheit Wilsons Gespräche mit den alliierten Regierungschefs auch über die Reparationen führte, telegraphierte dem Präsidenten am 24. Februar, eine Lösung in der Reparationsfrage rücke näher, ohne dabei Einzelheiten zu nennen. Vermutlich bezog House sich auf den Gedanken von Rechtsberater Miller in einem Gespräch beider am gleichen Tag, die USA wären nicht rechtlich, wohl aber moralisch gesehen verpflichtet, an der Eintreibung von Reparationen mitzuwirken, wenn sie dem Friedensvertrag beiträten.⁵⁴⁷

House mag hier gedacht haben, die USA könnten sich auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages de facto völlig zurückhalten, was die Reparationsfrage anbelange. House riet Wilson nämlich, Washington solle für den Fall, daß die Alliierten das von Deutschland akzeptierte Prinzip der Reparationsregelung ablehnten, jegliche Beteiligung an der Eintreibung von Reparationen zurückweisen, von eigenen Ansprüchen abgesehen. Möglicherweise überdachten die Alliierten unter diesen Umständen ihre Position. Gemeint war damit, daß Washington sich an einer einvernehmlichen Regelung der Reparationsfrage nicht beteiligen, demzufolge auch keine Garantiemacht für diesen Teil des Friedensschlusses sein würde - ein durchaus nicht unproblematischer Standpunkt.⁵⁴⁸ Einige Zeit später, am 7. März, ließ House allerdings andere Töne vernehmen: Er berichtete Wilson von Lloyd Georges Vorschlag, die von Deutschland zu zahlende Sum-

⁵⁴⁵Lansing, House, Baruch, Davis und McCormick an Wilson, 19. 2. 1919, PW 55, S. 210-211; vgl. Lamont, S. 270.

⁵⁴⁶Wilson an Lansing, 23. 2. 1919, PW 55, S. 231.

⁵⁴⁷Miller Diary, 24. 2. 1919, DCP I, S. 135.

⁵⁴⁸House an Wilson, 24. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 513-514; PW 55, S. 245.

me aufzuteilen: drei Fünftel Reparationen, zwei Fünftel Kriegskosten, vor dem Hintergrund, daß Großbritannien nur auf diese Weise Gelder zustünden. House nannte den britischen Vorschlag "fair"; und seine Anfügung, er müsse mit den Vierzehn Punkten kompatibel sein, klang eher wie ein Lippenbekenntnis. House war offensichtlich zu der Erkenntnis gekommen, in der Reparationsfrage ließen sich ebensowenig wie bei der territorialen Regelung Kompromisse vermeiden.⁵⁴⁹

Es ist allerdings eher unwahrscheinlich, daß House ein *quid pro quo* zwischen der Reparationsfrage und dem Rheinlandproblem vorgesehen hat.⁵⁵⁰ Er hatte Wilson zwar am 19. Februar telegraphiert, die von Marschall Foch genannten Reparationszahlungen seien bei weitem niedriger als die des französischen Finanzministeriums.⁵⁵¹ Foch hatte eine Zahl von 100 Milliarden Franc in seinem Plan für einen Präliminarfrieden genannt, in dem er auch die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete forderte.⁵⁵² Doch als der französische Finanzminister Klotz, in der Verhandlungsführung weit eher autorisiert als Foch, seine Forderungen unverändert beibehielt, mußte House sein *quid pro quo* eigentlich zurückgezogen haben, was aber nicht geschah.

15. 3. Wirtschaftlicher und finanzieller Isolationismus? Die Vereinigten Staaten, die europäischen Schulden und die Reparationszahlungen

Eines der Probleme, bei denen House einen Kompromiß sicher zu Recht ins Auge faßte, war das der Schulden der europäischen Alliierten in den Vereinigten Staaten. Wie bereits erwähnt, hatte House schon Anfang Januar 1919 seinen Beratern bedeutet, mit den Alliierten über ihre Schulden und finanziellen Schwierigkeiten zu sprechen und ihnen womöglich entgegenzukommen.⁵⁵³ Als Lloyd George House Anfang März in der Reparationsfrage um Hilfe bat, signalisierte der Colonel ihm Unterstützung in der Schuldenfrage.⁵⁵⁴ Doch House sprach hier nicht für die amerikanische Regierung. US-Finanzminister Glass, von Davis über Houses Vorschlag informiert, blieb gänzlich kompromißunwillig.⁵⁵⁵ Doch auch Präsident Wilson selbst war kaum bereit, den Europäern in dieser wichtigen Frage entgegenzukommen. Sie war insofern bedeutsam für die Reparationsregelung, da die Europäer ihr dringend benötigtes Geld bzw. die Güter für den Wiederaufbau irgendwoher nehmen mußten. Blieben die Amerikaner hart, bestand die Gefahr, daß die Verbündeten umso mehr auf Deutschland als Quelle von Geld und Gütern blickten - ein Zusammenhang, der bei der britischen Regierung stärker ausgeprägt zu sein schien als bei der französischen.

Glass hatte Wilson am 19. Dezember 1918 informiert, die amerikanischen Anleihen an die europäischen Alliierten betrügen bereits 8 Milliarden Dollar; und es gebe Hinweise aus Frankreich und Großbritannien, das Thema der Schulden solle auf der Friedenskon-

⁵⁴⁹House an Wilson, 7. 3. 1919, PW 55, S. 458 ff.

⁵⁵⁰Das meint Schwabe, *Revolution*, S. 424, auch in: ders., *Comment*, S. 69.

⁵⁵¹House an Wilson, 19. 2. 1919 (Nr. 2), PW 55, S. 213-214.

⁵⁵²House an Wilson, 19. 2. 1919 (Nr. 1), PW 55, S. 212-213.

⁵⁵³House Diary, 6. 1. 1919, Burnett, I, Doc. 77, S. 495, IP IV, S. 279.

⁵⁵⁴Memorandum Lloyd George über eine Unterredung mit House und Clemenceau, 7. 3. 1919, Lloyd George, MC I, S. 191. Wie dramatisch vor allem die Finanznöte Frankreichs waren, zeigt eine Intervention von Pichon und Klotz bei House, ihrem Wunsch nach einer raschen Überbrückungshilfe der britischen Regierung bei Lloyd George Nachdruck zu verschaffen: House an Wilson, 26. 2. 191, PW 55, S. 283, FRUS, PPC XI, S. 516-517; Wilson an House, 28. 2. 1919, ebda., S. 518.

⁵⁵⁵Note von Glass an die Regierungen in Paris und Rom, Walworth, Wilson, S. 176.

ferenz zur Sprache gebracht werden. Glass riet hiervon jedoch ausdrücklich ab und wies auf die Absicht des US-Kongresses hin, die Schulden einzutreiben.⁵⁵⁶ Präsident Wilson stimmte Glass am 23. Dezember zu: "There can be no proper basis for a discussion of our foreign loans in connection with the Paris Peace Conference."⁵⁵⁷ Unterdessen informierte Glass die alliierten Regierungen, die Schulden blieben bestehen.⁵⁵⁸ Einige Wochen zuvor, Anfang Dezember, hatte Clemenceau bei den Londoner Beratungen mit Lloyd George Unverständnis darüber gezeigt, daß Präsident Wilson nach geringen amerikanischen Verlusten im Krieg offensichtlich nicht bereit war, einen Anteil an den Kriegsausgaben zu tragen. Entsprechende Berichte über französische Wünsche leitete Glass an Wilson weiter.⁵⁵⁹

Als Wilson bald nach Konferenzbeginn von einem offenbar französischen Vorschlag erfuhr, die Kriegskosten sollten zusammengerechnet werden und die USA einen Anteil davon tragen, zeigte er sich darüber sehr beunruhigt. Er instruierte den Wirtschaftsexperten McCormick, in den entsprechenden Konferenzausschüssen nur über diejenigen finanziellen Angelegenheiten zu sprechen, die Deutschland betrafen.⁵⁶⁰ Auch im Rat der Zehn plädierte Wilson dafür, die Fragen des Friedens mit Deutschland und die der Beziehungen der Siegermächte untereinander strikt getrennt zu halten, woraufhin der britische Außenminister Balfour erwiderte, eine solche Trennung sei z. B. mit Blick auf wirtschaftliche Fragen wie die Versorgung mit Rohstoffen kaum einzuhalten.⁵⁶¹

Natürlich war diese zögerliche Haltung der US-Regierung, einen großzügigen Beitrag zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau in Europa zu leisten, für die europäischen Verbündeten überaus enttäuschend. Hatte man, so die Sicht der Dinge in London, Paris und Rom, nicht jahrelang größte Anstrengungen unternommen in einem Krieg mit Deutschland, der schließlich auch die Sicherheit der USA gefährdet hatte? Doch nahezu ungerührt verfolgten die Amerikaner ihre eigenen Interessen. So instruierte Glass Davis, Kredite an europäische Verbündete zum Kauf von Rohstoffen und anderen Produkten seien in Washington nur denkbar, wenn die Käufe in Amerika vorgenommen würden. Die US-Regierung - zusätzlich unter dem Druck des republikanischen Kongresses - suchte dabei auch nach Absatzmärkten für ihre eigene Überproduktion, wie Glass nach Paris telegraphierte. Auch wollte Glass jegliche Unterstützung an-

⁵⁵⁶Glass an Wilson, 19. 12. 1918, PW 53, S. 441-442. Glass übermittelte Wilson am 19. 2. 1919 den aktuellen Schuldenstand in Dollar: britische und französische Schulden in den USA 4 bzw. ca. 2, 5 Milliarden Dollar; von London ausgegebene Anleihen (einschließlich derer an Moskau) ca. 7 Milliarden Dollar (Glass an Wilson, 19. 12. 1918, PW 53, S. 441-442; Walworth, Moment, Anhang B, S. 285). Vgl. auch die Aufstellung in Crosby an Wilson, 23. 12. 1918, PW 53, S. 478-480. Nach den Berechnungen des britischen Finanzexperten Keynes (1919, ohne Angabe eines Stichtages; 1 britisches Pfund Sterling = ca. 5 US-Dollar) hatte Washington insgesamt 1, 9 Milliarden Pfund Anleihen für die Alliierten gezeichnet, Großbritannien 1, 74 Milliarden Pfund. Großbritannien hatte in den USA etwa 842 Millionen Pfund Schulden; Paris hatte in London und Washington insgesamt ca. 1 Milliarde Pfund geliehen (Keynes, Consequences, S. 170-179, Tabelle S. 172).

⁵⁵⁷Wilson an Glass, 23. 12. 1918, PW 43, S. 472-473.

⁵⁵⁸Crosby an Wilson, mit Anlage, 23. 12. 1918, PW 53, S. 478.

⁵⁵⁹Französisches Protokoll der Konferenztreffen in London, 2.-4. 12. 1919, Walworth, Moment, S. 103; Glass an Wilson, 19. 12. 1918, PW 53, S. 441.

⁵⁶⁰McCormick Diary, 21. 1. 1919, PW 54, S. 196, vgl. auch Trachtenberg, Reparation, S. 54, und Walworth, Wilson, S. 165.

⁵⁶¹Rat der Zehn, 27. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 730-731.

derer Regierungen in Washington und nicht in Paris besprechen.⁵⁶² Wilson unterstützte Glass grundsätzlich, wenngleich er sich moderater zeigte.⁵⁶³

Doch mit Blick auf organisierte langfristige Finanzhilfen an die europäischen Länder - einschließlich von Schuldennachlässen - und auf die Beteiligung an einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die nach Kartellen aussah, war auch Wilson unnachgiebig. Davis warnte den Präsidenten am 2. Februar vor einem "concerted movement" der Europäer "to obtain directly or indirectly an interlocking of the United States into the whole financial situation in Europe". Es handele sich dabei um die Stabilisierung internationaler Wechselkurse, die Bildung eines Rohstoffkartells und die Garantie deutscher Reparationszahlungen. Wie Davis befürchtete, würde Amerika damit ein Blankoscheck vorgelegt. Er empfahl Wilson nichts anderes als einen weitgehenden wirtschaftlichen Isolationismus der USA: "the United States Government should not enter into any general financial or economic arrangements of any kind growing out of this war". Etwaige Ansprüche einzelner Regierungen sollten im Einzelfall geprüft werden.⁵⁶⁴

In seiner zustimmenden Antwort an Davis wiederholte Wilson wörtlich dessen Formulierung eines "concerted movement", die nur zu gut in Wilsons generell mißtrauische Haltung gegenüber den Europäern zu passen schien.⁵⁶⁵ Wilson informierte am gleichen Tag seinen Wirtschaftsberater Baruch über die "efforts that are being made to tie us to the shaky financial structure of Europe" und bat ihn um dessen Unterstützung, "to defeat the efforts".⁵⁶⁶

Das einzige, was zum Verständnis der amerikanischen Haltung angeführt werden könnte, ist noch, daß Washington in der Finanzierung eines Krieges vom Ausmaß des Ersten Weltkrieges völlig unerfahren war und man sich die Dimension der Zerrüttung der Wirtschaft und Finanzen in Europa wohl kaum vorstellen konnte. Colonel House, in seinem politischen Denken vergleichsweise nahe an den europäischen Problemen, bildete hier eine - in diesem Fall sicher positive - Ausnahme.

So muß bei der Regelung der Wirtschafts- und Finanzfragen mit Blick auf Deutschland beachtet werden, in welchem Ausmaß die Vereinigten Staaten auch ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen berücksichtigten. Die riesigen Beträge alliierter Kriegsschulden in den USA würden sich, so die Vorstellung, leichter eintreiben lassen, wenn ein solventes Deutschland die Fähigkeit besäße, Reparationen abzuleisten.⁵⁶⁷ Das ursprüngliche Konzept der britischen und der französischen Delegationen, die deutschen Reparationszahlungen mit den alliierten Kriegsschulden zu verknüpfen, war aus diesen Gründen auf Sand gebaut: London und Paris wollten ihre Schulden an Washington nur in der Höhe zurückzahlen, in welcher ihnen Mittel aus Deutschland zuflössen.⁵⁶⁸ In diesem Sinne erklärte Finanzminister Klotz am 20. Februar im Finanzausschuß der Konferenz, seine Haltung in der Reparationsfrage werde davon abhängen, inwieweit interalliierte

⁵⁶²Davis an Wilson, 12. 2. 1919, in der Anlage Glass an Davis, 21. 1. 1919, PW 55, S. 113-115. Vgl. Walworth, Moment, S. 244-247.

⁵⁶³Wilson an Glass, 19. 2. 1919, PW 55, S. 308.

⁵⁶⁴Davis an Wilson, 2. 2. 1919, PW 54, S. 431.

⁵⁶⁵Wilson an Davis, 5. 2. 1919, PW 54, S. 493-494.

⁵⁶⁶Wilson an Baruch, 5. 2. 1919, PW 54, S. 494.

⁵⁶⁷Dazu Walworth, S. 167-170. Der US-Wirtschaftsexperte Baruch hatte hier eine entgegengesetzte Meinung, Baruch, Making, S. 53.

⁵⁶⁸Bereits Bonar Law zu Davis, Miller an House, 3. 12. 1918, DCP I, S. 25.

Fragen - gemeint waren die Schulden - gelöst würden.⁵⁶⁹ Und der britische Finanzexperte Keynes fragte am 2. April in einer Expertenkonferenz über die zeitliche Begrenzung der Reparationszahlungen spitz, ob Washington bereit sei, jene europäischen Schulden zu tilgen, die nach 30 Jahren nicht bezahlt worden wären.⁵⁷⁰ Doch die US-Delegation lehnte jedoch ein solches Junktim auf Druck von Finanzministers Glass hin ab. Norman Davis als Vertreter der Treasury war instruiert, jede Diskussion über ein derartiges Junktim zu vermeiden.⁵⁷¹

Aus diesem Grund warf die Frage der interalliierten Schulden einen langen Schatten auf die Pariser Verhandlungen. Aus zeitgenössischer Sicht meinte Ray S. Baker, die Entscheidung des Schatzamtes habe zweifellos die amerikanische Meinung wiedergegeben. Doch habe sie, so die Kritik des Presseberaters des Präsidenten, die Verhandlungsposition der amerikanischen Delegierten stark geschwächt: "it removed one of the greatest of all possible arguments, or trading advantages, possessed by the Americans in their effort to keep down the sum to be demanded of Germany".⁵⁷² Im Zuge dieses "wirtschaftlichen Nationalismus", so urteilt auch Klaus Schwabe deutlich, verzichtete Amerika auf das "vielleicht wirkungsvollste.. Druckmittel.., das ihm für die Friedenskonferenz zur Verfügung stand..: seine neue finanzielle Vormachtstellung bei den Friedensverhandlungen direkt ins Spiel zu bringen".⁵⁷³ So wurden in Paris die deutschen Reparationen, wie McDougall bemerkt, in einer Atmosphäre des "American financial particularism" verhandelt.⁵⁷⁴ Zutreffend sieht Arthur Walworth in den Entscheidungen der Treasury in Washington ein "very definite withdrawal from financial responsibility for the reconstruction of Europe".⁵⁷⁵

Auf die inständige Bitte Sir Wisemans, mit dem Junktim zwischen deutschen Reparationen und alliierten Kriegsschulden an die Öffentlichkeit zu treten, reagierte Colonel House Anfang April nicht weiter.⁵⁷⁶ Präsident Wilson lehnte den von Lloyd George übermittelten Keynes-Plan über eine wirtschaftliche und finanzielle Erholung in Europa nach Beratung mit seinen Fachleuten Davis und Lamont im Mai 1919 ab.⁵⁷⁷ Wie Wilson erklärte, könne er für die von Keynes vorgeschlagene amerikanische Garantie auf europäische Obligationen sicher keine Zustimmung des US-Kongresses erhalten.

⁵⁶⁹Sitzung des Finanzausschusses, 20. 2. 1919, Recueil, IV, B, 6, S. 25, nach Trachtenberg, Reparation, S. 54; vgl. Klotz, S. 124-132.

⁵⁷⁰Minutes of the Experts, 2. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 795.

⁵⁷¹Walworth, Wilson, S. 167-169. Keynes hielt Davis für kompromißbereiter als die Führungsrige des amerikanischen Finanzministeriums; Keynes an den Staatssekretär der Treasury, Bradbury, 14. 1. 1919, Keynes, Writings, 16, S. 389; ferner Keynes an Bradbury, 4. 5. 1919, ebda., S. 437-438.

⁵⁷²Baker, WWS II, S. S. 374.

⁵⁷³Schwabe, Revolution, S. 305-306, vgl. S. 433, 508 f. Noch Jahre später sagte US-Präsident Calvin Coolidge über die Alliierten und ihre Schulden: "They hired the money, didn't they?" (Graml, Europa, S. 101, Baruch, Jahre, S. 154).

⁵⁷⁴McDougall, S. 76, vgl. S. 102. Saunders, S. 119, 129, sieht in Wilson nicht nur einen standhaften "economic nationalist", einen "aggressive advocate for United States economic interests", sondern hält ihn auch, trotz seines scheinbaren Bekenntnisses zum Internationalismus, für einen eifrigen, überzeugten Nationalisten "on every major issue" (S. 191). Demgegenüber könnte man fragen, ob die Allianz mit Frankreich (vgl. Kap. 7. 1. 3.) eigentlich im nationalen Interesse Amerikas lag.

⁵⁷⁵Walworth, Moment, S. 244-248; Zit. S. 247.

⁵⁷⁶Schwabe, Revolution, S. 508-509; dort das Memorandum Wisemans in Auszügen.

⁵⁷⁷"Scheme for the Rehabilitation of European Credit and for Financing Relief and Reconstruction", 19. 4. 1919, als Anlage in Lloyd George an Wilson, 23. 4. 1919, PW 58, S. 12-14 und S. 8-12; auch in Baker, WWS III, Doc. 48, S. 341-343 und 336-341.

Die von ihm nicht bestrittene notwendige Hilfe für den europäischen Wiederaufbau solle - hier schloß er sich der Sicht seines Finanzministers an - vielmehr über private Kanäle fließen. Auch verwies der Präsident auf die finanzielle Belastung seines Landes durch den Krieg: innerhalb von zwei Jahren habe die Regierung 40 Milliarden Dollar über Krieganleihen und Steuern mobilisiert.⁵⁷⁸

Keynes sah in dieser Antwort einen "spirit far too harsh for the human situation facing us". Die Amerikaner könnten der Verantwortung für den Friedensvertrag nicht ausweichen.⁵⁷⁹ Allerdings brachte der Experte auch Verständnis für die US-Position auf. Er schrieb nach London, die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten sei nicht zuletzt auf die Reparationspolitik der Alliierten zurückzuführen. Während die Amerikaner Finanzhilfen für die neuen Staaten wie Polen planten, seien sie mit Blick auf Deutschland in einem Dilemma. Die US-Experten wüßten, daß man Deutschland wieder auf die Beine helfen müsse, doch sähen sie die Gefahr, Hilfen an Deutschland könnten die Alliierten zu höheren Reparationsforderungen veranlassen. Der amerikanische Eindruck sei, die Europäer nähmen Deutschland per Reparationskonto das Arbeitskapital und erwarteten von Washington, es wiederherzustellen - eine Kritik, die Keynes zumindest zum Teil für gerechtfertigt hielt. Die amerikanische Verärgerung über Frankreich und Italien im besonderen sei so groß, daß sie keinerlei Finanzhilfen für Paris und Rom vorsähen.⁵⁸⁰

Folgt man Keynes, war das Verhältnis zwischen Reparationen, Schuldentilgung und Wiederaufbauhilfe für Europa und Deutschland ein wahrer Teufelskreis. Nur vertrauliche, offene Gespräche hätten ihn wohl lösen können; sie scheiterten. Hätte Amerika als der stärkste Partner im Bund gegen Deutschland nicht über seinen Schatten springen müssen? Lord Cecil, einer anglo-amerikanischen Kooperation sehr gewogen, beobachtete Ende März, wie im Konferenzverlauf die dominierende Stellung Amerikas immer deutlicher geworden sei. Das große Zukunftsthema sei der Bedarf an Geld, und die einzige verbündete Macht, die darüber verfüge, seien die USA.⁵⁸¹ So kritisierte auch Keynes trotz seines Verständnisses die amerikanische Haltung in seiner Streitschrift "The Economic Consequences of the Peace" mit den Worten: "The representatives of the United States were greatly at fault, in my judgement, for having no constructive proposals whatever to offer to a suffering and distracted Europe."⁵⁸² So waren die Vereinigten Staaten zumindest mitverantwortlich dafür, daß Frankreich und Großbritannien sich auf regelmäßige Zahlungen aus Deutschland angewiesen sahen, um ihre Schulden in Washington zu bedienen; und sie trugen ihren Teil bei zur Instabilität internationaler Finanzbeziehungen in den ersten Jahren nach dem Krieg.

Die wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten zeigten sich noch in einer anderen Frage und konterkarierten teilweise die Absicht, Deutschland ökonomisch in die Nachkriegsordnung zu integrieren. Weil Washington die bereits in amerikanischen Häfen internierten Teile der deutschen Handelsflotte selbst behalten wollte, willigte die US-Delegation ein, den Deutschen die großen Schiffe der Handelsflotte vollständig ab-

⁵⁷⁸Wilson an Lloyd George, 5. 5. 1919, PW 58, S. 446-448, und Baker, WWS III, Doc. 49, S. 344-346. Siehe auch den Plan Baruchs für den Wiederaufbau Europas, 7. 5. 1919, ebda., Doc. 50, S. 347-351.

⁵⁷⁹Keynes an Kerr, 10. 5. 1919, Keynes, Writings, 16, S. 441.

⁵⁸⁰Keynes an Bradbury und Chamberlain, 4. 5. 1919, Keynes, Writings, 16, S. 437-440, hier S. 439. Keynes informierte Kerr am 10. 5., sein Vorschlag, Obligationen auszuschütten, habe es gerade vermeiden wollen, Deutschland sein gesamtes Arbeitskapital wegzunehmen; ebda., S. 442.

⁵⁸¹Cecil Diary, 26. 3. 1919, PW 56, S. 297.

⁵⁸²Keynes, Consequences, S. 94.

zunehmen. Immerhin erreichten die Amerikaner eine Begrenzung der Frist, während derer Deutschland einseitige nachteilhafte handelspolitische Verpflichtungen auferlegt wurden; sie sollte fünf Jahre betragen.⁵⁸³

15. 4. Die amerikanischen Experten in der Debatte um Reparationsansprüche, die deutsche Zahlungsfähigkeit und eine fixe Summe

Parallel zur Diskussion über die Grundsätze der Reparationsregelung wurde in den Unterausschüssen über die Ansprüche der Sieger und die Zahlungsfähigkeit der Besiegten gerungen. Die amerikanischen Rechts- und Finanzexperten waren entschieden der Meinung, die deutsche Zahlungsfähigkeit habe das Kriterium für Reparationszahlungen zu bilden. Neben einer definitiven Summe solle auch die Laufzeit der Zahlungen verbindlich festgesetzt werden - wenn möglich, zwischen 25 und 35 Jahren. Die US-Sachverständigen unterbreiteten konkrete Vorschläge für Zahlungsbeträge, die im einzelnen divergierten.⁵⁸⁴

So hielt der Finanzexperte der Treasury, Cravath, in einer im Dezember 1918 erarbeiteten Denkschrift eine einmalige Zahlung von zwei bis drei Milliarden US-Dollar für zumutbar. Im Anschluß daran könne Deutschland maximal einen Betrag von einer Milliarde Dollar im Jahr aufbringen.⁵⁸⁵ Der Wirtschaftsexperte Young hielt in einer Anfang Februar 1919 vorgelegten Untersuchung eine Sofortzahlung von 6, 3 Milliarden Dollar und einen Maximalbetrag an Reparationszahlungen von zehn Milliarden Dollar für realistisch.⁵⁸⁶

Die US-Delegation brachte ihren ersten Vorschlag über eine Reparationssumme am 21. Februar 1919 in den Unterausschuß II des Reparationsausschusses ein, der die Zahlungsfähigkeit der Feindstaaten untersuchte. Der britische Ausschußvorsitzende Lord Cuncliffe hatte eine Zahl von 24 Milliarden Pfund Sterling genannt (umgerechnet ca. 120 Milliarden Dollar); der französische Vertreter Loucheur hatte mindestens 40 Milliarden Pfund verlangt (ca. 200 Milliarden Dollar).⁵⁸⁷ Wie der US-Experte Lamont demgegenüber vortrug, hielten die Amerikaner eine Sofortzahlung von 5, 4 Milliarden Dollar innerhalb von zwei Jahren für möglich. Die Zahlungsfähigkeit über einen anschließenden Zeitraum von 35 Jahren wurde auf 1, 5 Milliarden Dollar jährlich geschätzt, entsprechend 57, 9 Milliarden Dollar insgesamt. Lamont stellte dabei klar, daß diese Zahlen unter Vorbehalt genannt wurden, und er wünschte auch in der zehnten Plenarsitzung am 3. März eine Korrektur des Protokolls: die USA *hofften*, daß der jährliche Zahlungsbetrag von 1, 5 Milliarden Dollar auch erwirkt werden könne.⁵⁸⁸

⁵⁸³A. A. Young, *The Economic Settlement*, in: House/Seymour, Paris, S. 133; Versailler Vertrag, Teil VIII, "Wiedergutmachungen", Anlage III, § 1; 121; Schwabe, S. 511.

⁵⁸⁴Lamont, S. 276.

⁵⁸⁵Cravath, "Preliminary Suggestions Regarding Indemnities", Kopie Millers, dat. 12. 12. 1918, DCP II, Doc. 45, S. 173-202; FRUS, PPC II, S. 584-605; Antwort von Dulles, 9. 1. 1919, FRUS, PPC II, S. 619.

⁵⁸⁶"Tentative Valuation of Germany's Immediately Transferable Assets", Memorandum Youngs, undat., ca. 5. 2. 1919, DCP V, Doc. 328, S. 110-119; Burnett I, Doc. 524, S. 523-531; vgl. Schwabe, *Revolution*, S. 303. Vgl. das Memorandum von Young, 28. 12. 1918, FRUS, PPC II, S. 606-607.

⁵⁸⁷6. Sitzung des Subcommittee II, 21. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 517, S. 622; Recueil, IV, B, 3, S. 422-423.

⁵⁸⁸6. Sitzung des Subcommittee II, 21. 2. 1919, Burnett, II, Doc. 517, S. 623-624; Recueil, IV, B, 3, S. 423-424; vgl. die stenographischen französischen Notizen zur 10. Sitzung des Subcommittee II, 3. 3. 1919, ebda., Anm. 6.

Colonel House gab am 21. Februar, dem Tag der Ausschußsitzung, in seinem Konferenztagebuch die französischen und britischen Zahlen korrekt wieder, notierte aber, die amerikanischen Experten hielten lediglich 22 Milliarden Dollar für realistisch.⁵⁸⁹ Möglicherweise hatte Lamont angesichts der immensen Diskrepanz zwischen den Zahlen der Alliierten und den eigenen Schätzungen den Betrag bereits um mehr als das Doppelte nach oben korrigiert; doch bleibt hier ein Rest von Unklarheit.⁵⁹⁰

Wie House am 27. Februar festhielt, habe er Davis und Lamont angewiesen, einer Reparationssumme von 40 Milliarden Dollar zuzustimmen, "but to hedge it around with safeguards, as far as the United States was concerned, so that in no event would we be either legally or morally bound to help enforce its collection".⁵⁹¹ Es ist unklar, worauf sich diese Summe bezog, denn bezüglich der Gesamtlaufzeit hatte Lamont ja bereits von knapp 60 Milliarden Dollar gesprochen.

Jedenfalls zeichnete sich ab, daß House die Gratwanderung, die er in den Tagen zuvor als eine Lösung des Reparationsproblems konzipiert hatte, weiterverfolgen wollte: einen Kompromiß hinsichtlich der absoluten Zahl zu finden, um vor allem Großbritannien und Frankreich zufriedenzustellen, gleichzeitig aber eine Rückzugsposition für die USA aufzubauen, um sich in der Zukunft von vorhersehbaren Schwierigkeiten und Streitigkeiten distanzieren zu können. Denn House hielt für sich fest, die in Frage kommende Summe scheine "perfectly absurd". Doch Franzosen und Briten, die sich dessen ebenso bewußt seien wie die USA, bestünden auf einem Betrag, von dem sie wußten, ihn nicht eintreiben können, nur "in order to meet public opinion which they have misled in their several countries".⁵⁹²

Falls House diese Zeilen nicht nur notiert haben sollte, um sich selbst bei einer späteren Veröffentlichung seines Tagebuchs abzusichern, sondern von der Darstellung überzeugt war, bleibt nur die Interpretation, daß House das Spiel der Alliierten wider besseres Wissen mitspielte, in der Vorstellung, nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aussteigen zu können. Der Chefunterhändler scheute anders als der Präsident und auch abweichend von dessen Instruktionen eine offene Konfrontation mit den übrigen Delegationsmitgliedern. Natürlich war es in den Beratungen der Unterausschüsse 1 und 2 des Reparationsausschusses absehbar, daß eine Einigung kaum möglich war, doch House bemühte sich erst gar nicht, seine Experten die amerikanische Position auch mit Blick auf die Zahlen und bis zur Fertigstellung der Ausschußberichte ausreizen zu lassen. House war auch nicht bereit, abzuwarten, bis sowohl der Präsident als auch der britische Premier an den Konferenzort zurückgekehrt waren; im Gegenteil; sein Selbstverständnis bestand gerade darin, möglichst rasch zu Kompromissen zu kommen. Dabei

⁵⁸⁹House Diary, 21. 2. 1919, IP IV, S. 354-355 (vollständiger in Burnett, I, Doc. 132, S. 600). Vgl. Miller Diary über eine Unterredung mit House, 24. 2. 1919, DCP I, S. 135.

⁵⁹⁰Lamont gibt in seinem Erfahrungsbericht Reparations, S. 275-276, folgende Zahlen: 5 Milliarden US-Dollar bis 1921 und nachfolgend einen Betrag von 25 Milliarden Dollar, unter der Maßgabe, daß a) die übrigen Vertragsklauseln die deutschen Ressourcen nicht zu sehr beschränkten, daß sie b) die industrielle Produktivität Deutschlands nicht behinderten und daß c) die Hälfte der Gelder in deutscher (Papier-) Mark bezahlt werden könnten. Die deutschen Zahlungen sollten langfristig aus Exporterlösen fließen. Die britischen Zahlen seien "perfectly absurd" gewesen, über die französischen läßt Lamont sich nicht aus. Baruch, Jahre, S. 151, nennt als höchste genannte Summe 35 Milliarden Dollar - die Hälfte davon zahlbar in Goldmark.

⁵⁹¹House Diary, 27. 2. 1919, IP IV, S. 344; Burnett, I, Doc. 146, S. 631.

⁵⁹²Ebda.

lautete die entscheidende Frage nicht, ob, sondern an welchem Punkt ein Kompromiß gefunden werden mußte.

Nachdem Davis dem französischen Finanzminister am 9. März klargemacht hatte, daß keine Hoffnung bestehe, in Paris über die alliierten Schulden zu verhandeln, wurde einen Tag später laut einer Übereinkunft von House, Lloyd George und Clemenceau ein Sonderausschuß einberufen, der geheim über die Reparationsfrage beraten sollte.⁵⁹³ Dabei zeigte sich, daß die französische Delegation, vertreten durch Wiederaufbauminister Loucheur, mittlerweile eine moderatere Reparationspolitik vertrat.⁵⁹⁴ Loucheur war bereits einige Tage zuvor bereit gewesen, die französischen Forderungen auf 40 Milliarden Dollar herunterzuschrauben.⁵⁹⁵

In dem Dreierausschuß gelang es Davis zunächst, auch den britischen Vertreter Edwin Montagu zu einem maßvollen Vorschlag zu bewegen, denn die gemeinsame Empfehlung lautete, Deutschland solle eine Gesamtsumme von 30 Milliarden Dollar bezahlen, davon 4-5 Milliarden Dollar innerhalb der nächsten 2-3 Jahre.⁵⁹⁶ Davis übernahm die Aufgabe, dieses mit der US-Position weitgehend übereinstimmende Ergebnis in einer Besprechung zwischen Lloyd George, Clemenceau und Wilson am 14. März vorzutragen; er wurde dabei sogar von Loucheur unterstützt.⁵⁹⁷

Wie Davis erklärte, bestehe weitgehende Übereinstimmung, daß Deutschland innerhalb von zwei Jahren etwa 4-5 Milliarden Dollar (knapp 1 Milliarde Pfund) bezahlen könne, unter Einbeziehung der Handelsflotte, des Besitzes in abgetretenen Gebieten, Goldreserven, Auslandssicherheiten und Krediten. Darüberhinaus herrsche weitgehender Konsens, daß Deutschland weitere 10-15 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von mehreren Jahren bezahlen könne. Die Möglichkeit noch weiterführender Zahlungen sei umstritten, möglicherweise könnten noch einmal 15 Milliarden Dollar gezahlt werden, jedoch in deutscher Papierwährung. Davis erklärte, "the amount of damage to the persons and property of the civilian population of the Allies" betrage vermutlich 30 Milliarden Dollar.⁵⁹⁸

Im folgenden legte Davis die politischen und wirtschaftlichen Gründe dar, die sich aus seiner Sicht auf die Entscheidung, wieviel Deutschland zahlen solle, auswirkten. Er

⁵⁹³Memorandum Millers über eine Besprechung zwischen Clemenceau, Lloyd George und House, 10. 3. 1919, DCP VI, Doc. 489, S. 316; Tagebuch Loucheur, 10. 3. 1919, Loucheur, S. 70-71.

⁵⁹⁴Trachtenberg, Reparation, S. 55, dessen Verdienst es ist, diese Wandlung herausgearbeitet zu haben, gelingt es allerdings nicht, den politischen Schwenk hinreichend im Kontext der französischen Deutschlandpolitik - vor allem in ihren territorialen Aspekten - zu erklären. Wie der Autor meint, sei die französische Regierung in ihren internen Planungen, im Vergleich zu London, an hohen Reparationen nicht interessiert gewesen - abgesehen von Finanzminister Klotz; aber aus taktischen Gründen hätten sich die französischen Delegierten den britischen Forderungen bei Beginn der Friedenskonferenz zunächst angeschlossen. Als sie im Februar erkannten, daß die Amerikaner den erneut vorgebrachten Clémentel-Plan einer alliierten wirtschaftlichen Kooperation ablehnten, hätten sie ihre Reparationsforderungen auf das Maß herunterschraubt, das sie zuvor intern für realistisch gehalten hätten.

⁵⁹⁵Lamont, S. 277; Lamont an Burnett, Juni 1925, Burnett, I, S. 50; Trachtenberg, Reparation, S. 60. Vgl. Lamonts Entwurf eines Berichts des Unterausschusses 2, undat., DCP VI, Doc. 446, S. 67-75; Burnett, I, Doc. 143, S. 620-627.

⁵⁹⁶Report of Special Committee, 15. 3. 1919, Baker, WWS III, Doc. 54; S. 376-379; Burnett I, Doc. 183, S. 689-692; vgl. Lamont, S. 275. Davis hatte sich vorab mit Keynes geeinigt; Davis zu Burnett, Okt. 1938, Vol. I, S. 54. Vgl. Tagebuch Loucheur, 12. 3. 1919, Loucheur, S. 71.

⁵⁹⁷Tagebuch Loucheur, 14. 3. 1919, Loucheur, S. 71. Es existiert kein Protokoll von Mantoux!

⁵⁹⁸"Davis' Memorandum to Lloyd George", 15. 3. 1919, Baker, WWS III, Doc. 55, S. 380-381.

nannte die Gefahr, daß Deutschland den Vertrag nicht unterzeichnen könne und möglicherweise eine Besetzung Deutschlands erwogen werden müsse. Davis führte ferner den möglichen wirtschaftlichen Schaden für die Alliierten an, indem Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben und Märkte erobern könne, und als Exportmarkt für die Alliierten ausfalle. Schließlich dürfe nicht außer acht gelassen werden, welche Folgen es für den Weltfrieden haben könne, wenn in Deutschland eine Generation Arbeit für die Reparationen leisten müsse.⁵⁹⁹

Bei allem Bemühen um eine Kompromißlösung waren die US-Experten weiterhin sichtlich von dem Interesse an einem auch ökonomisch liberalen Friedensschluß geleitet, auf der Grundlage weltwirtschaftlicher Interdependenz und unter Berücksichtigung der Situation in Deutschland und ihrer Bedeutung für Weltwirtschaft und Weltfrieden. Deutschland wurde nicht nur als ein Objekt gesehen, welches kraft seines Status als Besiegter zur Lösung sämtlicher Probleme herzuhalten hatte. So schlug Davis auch Lloyd George und Clemenceau vor, eine Kommission mit der Vollmacht einzusetzen, die Reparationszahlungen im weiteren Verlauf zu modifizieren, auszusetzen oder gar zu streichen. Es war dies eine Perspektive, in der die Entwicklung gedeihlicher internationaler Beziehungen einkalkuliert war. Einige Tage später informierte Vizeaußenminister Polk die US-Delegation aus Washington, daß die amerikanische Öffentlichkeit ähnlich eingestellt sei: "against putting too heavy a load on Germany".⁶⁰⁰

Obwohl Davis den Eindruck gewonnen hatte, nun könne eine vernünftige Lösung auf der Basis von Fakten ausgearbeitet werden, währte der sich nach Zustimmung Lloyd Georges und Clemenceaus abzeichnende Kompromiß jedoch nicht lange.⁶⁰¹ Die US-Delegation vernahm sicher nicht zu ihrer Freude, daß auch noch die britischen Hardliner Cuncliffe und Sumner überzeugt werden mußten, den vorgeschlagenen Gesamtbeitrag von 30 Milliarden Dollar zu akzeptieren.⁶⁰² Doch gelang dies nicht, beide verlangten 55 Milliarden Dollar, während Lloyd George privat 25 Milliarden Dollar für die Grenze der deutschen Zahlungsfähigkeit hielt. House versuchte, über Wiseman Lloyd Georges Zustimmung zu einem abgewandelten Plan zu gewinnen: 30 Milliarden Dollar als Maximalsumme, und Festsetzung der Jahresraten durch eine Kommission.⁶⁰³ Einige Tage später notierte House in seinem Tagebuch, Lloyd George habe die US-Experten gebeten, die britischen Sachverständigen zur Mäßigung zu bewegen! Wilson wünschte, daß die US-Experten den "absurden" britischen Zahlen keinesfalls zustimmten, und House instruierte Davis und Lamont, nicht weiter als bis 35 Milliarden Dollar zu gehen, unter der Voraussetzung, daß ein großer Teil der Summe in Papiermark bezahlt werden könne und Reduktionen möglich seien.⁶⁰⁴

Tatsächlich waren die US-Experten mittlerweile näher an einer Einigung mit ihren französischen als mit den britischen Kollegen. Wie Loucheur am 26. März im Rat der

⁵⁹⁹"Davis' Memorandum to Lloyd George", 15. 3. 1919, Baker, WWS III, Doc. 55, S. 382.

⁶⁰⁰Polk an Auchincloss, 18. 3. 1919, zit. b. Floto, S. 329. Wilsons Sekretär Tumulty hingegen telegraphierte am 9. April aus dem Weißen Haus, Anhänger des Präsidenten rieten mit Blick auf die Reparationen zu Kompromissen, um die europäische Zustimmung zum Völkerbund zu sichern, PW 57, S. 188-189.

⁶⁰¹Davis zu P. M. Burnett, Oktober 1938, Burnett, I, S. 56.

⁶⁰²Vgl. Teil 1, Kap. 6. 4.

⁶⁰³House Diary, 17. 3. 1919, PW 56, S. 5.

⁶⁰⁴House Diary, 24. 3. 1919, PW 56, S. 208; vgl. Burnett, I, S. 56-57, nach den "Peace Conference Notes" von Davis, 5. 7. 1919.

Vier erklärte, seien in dem Sonderausschuß zuletzt minimale und maximale Zahlen genannt worden: während der Vorschlag der US-Experten laut Instruktionen zwischen 25 und 35 Milliarden Dollar lag, bewegten sich der französischen Zahlen zwischen 30 und 50 Milliarden Dollar. Loucheur stellte auch den Plan vor, die Höhe der jährlichen Raten durch eine Reparationskommission jährlich festlegen zu lassen; Clemenceau schloß sich dem an. Beide französischen Politiker zeigten sich sogar bereit, über die Höhe der Zahlungen mit den deutschen Vertretern zu verhandeln.⁶⁰⁵ Doch Lloyd George ging auf diese Überlegungen nicht ein und schien unterdessen eine Alternative zu bevorzugen, um die deutschen Verpflichtungen zu berechnen: eine Festlegung der einzelnen Schadenskategorien.⁶⁰⁶ Es wurde deutlich, daß eine Einigung über die deutsche Zahlungsfähigkeit und über die Höhe der Reparationssumme auch auf höchster Ebene unmöglich war.

Präsident Wilson beteiligte sich in der Nachmittagssitzung des 26. März kaum an der Auseinandersetzung zwischen Lloyd George und Loucheur. Der französische Minister bezifferte die Summe der Kriegsschäden in Frankreich auf 80 Milliarden Franc (ca. 16 Milliarden Dollar bzw. 64 Milliarden Goldmark), eine Zahl, die Lloyd George beinahe höhnisch in Zweifel zog.⁶⁰⁷ Um das endlose Gerangel abzukürzen, schlug Davis schließlich als Alternative vor, eine Einigung über die prozentuale Verteilung der Reparationen zu suchen.

Doch auch hier erwiesen sich die Differenzen zwischen Großbritannien und Frankreich als unüberwindlich. Die Dinge lagen recht einfach: mit Blick auf Reparationen im engeren Sinne, die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete, war Loucheur zwar bereit, die absoluten Forderungen auf das amerikanische Niveau herunterzuschrauben und auch auf die Einbeziehung von Pensionen zu verzichten. Allerdings wäre dann für Großbritannien nur ein Anteil von 20 bis 25% im Vergleich zu ca. 70% für Frankreich übriggeblieben.⁶⁰⁸ Was die Vierzehn Punkte betraf, auf die Loucheur sich nun ausdrücklich berief, war eine solche Verteilung in der Tat naheliegend, doch entscheidend war, daß Frankreich die benötigten 16 Milliarden Dollar ja erhalten würde, wenn nur der Prozentsatz hoch genug war.⁶⁰⁹ Loucheur war zwar schon in den Tagen zuvor auf einen Anteil von 58% für Frankreich heruntergegangen, erklärte sich als Geste des guten Willens nun sogar bereit, Clemenceau 55% zu empfehlen; doch er konnte einen britischen Anteil von mehr als 25% nicht akzeptieren. Daher scheiterte auch ein Vermittlungsversuch von Davis.⁶¹⁰

⁶⁰⁵Rat der Vier, 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 24-29; Trachtenberg, *Reparation*, S. 64. K. Schwabe, *Woodrow Wilson, Revolutionary Germany, and Paecemaking, 1918-1919. Missionary Diplomacy and the Realities of Power*, Chapel Hill 1985 (die überarb. engl. Fassung von Schwabe, *Revolution*), S. 500, gibt zu bedenken, daß die US-Experten (in diesem Fall Lamont) den Eindruck hatten, die französischen und britischen Experten seien sich darin einig, eine feste Summe abzulehnen. Vgl. zum Zusammenhang von Reparationen und Rheinlandprogramm ebda., S. 244, 487.

⁶⁰⁶Vgl. Kap. 6. 4. und 6. 5.

⁶⁰⁷Rat der Vier, 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 32-35. Loucheur sagte, dieser Betrag sei der französische Anteil an der Gesamtsumme von 30 Milliarden Dollar, die er in der Vormittagssitzung als Minimum genannt hatte.

⁶⁰⁸Rat der Vier, 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 38-39. Vgl. Teil 1, Kap. 6.

⁶⁰⁹Dies ist ein Punkt, den Trachtenberg, *Reparation*, S. 65-66, außer acht läßt, wenn er die Franzosen in diesem Stadium für "more >Wilsonian< than the Americans" hält. Ebenso wie London verfolgte eben auch Paris nationale Interessen!

⁶¹⁰Rat der Vier (Expertenrunde), 26. 3. 1919, Mantoux I, S. 37-40, Tagebuch Loucheur, 26. 3., Loucheur, S. 74.

Präsident Wilson hatte im Obersten Rat am 25. und am Vormittag des 26. März zur Mäßigung in der Reparationsfrage aufgerufen. Er mahnte Gerechtigkeit an, beurteilte das Problem aber auch aus einem politischen Blickwinkel: er wies auf den bevorstehenden Gebietsverlust Deutschlands hin, auf die Gefahr, daß Berlin den Friedensvertrag nicht unterzeichne oder auch infolge politischer Instabilität dem Bolschewismus in die Arme falle. Auch gab der Präsident zu bedenken, ob es im Interesse der Sieger liege, Deutschland durch die finanziellen und wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen zur Eroberung neuer Märkte zu veranlassen, zum wirtschaftlichen Konkurrenten zu machen.⁶¹¹

Mit dem Vorschlag des französischen Finanzministers vom 28. März, die Reparationssumme im Friedensvertrag offenzulassen, erste Abschlagszahlungen festzulegen und die Reparationsansprüche entsprechend den einzelnen Schadenskategorien von einer Kommission bestimmen zu lassen, wollte sich Wilson zunächst nicht anfreunden, auch als Lloyd George den Plan unterstützte. Wilson hielt es für problematisch, Deutschland einen Blankoscheck unterschreiben zu lassen; Deutschland begäbe sich mit allem, was es besitze, auf unbegrenzte Zeit in die Hände der Sieger. Auch müsse man Deutschland Zeit und Mittel geben, sich wirtschaftlich zu erholen.⁶¹² Wilsons Berater rieten dringend davon ab, Deutschland einen Blankoscheck vorzulegen.⁶¹³

Die strittigen Punkte zwischen der amerikanischen und der britischen, auch der französischen Position - die Festlegung der Reparationssumme bzw. der Schadenskategorien - machten allerdings eine Entscheidung des US-Präsidenten unvermeidlich. Schon am nächsten Tag, dem 29. März, als Lloyd George einen Vorschlag vorlegte, der auf Klotz' Entwurf aufbaute und die Reparationssumme offenließ, äußerte Wilson keinen prinzipiellen Widerstand mehr. Er legte allerdings Wert darauf, in die Reparationsbestimmungen den Text des Vorwaffenstillstandsabkommens vom 5. November 1918 aufzunehmen.⁶¹⁴

Als Wilson Lloyd Georges Entwurf mit seinen Beratern besprach, notierte McCormick seine Überzeugung, der Plan werde nicht funktionieren, verschiebe nur den "evil day".⁶¹⁵ Doch schien Wilson seine Entscheidung, den Plan als Grundlage zu akzeptieren, getroffen zu haben, möglicherweise nach der Ratssitzung, und trotz der Kritik seiner Berater. Bereits in der ersten amerikanischen Überarbeitung des Lloyd George-Plans, datiert auf den 29. März und vermutlich aufgrund einer Weisung Wilsons, wurde deshalb keine Reparationssumme mehr genannt.⁶¹⁶ Zwei Tage später wies Wilson seine

⁶¹¹Rat der Vier, 25. 3. 1919, Mantoux I, S. 15; 26. 3. 1919, ebda., S. 28-29. Vgl. dazu auch das bei Baruch ohne Angabe von Autor und Datum zitierte Memorandum mit ähnlicher Stoßrichtung, Baruch, Making, S. 48-49.

⁶¹²Rat der Vier, 28. 3. 1919, Mantoux I, S. 58-62. Am 29. 3. erhielt Wilson ein Memorandum Baruchs, der auf die völlig veränderte wirtschaftliche Lage Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit hinwies (PW 56, S. 421-424). Trachtenberg, Reparation, S. 64-71, läßt den Plan von Klotz und dessen von Clemenceau unterstützte Politik der folgenden Tage leider ganz unberücksichtigt. Man gewinnt den Eindruck, daß Loucheur in dieser kritischen Phase der Entscheidungen wieder im Hintergrund der französischen Delegation stand. Zu bedenken ist dabei auch, daß parallel die Saar- und die Rheinlandfrage noch ohne Aussicht auf einen Erfolg für Frankreich verhandelt wurden.

⁶¹³McCormick Diary, 28. 3. 1919, PW 56, S. 353.

⁶¹⁴Rat der Vier, 29. 3. 1919, Mantoux I, S. 83-84.

⁶¹⁵McCormick Diary, 29. 3. 1919, PW 56, S. 424-425.

⁶¹⁶"First American Proposed Modification of the Lloyd George Draft", ohne Angabe von Autoren, 29. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 201, S. 757.

skeptischen Berater ausdrücklich an, sie sollten versuchen, Lloyd Georges und Clemenceaus Empfehlungen entgegenzukommen. Mit anderen Worten: von einer fixen Summe sollte Abstand genommen werden. Wilson nannte selbst den Grund für seine Kompromißbereitschaft: es war die auf der Warnung der Ententepremiers beruhende Befürchtung, "their ministries might fall and we would have no governments to make peace with for some time to come".⁶¹⁷ Das Offenlassen der Reparationssumme erschien als der erste Schritt, die unüberwindlichen Schwierigkeiten zu lösen.

15. 5. Schadenskategorien, Zahlungszeitraum und Kriegsschuld. Die US-Delegation und die Anbahnung eines Kompromisses

In den folgenden beiden Tagen einigten sich die amerikanischen und britischen Experten auf der Grundlage des Lloyd George-Entwurfs vom 29. März auf einen gemeinsamen Plan.⁶¹⁸ Demnach würde die Höhe des Schadens, für den Wiedergutmachung zu leisten war, erst von einer Reparationskommission bestimmt werden. Das Ergebnis sollte den Feindstaaten, die das Recht hätten, von der Kommission angehört zu werden, bis zum 1. Mai 1921 übermittelt werden. Die Reparationszahlungen sollten eine Periode von 30 Jahren nicht überschreiten und grundsätzlich an der Zahlungsfähigkeit der Feindstaaten gemessen werden. Mit der wichtigen Klausel, daß die Reparationskommission von Zeit zu Zeit notwendige Modifikationen zu prüfen hatte, bestand die Aussicht auf eine schrittweise Anpassung der Reparationsbestimmungen an politische und wirtschaftliche Veränderungen. Für 1919 und 1920 waren Abschlagszahlungen von einer Milliarde Pfund (ca. 5 Milliarden Dollar) vorgesehen; dabei sollten die unabdingbaren Lieferungen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deutschland angerechnet werden.⁶¹⁹

Nachdem diese wichtige Entscheidung getroffen war, rückte die Festlegung der Schadenskategorien in den Vordergrund. Präsident Wilson reagierte zunächst sehr zurückhaltend auf die Forderung von Lloyd George, unter Personenschäden auch Pensionszahlungen für als Folge des Krieges erwerbsunfähig gewordene Personen sowie Entschädigungszahlungen für Militärdienst leistende Personen und ihre Angehörigen einzubeziehen. Wie der Finanzexperte Lamont berichtete, hatte Wilson ein diesbezügliches Memorandum des britischen Rechtsexperten Lord Sumner vom 27. März noch beinahe verächtlich als "very legalistic" abgelehnt.⁶²⁰ Im Rat der Vier am 29. März kritisierte Wilson den betreffenden Artikel 4 des Lloyd George-Entwurfs.⁶²¹ Zwar stellte auf Expertenebene John F. Dulles bereits Überlegungen an, wie man die Pensionen berück-

⁶¹⁷McCormick Diary, 31. 3. 1919, PW 56, S. 444. Baruch, Reparation, S. 47, berichtet, den Experten sei die Entscheidung deswegen leichter gefallen, weil vor allem Paris, aber auch London es abgelehnt hätten, ihre Schäden rasch zu evaluieren.

⁶¹⁸"Memorandum of Anglo-American Progress on Reparations", 1. 4. 1919, PW 56, S. 502; Burnett, I, Doc. 212, S. 777-778.

⁶¹⁹"First Draft of Anglo-American Accord on Reparations", 1. 4. 1919, PW 56, S. 504; auch in Burnett, I, Doc. 213, S. 779-780; vgl. dazu "Second American Proposed Modification of the Lloyd George Draft", 31. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 204, S. 764-765. Dazu das Memorandum von Dulles, 1. 4. 1919, PW 56, S. 498.

⁶²⁰Lamont an Burnett, 25. 6. 1934, Burnett, I, S. 63; Sumners Memorandum "Categories of Damage and Injury Recoverable" vom 27. 2. 1919 in Burnett, II, Doc. 470, S. 415-417.

⁶²¹Rat der Vier, 29. 3. 1919, FRUS, PPC V, S. 17.

sichtigen könne, doch wurde der diesbezügliche Passus des Lloyd George-Memorandums in der amerikanischen Bearbeitung wieder gestrichen.⁶²²

Doch änderte Wilson auch in diesem Punkt, den Lloyd George als ein vitales britisches Interesse betrachtete, seine Meinung. Den Ausschlag gab ein Memorandum, in dem Smuts am 31. März für die Einbeziehung von Pensionen und Trennungsschädigungen ("separation allowances") in die Reparationen plädierte. Diese Denkschrift beeindruckte Wilson sehr, wie er seinen Beratern gegenüber am 1. April einräumte.⁶²³

Der Präsident erklärte, er betrachtete die Frage der Pensionszahlungen nicht als "a matter for decision in accordance with strict legal principles". Sehr aufschlußreich war Wilsons Bemühen, die von ihm verkündeten Friedensprinzipien breit auszulegen, zumindest in dieser Frage. Laut dem Bericht von Dulles fuhr Wilson fort, "he was continuously finding new meanings and the necessity of *broad application of principles previously enunciated even though imperfectly*". Wilson versuchte, die Unverrückbarkeit der Formulierung vom 5. November 1918 zu relativieren, aber offenbar nicht nur, weil er den Briten und Franzosen politisch entgegenkommen wollte, sondern weil er die von Smuts unterstützte Regelung tatsächlich gerecht fand: "he felt justice would be done by compelling the enemy to make good, if they were able, damage of this category".⁶²⁴

Wie schwierig es allerdings war, die so interpretierte Gerechtigkeit - gegenüber einem rein juristischen Ansatz - mit Blick auf die Wiedergutmachung auch zu begrenzen, zeigt ein Einwand von Dulles in der Besprechung: es sei schwierig, eine logische Unterscheidung zu treffen zwischen einer Familie, die ihren Ernährer durch dessen Einsatz als Soldat verloren habe und einer anderen Familie, die für dessen Ausrüstung als Soldat bezahlen mußte - so daß die Gefahr bestehe, nun einer Kriegskostenerstattung durch die Hintertür zuzustimmen.⁶²⁵ Auf diese Einwände reagierte Wilson, als sei ihm dieses Problem durchaus bewußt, ungehalten, ja verzweifelt: "Logic! Logic!...I don't give a

⁶²²Memorandum von Dulles, 29. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 202, S. 758-762; "First American Proposed Modification of the Lloyd George Draft", 29. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 201, S. 757; in Art. 3 wurden lediglich Sachschäden aufgeführt. In der zweiten Überarbeitung vom 31. 3. waren gar keine Schadenskategorien mehr angegeben (ebda., Doc. 204, S. 765). Dies sollte vermutlich in einem separaten Text geschehen; die US-Experten erwogen sogar, den Deutschen die Liste nicht im Vertrag, sondern erst auf Nachfrage mitzuteilen (Davis in der Expertenkonferenz am 3. 4. 1919, Doc. 230, S. 814). Der erste (undatierte) US-Entwurf zu den Schadenskategorien enthielt dann bereits die Pensionen; er muß daher nach der Entscheidung Wilsons am 1. 4. verfaßt worden sein (ebda., Doc. 214, S. 780-781).

⁶²³Memorandum von Smuts an Wilson, 31. 3. 1919, Smuts, SP IV, S. 96-98; Burnett, I, Doc. 209, 773-775, PW 56, S. 480-482. Memorandum von Dulles über eine Besprechung mit Wilson am 1. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 210, S. 775-776. Vgl. Teil 1, Kap. 6. 4.

⁶²⁴Memorandum von Dulles über eine Besprechung mit Wilson am 1. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 210, S. 775-776, Zit. S. 776; Hervorh. von mir. Laut McCormick Diary, 1. 4. 1919, PW 56, S. 501-502, sei Wilson "very clear in his mind" gewesen, daß bei der Diskussion der Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen Pensionen nicht bedacht worden seien, ihre Einbeziehung aber als ein "just and equitable basis of claim" erscheine.

⁶²⁵Baruch, Jahre, S. 148 f. Auch Colonel House hatte in einer Vorbesprechung mit den US-Sachverständigen am 1. April von einer Einbeziehung der Pensionen abgeraten (Lamont Diary, 1. 4. 1919, PW 56, S. 502). In der Tagebuchnotiz von House am 1. 4., ebda., S. 517, in der er Wilson als stur, verärgert, unvernünftig werdend und als einen schlechten Unterhändler charakterisierte, wird neben der fundamentalen Differenz in der persönlichen Diplomatie beider die Enttäuschung des Colonel sichtbar, in die Verhandlungen nicht mehr an führender Stelle einbezogen zu sein, seit Wilsons Vertrauen zu seinem Unterhändler Mitte März 1919 erschüttert worden war.

damn for logic. I am going to include pensions!"⁶²⁶ Der berechtigte Hinweis von Thomas Lamont, Wilson habe es als allerletztem an Logik gemangelt, zeigt nur, wie schwierig es war, zwischen juristischem Recht und moralischer Gerechtigkeit angemessen zu unterscheiden. Wilson habe jedoch, so Lamont in seinem Konferenztagebuch, die Angelegenheit augenscheinlich sorgfältig bedacht.⁶²⁷ Als Grundlage für die Berechnung der Pensionen schlug Wilson die französischen Zahlen vor, die niedriger lagen als die britischen.

Durch Wilsons Entscheidung waren nunmehr die Schadenskategorien erweitert worden. Nach Ansicht des britischen Finanzexperten John Maynard Keynes war der Schritt des Präsidenten "perhaps the most decisive moment in the disintegration of the President's moral position and the clouding of his mind".⁶²⁸ Gegenüber diesem harten zeitgenössischen Urteil trifft die Ansicht, dieses Zugeständnis habe wenig bedeutet, weil der ausschlaggebende Punkt die Festsetzung jährlicher Zahlungsraten über eine definierte Laufzeit sein würde, zwar grundsätzlich zu⁶²⁹, aber dabei sollte nicht außer acht gelassen werden, daß Wilson die Einbeziehung von Pensionen auch als gerecht begründete. Auch war in der Besprechung Wilsons mit seinen Beratern am 1. April nicht die Rede davon gewesen, daß die Berücksichtigung von Pensionen lediglich eine Entscheidung über die Verteilung der Gelder sei.⁶³⁰

Es sprach zwar viel für die Einschätzung, mit der Pensionsregelung werde sich nur der britische Anteil an den Reparationen auf Kosten des französischen erhöhen - gesetzt den Fall, es bliebe bei einer definierten Laufzeit der Reparationszahlungen, welche die US-Delegation mit 30-35 Jahren veranschlagte. Die US-Experten waren allerdings geteilter Meinung darüber, ob sich die Reparationsrechnung erhöhen werde oder nicht. Lamont erklärte später, die Rechnung habe sich um etwa 15 Milliarden Dollar erhöht; Baruch weist auf gegenteilige Meinungen hin.⁶³¹ Was das Argument angeht, durch das Zugeständnis gegenüber den Briten habe sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, eine anglo-amerikanische Kooperation gegen exzessive französische Forderungen zu bilden⁶³², gibt es keinen klaren Hinweis, daß Wilson sich in diesem Fall von rein politischen Erwägungen leiten ließ. Nicht ganz ausgeschlossen ist aber, daß Wilson am 1. April ein Thema suchte, um Lloyd George entgegenzukommen. Denn der Premier machte in diesen Tagen sehr klar, daß er dem Völkerbund bzw. der nachträglichen Einbeziehung der Monroe-Doktrin in die Satzung nicht zustimmen werde, wenn die USA

⁶²⁶Bericht von Lamont über eine Besprechung mit Wilson vom 1. 4. 1919, Lamont, Reparations, S. 272. Anwesend waren Dulles, Lamont, McCormick und Baruch. Vgl. Memorandum Dulles, 1. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 210, S. 776.

⁶²⁷Lamont Diary, 1. 4. 1919, PW 56, S. 502. Vgl. die Einschätzung von Floto, S. 187, Wilson habe sich hier von "considerations of policy, not principles" leiten lassen.

⁶²⁸Keynes, Consequences, S. 33.

⁶²⁹Davis im Rat der Vier, 5. 4. 1919, US-Notizen, Burnett, I, Doc. 235, S. 829; unschärfer bei Mantoux I, S. 157-158. Birdsall, S. 251-253. Tillman, S. 246, nennt keinen Beleg für seine Ansicht, auch Wilson sei davon ausgegangen, daß lediglich über die Verteilung der Summe entschieden worden sei und daß die deutsche Zahlungsfähigkeit das ausschlaggebende Kriterium für die Reparationszahlungen bilden werde.

⁶³⁰So zu Recht Trachtenberg, Reparation, S. 70.

⁶³¹Lamont, S. 272; Lamont an Burnett, 25. 6. 1934, Burnett, I, S. 64; Baruch, Making, S. 29.

⁶³²Birdsall, S. 252.

ihr Flottenprogramm nicht zurücknehmen.⁶³³ Obwohl die US-Experten sich wunderten, dürfte es unwahrscheinlich sein, daß für Wilsons Nachgeben seine beginnenden Krankheitssymptome verantwortlich gewesen wären.

Im Viererrat am Nachmittag des 1. April bekräftigte Wilson seine Entscheidung und stellte fest, jegliche indirekte Schäden wie Verdienstauffälle der Wirtschaft seien von den Reparationen ausgeschlossen. Die Festsetzung von Schadenskategorien sei nun vorrangig, um den Deutschen, wenn schon keine feste Summe, so doch die Grundlagen für die Wiedergutmachungsleistungen nennen zu können.⁶³⁴

Wilson billigte am 3. April den von Dulles und McCormick ausgearbeiteten Entwurf zu den Schadenskategorien, nachdem McCormick ihn vor einem raffinierten taktischen Spiel Lloyd Georges gewarnt hatte.⁶³⁵ Damit dürfte McCormick das britische Vorgehen gemeint haben, erst die Berücksichtigung der Pensionen durchzusetzen und anschließend die Schadenskategorien vorwiegend auf die Personenschäden zu begrenzen, um den eigenen Anteil möglichst hoch zu schrauben.⁶³⁶ In einer Expertenrunde am 3. April wurde der US-Vorschlag zu den Schadenskategorien als Grundlage gebilligt, während die Briten eine Begrenzung und die Franzosen wie Italiener eine Ausweitung wünschten.⁶³⁷

Nach der am frühen Nachmittag des 1. April 1919 erreichten Einigung mit den Briten über die Grundzüge der Reparationsregelung galt es aus amerikanischer Sicht, noch die Zustimmung der französischen Delegation zu gewinnen. Finanzminister Klotz signalisierte in einer Expertenkonferenz am Nachmittag des 1. April zahllose Vorbehalte und forderte insbesondere eine Verschärfung des Artikels 1: "The preamble should not be negative, reciting the inability of the Germans to pay, but should be affirmative and proclaim our rights."⁶³⁸

Dies hatte zur Folge, daß John Foster Dulles, bereits für die früheren Entwürfe des Kriegsschuldartikels verantwortlich, eine verschärfte Fassung vorlegte. Artikel 1 lautete nunmehr: "The Allied and Associate Governments affirm the responsibility of the enemy states for causing all the loss and damage to which the Allied and Associate Governments and their nationals have been subjected as a consequence of the war imposed upon by them by the aggression of the enemy states."⁶³⁹ In dieser Formulierung war die moralische Kriegsschuld der Feindstaaten, allen voran Deutschlands, als Begründung

⁶³³Diese Interpretation bei Saunders, S. 192, der allerdings keine Belege nennt und auf S. 174 f. das Thema nur streift. In den Quellen finden sich auch keine diesbezüglichen Hinweise. Vgl. Teil 1, Kap. 4. 1.

⁶³⁴Rat der Vier, 1. 4. 1919, Mantoux I, S. 109, 113.

⁶³⁵2. US-Vorschlag zu Schadenskategorien, 3. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 228, S. 809-810. Dazu McCormick Diary, 2. 4. 1919, PW 56, S. 535, und 3. 4. 1919, ebda., S. 579-580, sowie House Diary, 2. 4. 1919, ebda., S. 539, der die ihm von Wilson gestellte Frage, ob Lloyd George "sincere" mit ihm umgehe, bezweifelte.

⁶³⁶Vgl. Teil 1, Kap. 6. 4. und 6. 5.

⁶³⁷Reparation Claims, 2. US-Entwurf zu Schadenskategorien, 4. 4. 1919, als Anlage in Davis und McCormick an Wilson, Baker, WWS III, Doc. 58, S. 403-408; siehe auch Burnett, I, Doc. 231 und 232, S. 817-822.

⁶³⁸Minutes of the Experts, 1. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 215, S. 781-784, Zit. S. 782.

⁶³⁹"Second American Proposed Preamble Clause", Burnett, I, Doc. 217, S. 785, vgl. den ersten überarbeiteten Vorschlag, ebda., Doc. 216, S. 784-785.

für die im folgenden dargelegten Ansprüche der Siegermächte unmißverständlich betont. Der Anteil der US-Delegation an der im Kern von Lloyd George konzipierten (das in die Lansing-Note übernommene "memorandum of observations"⁶⁴⁰), später hochumstrittenen Kriegsschuld Klausel war ganz offenkundig. Mit diesem Vorschlag konnte die französische Delegation vorerst leben, obwohl Clemenceau am 5. April auf eine Verschärfung drängte.⁶⁴¹

In der Expertenkonferenz am 2. April tauchte ein weiteres Problem auf, das die Delegationen in den nächsten Tagen wesentlich beschäftigen sollte: die Berechnungsgrundlage für die Reparationszahlungen und deren Laufzeit. Klotz stieß sich an einer zeitlichen Begrenzung der Reparationszahlungen - obwohl er selbst eine Erhöhung des Zeitraumes von 30 Jahren (im anglo-amerikanischen Entwurf) auf 40 Jahre gefordert hatte.⁶⁴² Jedenfalls legte der französische Unterhändler seinen Finger in die Wunde, als er auf den Widerspruch hinwies zwischen einer Begrenzung der jährlichen Zahlungen und der Forderung in Artikel 2 des anglo-amerikanischen Entwurfs vom 1. April, daß die Feindstaaten nämlich "at whatever costs to themselves" Wiedergutmachung leisten müßten.⁶⁴³

In der Erwiderung von Davis wurde erneut deutlich, daß die Amerikaner das Kriterium der deutschen Zahlungsfähigkeit keineswegs aufgegeben hatten, es im Gegenteil noch einmal gesondert betonen wollten. So forderte Davis, die Formulierung in Artikel 2 "at whatever cost to themselves" durch "to the extent of their utmost capacity" zu ersetzen - was Klotz nach Konsultation mit Clemenceau ablehnte. Davis warnte davor, Deutschland für mehrere Generationen zu versklaven.⁶⁴⁴ Lamont faßte später den US-Plan zusammen: Festsetzung einer Gesamtsumme auf der Grundlage der deutschen Zahlungsfähigkeit innerhalb von 30 Jahren.⁶⁴⁵

In der Expertenkonferenz am 3. April 1919 war keine Lösung des Konfliktes in Sicht. Zwar signalisierten Davis und McCormick dem hartnäckig nachfragenden Loucheur, Deutschland müsse die von der Reparationskommission einmal festgesetzten Verpflichtungen auch erfüllen, so daß nach Ablauf der 30 Jahre eventuell eine Verlängerung der Zahlungsfrist notwendig sein könne und Deutschland Obligationen ausgeben müsse. Dies war ein Kompromißangebot gegenüber der Forderung des britischen Ver-

⁶⁴⁰Vgl. Kap. 2. 3. und Teil 1, Kap. 2. 3.

⁶⁴¹Minutes of the Experts, 2. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 219, S. 788.

⁶⁴²Französischer Entwurf der allgemeinen Reparationsklauseln, undat., vorgelegt am 2. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 218, S. 786-787.

⁶⁴³"First Draft of Anglo-American Accord on Reparations", 1. 4. 1919, PW 56, S. 504; auch in Burnett, I, Doc. 213, S. 779; Minutes of the Experts, 2. 4. 1919, ebda., Doc. 219, S. 789-790.

⁶⁴⁴Minutes of the Experts, 2. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 219, S. 789, 794 (Zit.), 796, 797. Auch McCormick notierte sein Mißvergnügen darüber, daß der Tag der Offenbarung mit Blick auf die deutsche Zahlungsfähigkeit hinausgezögert werde; am liebsten wäre ihm "to blow up the whole plan" (Diary, 2. 4. 1919, PW 56, S. 535).

⁶⁴⁵Minutes of the Experts, 2. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 219, S. 797.

treterers Montagu vom 2. April.⁶⁴⁶ Doch nach wie vor sollte die Zahlungsfähigkeit Deutschlands der Dreh- und Angelpunkt der Reparationsregelung sein.⁶⁴⁷

Präsident Wilson war mit dem Vorgehen seiner Experten einverstanden, auch was die Voraussetzung anbetraf, Deutschland keine Handelsbeschränkungen aufzuerlegen.⁶⁴⁸ Denn in einem US-Memorandum vom 31. März fand sich die Forderung, in der Reparationsregelung die zukünftige deutsche "industrial effectiveness" nicht zu behindern und kein Wirtschaftsembargo zu verhängen.⁶⁴⁹

15. 6. Colonel House, Präsident Wilson und das amerikanische Einlenken hinsichtlich der Zahlungsperiode

Auf der Grundlage des von den britischen Experten überarbeiteten anglo-amerikanischen Entwurfs vom 2. April über die allgemeinen Reparationsklauseln, dem die Vorbehalte der französischen und italienischen Delegation gegenübergestellt waren, wandte sich der Oberste Rat am 5. April der Reparationsfrage zu.⁶⁵⁰ Dabei vertrat Colonel House bereits seit dem 4. April den erkrankten Präsidenten Wilson. House war es, der vorschlugen hatte, die Reparationsfrage am 5. April zu behandeln, obwohl Lloyd George ihm offen sagte, er halte eine Einigung darüber mit dem Präsidenten für leichter. House jedoch ließ sich von seinem überragenden Interesse an einem raschen Friedensschluß leiten und drängte auf eine zügige Entscheidung.⁶⁵¹

House entschloß sich auch, bei den Reparationen stärker auf Frankreich zuzugehen und die amerikanisch-französische Zusammenarbeit zu überhaupt verstärken. Der aktuelle Hintergrund dabei war, daß House in einem Gespräch mit Clemenceau den Eindruck gewonnen hatte, Lloyd George hätte die amerikanischen Experten als verantwortlich für die Wendung in der Reparationsfrage erscheinen lassen. House notierte, hier wohl nicht zu Unrecht, "Lamont and Davis have done everything possible to save Lloyd George because of his election promises, and in return he uses us to mislead Clemenceau into believing that what we have tried to do to help him, was our own idea and not for him." House zog aus der Angelegenheit eine Folgerung, die er den amerikanischen Experten mitteilte: "that we must expose the situation and let the French know the story as it was".⁶⁵² Gemeint war, daß House Lloyd George in der Reparationsfrage gegen Clemenceau und ihn selbst isolieren wollte.⁶⁵³ Und der Colonel fügte vielsagend hinzu: "I am looking forward with interest to our meeting."⁶⁵⁴

⁶⁴⁶Siehe dazu den "Second Draft of Accord on Reparations", vorläufig gebilligt von den britischen und US-Experten, PW 56, S. 536-537; in Burnett, I, Doc. 224, S. 802-804, undat.. Der Entwurf wurde am Ende der zweiten und in der dritten Expertensitzung am 2. bzw. 3. 4. 1919 beraten und diente als Diskussionsgrundlage im Rat der Vier am 5. 4.. Er wurde offenbar von den Briten verfaßt - siehe Davis' Anmerkung im Rat der Vier, 5. 4., Mantoux I, S. 154.

⁶⁴⁷Minutes of the Experts, 3. 4. 1919, Burnett, I, Doc. 230, S. 815-816.

⁶⁴⁸Lamont Diary, 3. 4. 1919, PW 56, S. 580.

⁶⁴⁹"Factors in the Reparation Situation with a Definitive Plan for Adoption", Memorandum vom 31. 3. 1919, Burnett, I, Doc. 204, S. 766.

⁶⁵⁰"Draft of General Clauses and of Categories of Damage", 4. 4. 1919, Baker, WWS III, Doc. 58, 404-408; FRUS, PPC V, Anhang, S. 27-29; Burnett, I, Doc. 231, S. 817-821; die französische Kritik ist in einem Memorandum vom 5. 4. gebündelt, ebda., S. 839-842.

⁶⁵¹Dazu House Diary, 4. 4. 1919, PW 56, S. 587, Rat der Vier, 4. 4. 1919, Mantoux I, S. 149-150.

⁶⁵²House Diary, 4. 4. 1919, PW 56, S. 587. Vgl. McCormick Diary, 4. 4., ebda., S. 588.

⁶⁵³Dazu zwei aufschlußreiche Tagebuchnotizen: Baker notierte am 4. 4. 1919, PW 56, S. 588: "The Colonel prefers to work with Clemenceau rather than Lloyd George. He told me to-day that L. G. said to

Hier scheint House einen Ansatz für eine größere Kompromißbereitschaft den Franzosen gegenüber gesehen zu haben, und er hatte eine dezidiert antibritische Spitze. In der Vormittagssitzung des 5. April kam es zunächst zu einer unstrukturierten, aufgeregten Debatte über die Prinzipien der Reparationen, wie sie von den einzelnen Delegationen verstanden wurden. Dabei war es für alle Beteiligten nicht immer einfach, die wichtigen Nuancen auseinanderzuhalten. Führend taten sich bei dieser Aufgabe die Franzosen Klotz und Loucheur hervor. Sie verdeutlichten, welcher großer Unterschied darin lag, ob die Reparationskommission als Grundlage ihrer Forderungen an Deutschland die Gesamthöhe der Kriegsschäden nehme oder lediglich die deutsche Zahlungsfähigkeit, die naturgemäß begrenzter war.⁶⁵⁵

Die amerikanischen Finanz- und Wirtschaftsexperten sahen sich mit der Position Lloyd Georges konfrontiert, daß die Reparationskommission definitiv den Gesamtschaden festsetzen und ihn möglichst auch eintreiben solle; daß zu diesem Zweck auch die Zahlungsperiode über 30 Jahre hinaus erweitert werden könne.⁶⁵⁶ Bislang hatten die US-Sachverständigen den Eindruck gehabt, sich mit der britischen Delegation hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten weitgehend einig zu sein: daß nämlich die deutsche Zahlungsfähigkeit das entscheidende Kriterium sein sollte und daß allenfalls der Zeitraum für den von der Reparationskommission festgesetzten Zahlungsbetrag, der sich an ebenjener *Zahlungsfähigkeit* orientierte, ausgedehnt werden könne. Zumindest hatte sich der britische Vertreter Montagu in der Expertenbesprechung am 2. April nicht in aller Klarheit geäußert, und in diesem Sinne hatten die Amerikaner auch den gemeinsamen britisch-amerikanischen Entwurf verstanden, der dem Obersten Rat nun vorlag. Norman Davis übernahm nun die Initiative, auf den wichtigen Unterscheid hinzuweisen, auch wenn er sich offenbar nicht zu jedem Zeitpunkt darüber im klaren war, was Lloyd George eigentlich meinte.⁶⁵⁷

Colonel House schien von der hochkomplizierten Materie, über die er während der vorangegangenen Tage wohl nicht lückenlos informiert worden war, teilweise überfordert zu sein. So sagte House an einer Stelle, alle schienen darin übereinzustimmen, 30 Jahre seien eine angemessene Grundlage, um den zahlbaren Betrag festzulegen. Jeder stimme auch darin überein, daß dieser Betrag notfalls auch in 40 Jahren einzutreiben sei - wozu eigentlich die Diskussion geführt werde?⁶⁵⁸ House rechnete hier offenkundig mit einer von vornherein begrenzten Summe als Grundlage der jährlichen Zahlungen; dies war auch im Grundsatz die bislang gültige amerikanische Position. Doch rechneten die französischen Delegierten, wie bereits zuvor, und offenkundig auch Lloyd George, der allerdings unschärfer blieb, mit der maximalen Gesamtsumme.

him: >You and I do not agree as well as the President and I agree.< The Colonel is still optimistic!" Ferner Auchincloss Diary, 4. 4., zit. b. Floto, S. 193, der die Beziehungen zwischen House, Clemenceau und Lloyd George für ein "exceedingly interesting game" hielt. Lloyd George wisse, daß House und Clemenceau ihn ausspielen könnten. Houses Schwiegersohn fügte hinzu, der Colonel wolle am 5. April eine Entscheidung in der Reparationsfrage durchdrücken, auch gegen Lloyd Georges Widerstand.

⁶⁵⁴House Diary, 4. 4. 1919, PW 57, S. 587.

⁶⁵⁵Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 151-156; FRUS, PPC V, S. 21-26; ferner auch US-Notizen, Burnett, I, Doc. 235, S. 825-829.

⁶⁵⁶Vgl. Teil 1, Kap. 6. 5.

⁶⁵⁷Besonders deutlich wird dies, wenn man folgende Passagen der - auch nicht in jeder Einzelheit übereinstimmenden - Protokolle über die Ratssitzung vom 5. 4. 1919 vergleicht: Mantoux I, S. 154-155; FRUS, PPC V, S. 24.

⁶⁵⁸Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 155; FRUS, PPC V, S. 25.

House und seine Berater sahen sich jedenfalls mit Lloyd Georges Entschlossenheit konfrontiert, unter keinen Umständen eine primäre Begrenzung der Zahlungen auf 30 Jahre zu akzeptieren. Die amerikanische und britische Position stimmten in einem wesentlichen Grundsatz der Reparationsregelung nicht oder nicht mehr miteinander überein.⁶⁵⁹ Auf diese Weise bestand noch weniger Aussicht, die französische Delegation zu einem anderen Votum zu bewegen.

An dieser Stelle schlug House vor, einen von Lloyd George neu formulierten britischen Vorschlag als Grundlage zu nehmen. Danach sollte die Reparationskommission die zukünftige deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen und einen Zahlungsplan für 30 Jahre aufstellen, mit dem Vorbehalt, die Frist auszudehnen. Lloyd George hatte allerdings keinen Maßstab für die Berechnung der deutschen Zahlungsfähigkeit genannt. House ergänzte sein Angebot mit der Bemerkung, möglicherweise sei es besser, die Frist von 30 Jahren gar nicht zu erwähnen.⁶⁶⁰

Es läßt sich aus den Quellen nicht entnehmen, ob dieser letzte Beitrag von House bereits der Kern des entscheidenden Zugeständnisses war, das der Colonel in der Nachmittagkonferenz machen sollte. In dieser Sitzung legte Klotz einen alternativen Entwurf vor - wie er sagte, auf der Grundlage der Frage von House, warum man die 30 Jahre nicht unerwähnt lasse.⁶⁶¹ Zu Beginn der Nachmittagssitzung hielt Clemenceau ein ernstes Plädoyer im Blick auf die Reparationsfrage. Die Verpflichtungen des Feindes sollten benannt werden, wenn nicht als Summe, so doch in Form der Schadenskategorien. Die Reparationskommission dürfe, anders als der jüngste Vorschlag von Lloyd George dies offenbar vorsehe, nicht das Recht haben, die Reparationssumme später zu reduzieren. Lediglich die Regierungen könnten über einen solchen Schritt befinden, wenn es ihnen richtig erscheine. Dabei gab sich Clemenceau "willing to let the door open to every liberal solution".⁶⁶² Es solle versucht werden, möglichst viel innerhalb von 30 Jahren einzutreiben; dieser Zeitraum könne dann noch ausgedehnt werden.

Im Anschluß an diesen Appell des französischen Regierungschefs verlas Klotz seinen oben genannten Entwurf. Dieser Entwurf erwähnte zwar die deutsche Zahlungsfähigkeit, sagte aber nicht eindeutig, ob sie auch die Grundlage für die Berechnung der zu zahlenden Summe bilden sollte.⁶⁶³ In der mündlichen Erläuterung von Klotz wurde jedoch deutlich, daß die Reparationskommission die deutsche Zahlungsfähigkeit lediglich berücksichtigen solle, *um die Höhe der jährlichen Zahlungen festzulegen*.⁶⁶⁴

⁶⁵⁹Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 156-157; FRUS, PPC V, S. 25-27.

⁶⁶⁰Rat der Vier, 5. 4. 1919, britische Notizen, FRUS, PPC V, S. 27; französisches Protokoll, Mantoux I, S. 158; US-Protokoll, Burnett, I, Doc. 235, S. 829. Loucheur notierte zur Vormittagssitzung am 5. 4. in seinem Tagebuch, Lloyd George habe sich auf die französische Position zubewegt, House habe im Prinzip zugestimmt, und Davis, Lamont und Baruch seien sehr betrübt gewesen, Loucheur, S. 74.

⁶⁶¹Der Entwurf von Klotz ist eine Überarbeitung von Artikel 2 und 3 des in der Vormittagssitzung eingebrachten Entwurfs (Burnett, I, Doc. 231, S. 818) und ist in Burnett, I, Doc. 236, S. 830, abgedruckt. Dort heißt es: "Un programme des paiements à effectuer par les états ennemis sera établis en tenant compte de leur capacité de paiement."

⁶⁶²Rat der Vier, 5. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 33, Mantoux I, S. 160-161.

⁶⁶³"Klotz' Reply to Houses Question", undat., Burnett, I, Doc. 236, S. 830.

⁶⁶⁴Rat der Vier, 5. 4. 1919. Laut Mantoux I, S. 161, sagte Klotz, die Reparationskommission "doit être tenu compte de la capacité de paiement pour fixer la nombre des annuités". Im US-Protokoll heißt es sinngemäß, "that consideration must be given to the capacity payment in order to fix the number of annuities" (Dulles-Papers, Burnett, I, Doc. 237, S. 833). Das Hankey-Protokoll hat hier Lücken.

Daraufhin erklärte House, "that this was a very important statement which might form the basis of an agreement"; Clemenceaus Vorschlag "seemed to him very similar to the proposal of the United States Delegation".⁶⁶⁵ Laut dem französischen Dolmetscherprotokoll sagte House: "Il me semble que la conclusion de M. Clemenceau se rapproche de la proposition américaine."⁶⁶⁶ Loucheur erwiderte hingegen, der amerikanische und der französische Vorschlag lägen weit auseinander. Dies traf zu, denn auch wenn man vorsah, daß die Regierungen Änderungen an der Gesamtsumme vornehmen könnten, war ein französisches Veto in der Angelegenheit gesichert. Ausgeschlossen wäre ein französisches Veto bei dem US-Vorschlag gewesen, die Reparationskommission von vornherein eine geringere, an den deutschen Möglichkeiten ausgerichtete Summe benennen zu lassen.

Die amerikanischen Sachverständigen versuchten, die Bedeutung des sich abzeichnenden Zugeständnisses von House klarzustellen - und indirekt auch diesem selbst. McCormick umschrieb korrekt den französischen Vorschlag, an dem sich in der Substanz nichts, der Form nach nur etwas geändert hatte: Die Gesamtsumme müsse bezahlt werden, unabhängig von dem dazu notwendigen Zeitraum. Norman Davis holte dagegen weiter aus: in den zurückliegenden Beratungen habe man einerseits zwar von dem Gesamtschaden gesprochen, andererseits aber von der deutschen Zahlungsfähigkeit, ausgehend davon, diese werde geringer sein als die Schulden. Die an der Zahlungsfähigkeit bemessenen Zahlungen sollten nicht länger als 35 Jahre gehen. Dabei habe man mit Minimal- und Maximalbeträgen operiert, die sich nach den Schätzungen der amerikanischen Delegation 25 bzw. 35 Milliarden Dollar beliefen. Schließlich habe man den Betrag offengelassen. Auf dieser Basis verlasse die Konferenz nun die Arbeitsgrundlage der letzten Monate: nämlich daß Deutschland zahlen müsse, was es zahlen könne.⁶⁶⁷

Doch trotz der elaborierten Darlegung von Davis unternahm House keine Anstalten mehr, auf die ursprüngliche US-Position zurückzugehen. In den Protokollen wird dies nicht einmal eindeutig hervorgehoben. Nur im britischen Protokoll heißt es, nach einer Pause, in der Gesichtspunkte informell ausgetauscht worden seien, sei die definitive Form der Artikel 1 und 2 der Reparationsklauseln auf der Grundlage des Entwurfs von Klotz angenommen worden. Der Artikel 2 lautete nunmehr:

"The amount of damages *as set forth in the specific categories annexed hereto*, for which compensation is to be made, shall be determined by an Inter-Allied Commission ... The schedule of payment to be made by the Enemy States shall be set forth by this

⁶⁶⁵Rat der Vier, 5. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 34. In diesem von Hankey angefertigten Protokoll wird die zweite Redepassage Norman Davis zugeschrieben, ebenso in einem Kurzbericht von P. Slosson, der vermutlich Hankeys Bericht als Vorlage hatte (Annotations, dat. 10. 9. 1919, DCP XIX, S. 300-301). Im Protokoll von Mantoux (s. o.) und in den wohl von Dulles angefertigten US-Notizen dieser Sitzung (Burnett, I, Doc. 237, S. 833) stammt die weitreichende Bemerkung hingegen von House. Diese Version ist mit Sicherheit korrekt, da es gerade Davis war, der mit seinem anschließenden Redebeitrag House's Zugeständnis verdeutlichen wollte. So äußerte sich Davis auch 1940 gegenüber dem US-Historiker Birdsall; er sei "prompted by indignation" gewesen "at Colonel House's inability or unwillingness", den Unterschied zwischen dem amerikanischen und dem französischen Vorschlag anzuerkennen (Birdsall, S. 257, 327).

⁶⁶⁶Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 161.

⁶⁶⁷Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 161-162; vgl. die britischen Notizen in FRUS, PPC V, S. 34, und das US-Protokoll in Burnett, I, Doc. 237, S. 833. Vgl. Tagebuch Loucheur, 4.-7. 4. 1919, Loucheur, S. 74-75.

Commission, taking into account *in the fixation of the time for payment* their capacity for payment."⁶⁶⁸

Auf diese Weise hatte sich die von Klotz vertretene französische Position durchgesetzt, und die britische Forderung schien noch übertroffen worden zu sein. Zunächst wurde, wie es auch die Briten wollten, in Artikel 1 die (moralische) Wiedergutmachungsflucht der Deutschen für den Gesamtschaden aufgeführt ("compensation for all of damages"). Es wurde nicht erwähnt, ob die deutsche Zahlungsfähigkeit auch eine Grundlage für die Berechnung des Schadens durch die Reparationskommission bildete. In der Formulierung "The amount of damages *as set forth in the specific categories annexed hereto*, for which compensation is to be made, shall be determined by an Inter-Allied Commission" war lediglich nicht ganz ausgeschlossen, daß der Betrag, den die Kommission festlegen würde, geringer sein könnte als der hypothetische Gesamtschaden. Explizit wurde die deutsche Zahlungsfähigkeit nur bei der Festlegung der Jahresraten einbezogen.

Es bleibt zwar ein kleiner Rest von Unklarheit, ob House seinen folgenschweren Schritt bewußt getan hat oder ob er tatsächlich die Zahlungsfähigkeit pro Jahr mit der Gesamtsumme verwechselt haben könnte, ob also seine Konzession einem Mißverständnis zu verdanken ist.⁶⁶⁹ Doch dürfte dies, auch wenn House die Materie nicht so durchdrang wie sein Experten, eher unwahrscheinlich sein. House hatte zwar in der Vormittagssitzung den Unterschied zwischen der französischen und der amerikanischen Position nicht verstanden; aber am Nachmittag hatte Loucheur diesen noch einmal verdeutlicht. Nicht zuletzt hatte sich House, wie oben erwähnt, am 4. April vorgenommen, auf Clemenceau zuzugehen. House's Bemerkung, der französische Vorschlag nähere sich dem amerikanischen an, könnte demnach eine bloße Formulierung gewesen sein, um das amerikanische Einlenken nicht zu groß erscheinen zu lassen.⁶⁷⁰

Eine Möglichkeit soll allerdings noch bedacht werden: Für viel wichtiger als die Formulierung von Klotz mag House gehalten haben, daß Clemenceau in seiner Bemerkung zu Beginn der Debatte vorschlug, die Regierungen könnten im Laufe der Zeit die Gesamtsumme verringern, wenn es ihnen geraten schein, und nachdrücklich eine liberale Lösung der Frage zugesagt hatte. Insofern verfolgte Clemenceau möglicherweise eine ähnliche Taktik wie Lloyd George: den Anspruch der Alliierten im Friedensvertrag festzulegen, und sei es nur durch die Aufzählung der Schadenskategorien, aber mit der Perspektive, später Änderungen vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund mag House gedacht haben, zwei Jahre bis zur Festsetzung einer festen Reparationssumme seien eine lange Zeit, in der die politischen Gemüter sich abkühlen würden. Das dornige Thema wäre erst einmal vom Tisch und die die Konferenz einen bedeutenden Schritt weiter. Ein solcher Ansatz war zwar nicht unberechtigt, aber es war natürlich nicht ausgeschlossen, daß ein Nachfolger des eher moderaten Clemenceau auf seinem verbrieften Recht beharren und von seinem Veto Gebrauch machen würde.

Möglicherweise wurde House auch durch ein Memorandum von Sir Wiseman kompromißbereiter als ohnehin gestimmt, in welchem der britische Diplomat intensiv um

⁶⁶⁸FRUS, PPC V, S. 34-35; Hervorh. im Orig.

⁶⁶⁹Siehe Schwabe, *Revolution*, S. 502.

⁶⁷⁰Für ein absichtsvolles Handeln von House spricht auch, daß er im Rückblick die Einigung in der Reparationsfrage als einen Durchbruch wertete, siehe House Diary, 8. 4. 1919, Floto, S. 339, Anm. 296.

Konzessionen des Präsidenten hinsichtlich der alliierten Schulden gebeten hatte.⁶⁷¹ Einen Tag zuvor hatte Wilson einen Überbrückungskredit für Großbritannien gebilligt, während er am 5. April den US-Finanzminister bat, ihn mit Blick auf eventuell noch ausstehende Anfragen aus London oder Paris vorher zu konsultieren.⁶⁷² Diese Begebenheiten zeigen, wie drängend das Problem der Schulden weiterhin war, für das die Amerikaner keine befriedigende Lösung angeboten hatten. Wie Schwabe sicher zu Recht erwähnt, mag House angesichts dieser Lage die Notwendigkeit zur Zurückhaltung verspürt haben.⁶⁷³

Insgesamt betrachtet, spricht wenig dafür, daß House dem Reparationsproblem aus amerikanischer Perspektive eine so entscheidende Bedeutung zumaß; er blickte mit größter Sorge auf die einen raschen Frieden erfordernden instabilen Verhältnisse in Europa.⁶⁷⁴ Aber auch wenn man diese Haltung von House als problematisch ansieht, darf nicht übersehen werden, daß der Colonel während der Ratssitzung mit Präsident Wilson Rücksprache nahm, der im Zimmer nebenan auf dem Krankenbett lag.⁶⁷⁵ Wilson hat also dem Text - zumindest formell - zugestimmt, möglicherweise in der Vorstellung, daß das amerikanische Zugeständnis nicht zu groß war, um die Konferenz deswegen platzen zu lassen. Die Grenze der Kompromißbereitschaft war aber für den Präsidenten erreicht; er schmiedete, darin von House unterstützt, Pläne, bei weiterem Stillstand der Verhandlungen nach Washington zurückzukehren.⁶⁷⁶

Am 6. April erteilte Wilson House die Zustimmung zu der letzten Fassung des Reparationsplanes.⁶⁷⁷ Mit einem Punkt jedoch war der Präsident nicht einverstanden. In der Vormittagssitzung des 5. April hatten die Franzosen darauf gedrängt, Deutschland müsse seine Pflicht zur Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schäden auch anerkennen. Lloyd George hatte hier noch nachgelegt und verlangt, diese Anerkennung müsse auf die Kriegskosten ausgedehnt werden. Dies hatte House jedoch klar abgelehnt.⁶⁷⁸ Norman Davis hatte als Kompromiß vorgeschlagen, Deutschlands *moralische* Verantwortung für den Krieg und seine Folgen aufzuführen und seine *rechtliche* Pflicht, die Sach- und Personenschäden wiedergutzumachen. Entsprechend war im folgenden die Klausel "and the Enemy Powers accept" in Artikel 1 der Reparationsbestimmungen, die die Pflicht zur Wiedergutmachung aufführten, eingefügt worden.

Diese Formulierung akzeptierte Wilson nicht. Seine Vorstellungen hatte der Präsident bereits in der Ratssitzung am 29. März dargelegt: in Artikel 3 wünschte der Präsident den Text der Lansing Note vom 5. November 1918 mit der Passage über die Kriegsschäden einzufügen, was auch erfolgte. In Artikel 2 wollte Wilson sich auf folgende Feststellung beschränken: "Recognizing the central fact that the loss and damage to

⁶⁷¹Wiseman an House, 5. 4. 1919, Walworth, Wilson, S. 289, Schwabe, Revolution, S. 508.

⁶⁷²Wilson an Glass, 4. 4. 1919, PW 56, S. 623; Wilson an Glass, 5. 4. 1919, PW 57, S. 42.

⁶⁷³Schwabe, Revolution, S. 509.

⁶⁷⁴So notierte House auch in seinem Konferenztagebuch, die Diskussion über die deutsche Zahlungsfähigkeit habe ihn erinnert an "a lot of children telling one another what they intended to do when they "grew up"" (5. 4. 1919, PW 57, S. 34).

⁶⁷⁵House Diary, 5. 4. 1919, PW 57, S. 34. Andererseits ist es natürlich zutreffend, daß sich der amerikanische Entscheidungsprozeß, der so sehr auf Wilson selbst zugeschnitten war, in dem Moment als unangemessen erwies, als Wilson nicht im Vollbesitz seiner Kräfte war; dazu Saunders, S. 176.

⁶⁷⁶Siehe dazu House Diary, 5. 4. 1919, PW 57, S. 34, 6. 4. 1919, ebda., S. 53.

⁶⁷⁷House Diary, 6. 4. 1919, PW 57, S. 53.

⁶⁷⁸Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 152; nicht in FRUS, PPC V.

which the Allied and Associated Governments and their nationals have been subjected as a direct and necessary consequence of the War is so colossal, that it would be impracticable for the Enemy States to make complete reparation...".

In dieser Formulierung erschien die Verpflichtung zur vollständigen Wiedergutmachung nur indirekt. Von Kriegsschuld war keine Rede, sondern nur von einer direkten Kausalbeziehung zwischen dem Krieg und den Schäden; die moralische Komponente war hier - bei einem Präsidenten, der sonst eine moralisierende Sprache nicht scheute - interessanterweise ausgeblendet.⁶⁷⁹

Wie House in seinem Konferenztagebuch vom 7. April berichtet, wurde die Ergänzung "and the Enemy Powers accept" wieder zurückgenommen. Sie fand sich nicht in dem Textentwurf, der am 7. April im Rat der Vier beraten wurde.⁶⁸⁰ House fuhr aber fort, vor der Sitzung habe er Lloyd George gewinnen können, "to consent to allow it to remain out, and when he did consent to do so, I offered myself to put it back because he seemed so reluctant and seemed to attach so much importance to it."⁶⁸¹ An dieser Stelle ist eindeutig, wie House seine Vollmacht als Unterhändler erneut überschritt, unabhängig davon, ob seine Berichterstattung zutrifft oder nicht. Der letzte Akt der Formulierung der Kriegsschuld Klausel war beendet, unter Mithilfe der amerikanischen Delegation, die ja an den vorherigen Entwürfen schon nicht unbeteiligt gewesen war.⁶⁸²

Der amerikanische Erfolg, im Vorwaffenstillstandsabkommen eine Kriegskostenerstattung ausgeschlossen zu haben, schien nunmehr nur ein rein verbaler Erfolg zu sein, da das Kriterium der deutschen Zahlungsfähigkeit aufgegeben worden war.⁶⁸³ Nachdem Wilson den Briten bei den Schadenskategorien entgegengekommen war, war es im Grunde sogar folgerichtig, daß House und er die Zahlungsfähigkeit als Bemessungsgrundlage für den Gesamtbetrag aufgegeben hatten: auf diese Weise war - auf Kosten Deutschlands natürlich - wieder ein Ausgleich zwischen Briten und Franzosen hergestellt.

Andererseits scheint Wilson gehofft zu haben, im Rahmen der Reparationskommission, an der er Amerika beteiligen wollte, korrigierend wirken zu können. So beharrte er gegen Clemenceaus und Lloyd Georges Einwände auf dem Prinzip der Einstimmigkeit als Grundlage für die Arbeit der Kommission. Es dürfe, so Wilson, bei Fragen, die das Kreditwesen der Welt betreffen, keine Entscheidungen geben gegen den Hauptkreditgeber, die Vereinigten Staaten.⁶⁸⁴

Für Wilsons Position dürften mehrere Motive verantwortlich sein: einmal war er der Meinung, die Reparationskommission brauche einen Schiedsrichter - ein schon bekanntes Selbstverständnis.⁶⁸⁵ Positiv gesehen, deutete Wilson auf ein fortdauerndes En-

⁶⁷⁹Rat der Vier, 29. 3. 1919, FRUS, PPC V, S. 16-17; vgl. Mantoux I, S. 84.

⁶⁸⁰"Draft of General Clauses", undat., Burnett, I, Doc. 241, S. 843; FRUS, PPC V, S. 55-56.

⁶⁸¹House Diary, 7. 4. 1919, PW 57, S. 71.

⁶⁸²Der am 7. 4. 1919 gebilligte Text der Reparationsbestimmungen in FRUS, PPC V, S. 49-50; Burnett, I, Doc. 246, S. 857-859.

⁶⁸³Baker, WWS II, S. 384; Birdsall, S. 258.

⁶⁸⁴Rat der Vier, 10. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 71-79; Mantoux I, S. 214-222; McCormick Diary, 10. 4. 1919, PW 57, S. 203. Vgl. Baker, WWS II, S. 381; Schwabe, Revolution, S. 503-504; Saunders, S. 176-177.

⁶⁸⁵Wilson an Hoover, 15. 4. 1919, PW 57, S. 370. Hoover hatte den Rückzug der USA aus allen Kommissionen empfohlen, an Wilson, 11. 4. 1919, ebda., S. 271-274. Ähnlich gelagert war ein Bericht des

gagement der USA in Europa und in der Weltpolitik hin, mit dem Ziel, einen mäßigen Einfluß auszuüben und zu einer finanziellen, wirtschaftlichen Stabilisierung der Nachkriegsverhältnisse beizutragen, von der auch Deutschland profitieren konnte. Andererseits offenbarte Wilsons Bemerkung im Rat der Vier, daß der Präsident auch die nationalen Interessen seines Landes im Blick hatte. Denn ungünstige Einflüsse der Reparationsregelung auf die Stabilität des Weltwährungssystems und Rückwirkungen auf Amerika selbst waren nicht auszuschließen.⁶⁸⁶

Angesichts der amerikanischen Verhandlungsführung war es folgerichtig, daß die US-Delegation nach dem Vorliegen der deutschen Gegenvorschläge noch einmal die Gelegenheit zu nutzen versuchte, auf Mäßigung in der Reparationsfrage zu drängen. Es gelang ihnen jedoch nicht, Lloyd George, der in vielen anderen Punkten Konzessionen wünschte, doch darauf festzulegen, einem Gesamtbetrag zuzustimmen.

16. Die Vereinigten Staaten, die deutsch-französische Grenze und die Frage der Aufteilung Deutschlands im Westen

16. 1. Amerika und das Schicksal des Rheinlandes

16. 1. 1. Ein rheinischer Pufferstaat? Präsident Wilson, Colonel House und das französische Rheinprogramm

Im Bericht der Inquiry - deren Abordnung bei der amerikanischen Konferenzdelegation "Intelligence" genannt wurde -, hieß es in einem Abschnitt zum Territorium westlich des Rheins, die Gebiete sollten weiterhin ein Teil Deutschlands sein. Allerdings wurde als Auflage empfohlen, sämtliche Befestigungen zu zerstören, die Errichtung neuer Befestigungen zu verbieten sowie die Aushebung oder Präsenz von Truppen bis auf polizeiliche Zwecke zu verbieten.⁶⁸⁷ Die Begründung für diese Entmilitarisierungsmaßnahme lautete, die französischen Eisenerz- und Kohlevorkommen in der Nähe machten Frankreich verwundbar gegenüber einem deutschen Angriff westlich des Rheins. Für den Fall, daß eine solche Entmilitarisierung als unakzeptabel abgelehnt werde, empfahl der Bericht als Alternative, um die französische Sicherheit zu gewährleisten, eine Ausdehnung der französischen Grenze an der Saar. In diesem Bericht waren die entscheidenden Argumente, um die es in den nächsten Monaten gehen sollte, benannt: die französische Sicherheit, die Selbstbestimmung der deutschen Bevölkerung und die Verfü-

Vizeaußenministers Polk aus Washington über die öffentliche Meinung: an Auchincloss, 18. 3. 1919, zit. b. Floto, S. 329.

⁶⁸⁶Laut Schwabe, *Revolution*, S. 503-504, dachten die Amerikaner bei dem Wunsch, die von Deutschland auszugehenden Obligationen auf 100 Milliarden Reichsmark (ca. 20 Milliarden Dollar) zu begrenzen, zuerst an die "Sicherung ihres eigenen Kapitalmarktes" und nicht daran, auf einem Umweg doch noch eine feste Reparationssumme zu erreichen. Saunders, S. 186, betont den Konflikt zwischen einer Stabilisierungspolitik und Wilsons Eintreten für Nationalismus, Individualismus und Wettbewerb und gibt zu bedenken, Wilson habe gegenüber einer (ökonomischen) Verteilungsgerechtigkeit eher eine prozedurale Gerechtigkeit bevorzugt. Sehr zugespitzt ist die - revisionistisch anmutende - These, Wilson habe die Amerikaner nie zu einem anderen Opfer aufgerufen als dem, "in the commitment to nationalism" in den Weltkrieg zu ziehen.

⁶⁸⁷"Outline of Tentative Report and Recommendation Prepared by the Intelligence Section, in Accordance with Instructions, for the President and the Plenipotentiaries", 21. 1. 1919, DCP IV, S. 212-213.

gung über die Rohstoffe an der Saar, unter industriellen wie unter reparationspolitischen Aspekten.

In den ersten Konferenzwochen spielte die Rheinfrage offiziell noch keine entscheidende Rolle. Präsident Wilson machte allerdings schon Mitte Januar deutlich, daß er der Bildung eines rheinischen Pufferstaates nicht zustimmen könne.⁶⁸⁸ In der Expertenbesprechung am 21. Februar 1919 kamen Amerikaner und Briten überein, eine Abtretung deutscher Gebiete an Frankreich, abgesehen von Elsaß-Lothringen, nicht zu unterstützen, allerdings unter der Voraussetzung, daß das linke Rheinufer militärisch "sterilisiert" werde. Darin spiegelte sich das amerikanische Konzept wider.⁶⁸⁹ Die Experten der Inquiry bestätigten diese Position in ihrem Red Book vom 25. Februar über die deutschen Grenzen.⁶⁹⁰

Doch als die französische Delegation nach Wilsons Abreise in die USA versuchte, Verbündete für ihr territorial-militärisches Programm zur Schwächung Deutschlands zu finden, gewann die Rheinfrage an politischer Brisanz.⁶⁹¹ Colonel House, der nicht nur eine gute Arbeitsbeziehung, sondern einen freundschaftlichen Kontakt zu Clemenceau aufgebaut hatte, bot sich als Schlüsselfigur für vertrauliche Gespräche an.

Zunächst informierte House den Präsidenten offen über die französischen Absichten, ohne sie allerdings zu kommentieren. Er übermittelte ihm am 19. Februar 1919 ein Memorandum, das er von dem britischen Generalstabschef Wilson erhalten hatte, über die Vorschläge Marschall Fochs. Foch halte den günstigen Zeitpunkt für gekommen, Deutschland einen Diktatfrieden aufzuerlegen, der die Truppenstärke, die Grenzen und die Reparationen umfassen solle. Vor allem fordere Foch im Interesse der französischen Sicherheit eine Bestimmung im Präliminarfrieden, das Deutsche Reich dürfe unter keinen Umständen weiter als bis zum Rhein reichen, egal wie über die politische Zukunft der Rheinprovinzen entschieden werde.⁶⁹²

Wilson lehnte in seinem Antworttelegramm vom 23. Februar Fochs Pläne eindeutig ab und ließ erkennen, daß er die französische Strategie durchschaute. Fochs Papier erscheine ihm als ein "attempt on the part of the French to hurry us into an acquiescence in their plans with regard to the Western bank of the Rhine, a plan to which I could, as I now see the matter, in no case accede". Daß Wilsons von "the French" und nicht nur von Foch sprach, weist darauf hin, daß er eine ausgeklügelte französische Konferenztaktik vermutete. Die Formulierung "as I now see the matter" erweckt nicht den Eindruck, daß Wilson sich seine Meinung erst noch bilden wollte; vermutlich waren ihm die von House übersandten Informationen nur nicht vollständig genug. Er schien auch mißtrauisch zu sein, ob House ihn wirklich voll ins Bild setzte⁶⁹³: "I know that I can trust you and our colleagues to withstand such a program immovably" und wiederholte

⁶⁸⁸Grayson Diary, 15. 1 1919, PW 54, S. 64.

⁶⁸⁹"Record of a Meeting held at the Hôtel Crillon", 21. 2. 1919, BDFa, PPC 5, S. 312-313.

⁶⁹⁰"Proposed New Boundaries for Germany", 25. 2. 1919, DCP VI, Doc. 441, S. 45.

⁶⁹¹Für das Folg. auch K. Nelson, S. 74 f.

⁶⁹²House an Wilson, 19. 2. 1919 (Nr. 1), PW 55, S. 212-213. Daß Foch hier ein quid pro quo zwischen einer Abtrennung der linksrheinischen Gebiete und einer gemäßigten Reparationslösung im Sinne gehabt und House dies als Verhandlungspaket der französischen Delegation angesehen haben sollte (Schwabe, *Revolution*, S. 424), ist allerdings eher unwahrscheinlich.

⁶⁹³Wilson hatte sich schon Anfang Februar im Gespräch mit seinem Arzt Grayson enttäuscht über Clemenceau gezeigt ("unreliable-tricky-not trustworthy or truthful"). House habe einen großen Fehler gemacht, den Premier nicht richtig einzuschätzen. Grayson Diary, 8. 2. 1919, PW 55, S. 3.

dreimal, er wolle während seiner Abwesenheit keine politischen, sondern lediglich die militärischen Friedensbedingungen zu Lande und zur See entschieden wissen. Die Festlegung der deutschen Grenzen, so der spürbar beunruhigte Wilson weiter, "involves the fortunes and interests of many other peoples and we should not think of being hurried into a solution arrived at solely from the French point of view". Marschall Foch handele in dieser Frage "under exterior guidance from the unsafest kind". Dieser seltsame Satz bedeutete wohl, daß Wilson hinter Foch entweder Kräfte der französischen Armee, Regierung oder innenpolitischen Druck vermutete, nur nicht Foch selbst.⁶⁹⁴

Noch bevor Colonel House Wilsons Antworttelegramm, das an Klarheit nichts zu wünschen übrig ließ, erhalten hatte, war er in weitere Sondierungsgespräche mit den Franzosen eingetreten, besonders über die Rheinfrage. Wie House Wilson am 23. Februar informierte, dränge Clemenceau auf einen frühen Frieden und sei "insistent upon the question creation of a Rhenish republic". In diesem Satz bestätigte sich Wilsons Verdacht, daß auch die französische Regierung hinter dem Plan der Rheingrenze für Deutschland stand. Doch nicht nur das: über das Schicksal des linken Rheinufer schien Clemenceau, anders als Foch hatte anklingen lassen, konkrete Vorstellungen zu hegen. House fuhr fort: "There will be about four millions of Germans segregated in this way."⁶⁹⁵

Hier war das französische Projekt der Aufteilung Deutschlands im Westen klar benannt. Offenbar weil Clemenceau den Erfolg eines solchen Vorgehens bezweifelte, sagte er laut House's Bericht, diese Rheinrepublik solle von Reparationszahlungen ausgenommen werden. Zwar solle es dort keine "armed force" geben, aber im übrigen müsse alles getan werden, "to make them prosperous and contented so that they will not want to join the German federation and if they have such a desire they will not be permitted to do so".⁶⁹⁶

Das war ein Plan, der dem US-Präsidenten in den Ohren geklungen haben dürfte, auch wenn er House nicht antwortete.⁶⁹⁷ Das Projekt war eine permanente Abtrennung des linken Rheinufer von Deutschland, ein großes Gebiet mit den Städten Köln, Koblenz, Mainz sowie der Pfalz mit Kaiserslautern. Für das Saargebiet hatte Paris andere Pläne. Die Selbstbestimmung der linksrheinischen Bevölkerung sollte dauerhaft eingeschränkt werden, auch wenn Clemenceau eine Überführung unter französische Souveränität offenbar nicht forderte. Dieser Plan lief konträr zu Wilsons wichtigstem Grundsatz, dem Selbstbestimmungsrecht. Das allein genügte, um ihn abzulehnen; inwieweit Wilson auch den französischen Versuch der Schwächung Deutschlands und der Schaffung einer regionalen antideutschen Vorherrschaft unter geostrategischen Gesichtspunkten kritisierte, bleibt dabei unklar.

Als wolle er Wilsons voraussehbarem Widerstand im voraus begegnen, suchte der französische Unterhändler Tardieu, ebenfalls am 23. Februar, das Gespräch mit House. Wie der Colonel Wilson tags darauf berichtete, habe Tardieu versichert, Frankreich sei mit der temporären Einrichtung einer solchen rheinischen Republik einverstanden, nach de-

⁶⁹⁴Wilson an House, 23. 2. 1919, PW 55, S. 229-230, Zit. 230.

⁶⁹⁵House an Wilson, 23. 2. 1919, über eine Unterredung mit Clemenceau am 22. 2., PW 55, S. 233-234, Zit. S. 233; IP IV, S. 345.

⁶⁹⁶House an Wilson, 23. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 512-513; PW 55, S. 233-234, Zit. S. 233.

⁶⁹⁷Da der betreffende Absatz 2 des Telegramms von House am 25. Februar in nicht entstellter Form empfangen worden ist (die Version, wie sie sich in den Wilson-Papers findet), muß Wilson über die Absichten Clemenceaus informiert gewesen sein.

ren Ende "the population would be permitted to decide for themselves what the future should be". Auf diese Weise, so gab House Tardieu wieder, erhielt Frankreich Schutz, bis es sich vom Krieg erholt habe, und es würde das "principle of self-determination" gesichert.⁶⁹⁸ House gab diesen Plan lediglich weiter, er kommentierte ihn nicht. Zwei Tage später, am 25. Februar, legte Tardieu sein Memorandum über die Rheinlinie als deutsche Westgrenze vor.⁶⁹⁹

House versprach Wilson am 26. Februar, ihn nach Durchsicht des Memorandum über dessen Inhalt zu informieren, was er jedoch - wohl nicht unabsichtlich - versäumte.⁷⁰⁰ Zwar wurde die Kommunikation zwischen Wilson und seinem Unterhändler in diesem Stadium durch technische Probleme erschwert, da House einen neuen Verschlüsselungscode verwendete und Wilson ihn aus Washington wissen ließ, die Funktelegramme aus Paris seien kaum noch zu entziffern.⁷⁰¹ Doch House, der von dieser Schwierigkeit spätestens am 28. Februar erfahren hatte, bemühte sich nicht weiter um eine Klärung der Position Wilsons. Möglicherweise kam ihm die Situation gar nicht ungelegen; er konnte in dieser wichtigen Verhandlungsphase ungestört operieren.

Denn der Colonel war mittlerweile nicht mehr abgeneigt, Tardieus Plan einer temporären Abtrennung der linksrheinischen Gebiete zuzustimmen (wovon in dessen Papier vom 25. Februar übrigens nichts stand). In Gesprächen mit dem britischen Außenminister Balfour zwischen dem 9. und dem 19. Februar - also vor der Initiative Fochs und Tardieus - hatte House den Plan eines rheinischen Pufferstaates noch deutlich kritisiert. Die Franzosen, so House am 9. Februar, schienen nicht zu wissen, "that to establish a Rhenish Republic against the will of the people would be contrary to the principle of self-determination". In diesem Fall behandle man Deutschland anders als den Rest der Welt. Die Deutschen würden sofort versuchen, eine diplomatische Kombination gegen England, Frankreich und die USA zusammenzubringen. Doch House fügte hinzu, Balfour und er verspürten eine "profound sympathy for France and for the unhappy situation in which she finds herself".⁷⁰²

Am 11. Februar wiederholte House privat, er verstehe zwar die Bedenken der Franzosen angesichts der demographischen Unterlegenheit gegenüber Deutschland. Doch wäre es ein Fehler, Deutschland gegenüber ungerecht zu handeln - so brüte man nur einen neuen Krieg aus. House gelangte zu dem Schluß: "Our only chance for peace, I thought, was to create a League of Nations, *treat Germany fairly*, and see that she did not have an opportunity to again equip an army that would be formidable."⁷⁰³ Letzteren Gedanken - die weitgehende Brechung der deutschen Offensivkraft durch Abrüstung - bekräftigte der Colonel in einem Gespräch mit dem besorgten Balfour am 19. Februar.⁷⁰⁴

Doch offensichtlich rang Tardieu sowohl House als auch Balfour in separaten Gesprächen die Zustimmung zu einem abgewandelten Plan ab, der eine Beschneidung der

⁶⁹⁸House an Wilson, 24. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 513; PW 55, S. 245.

⁶⁹⁹"Mémoire du gouvernement français sur la fixation au Rhin de la frontière occidentale de l'Allemagne et l'occupation interallié des ponts du fleuve", 25. 2. 1919, Tardieu, S. 165-184 (hier undat.); PNAFP, Doc. 10, S. 25-41, engl. Übersetzung auf S. 41-57. Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 3.

⁷⁰⁰House an Wilson, 26. 2. 1919, FRUS, PPC XI, S. 517; PW 55, S. 284; vgl. die Anmerkung 1 zu dem Memorandum von Mezes auf S. 477.

⁷⁰¹Wilson an House, 27. 2. 1919, PW 55, S. 299.

⁷⁰²House Diary über eine Unterredung mit Balfour, 9. 2. 1919, IP IV, S. 356.

⁷⁰³House -Diary über eine Unterredung mit Louis Aubert, 11. 2. 1919, IP IV, S. 357, Hervorh. von mir.

⁷⁰⁴House Diary über eine Unterredung mit Balfour, 19. 2. 1919, IP IV, S. 357.

deutschen Souveränität am Rhein nur für eine Reihe von Jahren vorsah. House notierte bereits am 23. Februar im Anschluß an eine Unterredung mit Tardieu, dessen neues Angebot "relieves that question [die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete] of its most objectionable features, since otherwise it would be quite contrary to the policy of self-determination".⁷⁰⁵ House erwog also eine zeitweilige Beschneidung des Selbstbestimmungsrechts für Deutschland, dessen prinzipielle Gültigkeit er nicht in Frage stellte. Er setzte Wilson über seine Gedanken allerdings nicht in Kenntnis, hatte er doch fest mit dessen Ablehnung zu rechnen. Zustimmung kam allerdings - unerwartet, wie es scheint - von britischer Seite. Am 26. Februar erhielt House eine Denkschrift von Balfour, die empfahl, die französischen Forderungen zu prüfen. Balfours entscheidendes Argument war, jegliche Pläne für ein "permanent dismemberment of Germany" seien offenbar vom Tisch.⁷⁰⁶ So schien einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Position - abgesehen von den Regierungschefs! - nichts mehr im Wege zu stehen. Einen Tag später sprach House im Gespräch mit Balfour die Frage einer Rheinischen Republik an und hielt fest, "we practically came to an agreement as to what the United States and Great Britain would do as to that question". House schrieb nicht "could do", sondern er erweckte den Eindruck - und vermutlich war er selbst davon überzeugt - daß er als Bevollmächtigter der US-Delegation sprach.⁷⁰⁷

Anfang März schien eine Einigung mit den Franzosen perfekt zu sein. Vance McCormick, ein Wirtschaftsexperte der US-Delegation, ist dafür die entscheidende Quelle. Augenzeuge einer Unterredung mit House und Tardieu, die am 2. März 1919 in seinen Räumen stattfand, notierte McCormick in seinem Tagebuch: "At 5.00, Colonel House and Tardieu came for tea ... They agreed on plan for Rhenish Republic and discussed method of getting [Lloyd] Georges approval, also on Saar Coal Basin."⁷⁰⁸ House notierte lediglich, Tardieu und er seien sich in der Frage einer Rheinischen Republik nähergekommen.⁷⁰⁹

Die Frage war allerdings, ob man über eine dauerhafte oder nur temporäre Abtrennung des Rheinlandes Einigung erzielt hatte. House gibt lediglich einen Hinweis in seinem Kabel an Wilson vom 7. März, das sich jedoch auf eine Unterredung mit Lloyd George und Clemenceau am gleichen Tag bezog: "The left bank of the Rhine was discussed, but no tentative agreement was reached because of Clemenceau's very unreasonable attitude. He wanted [wants] the Rhenish republics to be perpetually restrained from joining the German Federation. Tardieu tells me he will urge him to modify his view."⁷¹⁰

⁷⁰⁵House Diary, 23. 2. 1919, IP IV, S. 357.

⁷⁰⁶Balfour, "Brief Notes on the Present Conference Situation", 25. 2. 1919, House am 26. 2. übermittelt, House Collection, zit. b. Birdsall, S. 202-203, und Floto, S. 127. Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 3. Wie Lloyd George in seinen Erinnerungen berichtet (Lloyd George, MC I, S. 262), habe Tardieu den Eindruck gehabt, Präsident Wilson würde eine Abtrennung des Rheinlandes nicht gänzlich ablehnen, was ihn, Lloyd George, überrascht habe. Vielleicht bezieht sich dieser Eindruck Tardieus auf House.

⁷⁰⁷House Diary, 27. 2. 1919, Floto, S. 128, nicht in IP IV; vgl. Birdsall, S. 203.

⁷⁰⁸McCormick Diary, 2. 3. 1919, PW 55, S. 387. Floto, S. 129, zitiert aus einem Brief McCormicks an Baker aus dem Jahr 1928, in dem dieser Hintergründe zu dem Treffen nennt und bemerkt, House habe in diesem Fall wohl seine Befugnisse überschritten.

⁷⁰⁹House Diary, 2. 3. 1919, Floto, S. 128, nicht in IP IV.

⁷¹⁰House an Wilson, 7. 3. 1919, PW 55, S. 458; IP IV, S. 368; siehe das Memorandum Lloyd Georges über die Unterredung mit House und Clemenceau, Lloyd George, MC I, S. für das Folg. auch Schwabe, Revolution, S. 414 f.

Damit konnte nur gemeint sein, daß Tardieu gesagt hatte, seinen Ministerpräsidenten für die temporäre Konstituierung der linksrheinischen Gebiete als eigenen Staat gewinnen zu wollen. Vermutlich war es genau dieser Plan, auf den House und Tardieu (und Balfour) sich geeinigt hatten, doch eine genauere Information über sein Treffen mit Tardieu am 2. März unterließ der Colonel. In Lloyd Georges Memorandum über die Besprechung am 7. März, das Clemenceaus Haltung bestätigt, heißt es über House, er habe eine Einigung über Tardieus Plan nicht ausgeschlossen, "provided the principle of self-determination was postponed until the whole of the peace terms had been fulfilled".⁷¹¹

Wilson, bei Erhalt des Funktelegramms von House hellhörig geworden, wehrte sich kategorisch gegen eine Abtrennung des Rheinlandes und antwortete am 10. März mißtrauisch: "Am made a little uneasy by what you say of the left bank of the Rhine. I hope you will not even provisionally consent to the separation of the Rhenish Provinces from Germany under any arrangement but will reserve the whole matter until my arrival". Die noch diplomatische Formulierung "a little uneasy" dürfte vor dem Hintergrund der bisherigen Stellungnahmen Wilsons zum Thema umschrieben haben, daß der Präsident alarmiert gewesen ist. Seine Anweisung an House, nicht einmal vorläufig den französischen Forderungen zuzustimmen, spiegelt in der Negation das Vorgehen seines Unterhändlers wider.⁷¹²

Noch bevor diese Anweisung in Paris eingetroffen war, nominierten House, Clemenceau und Lloyd George am 10. März einen Sonderausschuß, bestehend aus Tardieu, Kerr und Sidney Mezes, dem Chef der Inquiry. Die drei Unterhändler sollten laut Aufzeichnung Millers "definitely formulate the boundary lines of Germany".⁷¹³ Sie traten am 11. und 12. März zusammen. Ein Memorandum Mezes' vom 11. März - das Wilson erst nach seiner Rückkehr nach Paris erhielt - sowie Berichte Tardieus und Kerrs erhellen die Diskussionen in dem Sonderausschuß. Nur der britische Vertreter Kerr lehnte die französische Rheinpolitik ab, während sich Mezes kaum beteiligte.⁷¹⁴ Erst am 12. März, bevor der Sonderausschuß ein zweites Mal zusammentrat, scheint House Mezes zur Zurückhaltung angewiesen zu haben, vermutlich, weil er inzwischen Wilsons Funktelegramm vom 10. März erhalten hatte. Mezes verlangte in dieser Sitzung, die Entscheidung über die deutsche Westgrenze bis zur Rückkehr Wilsons zurückzustellen, und löste bei Tardieu große Verwunderung aus.⁷¹⁵

Betrachtet man den französischen Vorstoß auf der Konferenz und die Diplomatie von House, wird deutlich, daß es gerade in der Rheinlandfrage keine einheitliche US-Politik

⁷¹¹Memorandum Lloyd Georges über eine Besprechung mit House und Clemenceau, 7. 3. 1919, Lloyd George, MC I, S. 188.

⁷¹²Wilson an House, 10. 3. 1919, PW 55, S. 472; IP IV, S. 368, Anm. 2.

⁷¹³Memorandum Millers über eine Unterredung zwischen Clemenceau, Lloyd George und House, 10. 3. 1919, DCP VI, Doc. 489, S. 316; House Diary, 10. 3. 1919, IP IV, S. 369.

⁷¹⁴Memorandum Mezes, 11. 3. 1919, PW 55, S. 475-477, auch in DCP VII, Doc. 566, S. 57-59. Der englische Wortlaut der am 11. 3. 1919 vorgelegten Tardieu-Denkschrift ist hier abgedruckt. Vgl. den Bericht Tardieus v. a. über die Sitzung vom 12. 3. (mit Protokoll), S. 190-195, Tardieus Memorandum (hier auf den 12. 3. datiert), auf S. 194-195. Die Denkschrift von Kerr in PNAFP, Doc. 10, S. 59-74. Vgl. auch K. Nelson, S. 77-78. Siehe auch Teil 1, Kap. 7. 1. 4.

⁷¹⁵"Note of discussion between Mr. P. H. Kerr, M. Tardieu and Dr. Mezes", Memorandum Kerrs, 12. 3. 1919, PNAFP, Doc. 10, S. 63. Vgl. Anm. 1 zu dem Memorandum Mezes' vom 11. 3. 1919, PW 55, S. 478, und Walworth, Wilson, S. 154.

gab - was die anderen Delegationen irritieren mußte. Fraglos handelte Colonel House hier während Wilsons Abwesenheit in eigener Verantwortung, in dem Bemühen, die Dinge in Bewegung zu halten. Wilson blieb zunächst nichts anderes übrig, als die ihm übermittelten Informationen zu verurteilen. In einer Gesprächsrunde am 12. März erklärte der Präsident, "he was sorry to see in the wireless dispatches a report that the conference would decide to end the German frontier at the Rhine, making the left bank of the Rhine either a buffer state or giving France a mandatory control over it. He declared that this could not be."⁷¹⁶

Wilson verwies auf das vergebliche Unterfangen Deutschlands nach dem deutsch-französischen Krieg von 1871, die Provinz Elsaß-Lothringen, in der immerhin substantiell viele Deutsche gelebt hätten, einzudeutschen. Im Rheinland jedoch, so Wilson weiter, lebten "absolutely no French. The desires of the people were entirely German in character." Nehme man Deutschland dieses Gebiet fort, fache man eine ähnliche Bitterkeit und Haß an wie in der Frage Elsaß-Lothringens. Deutschland werde zu einem erneuten Krieg entschlossen sein. Diese von Dr. Grayson überlieferten Bemerkungen Wilson demonstrieren, wie entschlossen der amerikanische Regierungschef das Selbstbestimmungsrecht als einen Maßstab der Friedensregelung hochhielt, es als eine Säule der Kriegsverhütung ansah. Aufschlußreich war auch, wie sehr Wilsons Bedenken denen des britischen Regierungschefs ähnelten.

Nach seiner ersten Unterredung mit House am 14. März, direkt im Anschluß an seine Rückkehr aus Washington, im Zug von Brest nach Paris, berichtete Wilson seiner Frau in einer zu ihrem Erschrecken konsternierten Verfassung: "House has given away everything I had won before we left Paris. He has compromised on every side, and so I have to start all over again and this time it will be harder, as he has given the impression that my delegates are not in sympathy with me."⁷¹⁷ House schrieb über die Begegnung: "The President comes back very militant".⁷¹⁸

16. 1. 2. Präsident Wilson, die kollektive Sicherheit und die französische Sicherheitskonzeption

Wilson war, darf man dem Jahre später verfaßten Bericht seiner Frau Glauben schenken, fest entschlossen, den von House eingeschlagenen Pfad in der Territorialpolitik wieder zu verlassen. Dieser Entschluß leitete ihn während der Verhandlungen der nächsten Tage und Wochen. In einer am 14. März ad hoc einberaumten Sitzung der US-

⁷¹⁶Grayson Diary, 12. 3. 1919, PW 55, S. 479-480, auch für das Folg.

⁷¹⁷Edith B. Wilson, Memoir, S. 245-246. Es spricht manches dafür, daß dies zum Bruch zwischen House und Wilson führte (vgl. Baker, WM I, S. 249, Floto, passim, bes. S. 164-170). Ein Gespräch der beiden am 29. 6. 1919 offenbarte dann ihre unvereinbaren Positionen. Wilson sagte laut IP IV, S. 502: ">House, I have found one can never get anything in this life that is worth while without fighting for it.<" House fuhr fort: "I combated this, and reminded him that Anglo-Saxon civilization was build up on compromise". Es ist kaum verwunderlich, daß House, der Diplomat und Anwalt von Kompromissen, bei den Alliierten beliebter war als der vergleichsweise prinzipientreue Präsident Wilson. Saunders, S. 169, stellt - letztlich gegen Baker und Floto - die interessante These auf, House habe eher als ein Blitzableiter für die Frustration des Präsidenten infolge der republikanischen Opposition gedient; bis auf die Rheinfrage habe es keine substantiellen Meinungsunterschieden zwischen Wilson und seinem Unterhändler gegeben.

⁷¹⁸House Diary, 14. 3. 1919, PW 55, S. 499; IP IV, S. 401. Vgl. auch Floto, S. 167-169.

Friedenskommissare kritisierte Wilson die Nachgiebigkeit der amerikanischen Konferenzpolitik in der Rheinfrage.⁷¹⁹

Der Präsident dürfte sich in seiner Entschlossenheit bestätigt gesehen haben, als er das Memorandum Marschall Fochs vorfand, das auf den 10. Januar 1919 datiert war. Strategische und gleichgewichtspolitische, demographische und historische Argumente aufbietend, kämpfte der Marschall mit hölzernen Worten um die Rheingrenze als mindestens militärische Grenze Deutschlands. An die amerikanische Adresse gerichtet war der Hinweis auf den wertvollen Faktor Zeit, bis eine angemessene militärische Hilfe über den Atlantik transportiert werden könne.⁷²⁰ Ebenfalls mit Blick auf Wilsons Friedenskonzeption geschrieben waren Fochs Ausführungen zum Völkerbund - für den der Oberbefehlshaber nach dem privaten Eindruck des britischen Generalstabschefs Wilson nur "supreme contempt" übrig hatte.⁷²¹

Foch legte ein Konzept dar, das den Völkerbund aus der Allianz der Sieger hervorgehen ließ: Frankreich, Großbritannien, Belgien und die USA. Der von Wilson so hochgehaltene Völkerbund sollte lediglich die moralische Unterstützung für ein festes Militärbündnis liefern! Für sich genommen, könnten "institutions of a moral character" - und damit meinte Foch den Völkerbund - keine angemessene Sicherheit gewährleisten. Um diese harten Argumente und Fakten für den US-Präsidenten annehmbarer zu machen, verwies Fochs Denkschrift häufig auf Recht, Gerechtigkeit und die Verteidigung der Zivilisation. Ob der Marschall wußte, daß er damit bei dem Präsidenten in ein Wespenstich stach?⁷²²

Von Anfang an hatte die Strategie der französischen Delegation darin bestanden, sich an der Gründung des Völkerbundes nicht auf Kosten französischer Sicherheit zu beteiligen. Ministerpräsident Clemenceau, schockiert über Wilsons offenkundige Unkenntnis der europäischen Verhältnisse⁷²³, erklärte Ende Dezember 1918 in der französischen Deputiertenkammer, er vertraue nach wie vor auf das alte Bündnissystem und werde sich von ihm auf der Konferenz leiten lassen: die solide Verteidigung von Grenzen mit der notwendigen Rüstung und dem Gleichgewicht der Kräfte. Der Sicherheitsanker der Nachkriegszeit bestehe in der Einigkeit der vier Siegermächte; um sie zu erhalten, unterstrich Clemenceau, werde er jedes Opfer bringen. Mit einem solchen Bündnis hätte 1914 der Krieg verhindert werden können. Clemenceau betonte mit Blick auf den Völkerbund, Frankreich akzeptiere *zusätzliche* Sicherheitsgarantien mit Freude. Es war überdeutlich, daß der Premier eine Politik des Kräftegleichgewichts nicht dem neuen, unerprobten Prinzip der kollektiven Sicherheit opfern wollte.⁷²⁴

Ob Colonel House Clemenceau daraufhin tatsächlich von den Vorteilen des Völkerbundes überzeugte, wie er glaubte, ist hingegen fraglich. House hatte dem Premier erklärt,

⁷¹⁹Grayson Diary, 14. 3. 1919, PW 55, S. 498.

⁷²⁰Das Memorandum wird untersucht in Teil 1, Kap. 7. 1. 2.

⁷²¹Wilson Diary, 3. 2. 1919, Calwell, II, S. 168.

⁷²²"A Translation of a Letter from Ferdinand Foch", 14. 3. 1919, im Anhang das Memorandum vom 10. 1. 1919, PW 55, S. 502-510, Zit. S. 510; Auszug bei Tardieu, S. 163-164.

⁷²³Lord Derby an Balfour über eine Unterredung mit Clemenceau und Poincaré, 20. 12. 1918, PW 53, S. 456.

⁷²⁴Rede Clemenceaus, 29. 12. 1918, siehe die Auszüge in engl. Fassung in PW 53, S. 544-545, nach The Times, 31. 12. 1918, und in G. B. Noble, Policies and Opinions at Paris, 1919, New York 1935, S. 88-89, Hervorh. von mir. Vgl. den Brief Seymours, 1. 1. 1919, C. Seymour, Letters from the Paris Peace Conference, Ed. H. Whiteman, New Haven 1965, S. 85; Walworth, Moment, S. 153-155. House notiert, Wilson sei über die Rede bestürzt gewesen, Diary 31. 12. 1918, PW 53, S. 577.

das Gleichgewicht der Kräfte in Europa sei mit dem Ausfall Rußlands, Deutschlands und Österreichs zusammengebrochen. Frankreich sei als einzige Großmacht auf dem Kontinent übriggeblieben, und Großbritannien neige traditionell dazu, seine Kräfte bald in diese, bald in jene Waagschale zu werfen. Im Rahmen des Völkerbundes seien Großbritannien und die USA verpflichtet, das zu tun, was sie zuletzt freiwillig getan hätten: Frankreich zu Hilfe zu kommen.⁷²⁵

Für den Augenblick mochte diese Analyse zutreffen; doch befürchtete man in Paris, daß Deutschlands Macht nur zu rasch wieder wachsen würde. Dann brauchte Frankreich Partner, um das Gleichgewicht zu halten. Doch garantierte der Völkerbund diese Partner? Änderte sich denn, mochte Clemenceau denken, die Interessenlage Englands und Amerikas, nur weil sie Mitglieder des Völkerbundes waren? Nach Eröffnung der Friedenskonferenz gab Clemenceau im Obersten Rat zu bedenken, "Great Britain had responsibilities in all parts of the world ... America was far away, and could not come at once to the assistance of France. If the League of Nations and the peace of the world were to be established, it must not begin by putting France in a position of peril."⁷²⁶ Woran Clemenceau vital interessiert war, war ein Verteidigungsbündnis, das er gern Völkerbund zu nennen bereit war!⁷²⁷

Die französischen Delegierten wollten den Völkerbund, den Wilson als die Keimzelle der zukünftigen Weltsicherheit ansah, so stärken, daß die Vertragsmitglieder Frankreich im Kriegsfall umgehend und garantiert militärisch zur Hilfe kamen.⁷²⁸ Man befürchtete in Frankreich, daß die Völkerbundsatzung des Präsidenten, die die Grundlage der Beratungen bildete, an den entscheidenden Stellen zu unverbindlich sei. So hieß es in Artikel X, im Falle von Feindseligkeiten verhängten die Mitglieder des Völkerbundes Wirtschaftssanktionen und verpflichteten sich, "to unite in coming to the assistance of the Contracting Power against which hostile action has been taken, and to combine their armed forces in its behalf".⁷²⁹

Trotz der Absichtserklärung war in dieser Bestimmung kein Mechanismus enthalten, einem angegriffenen Mitglied automatisch militärische Hilfe zu leisten. Spitz fragte der französische Vertreter in der Völkerbundkommission, Larnaude, innerhalb welcher Zeit denn dieser versprochene Schutz als eine Sicherheitsgarantie greifen werde, um selbst die Antwort zu geben: "Perhaps within a hundred years." Deswegen forderte Larnaude auch: "We must have national contingents always ready to reassure the State within the League." Der zweite französische Vertreter in der Kommission, Leon Bourgeois, präzierte: "The dilemma has been put to us in the following manner: Is France prepared to enter into a League of Nations such as it is defined in the Covenant, that is to say, *without the organisation of an international army*, or would she prefer to stand alone?"⁷³⁰ Kurzum, Paris war vordringlich an der Bereitstellung einer internationalen Polizeiarmerie interessiert, die rasch und effizient zu Hilfe kommen könnte.

Die französische Sorge, der Völkerbund werde sich als ein "screen of false security" erweisen, war nicht einfach aus der Luft gegriffen. Wilson hatte ursprünglich nur vor-

⁷²⁵House Diary, 7. 1. 1919, PW 53, S. 652-653.

⁷²⁶Rat der Zehn, 30. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 803.

⁷²⁷Clemenceau im Rat der Zehn, 28. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 769.

⁷²⁸8. Sitzung der Völkerbundkommission, 11. 2. 1919, PW 55, S. 72-79.

⁷²⁹Dritter Entwurf Wilsons zur Völkerbundsatzung, 3. 2. 1919, PW 54, 449-458, Art. X auf S. 454.

⁷³⁰8. Sitzung der Völkerbundkommission, 11. 2. 1919, PW 55, S. 78-79, Hervorh. von mir.

gesehen, eine friedensstörende Macht durch wirtschaftliche Sanktionen gefügig zu machen.⁷³¹ Auch in dem in Paris beratenen Entwurf beinhaltete der Völkerbund keine automatische Bündnisverpflichtung. Im Zweifelsfall würde es lange Beratungen erfordern, würden Interessengegensätze zwischen den debattierenden Mächten zu klären sein, bevor überhaupt Beschlüsse gefaßt werden konnten. Und wer kam Frankreich dann zur Hilfe? Es war charakteristisch, daß der Präsident, in erster Linie auf die Verrechtlichung internationaler Beziehungen bedacht, dieses Problem zu überspielen versuchte, als er auf die bohrenden Fragen der französischen Vertreter antwortete: "It must not be supposed that any of the members of the League will remain isolated if it is attacked, that is the direct contrary to the thought of all of us." Wilson versicherte, "[w]e are ready to fly to the assistance of those who are attacked", aber er machte eine entscheidende Einschränkung: "but we cannot offer more than the condition of the world enables us to give."⁷³²

Mit dieser vagen Aussicht konnte Frankreich nicht zufrieden sein. Denn wer war im Zweifelsfall "die Welt", wer war bereit, jederzeit ein regionales Interesse als sein eigenes anzusehen? Würde Japan, würde China Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs zu Hilfe kommen? Würde sich nicht ein Land hinter dem anderen verstecken? Der Präsident machte auf beklemmende Weise deutlich, daß er auf dieses Problem keine Antwort geben konnte oder wollte: entscheidend seien "cordial agreement and goodwill" der Mitglieder des Völkerbundes. "All that we can promise, ... is to maintain our military forces in such a condition that the world will feel itself in safety". Wieder, so mochten die Franzosen denken, sprach Wilson von "the world", doch war der eigentliche Gefahrenherd nicht Westeuropa? "When danger comes", so Wilson weiter, "we too will come, and we will help you, but you must trust us. We must all depend on our mutual good faith."⁷³³ Diese moralischen Werte, Ausdruck von Wilsons Weltbild, konnten, unverbindlich wie sie klangen, nicht im entferntesten mit einer Sicherheitsgarantie gleichgesetzt werden. Die Gegensätze konnten größer kaum sein: hier die Vertreter des erschöpften, besorgten, ja verzweifelten Frankreich, dort der Präsident einer kommenden Großmacht, der die moralische und politische Meinungsführerschaft der Welt beanspruchte, der fest davon überzeugt war, daß Sicherheit grundlegend anders zu organisieren sei als bisher, doch der dabei unverbindlich blieb.

Das Konkreteste, was Wilson, sekundiert von dem britischen Vertreter Cecil, der Pariser Regierung als Sicherheitsbestimmung anbieten konnte, war ein "complete disarmament", das Deutschland auferlegt werden sollte. Der Präsident hatte in der 8. Sitzung der Völkerbundkommission am 11. Februar eine heimliche Wiederaufrüstung Deutschlands als sehr unwahrscheinlich bezeichnet und gefragt, welcher Teil der deutschen militärischen Vorbereitungen vor dem Krieg denn unbekannt gewesen sei? Das

⁷³¹Bullitt Diary über eine Konferenz mit Wilson, 9. [10.] 12. 1918, PW 53, S. 350-351.

⁷³²8. Sitzung der Völkerbundkommission, 11. 2. 1919, PW 55, S. 79.

⁷³³8. Sitzung der Völkerbundkommission, 11. 2. 1919, PW 55, S. 79. Kissinger, Vernunft, S. 253, kommt in seiner Erörterung der kollektiven Sicherheit zu dem Schluß, "Vertrauen" sei unter Diplomaten "aus guten Gründen Mangelware" gewesen. Ambrosius, Wilson, S. 124, urteilt zu Recht, das Versprechen eines Weltfriedens habe von Beginn an das Potential des Völkerbundes zur Konfliktlösung und Kriegsverhütung überfordert. Der Völkerbund habe dieses fundamentale Problem in Wilsons Konzeption internationaler Beziehungen offengelegt.

Problem sei dabei nicht eine "large number of men" - Fochs und Clemenceaus größte Besorgnis - sondern Munition und Kriegsgerät.⁷³⁴

In der Fassung der Völkerbundsatzung vom 13. Februar, die Wilson dem Konferenzplenum einen Tag später vor seiner Abreise nach Washington vorlegte, war in den Wortlaut des Artikels X zwar die Garantie der territorialen Integrität der Mitglieder des Völkerbunds einbezogen worden: "The High Contracting Parties undertake to respect and preserve as against external aggression the territorial integrity and existing political independence of all States members of the League." Doch hieß es im nächsten Satz nur, der "Executive Council" des Völkerbundes solle Maßnahmen empfehlen, mit denen die zitierte Verpflichtung erfüllt werden könne.⁷³⁵ Nun konnten zwischen Beratung, Empfehlung und der schließlichen Umsetzung eines Beschlusses zeitlich wie räumlich und materiell Welten liegen. In seiner Rede am 14. Februar verwies Wilson sicher nicht zur Freude der französischen Delegation die Rolle des Militärischen in den Hintergrund: "Armed force is in the background in this program, but it *is* in the background, and if the moral force of the world will not suffice, the physical force of the world shall. But that is the last resort, because this is intended as a constitution of peace, not as a league of war."⁷³⁶

Zu allem Überfluß wurde bei Wilsons Rückkehr nach Paris im März deutlich, wie sehr ihm auch noch in innenpolitischer Hinsicht die Hände gebunden waren. Der Präsident hatte bei seinem Sicherheitskonzept die Position der republikanischen Partei zu bedenken, die im US-Senat die Mehrheit stellte. Einflußreiche Republikaner, allen voran Senator Cabot Lodge aus Massachusetts, waren nicht damit einverstanden, daß amerikanische Truppen aufgrund eines entsprechenden Garantieartikels in der Völkerbundsatzung automatisch in jede Weltregion entsandt werden konnten. Die Sicherheitsgarantien der Völkerbundssatzung konnten den Republikanern nicht vague genug ausfallen. Nicht nur Cabot Lodge, sondern auch der dem Völkerbund gewogenere Amtsvorgänger Wilsons, William Taft, forderten, die Monroe-Doktrin müsse in die Völkerbundsatzung einbezogen werden, sonst habe der Friedensvertrag keine Chance auf eine Ratifikation im Senat.⁷³⁷ Die Republikaner - die beispielsweise die Notwendigkeit einer Allianz mit Frankreich nicht in Frage stellten⁷³⁸ - differierten mit Wilson in der Einschätzung, welcher Mittel es bedürfe, die amerikanische Unterstützung der Alliierten in Europa sicherzustellen.

Wilson, mit einer im Vergleich zu den ersten Konferenzwochen empfindlich geschwächten Verhandlungsposition⁷³⁹, konnte den Franzosen daher bei seiner Rückkehr nicht einmal garantieren, daß der Völkerbundentwurf, den sie als zu zahnlos ablehnten, in Amerika überhaupt akzeptiert würde. Der gute Wille der USA, den der Präsident den

⁷³⁴8. Sitzung der Völkerbundkommission, 11. 2. 1919, PW 55, S. 78-79. Im Rat der Vier am 15. 4. 1919 erklärte Wilson, er halte es nicht für möglich, die Produktion von Kriegsschiffen und U-Booten geheim zu halten, Mantoux I, S. 254.

⁷³⁵Völkerbundsatzung vom 13. 2. 1919, Anhang 2 zur 9. Sitzung der Völkerbundkommission, PW 55, S. 129-137, Art. X auf S. 132.

⁷³⁶Rede Wilsons in der 3. Plenarsitzung der Friedenskonferenz, 14. 3. 1919, PW 55, S. 164-178, Hervorh. im Orig.

⁷³⁷Siehe z. B. Taft an Wilson, 18. 3. 1919, PW 56, S. 83.

⁷³⁸Siehe Ambrosius, Wilson, S. 109 f.

⁷³⁹Bailey, Wilson, S. 206.

skeptischen Franzosen in Aussicht gestellt hatte, schien noch weiter ins Reich der Phantasie befördert worden zu sein. Wilson selbst war sich über sein Dilemma im klaren. Er sagte am 18. März in einer Konferenz mit House und Cecil, in der es um Ergänzungen in der Völkerbundsatzung ging, er halte eine Schwächung des Garantieartikels X, "on which the French relied", kaum für möglich.⁷⁴⁰ Zu einer indirekten Schwächung kam es dennoch: in der Sitzung der Völkerbundkommission am 22. März wurde Cecils Vorschlag akzeptiert, daß Entscheidungen der Organe des Völkerbundes einstimmig getroffen werden mußten.⁷⁴¹

Der US-Präsident, dem der Völkerbund wie wenig anderes am Herzen lag, sah sich demnach bereits bei Konferenzbeginn und erneut nach seiner Rückkehr aus Washington dem wohl größten Problem der Konferenz überhaupt gegenüber, auch wenn er es nicht als ein solches gewertet haben mag. Die Überwindung des französischen Sicherheitsdilemmas, des Kernproblems der deutsch-französischen Beziehungen, war die entscheidende Herausforderung der Friedenskonferenz, sie verwies weit in die Nachkriegszeit, sie entschied über Frieden oder Krieg in Europa.

Frankreich als verwundete, verwundbare Mittelmacht im Westen Europas hatte eine Hauptschwäche der von Wilson konzipierten neuen Friedensordnung erkannt und ließ nicht locker, bis auch die Amerikaner andere Sicherheitsgarantien in Betracht zogen. Solange das nicht der Fall war, solange London und Washington sich zierten, auf Unverbindlichkeiten auswichen, sich nicht fest als zukünftige Verbündete Frankreichs verstanden, mußte wenigstens die Natur in Form der geographischen Barriere des Rheins der Verbündete Frankreichs sein. Clemenceau hob am 27. März im Rat der Vier zu beschwörenden Worten an: Der Völkerbund werde Frankreich als Mittel angeboten, die benötigte Sicherheit zu verschaffen. Er akzeptiere dieses Mittel, aber wenn der Völkerbund nicht über militärische Sanktionen verfüge, müßten diese in anderer Hinsicht gefunden werden.⁷⁴² Tardieu hatte am 17. März deutlich gemacht, die Maschinerie, die der Völkerbund biete, sei zu langsam, um eine Invasion französischen Territoriums zu verhindern.⁷⁴³

Der entscheidende Grund dafür, warum Frankreich mit einer von Wilson angekündigten vollständigen Abrüstung Deutschlands nicht zufrieden war, lag in der tiefen Überzeugung, die Fochs Memorandum vom 10. Januar eindrucksvoll zeigte: daß das deutsche Streben nach Hegemonie, nach Weltgeltung bestehen bleibe und all das, was man unter Preußentum verstand. Deutschland und seine Führung bleibe also unverbesserlich in der mentalen Disposition. Daher konnte es bei den Sicherungsmaßnahmen, nur so wird die Argumentation der Franzosen überhaupt verständlich, nicht allein um die Größe der deutschen Armee und der Rüstung gehen - diese wollte man ohnehin drastisch beschränken. Ein entsprechender politischer Wille in Deutschland vorausgesetzt, neben wirtschaftlichen Möglichkeiten, waren derartige Beschränkungen in einer gewissen Zeit abzuschütteln - was die geschichtliche Entwicklung übrigens auch gezeigt hat.

⁷⁴⁰Miller Diary, 18. 3. 1919, DCP I, S. 183. General Bliss hingegen hielt den Artikel X von Anfang an für problematisch und favorisierte lediglich ein "gentleman's agreement" der USA; Bliss an Mezes, 26. 12. 1918, FRUS, PPC I, S. 524. Auch Lansing sprach sich gegen eine territoriale Garantie aus, Ambrosius, Wilson, S. 58 f.

⁷⁴¹11. Sitzung der Völkerbundkommission, 22. 3. 1919, Miller, Drafting, II, S. 339; vgl. Miller, Drafting, I, S. 296, 301; vgl. Walworth, Wilson, S. 194.

⁷⁴²Rat der Vier, 27. 3. 1919, Mantoux I, S. 45.

⁷⁴³Note Tardieus, 17. 3. 1919, in Clemenceau an Wilson, 17. 3. 1919, PW 56, S. 10.

Die französischen Politiker und Militärs sahen es als gesichert an, daß Deutschland ein bestimmtes Grundprinzip internationaler Ordnung nicht teilte: daß Konflikte friedlich oder nur mit begrenzten Mitteln auszutragen seien, daß Krieg nicht das Movens der Staatenbeziehungen sei. In der französischen Wahrnehmung war Deutschland nicht bereit, einen Konsensrahmen der internationalen Beziehungen zu akzeptieren, einen Rahmen, auf den die führenden Mächte sich einigen konnten. Deswegen wurden auch die Bekenntnisse der neuen Berliner Regierung zum Selbstbestimmungsrecht, zum Völkerbund, zu dergleichen Wilsonschen Regulationsprinzipien einer neuen Ära nicht ernst genommen. Auch Wilson war ja mit Blick auf die deutsche Zulassung zum Völkerbund durchaus skeptisch; nichtdestoweniger bildete gerade seine Orientierung am Selbstbestimmungsrecht einen solchen Rahmen internationaler Beziehungen, in den eben auch Deutschland einbezogen werden sollte.

Weil aber Frankreich Sicherheit *mit* Deutschland nicht im entferntesten für eine Möglichkeit hielt, mußten Maßnahmen der Sicherheit *vor* und *gegen* Deutschland zwingend der existentiellen Gefahr des erneuten, für wahrscheinlich gehaltenen Krieges begegnen. So mußte das Großmachtpotential Deutschlands schon im Vorfeld weitgehend ausgeschaltet werden, mußte das Reich oder das, was von ihm bleiben würde, auf allen nur denkbaren Ebenen geschwächt werden: militärisch und wirtschaftlich, finanziell und territorial, und durch die Besetzung eines Teils des Landes. Dies alles waren faßbare, physische Größen, diese Konzeption trug dem Wirken der "forces profondes" (Renouvin, Bariéty) Rechnung.

Demgegenüber konnte eine Perspektive deutsch-französischen Ausgleichs - etwa unter veränderten innenpolitischen Bedingungen in Deutschland - gar nicht erst in das französische Bewußtsein rücken. Auch erschien es in Paris - im Gegensatz zu London - undenkbar, das deutsche Reich als einen Mitspieler im Konzert der europäischen Mächte einzubinden, den Deutschen ein Interesse daran zu unterstellen. Dies vorausgesetzt, wollte man sich in Paris keinesfalls mit einem ideellen Aspekt von Sicherheit wie dem Völkerbund abspeisen lassen. Es ging bei dem französischen Kampf um die *securité* um nichts weniger als um einen fundamentalen Gegensatz der französischen und der amerikanischen - und britischen - Sicherheitskonzeption. Die französische Delegation wies den US-Präsidenten hartnäckig darauf hin, daß durch die alleinige Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts und den Entwurf zu einem Völkerbund Grundtatsachen der Sicherheit nicht aus der Welt zu schaffen waren, aller neuen Diplomatie und Politik der offenen Tür zum Trotz.

16. 1. 3. Politisch-militärische Sicherheit vor Deutschland. Die amerikanische Delegation und die Beistandsgarantie für Frankreich

Gab es in dieser verfahrenen diplomatischen Lage nicht noch eine weitere Möglichkeit, das Gleichgewicht der Kräfte in Westeuropa zu wahren und Frankreich dabei entgegenzukommen? Es war in der Tat das, was der britische Premierminister, wohl nach Erwägung dieser geopolitischen Grundtatsachen, als *ultima ratio* in Betracht zog und wofür er den Präsidenten gewinnen wollte: ein konventionelles Militärbündnis Großbritanniens und der USA mit Frankreich.⁷⁴⁴

⁷⁴⁴Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 5.

Ohne zu zögern stimmte Präsident Wilson bald nach seiner Ankunft in Paris am 14. März 1919 Lloyd Georges Vorschlag zu, Frankreich als Ersatz für die territoriale Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland eine zeitlich befristete anglo-amerikanische Sicherheitsgarantie für den Fall eines deutschen Angriffs gegen Frankreich anzubieten. Wie Lloyd George schrieb, hätten Wilson und er danach Clemenceau informiert, sie könnten einer Besetzung der linksrheinischen Gebiete nicht zustimmen, "except a short occupation as provisional guarantee for payment of the German debt". Daraufhin hätten sie ihr Angebot einer Beistandsgarantie überbracht.⁷⁴⁵

Falls Wilson nicht einer Überrumpelungstaktik des britischen Premierministers erlegen war, ist eine Analyse der Motive interessant, die den Präsidenten geleitet haben könnten. Ihm stand nach den Diskussionen in der Völkerbundkommission wohl doch vor Augen, daß er Frankreich im Rahmen der Völkerbundsatzung nicht die Sicherheit garantieren konnte, die es verlangte und die Paris in seinen Augen auch zustehen mochte. Dies wäre ein Hinweis darauf, daß Wilson doch einen Blick für das - zumindest regionale, antideutsche - Kräftegleichgewicht hatte, auch wenn er diese Methode der Friedenssicherung öffentlich immer verdammt hatte. Diese Erwägung hätte gleichzeitig nahezu ausgeschlossen, daß Wilson an diesem Punkt über eine französische Vormachtstellung im Westen Europas besorgt gewesen wäre.

Es dürfte aber ebensoviel für die Annahme Wilsons sprechen, daß die nationale Selbstbestimmung der Deutschen - die Verhinderung eines partiellen "dismemberment" - sich nur durch eine solche Garantie wahren ließ, auch wenn dieses Motiv als deutschfreundlich erscheinen mochte. Vor allem mag der Präsident, der die Garantie nur befristet anbot, geglaubt haben, die Diskrepanz, ja der Widerspruch zwischen einem konventionellen Bündnis im Sinne eines Gleichgewichts der Kräfte und dem neuen Grundsatz der kollektiven, allianzfreien Sicherheit im Rahmen des Völkerbundes würde letztlich bedeutungslos werden - falls er diesen Widerspruch überhaupt als wesentlich angesehen hat! Denn immerhin hatte Wilson im September 1918 öffentlich betont, es dürfe innerhalb des Völkerbundes keine Bündnisse oder Sonderverträge geben.⁷⁴⁶

Colonel House, der meistens einen schärferen Blick für machtpolitische Realitäten besaß als der Präsident, hielt bemerkenswerterweise die Garantie für Frankreich und die Bestimmungen in Artikel X des Völkerbundes für in der Substanz gleichbedeutend. House schrieb am 20. März 1919, "I have my doubts as to the [US-] senate accepting such a treaty but that is to be seen. Meanwhile, it satisfies Clemenceau and we can get on with the real business of the Conference. *It is practically promising only what we promise to do in the League of Nations*, but since Clemenceau does not believe in the League of Nations, it may be necessary to give him a treaty on the outside."⁷⁴⁷

Abgesehen davon, daß House die Frage rein taktisch anging und sich über die zugrundeliegenden Motive Clemenceaus kaum Gedanken zu machen schien, zeugt seine Auf-

⁷⁴⁵Lloyd George, MC I, S. 265-266, mit ähnlichem Wortlaut wie der undat. Vermerk des Foreign Office, PNAFP, Doc. 14, S. 69, jetzt auch in Schwabe (Hg.), Quellen, Doc. 51, S. 130. Die zeitliche Befristung der Garantie erwähnt Loucheur in seinem Tagebuch, 18. 3. 1919, Loucheur, S. 73: "Wilson ne parle plus pour l'Amerique (que) d'une alliance *temporaire* et non *permanente*. Nous sommes d'avis que c'est insuffisant" (Hervorh. im Orig.). Vgl. Grayson Diary, 14. 3. 1919, PW 55, S. 497. House wurde von Wilson nicht über die Garantie informiert!

⁷⁴⁶"An Address in the Metropolitan Opera House", 27. 9. 1918, PW 51, S. 130 f..

⁷⁴⁷House Diary, 20. 3. 1919, PW 56, S. 126, Hervorh. von mir. Wilson selbst, so betont Nelson (S. 201), habe ursprünglich Sicherheitsvereinbarungen außerhalb des Völkerbundes abgelehnt.

zeichnung von einem bei manchen Amerikanern - Wilson-Anhängern und Kritikern wie Außenminister Lansing - verbreiteten Mißverständnis: daß zwischen den kollektiven Sicherheitsvereinbarungen im Rahmen des Völkerbundes und einer konventionellen Allianz mit umschriebenen Zielen kein Unterschied bestehe. Doch traf diese Interpretation nicht zu, denn wie oben ausgeführt, waren die Mitglieder des Völkerbundes im Konfliktfall eben nicht automatisch verpflichtet, Truppen zu entsenden, ganz abgesehen von dem zeitaufwendigen, schwerfälligen Beratungs- und Sanktionsmechanismus.

Ein weiteres mögliches Motiv für Wilsons Entscheidung soll noch angesprochen werden: er dürfte befürchtet haben, daß Frankreich andernfalls die Völkerbundsatzung gar nicht unterschreiben würde und die größte kontinentaleuropäische Macht die neue Friedensordnung auf diese Weise ablehnte. Auch Außenminister Lansing vermutete, der Präsident habe die französische Zustimmung zum Völkerbund, die letztlich auf dem Spiel stand, um jeden Preis gewinnen wollen. In diesem Zusammenhang mag sich Wilson auch unter dem Druck gesehen haben, bei der Ausarbeitung des Friedens mit Deutschland so zügig wie möglich voranzuschreiten, zumal die Unterstützung in Amerika für seine Politik - insbesondere mit Blick auf den Völkerbund - zu bröckeln begann.⁷⁴⁸

Für den wahrscheinlichen Fall, daß der Präsident selbst den Unterschied zwischen dem Artikel X der Völkerbundsatzung und der anglo-amerikanischen Garantie gesehen haben sollte, stellt sich die Frage, die auch House aufwarf: ob das konventionelle Bündnis die Ratifikation des Friedensvertrages im US-Senat erschweren könnte. Einigen US-Delegierten, vor allem Lansing, war dieses Problem nicht entgangen. Lansing, der Wilsons Völkerbundentwurf wegen einer angeblich faktischen "Oligarchie der Großmächte" sowie der im Garantieartikel vorgesehenen Gewaltanwendung ohnehin ablehnte, hielt den Beistandspakt mit Frankreich für eine Desavouierung des Garantieartikels und sah die inneramerikanische Opposition voraus.⁷⁴⁹ Der Publizist Walter Lippman brachte das Problem auf den Punkt, als er mit Blick auf Wilsons bisherige Position vermerkte: "The dilemma was presented because Wilson was trying to establish collective security without forming an alliance."⁷⁵⁰

Clemenceau begrüßte zwar in einem Memorandum an Wilson die anglo-amerikanische Garantie. Die französische Delegation war bereit, auf die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete zu verzichten, ließ aber die Forderung nach mehreren zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen nicht fallen: eine nunmehr befristete - statt einer permanenten - Besetzung der linksrheinischen Gebiete, die Entmilitarisierung dieses Gebietes und einer Zone von 50 Kilometern östlich des Rheins, ferner das Recht der Alliierten zur Inspektion der linksrheinischen Gebiete und das Recht Frankreichs, sie erneut zu besetzen, falls Deutschland die Entmilitarisierungsbestimmungen verletze.⁷⁵¹

Auch Colonel House erhielt am 17. März von Clemenceau die französische Note und erfuhr, da er in die Verhandlungen auf Ebene der Regierungschefs nicht mehr offiziell

⁷⁴⁸Innenpolitische Motive hält - neben der diplomatischen Situation in Paris - K. Nelson, S. 79-80, für wichtig.

⁷⁴⁹Lansing, Friedensverhandlungen, S. 61 ff., 136 f.

⁷⁵⁰Lippmann, United States Foreign Policy, S. 209 f.

⁷⁵¹Clemenceau an Wilson, 17. 3. 1919, in der Anlage in englischer Fassung das französische Memorandum "Note on the Suggestion presented March 14" [i. e. die Garantie], 17. 3. 1919, PW 56, S. 9-14; Originaltext bei Tardieu, S. 197-200.

einbezogen war, vermutlich erst in diesem Zusammenhang davon, daß sowohl Lloyd George als auch Wilson Frankreich eine militärische Garantie angeboten hatten.⁷⁵² Erstmals war House am 12. März von Lloyd George in Kenntnis gesetzt worden, daß der Premier eine solche - allein britische - militärische Bindung an den Kontinent erwog, zu diesem Zeitpunkt befand sich Präsident Wilson aber noch nicht in Paris. House erwähnt in seinem Tagebuch nicht, was er von der Garantie hielt; er sprach Wilson auch nicht darauf an.⁷⁵³

Der Colonel fuhr nun fort, auf eigene Faust Kompromisse ins Auge zu fassen. Wie er am 17. März notierte, habe er im Gespräch mit Sir Wiseman einen Plan für das linke Rheinufer empfohlen, der für alle drei Regierungschefs annehmbar wäre: "This suggestion was that a buffer state should be created for a period of five years and then the League of Nations should decide whether the buffer state should exercise self-determination or should continue for another five year period."⁷⁵⁴ Einen Tag später erfuhr Wilsons Arzt Grayson - vermutlich von House selbst -, Clemenceau habe dem Colonel erklärt, es sei für die französische Sicherheit notwendig, einen Pufferstaat auf dem linken Rheinufer zu errichten; er, so Clemenceau weiter, sei aber "still willing to be convinced", daß die nötige Sicherheit durch die Entmilitarisierung des betreffenden Gebietes erreicht werden könne.⁷⁵⁵

In diesen Quellen finden sich mehrere interessante Aspekte der Rheinlanddebatte. Erstaunlich ist, daß in Graysons Notiz gar nicht die Rede von der Beistandsgarantie ist. Denn Clemenceau war ja offenkundig deswegen bereit, auf eine Abtrennung des Rheinlandes zu verzichten und sich alternativ mit einer Entmilitarisierung und Besetzung zu begnügen, weil er die Garantie als einen wesentlichen Baustein der französischen Sicherheitspolitik akzeptierte. Es gibt keinen Grund, warum Clemenceau den Colonel, den er ja für einen Vertrauten Wilsons hielt, nicht auf diese Garantie angesprochen haben sollte.

House selbst muß von der Garantie zumindest indirekt am 17. März erfahren haben, da die ihm übermittelte französische Antwortnote darauf Bezug nahm. Also bleibt nur der Schluß, daß House im Gespräch mit Grayson über die Garantie deswegen nicht sprach, weil er nicht von Wilson selbst darüber informiert worden war - sicher im Zusammenhang mit der Verstimmung zwischen ihm und Wilson am 14. März. House muß daher in der Luft gehangen haben; ein klärendes Gespräch mit Wilson scheint auch bei einem privaten Abendessen Wilsons am 18. März nicht stattgefunden haben.⁷⁵⁶ Ironischerweise informierte Wilson nicht House, sondern den ebenfalls anwesenden britischen Vertreter in der Völkerbundkommission, Lord Cecil, er könne der Abtrennung der

⁷⁵²Clemenceau an House, 17. 3. 1919, IP IV, S. 408.

⁷⁵³Vgl. dazu H. Nelson, S. 228-232, der meint, House sei bis zum 27. März nicht offiziell über das Angebot von Wilson informiert gewesen; und Floto, die sich vor allem für den Bruch zwischen Wilson und House interessiert, S. 179-185, und House's Initiative nach dem 14. März für ein Resultat entweder mangelnder Informiertheit oder des Verlustes an Urteilkraft hält. Vgl. auch C. Grayson, *The Colonel's Folly and the President's Distress*, *American Heritage* XV, Okt. 1964, S. 4-7, 94-101; als Antwort auf C. Seymour, *End of a Friendship?*, *American Heritage* XIV, Aug. 1963, S. 5-9, 78-80.

⁷⁵⁴House Diary, 17. 3. 1919, PW 56, S. 5.

⁷⁵⁵Grayson Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 60-61.

⁷⁵⁶House war zu dem privaten Abendessen bei Wilson am 18. 3. vermutlich eingeladen worden, weil mit dem britischen Vertreter in der Völkerbundkommission, Lord Cecil, das weitere Vorgehen abgesprochen wurde und House in den Beratungen über den Völkerbund weiterhin eine Schlüsselrolle spielte; Grayson Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 62, Cecil Diary, 18. 3. 1919, ebda., S. 81-82.

linksrheinischen Gebiete von Deutschland keinesfalls zustimmen, sei aber zu "something in the nature of an alliance between England and America and France" bereit, um Frankreich gegen einen Überraschungsangriff zu schützen. Cecil notierte übrigens in seinem Konferenztagebuch eine kluge Beobachtung: Wilson habe scheinbar die Wirkung seines Gespräches mit Clemenceau dadurch abgeschwächt, daß er dem Ministerpräsidenten erklärt habe, das Militärbündnis bringe nur wenig mehr als der Artikel X der Völkerbundsatzung!⁷⁵⁷ Hier wurde sie wieder deutlich: die unscharfe Trennung zwischen dem System der kollektiven Sicherheit und einem konventionellen Militärbündnis.

House, der erfahren hatte, daß Clemenceau unzufrieden war, beeilte sich seit dem 17. März damit, den Plan des rheinischen Pufferstaates in veränderter Form im Spiel zu halten. Es ist zwar nicht klar, ob House Clemenceau auch über seine Absicht informierte, doch dürfte er dies getan haben, da Clemenceau ihn ja um Rat gefragt hatte, wie man die Probleme um die Rheinfrage am besten klären könne.⁷⁵⁸ Hierin liegt eine gewisse Logik der Diplomatie des Colonel; dabei ist unbestritten, daß er ohne Instruktionen und sogar entgegen Wilsons Intentionen handelte.

Die US-Diplomatie auf zwei Ebenen ging noch einige Tage weiter, und sie wird hier deswegen ausgeführt, weil sie direkte Auswirkungen auf die französische Wahrnehmung der US-Politik hatte. Auf eigene Initiative signalisierte House Clemenceau am 19. März seine Hilfe in der festgefahrenen Rheinlanddebatte.⁷⁵⁹ Wie der französische Delegierte Loucheur notierte, setzte sich House nunmehr für eine Garantie ein: sie sollte, anders als Wilson es im Sinn hatte, zeitlich unbefristet sein - was die Franzosen überrascht haben muß.⁷⁶⁰ Der Colonel bezog, wohl zu seiner eigenen Absicherung, am gleichen Tag auch Lansing, Bliss und White mit ein, und erklärte, offensichtlich sei die Konferenz in einer Sackgasse angelangt. "The French were apparently not satisfied with the League of Nations as it stood and desired a more explicit guarantee that both England and the United States would come to the assistance of France in case of her own invasion at any time in the future". Clemenceau habe gedroht, wenn eine solche Klausel nicht in der Völkerbundsatzung verankert werde, werde seine Delegation nichts unternehmen, um den Friedensschluß zu beschleunigen. House gab die Substanz der französischen Position korrekt wieder; er sagte allerdings nicht, vielleicht weil er hierüber im unklaren war, daß die Garantie von Lloyd George und Wilson angeboten und nicht von Clemenceau gefordert worden war. Auch verschwieg House, was ihm selbst durchaus klar gewesen ist, daß es sich um eine Vereinbarung außerhalb der Völkerbundsatzung handeln würde.⁷⁶¹

Einen Tag später entwarf der Colonel dann selbst den Text eines Militärbündnisses zwischen Frankreich, den USA und Großbritannien. Er übergab ihn Clemenceau, der ihn hocherfreut zur Kenntnis nahm. Laut dem Entwurf verpflichteten sich die drei Staaten im Falle eines deutschen Angriffs gegenseitig auf "immediate military, financial, eco-

⁷⁵⁷Cecil Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 81-82.

⁷⁵⁸Grayson Diary, 18. 3. 1919, PW 56, S. 60.

⁷⁵⁹Auchincloss Diary (House's Schwiegersohn und Mitarbeiter), 19. 3. 1919, Floto, S. 181.

⁷⁶⁰Tagebuch Loucheur, 19. 3. 1919, Loucheur, S. 73.

⁷⁶¹Meeting der US-Friedenskommissare, 19. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 124-125. House Diary, 20. 3. 1919, PW 56, S. 126.

conomic and moral support".⁷⁶² Auch Lloyd George und Balfour billigten den Entwurf von House - den Wilson nicht kannte! Lansing, Bliss und White lehnten den von House entworfenen Text und die Garantie als solche jedoch ausdrücklich ab, mit der Begründung, sie schade der gesamten Struktur des Völkerbundes und dem Ideal, für das die USA in den Krieg eingetreten seien.⁷⁶³ Einen Tag später bekräftigten die drei US-Bevollmächtigten ihre vehemente Ablehnung; White empfahl gar ein "definite showdown with the French" und zog, wie Lansing zwei Tage zuvor, einen Separatfrieden in Betracht.⁷⁶⁴

Unterdessen griff Tardieu am 21. März in einem Memorandum zur Rheinfrage den House-Entwurf vom 20. März auf und fügte die französischen Forderungen vom 17. März über die befristete Besetzung und Entmilitarisierung des Rheinlandes hinzu.⁷⁶⁵ Auf der Basis dieses Entwurfs, eines Gemeinschaftswerks von House, Clemenceau und Tardieu, veranlaßte House in den nächsten Tagen weitere Beratungen innerhalb der US-Delegation, bei denen der bereits erwähnte grundsätzliche Konflikt zwischen einem System kollektiver Sicherheit und einer Militärallianz im Sinne eines Kräftegleichgewichts kontrovers diskutiert wurde.⁷⁶⁶

All diese Schritte geschahen, ohne daß Präsident Wilson informiert war, und sie fanden statt in einer Konferenzatmosphäre, die aufgrund der Interessengegensätze der Verbündeten in mehreren entscheidenden Fragen und angesichts des drohenden bolschewistischen Vormarsches in Ostmitteleuropa und in Deutschland zunehmende Zeichen der Nervosität zeigte. Diese Lage fand der eifrige House, der die Friedenskonferenz auf einem Pulverfaß wühlte, besonders unerträglich.⁷⁶⁷ Wilson war sich zwar auch bewußt, daß die Welt brenne. Erbittert machte er die um Sicherheit kämpfenden französischen Delegierten als Verantwortliche für den Stillstand aus, beklagte sich im privaten Kreis über deren "stubborn manner" und "stupidity". Die Franzosen seien offenbar nur daran interessiert, eine "League against Germany" zu gründen.⁷⁶⁸ Hier findet sich wieder Wilsons alte Besorgnis von einer gegen Deutschland gerichteten "Holy Alliance". Doch

⁷⁶²House Diary, 20. 3. 1919, PW 56, S. 126; IP IV, S. 409. Der Text des Entwurfs als photographische Reproduktion in DCP VI, Doc. 539, S. 474 a-b; und in PW 56, S. 126, Anm. 1, sowie mit geringen Änderungen in House Diary, 27. 3. 1919, ebda., S. 336 (hier auch die Information über die britische Zustimmung). House ersetzte auf Wunsch Clemenceaus die Formulierung "invasion of the territories" durch "attack against the territories" (ebda., S. 126).

⁷⁶³Meeting der US-Friedenskommissare, 20. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 126. Auch Joseph Grew aus dem State Department, Sekretär der US-Delegation, teilte diese Meinung. Er sah bereits die Tage der Tripelallianz wiederaufleben und hielt für den Fall, daß die Franzosen sich nicht umstimmen ließen, einen Separatfrieden für unausweichlich; Brief an W. Phillips, 18. 3. 1919, Grew, I, S. 382. Vgl. auch Ambrosius, Wilson, S. 109-111.

⁷⁶⁴Meeting der US-Friedenskommissare, 21. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 130.

⁷⁶⁵Die französischen Forderungen, genannt "Exhibit A", finden sich in Lansing an Wilson, ca. 23. 3. 1919, PW 56, S. 202, und in DCP VII, Doc. 559, S. 29; eine Fassung unter Einschluß der von House entworfenen Garantie als "Note for Colonel House", 21. 3. 1919, bei Floto, S. 325.

⁷⁶⁶US-Rechtsberater Miller bezeichnete eine Allianz als "opposite of the idea of the League of Nations" (an Lamont, 19. 3. 1919, DCP I, Doc. 546, S. 481, vgl. Miller, Drafting, I, S. 300-301). Ein Entwurf Millers (DCP VII, Doc. 560, S. 30-31) band die Garantie in die Völkerbundsatzung ein, ein Entwurf von Auchincloss hingegen nicht (ebda., Doc. 563, S. 50-52, revised by Miller, ebda., Doc. 564, S. 53; Miller an Auchincloss, 21. 3., ebda., Doc. 565, S. 55 f.; Miller Diary, 21. 3., DCP I, S. 195); vgl. Floto, S. 183. Siehe die Besprechung der US-Friedenskommission, 20. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 126; 21. 3. 1919, ebda., S. 130.

⁷⁶⁷House Diary, 22. 3. 1919, PW 56, S. 179-180: "I am discouraged at the outlook."

⁷⁶⁸Grayson Diary, 22. 3. 1919, PW 56, S. 164-165; vgl. Baker Diary, 22. 3., ebda., S. 179, Benham Diary, 22. 3., ebda., S. 181.

war es in diesen Tagen House, der auf eigene Faust versuchte, in den Stillstand Bewegung zu bringen.

Ironischerweise war House unterdessen doch zu der Ansicht gelangt, ein Garantievertrag mit Frankreich sei mit dem Garantieartikel des Völkerbundes schlecht vereinbar. Vermutlich hatte ihn die massive Kritik der drei anderen US-Bevollmächtigten an einer Zweigleisigkeit der amerikanischen Außenpolitik bestärkt. House legte seinen Kollegen nunmehr einen eher unverfänglichen Textentwurf vor, der eine Beistandsgarantie gar nicht ausdrücklich erwähnte, sondern lediglich eine Verletzung der Entmilitarisierung des Rheinlandes durch Deutschland als feindlichen Akt auffaßte.⁷⁶⁹ Diesen Entwurf, den Lansing und White billigten, während Bliss zurückhaltend blieb, übergab House auch Wilson in einem - schließlich stattfindenden - Gespräch beider am 24. März.⁷⁷⁰

House, der einer Bemerkung des italienischen Ministerpräsidenten Orlando in einer Unterredung am 26. März zustimmte, eine Beistandsgarantie sei "in contradiction with the League of Nations", muß im Lichte dieser Entwicklung seinen eigenen weitreichenden Garantieentwurf vom 20. März den Franzosen entweder aus weitgehend taktischen Motiven unterbreitet oder diesen wegen der Kritik seiner Kollegen wieder zurückgezogen haben. Beide Gründe dürften zutreffen, wobei der letztere schwerer zu wiegen scheint, sonst hätte House seinen Entwurf nicht auch Lloyd George und Balfour vorgelegt.⁷⁷¹

Umso überraschter zeigte sich House dann, als er am 26. März erfuhr, daß der Präsident eine Beistandsgarantie definitiv befürwortete. In seinem - vergeblichen - Versuch, Wilson von diesem Entschluß wieder abzubringen, argumentierte der Colonel, die Beistandsgarantie werde als ein "direct blow at the League of Nations" angesehen werden. Der Völkerbund sei, so House weiter, "supposed to do just what this treaty [i. e. die Garantie] proposed, and if it were necessary for the nations to make such treaties, then why the League of Nations?".⁷⁷² Hier tauchte innerhalb weniger Tage wieder die Begründung auf, kollektive Sicherheit und Militärbündnisse seien gleichwertige Instrumente. Doch dies konnte nur bedeuten, daß die Garantie eigentlich überflüssig war, während House zuvor ja auch auf die Kritik gestoßen war, die Beistandsgarantie und der Garantieartikel X der Völkerbundsatzung stünden im Widerspruch zueinander - dies war die Position Millers.

Es läßt sich also nicht hinreichend klären, ob House deshalb gegen die Garantie Stellung bezog, weil er sie für überflüssig hielt (seine Tagebucheinträge legen dies nahe) oder weil er meinte, sie gehe über die Völkerbundsatzung hinaus oder stehe zu dieser im Widerspruch. Es könnte auch sein, daß House nach mehrtägigen fruchtlosen Verhandlungen in der Völkerbundkommission die Lage nicht noch weiter komplizieren wollte. Zu bedenken ist, daß Wilson wegen des Widerstandes der Republikaner in den USA sicherstellen mußte, die Monroe-Doktrin in der Völkerbundsatzung zu verankern.

⁷⁶⁹Dieser Entwurf von Auchincloss in DCP VII, Doc. 563, S. 50-52. Dazu H. Nelson, S. 230-231, Floto, S. 182-184.

⁷⁷⁰House Diary, 24. 3. 1919, PW 56, S. 208.

⁷⁷¹Unterredung House-Orlando, 26. 3. 1919, zit. b. Floto, S. 326-327. H. Nelson, S. 229, urteilt nicht zu unrecht: "Nothing showed more clearly the compromising nature of Colonel House." Walworth, Wilson, S. 327, House sonst eher gewogen, bemängelt hier die "enormity of this offense to sound diplomacy". Für eine gewisse Rolle taktischer Motive spricht die bereits oben zit. Notiz von House in seinem Tagebuch, 20. 3. 1919, PW 56, S. 126. Abweichend hier die Darstellung bei K. Nelson, S. 82.

⁷⁷²House Diary, 27. 3. 1919, PW 56, S. 336; IP IV, S. 410.

Gegen diesen Plan war vor allem französischer Widerstand zu erwarten, denn die Monroe-Doktrin war das charakteristische Dokument des amerikanischen Isolationismus. Alles in allem ist es erstaunlich, daß House empfahl, eine Beistandsgarantie zurückzuziehen, die er zwar vorab nicht mit Wilson besprochen hatte, um deren Zustimmung er aber die französische und die britische Delegation ersucht hatte.

Insgesamt zeigen die äußerst komplizierten Verhandlungen um die Rheinfrage und die Beistandsgarantie, daß in der US-Delegation keine einheitliche Position dazu herrschte, welche Sicherheit der Völkerbund eigentlich gegen Deutschland bieten würde, und welche Sicherheiten Frankreich daher gegeben werden sollten. Von dieser Frage aber hing wiederum das Schicksal des Rheinlandes, die Aufteilung Deutschlands und die Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts ab.

16. 1. 4. Territoriale Sicherheit? Wilson und die Entscheidungen zur Entmilitarisierung und Besetzung des Rheinlandes

Wilson versuchte Ende März, das unüberwindlich erscheinende Problem zu lösen. Im Viererrat am 27. März erklärte er sich einverstanden mit der Entmilitarisierung einer Zone bis 50 Kilometer östlich des Rheins. Hier sollten Truppenstationierungen oder -bewegungen verboten werden; die Verletzung dieser Bestimmung gälte als feindlicher Akt. Ergänzt werde dies durch eine Beistandsgarantie Großbritanniens und - so hoffe er, sagte Wilson einschränkend - auch der USA. Eine von Clemenceau geforderte unbefristete Garantie lehnte Wilson ab mit der Begründung, damit werde suggeriert, die vom Völkerbund angebotene Hilfe werde immer ungenügend bleiben.

Wilson lehnte es auch ab, den Beistandsvertrag in die Völkerbundsatzung einzubeziehen, wie von Clemenceau vorgeschlagen. Er versuchte, das im Grunde Unvereinbare durch folgende Konstruktion zu verbinden: während der Exekutivrat des Völkerbundes die notwendigen Maßnahmen im Aggressionsfall veranlasse, könnten zwei oder drei Länder bereits rasch militärische Hilfe bereitstellen. Daraufhin verlangten Clemenceau und Tardieu als Definition einer Aggression den Eintritt deutscher Truppen in die entmilitarisierte Rheinzone, in welchem Fall es Frankreich erlaubt sein müsse, seine Truppen an den Rhein zu verlegen. Wilson erwiderte, es müsse eine "nervosité" und die Gefahr einer "action prématurée" verhindert werden, woraufhin Clemenceau die Notwendigkeit einer Inspektionskommission der drei Mächte erklärte, die über einen Aggressionsfall entscheiden müsse.⁷⁷³ Auch wenn die Diskussion nicht vertieft wurde, war deutlich geworden, daß noch eine erhebliche Kluft zwischen den Positionen von Paris und Washington (und London) zu überbrücken war. Den Plan eines Pufferstaates brachten Clemenceau und Tardieu nicht mehr zur Sprache. Auch über den wichtigen Punkt der Okkupation der linksrheinischen Gebiete, die Frankreich gefordert hatte, wurde nicht diskutiert.

Am 28. März übergab der Präsident Clemenceau oder Tardieu eine Zusammenfassung seiner Vorschläge zur Entmilitarisierung des Rheinlandes (Punkte 1-3). In einem separaten Vertrag sollte die von der Zustimmung des Völkerbunds abhängige Garantie enthalten sein: "A pledge by the United States ... to come immediately to the assistance of France so soon as any unprovoked movement of aggression against her is made by

⁷⁷³Rat der Vier, 27. 3. 1919, Mantoux I, S. 50.

Germany" (Punkt 4). Diese Verpflichtung sollte solange bestehen, bis der Völkerbund nach Meinung seiner Mitglieder einen ausreichenden Schutz bot, tendenziell also unbegrenzt!⁷⁷⁴ Zu einer Inspektions- oder Verifikationskommission und zu einer Ermächtigung Frankreichs zu frühzeitiger Truppenbewegung nahm Wilson hingegen keine Stellung; auf eine Besetzung des Rheinlandes ging er nicht ein. Letzteres war für Wilsons offenkundig ein neuralgischer Punkt; bereits am 24. Januar hatte er kritisch gefragt, ob man wirklich eine große Besatzungsarmee unterhalten wolle, um die Erfüllung der Friedensbedingungen durch Deutschland sicherzustellen.⁷⁷⁵

Obwohl sich die Auseinandersetzung im Rat der Vier zwischen Wilson und Clemenceau am 28. März an der Saarfrage entzündet hatte⁷⁷⁶, spielte das Rheinlandproblem im Hintergrund auch eine Rolle. In dieser Lage mobilisierte die französische Delegation noch einmal alle Kräfte. Clemenceau sprach in der Ratssitzung am 31. März das zuletzt verschwiegene Reizthema der Okkupation wieder an, verschob dabei aber den Schwerpunkt der Diskussion. Er kam auf die Besetzung deutschen Territoriums als Garantie für die Zahlung der Reparationen zu sprechen - gemeint war natürlich das Rheinland. Auf diese Weise verknüpfte der Ministerpräsident die Frage der französischen Sicherheit vor Deutschland unauflösbar mit den Reparationszahlungen. Wilson erkundigte sich daraufhin, ob Clemenceau eine Besetzung bis zur Begleichung sämtlicher Schulden beabsichtige, was der Premier verneinte: Er stelle sich eine alliierte Besetzung für eine bestimmte Zeit vor, die graduell aufgehoben werden könne.⁷⁷⁷ Wilson ließ sich also, wenn auch zögernd, auf die Diskussion ein.

Die nächste französische Initiative kam von Marschall Foch, der im Rat der Vier das Memorandum über die Rheingrenze vorlas, welches er am 10. Januar 1919 verfaßt und Wilson am 14. März übermittelt hatte.⁷⁷⁸ Foch wiederholte die Substanz seiner bisherigen Argumente und betonte in einer weiteren Denkschrift, die er verlas, eine Neutralisierung des linksrheinischen Territoriums reiche auch in Verbindung mit der angebotenen Beistandsgarantie keinesfalls aus, um eine Wiederholung der prekären militärischen Situation im Jahre 1914 zu verhindern. Deutschland könne mit seinen Truppen problemlos in die neutrale Zone eindringen, sie erneut westlich des Rheins sammeln und nach Nordfrankreich und Belgien einfallen. Da die britische und amerikanische Hilfe nicht rasch genug zur Stelle sein könne, müsse die Rheinlinie von den Alliierten besetzt werden; der politische Status der linksrheinischen Gebiete solle auf der Konferenz definiert werden.⁷⁷⁹

Nach dieser Ouvertüre erhielt Wilson am 2. April eine offizielle Neufassung der französischen Vorschläge. Tardieu hatte ihr den Vorschlag Wilsons vom 28. März zugrundegelegt und forderte Ergänzungen. Diese sahen eine Ausweitung der entmilitarisierten Zone östlich des Rheins vor (Punkt 1), lediglich mit einer Polizeitruppe als Ordnungskraft (Punkt 2). Als feindlicher Akt sollte nicht mehr nur die Verletzung dieser Bestimmungen, sondern auch sämtlicher militärischer Friedensbedingungen gelten (Punkt 3);

⁷⁷⁴"Stipulations to be embodied in the Treaty", Vorschlag Wilsons, 28. 3. 1919, PW 56, S. 371.

⁷⁷⁵Rat der Zehn, 24. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 709.

⁷⁷⁶Vgl. Kap. 7. 2. 1.

⁷⁷⁷Rat der Vier, 31. 3. 1919, Mantoux I, S. 89-90.

⁷⁷⁸Rat der Vier, 31. 3. 1919, Mantoux I, S. 92-94. Memorandum Fochs vom 10. 1. 1919, Anlage zu einem Schreiben Fochs an Wilson, 14. 3. 1919, Baker, WWS III, Doc. 25, S. 227-237; PW 55, S. 502-510.

⁷⁷⁹Memorandum von Foch, 31. 3. 1919, Baker, WWS III, Doc. 25, S. 227-237; PW 56, S. 445-448; Rat der Vier, 31. 3. 1919, Mantoux I, S. 94-95.

in diesem Fall sollte die anglo-amerikanische Beistandsgarantie in Kraft treten - eine wichtige Ausweitung! (Punkt 4). Statt einer permanenten Inspektion sollte jede den Friedensvertrag unterzeichnende Macht das Recht haben, die Verletzung der Bestimmungen durch Deutschland festzustellen und den Völkerbund anzurufen, der sofort eine Verifikation veranlassen könne (Zusatz zu Punkt 3). Auf diese Weise konnte Frankreich nach Gutdünken Inspektionen veranlassen.

In der Note ausgespart war sowohl eine Abtrennung der linksrheinischen Gebiete wie auch eine Besetzung des Rheinlandes durch alliierte Truppen.⁷⁸⁰ Da Clemenceau am 4. April erklärte, nicht länger auf einer "occupation prolonguée" zu bestehen, war er folgerichtig mit einer zeitlich begrenzten Besetzung einverstanden.⁷⁸¹ Seine Pläne für einen Pufferstaat hatte der Ministerpräsident aber wohl aufgegeben, wie House bereits am 26. März im Gespräch mit Orlando gesagt hatte.⁷⁸² Daß House am 3. April von Tardieu erfuhr, Foch habe mit seinem Rücktritt für den Fall gedroht, daß Frankreich nicht auf der permanenten Besetzung der Rheinlinie bestehe, zeigt, daß die französische Regierung und der Oberkommandierende geteilter Meinung über die Bedeutung der Beistandsgarantie waren.⁷⁸³ Clemenceau bestätigte dies sogar ausdrücklich im Rat der Vier am 4. April.⁷⁸⁴ Immerhin konnte der Auftritt Fochs am 31. März in Clemenceaus Augen dazu dienen, Wilson und Lloyd George die prekäre sicherheitspolitische Lage Frankreichs und seine drohende Isolation nachdrücklich vor Augen zu führen und Konzessionen herauszuholen.

Ganz erfolglos scheint dieses Vorgehen nicht gewesen zu sein. Wilson, der sich am 31. März sehr genau nach der geplanten Stärke der Besatzungstruppen erkundigt hatte und von Fochs Darlegungen nicht unbeeindruckt geblieben zu sein schien, erklärte am 3. April seinen Beratern McCormick und Davis vom Krankenbett aus, er sei mit einem "most liberal military curtailment on Rhine" einverstanden, also maximalen militärischen Beschneidungen im Interesse der französischen Sicherheit. Seine Meinung zu den Entmilitarisierungsbestimmungen hatte der Präsident nicht geändert, aber er stimmte einer "active and military occupation by Allies for reasonable period" ausdrücklich zu.⁷⁸⁵ Möglicherweise faßte der Präsident die Besetzung deutschen Bodens als eine Garantie für den Erhalt der ersten Reparationszahlung ins Auge - und hätte so Clemenceaus Wunsch vom 31. März aufgegriffen -, denn Davis, bei dem Gespräch anwesend, erwähnte sie am 5. April im Rat der Vier.⁷⁸⁶ Über die von Clemenceau in jedem Fall geforderte Möglichkeit von Inspektionsmaßnahmen ließ Wilson sich am 3. April nicht aus, aber einen Tag später erklärte House im Rat der Vier offen, er stimme nicht mit Wilsons Meinung bezüglich einer entsprechenden Kommission überein.⁷⁸⁷

Wilson antwortete auf die französischen Vorschläge erst, nachdem er genesen war und nachdem in den Verhandlungen über das Saargebiet, die Danzig-Frage, die Reparatio-

⁷⁸⁰Memorandum Tardieus: "Amendments proposed by France", 2. 4. 1919, PW 57, S. 295-296.

⁷⁸¹Rat der Vier, 4. 4. 1919, Mantoux I, S. 145.

⁷⁸²Unterredung House-Orlando, 26. 3. 1919, zit. b. Floto, S. 326-327.

⁷⁸³House Diary, 3. 4. 1919, PW 57, S. 559.

⁷⁸⁴Rat der Vier, 4. 4. 1919, Mantoux I, S. 144-145.

⁷⁸⁵McCormick Diary, 3. 4. 1919, PW 56, S. 580.

⁷⁸⁶Rat der Vier, 5. 4. 1919, Mantoux I, S. 164.

⁷⁸⁷Rat der Vier, 4. 4. 1919, Mantoux I, S. 145.

nen und die Kriegsschuld eine Einigung weitgehend erreicht worden war.⁷⁸⁸ In einem Stadium, in dem er bereits erhebliche Kompromißbereitschaft in anderen Fragen gezeigt hatte, sah sich der Präsident am 12. April genötigt, die französischen Forderungen vom 2. April ausdrücklich abzulehnen. Er beauftragte House, Tardieu dessen Memorandum zurückzugeben "with the very solemn warning", daß er den von Clemenceau gewünschten Änderungen nicht zustimmen könne und der US-Vorschlag vom 28. März angenommen werden müsse.

Im einzelnen lehnte Wilson die Ausweitung der Entmilitarisierungszone ab und die Verbindung der Rheinlandbestimmungen mit dem militärischen Teil des Friedensvertrages. Eine Besetzung - die Frankreich ja vermutlich wieder fordern würde, bot Wilson nicht an, auch nicht für eine begrenzte Zeit. Die USA seien, schrieb der Präsident, schon zu einem "extraordinary step" bereit - eine klare Anspielung auf die erhebliche Beschneidung der deutschen Souveränität und die Zusatzvereinbarung außerhalb der Völkerbundsatzung. Mit der Erklärung, er werde die Garantie dem US-Senat vorlegen und diesen zur Ratifikation drängen, signalisierte Wilson zwar ein größtmögliches Engagement; es wurde aber einmal mehr deutlich, daß er die Ratifizierung des Militärbündnisses nicht garantieren konnte.⁷⁸⁹

Eine Einigung zwischen den USA und Frankreich war nun in folgenden Punkten erzielt worden: Entmilitarisierung des unter deutscher Souveränität verbleibenden Rheinlandes mindestens bis zu einer Linie 50 Kilometer östlich des Rheins, Verletzung dieser Bestimmung als feindlicher Akt, militärische Beistandsgarantie für Frankreich. Strittig war nur noch die Frage, ob und wie lange die linksrheinischen Gebiete militärisch besetzt werden sollten - ein Thema, auf das Clemenceau unweigerlich zurückkam, nachdem Wilson die französischen Alternativvorschläge abgelehnt hatte. Clemenceau wählte just den Zeitpunkt, als Lloyd George seinen Aufenthalt in Paris einmal mehr unterbrechen mußte, und erklärte Colonel House am 14. April, "he would agree to the President's terms for the protection of France and the west bank of the Rhine. It was not what he wanted but with the [guarantee] of the United States he thought it sufficient." Er sei bereit, sich mit Foch auseinanderzusetzen, wenn - und nun kam der entscheidende Punkt - der Präsident sich einverstanden erkläre mit einer Besetzung von drei Streifen linksrheinischen Gebietes für fünf, zehn und 15 Jahre; [t]he first strata to include Coblenz, the second Mainz and the third would come closer to the French frontier".⁷⁹⁰ Clemenceau knüpfte die Besetzung indirekt an die Erfüllung der Reparationen, indem er auf den Friedensvertrag von 1871 zwischen Deutschland und Frankreich verwies, in dem es eine solche Verknüpfung gegeben habe.

An diesem Punkt setzte sich Colonel House noch einmal nachdrücklich für die französischen Interessen ein. Dabei war zu bedenken, daß die französischen Delegierten in der Völkerbundkommission am 10. April die Einbeziehung der Monroe-Doktrin in die Satzung zögernd gebilligt hatten.⁷⁹¹ House überwand schließlich am 15. April Wilsons Zurückhaltung mit Blick auf die Besetzung linksrheinischer Gebiete und der Brückenköp-

⁷⁸⁸Vgl. Kap. 7. 2. 2., 8. 1. 3., 6. 5. und 5. 2.

⁷⁸⁹Wilson an House, 12. 4. 1919, in Anlage II Wilsons Antwort auf die französische Denkschrift vom 2. 4. 1919, PW 57, S. 295-298; vgl. House Diary, 12. 4. 1919, ebda., S. 285.

⁷⁹⁰House Diary, 14. 4. 1919, PW 57, S. 335.

⁷⁹¹14. Sitzung der Völkerbundkommission, 10. 4. 1919, Miller, Drafting, II, S. 369-374.

fe über den Fluß. Es gelang dem Colonel, dem widerstrebenden Präsidenten die Zustimmung zu einer temporären Besetzung des Rheinlandes abzurufen: "The President made a wry face over some of it, particularly the three five-year period[s] of occupation, but he agreed to do it all." House setzte auch hier noch einmal nach: "I told him we had better do it with a *"beau geste"* rather than grudgingly."

House freute sich über seinen großen Erfolg im Gespräch mit Wilson: "I obtained his consent to everything that Clemenceau desired me to put through for him".⁷⁹² Schon die Wortwahl macht deutlich, daß sich House hier regelrecht als ein Interessenvertreter, ja ein Unterhändler Clemenceaus verstand! An diesem Punkt scheint das harte Urteil von Floto durchaus zuzutreffen, House habe sich seit Mitte März 1919 zusehends als ein eigenständiger Berater und Manipulator der Friedenskonferenz verstanden, der seine Dienste gleichsam an den Meistbietenden verkaufte - auch wenn oder gerade weil sein Vertrauensverhältnis mit Wilson sehr getrübt war.⁷⁹³ Immerhin ließ sich der Colonel auch zusichern, daß Clemenceau sich um die Einstellung der Angriffe in der französischen Presse gegen den US-Präsidenten und die USA bemühen werde - bald darauf stellte sich ein prompter Erfolg ein, der tief blicken ließ auf Clemenceaus Einfluß und Kontrolle mit Blick auf die Presse.⁷⁹⁴

Am 20. April kamen Wilson und Clemenceau in der Rheinfrage und der Garantie formell überein. Mit Blick auf Maßnahmen der Verifikation hieß es in dem Text, Deutschland verpflichte sich, "to ... *respond to any inquiry that the Council of the League of Nations will deem necessary*". Der Präsident hatte mit der hier kursiv markierten, offenbar von ihm selbst stammenden Formulierung den französischen Wortlaut "submit herself to any investigation" abgeschwächt.⁷⁹⁵ Wilson hatte sich insoweit durchgesetzt, als kein automatisches Inspektionsverfahren vereinbart wurde, das Frankreich nach Belieben hätte anwenden und ausnutzen können.

Die unter Mithilfe und Druck von Colonel House zustandegekommene Vereinbarung zwischen Wilson und Clemenceau wurde am 22. April im Rat der Vier erörtert. Die Entmilitarisierung des Rheinlandes, die Besetzung der linksrheinischen Territorien und der Garantievertrag zwischen den USA und Frankreich erschienen dabei in drei separaten Dokumenten. Der Teil über die militärische Besetzung war überschrieben mit

⁷⁹²Tagebuch House, 15. 4. 1919, PW 57, S. 353; Hervorh. im Orig. Kürzer in IP IV, S. 422; vgl. Birdsall, S. 213. Vgl. die undat. Foreign Office-Notiz über Wilsons Zustimmung am 15. 4., PNAFP, Doc. 21, S. 93.

⁷⁹³Siehe Floto, S. 213-214, S. 99-163. Walworth, Wilson, S. 155-156, ist dezidiert anderer Meinung: House sei der Ansicht gewesen, der Erfolg amerikanischer Politik habe wesentlich von seinen Diensten als Diplomat abgehängt; vgl. S. 326.

Clemenceau bedeutete Präsident Poincaré telefonisch, er habe die 15 Jahre Besatzungszeit und halte den Frieden für gesichert (Poincaré, Notes Journalières, 15. 4. 1919, zit. b. Watson, S. 350). Er war zufrieden, wenn der unvermeidliche Kompromiß mit den Verbündeten die Einheit der Sieger wahrte. Er entgegnete Foch und Poincaré, die Entente mit Großbritannien und den USA sei wichtiger als ein isoliertes Frankreich am Rhein, Sitzung des französischen Ministerrats, 25. 4. 1919, Watson, Clemenceau, S. 351 f.

⁷⁹⁴House Diary, 15. 4. 1919, PW 57, S. 353. House notierte am 16. 4., das Ende der Attacken in der französischen Presse zeige, wie vollständig die Angelegenheit von Anfang an in Clemenceaus Händen gewesen sei, ebda., S. 390. Siehe auch House an Wilson, 16. 4. 1919, ebda., S. 390-391. Vgl. Baker Diary, 13. 3. 1919, PW 55, S. 489 f. Vgl. K. Schwabe, Versailles nach 60 Jahren, in: Neue Politische Literatur 24 (1979), S. 469 f., über die Untersuchung P. Miquels, La Paix de Versailles et l'opinion publique française, Paris 1972.

⁷⁹⁵Englischer Text des französischen Vorschlags vom 20. 4. 1919, PW 57, S. 525, Hervorh. im Orig..

"Articles Concerning the Guarantees of Execution of the Treaty".⁷⁹⁶ Lloyd George gab seine Zustimmung hierzu erst mehrere Tage später, nachdem eine direkte Verknüpfung zwischen den Reparationszahlungen und dem Ende der Besetzung auch nach 15 Jahren gestrichen wurde. Die beiden anderen Dokumente wurden in der Sitzung gebilligt.⁷⁹⁷

Am 23. April trat Clemenceau, der nach der für ihn positiven Kooperation in der Rheinfrage offenbar ein gewisses Vertrauen auch Wilson gegenüber aufgebaut hatte, erneut an den Präsidenten heran. Er legte ihm dar, in welcher schwierigen Situation Frankreich sich befinde, falls die von ihm sehr gewürdigte Beistandsgarantie weder vom US-Senat noch vom britischen Unterhaus verabschiedet werde. Der französische Regierungschef fragte, welche Garantie seinem Land dann zur Verfügung stehe? Laut den Aufzeichnungen Tardieus antwortete Wilson, Clemenceaus Beobachtung sei "parfaitement juste".⁷⁹⁸

Daraufhin kamen die beiden Regierungschefs überein, in den späteren Artikel 430 des Friedensvertrages, der von der Besetzung linksrheinischer Gebiete in drei Zonen und dem gestaffelten Truppenabzug handelte, eine Klausel einzufügen, die einen verzögerten Truppenabzug bzw. eine Verlängerung der Okkupation vorsah, falls die Sieger die Garantien gegen eine deutsche Aggression nicht für ausreichend hielten.⁷⁹⁹

Auf diese Weise stimmte Wilson einer folgeschweren Ausweitung der Garantieklauseln zu: eine jahrzehntelange Besetzung deutschen Bodens, den Wilson ja mit seiner Unterstützung der Beistandsgarantie hatte verhindern wollen, war nun im Bereich des Möglichen - und vielleicht noch wichtiger: die Deutschen würden sich einer stetigen Drohung einer (Wieder-) Besetzung deutschen Bodens gegenübersehen, sie würden es mit einer Perspektive territorial-materieller, die deutsche Souveränität einschränkender Eindämmung zu tun haben und nicht nur mit einem politischem Gegengewicht in Form eines Bündnisses der Sieger. Wie es unter diesen Umständen zu einem Einverständnis des besiegten Deutschland mit den moralischen Grundlagen der neuen Friedensordnung kommen konnte, war offen.

Nachdem Lloyd George sich in der Ratssitzung am 25. April vorbehielt, die neue Passage zu prüfen, kamen die drei Regierungschefs am 30. April in einer vertraulichen Besprechung überein; die von Lloyd George kritisierte Passage wurde ein wenig abgemildert, aber unter Beibehaltung ihrer Substanz.⁸⁰⁰ Am 9. Mai wurde auf Wilsons Hinweis noch eine nicht mit den Weisungen an den Redaktionsausschuß übereinstimmende Passage im Vertragsentwurf abgeändert, die sich auf eine mögliche Verlängerung der Besatzungszeit im Zusammenhang mit einer absichtlichen Nichterfüllung der Reparationsbestimmungen durch Deutschland bezog.⁸⁰¹

⁷⁹⁶Rat der Vier, 22. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 113-114; die drei separaten Vereinbarungen in Anlage III-V, S. 117-118.

⁷⁹⁷Rat der Vier, 25. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 244, 247-248; 30. 4. 1919, ebda., S. 357. Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 6.

⁷⁹⁸Unterredung Clemenceau-Wilson, 23. 4. 1919, Tardieu, S. 234 (die einzige existierende Quelle). Da Tardieu wörtlich zitiert, war er möglicherweise zugegen.

⁷⁹⁹"Articles Concerning the Guarantees of Execution of the Treaty", 24. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 247-248. Vgl. Teil 1, Kap. 7. 1. 6.

⁸⁰⁰Rat der Vier, 30. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 357.

⁸⁰¹Rat der Vier, 9. 5. 1919, FRUS, PPC V, S. 519-520 (Art. 430); 10. 5. 1919, ebda., S. 541-542.

Im Jahre 1920, das sei hier noch angefügt, sollte sich die französische Besorgnis durch das negative Votum des amerikanischen Senats zum Friedensvertrag und zur Bestandsgarantie bewahrheiten, und Tardieu schrieb 1921 kurz und bündig: "pas de traités de garantie, pas d'évacuation en 1935".⁸⁰² Dies war eine Feststellung, die zumindest aus der Perspektive der unmittelbaren Nachkriegszeit auf beklemmende Weise deutlich macht, daß das Kernproblem der deutsch-französischen Koexistenz nur mit Hilfe der anderen Siegermächte zu bewältigen war.

16. 2. Die amerikanische Diplomatie in der Saarfrage

16. 2. 1. Kohlegruben und politischer Sonderstatus. Die US-Delegation und die französischen Forderungen an der Saar

Auch in der Frage, welche Regelung mit Blick auf das Saargebiet getroffen werden sollte, stand aus amerikanischer Sicht das Selbstbestimmungsrecht zur Diskussion. Aber auch wirtschaftliche Aspekte waren zu bedenken; die Kohlegruben an der Saar boten sich an, die enormen französischen Verluste auszugleichen, die aus der deutschen Zerstörung der nordfranzösischen Kohlefelder resultierten. Diese naheliegende Regelung wurde in Paris auch einmütig angestrebt. Zur Debatte stand aber auch die territoriale Zugehörigkeit des Saargebietes.

Ministerpräsident Clemenceau brachte bereits am 9. November 1918 im Gespräch mit Colonel House den Wunsch vor, die Kohlegruben der Saar an Frankreich zurückkehren zu lassen. Großbritannien werde diesen Vorschlag vermutlich nicht unterstützen; falls House abrate, werde er ihn fallenlassen. Doch House sicherte eine wohlwollende Prüfung zu, ohne sich festzulegen. Freilich setzte er Wilson von dem französischen Wunsch nicht in Kenntnis.⁸⁰³ Nach gleichem Muster verlief eine Unterredung zwischen Clemenceau und House am 30. November in Paris. House erhielt von Clemenceau ein Memorandum einschließlich Landkarte, das die französischen Ansprüche untermauerte. Erneut berichtete House nicht darüber nach Washington.⁸⁰⁴ In den vorbereitenden Gesprächen Wilsons mit der britischen Führung Ende Dezember 1918 scheinen die französischen Forderungen kurz Thema gewesen zu sein; Lloyd George sagte im Kriegskabinett, der Präsident "might be prepared to accept the French annexation of the Saar Valley".⁸⁰⁵ Diese Quelle ist allerdings uneindeutig.

Auf der Friedenskonferenz spielte die Saarfrage in den ersten Wochen auf Expertenebene eine Rolle. Ein Abschnitt des Inquiry-Papiers für den Präsidenten vom 21. Januar 1919 nahm zum Saarbecken Stellung. Der Autor war der Geograph Charles Haskins, Sachverständiger für Westeuropa. Er empfahl, den Teil des Saarbeckens, der 1814 zu Lothringen gehört habe, an Frankreich zurückzugeben. Die Wiederherstellung der Grenze von 1814, westlich derer, wie der beiliegenden Landkarte zu entnehmen, etwa

⁸⁰²Tardieu, S. 236.

⁸⁰³House Diary, 9. 11. 1918, H. Nelson, S. 134.

⁸⁰⁴House Diary, 30. 11. 1918, H. Nelson, S. 134-135.

⁸⁰⁵Bericht Lloyd Georges an das Kriegskabinett, 30. 12. 1918, Lloyd George, MC I, S. 119; PW 53, S. 564.

zwei Drittel der Kohlegruben an der Saar lagen, könne auch als eine Entschädigung für die Zerstörung der Kohlegruben in Lens und Valenciennes betrachtet werden. Man überführe damit zwar 355.000 Deutsche nach Frankreich, die einen solchen Wunsch nicht geäußert hätten, doch, so hieß es weiter, "the present desires of these peoples should not prevent a just disposition of this important coal deposit in favor of a country whose limited coal supplies have been much reduced by unlicensed German exploitation and destruction in the present war".⁸⁰⁶ Um der deutschen Bevölkerung entgegenzukommen, seien allerdings liberale Regelungen notwendig.

Weitere Gebietsabtretungen an der Saar lehnte der Bericht ab, allerdings mit einer Ausnahme: werde eine als Sicherheitsmaßnahme notwendige Entmilitarisierung der linksrheinischen Gebiete abgelehnt, solle erwogen werden, ob die französische Grenze an der Saar unter strategischen Gesichtspunkten nicht weiter nördlich auszudehnen sei, um Frankreich auf diese Weise den Besitz nahezu aller Kohlegruben zu geben.⁸⁰⁷ Mit anderen Worten: eine ungenügende militärische Sicherheit Frankreichs sollte in diesem Fall wettgemacht werden durch eine Erweiterung seiner territorialen Sicherheit. Dabei wurde der Besitz von Rohstoffvorkommen - in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet - sowohl als Bestandteil von Sicherheit wie auch als Gefährdung von Sicherheit angesehen.

Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten gingen die US-Territorialexperten, unter ihnen Haskins, am 21. Februar 1919 in die Besprechung mit ihren britischen Kollegen.⁸⁰⁸ Es herrschte Übereinstimmung, Frankreich das "full and complete right to the management, administration, exploitation, and ownership of the Saar coalfield" zu übertragen, und zwar ausdrücklich als Kompensation für die Zerstörung der nordfranzösischen Kohlegruben. Haskins, der an der Besprechung teilnahm, konnte seine frühere Empfehlung nicht durchsetzen, an der Saar die Grenze von 1814 festzulegen. Stattdessen unterstützten die US-Experten einen politischen Sonderstatus ("some special form of régime") für das Saargebiet. Einer Zwitterlösung entsprechend sollte Frankreich die Kohlegruben nicht nur ausbeuten, sondern auch besitzen und verwalten. Der Begriff der Souveränität blieb hier ausgeklammert; die Deutschen sollte "full freedom as to language and religion" genießen.⁸⁰⁹ Diese Formulierung konnte allerdings nicht verbergen, daß hier mit Zustimmung der Amerikaner den Deutschen im Saargebiet das Selbstbestimmungsrecht erheblich beschnitten, wenn auch nicht ganz vorenthalten wurde. Zweifellos war eine solche Regelung auch im Sinne von House.⁸¹⁰ Es handelte sich um eine Aufteilung Deutschlands en miniature an der Saar, um eine günstige wirtschaftliche Regelung zu ermöglichen. Dabei war die Selbstbestimmung der Deutschen allerdings stärker gewahrt worden als im ursprünglichen US-Vorschlag.

⁸⁰⁶"Outline of Tentative Report", 21. 1. 1919, DCP IV, Doc. 246, S. 212-213. Vgl. H. Nelson, S. 251, Gelfand, *The Inquiry. American Preparations for Peace, 1917-1919*, New Haven 1963, S. 195.

⁸⁰⁷"Outline of Tentative Report", DCP IV, Doc. 246, S. 212-214.

⁸⁰⁸"Record of a Meeting held at the Hôtel Crillon", 21. 2. 1919, BDFA, PPC 5, S. 312-313. Wilson und House hatten derartige Treffen zur engeren Abstimmung beider Delegationen gewünscht; vgl. Shotwell, S. 153, 155, 161; IP IV, S. 275. Vgl. H. Nelson, S. 47 f.

⁸⁰⁹"Record of a Meeting", 21. 2. 1919, BDFA, PPC 5, S. 312-313.

⁸¹⁰Vgl. dazu auch Haskins an Wilson, 30. 3. 1919, PW 56, S. 431-432. Im "Red Book" über die Grenzen Deutschlands wurden alternativ die Grenze von 1814 oder ein politischer Sonderstatus genannt: "Proposed New Boundaries of Germany", 25. 2. 1919, DCP VI, Doc. 441, S. 45.

Als House dem Präsidenten am 23. Februar 1919 über Clemenceaus Interesse an einer Beschleunigung der Konferenzarbeit berichtete, bezog er sich nicht auf die Saarfrage, und es kann aus den Quellen nicht rekonstruiert werden, ob House und Clemenceau über sie gesprochen hatten.⁸¹¹ Am 2. März 1919 war dies anders. Laut einer Tagebuchnotiz McCormicks erstreckte sich die Übereinstimmung zwischen Tardieu und House hinsichtlich des Rheinlandes auch auf das Saarbecken, mit dem Ziel, die Unterstützung Lloyd Georges zu erlangen.⁸¹² House erwähnte, wie schon im November 1918, in seinem Kabel an Wilson vom 7. März 1919 die Saarfrage mit keinem Wort.⁸¹³ Die weitere Diskussion über das Thema wurde nach Wilsons Rückkehr aus Washington zunächst zurückgestellt; das Rheinlandproblem stand im Vordergrund.

Der Viererrat beschäftigte sich erstmals am 28. März 1919 mit der Saarfrage. Wilson trat den historischen und wirtschaftlichen Argumenten Tardieus, der sich für eine (Teil-)Annexion aussprach⁸¹⁴, entgegen. Der Präsident kritisierte, daß Frankreich die Frage erst jetzt vorbringe. Ökonomisch gesehen, müsse das Saargebiet als eine Einheit betrachtet werden. Zweifellos stehe Frankreich eine Kompensation für den Verlust seiner Kohlegruben zu, da ihre Wiederherstellung lange dauern werde. All dies könne jedoch ohne Annexion und die Verletzung der Friedensgrundsätze geschehen. Er warnte, die europäische Landkarte sei voller Ungerechtigkeiten, die nicht alle wiedergutmacht werden könnten.

Wilson war demnach bereit, Paris die Nutzung der Saarkohle mindestens so lange zu ermöglichen, bis die zerstörten Gruben in Nordfrankreich wiederhergestellt waren; von einem französischen Besitz der Kohlegruben war in seinen Ausführungen hingegen nicht die Rede. Wohl um diese Frage niedrig zu hängen, betonte Wilson, entscheidend sei der wirtschaftliche Zusammenhang des Gebietes, in dem die Saarkohle genutzt werde; demgegenüber sei die Frage, wem die Gruben gehörten, unwichtig.

Es war sehr deutlich, daß der Präsident in der Saarfrage eine Gelegenheit erblickte, seine Prinzipien unmißverständlich darzulegen und anzuwenden. In der Vormittagssitzung des 28. März hatten die Regierungschefs bereits über die Reparationsfrage gerungen. Wilson orientierte sich ausdrücklich an seinen Vierzehn Punkten und dem Vorwaffenstillstandsabkommen, als er forderte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auch für die Deutschen gelten. Er setzte hinzu, daß es nicht darum gehe, für die Deutschen Sympathie zu erwecken. Für eine Annexion des Saargebietes gebe es keine historische Begründung. Indem Wilson von "nos principes" sprach, versuchte er die Franzosen, die anders dachten, mit einzubinden.⁸¹⁵

⁸¹¹House an Wilson, 23. 2. 1919 (Nr. 2), PW 55, S. 233-234.

⁸¹²McCormick Diary, 2. 3. 1919, PW 55, S. 387.

⁸¹³House an Wilson, 7. 3. 1919, PW 55, S. 458.

⁸¹⁴Ausführlicher in Teil 1, Kap. 7. 2. 1.

⁸¹⁵Rat der Vier, 28. 3. 1919, Mantoux I, S. 74. Wie Heater, S. 58, meint, habe das Saar-Problem den "straightforward clash between the principles of economic justice and national self-determination" dargestellt. Auch bei den Beratungen über die Grenze Deutschlands mit Belgien - die Belgier beanspruchten (und erhielten später auch) Eupen und Malmédy - trat Wilson betont prinzipiell auf, Rat der Vier, 16. 4. 1919, Mantoux I, S. 258-263. Vgl. den Bericht der Commission on Belgian Affairs, 19. 3. 1919, DCP X, S. 195-210. Zur Grenzziehung mit Dänemark in Schleswig-Holstein und der geplanten Volksabstimmung nach Kreisen, die hier nicht weiter ausgeführt werden kann, siehe Rat der Vier, 15. 4. 1919, Mantoux I, S. 255-256. Vgl. den Bericht der Commission on Danish Affairs, 19. 3. 1919, DCP X, S. 212-228.

Dies gelang ihm nicht; im Gegenteil: Clemenceau warf dem US-Präsidenten in einer leidenschaftlichen Rede vor, bei der Verfolgung seiner Grundätze Empfindungen, die ebenso bedeutsam seien, außer acht zu lassen.⁸¹⁶ Clemenceau malte voller Bitterkeit das Bild seines darniederliegenden Landes, welches Millionen junger Männer im Krieg verloren habe. Clemenceau warf dem Präsidenten, der hart blieb und die Gerechtigkeit jeder Vertragsbestimmung nur noch umso stärker betonte, schließlich Deutschfreundlichkeit vor.

In dieser massiven Konfrontation zwischen beiden Regierungschefs lagen einander ausschließende Prinzipien der Deutschlandpolitik im Konflikt, hier die über die Wiedergutmachung hinausgehende Schwächung des Feindes, dort eine möglichst weitgehende Orientierung an Friedensgrundsätzen, die eine allgemeine Gültigkeit beanspruchen sollten. Dabei drang die Auseinandersetzung über das nationale Selbstbestimmungsrecht zum Kern des Problems vor, als Clemenceau nachdrücklich auf die Mischung der Bevölkerung in Mittel- und Südosteuropas hinwies. Er forderte Wilson direkt heraus: "Vous ne voulez pas faire d'exception au principe? Vous y serez bien obligé par les faits."⁸¹⁷ Völlig berechtigt war dieser Hinweis auf die Abgründe, die sich bei einer reinen Anwendung des Nationalitätenprinzips auftaten, wobei dieser Grundatz nicht deckungsgleich war mit der von Wilson oft verwendeten Formel - Regierung mit Zustimmung der Regierten -, die durchaus zuließ, daß Selbstbestimmungsrecht und Nationalitätenprinzip nicht zur Deckung kamen. Doch lag es eben auch in Clemenceaus Interesse, eine Begründung für die Annexion des Saargebietes zu finden. Wilson jedenfalls grenzte seine Position auch gegenüber Lloyd George ab, der eine Autonomie des Saargebietes - und damit eine Aufteilung Deutschlands im kleinen - empfahl: man verletzte das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung ("droit des peuples à disposer d'eux-mêmes") ebenso, wenn man einer Bevölkerung eine Unabhängigkeit gebe, die sie nicht wolle, wie wenn man sie in eine andere Souveränität überführe.⁸¹⁸ Kurzum, der Präsident wandte sich sowohl gegen eine Aufteilung Deutschlands en miniature als auch gegen eine Überführung Deutscher unter französische Souveränität.

Der Konflikt zwischen Washington und Paris, der neben der moralisch-prinzipiellen natürlich auch eine machtpolitische Dimension hatte, eskalierte mit der Gefahr eines Scheiterns der Konferenz. Laut der Tagebuchnotiz von House, der über den Vorfall mit Lloyd George sprach, fragte Wilson Clemenceau: ""Then if France does not get what she wishes ... she will refuse to act with us. In that event do you wish me to return home?" "I do not wish you to go home," said Clemenceau, "but I intend to do so myself," and in a moment he left the house."⁸¹⁹ Möglicherweise ist House an den Ursachen

⁸¹⁶Rat der Vier, 28. 3. 1919, Mantoux I, S. 69-71. Sehr ähnlich bereits Clemenceau zu Bonsal, House's Dolmetscher: Bonsal Diary, 28. 2. 1919, Bonsal, S. 71.

⁸¹⁷Rat der Vier, 28. 3. 1919, Mantoux I, S. 71.

⁸¹⁸Rat der Vier, 28. 3. 1919, Mantoux I, S. 74. Eine Bemerkung seinen Experten gegenüber umschreibt gut, wie Wilson das Selbstbestimmungsrecht verstand: er wolle Frankreich "any indemnity in kind to which she is entitled" geben, aber er habe kein Recht "to hand over to her, people who do not want to go to her, or to give them a special government, even if it is better for them, if they do not want it"; überliefert von Baker, WWS II, S. 73.

⁸¹⁹House Diary, 28. 3. 1919, IP IV, S. 411; PW 56, S. 349; McCormick Diary, 28. 3. 1919, ebda., S. 353, Baker Diary, 28. 3. 1919, ebda., S. 353-354. Baker zufolge war Wilson auch davon überzeugt, der fehlende Fortschritt auf der Konferenz gehe vollständig auf das Konto der Franzosen. Vgl. Tardieu, S. 290-294. Mantoux I, S. 67-75, dokumentiert den Zwischenfall nicht. Wie I. Bowman, einer der beiden Chefs der "Inquiry", in House/Seymour, Paris, S. 464, überliefert, eröffnete Wilson seinen Delegierten in einer

der Auseinandersetzung nicht ganz unbeteiligt gewesen, denn es scheint, die Franzosen hätten den amerikanischen Widerstand nicht erwartet. House hatte Clemenceau, wie oben gesagt, zugesichert, seinen Wunsch zumindest wohlwollend zu behandeln und hatte Wilson weitgehend im Unklaren darüber gelassen. Nun trug Lloyd George den Wunsch an House heran, seinen Chef zu beruhigen!⁸²⁰

House versuchte die Gelegenheit zu nutzen und seine Diplomatie wieder ins Spiel zu bringen. In einer Unterredung mit Wilson am gleichen Tag erfuhr er, daß Wilson sich mit Mezes in Verbindung setzen wollte. Dem hatte House allerdings schon vorgegriffen. House drängte Wilson, "to bring the British into harmony with his position on the French boundary proposals" und riet, ein wenig nachzugeben, "to secure harmony", ein für House typischer Rat. House wollte vermeiden, daß Washington ohne Verbündeten dastand; Wilson habe dem, trifft House's Wahrnehmung zu, auch zugestimmt.⁸²¹

House sicherte am 29. März Clemenceau und Tardieu zu, an einer Lösung zu arbeiten. Haskins meinte im Gespräch mit House, Wilson sei "too severe" in seiner Haltung; es gebe vernünftige wirtschaftliche Gründe, um Frankreich das Saargebiet zu lassen. House selbst gefiel ebenso wie Haskins die Idee nicht, Frankreich das Eigentum an den Kohlegruben zu geben, das Gebiet aber in deutscher Hand zu lassen; er neigte einer Überlegung von Haskins und Tardieu zu, das Saargebiet für 10 bis 15 Jahre - offenbar von Frankreich - besetzen und danach eine Volksabstimmung abhalten zu lassen.⁸²²

Wie sich am Tag der Konferenzkrise herauskristallisiert hatte, bestand das Problem darin, daß Wilson weder mit der französischen Delegation übereinstimmte (Annexion bzw. Teilannexion des Saargebietes mit den Kohlegruben), noch mit dem britischen Vorschlag (Autonomie und französischer Besitz der Kohlegruben)⁸²³, noch mit dem der eigenen Territorialexperten, die sogar näher an der französischen als an der britischen Position waren. Mit dieser Ausgangsposition wurde in den nächsten Tagen fieberhaft nach einer Lösung gesucht.

Nach einer Unterredung mit Wilson versuchten die US-Territorialexperten Haskins und Johnson unter Mithilfe des britischen Fachmannes Headlam-Morley, einen Teil der strittigen Fragen zu lösen. Sie gingen davon aus, daß Wilson eine Ausbeutung der Kohlegruben durch Paris nicht bestritt, und schlugen vor, Frankreich den *Besitz* der Kohlegruben zu übertragen und zur Kohlegewinnung alle wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen zu lassen. Die dazu notwendigen politischen und administrativen Maßnahmen sollten weiter untersucht werden.⁸²⁴

Unterdessen hatte sich auch die französische Delegation beraten und am 29. März eine zweite Denkschrift ausgearbeitet, die sie am 31. März vorlegte. Diese setzte auch an der

Besprechung: "Gentlemen, I am in trouble ... The matter is: the French want the whole Left Bank of the Rhine. I told ..Clemenceau that I could not consent to such a solution of the problem. He became very much exited and then demanded ownership of the Saar Basin. I told him I could not agree to that either because it would mean giving 300.000 Germans to France ... I do not know whether the Peace Conference will continue." Vgl. Birdsall, S. 224-237; 228.

⁸²⁰House Diary, 28. 3. 1919, PW 56, S. 350.

⁸²¹House Diary, 28. 3. 1919, PW 56, S. 351-352.

⁸²²House Diary, 29. 3. 1919, PW 56, S. 424, Steed, II, S. 309. Vgl. auch H. Nelson, S. 259-260.

⁸²³Vgl. Teil 1, Kap. 7. 2. 1.

⁸²⁴"Proposal drafted by Dr. Haskins and Major Johnson", 29. 3. 1919, BDFO, PPC 5, S. 317. Dazu Tardieu an Kerr, 29. 3. 1919, ebda. Wilson erhielt den Entwurf seiner Experten am gleichen Tag, PW 56, 420-421.

Zustimmung Wilsons zur französischen *Nutzung* der Kohlegruben an und reklamierte darüber hinausgehend deren *Besitz*. Zum politisch-administrativen Status des Gebiets wurde vorgeschlagen, es entweder als autonomen Staat unter französischem Protektorat oder unter Souveränität des Völkerbundes mit Frankreich als Mandatar zu verwalten. Die Annexion durch Frankreich war damit noch nicht verworfen, denn nach 15 Jahren konnten die Bewohner über die Integration in den französischen oder den deutschen Staat entscheiden.⁸²⁵

In einem Memorandum an Wilson vom 30. März warb Haskins für seine frühere Position, unbeschadet des US-Vorschlags vom Tag zuvor und des gemeinsamen anglo-amerikanischen Vorschlags vom 21. Februar. Er erklärte, warum er die Grenze von 1814 für Frankreich nach wie vor für gerecht halte; der Erste Pariser Frieden von 1814, so Haskins unter Verwendung der Terminologie Wilsons, sei ein "peace of justice" gewesen, der Zweite Pariser Frieden von 1815 hingegen ein "peace of violence".⁸²⁶ Unerfindlich war, warum Haskins noch einmal dieses Thema aufwarf.

Wenn man die wirtschaftlichen Ansprüche Frankreichs auf die Saargruben nicht bestreite, so der Experte weiter, bestehe die offene Frage nurmehr in dem "degree of political authority", die man Frankreich zuschreibe. Die anglo-amerikanische Übereinkunft vom 21. Februar habe dabei eher die Begrenzung als die Ausweitung der französischen Kontrolle zum Ziel gehabt. Eine Autonomie des Gebietes sei jedoch nicht vorgesehen gewesen, anders als Lloyd Georges es im Rat der Vier am 28. März behauptet habe.⁸²⁷ Es wurde noch einmal deutlich, daß Haskins im Unterschied zu seinen britischen Kollegen sehr zu der französischen Position tendierte und ihm der Vorschlag einer Autonomie, der für Wilson wiederum unannehmbar erschien, nicht erwägenswert vorkam. Es gab keine Übereinkunft über das Ausmaß, in dem eine Beschneidung der deutschen Souveränität im Südwesten annehmbar war.

16. 2. 2. Präsident Wilsons Ringen um die Souveränität des Saargebietes

Im Viererrat am 31. März bewegte sich Wilson ein Stück auf Clemenceau zu. Er stellte den am wenigsten weit reichenden Entwurf zur Diskussion, den Haskins und Johnson am 29. März ausgearbeitet hatten, und erklärte sich bereit, Frankreich den *Besitz* der Kohlegruben zuzugestehen, ob vorübergehend oder dauerhaft, sagte er nicht. Der Präsident begründete seine Entscheidung damit, nur auf diese Weise könne Frankreich vollen Gebrauch von seinem Recht auf Kompensation machen.⁸²⁸ Die Frage des Besitzes der Gruben war mit dieser Konzession, die Wilson als erheblich ansah⁸²⁹, nun weitgehend vom Tisch.

⁸²⁵"Note sur la Question de la Sarre", 29. 3. 1919, Tardieu, S. 294-297. Vgl. "Question of the Saar, Second French Proposal", 31. 3. 1919, BDFA, PPC 5, Doc. 89, S. 322-323. Daß Paris weiterhin auf eine Rückgewinnung des Saarbeckens hoffte, wurde in einer Note von Tardieu am 5. 4. 1919 offen ausgesprochen: "Régime politique et administratif du Bassin de la Sarre", BDFA, PPC 5, Doc. 101, S. 331-332.

⁸²⁶Haskins an Wilson, 30. 3. 1919, PW 56, S. 431.

⁸²⁷Haskins an Wilson, 30. 3. 1919, PW 56, S. 431. Vgl. Gelfand, S. 195.

⁸²⁸Rat der Vier, 31. 3. 1919, Mantoux I, S. 89.

⁸²⁹Lamont Diary, 3. 4. 1919, PW 56, S. 581, vgl. Tardieu, S. 297, dort auch der schriftliche US-Vorschlag. Es ist unklar, auf welchen Text sich Walworth, Wilson, S. 323, bezieht, demzufolge Wilson am 6. 4. den Franzosen lediglich "absolute control" der Kohlegruben für die Zeit der Wiederherstellung der zerstörten Minen in Nordfrankreich zugestehen wollte. Text angeblich in den Wilson-Papers, aber

Doch wurde nun die Auseinandersetzung um die Souveränität um so wichtiger, und der Präsident fügte gleich hinzu, er sehe weiterhin große Probleme bei der Gründung eines unabhängigen Staates.⁸³⁰ Einstweilen setzten die Regierungschefs einen Sonderausschuß ein, der die Einzelheiten der Nutzung der Kohlegruben durch Frankreich - nicht aber die politischen Fragen - untersuchen sollte. Die entscheidende Frage in den nächsten Tagen lautete indessen, welche politisch-administrative Regelung gefunden werden konnte, die den französischen Besitz und die volle Nutzung der Kohlegruben möglichst reibungslos ermöglichte, wenn das Gebiet schon nicht an Frankreich fallen sollte. Dazu schrieb Haskins bereits am 30. März, "it proves impossible to work out a régime which will secure at once the full and secure exploitation of the mines by France and the complete political control of the German Government".⁸³¹

In dieser Situation bot Wickham Steed seine Vermittlungsdienste an. Steed war ein führender Journalist der Times, der auch für die Daily Mail über die Konferenz berichtete und, was noch wichtiger war, mit Clemenceau und House sehr gute Kontakte unterhielt. House schlug Steed vor, auf Clemenceau einzuwirken, damit der Premier auf den Präsidenten zugehe, während der Colonel selbst mit Wilson reden wollte.⁸³² Dabei ging es von vorneherein nicht nur um die Saar-, sondern auch die Rheinlandfrage, denn bei beiden Problemen herrschte Ende März/Anfang April Stillstand, vor allem in den amerikanisch-französischen Beziehungen.

Steed führte am 1. April ein Gespräch mit Clemenceau, in dem sich der Regierungschef verärgert und verbittert zeigte: "Talk to Wilson! ... How can I talk to a fellow who thinks himself the first man for two thousand years who has known anything about peace on earth? Wilson imagines that he is the second Messiah." Der Präsident verstehe nicht, daß er, Clemenceau, bestimmte Dinge nicht tun könne, ohne ganz Frankreich aufzubringen. Unmißverständlich wies der Premier darauf hin, er sei nahe daran, aufzugeben. Clemenceau war jedoch einverstanden, daß Steed einen Kompromißvorschlag unterbreitete, falls Wilson ihm zustimmen könne.⁸³³

Daraufhin arbeitete Steed mit Unterstützung von Haskins einen Entwurf aus, der den französischen Vorschlag vom 31. März abwandelte: Frankreich solle das Saargebiet im Auftrag des Völkerbundes als Mandatar für 15 Jahre verwalten; danach war eine Volksabstimmung geplant. Parallel dazu unterbreitete Steed den Vorschlag einer Entmilitarisierung des Rheinlandes und eine Okkupation für die Periode der Reparationszahlungen.⁸³⁴ House bat Wilson in einer Notiz, den Vorschlag zu prüfen, und führte den Jour-

nicht in dem veröffentlichten Band enthalten (PW 57). Am 3. 4. sagte Wilson zu Lamont, "France could insist upon ownership in fact forever of Saar coal fields, crediting to Germany a fair price for them", PW 56, S. 581. Bedeuteten die Worte "in fact", daß er an einen de jure-Besitz der Minen nicht dachte? Es wäre unerklärlich, warum Wilson seine Konzession vom 31. 3. ("L'entière propriété des mines", Mantoux I, S. 89) wieder zurückgenommen haben sollte - es sei denn, seine Erkrankung hätte hier einmal mehr eine Rolle gespielt. Baruchs Einspruch gegen den deutschen Besitz der Minen kam erst am 7. 4. (s. u.).

⁸³⁰Rat der Vier, 31. 3. 1919, Mantoux I, S. 89. Vgl. Tardieu, S. 297.

⁸³¹Memorandum Haskins, 30. 3. 1919, DCP VIII, Doc. 718, S. 41-43, auch in BDFa, PPC 5, Doc. 83, S. 313-314 (hier 31. 3. 1919).

⁸³²Steed, II, S. 310.

⁸³³Steed, II, S. 310-311.

⁸³⁴Siehe Steed an House, mit Anhang, 1. 4. 1919, Steed, II, S. 311-313; vgl. dazu Floto, S. 200-202.

nalisten als "old friend of Clemenceau's" ein - sicher eine unkluge Bemerkung, denn Wilson war auf den französischen Regierungschef alles andere als gut zu sprechen.⁸³⁵

Doch Wilson hatte den Vorschlag am 1. April kaum überflogen, als er wutentbrannt eine "flagrant contradiction with my principles" brandmarkte. Würden seine Prinzipien nicht vollständig akzeptiert, reise er ab.⁸³⁶ Falls es ihm nur um die inhaltliche Seite der Vorschläge gegangen sein sollte und nicht um die Einmischung des mit Clemenceau so offensichtlich befreundeten Steed, muß der Präsident über den Vorschlag von Haskins ebenso erbittert gewesen sein, den er zeitgleich am 1. April enthielt. Haskins schlug, kaum verwunderlich, das gleiche vor wie Steed, nur in etwas anderer Formulierung.⁸³⁷ Wilson gab House am 3. April einen Hinweis, warum er Steeds Formel abgelehnt habe: jegliches Völkerbundsmandat in *Europa*, ob für Frankreich oder ein anderes Land, stehe im Widerspruch zu seinen Prinzipien.⁸³⁸

Auch wenn dieser inhaltliche Grund einleuchtet, ist es denkbar, daß Wilsons ungewöhnlicher Wutausbruch auch etwas zu tun hatte mit seinem Mißtrauen, daß von ihm nicht autorisierte Personen, und meinten sie es noch so gut, sich in die Diplomatie einmischten. Daß auch Wilsons offenkundig wachsendes Mißtrauen gegenüber House eine Rolle spielte, ist nicht ausgeschlossen, ebensowenig die Möglichkeit, daß Vorlaufsymptome der am 3. April ausbrechenden Infektion Wilson auf dem Hintergrund seiner neurologischen Krankheit noch stärker als sonst beeinträchtigten.⁸³⁹ In der Tat verschärfte sich während der Konferenzkrise Wilsons extrem zurückgezogener Arbeitsstil beklemmend, wie sein ohnehin stark ausgeprägtes allgemeines Mißtrauen auch. Der Mann, der wie kein anderer Politiker für offene Diplomatie eingetreten war, schloß sich in rätselhafter, auf manche in der Umgebung geheimniskrämerisch wirkende Weise ein, grenzte sich ab⁸⁴⁰, ließ nur wenige an sich herankommen, unterlag starken Stimmungsschwankungen, delegierte nur höchst widerwillig Arbeit und Entscheidungen.⁸⁴¹ Dann, am 3. April, mußte der Präsident 5 Tage lang das Krankenbett hüten.

Wilson erhielt die Vorschläge des Sonderausschusses, der die Einzelheiten der Kohlenutzung an der Saar untersucht hatte, am 6. April. Er betrachtete sie als eine Grundlage für die weitere Diskussion, während die Territorialexperten selbst diese für unpraktikabel hielten, solange die Souveränität über das Saargebiet bei Deutschland bleibe.⁸⁴² Die

⁸³⁵Steed an House, mit Anhang, 1. 4. 1919, PW 56, S. 515-517. Lamont Diary, 3. 4. 1919, ebda., S. 580; vgl. Baker Diary, 7. 4. 1919, PW 57, S. 69.

⁸³⁶Steed, II, S. 313. Die Drohung mit der Abreise verschärfte Wilson einige Tage später tatsächlich, als er die George Washington nach Brest beorderte: Grayson Diary, 6. 4. und 7. 4. 1919, PW 57, S. 51, 63; Benson an Naval Operations, 6. 4. 1919, ebda., S. 61, Baker Diary, 7. 4. 1919, PW 57, S. 69-70.

⁸³⁷"Saar Basin: United States Proposal", 1. 4. 1919, in Haskins an Wilson, 1. 4. 1919, PW 56, S. 513-514, und in einer Aufzeichnung Headlam-Morleys, 1. 4. 1919, BDFA, PPC 5, Doc. 90 u. 91, S. 323-324.

⁸³⁸Steed, II, S. 314-315. Vgl. McCormick Diary, 3. 4. 1919, PW 56, S. 580. Lamont Diary, 3. 4. 1919, ebda., S. 581.

⁸³⁹Dazu allgemein Park, Impact of Wilson's Neurological Illness, PW 58, S. 619, der daher meint: "In retrospect., the four-to-five-day period of turbulence *prior* to Wilson's physical collapse on April 3 ... may deserve more careful scrutiny than has heretofore been undertaken". Vgl. Kap. 5. 3.

⁸⁴⁰Steed spielte in einem Artikel in der Daily Mail am 4. April in allgemeiner Form darauf an, Steed, II, S. 316.

⁸⁴¹McCormick Diary und Lamont Diary, beide 3. 4. 1919, PW 56, S. 579-581; Grayson Diary, 6. 4. 1919, PW 57, S. 51.

⁸⁴²Siehe den Bericht vom 5. 4. 1919, in Haskins an Wilson, 6. 4. 1919, PW 57, S. 54-59; auch in DCP VIII, Doc. 716, S. 26-33, und in BDFA, PPC 5, Doc. 98-99, S. 327-331.

Souveränität war also nach wie vor das Kardinalproblem. Über Colonel House, der ihn für einige Tage im Obersten Rat vertrat, beauftragte Wilson den Rechtsberater der US-Delegation, Miller, am 7. April mit der Durchsicht der Bestimmungen aus juristischer Sicht.⁸⁴³

Nach Konsultationen mit Haskins schlug Miller einige kleinere Veränderungen an dem Text einzelner der 17 Artikel des Berichtes vor, hielt es auch für notwendig, die weiterbestehende deutsche Souveränität ausdrücklich im Vertragstext festzuhalten, ferner eine ständige Schiedskommission einzusetzen, "in order to solve quickly the difficulties which will arise in the area", und drittens festzulegen, wann die "division of rights between Germany and France" dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend enden werde.⁸⁴⁴ Dazu legte Miller Entwürfe von insgesamt 7 Zusatzartikeln vor. Die Schiedskommission sollte aus einem deutschen, einem französischen und drei weiteren Vertretern des Völkerbundes bestehen und mit Mehrheit entscheiden können. Nach 15 Jahren sollte ein Plebiszit abgehalten werden.

Wichtig waren auch die Ergänzungsartikel V und VI, die der Rechtsexperte entwarf. Artikel V verfolgte das Ziel, den französischen Besitz der Kohlegruben als lediglich temporär für den Fall zu erklären, daß das Saargebiet oder Teile davon sich nach 15 Jahren für Deutschland entschieden. Deutschland sollte dann die Kohlegruben für einen Preis zurückkaufen können, der unter Beteiligung eines Völkerbundvertreters festzulegen war. Artikel VI ließ die Zeit, innerhalb derer die Rechnung bezahlt werden mußte, noch offen. Problematisch war allerdings eine Verknüpfung, die Miller herstellte: Wenn Deutschland innerhalb der noch festzulegenden Frist den Preis für die Minen nicht bezahle, falle das Gebiet, das nach der Volksabstimmung deutsch bleiben solle, doch an Frankreich.⁸⁴⁵ Damit bestand bei einer kurzen Zahlungsfrist die Möglichkeit, Deutschland das Gebiet doch noch wegzunehmen; und angesichts hoher Reparationszahlungen war dies gar nicht unwahrscheinlich. Dieses Junktim sollte später noch einige Bedeutung erlangen.

Unterdessen hatte Lloyd George in der Vormittagssitzung den Bericht des Sonderausschusses - ökonomische Rechte bei Frankreich, politische Rechte bei Deutschland - als undurchführbar bezeichnet und seinen Vorschlag eines unabhängigen Staates erneuert. House, der die verschiedenen Pläne A bis C, die Lloyd George vorlas, "of no earthly value" fand, verließ die Sitzung.⁸⁴⁶ Nachdem der Präsident von seiner Erkrankung wieder genesen war und seine indirekte Drohung, die Konferenz zu verlassen, nicht wahrgemacht hatte, nahm er am 8. April an der Nachmittagssitzung des Viererrates teil. Mit Blick auf Lloyd Georges Plan bezeichnete er es als sehr schwierig, in der Region einen halb unabhängigen Staat zu etablieren; mit Luxemburg könne man dies nicht vergleichen.

Demgegenüber nannte Wilson den Bericht des Sonderausschusses "très pratique" - ungeachtet der Tatsache, daß darin ein besonderes politisches und administratives Régime für notwendig gehalten, wenn auch mangels Instruktionen nicht ausgearbeitet worden

⁸⁴³Miller Diary, 7. 4. 1919, DCP I, S. 227-228.

⁸⁴⁴Miller an House, 8. 4. 1919, DCP VIII, Doc. 723, S. 136, 22-25; PW 57, S. 117-120.

⁸⁴⁵"Additional Articles on the Saar", 7. 4. 1919, Doc. 715, DCP VIII, S. 22-24; PW 57, S. 120; Miller Diary, 8. 4. 1919, DCP I, S. 228-229.

⁸⁴⁶House Diary, 8. 4. 1919, PW 57, S. 140.

war.⁸⁴⁷ Unter Hinweis auf Beispiele aus den USA entgegnete Wilson seinen Verhandlungspartnern, die befürchteten Schwierigkeiten würden bei weitem übertrieben. Wilson legte als Ergänzung zu dem Entwurf die von Miller ausgearbeiteten Artikel vor, in denen Deutschland auch ein Rückkaufrecht für die Kohlegruben eingeräumt wurde. Allerdings stieß Wilson sich nicht an Millers Junktim zwischen einer nicht fristgerechten Bezahlung und dem Verlust des Saargebietes.

Inständig bat der Präsident Clemenceau, die Frage des Weltfriedens nicht an der Saarfrage aufzuhängen, worauf dieser erwiderte, der Weltfrieden erfordere, daß die Sieger zunächst unter sich selbst Gerechtigkeit herstellten: ein Beispiel für das unterschiedliche Friedens- und Gerechtigkeitsverständnis beider Regierungschefs.⁸⁴⁸ Nun war offenkundig geworden, wovor House Wilson am 28. März gewarnt hatte: isoliert zu sein gegen Lloyd George und Clemenceau - die allerdings auch nicht einer Meinung waren.

Daraufhin erhielt Wilson am 9. April ein Memorandum Tardieus, in dem dieser auf Millers Ergänzungstext reagierte. Mit kühler Logik wurde als Ausgangspunkt der Argumentation festgehalten, der Miller-Entwurf rechne fest mit dem Auftreten von Schwierigkeiten im Saargebiet unter der von dem Sonderausschuß anvisierten Regelung, die sich daher als ungenügend erweise. Tardieu sagte nichts anderes, als daß Wilson diese unweigerlichen Probleme nicht politisch, sondern juristisch lösen wolle, nämlich in Form der Schiedskommission. Deutschland hätte jedoch viele Möglichkeiten, für endlose Konflikte zu sorgen, mit erheblichen Auswirkungen auf die deutsch-französischen Beziehungen als Ganzes. Tardieu wünschte, zu einem der drei britischen Entwürfe zurückzukehren; in diesem Rahmen zeigte er sich mit der Einrichtung einer Schiedskommission einverstanden.⁸⁴⁹

Doch der Schwierigkeiten und Vorschläge nicht genug: am 9. April suchte auch der US-Wirtschaftsexperte Baruch das Ohr des Präsidenten. Baruch hatte sich schon zwei Tage zuvor gewundert, in Kenntnis der Empfehlungen des Sonderausschusses, warum die Kohlegruben eigentlich an Frankreich fallen sollten; dies scheine ihm "unfair to Germany" zu sein.⁸⁵⁰ Vermutlich wußte Baruch nichts von Wilsons diesbezüglicher Entscheidung am 31. März. Interessant war aber seine Argumentation, denn im Gegensatz zu allen anderen Experten einschließlich Haskins, die in erster Linie auf die reibungslose Nutzung der Minen durch Frankreich sahen, hatte Baruch die wirtschaftliche Lage der deutschen Industrie im Blick. Er gab zu bedenken, die deutsche metallurgische Industrie in Saargebiet hänge ebenso von der Saarkohle ab wie die Gasindustrie im Süden Deutschlands. Bei einem französischen Eigentum an den Kohlegruben sah der Experte erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten voraus. Im übrigen, so Baruch, sei die Stahlindustrie im Saarbecken und dem benachbarten deutschen Gebiet angewiesen auf Eisenlieferungen aus Elsaß-Lothringen, welches an Frankreich falle.

Baruch schlug als Lösung all dieser voraussehbaren wirtschaftlichen Probleme feste Vereinbarungen über Rohstofflieferungen - Kohle und Eisen - in die jeweiligen Gebiete

⁸⁴⁷"Report: The Saar Basin", 5. 4. 1919, BDFa, PPC 5, Doc. 98, S. 328.

⁸⁴⁸Rat der Vier, 8. 4. 1919, Mantoux I, S. 193-194. "President Wilson's Note respecting the Saar", 8. 4. 1919, BDFa, PPC 5, Doc. 103, S. 332-333 (identisch mit Millers Entwurf vom 7. 4.).

⁸⁴⁹Memorandum Tardieus: "Réponse à la Note de M. le Président Wilson du 8 avril", 9. 4. 1919, Tardieu, S. 301-304, DCP VIII, Doc. 733, S. 148-152, engl. Text in PW 57, S. 155.

⁸⁵⁰Memorandum G. F. Close, 7. 4. 1919, DCP VIII, Doc. 713, PW 57, S. 90, vgl. Miller Diary, 7. 4. 1919, DCP I, S. 227.

vor, um deren gewachsene Struktur in Industrie und Handelsbeziehungen zu erhalten. Mit diesem Vorschlag war Baruch zwar meilenweit entfernt von allem, was in den Delegationen ernstlich erwogen wurde, doch seine unvoreingenommen-pragmatische wirtschaftliche Perspektive verdient Aufmerksamkeit, gerade weil damit politische und administrative Fragen an Brisanz verloren.⁸⁵¹

Doch Wilson hatte indessen - wohl nach Erhalt des Memorandums von Tardieu am 9. April und nach Prüfung der drei britischen Pläne⁸⁵² - einen eigenen Plan entworfen. Er war mit Haskins und indirekt auch mit Miller abgestimmt und enthielt eine Kompromißlösung. Als der Präsident seinen Plan in der Ratssitzung am Nachmittag des 9. April vorstellte, betonte er erneut, daß die Souveränität über das Saargebiet für ihn die alles entscheidende Frage war. Hier ließ Wilson nicht locker; alle drei britischen Pläne, die Lloyd George am 8. April vorgestellt hatte, boten in seinen Augen nur eine zweideutige Lösung des Souveränitätsproblems, da sie die deutsche Souveränität eliminierten. Was der Präsident vorschlug, war ein im Grunde verblüffender Ausweg aus dem Dilemma der Selbstbestimmung: die deutsche Souveränität sollte nicht aufgehoben, sondern lediglich suspendiert werden. Für einen Zeitraum von 15 Jahren würde nicht Frankreich, sondern der Völkerbund alle administrativen Aufgaben wahrnehmen, in Gestalt einer Kommission.⁸⁵³

Auf diese Weise, so erklärte der Präsident seinen Zuhörern, würde eine Abstimmung über die Zugehörigkeit des Gebietes, die laut seinem Plan nach 15 Jahren vorgesehen war, nicht präjudiziert werden. Dies wäre jedoch der Fall bei einer französischen Verwaltung oder gar Souveränität; ein Plebiszit wäre dann nicht viel mehr als eine Formalität. Das Spannungsverhältnis zwischen Prinzipientreue und Pragmatismus im Auge, versuchte Präsident Wilson schweren Herzens, die Einheit der Sieger zu wahren, rechtfertigte vor seinen Kollegen und sich selbst seine Kompromißbereitschaft: Er wolle nicht unflexibel am Buchstaben seiner Prinzipien festhalten; er suche mit allen Kräften eine Lösung, die alle Seiten zufriedenstellen würde. "J'ai dit à M. Clemenceau que je suis obligé de rester fidèle à mes quatorze points, mais sans raideur et en allant aussi loin que possible dans le sens de vos désirs légitimes. Nous ne préjugeons pas de la question de souveraineté, nous la laissons en suspens."⁸⁵⁴ Wilson dürfte ein Stein vom Herzen gefallen sein, als sowohl Lloyd George als auch Clemenceau seiner Lösung grundsätzlich zustimmten.

Am Nachmittag und Abend des 9. April arbeiteten Haskins, Tardieu und Headlam-Morley auf der Basis einer britischen Vorlage einen gemeinsamen Entwurf aus, der den Regierungschefs am 10. April zur Billigung vorgelegt wurde. In diesem Entwurf war allerdings die deutsche Souveränität noch enthalten: "Germany, while preserving her

⁸⁵¹Baruch an Wilson, 9. 4. 1919, PW 57, S. 159-160; Baker, WWS III, Doc. 29, S. 253-254; Miller Diary, 9. 4. 1919, DCP I, S. 229.

⁸⁵²Vgl. Teil 1, Kap. 7. 2. 2.

⁸⁵³Rat der Vier, 9. 4. 1919, Mantoux I, S. 203-204. Der Gedanke der Suspendierung der deutschen Souveränität an der Saar findet sich auch im Entwurf eines Briefes von Miller an Wilson vom 9. 4., der mit Haskins abgestimmt war, dem Präsidenten jedoch nicht übergeben wurde (DCP VIII, Doc. 715, S. 155, vgl. Miller Diary, 9. 4. 1919, DCP I, S. 230-231). Entweder stammte der Gedanke der Suspendierung der Souveränität von Wilson selbst und wurde Miller mündlich mitgeteilt, oder es war Millers Idee, die den Präsidenten mündlich - über Haskins - erreichte; letzterer ist der wahrscheinlichere Weg.

⁸⁵⁴Rat der Vier, 9. 4. 1919, Mantoux I, S. 205. H. Nelson, S. 281, urteilt sehr hart über Wilsons "stubborn defensive battle" und ist in seiner Darstellung überhaupt sehr profranzösisch (S. 256 ff.).

sovereignty, renounces in favor of the Allied and Associated Powers as trustees of the League of Nations all her rights of administration over the territory defined in Article I."⁸⁵⁵

Da diese Formulierung am 10. April auf Clemenceaus Kritik stieß, weil die Souveränität bei Deutschland belassen war, einigten sich die Regierungschefs auf einen Vorschlag des italienischen Ministerpräsidenten Orlando, den Terminus "administration" durch "gouvernement" zu ersetzen.⁸⁵⁶ Wilson kritisierte auch, daß die Alliierten und Assoziierten Regierungen im Gegensatz zum Völkerbund keine Rechtspersönlichkeit darstellten. So lautete schließlich der entscheidende Artikel 1: "Germany renounces in favour of the League of Nations all her rights of government" im Saargebiet.⁸⁵⁷

Nachdem die größte Streitfrage geklärt war, beharrte die französische Delegation noch auf der Klärung eines weiteren Punktes. Tardieu hatte das von Miller verlangte deutsche Rückkaufrecht der Kohlegruben, falls das Saargebiet laut Plebiszit an Deutschland zurückfalle, am 9. April zunächst mit Vorbehalten akzeptiert.⁸⁵⁸ Doch die französischen Experten billigten den Artikel letztlich nicht und Clemenceau verlangte einen Tag später, die Gruben weiterhin in französischem Besitz zu belassen.⁸⁵⁹ Als Wilson und Lloyd George hier geschlossen opponierten, verlangten Clemenceau und Tardieu mit dem bezeichnenden Argument, Kohle sei wichtiger als Gold, die Verpflichtung Deutschlands, bestimmte Mengen Kohle zu liefern, in den Vertragstext aufzunehmen.

Das Ergebnis wäre dann gleich geblieben, ob mit oder ohne deutsches Eigentum an den Gruben, denn Deutschland wäre die Verfügung über die Saarkohle zum größten Teil entzogen worden. Wie geradezu panisch in jeder Hinsicht die Franzosen auf Deutschland starrten, wurde in Loucheurs Worten deutlich: Frankreich wolle seine Industrien nur gegen eine deutsche Rachsucht schützen.⁸⁶⁰ Clemenceau und sein Unterhändler wollten die Substanz der Nutzung der Kohlegruben keinesfalls aufgeben, wollten die französische Energieversorgung sichern und die deutschen Ressourcen beschneiden.⁸⁶¹

⁸⁵⁵"The Saar Basin. Draft Proposals", 9. 4. 1919, DCP VIII, Doc. 741, S. 167-170, auch in PW 57, S. 196-199. Vgl. dazu Miller Diary, 9. 4. 1919, DCP I, S. 231.

⁸⁵⁶Rat der Vier, 10. 4. 1919, Mantoux I, S. 209-210. Die gleichlautende Bedeutung der Worte "Verwaltung" und "administration" hob Orlando, selbst Jurist, hervor.

⁸⁵⁷"The Saar Basin. Draft Proposals", 9. 4. 1919, mit Änderungen vom 10. 4., DCP VIII, Doc. 741 und 751, S. 167 ff. und 202 f.; PW 57, S. 196-199; BDF, PPC 5, Doc. 106, S. 338.

⁸⁵⁸Miller Diary, 9. 4. 1919, DCP I, S. 233.

⁸⁵⁹Miller Diary, 10. 4. 1919, DCP I, S. 235, Rat der Vier, 10. 4. 1919, Mantoux I, S. 211.

⁸⁶⁰Rat der Vier, 11. 4. 1919, Mantoux I, S. 225.

⁸⁶¹Es war allzu offensichtlich, daß die französische Saarpolitik nicht allein an einer Wiedergutmachung wirtschaftlicher Schäden interessiert war. Neben der Zersplitterung Deutschlands im Westen sollte das Reich ökonomisch nachhaltig geschwächt werden. Sonst hätte Paris sich mit einer zeitlich befristeten Lieferung der Kohle begnügen können, wie Wilson es vorgeschlagen hatte, oder auf das o. g. Junktim verzichten können. Doch war der Besitz der Kohlegruben zum industriellen Wiederaufstieg Frankreichs auf Kosten Deutschlands essentiell. Die industrielle Balance beider Länder sollte zugunsten Frankreichs verschoben werden, mit dem Ziel eines strukturellen Gleichgewichts zwischen beiden Ländern. Deutschland hätte bei strikter Vertragserfüllung die Hälfte seiner Kohleförderung verloren; auch an Belgien und Italien sollte Kohle geliefert werden. Kohle war damals die wichtigste Primärenergiequelle, unverzichtbar zur Eisenverhüttung. So verlor Deutschland laut Friedensvertrag neben dem Verlust von 80% seiner Eisenerzlager auch über 40% der Produktionskapazität für Roheisen und mehr als 30% der Produktionskapazität für Stahl. "Der Versailler Vertrag schuf so die Voraussetzungen, daß Frankreich an Stelle Deutschlands zum größten Eisenproduzenten auf dem Kontinent werden konnte." (Bariéty, Weltkrieg, S. 305 f; vgl. ders., Relations, S. 138 ff.; Stevenson, S. 214).

Wilson Position in dieser Frage war, das Problem werde sich durch die wirtschaftlichen Verflechtungen von selbst lösen. Er zeigte sich, im Sinne des Artikel 3 seiner Vierzehn Punkte, einmal mehr als ein Anwalt des Freihandels.⁸⁶² Er wollte zeitlich unbegrenzte Vertragsbestimmungen und auch eine Überlastung des Völkerbundes vermeiden, der dann eingreifen müsse, wenn Deutschland die Kohle nicht liefere. Er schlug vor, lediglich die Verpflichtung festzuschreiben, daß die Saarkohle zu gleichen Preisen in Deutschland und Frankreich verkauft werden müsse.⁸⁶³

Die Formulierung des fraglichen Artikels stammte schließlich von Baruch, der sich am 12. April mit Loucheur einigte.⁸⁶⁴ Danach wurde im Falle einer Rückkehr der Kohlegruben in deutschen Besitz ein gerechter Anspruch Frankreichs auf die Nutzung der Saarkohle bekräftigt; eine Vereinbarung über Preise, Liefermengen und Vertragsdauer sollte erst zu gegebener Zeit vom Völkerbund ausgearbeitet werden.⁸⁶⁵

In der Fassung des Saarstatuts, die am 16. April vorlag und auch im Rat der Vier angenommen wurde, war vermutlich auf französisches Betreiben die Frist, innerhalb derer Deutschland die Kohleminen bezahlen müsse, wenn das Saargebiet nach 15 Jahren deutsch bliebe, mit 6 Monaten angegeben.⁸⁶⁶ Präsident Wilson erhob dagegen keinen Einspruch; das Junktim wurde später allerdings auf deutschen Wunsch revidiert und ging in den endgültigen Versailler Vertrag nicht mehr ein. Am 29. April billigte der Rat der Vier noch eine geringfügige Änderung der territorialen Begrenzung des Gebietes im Saarstatut.⁸⁶⁷

Indem schließlich im Saarstatut des Friedensvertrages die Frage der Souveränität ausgeblendet war⁸⁶⁸, war Wilsons Interesse Rechnung getragen worden, die Bevölkerung an der Saar nicht zu entmündigen, sondern ihr nach einer Übergangszeit von 15 Jahren, in der eine kommunale Selbstverwaltung gestattet war, die freie Option zu lassen.⁸⁶⁹ Die Gefahr, daß das Ergebnis des späteren Volkentscheids beeinflußt würde, erschien auf diese Weise nur als gering. In dem Fall, daß die Bevölkerung sich in der Volksabstimmung für den Verbleib ihres Gebietes im Verbund des Deutschen Reichs entschieden, konnte sie die Kohlegruben wiedererwerben.

⁸⁶²Rat der Vier, 10. 4. 1919, Mantoux I, S. 211-212.

⁸⁶³Rat der Vier, 11. 4. 1919, Mantoux I, S. 224-228.

⁸⁶⁴Miller Diary, 12. 4. 1919, DCP I, S. 247, vgl. Diary 11. 4., ebda., S. 241-242.

⁸⁶⁵Baruch Diary, 12. 4. 1919, PW 57, S. 287-288; siehe den Entwurf "The Saar Basin", Miller am 16. 4. 1919 übergeben, DCP VIII, S. 341-349, hier Anhang III, Art. 5, vgl. Miller Diary, 16. 4., DCP I, S. 256.

⁸⁶⁶"The Saar Basin", undat., ca. 16. 4. 1919, DCP VIII, S. 341-349, hier Anhang III, Art. 5, vgl. die undat. endgültige Fassung in BDFA, PPC 5, Doc. 120, S. 353-360, der besagte Art. 34 auf S. 359.

⁸⁶⁷Rat der Vier, 29. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 335-336.

⁸⁶⁸Versailler Vertrag, Artikel 45-50 nebst Anlage, S. 26-39.

⁸⁶⁹Offenbar rief es Wilsons besondere Sympathien hervor, daß die Bevölkerung des Saargebietes vorwiegend aus Arbeitern bestand, siehe Schwabe, *Revolution*, S. 473, 480.

17. Amerika, das nationale Selbstbestimmungsrecht und die territoriale Regelung mit Deutschland im Osten

17. 1. Die amerikanische Diplomatie bei der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen

17. 1. 1. Selbstbestimmung oder Sicherheit? Amerikanische Grundsätze bei der deutsch-polnischen Grenzziehung und die Vorentscheidungen auf Expertenebene

Die amerikanische Haltung zur deutschen Ostgrenze war wesentlich davon bestimmt, daß Präsident Wilson sich früh auf die Wiedererrichtung Polens festlegte. Noch vor dem Kriegseintritt der USA hatte sich Wilson in seiner Rede an den Senat am 22. Januar 1917 für ein "united, independent and autonomous Poland" ausgesprochen.⁸⁷⁰ House unterstützte Wilsons Forderung im Gespräch mit dem britischen Außenminister Balfour im April 1917. Er meinte, ein genügend großes Polen könne als ein Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland dienen, was Balfour zu diesem Zeitpunkt anders sah. House war allerdings zurückhaltend, Danzig an Polen zu geben, da er ein neues Elsaß-Lothringen befürchtete, und er sah sogar Balfours Idee eines Freihafens mit Skepsis.⁸⁷¹ Die Inquiry empfahl dem Präsidenten am 22. Dezember 1917 für ein "Statement of Peace Terms" auch die Errichtung eines unabhängigen demokratischen Polen. Bei der Grenzziehung sollten nationale und wirtschaftliche Gesichtspunkte fair abgewogen werden, ohne daß konkrete Vorschläge folgten. Welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen waren, sprach der Bericht offen an: "The present distribution of Poles is such as to make their complete unification impossible without separating East Prussia from Germany." Einschränkend hieß es sogleich, eine derartige Lösung sei "probably not within the bounds of practical politics".⁸⁷²

Im Anhang des Memorandums, das House für seine Beratungen mit Wilson verwandte, fand sich ein Papier des Rechtsexperten Miller, das eigentlich Elsaß-Lothringen gewidmet war. Doch in Punkt 2 hieß es mit bemerkenswerter Klarheit zur absehbaren machtpolitischen Konstellation in Deutschlands Osten: "Any peace with a free Poland, involves the possibility of German domination over Europe, first economically and then politically. For with Poland, as she may be, drawn to Germany by commercial agreements and with Russia open to German penetration directly and through Poland, the possibilities of German power are almost boundless."⁸⁷³ Daraus konnte nur folgen, ein neues Polen an Deutschlands Ostgrenze so stark wie möglich zu machen.

Diesem gleichgewichtspolitisch motivierten Gedanken scheint sich auch Präsident Wilson nicht ganz verschlossen zu haben, auch wenn er in Punkt 13 der Vierzehn Punkte allenfalls indirekt anklang: "An independent Polish State should be erected whose political and economic independence and territorial integrity shall be guaranteed by international covenant. It shall include the territories inhabited by indisputably Po-

⁸⁷⁰"An Address to the Senate", 22. 1. 1917, PW 40, S. 533-539; Zit. S. 537.

⁸⁷¹Tagebuch House über eine Unterredung mit Balfour, 28. 4. 1917, PW 42, S. 155-156; IP III, S. 45-46; vgl. Lundgreen-Nielsen, S. 81-82. Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 1.

⁸⁷²"The Present Situation: The War Aims and Peace Terms it Suggests". Memorandum von Mezes, Miller und Lippmann, 22. 12. 1917, FRUS, PPC I, S. 41-53, hier S. 51-52; auch in PW 45, S. 459-473.

⁸⁷³"Alsace-Lorraine", Memorandum Millers, PW 45, S. 473-474. Zu Houses Beratungen mit Wilson House Diary, 4. 1. 1918, PW 56, S. 458-459.

lish population and shall be granted a free and secure access to the sea."⁸⁷⁴ In dieser Passage waren mehrere Grundsätze angesprochen, auf denen Polens Existenz als Nachbar Deutschlands beruhen sollte: das Selbstbestimmungsrecht, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit und die kooperative Sicherheit. Auch wenn Wilson keinerlei konkrete Angaben zur Grenzziehung machte, war absehbar, daß die ersten beiden Grundsätze in einem möglichen Spannungsverhältnis zueinander standen, wie der Inquiry-Bericht angedeutet hatte: sollte der wirtschaftlich notwendige Zugang Polens zum Meer über einen Landkorridor erfolgen, sollte Danzig als Hafen genutzt werden, wie sollten deutsche und polnisch besiedelte Gebiete aufgeteilt werden? Der dritte Grundsatz beinhaltete eine indirekte Aussage über die deutsch-polnischen Beziehungen und die Europa-konzeption Wilsons: mangels eigener Stärke Polens erschien es notwendig, dessen strategische Lebensfähigkeit im Rahmen des Völkerbundes zu garantieren.

Wilson legte sich in der Grenzfrage im weiteren nicht fest. Er brachte im Gespräch mit dem polnischen Politiker Dmowski, der in Washington Unterstützung für seine Ansprüche suchte, am 13. September 1918 lediglich die Idee eines Freihafens für Danzig und polnischer Transitrechte auf der Weichsel auf. Mit Dmowskis Plan einer unabhängigen Republik in Ostpreußen war der Präsident keineswegs einverstanden, wie er dem französischen Botschafter Jusserand mitteilte.⁸⁷⁵

Auf seiner Reise nach Europa im Dezember 1918 äußerte der Präsident sich etwas konkreter zur Grenzziehung im deutschen Osten, wobei er seine bisherigen Vorstellungen nicht revidierte. In einem Gespräch mit Korrespondenten räumte Wilson ein, "there also were problems to be solved in holding to his determination to give Poland an outlet to the sea". Folge man diesem Plan wörtlich, falle ein Teil Ostpreußens an Polen, während ein weiterer Teil Preußens "between two sections of Poland" liege, was sehr verwirrend sei.⁸⁷⁶ Wilson war sich bewußt, daß der erwünschte Zugang Polens zum Meer Probleme bei der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts mit sich brachte. Einen Tag später erklärte er in einer Unterredung mit Inquiry-Experten, Ostpreußen solle nicht vom Rest Deutschlands abgetrennt werden, womit ein Landkorridor für Polen ausgeschlossen war. Der Zugang Polens zum Meer könne erfolgen, so der Präsident, "by making Danzig a free port and guaranteeing Poland transit on railroads and waterways leading thereto". Mit seinem Hinweis, Posen solle an Polen fallen, meinte er vermutlich die gesamte preußische Provinz.⁸⁷⁷

Trotz dieser Eckpunkte enthielt der in Paris fertiggestellte Inquiry-Bericht zu den territorialen Friedensbedingungen im Teil über die deutsch-polnische Grenze die klare Empfehlung, Polen einen Landkorridor und die Stadt Danzig zu geben. Das zentrale Argument lautete, in diesem Falle würden zwar 1, 6 Millionen Deutsche vom Reich abgetrennt; verweigere man Polen diesen Zugang zum Meer aber, kämen 600. 000 Polen unter deutsche Herrschaft und 20 Millionen Polen hätten nur "a hampered and precarious commercial outlet, subject to alien and, for a time at least, hostile (cf. Posen)

⁸⁷⁴"An Address to a Joint Session of Congress", 8. 1. 1918, PW 45, S. 538; vgl. House Diary, 4. 1. 1918, IP III, S. 330.

⁸⁷⁵Dazu Lundgreen-Nielsen, S. 82-85.

⁸⁷⁶Grayson Diary über eine Unterredung Wilsons mit Journalisten, PW 53, S. 338.

⁸⁷⁷Bullitt Diary, 9. 12. 1918, PW 53, S. 351.

decision". Wirtschaftliche und strategische Erwägungen dominierten hier über eine lupenreine Anwendung des Selbstbestimmungsrechts; die vitalen Interessen Polens wurden als primär gewertet.⁸⁷⁸

Wie in Teil 1, Kap. 8.1.1. bereits ausgeführt, einigte sich im Rahmen anglo-amerikanischer Vorgespräche der Polenexperte Robert Lord bereits Anfang Februar 1919 mit seinem britischen Kollegen Howard, eine gemeinsame Position bei der deutsch-polnischen Grenzziehung einzunehmen. Dabei setzte sich Lord - sei es durch Überzeugung oder Überredung - mit seinen Empfehlungen gegenüber Howard weitgehend durch, vor allem was den Landkorridor für Polen und die Einbeziehung Danzigs in den polnischen Staat betraf. Die Begründung für diesen Schritt, nämlich die Interessen von 20 Millionen Polen als vorrangig zu werten, entstammte dabei der amerikanischen Argumentation.⁸⁷⁹ Fraglos war es auch in amerikanischem Sinne, Oberschlesien bis zur Oder und einen Teil Westpreußens östlich der Weichsel an Polen zu geben. Einer Volksabstimmung in Masuren stimmte der Harvard-Professor zu.

Es ist nicht falsch, als Ergebnis der halboffiziellen Besprechung festzuhalten, daß Lord sich weitgehend durchgesetzt hatte. Dieser amerikanische Erfolg wurde am 21. Februar bei der Besprechung mit den britischen Territorialexperten bestätigt. Die Einwände hinsichtlich Danzigs düften dabei von britischer Seite gekommen sein, da die Delegation anders als die amerikanische in der Danzig-Frage zu diesem Zeitpunkt gespalten war.⁸⁸⁰ Problematisch dabei war, daß Lord von Wilson nicht explizit autorisiert gewesen sein konnte, derartige Zugeständnisse an die polnische Seite zu machen. Denn Wilson selbst war vor Beginn der Friedenskonferenz daran gelegen, durch die bevorstehende Überführung polnischer Truppen unter General Haller nach Polen die Grenzziehung nicht zu präjudizieren. Die Danzig-Frage, so sagte Wilson am 22. Januar ausdrücklich, müsse noch offen bleiben.⁸⁸¹ Allerdings sollte man bedenken, daß der polnische Politiker Dmowski wenige Tage vor dem Howard-Lord-Agreement in einem langen Statement vor dem Rat der Zehn die polnischen Forderungen, darunter auf Danzig, vorgetragen hatte.⁸⁸²

Zwei Tage nach der Expertenbesprechung telegraphierte House an Wilson in Washington, "Clemenceau thinks that Danzig should go to Poland. Our Experts also think this to be the best solution and they are joined (I) understand (in this) belief by the British experts, but the British government disagree in this point."⁸⁸³ Es ist schwer zu sagen, ob Wilson auf die Information von House nur deshalb nicht reagierte, weil er mit

⁸⁷⁸"Outline of Tentative Report and Recommendation Prepared by the Intelligence Section", 21. 1. 1919, DCP IV, S. 209-281, hier S. 224-226, Zit. S. 226. Vgl. H. Nelson, S. 121; kritisch Gelfand, S. 206-208; Lundgreen-Nielsen, S. 87. Schwabe, *Revolution*, S. 74-75, gibt zu bedenken, daß Wilson den Vorarbeiten der "Inquiry" keine intensive Beachtung schenkte.

⁸⁷⁹"Proposed Joint Recommendation of British and United States Delegates, undated, unsigned", B DFA, PPC 8, Doc. 75, S. 313 f. Vgl. H. Nelson, S. 150; Schwabe, *Revolution*, S. 412-413, 419-421; Lundgreen-Nielsen, S. 173-175.

⁸⁸⁰Memorandum über eine Besprechung am 21. 2. 1919, undat., unsigniert, B DFA, PPC 8, Doc. 80, S. 317-318. Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 1.-8. 1. 2.

⁸⁸¹Rat der Zehn, 22. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 673. Gegen die Entsendung einer interalliierten Kommission nach Warschau zur Berichterstattung über die Lage in Polen hatte Wilson nichts einzuwenden, sie konnte die Entscheidungsgrundlage für die Konferenz nur verbessern.

⁸⁸²Rat der Zehn, 29. 1. 1919, FRUS, PPC III, S. 774-779, 780-782.

⁸⁸³House an Wilson, 23. 2. 1919, PW 55, S. 233-234; IP IV, S. 345.

der Abtretung Danzigs einverstanden war. Vermutlich konnte der Präsident die Nachricht gar nicht entziffern, denn erst am 27. Februar reagierte er auf mehrere Funktelegramme von House mit der Nachricht, "new means of communication so far so unsatisfactory that I really do not clearly know anything that you are trying to tell me".⁸⁸⁴

Die US-Experten wiederholten in ihrem Red Book zu den deutschen Grenzen ihre Position bezüglich Danzigs und hielten auch die anderen Punkte der Übereinkunft mit den Briten fest: Sprachgrenze im Westen, polnischer Zugang zum Meer durch unzweideutig polnisches Gebiet, Westpreußen rechts der Weichsel und Deutsch-Ostpreußen zu Deutschland, Plebiszit in Masuren.⁸⁸⁵ Colonel House, der zwar keine klaren Instruktionen von Wilson erhalten hatte, sich aber auch nicht erneut darum bemühte, ging in separaten Geheimbesprechungen in der Danzig-Frage voran. Am 2. März kam er mit dem französischen Chefunterhändler Tardieu überein, Danzig an Polen zu geben.⁸⁸⁶ House hatte mittlerweile, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Inquiry, seine 1917 zu Danzig vertretene Position aufgegeben. Nunmehr war auch die französische Delegation über die US-Position informiert worden, und zwar nicht nur auf Expertenebene, sondern von dem amerikanischen Chefunterhändler.

17. 1. 2. Die amerikanische Position in den Ausschlußberatungen zur deutsch-polnischen Grenze

Auf dieser Grundlage gingen die US-Experten in die Beratungen der Commission on Polish Affairs, in der Anfang März unter französischem Vorsitz eine Übereinkunft über die deutschen Grenzen getroffen wurde.⁸⁸⁷ Der US-Vertreter Bowman erklärte sich in der Vollsitzung der Kommission am 1. März mit den britischen Vorschlägen bis auf einige Details einverstanden. Bowman billigte damit stillschweigend eine Änderung der britischen Delegation gegenüber dem anglo-amerikanischen Entwurf: die Überantwortung des südwestlichen Oberschlesien um Ratibor und Leobschütz an Polen.⁸⁸⁸ Im Unterausschuß begründete Bowman aus amerikanischer Sicht die Abweichung von der Oderlinie: es handelte sich um wirtschaftliche Erwägungen; Polen sollte die wichtige Bahnstrecke Ratibor-Leobschütz erhalten.⁸⁸⁹ Es geht aus dem Protokoll nicht hervor, ob Bowman abgesehen von dieser Änderung auch den übrigen Teil des britischen Vorschlags guthieß, die Grenze von Neustadt aus strikt nördlich zu ziehen. Denn er erklärte, die amerikanische Linie sei an den ethnographischen Grenzen ausgerichtet, während die britische auch den Verwaltungsgrenzen Beachtung schenke. Wie dem auch sei, Bowman war zu einer Konzession bereit.⁸⁹⁰

Mit dem Vorschlag des französischen Vertreters General Le Rond, nicht der Verwaltungsgrenze zwischen den Provinzen Niederschlesien und Posen exakt zu folgen, sondern den Fluß Bartsch als strategische Grenze zu nehmen, erklärte sich Bowman zu-

⁸⁸⁴Wilson an House, 27. 2. 1919, PW 55, S. 299. Dies übersieht Walworth, Wilson, S. 258.

⁸⁸⁵"Proposed New Boundaries for Germany", 25. 2. 1919, DCP VI, Doc. 441, S. 49-52.

⁸⁸⁶Die Besprechung überliefert McCormick, Diary 2. 3. 1919, PW 55, S. 387. Auch wenn sich McCormick nur auf Danzig bezieht, war die Einrichtung eines polnischen Landkorridors im US-Vorschlag impliziert.

⁸⁸⁷Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 2.

⁸⁸⁸3. Sitzung der Polen-Kommission, 1. 3. 1919, Recueil, IV, C, 2, S. 12-13. Vgl. Teil 1, Kap. 7. 2. 2.

⁸⁸⁹1. Sitzung des Unterausschusses, 3. 3. 1919, Recueil, IV, C, 2, S. 308.

⁸⁹⁰Ebda., S. 309.

nächst einverstanden.⁸⁹¹ Am 4. März äußerte er einige Zweifel an dem Grenzverlauf entlang des Flusses, schloß sich aber dann Le Rond an. An einigen anderen Stellen wurde deutlich, daß Bowman ethnographische und wirtschaftliche Überlegungen gegeneinander abwog und nicht nur einseitig Polen Vorteile gewähren wollte. Der US-Unterhändler konnte auch eine Änderung des von Kisch vorgeschlagenen Grenzverlaufs um die Städte Kreuz und Filehne im Westen der Provinz Posen erwirken. Bowman billigte aber im Prinzip weitere, strategisch motivierte Änderungsvorschläge Le Ronds zugunsten Polens in den Provinzen Posen (Schneidemühl) und Nordwestpreußen.⁸⁹²

Mit Blick auf die Grenzziehung im östlichen Teil Westpreußens hielt sich Bowman an die Absprachen mit den Briten. Er wollte einen größeren Teil des Territoriums nordöstlich der Weichsel - des Danziger Werders - bei Deutschland belassen, als Kisch vorschlug. Vor allem an Le Rond gewandt, der das deutsche Territorium östlich der Weichsel und im Westen Ostpreußen so weit wie möglich beschneiden wollte, erklärte Bowman, die Bedeutung der Nogat als Schifffahrtsweg und Elbings als Hafen seien für Polen gering im Vergleich zu Danzig. Bowman verteidigte das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen durchaus mit den Worten, die Anzahl der Deutschen in Polen "doit être limité à l'indispensable".⁸⁹³

Nachdem Le Rond, einen Auftritt Roman Dmowskis im Unterausschuß nutzend, für Polen sämtliche Weichselmündungen einschließlich der Nogat forderte und Polens strategische Grenzen gegenüber Ostpreußen an mehreren Stellen stärken wollte, ging Bowman auf diese Forderungen nicht weiter ein, sondern rechnete mit seinem britischen Kollegen aus, daß auf diese Weise weitere 135.000 Einwohner betroffen wären. Dafür versuchte Bowman, Le Ronds Bedenken in einer anderen Frage zu zerstreuen: Mit Blick auf ein Plebiszit in Ostpreußen im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Oletzko, das er ebenso befürwortete wie Kisch, schlug Bowman vor, die Volksabstimmung unter polnischer Administration und alliierter Kontrolle abhalten zu lassen.⁸⁹⁴

Doch stimmte auch Bowman dem von Le Rond vorgeschlagenen Kompromiß am 7. März zu, die Nogat als Grenze zu nehmen und Elbing bei Deutschland zu belassen. Dafür zog er seinen Vorschlag zurück, das Plebiszit in Masuren unter polnischer Verwaltung abhalten zu lassen.⁸⁹⁵

Zusammengefaßt, gingen die Empfehlungen des Unterausschusses an nicht wenigen Stellen über die ursprünglichen amerikanischen Vorschläge hinaus, die nach der Einigung mit den Briten ja als eine Maximalposition für die Verhandlungen bezeichnet worden waren.⁸⁹⁶ Bowman unternahm keinen Versuch, in den Beratungen diplomati-

⁸⁹¹Ebda..

⁸⁹²2. Sitzung des Unterausschusses, 4. 3. 1919, Recueil, IV, C, 2, S. 312-314; vgl. H. Nelson, S. 151-154; Lundgreen-Nielsen, S. 197-199. Schneidemühl wurde allerdings im Austausch für Filehne an Deutschland gegeben. Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 2.

⁸⁹³3. Sitzung des Unterausschusses, 4. 3. 1919, Recueil, IV, C, 2, S. 316.

⁸⁹⁴Ebda., 319-320.

⁸⁹⁵5. Sitzung der Polen-Kommission, 7. 3. 1919, Recueil, IV, C, 2, S. 20-22; vgl. Nelson, S. 160-165 - er irrt in der Feststellung, Bowman habe eine mittlere Position zwischen Le Rond und Kisch eingenommen, worauf Lundgreen-Nielsen, S. 502-503, zu Recht hingewiesen hat.

⁸⁹⁶Memorandum über die Besprechung am 21. 2. 1919, undat., unsigniert, BDFa, PPC 8, Doc. 80, S. 317-318.

schen Druck auszuüben, auch wenn ihm dies durch frühzeitige Konzessionen seines britischen Kollegen erschwert worden sein mag. Auf diese Weise nahm die Bedeutung strategischer und wirtschaftlicher Argumente zugunsten Polens bei der deutsch-polnischen Grenzziehung einen noch größeren Raum ein, spielte das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen eine noch geringere Rolle als zuvor: laut dem Abschlußbericht der Polen-Kommission fielen 2, 1 Millionen Deutsche unter polnische Herrschaft.

Im Grunde genommen war es schon eine einseitige Parteinahme zugunsten der polnischen Interessen, daß in den von der Kommission angeführten Bevölkerungsstatistiken und der vorbereiteten Karte zuerst die polnischen Ansprüche aufgeführt wurden und danach die tatsächlich empfohlene Regelung. Dieses Schema bezog sich sowohl auf die an Polen abgetretene Gebietsfläche wie auf Bevölkerungszahlen. So wurde der Eindruck erweckt, daß die Kommission die polnischen Ansprüche gebremst hatte, ohne zu erwähnen, daß diese sich mindestens auf die Grenzen von 1772 bezogen.⁸⁹⁷

Zwar hieß es im Bericht der Polen-Kommission zu den Grundlagen der Grenzziehung: "(a) That primary consideration should be given to the line of ethnic separation in such a way as to secure the fairest possible settlement between the two peoples concerned."⁸⁹⁸ Doch ist nicht zu übersehen, daß das Selbstbestimmungsrecht nicht die ausschlaggebende Rolle spielte; ein Ergebnis, an dem die US-Experten Lord und Bowman maßgeblich beteiligt waren. Bei den Vorarbeiten zur deutschen Ostgrenze im Rahmen der Inquiry und in den Vorbesprechungen mit den britischen Kollegen legten die amerikanischen Professoren das Selbstbestimmungsrecht stets zu deutschem Nachteil aus. Bowmann hielt sich in den Beratungen des Unterausschusses zwar zunächst an die anglo-amerikanische Vereinbarung, in der ja die amerikanische Position weitgehend bestätigt worden war, aber er verhinderte weitere Kompromisse in Oberschlesien, der Provinz Posen und vor allem dem östlichen Westpreußen nicht. Seine Haltung zur Volksabstimmung in Masuren war zeitweise problematisch.

Lord setzte sich sogar dem Vorwurf aus, mit zweierlei Maß zu messen. Er befürwortete ein Plebiszit in Masuren in der Erwartung, die Region werde sich für Polen entscheiden, lehnte aber im Juni 1919 eine Volksabstimmung in Oberschlesien ab, da ein Teil des Gebiets möglicherweise für Deutschland optieren würde.⁸⁹⁹ Mit Blick auf Danzig hatte Lord nach der anglo-amerikanischen Besprechung vom 21. Februar zwar eingeräumt, es sei nicht leicht zu empfehlen, die deutsche Stadt an Polen zu geben, doch sei dies aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen unbedingt notwendig. Im Zweifelsfall bewertete Lord wirtschaftliche, geostrategische und gleichgewichtspolitische Argumente höher als das Nationalitätenprinzip und das Selbstbestimmungsrecht. So schrieb er am 9. März aus Warschau an Bowman, ein starkes Polen müsse Deutschland ein-

⁸⁹⁷"Report N° 1 of the Commission on Polish Affairs", undat., BDFA, PPC 8, Doc. 73, S. 291-300; und in DCP VI, hier dat. auf den 12. 3. 1919, Doc. 498, S. 350-366; in der vom zentralen Territoriausschuß gebilligten Fassung in Recueil, 19. 3. 1919, IV, C, 2, S. 54-73 (mit Karte); vgl. auch Rat der Zehn, 19. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 413.

⁸⁹⁸"Report N° 1 of the Commission on Polish Affairs", BDFA, PPC 8, Doc. 73, S. 292.

⁸⁹⁹Vgl. Kap. 9. Dazu sehr kritisch Gelfand, der meint, die "Inquiry" habe die "territorial claims of the Polish nationalists" massiv unterstützt (S. 205-208, Zit. S. 206). Vgl. Lord an Wilson, mit Anlagen, 5. 6. 1919, PW 60, S. 189-92.

dämmen und ein Bündnis zwischen Deutschland und einem möglicherweise bolschewistischen, eventuell aber auch monarchisch restaurierten Rußland verhindern.⁹⁰⁰

Dieses Konzept der Stärkung Polens als eines Pufferstaates war auch in der französischen Delegation weit verbreitet. Es war im wesentlichen einem regionalen Gleichgewichtsdanken verpflichtet, in der eine gesamteuropäische Sichtweise fehlte. Denn die Perspektive eines eventuellen deutsch-polnischen Ausgleichs blieb hier ebenso aus, wie übersehen wurde, daß die geopolitische Stellung eines Polen ohne starke Verbündete zwischen einem möglicherweise revisionistischen Deutschland und einem revolutionären Rußland prekär bleiben mußte. So würde der neue polnische Staat allein auf französische Unterstützung bauen können. Wäre es demgegenüber für die US-Experten nicht viel wichtiger gewesen, bei der Grenzziehung der gemäßigten britischen Konzeption - mit der Perspektive nicht über Gebühr strapazierter deutsch-polnischer Beziehungen - entgegenzukommen, um auch Großbritannien stärker an den ostmitteleuropäischen Angelegenheiten zu interessieren und einzubinden? Die US-Experten unternahmen freilich einen solchen Versuch nicht, und sie sahen sich dann im Unterausschusses mit einer britischen Politik konfrontiert, die eigene Wege ging, ironischerweise sogar die Grenzziehung zuungunsten Deutschlands verschärfen wollte.

Noch ein weiterer Gesichtspunkt kam hinzu. Wie Lord später schrieb, habe die Konferenz vor dem Dilemma gestanden, daß ein "peace of reconciliation", den die Deutschen wünschten, Deutschland "intact, unpunished, and impertinent" gelassen hätte, während ein "peace of justice" die Vorstellung eines verbitterten, rachsüchtigen Deutschland hervorgerufen habe.⁹⁰¹ Bleibt man in diesem Schema, vertraten die Territorialexperten einen als wilsonianisch verstandenen "peace of justice", wobei die Frage lautete, wie Gerechtigkeit eigentlich definiert wurde. In jedem Fall zeigt der von Lord reklamierte Unterschied zwischen einem Versöhnungsfrieden und einem Frieden der Gerechtigkeit, daß Elemente der Bestrafung und der Schwächung Deutschlands sich problemlos einfügten in die spezifische, ideologisch verschärfte Gerechtigkeitskonzeption mancher Mitglieder der US-Delegation.⁹⁰²

Diese Vorstellung von Gerechtigkeit, die eine machtpolitische Schwächung und Bestrafung Deutschland verfolgte, trat in der Territorialfrage gleichberechtigt neben nüchterne machtpolitische, geostrategische Überlegungen; beide Kräfte wirkten im Verbund. Dahinter blieb die eigentlich als Grundlage des Friedens angesehene Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts zurück; dieses Manko konnte sogar im Zeichen der Gerechtigkeit für unwesentlich erklärt werden. Auch Wilson selbst war dieses Gerechtigkeitsdenken nur zu vertraut, es war geradezu seine Spezialität, nur manifestierte es sich sehr viel weniger bei den Territorialfragen als bei der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und der Verantwortlichkeit für den Krieg - mit anderen Worten, in ohnehin moralisch überhöhten Fragen.

⁹⁰⁰Lord, "The Polish-German Frontier", 25. 2. 1919, Lord an Bowman, 9. 3. 1919, jeweils zit. bei Schwabe, *Revolution*, S. 421, vgl. S. 417-422. Bemerkenswert war, daß Lloyd George die Bolschewismus-Gefahr in seinem Fontainebleau-Memorandum vom 25. März ebenfalls hervorhob, aber im Gegenteil als ein Argument verwendete, um die territorialen Friedensbedingungen zu mäßigen!

⁹⁰¹Haskins/Lord, *Some Problems*, S. 188, nach Schwabe, *Revolution*, S. 418.

⁹⁰²Vgl. dazu die Bemerkungen von Trachtenberg, *Versailles*, S. 490 f., 495.

Nachdem sich die Polen-Kommission am 7. März 1919 auf die Grenzziehung geeinigt hatte, war Colonel House sogar bereit, in Geheimverhandlungen noch weiterzugehen. Am gleichen Tag teilte House Lloyd George und Clemenceau zunächst seine Erwartung mit, auch die britischen Experten würden der Abtretung Danzigs an Polen zustimmen, um dann anzuregen, "that Eastern Prussia might either be internationalised or converted into a separate republic". House unterbreitete diesen Vorschlag einer Aufteilung Deutschlands im Nordosten, nachdem Lloyd George kritisiert hatte, die von Marschall Foch vorgeschlagene Grenzziehung an der Linie Danzig-Thorn bedeute die Einverleibung Ostpreußens in den polnischen Staat. Jedenfalls schloß House sich nicht der ablehnenden Haltung des Premiers an, sondern bot als Kompromiß an, was zuvor Dmowski gefordert hatte: Ostpreußen den Status einer separaten Republik zu verleihen. Clemenceau beeilte sich an dieser Stelle hinzuzufügen, "the more separate and independent republics were established in Germany the better he would be pleased" - ein klares Bekenntnis zur Aufteilung Deutschlands.⁹⁰³

Präsident Wilson äußerte zunächst kaum Einwände gegen die am 19. März 1919 vorliegenden Vorschläge der Polen-Kommission, im besonderen nicht gegen die Abtretung Danzigs.⁹⁰⁴ Als der französische Vertreter Jules Cambon den Bericht am 19. März im Rat der Zehn in einseitig propolnischer Weise vorstellte, regierte zunächst Lloyd George mit deutlicher Kritik an der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts und berief sich sogar auf die Vierzehn Punkte. Der Präsident hielt sich in dem Wortwechsel zwischen Lloyd George und den französischen Vertretern Cambon, Tardieu und Pichon erst zurück und nahm dann zögernd eine mittlere Position ein. Zunächst brachte er ein Argument, das auch Bowmann im Unterausschuß der Polen-Kommission am 4. März angeführt hatte: die Region zwischen Schneidemühl in der Provinz Posen und Marienwerder an der Weichsel sei von Deutschen kolonisiert worden, um Danzig von Polen abzutrennen.⁹⁰⁵ Diese Bemerkung griff Cambon sogleich auf: "... a large number of the German population which was of recent importation would emigrate to other parts of Germany when the Polish State was constituted."⁹⁰⁶ In diesem Hinweis verbarg sich bei näherem Hinsehen ein sehr problematischer Gedanke, der bei der Neugründung von Staaten entlang ethnographischer Linien unweigerlich aufkommen konnte: daß Nationalitätenprobleme sich durch eine Entflechtung überlappender Bevölkerungsanteile aus verschiedenen Nationen lösen ließen. Cambon sprach hier noch von einer freiwilligen Auswanderung; ein nächster, radikalerer Schritt wäre die forcierte Umsiedlung gewesen. Dieses problematische Vorgehen bei der Konsolidierung der territorialen Ausdehnung eines Landes war von den Deutschen im 19. Jahrhundert vorexerziert worden, in Form von Germanisierungsmaßnahmen und antipolnischer Gesetzgebung.

Nun war der von Cambon vorgebrachte Gedanke keiner, der den Vorstellungen des US-Präsidenten in irgendeiner Weise entsprach. Wilson äußerte eher den Gedanken der Kompensation von Gebieten: man belasse bereits viele historisch polnische Gegenden

⁹⁰³Memorandum Lloyd Georges über eine Besprechung mit Clemenceau und Colonel House, 7. 3. 1919, Lloyd George, MC I, S. 86-191, hier S. 189. Zu den polnischen Forderungen Lundgreen-Nielsen, S. 32 ff., S. 269 ff.

⁹⁰⁴Rat der Zehn, 19. 3. 1919, PPC IV, S. 413-19; Vgl. auch Schwabe, *Revolution*, S. 422 f.; Walworth, *Wilson*, S. 255-263, 328 f.

⁹⁰⁵Rat der Zehn, 19. 3. 1919, PPC IV, S. 415; Sitzung des Unterausschusses der Polen-Kommission, 4. 3. 1919, *Recueil des Actes*, S. 311-314; vgl. H. Nelson, S. 153.

⁹⁰⁶Rat der Zehn, 19. 3. 1919, PPC IV, S. 415.

bei Deutschland. Wilson gab jedoch im Verlauf der Diskussion zu erkennen, daß er sich noch kein abschließendes Urteil in der debattierten Frage gebildet hatte. Nach einer weiteren Warnung des britischen Premiers vor der Schaffung einer friedensbedrohenden deutschen Irredenta gab Wilson zu bedenken, überall in Europa könne der Besitz bestimmter Gebiete mit historischen und kommerziellen Argumenten gerechtfertigt werden. Er gab zu, "the inclusion of two million Germans in Poland was a violation of principle", fügte aber hinzu, "Germany had been notified that free and safe access to the sea for Poland would be insisted upon".⁹⁰⁷ Wilson war sich der Spannung verschiedener Regulationsprinzipien wohl bewußt, als er sagte, [t]he difficulty was to arrive at a balance between conflicting considerations".

Im weiteren führte er noch einen weiteren Grundsatz aus, der auch den Vorarbeiten Lords zugrundegelegt hatte: die strategische Lebensfähigkeit Polens. Daß diese mit einer gewissen Schwächung Deutschlands einhergehen mußte, sagte Wilson nicht ausdrücklich. Er erinnerte die anderen Regierungschefs daran, "the Allies were creating a new and weak State", und nannte für diese Schwäche historische Gründe, innenpolitische Verwerfungen und die Nachbarschaft Deutschlands, wenn auch nicht Rußlands. Wilson kam zu dem Schluß: "It was therefore necessary to consider not only the economic but the strategic needs of this state, which would have to cope with Germany on both sides of it, the Eastern fragment of Germany being of a most aggressive character". Wilson wiederholte das Dilemma, vor das die Konferenz sich gestellt sah, mit den Worten: "It was a question of balancing antagonistic considerations."⁹⁰⁸ Die Wahl des Wortes "antagonistic" statt, wie zuvor, "conflicting", legte sogar nahe, daß der Konflikt, der ja in Wilsons Vierzehn Punkten angelegt war - Selbstbestimmungsrecht und Zugang Polens zum Meer - im Grunde unlösbar war. Tardieu hatte zuvor festgestellt, beim besten Willen sei es nicht möglich, Grenzen "on ethnological grounds alone" festzulegen. Abschließend nahm der Präsident seine Mittlerposition wieder ein und schlug vor, die Polen-Kommission solle die Grenzen Ostpreußens in den Jahren 1772 untersuchen. Diese Grenze - gemeint war der Westen der Provinz - verlaufe zwischen der von der Polen-Kommission vorgeschlagenen und der von Lloyd George gewünschten ethnographischen Grenze.⁹⁰⁹

Wilson hatte in dieser Sitzung für seine Verhältnisse erstaunlich pragmatisch argumentiert.⁹¹⁰ Es war beinahe zu einem Rollenwechsel zwischen ihm und Lloyd George gekommen. Die Abwägung verschiedener Regulationsgrundsätze der Friedensordnung im Fall der deutsch-polnischen Grenze ließ erkennen, daß Wilson dem Schicksal Polens eine große Bedeutung beimaß, wie sie ja bereits in den Vierzehn Punkten zum Ausdruck gekommen war. Andererseits hegte er keine Sympathie für überzogene polnische Ansprüche, wie er in einer späteren Ratssitzung am 1. April bekräftigte.

Aus dem Verlauf der Diskussion gewinnt man nicht den Eindruck, daß Wilson vier Tage nach seiner Ankunft in Paris bereits alle für ihn vertretbaren Kompromisse in der Grenzfrage bis ins Detail ausgelotet und daher vertreten hat. Vielmehr hatte er sich seine Meinung, wie er selbst sagte, noch nicht ganz gebildet; es könnte aber auch sein, daß

⁹⁰⁷Ebda., S. 417-418.

⁹⁰⁸Ebda., S. 418.

⁹⁰⁹Ebda., S. 419.

⁹¹⁰Saunders, S. 171, sieht hier ein Beispiel für die Flexibilität der Vierzehn Punkte mit Blick auf Territorialfragen und für Wilsons diesbezüglichen pragmatischen Zugang, vgl. ebda., S. 105.

Bowman ihm nahegelegt hatte, gegen den Bericht der Polen-Kommission keine Einwände vorzubringen.⁹¹¹

17. 1. 3. Erfolg für die Selbstbestimmung. Wilson und die Entscheidungen zum Status Danzigs und zum rechten Weichselufer

Zunächst blieb Wilson auch bei seiner Position und unterstützte am 22. März Lloyd Georges Vorschlag, den Bericht der Polen-Kommission vorläufig zu billigen und im Zusammenhang mit den weiteren Territorialentscheidungen zu überprüfen. Doch bereits am 27. März stimmte der Präsident Lloyd Georges Plädoyer für eine Mäßigung in der Behandlung Deutschlands grundsätzlich zu: übertriebene Forderungen würden die Saat weiterer Kriege legen.⁹¹² Er legte Wert darauf, das Schicksal Danzigs durch die Überführung polnischer Truppen über die Stadt nach Polen nicht zu präjudizieren.⁹¹³

Wilson hatte am 25. März das Fontainebleau-Memorandum von Lloyd George erhalten, das die drohende Gefahr von Anarchie und Revolution in Europa an die Wand malte.⁹¹⁴ Möglicherweise beeindruckte es den Präsidenten zusätzlich, daß auch der von ihm geschätzte General Smuts eine ähnliche Denkschrift verfaßt hatte, die Lloyd George am 27. März in Auszügen vorlas. In einer Situation also, in der die Verhandlungen auf der Konferenz unter dem Druck von außen und dem inneren Druck der Kompromißfindung standen, als gleichzeitig um die Reparationsfrage, das Saarproblem und das Schicksal des Rheinlandes gerungen wurde, als Wilson mit Clemenceau massiv aneinandergeriet und sich die italienischen Forderungen nach der Adriastadt Fiume abzeichneten, trat Wilson in der Danzig-Frage deutlich fester auf.⁹¹⁵ Er rückte seine eigenen Friedensgrundsätze wieder in den Vordergrund.

Im Obersten Rat am 1. April 1919 schlug Wilson zunächst vor, das seit Wochen bestehende Problem des Transportes der Haller-Armee nach Polen zu regeln. Aus vertraulicher Quelle hatte er erfahren, daß die Deutschen, die innenpolitische Bedrängnisse und Revolutionsgefahr geltend machten, einen Transport über Danzig ablehnten, aber den Weg durch Deutschland per Zug anboten. Wilsons Kompromißvorschlag, lediglich einen kleineren Teil der Truppen per Schiff via Danzig zu schicken, wurde akzeptiert. Auf diese Weise erschien die Gefahr gebannt, daß die polnischen Truppen die Stadt Danzig in einem Coup für Polen in Besitz zu nehmen, unter Umgehung der Friedenskonferenz.⁹¹⁶

⁹¹¹Dieser Ansicht war das - allerdings pro-britische - US-Delegationsmitglied Beer, Diary, 21. 3. 1919, Lundgreen-Nielsen, S. 518, Anm. 86.

⁹¹²Rat der Vier, 27. 3. 1919, Mantoux I, S. 41. Wilson sagte: "J'espère que vous êtes d'accord, en principe, avec M. Lloyd George sur la modération qu'il est nécessaire de montrer vis-à-vis de l'Allemagne. Nous ne voulons pas et nous ne pourrions pas la détruire: Notre plus grande erreur serait de lui donner des raisons puissantes de vouloir un jour prendre sa revanche. Des stipulations excessives jetteraient un germe certain de guerre."

⁹¹³Rat der Vier, 27. 3. 1919 (nachmittags), Mantoux I, S. 52 .

⁹¹⁴Memorandum von Lloyd George, 25. 3. 1919, PW 56, S. 259-270.

⁹¹⁵Miller Diary, 28. 3. 1919, DCP I, S. 208: Wilson habe Mezes gesagt, wenn er den Polen Danzig gebe, müsse er den Italienern Fiume geben.

⁹¹⁶Rat der Vier, 1. 4. 1919, Mantoux I, S. 105-119, vgl. zur Diskussion um den Transport der polnischen Truppen Rat der Vier, 29. 3. 1919, Mantoux I, S. 76-80, FRUS, PPC V, S. 15-20; 1. 4. 1919, Mantoux I, S. 105-108, ausführlich auch Schwabe, Revolution, S. 454-468; Lundgreen-Nielsen, S. 225-233. General Hammerstein, Militärberater der deutschen Waffenstillstandskommission, hatte in einem Funktelegramm am 10. und am 26. März 1919 gegen den den Truppentransport über Danzig protestiert, am 26. 3. auch

In der Nachmittagssitzung sprach Wilson die Danzig-Frage direkt an und bezog sich auf vier Vorschläge der Experten, drei von amerikanischer und einer von britischer Seite.⁹¹⁷ In den letzten Märztagen hatte Wilson erwogen, aus der Stadt Danzig eine freie, internationale oder unabhängige Stadt mit deutschem Hinterland zu machen. Sidney Mezes erhielt von Wilson den Auftrag, dazu einen Plan auszuarbeiten.⁹¹⁸ Mezes und Bowman hatten daraufhin Alternativen diskutiert zum Vorschlag der Polen-Kommission, Danzig an Polen zu geben. Mezes legte dem Präsidenten am 31. März ein Memorandum vor, in dem drei Alternativpläne aufgeführt waren - nicht nur der von Wilson gewünschte Entwurf zu einer Freien Stadt, sondern auch der ursprüngliche Vorschlag der Polen-Kommission und ein weiterer Kompromißentwurf.⁹¹⁹

Plan A, so Mezes, "would establish an independent state, with a constitution insuring, as far as possible, internal freedom and internal and external impartiality". Als Chef der Exekutive komme ein vom Völkerbund ernannter Hoher Kommissar in Betracht. Von einer wirtschaftlichen Bindung an Polen oder Deutschland war nicht die Rede. Das Territorium des Staates würde ein Gebiet zwischen den Eisenbahnlinien im Westen und Süden von Danzig bis zum Westufer der Weichsel umfassen; insgesamt eine Bevölkerung von 310.000 Deutschen. Mezes riet davon ab, diesem Territorium auch die Gebiete östlich der Weichsel zuzuschlagen, in denen 73.000 Deutsche lebten; diese Lösung sei nachteilig für Polen. Damit dürften die Kreise Marienwerder und Rosenberg gemeint gewesen sein, auf die der Bericht der Polen-Kommission vom 22. März sich bezogen hatte.⁹²⁰ Mezes nannte als gravierenden Nachteil dieser Regelung, man gäbe den Deutschen so eine Waffe in die Hand, Polen wirtschaftlich zu unterwerfen. Auch verhiess er ihr keine lange Lebensdauer, da dieser "solid block of Germans" nach einer Vereinigung mit Ostpreußen rufen würde.⁹²¹

Mezes gab seine Sympathie für den ursprünglichen Plan der Polen-Kommission (hier Plan B) klar zu erkennen, als er sagte, alle amerikanischen und die meisten britischen Experten befürworteten ihn. Mezes wies den Präsidenten darauf hin, er gewinne bei Annahme dieses Plans eine freie Hand bei der Lösung der Fiume-Frage; diese adriatische Stadt könne man dann Jugoslawien geben. Mezes, der wußte, daß Wilson gegen die italienischen Ansprüche auf Fiume eingestellt war, bemühte sich hier, zwei recht ähnliche Fragen zu verknüpfen, um eine Lösung der Danzig-Frage im Sinne der US-Experten zu erreichen - obwohl man Fiume eigentlich Italien hätte geben müssen, wenn Danzig an Polen fiel! Jedenfalls markierte Wilson die Passage mit dem Bleistift.

Plan C schließlich, so Mezes, stelle einen Kompromiß dar. Dabei behalte Deutschland das Territorium östlich der Weichsel mit einer Bevölkerung von 130.000 Deutschen

gegen die polnischen Ansprüche in Westpreußen und Danzig, Rat der Zehn, 11. 3., FRUS, PPC IV, S. 315, H. Nelson, S. 176-177. Marschall Foch, mit der Klärung der technischen Probleme beauftragt, war daran interessiert, den Transport der Truppen via Danzig und die Festlegung der Waffenstillstandslinie Danzig-Thorn als endgültige deutsch-polnische Grenze in einem zu regeln.

⁹¹⁷Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 3.

⁹¹⁸Miller Diary über ein Gespräch mit Mezes, 28. 3. 1919, DCP I, S. 208-209; vgl. Schwabe, *Revolution*, S. 449, 451. Walworth, Wilson, S. 262, bezieht sich hingegen auf eine Aufzeichnung Bowmans, der Auftrag an Mezes sei am 1. 4. ergangen. Doch dürfte es für Mezes kaum möglich gewesen sein, drei Pläne innerhalb weniger Stunden auszuarbeiten. Vgl. Bowmans Darstellung in Seymour/House, *Paris*, S. 161-162.

⁹¹⁹Memorandum S. E. Mezes, 31. 3. 1919, PW 56, S. 471-473.

⁹²⁰Vgl. Teil 1, Kap. 8. 1. 2.

⁹²¹Memorandum Mezes, 31. 3. 1919, PW 56, S. 471-472.

und etwa 40. 000 Polen, aber Danzig und die Umgebung westlich der Weichsel käme zu Polen. Dabei hätten die Polen weder eine unbehinderte Kontrolle der Weichsel noch die Eisenbahn Danzig-Mlawa, doch die Deutschen verlören ihre Stadt und Umgebung. Dieser Vorschlag versuchte sozusagen eine Lösung zu erreichen, bei der beide Seiten etwa gleich unzufrieden waren. Mezes gab auch hier zu verstehen, daß er den Plan eher lustlos unterbreitete.⁹²²

Kurz vor der Sitzung am 1. April hatte der US-Präsident ein weiteres Memorandum von Mezes erhalten, in dem ein Konzept des britischen Territorialexperten Headlam-Morley beschrieben war. Danach sollten Danzig und das Westufer der Weichsel an den Völkerbund abgetreten werden, der es als einen Freihafen mit großzügiger Autonomie an Polen überführe. Das Gebiet östlich der Weichsel würde ebenfalls an den Völkerbund gegeben, der erst zu einem späteren Zeitpunkt über die dortige Grenzziehung zwischen Polen und Ostpreußen entscheiden sollte. Der Plan erschien Mezes als nicht unvorteilhaft.⁹²³

Wilson stellte diese Pläne im Obersten Rat kurz vor, modifizierte aber Plan A, indem er sagte, dabei würde die Grenze Ostpreußens nach Westen vorgeschoben, um die Deutschen der unteren Weichsel einzubeziehen (vermutlich um Marienwerder). Polen erhielt östlich der Weichsel noch ein ballonförmiges Gebiet (offensichtlich zwischen der Weichsel und der Nogat). Ansonsten sagte Wilson über diesen Plan, er mache Danzig zu einer "ville libre, un peu à la manière des villes hanséatiques du Moyen Age". Die Gefahr sei allerdings - hier griff Wilson die Kritik von Mezes auf - daß die Deutschen versucht wären, die Wiedervereinigung mit Deutschland zu erreichen. Auf die amerikanischen Pläne B und C ging der Präsident nicht weiter ein, sondern er schien den jüngsten Vorschlag Headlam-Morleys zu bevorzugen. Er gefiel ihm offenbar, daß darin der Völkerbund ins Spiel gebracht wurde; nachteilhaft sei nur, daß einige Entscheidungen offen blieben.⁹²⁴

Wie er seinen Verhandlungspartnern erzählte, hatte Wilson den Plan einer freien Stadt wohl bereits früher in einem Gespräch mit Dmowski erwogen; dieser sei dabei "an die Decke gesprungen". Man dürfe, so der Präsident warnend und mit einem Hauch von Sarkasmus, sich nicht zu sehr vom "l'état d'esprit des Polonais" beeinflussen lassen. Dmowski und Paderewski hätten ihm in Washington auf seine Frage, in welchen Grenzen sie Polen sehen würden, eine Karte gezeigt, auf der sie einen Großteil der Erde gefordert hätten! Doch alles, was man den Polen versprochen habe - hier rief Wilson seine Vierzehn Punkte in Erinnerung -, sei der Zugang zum Meer und, so gut wie möglich, die Respektierung ethnographischer Grenzen.⁹²⁵

Es gelang Wilson, die Initiative in der Hand zu behalten und eine Entscheidung der Regierungschefs im Grundsatz herbeizuführen; Lloyd George unterstützte ihn dabei aktiv, Clemenceau zögerte noch. Von Wilson stammte auch der Vorschlag, im Kreis Marienwerder, auf den Lloyd George großen Wert legte, eine Volksabstimmung abzuhalten.

In einer Besprechung mit seinen Experten und Headlam-Morley klopfte Wilson die Bestimmungen über den Status Danzigs fest. Auf die Frage des Briten, ob Danzig "was to

⁹²²Memorandum Mezes, 31. 3. 1919, PW 56, S. 472-473. Miller notierte am 28. 3., Mezes sei "very anxious to go as far for the Poles as he can consistency with the President's understanding", DCP I, S. 209. Zu Fiume s. u.

⁹²³Memorandum Mezes, 1. 4. 1919, PW 56, S. 505.

⁹²⁴Rat der Vier, 1. 4. 1919, Mantoux I, S. 110.

⁹²⁵Rat der Vier, 1. 4. 1919, Mantoux I, S. 112; siehe dazu auch Schwabe, Revolution, S. 448-469.

be a sovereign State or under the League of Nations with any kind of mandate", antwortete Wilson, er halte nichts von Mandaten in Europa. Man kam überein, einen Völkerbund-Hochkommissar zu berufen, wie in dem US-Plan A erwogen, mit dem Unterschied, diesem Beamten keine exekutiven Befugnisse zu verleihen. Mit Lloyd Georges Vorschlag einer Zollunion zwischen Polen und Danzig erklärte der Präsident sich einverstanden. Laut Headlam-Morleys Bericht war er sich bewußt, daß Danzig damit im streng kommerziellen Sinne kein Freihafen mehr sei. Die Grenze Ostpreußens wollte Wilson so weit in Richtung der Weichsel ausdehnen "as is necessary to include any genuine German territory".⁹²⁶

Nachdem Haskins und Headlam-Morley unter Einbeziehung Tardieus einen Entwurf der Danzig betreffenden Artikel des Friedensvertrags vorgelegt hatten und auch Clemenceau sich am 3. April 1919 im Rat der Vier mit der Lösung prinzipiell einverstanden erklärte, faßte Wilson das Ergebnis zusammen, das innerhalb weniger Tagen aufgrund seiner Initiative zustande gekommen war.⁹²⁷ In dem Fall, daß der Kreis Marienwerder sich für den Anschluß an Ostpreußen entscheide, so Wilson, solle die Weichsel unter das Regime internationaler Flüsse fallen. Deutschland könne das Recht wahrnehmen, eine Eisenbahnverbindung nach Ostpreußen über das Danziger Gebiet zu bauen.

Am 7. April 1919 lagen die von Haskins und Headlam-Morley ausgearbeiteten Vertragsentwürfe über die Freie Stadt Danzig, die Gebiete der Volksabstimmung und die Bestimmungen über die Eisenbahnnutzung vor.⁹²⁸ Die Plebiszite auf dem rechten Weichselufer waren für die Kreise Stuhm, Rosenberg und dem Teil der beiden Kreise Marienburg und Marienwerder rechts des Stroms vorgesehen.⁹²⁹

Nachdem Wilson dem Expertenentwurf am 9. April im Rat der Vier zustimmte, mußte nur noch der Widerstand des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski überwunden werden, der sich leidenschaftlich für den Anschluß Danzigs an Polen verwandte. Der US-Präsident versuchte dem polnischen Politiker vergeblich die Vorteile der Vereinbarung zu verdeutlichen: Zollunion Danzigs mit Polen, freie Nutzung des Hafens, Souveränität über die Weichsel, deren linkes Ufer und die Eisenbahnverbindung nach Thorn, freie Nutzung der Bahnstrecke nach Warschau. Wilson versicherte die Absicht der Regierungschefs, "de mettre Dantzig entièrement à la disposition de la Pologne", stand

⁹²⁶Memorandum Headlam-Morleys über eine Besprechung mit Wilson, Mezes und Bowman, 2. 4. 1919, BDF A, PPC 8, Doc. 90, S. 337-338. Headlam-Morley äußerte sich in zwei Privatbriefen sehr positiv über dieses Treffen mit Wilson: an R. Leeper, 2. 4. 1919, und an Rev. C. Headlam, 16. 4. 1919, Headlam-Morley, A Memoir, S. 66, 78. Vgl. auch Bowman in: House/Seymour, Paris, S. 161-162.

⁹²⁷Rat der Vier, 3. 4. 1919, Mantoux I, S. 125-126. Dieses Tempo hat Wilson sicher nicht umsonst gewählt, daher wohl auch das unübliche Vorgehen, daß ein Regierungschef mit Experten zweier Delegationen konferierte. Es war bemerkenswert, daß im Anschluß an die Übereinkunft über den Status Danzigs die Fiume-Frage im Rat der Vier erörtert wurde, die in mancher Hinsicht vergleichbar war, wie der italienische Regierungschef Orlando selbst sagte. Wilson erklärte, er sei außerordentlich interessiert an dem Problem Fiume, einer Stadt Österreich-Ungarns mit einem italienischen Bevölkerungsanteil in kroatischem Hinterland und wirtschaftlicher Nutzung durch Ungarn (ebda., S. 127 ff.). Der Streit um Fiume, das Italien beanspruchte, zog sich noch mehrere Wochen hin. Wilson, der eine Annexion durch Italien klar ablehnte, wollte Fiume als eine Freie Stadt etablieren. Rat der Vier, 3. 4. 1919, Mantoux I, S. 132 ff., 19. 4. 1919, ebda., S. 283, und 24. 4. 1919, ebda., S. 357. Vgl. Nicolson, S. 153-179; Walworth, Wilson, S. 335 ff.

⁹²⁸"The Establishment of the Free City of Danzig"; "Extension of plebiscite area on the Right Bank of the Vistula"; "Railway Facilities"; undat., Anlage zu einem Memorandum Headlam-Morleys: "Polish Settlement: Danzig, &c.", 7. 4. 1919, BDF A, PPC 8, Doc. 99, S. 346-349.

⁹²⁹"Extension of plebiscite area on the Right Bank of the Vistula", Art. 8, BDF A, PPC 8, Doc. 99, S. 347.

aber fest zur getroffenen Entscheidung und erklärte Paderewski geduldig die Gefahren einer deutschen Irredenta, die man minimieren wolle.⁹³⁰ Als die Danzig-Frage in der Ratssitzung am 12. April erneut aufkam, meinte der Präsident, man solle für Paderewski eine Erklärung über die alliierten Motive ausarbeiten; er war aber nicht bereit, Marienwerder an Polen zu geben, wie Clemenceau vorschlug, und blockte einen weiteren Versuch des französischen Premiers am 15. April ab.⁹³¹

Am 18. April stellte Wilson die endgültige Fassung der Artikel zur deutsch-polnischen Grenze und Danzig im Rat der Vier vor.⁹³² Sie wurden mit geringen Änderungen in den Passagen über die Volksabstimmungen am 22. April im Viererrat gebilligt.⁹³³ Ein Schreiben von Mezes, der sich wie die britischen Sachverständigen doch noch dafür aussprach, den Kreis Marienwerder an Polen zu geben, ließ der Präsident unberücksichtigt.⁹³⁴ Im endgültigen Vertragstext war allerdings nicht mehr von einer "independent Free City" die Rede, was Danzig den Abschluß internationaler Verträge ermöglicht hätte, sondern nur noch von "Freie Stadt" Danzig.⁹³⁵

Greift man abschließend die Formel von den "conflicting" bzw. "antagonistic considerations" wieder auf, die Wilson am 19. März für die Grenzprobleme gewählt hatte, so ist deutlich geworden, daß der Präsident sich seit Ende März darauf konzentriert hatte, das Selbstbestimmungsrecht so weit wie möglich anzuwenden. Zwar kam schließlich eine nicht unbedeutende Zahl Deutscher unter polnische Souveränität, doch sah Wilson dies angesichts der verbreiteten Durchmischung der Bevölkerung als unvermeidlich an. Die Abweichungen vom Selbstbestimmungsrecht in Oberschlesien sind ihm zu diesem Zeitpunkt möglicherweise nicht bewußt gewesen.

Bei alledem muß man bedenken, daß die US-Experten Lord, Bowman und Mezes sehr polonophil eingestellt waren und Wilson aus seiner Delegation keine ausgewogenen Stellungnahmen erhielt. Der Präsident kämpfte also unter ungünstigen Bedingungen um das Selbstbestimmungsrecht für Deutsche *und* Polen: gegen den Rat seiner Experten, die Rückendeckung von House hatten, gegen die französischen Delegierten, die offen die polnische Position unterstützten, und gegen die Ansprüche der Polen - Dmowski und Paderewski - selbst. Nur von Lloyd George, der zu Beginn gar die Initiative übernommen hatte, kam Unterstützung. Die von Wilson so empfundene Intransigenz der französischen Delegation dürfte neben der Bedeutung Danzigs für die Fiume-Frage eine sehr große, wenn nicht ausschlaggebende Rolle für Wilsons Neubestimmung seiner Position Ende März gespielt haben.⁹³⁶ Nicht zuletzt versprach die weitgehende Beachtung der Selbstbestimmung auch die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes in Deutsch-

⁹³⁰Rat der Vier, 9. 4. 1919, Mantoux I, S. 198.

⁹³¹Rat der Vier, 12. 4. 1919, Mantoux I, S. 231-232; 15. 4. 1919, ebda., S. 248-249.

⁹³²Rat der Vier, 18. 4. 1919, Mantoux I, S. 271-272.

⁹³³Rat der Vier, 22. 4. 1919, FRUS, PPC V, S. 114. Der Vertragstext im Anhang VII auf S. 118-122.

⁹³⁴"Note relative to the Settlement of the Danzig Question and the Polish Frontiers in East and West Prussia", undat., Anlage zu Mezes an Wilson, 21. 4. 1919, PW 57, S. 572-574.

⁹³⁵Versailler Vertrag, Artikel 102, S. 66.

⁹³⁶Die Fiume-Frage konnte aber lediglich ein Motiv für die Lösung eines Teils der deutsch-polnischen Grenze abgeben, was in der Forschung übersehen worden ist: denn Wilson trat ebenso für eine gerechte Regelung der Verhältnisse in den Gebieten rechts der Weichsel ein, die historisch ja ganz anders gelagert waren.

land zu verringern, die seit dem kommunistischen Putsch in Ungarn in der Wahrnehmung der Regierungschefs in Paris an Brisanz gewonnen hatte.⁹³⁷

Daß Wilson für die geostrategischen Interessen Frankreichs ein sehr waches Auge hatte, wird in einer Bemerkung gegenüber seinem Vertrauten Baker am 7. April deutlich: "The only real interest of France in Poland is in weakening Germany by giving Poland territory to which she has no right."⁹³⁸ Interessant im Zusammenhang mit dieser Bemerkung war, daß Wilson de facto gegen eine regional ausgerichtete Machtpolitik Frankreichs eintrat, aber dies vor allem mit dem Selbstbestimmungsrecht begründete. Die Notwendigkeit einer Stärkung Polens, die er am 19. März noch betont hatte, spielte hier nicht die wichtigste Rolle. Obwohl die Orientierung an der Selbstbestimmung durchaus eine Grundlage dafür bot, sprach Wilson nicht von einem sinnvollen oder zukünftigen deutsch-polnischen Ausgleich, wie es im Ansatz Lloyd George und Smuts taten. Die Grundsätze der Selbstbestimmung und der kooperativen Sicherheit - der Völkerbund als Schiedsinstanz bei Streifragen in Danzig - schienen ihm eine ausreichende Grundlage für die Friedensregelung im Osten Deutschlands zu bieten. Insgesamt bieten die Verhandlungen über die deutsch-polnische Grenze und die Danzig-Frage ein Beispiel für ein erfolgreiches Zusammenspiel Washingtons und Londons und für erhebliche Spannungen in den amerikanisch-französischen Beziehungen.

17. 2. Die amerikanische Position zur deutschen Grenze mit der Tschechoslowakei

Wie in Teil 1, Kap. 8.2. ausgeführt, barg die Grenzziehung Deutschlands mit den neuen Staaten der aufgelösten Doppelmonarchie Österreich-Ungarn eine erhebliche Herausforderung bei der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, das nach Meinung des US-Präsidenten den stärksten Pfeiler der territorialen Neuordnung bilden sollte. Eine Einbeziehung in den deutschen Staat von etwa 3 Millionen Deutschsprachigen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien sowie von zusätzlich etwa 9 Millionen Deutsch-Österreichern lag nahe, wenn man das Nationalitätenprinzip und das Selbstbestimmungsrecht lupenrein anwendete, vorausgesetzt natürlich, daß die betreffende Bevölkerung auch den Wunsch nach einer solchen Lösung hegte.

Präsident Wilson war Mitte Oktober 1918, nachdem die Regierung Österreich-Ungarns ihn um Frieden gebeten hatte, von der absoluten Notwendigkeit überzeugt, die Doppelmonarchie aufzulösen - wie er selbst sagte, aufgrund von Verpflichtungen gegenüber den unterdrückten Nationalitäten wie den Tschechen und Slowaken.⁹³⁹ Deren Forde-

⁹³⁷Zur Entwicklung in Ungarn vgl. das Memorandum von Smuts an Lloyd George, 26. 3. 1919, SP IV, S. 86-87; seinen Bericht vom 4. 4., ebda., S. 103-105, und den Bericht seines Sekretärs Lane über Smuts' Mission nach Budapest, 15. 4., ebda., S. 105-118; ferner P. Hanak, Ungarn im Auflösungsprozeß der österreichisch-ungarischen Monarchie. Grundlagen und Folgen. in: Bosl (Hg.): Versailles - St. Germain - Trianon, S. 40; D. Silagi, Ungarn seit 1918: Vom Ende des I. Weltkrieges bis zur Ära Kadar. In: Schieder (Hg.), Handbuch, 7/2, S. 887.

⁹³⁸Tagebuch Baker, 7. 4. 1919, PW 57, S. 69. Clemenceau hatte am 7. 2. 1919 im Rat der Zehn gesagt, Polen sei "most necessary as a buffer on the East just as France formed a buffer on the West", FRUS, PPC III, S. 904.

⁹³⁹Geddes an Lloyd George über eine Unterredung mit Wilson, 13. 10. 1918, PW 51, S. 326; vgl. Perman, S. 48 ff. Am 3. 9. 1918 erkannte die US-Regierung den tschechoslowakischen Nationalrat als kriegführende de-facto-Regierung an (S. 43 f.). Vgl. C. Seymour, End of an Empire, in House/Seymour, Paris, S. 87-90.

rungen werde er voll unterstützen, sagte der Präsident am 16. Oktober zu Wiseman; und diese Haltung dürfte sich auch auf die Territorialfragen erstreckt haben.⁹⁴⁰

Ende Oktober, nachdem die Regierung in Prag ihre Amtsgeschäfte aufgenommen hatte, spitzte sich die Lage in den deutschen Gebieten Böhmens zu: deutsche Delegierte aus Böhmen riefen eine autonome Provinz Deutsch-Böhmen aus, die eng an Deutsch-Österreich gebunden werden sollte; die Deutschen in Mähren folgten. Die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs akzeptierte Deutsch-Böhmen und Teile Südmährens als Teile Österreichs, während Deutsch-Österreich selbst am 12. November 1918 seinen Wunsch erklärte, Teil der deutschen Republik zu werden.⁹⁴¹ Kaum verwunderlich, erhielt Washington nach dem Waffenstillstand mit Deutschland und Österreich-Ungarn im November 1918 mehrere Schreiben, in denen Vertreter der Deutsch-Böhmen und die Wiener Regierung dagegen protestierten, daß die tschechoslowakische Regierung die deutsch besiedelten Landschaften Böhmens, Mährens und Schlesiens mit Waffengewalt ihrem Staatsgebiet einverleiben wolle. Die Deutsch-Böhmen gaben vor, im Namen von 2, 5 Millionen Landsleuten zu sprechen, die sich als ein Teil der freien deutschen Republik betrachteten; sie beriefen sich dabei mehrfach auf das von Präsident Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht.⁹⁴²

Die deutsch-österreichische Regierung unter Kanzler Renner und Außenminister Bauer verwies auf Informationen, die Siegermächte wollten die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens mit mehr als 3 Millionen Deutschen an den tschechoslowakischen Staat geben. Die betreffende Bevölkerung sei jedoch brennend an einer Unabhängigkeit von Prag interessiert. Wien berief sich ebenfalls auf das Selbstbestimmungsrecht und schlug zur weiteren Klärung ein Plebiszit vor.⁹⁴³ 10 Tage später erneuerte die Wiener Regierung ihren Protest.⁹⁴⁴

Unterdessen hatte sich auch der tschechoslowakische Außenminister Beneš an US-Außenminister Lansing gewandt und am 20. Dezember 1918 gegen die erste Note der Regierung Renner protestiert. Beneš schlug einen devoten, doch entschiedenen Ton an und behauptete, die deutsche Bevölkerung in Böhmen, die mit Tschechen vermischt lebe, "is quietly accepting its incorporation with the Czecho-Slovak State". Er verurteilte die Wiener Note als Agitation und wies auf die Unterstützung der bolschewistischen Bedrohung durch die Regierung Renner und Bauer hin, letzterer ein Minderheitssozialist. Prag, das als einzige Regierung in Mitteleuropa von den Alliierten anerkannt sei, wünsche zur Herstellung der inneren Ordnung eine vorläufige Entscheidung über die Grenzen seines Landes, das die historischen Gebiete Böhmen, Mähren und Schlesien einschließen solle, und bat um eine diesbezügliche amerikanische Erklärung. Beneš fügte einen Brief des französischen Außenministers Pichon vom 19. Dezember bei, der

⁹⁴⁰Memorandum Wiseman über eine Unterredung mit Wilson, 16. 10. 1918, PW 51, S. 348.

⁹⁴¹Perman, S. 75 f.

⁹⁴²Brief der "National Representation of German Bohemia" an Wilson, undat., in: "Swedish Minister in Washington (Ekengren) to Secretary of State", 21. 11. 1918, FRUS, PPC II, S. 377-378; vgl. Perman, S. 77 f.

⁹⁴³Note der deutsch-österreichischen Regierung, 12. 12. 1918, in: "The Swedish Legation to the Department of State", 13. 12. 1918, FRUS, PPC II, S. 379.

⁹⁴⁴Note der deutsch-österreichischen Regierung, undat., in: "Swedish Minister (Ekengren) to Secretary of State", 23. 12. 1918, FRUS, PPC II, S. 383-384.

die Anliegen Prags entschieden befürwortete.⁹⁴⁵ Die Antwort aus Washington am 4. Januar war jedoch ausweichend.⁹⁴⁶

Noch vor Beginn der Friedenskonferenz erhielt die US-Delegation einen ausführlichen Bericht von Professor Coolidge, Leiter einer amerikanischen Erkundungsmission nach Wien. Coolidge gab die politischen Ansichten von Deutsch-Österreichern wieder, die sich große Sorgen um das Schicksal der deutsch besiedelten Gebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien machten. Sie sprachen sich massiv gegen eine Einbeziehung dieser Gebiete in den Prager Staat aus, auch wenn sie akzeptierten, daß einige andere deutsch besiedelte "Inseln" an die Tschechoslowakei verloren seien. Allerdings räumten seine Gesprächspartner die geographische und zum Teil auch die wirtschaftliche Einheit Böhmens und Mährens ein, ebenso wie die historische Einheit der Kronlande, mit Ausnahme des Distriktes Eger. Das entscheidende Argument der Deutsch-Österreicher sei jedoch "the principle of self-determination". Sie erklärten, Wilsons Vierzehn Punkte ohne Ausnahme zu akzeptieren. Nun, da ein Staat auf nationalistischer Grundlage errichtet werde - die Tschechoslowakei -, beanspruchten die Deutschen in Böhmen und Mähren, nicht gewaltsam in diesen einbezogen zu werden. Coolidge verwies auch auf den Vorschlag eines Plebiszites.⁹⁴⁷

Wichtig für die Meinungsbildung in der US-Delegation in Paris war nun, daß Coolidge das Argument der Deutsch-Österreicher weitgehend übernahm, auch wenn er eine Teilung Böhmens für in wirtschaftlicher Hinsicht problematisch hielt. Er entwarf eine düstere Aussicht für den Frieden in Europa, für die moralischen Grundlagen der politischen Neuordnung: "To tear away some three million Germans from their fellows and to unite them against their wills to a Czechish population of barely double their numbers would not only be a most flagrant violation of the principles which the Allies and especially the United States have proclaimed as their own and which have been accepted by Austria, but would utterly destroy any hope of a lasting peace."⁹⁴⁸

Man werde auf diese Weise eine österreichische Irredenta schaffen; Frieden zwischen dem tschechoslowakischen Staat und seinen Nachbarn Deutschland und Österreich wäre ebenso unmöglich wie im 19. Jahrhundert der Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. Auch wenn die Deutsch-Österreicher gegenwärtig machtlos seien, werde diese Frage früher oder später wieder aufkommen, während die Balkanisierung der früheren österreichischen Territorien eine permanente Quelle der Unruhe und Gefahr sei. Die eindringliche Warnung des amerikanischen Missionsleiters war es, das Augenmerk seiner Pariser Kollegen auf die nicht nur unmittelbare, sondern vor allem auch die zukünftige Stabilität dieser Region Mitteleuropas zu lenken. Seine zugrundeliegende Argumentation war, daß man im Interesse des Friedens das Prinzip der europäischen Neu-

⁹⁴⁵Benes an Lansing, 20. 12. 1918, FRUS, PPC II, S. 379-282.

⁹⁴⁶Lansing an Benes, 4. 1. 1919, FRUS, PPC II, S. 384.

⁹⁴⁷Coolidge an US-Delegation in Paris, 12. 1. 1919, FRUS, PPC II, S. 233-236. Weitere Memoranden über die Position der Deutsch-Böhmen erreichten die US-Delegation im Januar und Februar 1919, siehe dazu H. Nelson, S. 287-291. Vgl. Walworth, Wilson, S. 98.

⁹⁴⁸Coolidge an US-Delegation in Paris, 12. 1. 1919, FRUS, PPC II, S. 236-237. Ähnlich Coolidge an US-Delegation, 17. 2. 1919, FRUS, PPC XII, S. 334-336, mit einer kritischen Stellungnahme zu dem (protschechischen) Bericht von Prof. Kerner über die Lage in Deutsch-Böhmen (S. 337-341). Siehe auch den Bericht Coolidges über eine Unterredung mit Präsident Masaryk, 5. 2. 1919, ebda., S. 327.

ordnung, das man am lautesten proklamiert habe, auch konsequent umsetzen müsse - sonst blieben von dem politischen Ordnungsversuch nur Scherben übrig.

Wie sollte angesichts dieser Probleme eine Entscheidung getroffen werden? Denn weder eine primär idealistische Sicht der Dinge noch eine stabilitätsorientierte Perspektive konnte an der Tatsache vorbeigehen, daß die Einbeziehung der deutsch besiedelten Gebiete Böhmens und Mährens, geschweige denn ein Anschluß der ca. 9 Millionen Österreicher nicht ohne Auswirkungen auf das europäische Gleichgewicht bleiben würde. Deutschland würde mit Blick auf Menschen, Territorium und wirtschaftliche Ressourcen weiter gestärkt; die Lebensfähigkeit der Tschechoslowakei wäre ernstlich in Frege gestellt worden.

Präsident Wilson scheint diese Probleme bedacht zu haben, als er am 12. Dezember 1918, kurz vor seiner Ankunft in Europa, zu Professor Young sagte, "it would be too complicated to draw any new boundary in Bohemia, even though there is a clear line which could and should be drawn eliminating two million Germans from Czechoslovakia".⁹⁴⁹ Wilson war sich demnach wohlbewußt, daß eine Grenzziehung entlang des Selbstbestimmungsrechts gut möglich war - im Vergleich mit dem deutsch-polnischen Grenzverlauf war ein solches Unterfangen sogar viel einfacher. Doch offenkundig orientierte sich Wilson in diesem Fall - ähnlich übrigens wie zunächst im Fall Polens - an anderen Regulationsprinzipien wie wirtschaftlichen oder strategischen Gesichtspunkten. Die für die Territorien Österreich-Ungarns zuständigen Experten der Inquiry gaben den wirtschaftlichen Erwägungen entschieden Vorrang vor den ethnischen. Im Schwarzbuch der Inquiry, das am 21. Januar 1919 vorlag, wurde eine Grenzziehung entlang den historischen Grenzen der böhmischen Kronlande empfohlen. Die Denkschrift wies auf die wirtschaftlichen Vorteile für die deutsche Bevölkerung hin und auf Berichte, diese befürworte eine Einbeziehung in die Tschechoslowakei, vorausgesetzt sie erhalte Minderheitenrechte.⁹⁵⁰ Die US-Experten zeigten sich also weitgehend unbeeindruckt von den Forderungen der Deutsch-Österreicher und dem Coolidge-Bericht, wenn sie überhaupt Kenntnis von ihm hatten. Das Red Book der Territorialexperten vom Februar 1919 ging ebenfalls von der geographischen und wirtschaftlichen Einheit Böhmens aus, befürwortete allerdings geringe Grenzveränderungen, um dem Nationalitätenprinzip besser gerecht zu werden. Doch die wirtschaftlichen und strategischen Erwägungen überwogen bei weitem.⁹⁵¹

Auch Beneš entfaltete in Paris eine rege diplomatische Aktivität. In einem Sondierungsgespräch mit House gewann er den Eindruck, daß der Colonel seine Forderungen unterstütze, am 5. Februar 1919 speiste der tschechoslowakische Außenminister mit amerikanischen Territorialexperten, unter ihnen Charles Seymour, und trug danach seine Anliegen im Obersten Rat vor.⁹⁵² Die US-Experten waren zwar von Beneš' Darlegung, seiner Betonung wirtschaftlicher Zusammenhänge und seinem Eintreten für De-

⁹⁴⁹Bullitt Diary, 12. 12. 1918, zit. in Perman, S. 139. Vgl. Seymour an seine Familie, 12. 12. 1918, Seymour, Letters, S. 28-30.

⁹⁵⁰"Outline of Tentative Report", 21. 1. 1919, DCP IV, Doc. 246, S. 230-231; vgl. den Abschnitt über Deutsch-Österreich, ebda., S. 243.

⁹⁵¹"Proposed New Boundaries for Germany", undat., DCP VI, Doc. 441, S. 52.

⁹⁵²Rat der Zehn, FRUS, PPC III, S. 877-887; Brief Seymour, 8. 2. 1919, Seymour, Letters, S. 154-156. Zum Gespräch Beneš' mit House Walworth, Wilson, S. 99. Vgl. Teil 1, Kap. 8. 2.

mokratie und Minderheitenschutz angetan.⁹⁵³ Doch waren sie nicht einverstanden mit seiner Forderung nach den Gebieten um die Städte Glatz und Ratibor im preußischen Teil Schlesiens und der Schmiedeberg-Region im Riesengebirge, die Beneš am 4. März in der Kommission zur Tschechoslowakei erneuerte.⁹⁵⁴

In der ersten Vollsitzung der Tschechoslowakei-Kommission wog Seymour als einziger Vertreter die unterschiedlichen Prinzipien der Grenzziehung gegeneinander ab. Zweifellos, so der Geographie-Professor, sei es ein Nachteil für die neue Republik, eine große Anzahl Deutscher auf ihrem Territorium zu haben, die sich nur schwer assimilieren würden. Während Seymour so die Wünschbarkeit des Nationalitätenprinzips hervorhob, sprach er sich dennoch für die natürlichen Grenzen Böhmens aus, die unter geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorteilhaft seien. Strategischen Aspekten messe er nur eine zweitrangige Bedeutung bei. Seymour schloß sich also, wenn auch etwas zögernd, dem Vorschlag des französischen und britischen Delegierten an, behielt sich aber einige kleinere Abänderungen vor.⁹⁵⁵

Auch wenn die Kommission die historischen Grenzen Böhmens und Mährens als Grundlage der Beratungen nahm, versuchte Seymour die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei in diesem Rahmen so gering wie möglich zu halten. Seymour war möglicherweise doch von einigen amerikanischen Berichten beeinflusst worden, die bei der US-Delegation in Paris eingetroffen waren und die Vorstellungen der Deutsch-Böhmen übermittelten.⁹⁵⁶

So schlugen die Amerikaner im Unterausschuß zur Grenzziehung Korrekturen der historischen Grenze zugunsten Deutschlands vor: in den Gebieten Eger in Westböhmen sowie Rumburg und Friedland in Nordböhmen, in denen insgesamt etwa 500.000 Deutsche lebten. Die französischen Delegierten machten große Bedenken geltend, daß auch bei kleinen Änderungen am historischen Grenzverlauf Präzedenzfälle geschaffen werden könnten, auch mit Blick auf einen Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland.⁹⁵⁷ Lediglich eine Begradigung der Grenze im Gebiet um Friedland, die die tschechoslowakische Delegation selbst angeboten hatte, wurde mit französischer Zustimmung beschlossen.⁹⁵⁸

Es gelang den US-Delegierten in den folgenden Sitzungen angesichts erheblichen französischen Widerstandes und britischen Zögerns nicht, sich hinsichtlich der Distrikte Eger und Rumburg durchzusetzen. Der US-Vertreter Allen Dulles machte deutlich, seine Delegation habe in den bisherigen Beratungen das Nationalitätenprinzip wirtschaftlichen und geographischen Erwägungen geopfert. Dort, wo man das wirtschaftliche und das ethnische Prinzip bei der Grenzziehung verbinden könne, wolle man ungern darauf

⁹⁵³Brief Seymours, 8. 2. 1919, Letters, S. 154: Beneš sei ein "delightful little chap, just as friendly and moderate as one could wish"; Walworth, Wilson, S. 99.

⁹⁵⁴3. Sitzung des Unterausschusses, 4. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 126-130; vgl. H. Nelson, S. 294.

⁹⁵⁵1. Sitzung der Tschechoslowakei-Kommission, 27. 2. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 9-11. Vgl. für das Folg. auch C. Seymour, Czechoslovak Frontiers, in: Yale Review 28, no. 2 (Dec. 1938), S. 274-285.

⁹⁵⁶So z. B. ein Memorandum der Vertreter des Distriktes Teplitz, 24. 1. 1919, eine Denkschrift der Gouverneure von Deutsch-Böhmen und Sudeten, Dr. von Auen und Dr. Freissler, 20. 2. 1919, sowie ein weiterer Bericht A. Coolidges vom 5. März 1919, der deutsche Demonstrationen in Eger, Karlsbad und Aussig schilderte. Es gab auch einige gegenteilige Berichte; siehe H. Nelson, S. 288-290. Vgl. Schwabe, Revolution, S. 441, 418.

⁹⁵⁷Siehe dazu die 5. Sitzung der Tschechoslowakei-Kommission, 8. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 36-38.

⁹⁵⁸6. Sitzung des Unterausschusses, 11. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 146.

verzichten.⁹⁵⁹ Im Unterausschuß kam es am 13. März zu den entscheidenden Beratungen. Dulles erklärte, die amerikanische Position sei unverändert ausgerichtet an den historischen und natürlichen Grenzen Böhmens, die dem Land eine geographische und politische Einheit gäben. Gerade weil in den vorspringenden Landstrichen ("saillants") Rumburg und Eger - Eger war lange Zeit eine eigene Grafschaft - etwa 330.000 Deutsche lebten, sei es im tschechoslowakischen Interesse, diese Gebiete auszuschließen. Dulles wies darauf hin, dieser Grundsatz habe die US-Delegation auch in anderen Territoriausschüssen geleitet.⁹⁶⁰

Da die amerikanischen Vertreter isoliert blieben gegen ihre Kollegen, die die Bedeutung der strategischen und administrativen Grenzen betonten, bestand Seymour auf einem Minderheitsvotum im Kommissionsbericht vom 20. März an den Obersten Rat: der Verzicht auf Eger und Rumburg führe zu hervorragenden natürlichen Grenzen für die Tschechoslowakei und zu einer Verringerung der deutschen Bevölkerung um 330.000, "whose influence on the Czecho-Slovak State might lead to grave political difficulties".⁹⁶¹ Auf diese Weise hatten Seymour und seine Kollegen die Regierungspolitiker, die sich nun der Frage annahmen, immerhin auf das Problem der großen deutschen Minderheit hingewiesen. Letztlich empfahl der Bericht nur die Begrädigung der Grenze bei Friedland; die tschechischen Forderungen nach Glatz und Ratibor wurden abgelehnt.⁹⁶²

Im Rat der Außenminister am 1. April 1919 konfrontierte Lansing den Kommissionsvorsitzenden Cambon mit der frontalen Kritik, die US-Delegierten lehnten "the whole method of drawing frontier lines on strategic principles" ab. Sie sei konträr zum Geist des Völkerbundes, der internationalen Abrüstung und der Politik Präsident Wilsons. So verständlich Lansings Anwurf gegen die einseitige französische Politik war, so sehr beaubte der Außenminister sich seines Einflusses: Denn die Entscheidungen der Kommission waren ja nicht nur allein von strategischen Gesichtspunkten geleitet worden, und so mußte Lansing sich noch die Belehrung Cambons anhören, Wilson selbst sei an der Lebensfähigkeit der neuen Staaten interessiert. Die Konfrontation dehnte sich auf den französischen Außenminister Pichon aus, der auf Lansings Frage, warum man Deutschland nicht den Distrikt Eger mit 170.000 Deutschen gebe, scharf erwiderte, Frankreich könne keine Stärkung Deutschlands erlauben durch historisch österreichische Gebiete und angesichts der Tatsache, daß Böhmen hoffentlich ein Verbündeter seines Landes bleibe. Die französische Delegation, besessen von ihrer antideutschen, regionalen Gleichgewichtskonzeption, sah auch im Falle Böhmens strategische Aspekte wie die Stärkung der neuen Staaten Ostmitteleuropas gegenüber Deutschland als überragend an.⁹⁶³

⁹⁵⁹6. Sitzung des Unterausschusses, 11. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 146-152. Brief Seymours, 16. 3. 1919, Seymour, Letters, S. 176; vgl. Nelson, S. 292-299; Perman, S. 140 ff.

⁹⁶⁰7. Sitzung des Unterausschusses, 13. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 154-160.

⁹⁶¹6. und 7. Sitzung der Tschechoslowakei-Kommission, 13. und 14. 3. 1919, Recueil, IV, C, 1, S. 43-44, 49-50. "Report presented to the Supreme Council of the Allied and Associate Governments by the Committee on Tchecho-Slovak Claims", 12. 3. 1919, BDFA, PPC 10, Doc. 23, S. 51-66; das Zit. aus dem US-Votum auf S. 57.

⁹⁶²Ratibor wurde im zeitgleich vorliegenden Bericht der Polen-Kommission Polen zugesprochen.

⁹⁶³Sitzung des Rates der Außenminister, 1. 4., FRUS, PPC IV, S. 543-547. Vgl. J. Cambon, La Paix, S. 25-26. Kritisch gegenüber Lansing auch Walworth, Wilson, S. 264. Vgl. Perman, S. 165-168.

Colonel House war nicht daran interessiert, dies in Zweifel zu ziehen. War er schon im Gespräch mit Beneš wohlwollend auf die tschechischen Anliegen eingegangen, kam er nunmehr Clemenceau entgegen. Dieser trat bereits vor der Sitzung des Rates der Vier, der die Grenzfrage am 4. April entscheiden sollte, an den Colonel heran, der den erkrankten Präsidenten vertrat. Clemenceau bat House, die alte Grenze Böhmens ohne Änderung zu belassen. House notierte, "Clemenceau and I agreed to adopt the old historic boundary line and not attempt the new one. It was so much simpler and less full of possibilities for trouble." House fuhr fort, Clemenceau und er hätten wenig Schwierigkeiten gehabt, Lloyd George und Orlando von ihrer Schlußfolgerung zu überzeugen.⁹⁶⁴ Das traf zu; der Rat der Vier entschied ohne lange Diskussion.⁹⁶⁵ Auf diese Weise waren die Beratungen in der Kommission im Grunde genommen zwecklos gewesen; zwischen Deutschland und Böhmen sollten die alten Grenzen - unter Einschluß Friedlands in Böhmen - bestehen bleiben.⁹⁶⁶ Einmal mehr sah Colonel House auch diese Frage nicht als entscheidend an, um sich länger mit ihr aufzuhalten. House nutzte erneut seine Chance, Entscheidungen informell voranzutreiben. Es ist allerdings fraglich, ob der eifrige Texaner dabei wirklich so viel mehr von Eger, Friedland und Rumburg verstand als der britische Premier, der, wie House urteilte, so wenig darüber wisse!⁹⁶⁷

Präsident Wilson zweifelte die Entscheidung nicht mehr an. Einige Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages schrieb er zur Erklärung an Außenminister Lansing: "The greatest caution should be exercised in any attempt to readjust the boundaries of Austria along ethnographical lines. There is a certain district in Bohemia, for example, which is undoubtedly predominantly German in population but which lies within the undoubted historic boundaries of Bohemia and constitutes an integral part of her industrial life. In such circumstances", folgerte Wilson, "ethnographical lines cannot be drawn without the greatest injustice and injury. So far as they can be re-drawn along ethnographical lines without such injury, I fully agree that they should be."⁹⁶⁸

Anders als im Fall der deutsch-polnischen Grenze, in dem er hartnäckig für das Selbstbestimmungsrecht kämpfte, wertete Wilson das Problem der deutsch-böhmischen Grenze doch ganz anders. Interessant ist nur, daß er den Begriff der Ungerechtigkeit bemühte, um das - zu vermeidende - Zerreißen wirtschaftlicher Bindungen zu beschreiben. Traf der Begriff der Ungerechtigkeit, wenn überhaupt, nicht eher auf die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts zu, während der Begriff "injury" fraglos angemessen war für eine nachteilige Zerstörung von Wirtschaftsräumen? War dies ein weiterer Hinweis auf die Radikalisierung der Gerechtigkeitskonzeption Wilsons? Wie dem auch sei, der entscheidende Unterschied bestand für den Präsidenten wohl schon immer dar-

⁹⁶⁴House Diary, 4. 4. 1919, PW 56, S. 586-587. Vgl. Walworth, Wilson, S. 286-287. Anfang April befand sich übrigens House's Dolmetscher Bonsal mit General Smuts in Prag. Der tschechoslowakische Präsident Masaryk erklärte beiden seine Entschlossenheit, die deutsch besiedelten Gebiete bei Böhmen zu belassen und den Wunsch, die deutsche Minderheit nach Möglichkeit zu integrieren - man könne diese nicht vertreiben wie es die Deutschen mit den Polen getan hätten: Bonsal, S. 80-83. House dürfte sich, als er später über das Gespräch informiert wurde, in seiner Politik bestätigt gesehen haben.

⁹⁶⁵Rat der Vier, 4. 4. 1919, Mantoux I, S. 149.

⁹⁶⁶Brief Seymours, 7. 4. 1919, Seymour, Letters, S. 193.

⁹⁶⁷House Diary, 4. 4. 1919, PW 56, S. 587. Vgl. Seymour/House, Paris, S. 105, 109-110.

⁹⁶⁸Wilson an Lansing, 2. 7. 1919, PW 61, S. 371, als Antwort auf Lansing an Wilson, 24. 6. und 30. 6. 1919, siehe ebda., S. 172, 357. Vgl. Walworth, Wilson, S. 453. Siehe Perman, S. 176-182, über das fehlende Interesse der deutschen Diplomatie an den deutsch-böhmischen Gebieten.

in, daß Böhmen zu Österreich gehört hatte und daß selbst der Ausschluß einer halben Million Deutscher das Problem ja auch nicht gelöst hätte.⁹⁶⁹ Die vollständige Teilung Böhmens aber hätte dem tschechoslowakischen Staat jegliche wirtschaftlichen und strategischen Lebensgrundlagen entzogen; eine Lösung, die letztlich auch dann nicht im Sinne des Präsidenten sein konnte, wenn er gleichgewichtspolitische Überlegungen gar nicht angestellt hätte.

17. 3. Die amerikanische Delegation und die Frage eines Anschlusses von Deutsch-Österreich an Deutschland

Auch gegen ein Verbot der Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland äußerte Wilson in Paris keine Einwände. Die Schwierigkeiten, die eine präzise Anwendung des Selbstbestimmungsrechts für das Kräftegleichgewicht in diesem Fall mit sich bringen würde, hat Wilson dabei klar gesehen. Während seiner Reise nach Europa erklärte er im Gespräch mit Korrespondenten, unter dem Prinzip der Selbstbestimmung sei ein "interesting problem" entstanden hinsichtlich der Entscheidung Deutsch-Österreichs, sich an Deutschland anzuschließen. Ein solcher Schritt, bedeutete Wilson, "would mean that the new Germany would be one of the most powerful countries in Europe". Dagegen, daß Deutschland auf diese Weise auch eine große römisch-katholische Macht würde, hatte Wilson weniger einzuwenden, aber die Entstehung einer so mächtigen politischen Einheit hielt er für gefährlich. Wilson fuhr fort: "Applying the principle of self-determination, however, ... the problem was certainly vexatious, but might be handled by the associated powers by demanding that Austria and Germany act separately until they had proved their sincerity and worth."⁹⁷⁰

Diese interessante Passage kann als einer der deutlichsten Belege dafür gewertet werden, daß Präsident Wilson das Gleichgewicht der Kräfte durchaus als einen wichtigen Faktor in seinen politischen Entscheidungen mit Blick auf Deutschland einbezogen hat, auch wenn er natürlich nicht eigens von einer Politik der "balance of power" sprach, da er sie ja abzulehnen vorgab! Doch was war die Verhinderung einer Zusammenballung staatlich-politischer Macht im Herzen Europas anderes als eine Politik des Kräftegleichgewichts? Wilson hat klar gesehen, daß die beiden Grundsätze, politische Macht auszutarieren und das Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, keineswegs problemlos miteinander zu vereinbaren waren, sondern im Konflikt miteinander stehen konnten. Der Präsident war in diesem Fall der Vereinigung von Deutsch-Österreich und Deutschland sogar bereit, den von ihm so hochgeachteten Grundsatz der Selbstbestimmung - der, wie schon mehrfach erwähnt, nicht automatisch mit dem Nationalitätenprinzip oder mit nationaler Selbstbestimmung gleichzusetzen war - zurückhaltend anzuwenden. Wilson entwarf auch schon einen möglichen Kompromiß: solange, bis Österreich und Deutschland ihre "Ernsthaftigkeit" und ihren "Wert" demonstriert hätten, könne ein Vereinigungsverbot verhängt werden.

Diese Begründung ist allerdings sehr aufschlußreich: denn die Worte, die Wilson wählte, bezeichneten wieder allein moralische Kategorien. Gemeint war, daß beide Länder zunächst erweisen mußten, daß sie sich zu den moralischen Grundlagen der

⁹⁶⁹Das schrieb übrigens 1938 - nach dem Einmarsch Hitlers in das Sudetenland - auch Seymour, *Czechoslovak Frontiers*, S. 285.

⁹⁷⁰Tagebuch Grayson, 8. 12. 1918, PW 53, S. 339.

Friedensordnung bekannten. Wilson hoffte also, daß der Konflikt, in dem der Grundsatz der Selbstbestimmung und eine Politik der Machtbeschneidung miteinander lagen, auf einer höheren moralischen Ebene sozusagen wieder aufgehoben werden könne, nämlich dann, wenn die einstigen Gegner, zur Selbstbegrenzung fähig, sich als geläuterte Subjekte der Staatenwelt erwiesen hätten. Damit war jedoch die Tatsache einer machtvollen politischen Einheit in Mitteleuropa, die Wilson ja an die Wand gemalt hatte, natürlich nicht aus der Welt geschaffen. Auf das Thema, inwieweit der Völkerbund - und damit das dritte Konstruktionsprinzip der kollektiven Sicherheit - bei dieser Frage eine Rolle spielen sollte, ging Wilson in seiner Unterredung mit den Korrespondenten nicht ein.

Wilson war nicht der einzige, der sich Gedanken über das Problem einer Vereinigung Deutschlands und Deutsch-Österreichs machte. Colonel House erfuhr bereits im Januar 1919 von der Sorge Clemenceaus bezüglich einer solchen staatlichen Einheit beider Länder.⁹⁷¹ Bald nach Beginn der Friedenskonferenz trafen bei der US-Delegation Berichte aus Deutschland ein, über den Wunsch aller deutschen Parteien nach einem Anschluß Deutsch-Österreichs, sowie Berichte aus Basel und Bern über einen bevorstehenden Anschluß Wiens an Berlin. Dulles und Dresel von der Abteilung für diplomatischen Schriftwechsel empfahlen der US-Delegation im Februar und März, Einfluß auf Österreich auszuüben, um einen Anschluß an Berlin zu verhindern.⁹⁷² Als Lansing, Bliss und White am 1. und 3. März 1919 über diese Frage sprachen, wurde ihr Wunsch deutlich, das Selbstbestimmungsrecht nicht offenkundig zu verletzen; Lansing hielt es auch für unrealistisch, einen Anschluß zu verhindern.⁹⁷³ Auch die Empfehlungen der Inquiry zu den Grenzen Deutsch-Österreichs wurden im Januar noch mit dem Hinweis unterbreitet, dies gelte für den Fall, daß es unabhängig werde.⁹⁷⁴

Unterdessen hatte Colonel House schon Schritte eingeleitet, über Nahrungsmittellieferungen an Österreich die Regierung mit Blick auf den Anschluß zur Zurückhaltung zu bewegen bzw. auch wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben. Der französische Außenminister Pichon hielt es für dringend geboten, in dieser Frage zu handeln: Deutsch-Österreich stehe kurz davor, über einen Anschluß an Deutschland zu entscheiden; diese Entscheidung könne beeinflußt werden.⁹⁷⁵ Anfang April, als House seinen Dolmetscher Bonsal als Begleiter für die Smuts-Mission nach Budapest, Wien und Prag auswählte, sprach Clemenceau den Colonel erneut an und bat ihn, Österreichs Kanzler Renner davor zu warnen, sich mit Berlin einzulassen. House versprach Clemenceau Unterstützung, wollte aber das Placet Wilsons einholen. Dieses scheint der Präsident erteilt zu haben, und Bonsal überbrachte Renner in einer Unterredung am 4. April die Botschaft von Colonel House.

⁹⁷¹Bonsal Diary, 1. 4. 1919, Bonsal, S. 87; vgl. House an Wilson, 23. 2. 1919, IP IV, S. 345, PW 55, S. 234.

⁹⁷²Gherardi an US-Delegation, 24. 2. 1919, FRUS, PPC XII, S. 34 (auf Weisung der US-Delegation, 4. 2. 1919, ebda., S. 3), dazu Bonsal Diary, 4. 4. 1919, Bonsal, S. 87; Coolidge an US-Delegation, 30. 1. 1919, FRUS, PPC XII, S. 240-244, sowie die weiteren Berichte aus Wien, ebda., S. 245 ff.; Schwabe, *Revolution*, S. 425. Vgl. auch Heater, S. 66 f.

⁹⁷³Meeting der US-Friedenskommissare, 1. und 3. 3. 1919, FRUS, PPC XI, S. 87-88, 90; ähnlich Seymour, *End of an Empire*, in House/Seymour, Paris, S. 108.

⁹⁷⁴"Outline of Tentative Report", 21. 1. 1919, DCP IV, Doc. 246, S. 243.

⁹⁷⁵Oberster Kriegsrat, 5. 3. 1919, FRUS, PPC IV, S. 204, Schwabe, *Revolution*, S. 426. Die französische Regierung ließ auch nichts unversucht, über ihren Agenten in Wien, Allizé, Druck auf Kanzler Renner auszuüben, Bonsal Diary, 4. 4. 1919, Bonsal, S. 87, 95.

Der Kanzler, schreibt Bonsal, habe ihm erklärt, daß seine Regierung dem deutschen Minister Wedel just den Wunsch, sich an Deutschland anzuschließen, übermittelt habe. Renner habe die Ausweglosigkeit der Lage in Wien klargemacht: "We know that we cannot stand alone. Austria-Hungary has been dismembered, not by the Allies, but by the action of the little nations who formed the Empire. Now, what can you offer us?" Renner sagte Bonsal nichtsdestoweniger zu, "you can tell Colonel House that somehow and in some way as yet unexplored we shall follow his advice".⁹⁷⁶ Bonsal kabelte House, ein Anschluß sei bis auf weiteres verhindert!

Knapp zwei Wochen später, am 16. April, bereitete House die Entscheidung der Regierungschefs vor, daß Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs akzeptiere: er sicherte Tardieu sein Einverständnis mit einer solchen Regelung zu.⁹⁷⁷ Vier Tage später kamen Wilson und Clemenceau überein, die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs im Friedensvertrag mit Deutschland festzulegen. Am 22. April brachte Clemenceau im Rat der Vier einen entsprechenden Vertragsartikel ein, der auch von Lloyd George gebilligt wurde.⁹⁷⁸ Darin war es Deutsch-Österreich verboten, sich Deutschland anzuschließen. Ob Wilson seinen Schritt, der von House in Eigenregie vorbereitet worden ist, in erster Linie aus gleichgewichtspolitischen Erwägungen getan hat, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen; eine große Rolle dürfte jedoch sein immer stärkerer Wunsch gespielt haben, die mannigfachen Differenzen mit der französischen Regierung beizulegen und Entscheidungen zu treffen. Im Rahmen einer umfassenderen amerikanisch-französischen Abstimmung der Politik, vor allem in der Rheinlandfrage, wollte Wilson das Verhältnis zu Clemenceau sicher nicht aufs neue belasten. Abgesehen davon gehörte das Verhältnis zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich nicht zu den Prioritäten der Politik Wilsons.

Im Obersten Rat am 2. Mai 1919 stellte Wilson allerdings klar, daß er den Deutsch-Österreichern das Selbstbestimmungsrecht nicht dauerhaft vorenthalten wolle. Er wünschte, den Entwurf des betreffenden Vertragsartikels abzuändern, in dem es hieß, Deutschland erkenne "l'indépendance inaliénable", die unveräußerliche Unabhängigkeit Österreichs, an. Der Präsident fragte Clemenceau, ob dies bedeute, daß sich Österreich Deutschland niemals anschließen könne, worauf der Ministerpräsident antwortete, ihm sei bewußt, man könne die Vereinigung nicht unbegrenzt verhindern, wenn die Bevölkerung es wolle, aber man könne die Unabhängigkeitsfraktion in Österreich ermuntern. Wilson erwiderte, er halte eine sofortige Vereinigung auch nicht für wünschenswert, wollte aber das - nachträglich eingefügte - Adjektiv "inaliénable" streichen.

Als Erklärung setzte Wilson hinzu: "je tiens à maintenir le droit des peuples de disposer d'eux mêmes" - eine für ihn typische Formulierung des Selbstbestimmungsrechts. Es gehe ihm, so der Präsident weiter, dabei nicht um die Deutschen, sondern um die Österreicher. Ihnen gegenüber wolle er eine positive Haltung einnehmen und ihnen nicht eine dauerhafte Verpflichtung auferlegen. Er räumte ein, eine Frist zu setzen, innerhalb derer eine Vereinigung verboten sei, bedeute soviel wie eine Einladung, diese nach Ablauf

⁹⁷⁶Bonsal Diary, 4. 4. 1919, Bonsal, S. 87-89, 94, Zit. S. 88. Vgl. House Diary, 1. 4. 1919, PW 56, S. 517.

⁹⁷⁷House Diary, 16. 4. 1919, siehe Schwabe, Revolution, S. 427.

⁹⁷⁸Rat der Vier, 22. 4. 1919, Mantoux I, S. 319; FRUS, PPC V, S. 114, im Anhang VI, S. 118, der "Article Concerning the Independence of German Austria (As Approved by President Wilson and M. Clemenceau on April 20th)".

der Frist zu vollziehen. Als einen Kompromißvorschlag bot Wilson die Formulierung an, Deutschland akzeptiere und respektiere die Unabhängigkeit Österreichs, die nur mit Zustimmung des Völkerbundes verändert werden könne. Auf diese Weise war ein Anschluß Wiens an Berlin nur mit französischer und britischer Zustimmung möglich, und Clemenceau und Lloyd George akzeptierten daher sofort.⁹⁷⁹ So hatte der Präsident am Ende doch noch das Selbstbestimmungsrecht zur Sprache gebracht und seine prinzipielle Position gewahrt - weit stärker übrigens als im Fall der Deutsch-Böhmen.

Es ist aufschlußreich, daß der Experte für Österreich-Ungarn, Seymour, die Lage Deutsch-Österreichs für unhaltbar hielt, noch bevor am 10. September 1919 der Frieden mit Österreich in St. Germain unterzeichnet wurde, der auch das Anschlußverbot enthielt. Pessimistisch schrieb Seymour Mitte Juni 1919 über die Deutsch-Österreicher: "Personally I see no way of preventing the union of these people with Germany except the creation of a Danubian federation". Die Lösung einer Donauföderation käme aber wegen der Feindseligkeit der verschiedenen Teile des alten Reiches nicht in Frage.⁹⁸⁰

18. Der Friedensvertrag und die Gerechtigkeit. Präsident Wilson, die US-Delegation und die Frage der Konzessionen an Deutschland

Nach der Einigung mit der französischen und der britischen Delegation über die wesentlichen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland hatte Präsident Wilson durchaus Zweifel und Vorbehalte gehegt, ob der Friedensvertrag gerecht sei. Am 28. April 1919 hatte er an George Herron geschrieben: "It is undoubtedly true that many of the results arrived at are far from ideal, but I think that on the whole we have been able to keep tolerably close to the lines laid down at the outset ... The treaty which ends so terrible a war must unavoidably seem harsh towards the outlaw who started the war, but when the details are read and understood I believe that the impression will be largely removed. Perhaps my judgement is affected by the consciousness that results are so much better than at one time I feared, that they now seem to me better than they are".⁹⁸¹

Auf die Kritik des von ihm geschätzten General Smuts vom 14. Mai am Versailler Vertrag antwortete Wilson einen Tag später: "The Treaty is undoubtedly very severe indeed. I of course had an opportunity to go over each part of it, as it was adopted, and I must say that though in many respects harsh, I do not think that it is on the whole unjust in the circumstances, much as I should have liked to have certain features altered". Er räumte auch ein, die Deutschen hätten bislang vorwiegend begründete Einwände vorgebracht. Bezeichnenderweise fuhr der Präsident fort: "I feel the terrible responsibility of this whole business, but inevitably my thought goes back to the very great offence

⁹⁷⁹Rat der Vier, 2. 5. 1919, Mantoux I, S. 461-462, FRUS, PPC V, S. 421, in Anhang IV, S. 425, die endgültige Fassung des Artikels. Vgl. den Versailler Vertrag, Artikel 80, S. 51. Wie Heater, S. 67, meint, habe Wilson, der kein großes Interesse am Schicksal Deutsch-Österreichs gezeigt habe, eher sein Gewissen beruhigt.

⁹⁸⁰Brief Seymours, 17. 6. 1919, Seymour, Letters, S. 269. Seymour schrieb noch am 24. Februar (S. 172), die Deutsch-Österreicher dürften sich nicht mit Deutschland vereinigen, bevor die Friedensverträge unterzeichnet seien! Zum Vertrag mit der Tschechoslowakei über den Minderheitenschutz siehe FRUS, PPC XIII, S. 808-822.

⁹⁸¹Wilson an Herron, 28. 4. 1919, PW 58, S. 204-205. Eventuell spielte der letzte Satz auf die Verhandlungskrise im März an.

against civilisation which the German State committed, and the necessity for making it evident once for all that such things can lead only to the most severe punishment. I am sure you know the spirit in which I say these things, and that I need not assure you that I am just as anxious to be just to the Germans as to be just to any one else."⁹⁸²

Wilson hatte selten in so deutlicher Weise für eine Bestrafung Deutschlands plädiert. Am 3. Juni bekräftigte er im Rat der Vier auch: "Justice had shown itself overwhelmingly against Germany."⁹⁸³ An dem Besiegten, den er mit einem Verbrecher gleichsetzte, sollte ein Exempel statuiert werden, mit einer abschreckenden Wirkung auf die Völkergemeinschaft. Von der Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch war Wilson zwar immer überzeugt gewesen. Doch schien die Vehemenz seiner Worte für einen Stimmungsumschwung zu sprechen; eine Haltung Deutschland gegenüber verhärtete sich. Verschärfend wirkte Wilsons Tendenz, unter Bedrängnis Zuflucht zu Ideen, zu "seinem mystischen Glauben" zu suchen.⁹⁸⁴ Die Konfrontation des Vertrages mit den Vierzehn Punkten durch die deutsche Delegation in Versailles schreckte den Präsidenten eher davon ab, Zugeständnisse zu erwägen. Eine erneute Prüfung der Vertragsbestimmungen im Detail schien ihm überflüssig zu sein. Wilsons strenger Urteilsspruch dürfte dabei auch der Selbstvergewisserung gedient haben.

Aus diesem Grund blieb ein zweiter Brief von General Smuts an Wilson vom 30. Mai, in dem Smuts an das Vorwaffenstillstandsabkommen, das "agreement" vom 5. November 1918 erinnerte, auch wirkungslos. Wie Smuts in seinem Brief schrieb, erinnerten die Deutschen daran, "that we are under solemn obligation to them to make a Wilson peace, ... a peace within the four corners of your Points and Principles ... All the one-sided-provisions, which exclude reciprocity or equality, and all the pin-pricks, with which the Treaty teems, seem to me both against the letter and the spirit of your Points".⁹⁸⁵

Das Auftreten der deutschen Delegation in Versailles, zuallererst der Affront des deutschen Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau, der im Sitzen gesprochen und den schärfsten seiner Redeentwürfe vorgetragen hatte⁹⁸⁶, hatte bei Wilson offenbar die letzten Zweifel daran beseitigt, daß der Friedensschluß wesentlich von den Vierzehn Punkte abgewichen sei. Bewies der Bösewicht, der "outlaw", indem er die Vierzehn Punkte rechthaberisch einforderte, nicht, einen moderaten Frieden auf ihrer Basis gar nicht verdient zu haben? Um Wilsons Haltung zu verstehen, genügt es wohl nicht, auf die Lansing-Note als eine nüchterne Geschäftsbasis hinzuweisen. Der Präsident scheint die Vierzehn Punkte beinahe als eine religiöse Botschaft aufgefaßt zu haben, als eine

⁹⁸²Wilson an Smuts, 16. 5. 1919, PW 59, S. 187-188, SP IV, S. 160 f.

⁹⁸³Rat der Vier, 3. 6. 1919 (nachmittags), FRUS, PPC VI, S. 159.

⁹⁸⁴Schwabe, Wilson, S. 109.

⁹⁸⁵Smuts an Wilson, 30. 5. 1919, SP IV, 208; alle Hervorh. v. mir.

⁹⁸⁶Wilson empfand die Rede des deutschen Außenministers Brockdorff-Rantzau, die ihn mit seinen Vierzehn Punkten konfrontierte, als einen empörenden Affront und reagierte mit den Worten: "The Germans are really a stupid people. They always do the wrong thing...They don't understand human nature. This is the most tactless speech I have ever heard. It will set the whole world against them." Riddell Diary, 7. 5. 1919, Riddell, Intimate Diary, S. 74. Zu Lloyd George sagte Wilson: "Isn't it just like them?" Lloyd George, MC I, 454. Vgl. Brockdorffs Redeentwürfe, Luckau, S. 213-220. Der Text der Rede in: Auswärtiges Amt (Hg.), Die Friedensverhandlungen in Versailles, Berlin 1919; Graf Brockdorff-Rantzau, Dokumente und Gedanken um Versailles, Berlin 1925, S. 70-73. Zur Biographie siehe L. Haupts, Brockdorff-Rantzau, Göttingen 1983.

Gnade, die dem, der um sie bat, zuteil werden konnte. Im Oktober 1918 hatten die Deutschen, Wilson höflich ersuchend, seinen visionären Führungsanspruch auch anerkannt. Doch ein Rechtsanspruch, der den Präsidenten verpflichtet hätte, erschien undenkbar.

Dies führte zu der kuriosen Situation, daß Wilson die Gelegenheit, den Vertrag auf Initiative Lloyd Georges hin noch einmal abzumildern⁹⁸⁷, kaum nutzte, mit Ausnahme der Reparationen. Gemeinsam mit dem britischen Premierminister hätten Clemenceau vielleicht mehr Zugeständnisse abgerungen werden können. Doch Wilson nahm Rücksicht auf Clemenceau.⁹⁸⁸ Wie er am 3. Juni im Gespräch mit der US-Delegation bekräftigte, sei ein Konsens der Sieger vorrangig. Überaus fatal wäre es, "sharp lines of division" zwischen den Verbündeten zuzulassen.⁹⁸⁹ Seinem Arbeits- und Führungsstil gemäß⁹⁹⁰ und im Gegensatz zu Lloyd George nutzte Wilson das Treffen eher dazu, um Informationen einzuholen, als eine einheitliche US-Politik zu erarbeiten. Den Standpunkt der Zweckmäßigkeit vertraten der Koordinator der Lebensmittelhilfe, Hoover, und Außenminister Lansing. Hoover versuchte die Diskussion vorsichtig zu entschärfen, zu entideologisieren:

"Apart from all questions of justice, how far does the question of expediency come in?" Er bezog sich dabei auf die deutsche Unterschrift unter den Vertrag und fuhr fort: "It strikes me that it is a more important thing than the question of justice or injustice, because the weighing of justice and injustice in these times is pretty difficult ... It may be necessary to change the terms of reparation in view of getting something rather than to lose all."⁹⁹¹ Doch Hoover unternahm diesen Versuch einer pragmatischen Revision vergeblich und zu seinem Nachteil: Wilson, der auf die Kritik seiner Delegierten mit "marked resentment" reagierte, schloß Hoover daraufhin sogar aus dem inneren Beraterkreis aus.⁹⁹²

Lansing meinte, "where it is something that is contrary to good policy that I do not think that is unjust."⁹⁹³ Wilson entgegnete reserviert: "But don't you think that if we re-

⁹⁸⁷Vgl. Teil 1, Kap. 9.

⁹⁸⁸Baruch, Making, S. 169 f., berichtet, Wilson habe trotz seiner Verärgerung Lloyd George in einem ersten Gespräch über die britischen Wünsche nach Abänderung des Vertrages seine Zustimmung unter der Voraussetzung signalisiert, daß Clemenceau einwillige. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß nicht nur Clemenceau erbost über Lloyd George war, sondern daß auch Colonel House sich über den britischen Wankelmut ärgerte, siehe House Diary, 2. 6. 1919, PW 60, S. 40 f. House suchte eine enge Abstimmung mit Clemenceau, gab ihm ein 7-Punkte-Papier, in dem nur wenige Konzessionen genannt waren! House trat hier regelrecht als Berater Clemenceaus auf. Das Papier und Tagebuch House vom 3. 6. ebda., S. 81-83. Vgl. ferner folgende Tagebucheinträge - alle in PW 60: Beer, 1. 6., S. 17, Grayson, 1. 6., S. 3-4, 2. 6., S. 18-20, 3. 6., S. 43-44, McCormick und Baruch, beide 3. 6., S. 72-75, Baker, 3. 6., S. 79-81, House, 4. 6., S. 144.

⁹⁸⁹Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 197-222; Zit. S. 219. Vgl. zu der Besprechung auch den Bericht Seymours, 3. 6., PW 60, S. 75-79.

⁹⁹⁰Vgl. die Notiz von Wilsons Sekretär Swem: "He asked no advice - only information, and had a fundamental conviction that where responsibility is, there the decision must be." (zit. in Walworth, Moment, S. 11, Anm. 11).

⁹⁹¹Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 220 f. Vgl. Hoover an Wilson, PW 60, S. 194-196.

⁹⁹²Curry, S. 985. Hoover, der 1929 US-Präsident wurde, gewährte den Deutschen in dem sog. Hoover-Moratorium von 1931 einen Zahlungsaufschub in der Weltwirtschaftskrise. Dieser Schritt war der Anfang vom Ende der Reparationszahlungen (Graml, Europa, S. 254 f.).

⁹⁹³Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 219; das folg. Zit. ebda. Vgl. auch Lansing, Big Four, S. 49 ff. Die Besprechung auch in PW 60, S. 45-71.

gard the treaty as just, the argument of expediency ought not to govern, because after all we must not give up what we fought for. We might have to fight for it again." Die Saarfrage, führte der Präsident aus, sei im Kern gerecht geregelt worden, die einzige Ungerechtigkeit - die Verschränkung des Rückkaufes der Kohlegruben mit der Souveränität über das Gebiet, sei in einer Note der Alliierten an die deutsche Delegation eliminiert worden. Die Suspendierung der Souveränität, gegen die der Präsident sich vehement gesträubt hatte, erwähnte er nun nicht mehr. Wilson trug seine Position vor:

"The question that lies in my mind is: >Where have they made good in their points?< >Where have they shown that the arrangements of the treaty are essentially unjust?< Not >Where have they shown merely that they are hard?< for they are hard - but the Germans earned that. And I think it is profitable that a nation should learn once and for all what an unjust war means in itself. I have no desire to soften the treaty, but I have a very sincere desire to alter those portions of it that are shown to be unjust, or which are shown to be contrary to the principles which we ourselves have laid down."⁹⁹⁴

An die britische Adresse richtete der Präsident schärfere, ja verächtliche Töne: "it makes me a little tired for people to come and say now that they are afraid the Germans won't sign, and their fear is based upon things that they insisted upon at the time of the writing of the treaty; that makes me very sick ... From the unreasonable to the reasonable, all the way around, they are all unanimous, if you please, in their funk. Now that makes me very tired."⁹⁹⁵

Die selbstreferentielle Wortwahl Wilsons - "that makes me very sick" - deutet möglicherweise auf seine tatsächliche Krankheit hin.⁹⁹⁶ Denkbar ist es auch, daß Wilsons Ausbruch gegen die Briten auf seinen Ärger darüber zurückzuführen war, daß der agile Lloyd George die Meinungsführerschaft auf der Konferenz übernommen hatte, während der Präsident und Clemenceau nur reagieren konnten.

Wilson und Lloyd George trafen sich in ihren Intentionen bzw. ihren Interessen nicht. Während Lloyd George die Reparationsbestimmungen kaum, die territorialen Bedingungen hingegen dringend neuverhandeln wollte, sah Wilson die Reparationen als den wichtigsten Punkt an. Die US-Finanzexperten befürworteten in der Diskussion mit Wilson die Nennung einer fixen Summe. Deutschland müsse zum industriellen Leben zurückkehren können. Der Präsident war an einem internationalen Finanztransfer zum Wiederaufbau - der globalen Dimension der Reparationen - ebenfalls interessiert, doch er argumentierte auch hier, beinahe haarspalterisch, entlang abstrakter Gerechtigkeit, als er sagte, "if the reparation clauses are unjust because they won't work - not because they are putting the heavy burden of payment upon Germany (because that is just) - but because we are putting it on them in such a way that they cannot pay, then I think we ought to rectify that ... I put it this way: we ought to examine our consciences to see where we can make modifications that correspond with the principles that we are putting forth."⁹⁹⁷

⁹⁹⁴Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, PC XI, 222.

⁹⁹⁵Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 222.

⁹⁹⁶Siehe Weinstein, Wilson, S. 336-48.

⁹⁹⁷Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 198, 205, 203, 219. Es gelang den US-Experten allerdings nicht, ihre französischen Kollegen Loucheur und Tardieu zu einer fixen Reparationssumme zu bewegen, siehe McCormick Diary und Baruch Diary, beide 3. 6. 1919, PW 60, S. 72-74.

Dies war eine charakteristische Argumentationsweise für Wilsons Konferenzpolitik: zunächst klärte er die prinzipielle Dimension, horchte auf die Stimme des Gewissens, dann verständigte er sich über die praktischen Regelungen und ihre Realisierbarkeit. Der letzte Punkt erforderte in Wilsons Augen einen eigenen Maßstab der Gerechtigkeit, gleichsam eine Gerechtigkeit der Ausführung, der Methodik, des Verhältnismäßigen. Strafe und Härte, das hatte Wilson nun mehrfach klargestellt, konnten durchaus gerecht sein. Ähnlich hatte Wilson in der Frage der deutschen Kriegsschuld und bei der Zulassung Deutschlands zum Völkerbunds argumentiert. Man konnte, ja mußte Deutschland für einige Zeit aus der Gemeinschaft der Nationen ausschließen, es einer Bewährungsprobe unterziehen. Das mittelfristige Ziel der Integration Deutschlands in die Staatenwelt, auch in den Völkerbund, erhielt der Präsident dabei aufrecht.

Bei der Diskussion der polnischen Grenzen drängte der polonophile Territorialexperte Robert Lord in der Delegationsversammlung darauf, Oberschlesien, wie geplant, bei Polen zu belassen.⁹⁹⁸ Oberschlesien habe nicht, wie die Deutschen behaupteten, 750 Jahre, sondern lediglich 400 Jahre nicht zum polnischen Staat gehört. Wie kompliziert die Frage war, zeigte Wilsons Einwand, Oberschlesien sei "theoretically Polish". Die Bevölkerung, so Lord, sei polnisch im Verhältnis zwei zu eins. Deutsche Magnaten und Großgrundbesitzer würden die polnische Bevölkerung beherrschen, würden auch vor Einschüchterungen bei einem Plebiszit nicht zurückschrecken. Auch führte Lord das praktische Argument ins Feld, Polen habe die oberschlesischen Kohlevorkommen nötiger als Deutschland. Die Ressourcen machten nur ein Viertel der deutschen Vorkommen aus, hingegen ein Drittel der polnischen. Diese Argumentation war der deutschen entgegengesetzt. Lord verschwieg den unterschiedlichen Kohleverbrauch in Polen und Deutschland und übergang auch die Tatsache, daß Polen nur einen geringen Teil seiner Kohle aus Oberschlesien bezog.

Mit Blick auf die Rheinlandbesetzung räumte Präsident Wilson ein, sie sei zwar keine rein militärische Frage. Die 15-jährige Dauer sei jedoch bereits ein Kompromiß zwischen der französischen Forderung von 30 Jahren und der Lloyd Georges von nur zwei Jahren. General Bliss erklärte die Besetzung des Rheinlandes mit den Grundsätzen des Völkerbundes für unvereinbar. Die Deutschen seien bei Zulassung zum Völkerbund bereit, alle militärischen Klauseln des Friedensvertrages zu akzeptieren.⁹⁹⁹ Interessanterweise glaubte Colonel House, Clemenceaus Placet mit dem Hinweis erwirken zu können, die Deutschen wären innerhalb des Völkerbundes leichter zu kontrollieren als außerhalb; der französische Regierungschef habe die Berechtigung dieses Arguments eingeräumt. House riet, man solle den Deutschen vertraulich erklären, daß sie innerhalb kurzer Zeit beitreten könnten.¹⁰⁰⁰

Doch auf die Frage Lansings, ob es nicht möglich sei, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund präziser festzulegen, sagte der Präsident: "I don't honestly think it is. I think it is necessary that we should know that the change in government and the governmental method in Germany is genuine and permanent. We don't know either of

⁹⁹⁸Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 205-210.

⁹⁹⁹Dazu auch Bliss an Wilson, 6. 6. 1919, PW 60, S. 235-237; er empfahl, Deutschland werde innerhalb des Völkerbundes eine weit geringere Bedrohung für den Weltfrieden sein. So könne Deutschland dann aufgenommen werden, wenn es alle militärischen Friedensbedingungen ausgeführt habe.

¹⁰⁰⁰Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 203.

them yet."¹⁰⁰¹ Nach wie vor legte er auf eine stabile demokratische Regierung in Deutschland großen Wert.

Andererseits meinte der Präsident eher ratlos, das Problem der Besatzung des Rheinlandes werde sich mit der deutschen Aufnahme in den Völkerbund von selbst lösen. Doch er wiederholte, man könne dies nicht in den Vertrag schreiben, da man kein Datum nennen könne, wann die Deutschen dem Völkerbund beiträten. Erneut fand sich in Wilsons Bemerkungen die charakteristische Widersprüchlichkeit zwischen seinem bekanntem Argument einer Quarantänezeit und der Sicht des Völkerbundes als ein Allheilmittel.

Schließlich beruhigte der Präsident sich damit, die US-Delegation habe den Europäern bereits bedeutende Änderungen abgerungen. "But though we did not keep them from putting irrational things in the treaty, we got very serious modifications out of them. If we had written the treaty the way they wanted it the Germans would have gone home the minute they read it." Dies mochte zwar durchaus stimmen, doch die Frage war, ob es in der gegebenen Lage ein zufriedenstellendes Resümee sein konnte. Es hatte den Anschein, als hätte sich Wilson mit der von ihm verfolgten Politik einer Kompromißsuche in pragmatischer Verantwortung¹⁰⁰² begnügen, sie in einem positiven Licht sehen können. Doch trotz dieser Wahrnehmung schwankte der Präsident zwischen der Beschwörung der Gerechtigkeit und der Erkenntnis des Machbaren hin und her, ein Hinweis darauf, daß ihn eben doch Zweifel beschlichen. Den Briten und Franzosen einiges abgerungen zu haben, bedeutete doch, daß ein Teil ihrer ursprünglichen "irrationalen" Intentionen sich im Vertragswerk niedergeschlagen hatte.

War dieser Teil der Handschrift der Alliierten in Wilsons Sicht nun mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit vereinbar? Wenn der Präsident rein pragmatisch argumentiert hätte, dann hätte er gesagt, er habe Maximales für die maßvolle Behandlung des Besiegten herausgeholt, und hätte dieses Ergebnis als seinen Anteil am Friedensvertrag bemessen. Die Gerechtigkeit wäre dabei zweitrangig, weitere Konzessionen gegenüber Deutschland wären durchaus vertretbar gewesen.

Doch gerade so argumentierte Wilson nicht. Vielmehr neigte er auf einer hohen moralischen Ebene zum Selbstbetrug, indem er sich die verblüffende Überzeugung zurechtlegte, daß er, Wilson, im Geiste der Gerechtigkeit den Friedensschluß mit abgefaßt hatte und daß demzufolge das Ergebnis, auch indem es die Einigkeit der Verbündeten wahrte, im großen und ganzen gerecht war, wenn auch nicht ideal.

In der Konferenzphase der Kompromisse zwischen Ende März und Anfang April 1919 hatte Wilson, in Anlehnung an seine Reden aus den Jahren 1917 und 1918, das Argument der Gerechtigkeit stets angeführt, um sich gegen Kompromisse zu wehren; nach den erfolgten Kompromissen aber benutzte der Präsident die Gerechtigkeitsthese zu deren Rechtfertigung. Welchen Gerechtigkeitsbegriff legte er nun zugrunde, als er darauf bestand, der Vertrag dürfe allein entlang abstrakter Gerechtigkeit abgeändert werden?

Wilson's psycho-physische Erschöpfung und seine Krankheit verschärften ganz offensichtlich die Neigung des Präsidenten zu einer strikten Trennung von Gut und Böse.¹⁰⁰³

¹⁰⁰¹Meeting der US-Delegation, 3. 6. 1919, FRUS, PPC XI, S. 215, auch S. 220. Das folg. Zit. S. 222.

¹⁰⁰²Die "Politik praktischer Verantwortung" Wilsons ist eine Einschätzung Schwabes, *Revolution*, S. 653.

¹⁰⁰³Curry, S. 983, schreibt dazu: "it is evident that he was desperately struggling against a breakdown"; ferner Weinstein, *Wilson*, 338 ff..

Wilson's Gerechtigkeitsbegriff war uneinheitlich; sein Gerechtigkeitsbedürfnis wurde so unbedingt, daß nicht nur die Deutschen diesem zum Opfer fielen, sondern auch der Präsident selbst. Eine große Kluft zwischen seiner Absicht und dem erreichten Ergebnis offen einzugestehen, hätte für Wilson wohl einen kaum tragbaren Gesichtsverlust, einen Verrat an seinen Prinzipien bedeutet. Es war auffällig, daß der Präsident seine Politik der Kompromisse nicht offensiv vertreten konnte. Die innere Forderung, seinen eigenen Ansprüchen zu genügen, führte Wilson offenkundig in eine psychisch ausweglose Situation.

Erst am Ende der amerikanischen Delegationsversammlung am 3. Juni 1919 schien Wilson seine Rolle auf der Konferenz, sein wirklicher Anteil am Umgang mit Deutschland deutlich zu werden. Die vehementen Angriffe des Präsidenten gegen die britische Delegation, seine fortlaufenden Plädoyers für Gerechtigkeit auf dem US-Delegiertentreffen und im Rat der Vier zeigten jedoch: Präsident Wilson schien die Erkenntnis kaum zu ertragen, daß sein Beitrag zur Behandlung Deutschlands der war, noch härtere Bestimmungen verhindert zu haben.

Natürlich wollte Wilson sich auch von den Briten nicht vorführen lassen. Sein Berater Baruch, mit dem Lloyd George am 2. Juni gesprochen hatte, empfahl Wilson, als Schiedsrichter im Hintergrund zu bleiben, während Lloyd George die Führung übernehme.¹⁰⁰⁴ Im Anschluß an die US-Delegationsversammlung kam es im Obersten Rat zu einem bemerkenswerten Ringen zwischen Lloyd George und Wilson um die Oberschlesien-Frage. Dabei wehrte der Präsident sich verärgert, als Lloyd George ihm seine Vierzehn Punkte vorhielt und geringschätzig über Dr. Lord sprach. Wilson, der sämtliche Argumente seines Territorialexperten vorbrachte, warum ein Plebiszit in Oberschlesien falsch sei, zeigte sich erst nach hartnäckigem Verhandeln des Premierministers bereit, eine Volksabstimmung zu prüfen. Wie er sagte, sei Oberschlesien in der Hand weniger deutscher Kapitalisten; auch könne man mit einem Plebiszit kaum die wirkliche Neigung der Bevölkerung herausfinden, da sie unter dem Druck der Deutschen stehe. Aber auch eine Volksabstimmung unter Überwachung alliierter Truppen gefiel dem Präsidenten nicht.¹⁰⁰⁵ Wiederholt sagte er, seine Vierzehn Punkte hätten ein Plebiszit in Oberschlesien nicht vorgesehen.

Während Wilson nur unter größtem Widerwillen zu einer Konzession im Blick auf die deutsch-polnische Grenze zu bewegen war, die in Kontrast zu seinem Engagement in der Danzig-Frage und dem Schicksal des rechten Weichselufers stand, trat er im Obersten Rat hinsichtlich der Völkerbundfrage etwas differenzierter auf als in der Beratung der US-Delegation. Er erwähnte die Informationen des Hoover-Stabes, daß den Deutschen außer Oberschlesien der Beitritt zum Völkerbund am dringlichsten sei. Dies sei vermutlich eine Frage des nationalen Stolzes, was leicht zu verstehen sei. Wilson ließ erkennen, daß ihm bewußt war, wie sehr es den Deutschen um die Isolierung im Staatensystem ging: "It was a question of whether they were to be pariahs, or to be admitted into the League of Nations." Er denke, es sei die gemeinsame Absicht der Siegermäch-

¹⁰⁰⁴Baruch Diary, 2. 6. 1919, PW 60, S. 21.

¹⁰⁰⁵Rat der Vier, 3. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 147-155; Mantoux II, S. 275-283. Vgl. die Bemerkungen Lords über die deutschen Gegenvorschläge, "Eastern Question (Poland and Lithuania)", in Grew an Close, 5. 6. 1919, PW 60, S. 182-189, und Lord an Wilson, 5. 6. 1919, ebda., S. 189-192, über ein Plebiszit in Oberschlesien.

te, die Deutschen sobald zuzulassen, wie sie überzeugt seien, daß die Veränderung im Regierungssystem ernsthaft sei. Gegenwärtig sei es jedoch schwierig, die Zukunft Deutschlands vorherzusagen. Wilson sprach dann von einer allgemeinen Versicherung, die man Deutschland geben solle.

Als Clemenceau erwiderte, die Deutschen wollten nur in den Völkerbund, um dort für Schwierigkeiten zu sorgen, hielt Wilson durchaus an seinem Standpunkt fest: es gehe um eine stabile Regierung in Deutschland, und man solle den Deutschen folgendes sagen: die Siegermächte hätten nicht die Absicht, Berlin vom Völkerbund auszuschließen, "but thought they had sufficient reasons for awaiting a proof of the sincerity of the change of the system of the Government in Germany". Er stimme mit Lloyd George überein, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes besser kontrolliert werden könne als wenn es außerhalb verbliebe.¹⁰⁰⁶

Wilson hielt an der Position fest, die er nach dem Waffenstillstand eingenommen hatte. Immerhin zeigte er sich nun bereit, den Deutschen einen gewissen Hoffnungsschimmer zu geben, wenn er auch nicht so weit ging wie Lloyd George, von einem konkreten Zeitraum zu sprechen, einem Jahr oder zweien. Auch wollte Wilson offenkundig keinen Gebrauch machen von Colonel Houses Vorschlag, die Deutschen vertraulich über einen Beitritt zu informieren. Ebendies war sogar ausgeschlossen, wenn sich die Stabilität des Regierungssystems erst noch erweisen mußte. Hier nannte Wilson übrigens keine Kriterien für eine Bewertung eines stabilen Regierungssystems: ging es ihm darum, daß die gegenwärtige, demokratische Regierung eine bestimmte Zeit im Amt bliebe, oder ging es darum, daß das System demokratisch blieb, auch wenn die Regierungen wechselten? Weil er hier relativ unscharf blieb, sah er auch keinen Grund, den Deutschen einen Anreiz zu geben, auf den Beitritt zum Völkerbund gewissermaßen hinzuarbeiten. Der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund sollte also, abstrakter gesprochen, nicht erfolgen, weil Deutschland eine wichtige Macht in Europa war, die in das Mächtekonkordat einbezogen werden mußte, sondern weil es eine bestimmte Regierungsform hatte. Es genügte dem Präsidenten nicht, daß die Deutschen seit einem knappen halben Jahr innenpolitische Selbstbestimmung geübt hatten, daß die Regierung Scheidemann noch im Amt war.

Interessanterweise erhielt Wilson zwei Tage nach dieser Diskussion ein Schreiben von Elis Dresel, der über Kommunikationskanäle nach Deutschland und gute Kontakte verfügte. Darin nannte Dresel die Berliner Regierung "clearly democratic in form and in sentiment". Wie Dresel weiter schrieb, habe die Regierung ihre Stellung zuletzt sogar gefestigt. Dresel urteilte, wenn nicht die gegenwärtige Regierung den Friedensvertrag unterzeichne, erscheine es sicher, daß ein "state of chaos and anarchy" folgen würden. Er gelangte zu dem in Frageform geäußerten Schluß, ob man der Berliner Regierung nicht dadurch einen Vertrauensvorschuß gewähren könne, daß man Deutschland umgehend zum Völkerbund zulasse. House nannte diese Analyse "admirable".¹⁰⁰⁷

House und drei andere Mitglieder der Völkerbundkommission, unter ihnen Lord Cecil, entwarfen dann eine Antwort auf die deutschen Vorschläge hinsichtlich des Völkerbundes, und Wilson legte das Papier am 7. Juni im Rat der Vier vor. Der Text stellte klar, daß die Siegermächte Deutschland keineswegs ewig vom Völkerbund ausschließen wollten. Im Gegenteil hoffe man, so hieß es dann allgemein, daß alle Länder rasch bei-

¹⁰⁰⁶Rat der Vier, 3. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 157; Mantoux II, S. 286.

¹⁰⁰⁷Dresel an Wilson, 5. 6. 1919, am gleichen Tag von House an Wilson übermittelt, PW 60, S. 177-178.

treten könnten, "that can be trusted to carry out the obligations accepted by members of the League". Sobald Deutschland eine stabile Regierung habe, die ihre Absicht klar bewiesen habe, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die notwendigen Abrüstungsschritte zu unternehmen, würden die Hauptsiegermächte die deutsche Kandidatur zum Völkerbund unterstützen. Am Ende hieß es in dem Entwurf, man sehe keinen Grund, warum Deutschland nicht innerhalb einiger Monate Mitglied werden könne.¹⁰⁰⁸ Dieser Entwurf entsprach dem bisherigen Standpunkt von Colonel House; interessanterweise war nicht von einer stabilen demokratischen Regierung die Rede. Als Wilson den Text vorlas, machte Clemenceau Bedenken geltend; und Wilson schlug vor, man könne von einer Zulassung Deutschlands nicht in wenigen Monaten, sondern in naher Zukunft sprechen. Als Clemenceau Spitzen gegen das britische Mitglied in der Völkerbundkommission, Cecil, austeilte, nahm Wilson diesen in Schutz und wiederholte, was er Tage zuvor gesagt hatte: er selbst sei immer der Meinung gewesen, man könne die Deutschen besser innerhalb des Völkerbundes als außerhalb einhegen.¹⁰⁰⁹ Auch dies war die Position von House, die dieser in der Besprechung der US-Delegation vertreten hatte. Nachdem Clemenceau sich Bedenkzeit ausgebeten hatte, legte Wilson einige Tage später ein überarbeitetes Papier im Obersten Rat vor, in dem die Aussicht auf einen deutschen Beitritt, vorausgesetzt, Berlin erfülle die oben genannten Bedingungen, "in the early future" in Aussicht gestellt war.¹⁰¹⁰ Allerdings wurde dann ein Alternativ-Entwurf von Clemenceau gebilligt, der schärfer und in einer deutlich moralischeren Sprache formuliert war und, wenn auch unscharf, die deutschen Vorleistungen betonte, bis ein Beitritt von den Völkerbundmitgliedern erwogen werden könne. Ausdrücklich wurde betont, daß der Völkerbund die Basis des Friedensvertrages darstelle. Damit wurde den Deutschen noch einmal deutlich vor Augen geführt, daß sie sich den Weg in die internationale Gemeinschaft erst noch verdienen mußten. Auf Vorschlag Lloyd Georges billigte auch Wilson diesen Entwurf.¹⁰¹¹

Im Ergebnis war Wilson, aktiv unterstützt von Colonel House, in der Frage der Zulassung zum Völkerbund etwas flexibler geworden. Dennoch nutzte er die Gelegenheit nicht, der deutschen Regierung eine klarere Perspektive für einen Beitritt zu bieten und deutliche Signale der Unterstützung desjenigen stabilen, demokratischen Regierungssystems zu setzen, welches er nach eigenem Bekunden im Sinn hatte, und worauf nicht nur Colonel House, sondern auch Lansing und Bliss gedrängt hatten.

In der Reparationsfrage trat Wilson dann deutlich pragmatischer auf. Während er dem britischen Premierminister weder bei der Grenzfrage noch der Rheinlandbesetzung so weit entgegenkommen war, wie dies möglich gewesen wäre - bei der Frage der Besetzung könnte man positiv sagen, er habe Clemenceau gegenüber Wort gehalten -, gelang es dem Präsidenten nicht, Lloyd George doch noch zu einer Einwilligung in die Nennung einer fixen Reparationssumme zu bewegen. Er betonte zwar, er sehe keine Unge-

¹⁰⁰⁸"Proposed Reply to the German Proposals With Regard to the League of Nations", 7. 6. 1919, Anhang V zum Rat der Vier, 7. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 251-252. Dazu House an Wilson, 7. 6. 1919, PW 60, S. 260-261.

¹⁰⁰⁹Rat der Vier, 7. 6. 1919, Mantoux II, S. 346-348; nicht in FRUS, PPC VI, S. 246.

¹⁰¹⁰"The League of Nations. Proposed Reply to the German Proposals", 11. 6. 1919, Anhang III zum Rat der Vier, 12. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 339-340.

¹⁰¹¹"The League of Nations. Reply to the German Proposals", vom Rat der Vier am 12. 6. 1919 gebilligter Text, FRUS, PPC VI, S. 341, hier Abschnitt 1, zur Diskussion vgl. Mantoux II, S. 392.

rechtigkeit darin, die Deutschen auf eine vollständige Wiedergutmachung zu verpflichten. Doch sei diese Hoffnung fraglos vergeblich. Einmal mehr war das Feld der Reparationen dasjenige, auf dem Wilson am flexibelsten auftrat, wo er beinahe Argumente der Zweckmäßigkeit gelten ließ. Wie der Präsident erklärte, könne man die Hälfte der gegenwärtigen Schwierigkeiten lösen, wenn man den deutschen Gegenvorschlag über eine fixe Summe billigen könne. Könne man nicht dann eine gute Grundlage erreichen, wenn man den deutschen Zahlungsvorschlag über 5 Milliarden Pfund akzeptiere, unter Aufschlag der Zinsen? Doch nicht nur Lloyd George, auch Clemenceau gab sich in dieser Frage äußerst zurückhaltend.¹⁰¹²

Auch den US-Experten gelang es nicht, den britischen Premierminister umzustimmen. In einer der nächsten Sitzungen argumentierte der Präsident dann regelrecht pragmatisch: das Ziel, eine fixe Summe festzusetzen, sei es, die Deutschen zur Zustimmung zu bewegen!¹⁰¹³ Hier war von einer gerechten Bestrafung nirgends die Rede, sondern Wilson bekräftigte zwei Tage später sogar, man wisse zwar nicht, wie hoch die Summe für die Wiedergutmachung liege, daß aber die Deutschen eine feste Summe wollten und sich dieses Thema als Konzession anbiete!¹⁰¹⁴ Es war ein nahezu groteskes Spiel: dort, wo Lloyd George prinzipiell auftrat, gab sich Wilson liberal. Der Präsident wählte, wie bereits in den zurückliegenden Monaten, eine weitsichtigen Blickwinkel, den seine Experten auch einnahmen: Amerika sei bereit, große Summen zur Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit flüssig zu machen. Doch könne es nicht dazu kommen, wenn weder Deutschland noch die internationale Finanzwelt wisse, wieviel zu zahlen sei. Dann könnten keine Obligationen ausgeschüttet werden, Stabilität werde nicht einkehren, Reparationen werde es nicht geben. Unter diesen Umständen werde der US-Kongreß keinen einzigen Dollar bereitstellen.

Es war eine in sich stimmige Position, die der Präsident hier vertrat, ohne allerdings das Thema der interalliierten Schulden nochmals zu erwähnen. Wilson legte dann ein mehrseitiges Papier vor, das seine Wirtschafts- und Finanzexperten erarbeitet hatten, in welchem die Rede von einer maximalen Reparationssumme von 120 Milliarden Goldmark war - entsprechend etwa 25 Milliarden US-Dollar. Dies war die Summe, die die Amerikaner stets für realistisch gehalten hatten, und sie lag nicht in dramatischem Ausmaß über dem Betrag, den die Deutschen selbst angegeben hatten.¹⁰¹⁵ Doch wenig verwunderlich, konnte Lloyd George hier nicht zustimmen. So wurde der amerikanische Entwurf im Laufe der nächsten Tage so überarbeitet, daß keine feste Summe mehr genannt war. Im kleinen hatte sich das Drama der Reparationsverhandlungen zwischen Februar und April noch einmal einige Tage lang wiederholt.

¹⁰¹²Rat der Vier, 3. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 155-157; Mantoux II, S. 283-285.

¹⁰¹³Rat der Vier, 7. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 240.

¹⁰¹⁴Rat der Vier, 9. 6. 1919, FRUS, PPC VI, S. 263.

¹⁰¹⁵"U. S. Project for Reply to German Counter-Proposals", 9. 6. 1919, Anhang II zum Rat der Vier, FRUS, PPC VI, S. 267-271, Baker Diary, 5. 6. 1919, PW 60, S. 196-197.